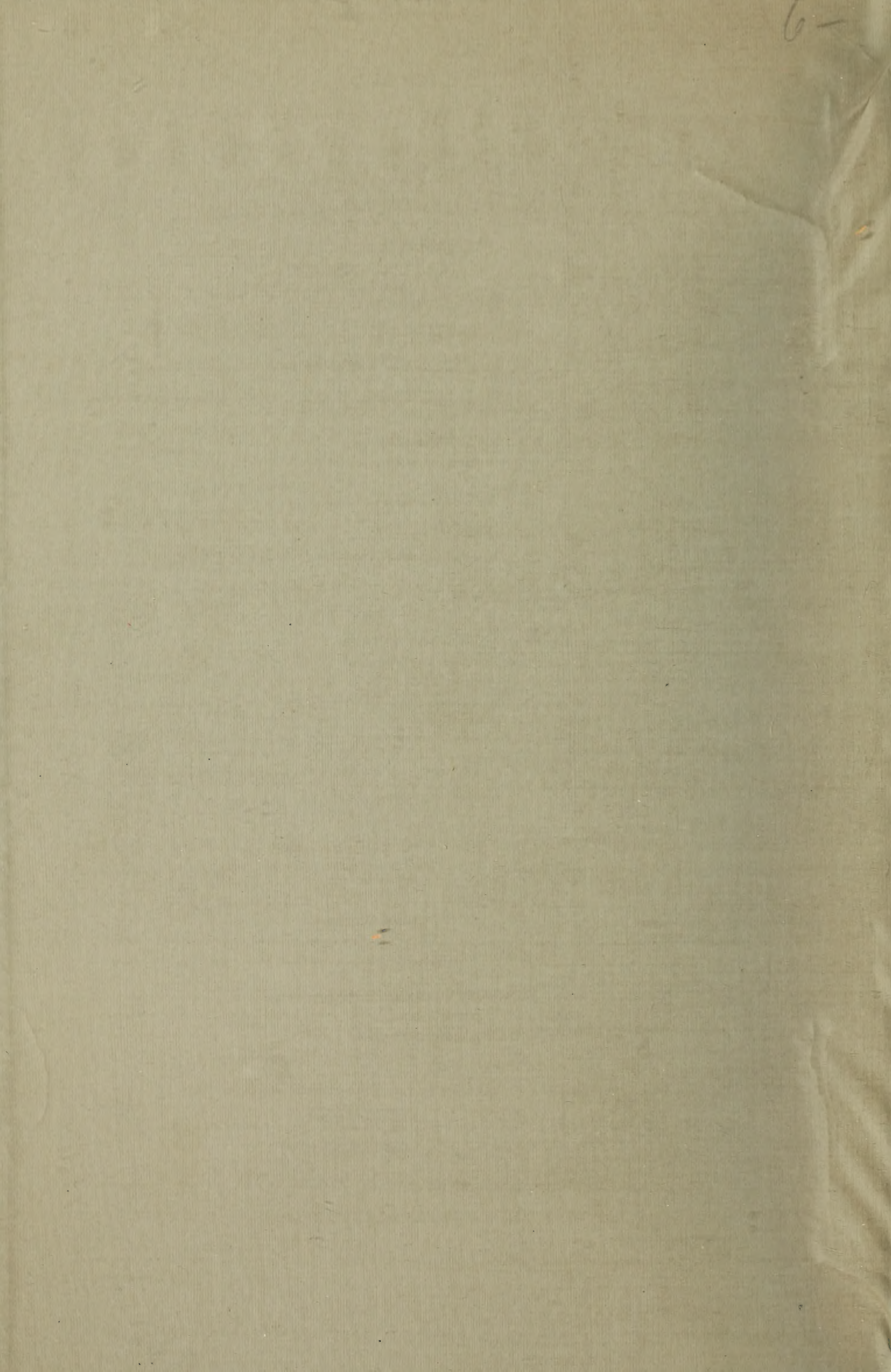
Der Völkerkrieg




6—

Der Völkerkrieg

Der Völkerkrieg

Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914

Mit sämtlichen amtlichen Kundgebungen der Mittelmächte, ergänzt durch alle wichtigeren Meldungen der Entente-Staaten und die wertvollsten zeitgenössischen Berichte

Bearbeitet und herausgegeben von

C. H. Baer

Sechzehnter Band

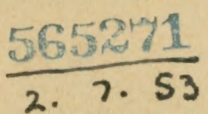
Viertes Kriegshalbjahr

Von Februar 1916 bis August 1916

III.

Die Ereignisse in Deutschland, an der Ostfront und in Rußland





Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart



Druck der Hoffmannschen Buchdruckerei, Felix Krais, Stuttgart 1917

Inhalts-Ueberſicht des ſechzehnten Bandes

Das deutſche Reich während des vierten Kriegshalbjahres

Von Februar bis Auguſt 1916

Die Ereigniſſe an der Oſtfront im vierten Kriegshalbjahr

Von Februar bis Ende Juli 1916

Rußland während des vierten Kriegshalbjahres

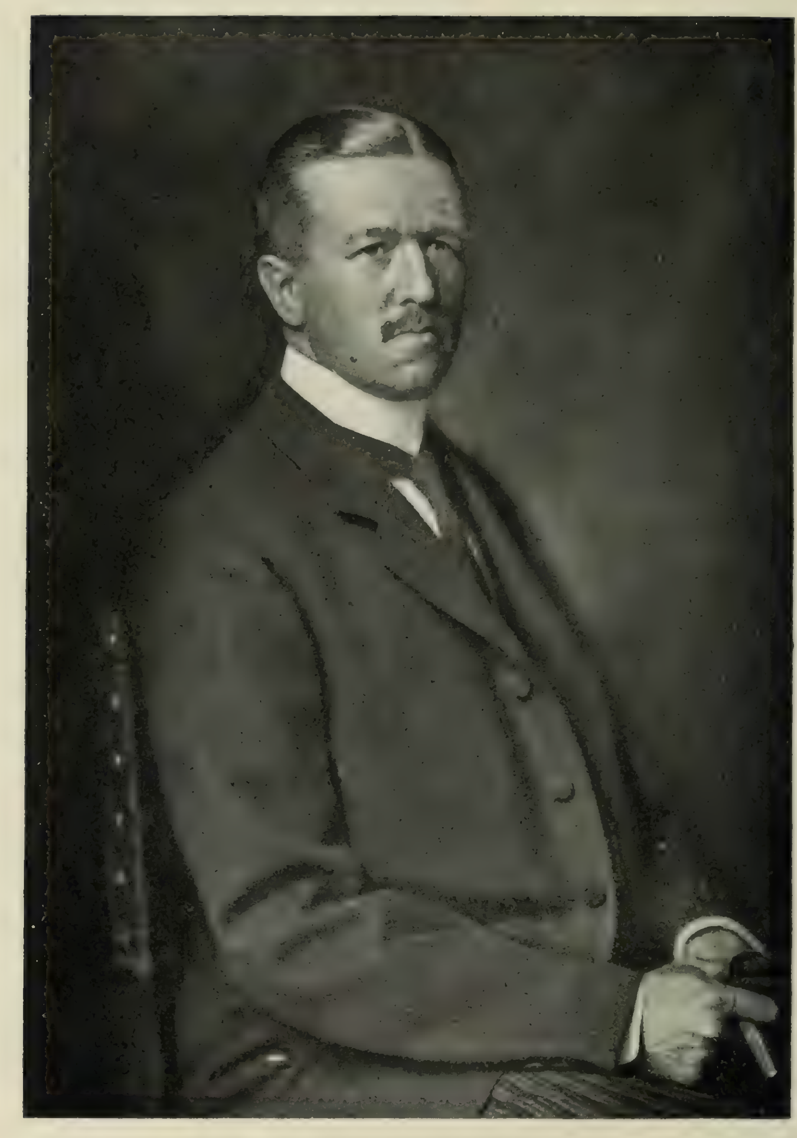
Von Februar bis August 1916

Abbildungen



Phot. Ernst Sandau, Berlin

Admiral Eduard von Capelle
Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamtes



Phot. Nicola Perscheid, Berlin

Graf Siegfried von Roedern
Staatssekretär des deutschen Reichsschatzamtes

Das deutsche Reich während des vierten Kriegshalbjahres

Von Februar bis August 1916

Fortsetzung von Band XII, Seiten 1 bis 102

Macht

Von Ernst Bassermann, Mitglied des Reichstags †*)

Das 19. Jahrhundert stand im Zeichen des Imperialismus. An Stelle der kontinentalen Politik der Festlandsstaaten Europas trat überall die Weltpolitik, die in dem Ausdehnungsbedürfnis der Staaten immer neue Reibungsflächen schuf. Kaiser Wilhelm II. hat bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Reiches, am 18. Januar 1896, dem deutschen imperialistischen Gedanken Ausdruck verliehen, er sprach damals aus: „Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden, überall in fernen Teilen der Erde wohnen tausende unserer Landsleute, deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean, nach tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern." Damit war der Gedanke, daß der Deutsche im Auslande nur Kulturdünger für fremdes Volkstum bedeutet, preisgegeben, aber auch die Notwendigkeit geschaffen, mit den Machtmitteln einer großen deutschen Flotte dieses Ziel zu erreichen.

In England machte die imperialistische Politik gewaltige Fortschritte. Sie führte zu der brutalen Burenunterwerfung mit ihren starken Verstimmungen zwischen England und Deutschland, und in ihrem weiteren Verlauf zu den Bündnissen mit Japan, Frankreich und Rußland, durch die sich England die Sicherung seiner Weltstellung gegenüber dem aufstrebenden Deutschland zu erkaufen suchte. Der Dreibund England-Frankreich-Rußland belebte gleichzeitig die imperialistische Bestrebung in Frankreich. Die Absicht, ein großes Kolonialreich in Afrika zu schaffen und insbesondere Marokko zu unterwerfen, trat klar zutage. In dieser imperialistischen Periode erwachte ein vollständig neuer Geist in der französischen Bevölkerung, insbesondere in der Jugend, und als nun das Marokkoabenteuer mit einem vollständigen Siege Frankreichs und dem Zurückweichen Deutschlands endigte, da kannte der Uebermut des leichtbeweglichen Volkes keine Grenzen mehr, und der Revanchegedanke erlebte seine vollständige Wiedergeburt. Aber auch Rußland gewann durch die Anlehnung an England und Frankreich das durch den japanischen Krieg geschwundene Selbstvertrauen zurück. Durch England gegen Japan gedeckt, erhielten seine historischen Balkanpläne erneut Gestalt, und die Unruhen am Balkan, durch Rußland hervorgerufen, nahmen kein Ende. Ueberall wurde der Boden für den großen Konflikt vorbereitet, bis eines Tages der Weltbrand sich mit elementarer Gewalt entzündete. Die gewaltige Entwickelung des geeinten Deutschland in mehr denn vierzig Friedensjahren, der Siegeszug deutschen Unternehmungsgeistes, ist letzten Endes der Grund, der, wie dies hundertfach von Engländern ausgesprochen ist, England veranlaßte, einen Bund mächtiger Staaten gegen Deutschland zusammenzubringen, mit dem einen Ziele, Deutsch-

*) Die vorstehenden Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann, des am 24. Juli 1917 verstorbenen Führers der nationalliberalen Partei Deutschlands, die im April 1916 in der deutschen Presse, so im „Schwäbischen Merkur" (19. IV. 16), erschienen, sind charakteristisch für die damaligen Anschauungen wohl der Mehrzahl des deutschen Volkes und deshalb der Uebersicht über die Ereignisse im Deutschen Reiche während des vierten Kriegshalbjahres vorangestellt worden.

land zu zerstören und den deutschen Konkurrenten, der den rückständigen, faulen und indolenten Engländer überall schlug, damit zu beseitigen. In dieser Entwickelung tritt im 20. Jahrhundert das Element der Macht als das herrschende überall in den Vordergrund.

In einem geistvollen Vortrag hat jüngst Prof. Kohler den Satz ausgesprochen: „Die Wahrheit (Wissenschaft), die Schönheit (Kunst) und die Macht (Technik) sind die drei Hauptfaktoren, um die sich die kulturelle Entwicklungsgeschichte eines Volkes dreht.“ Die deutsche Wissenschaft gewährleistete eine riesenhafte Entwicklung unserer Industrie und Technik, steigerte die Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Gewerbes, so daß wir heute den englischen Aushungerungskrieg bestehen können; sie gab allen Erwerbsständen die Kraft und Schaffensfreudigkeit, welche die Gewähr für den Erfolg ist. Die wissenschaftliche Entwicklung unserer Industrie gab uns ferner die Kampfmittel in die Hand, mit denen wir unsere Feinde niederringen. Sie ermöglichte gleichzeitig die Einstellung unserer Industrie auf die Kriegszwecke, wie sich solche in überraschend schneller und glücklichster Weise vollzogen hat. In einer Periode, in der wachsende Wohlhabenheit sich über Land und Stadt verbreitete, nahm das deutsche Leben an Schönheit zu. Die Städte zogen ein neues Gewand an und bis in das hinterste Dorf sahen wir den Abglanz einer neueren besseren Zeit sich entfalten. Welch ein Unterschied gegenüber dem französischen Schmutz, der selbst in der berühmten Hauptstadt ein Charakteristikum war, den rückständigen englischen Einrichtungen, wie sie unsere Kommunalvertreter bei ihrer Studienreise mit wachsendem Staunen feststellten. Von Rußland nicht zu reden!

Endlich die deutsche Macht! Mit elementarer Gewalt durchdrang es alle Kreise unseres Volkes, daß diese gewaltige Entwicklung nur festgehalten werden könnte, wenn sie getragen würde durch eine gewaltige Militär- und Flottenmacht. So entstand durch die Bewilligung aller bürgerlichen Parteien dies gewaltige Heer, das heute den Feind von unseren Fluren fern hält. So entstand durch den weitschauenden Blick unseres Kaisers und die Tatkraft eines energischen Organisators, Tirpitz, eine Kriegsflotte, die immerhin so stark ist, daß sie Englands Flotte in ihren hintersten Häfen zurückhält.

Wenn sich einst in ruhigeren Tagen die heutigen Geschehnisse überschauen lassen, dann wird man staunend erkennen, was dieses Volk in einer 40jährigen Kulturperiode, zum ersten der Welt geworden, geleistet hat. Wenn wir aber dann die Waffen niederlegen, dann wird die kommende Periode unter dem Grundsatz stehen: „Nach dem Siege bindet den Helm fester!“ Nur eine imponierende Machtstellung wird es uns ermöglichen, die Werke des Friedens zu pflegen. Mögen sie uns hassen ob unserer Macht, wenn sie uns nur fürchten!

Macht! Dieses Zauberwort wird auch fernerhin die Signatur des 20. Jahrhunderts sein. Macht ist die alleinige Voraussetzung und Grundlage für die Existenz selbst numerisch so starker Völker, wie das deutsche. Wäre nicht Bismarckscher Geist, der uns befahl, unsere Heeresmacht zu Lande und zu Wasser ständig zu mehren, in unserem Volke gewesen, wir hätten diesen furchtbaren Kampf nicht bestehen können. Schon trat an Stelle der Einzelmacht die Koalition, das Bündnis der stärksten Völker miteinander gegen das Bündnis der anderen. Unter diesen Entwicklungen leiden die Neutralen auf das schwerste. Nicht nur, daß ihnen durch Rüstungen schwerste Belastungen entstehen, daß ihre Lebensmittelversorgung immer schwieriger wird, es tritt hinzu, daß Englands Brutalität ihre Lage bis zur Unerträglichkeit erschwert. Die Freiheit der Meere hat einer englischen Tyrannei Platz gemacht, kein neutraler Postsack, kein Schiff in neutralen Häfen, kein Transport, einerlei, ob er Bannware oder freies Gut enthält, ist vor Englands Seeräuberhänden sicher. Erlaubt ist alles, was England nützt, verboten alles, was England schadet. England brutalisiert systematisch die Welt für seine Krämerinteressen. Das

werden dereinst auch die Neutralen erkennen. Die englische Macht, in Jahrhunderten mit zäher Klugheit engmaschig über Meer und Land aller Erdteile gelegt, ist in ihrer gewaltigen Größe erst in diesem Krieg erkannt worden; und erst dann wird die Welt wieder zu dauernder Ruhe gelangen, wenn diese Quelle der Unruhe verstopft und der Unruhestifter unschädlich gemacht ist.

Ich denke mir als eine weitere Aufgabe unseres Vierverbands die Befreiung des Weltverkehrs vom englischen Joch. Dazu bedarf es für den Frieden papierner Verträge, für den Krieg starker Kriegsflotten, die darüber wachen, daß England die Verträge nicht am Tage des neuen Konflikts zerreißt, einer mächtigen Seewehr im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer, die das herrschsüchtige Albion im Schach hält.

Es wird lange dauern, bis diese Flut von Haß, die sich zwischen den Völkern aufgetürmt hat, wieder verlaufen sein wird. Gewiß, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch hier die Zeit heilen wird, aber zunächst gilt es, uns die Sicherungen zu schaffen, die, wenn der Kampf um unser Dasein sich — in hoffentlich erst recht langer Zeit — wiederholen sollte, uns die Sicherheit geben, daß wir ihn bestehen werden. „Nicht der Eroberungen als Selbstzweck wegen verlangen wir die Erweiterung unserer Grenzen. Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen," so sprach der Reichskanzler am 9. Dezember 1915, (vgl. XII, S. 42) und am 19. August 1915 sprach er aus, daß Deutschland seine Stellung so ausbauen, so festigen und stärken muß, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben (vgl. XII, S. 16). Nur durch eine starke und unantastbare Stellung Deutschlands könne es geschehen, daß Europa jemals wieder zur Ruhe kommt. Der status quo ante kann nicht wieder hergestellt werden. Es ist der Gedanke, den Friedrich der Große aussprach: „Jeder Krieg, der nicht zu Eroberungen führt, schwächt den Sieger und entnervt den Staat" („Gedanken und allgemeine Reden für den Krieg").

Setzen wir mit voller Kriegsenergie ein, nützen wir alle Mittel der Kriegsführung, die uns zu Gebote stehen, rücksichtslos und schonungslos aus, gebrauchen wir alle Mittel, die uns deutsche Wissenschaft und Technik zur Verfügung stellen, so werden wir trotz der Zahl und numerischen Uebermacht unserer Feinde den Krieg siegreich beenden. Dann gilt es, in den schwierigen und langwierigen Friedensverhandlungen das große Ziel fest im Auge zu behalten: Ein größeres und stärkeres Deutschland! Ein mächtiges Vaterland, den Feinden zum Trutz, unseren Kindern und Enkeln zum Schutz! **Deutsche Macht** wird dann der **Hort des Weltfriedens** sein.

Deutschlands Konflikt mit Portugal

Der Neutralitätsbruch Portugals

Amtliche Meldungen und ergänzende Mitteilungen

Bis Februar 1916.

In der Debatte über die Erteilung weitgehender Vollmachten an die portugiesische Regierung in der außerordentlichen Tagung des portugiesischen Nationalkongresses vom 10. März 1916 wurden, wie der Berichterstatter des „Imparcial" nach der „Kölnischen Zeitung" (28. III. 16) meldete, einige bisher nicht **amtlich beglaubigte Einzelheiten** über die Unterstützung Englands durch das „neutrale" Portugal bekannt: So der Umstand, daß England, das am 4. August 1914 seine Beteiligung am Krieg erklärte (vgl. I, S. 50), bereits am 5. August 1914 der portugiesischen Regierung die Versicherung abgab, daß es „die kontinentale und koloniale Integrität Portugals verbürge". Wohl daraufhin erfolgte am 7. August 1914 im portugiesischen Parlament die Erklärung, daß das Land mit England solidarisch sei. Am 10. Oktober 1914 richtete England an Portugal ein Memorandum, worin es dessen militärische Mitwirkung und die Uebersendung von Waffen und Munition erbat. Portugal

sandte infolgedessen damals 38 000 Gewehre, 20 Millionen Patronen und 54 Kanonen von 7,5 Zentimetern. Und im Juni 1915 verließ der soeben in Italien für Portugal fertiggestellte Torpedojäger „Liz" mit englischer Besatzung und unter englischer Flagge den Tajo.

17. Februar 1916.

Wie der portugiesische Minister des Aeußeren Augusto Soares nach Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung" (28. III. 16) in der außerordentlichen Tagung des Nationalkongresses am 10. März 1916 in einer ministeriellen Erklärung mitteilte, hatte die britische Gesandtschaft in Lissabon am 17. Februar 1916 der portugiesischen Regierung folgende Note überreicht:

„Da die gegenwärtige Lage des Handels wegen des zurzeit bestehenden Mangels an Schiffsraum sehr schwierig ist, und sich dieser Nachteil nicht nur in Großbritannien, sondern auch in den Ländern, die mit ihm freundschaftliche Beziehungen unterhalten, fühlbar macht, und Portugal seit Beginn der Feindseligkeiten seinem alten Verbündeten unveränderliche Treue bewahrt hat, so appelliert der Gesandte Sr. britischen Majestät an diese Gefühle, damit die Regierung der Republik die in den portugiesischen Häfen verankerten feindlichen Schiffe requiriert, in Beschlag nimmt und für die portugiesische Handelsschiffahrt nutzbar macht unter Bedingungen, die zwischen den beiden Regierungen noch vereinbart werden."

23. Februar.

Die portugiesische Amtszeitung veröffentlicht ein Dekret, in dem die Form der Benutzung deutscher, in portugiesischen Häfen internierter Schiffe durch die portugiesische Regierung geregelt wird. Gleichzeitig sandte das Lissaboner Kabinett seinem Berliner Vertreter ein Telegramm, worin er beauftragt wurde, der deutschen Regierung von dieser Requirierung Mitteilung zu machen, mit dem Hinzufügen, daß Portugal bereit sei, die Schiffseigner zu gegebener Zeit zu entschädigen.

25. Februar.

„Temps" meldete, daß die Bestandsaufnahme und die Entladung der Schiffe sich ohne Zwischenfall vollzogen haben. Die Schiffe einer portugiesischen Division nahmen vor den beschlagnahmten Schiffen Stellung, um jedem Versuch eines Widerstandes zu begegnen. Die Beschlagnahmungen wurden im Namen des Marineministers von Offizieren der Kriegsmarine mitgeteilt und die portugiesische Flagge gehißt. Das an Bord der Schiffe verbliebene deutsche Personal wurde ausgeschifft und durch portugiesisches Personal ersetzt. Nachdem alles beendet war, gab der Kreuzer „Vasco da Gama", der die Flagge des Flottendivisionärs trug, 21 Schüsse ab. Die Regierung erklärte, daß es sich nicht um einen kriegerischen Akt handle, sondern um eine einfache, im öffentlichen Interesse gelegene Maßnahme, und daß der portugiesische Gesandte in Berlin beauftragt worden sei, dies der kaiserlich deutschen Regierung zu erklären. Den Besitzern der Schiffe sind alle Garantien zugesichert worden.

Im ganzen sind, wie von der Regierung der portugiesischen Republik anläßlich der Namensänderung der beschlagnahmten deutschen Schiffe im „Diario do Govêrno" (15. IV. 16) bekannt gegeben wurde, 63 deutsche Schiffe requiriert worden. Die in den Häfen der Provinz Mozambique befindlichen acht Schiffe sind dabei nicht erwähnt.

27. Februar.

Der deutsche Gesandte in Lissabon, Dr. Friedrich Rosen, übermittelte der portugiesischen Regierung die deutsche Antwort, die nach Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung" (28. III. 16) folgendermaßen lautete: „Ich bin von meiner Regierung beauftragt, gegen die sonderbare Rechtsverletzung, zu der die portugiesische Regierung zum Schaden des Deutschen Reiches ihre Ermächtigung rrteilt hat, indem ohne vorherige Verhandlung und durch einen Gewaltakt von den in den portugiesischen Häfen verankerten deutschen Schiffen Besitz ergriffen wurde, Einsprache zu erheben. Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz um sofortige Rückgängigmachung einer derartigen Maßregel zu ersuchen."

5. März.

Die portugiesische Regierung erklärte in Beantwortung des deutschen Protestes, Portugal halte seine Aktion hinsichtlich der beschlagnahmten deutschen Handelsschiffe aufrecht.

7. März.

Zahlreiche Deutsche kamen über Badajoz nach Spanien, nachdem sie ihre Geschäfte in Portugal erledigt hatten. Sie erzählten, portugiesische Feindseligkeiten machten den Aufenthalt im Lande unmöglich.

20. März 1916.

Die Offiziere der in Portugal beschlagnahmten deutschen Schiffe begaben sich, wie „Az Est" meldete, teils nach Cadiz, teils nach Bilbao; andere nach Baecelona.

Wie die deutschen Schiffe auf dem Tajo beschlagnahmt wurden.

Ueber den portugiesischen Gewaltstreich erfährt der Berichterstatter des „Pester Lloyd" aus Badajoz von bestinformierter Seite: „Der Akt, mit dem Portugals Machthaber wohl auch das Schicksal seiner Unabhängigkeit besiegelten, konnte keinem Würdigeren übertragen werden, als dem Haupt des Staatsstreiches vom 14. Mai 1915, der als Herr der Marinegewalt in jener Nacht aus dem „Vasco da Gama" und „Adamastor" die totbringenden Geschosse auf die Kasernen der territorialen Armee, die standhaft zu Castro hielt, und auf friedliche Bürger Lissabons abfeuern ließ, Leote de Rego, dem Kommandanten der vor Lissabon verankerten Flottendivision. Dieser begab sich am frühen Morgen des 24. Februar 1916, umgeben von portugiesischen Schonern und Motorbooten, auf dem Torpedoboot „Guadiana", nachdem die Seepolizei schon vorher vor den einzelnen Dampfern Wachposten aufgestellt hatte, zu allen deutschen Schiffen. Die Marinekommission ging an Bord, und der Offizier überreichte den Kommandanten der einzelnen Schiffe den schriftlichen Befehl der Regierung, die gesamte Besatzung sofort auszuschiffen und die Dampfer der Obhut der portugiesischen Regierung zu übergeben; das erste Schiff war die „Santa Ursula". Ihr Kommandant erklärte energisch, nur der Gewalt weichen zu wollen, da er keine anderen Befehle anerkenne, als jene seines obersten Herrn und Gebieters. Auf deutschem Boden — und nach völkerrechtlichem Brauch sei das Schiff deutscher Boden — sei niemand anders berechtigt, Verfügungen zu treffen. Nachdem der Marineoffizier geantwortet hatte, daß er die Befehle seiner Regierung selbst mit Anwendung von Gewalt auszuführen beauftragt sei, rief der Kapitän die Mannschaft auf Deck. Indem er nochmals gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der portugiesischen Regierung feierlich Protest erhob, gab er mit bewegter Stimme den Befehl, die deutsche Flagge herabzuholen, und verließ mit der Besatzung das Schiff. Aehnlich spielte sich die Beschlagnahme auch bei den Dampfern „von Bülow", „Rolandseck", „Lübeck", „Elektra", „Württemberg", „Rotterdam" und anderen ab. Ueberall bekamen die portugiesischen Schiffsoffiziere flammende Proteste und harte Worte ehrlicher Entrüstung zu hören. Sofort nachdem die deutschen Besatzungen die Schiffe verlassen hatten, gingen portugiesische Matrosen daran, die Flagge des Landes zu hissen und die Namen der Schiffe zu übertünchen, da eine Umtaufe derselben erfolgen sollte. Das Hissen der Flagge wurde von den Revolutionsschiffen „Vasco da Gama" und „Adamastor" mit Salven begrüßt, in die bezeichnenderweise auch die Kanonen der englischen Kreuzer „Caesar" und „Queen Adelaide" und des französischen Dampfers „Tubantia" einstimmten. Das Geschehnis wurde in der Bevölkerung mit großem Unmut besprochen, denn nichts ist in den Augen der Portugiesen schmachvoller als die Verletzung des Gastrechtes.

In der Kammer brachte am folgenden Tage einer der angesehensten Oppositionsführer, Brito Camacho, die Beschlagnahme zur Sprache. Noch bevor diese sich vollzog, berief der Ministerpräsident Affonso da Costa die Oppositionsführer zu einer Konferenz, um in diktatorischer Weise bekannt zu geben, daß er bei den geringsten rednerischen Ausschreitungen die Kammer aufzulösen gewillt sei. Es wurde behauptet, daß er einen dahingehenden Erlaß des Präsidenten für alle Fälle schon in seinem Portefeuille bereit liegen hatte. Camacho beschränkte sich daher darauf, zu fragen, in welcher Weise die Regierung über die Schiffe zu verfügen gedenke. Die Antwort Costas war, daß der Beschlagnahmeakt sich als eine von den wirtschaftlichen Interessen Portugals diktierte unerläßliche Notwendigkeit erweise. Die Beschlagnahme der Schiffe hätte als Ganzes vor sich gehen müssen, um etwaige Fälle schwerer Sabotage auf diesen Schiffen zu verhindern, wie dies ein beim Dampfer „von Bülow" festgestellter Fall erwiesen habe. Die Behauptung Costas von einer beabsichtigten Selbstzerstörung dieses Dampfers ist natürlich in allen Teilen erfunden."

Die Kriegserklärung

Amtliche Meldungen und ergänzende Mitteilungen

9. März 1916.

Amtliche deutsche Mitteilung: Der Kaiserliche Gesandte in Lissabon, Dr. Rosen, ist angewiesen worden, heute von der portugiesischen Regierung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer ausführlichen Erklärung der deutschen Regierung seine Pässe zu verlangen. Dem hiesigen portugiesischen Gesandten Dr. Sigonio Paes sind heute ebenfalls seine Pässe zugestellt worden.

11. März.

Der deutsche Gesandte in Lissabon Dr. Friedrich Rosen ist mit der Gesandtschaft ohne Zwischenfall in Richtung Madrid abgereist.

Spanien übernimmt die Wahrung der portugiesischen Interessen in Deutschland und der deutschen Interessen in Portugal.

14. März 1916.

Ueber den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Portugal vgl. das Kapitel „Die Oesterreichisch-ungarische Monarchie während des vierten Kriegshalbjahres."

Die deutsche Erklärung vom 9. März 1916

Am 23. Februar 1916 beschlagnahmte die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorganges erhielt der kaiserliche Gesandte in Lissabon Dr. Rosen den Auftrag, gegen die Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben. Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in ihrer offiziellen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere. In der portugiesischen Kongreßsitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein einer Note ab. Eine vom kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Preßnotiz unterblieb. Erst am 4. März 1916 erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Darauf erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene Erklärung zuzustellen. Eine Abschrift derselben wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.

Die Erklärung lautet: „Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reichs unterstützt. Englischen Truppen wurde in vier Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen und England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft. Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des kaiserlichen Vizekonsulats in Mossamedes wurde beschlagnahmt. Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und Angola wurden der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schultze-Jena sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch Einladung nach Naulila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt und, als sie sich der Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Ueberlebenden mit Gewalt gefangen genommen (vgl. Bd. II, S. 304). Retorsionsmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgeschnitten handelte die Schutztruppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne den ersteren zu erwähnen und beantwortete unser Verlangen, uns mit unsren Kolonialbehörden einen ungehinderten chiffrierten Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhalts zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsdauer erging sich, unter mehr oder weniger offenkundiger Begünstigung durch die portugiesische Regierung, Presse und Parlament in gröblichen Beschimpfungen des deutschen Volkes. In der Kammersitzung vom 2. November 1914 sprach der Führer der Partei der Revolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister schwere Beleidigungen gegen Deutschland aus, ohne daß Einspruch durch den Kammerpräsidenten oder einen Minister erfolgt wäre. Der kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellungen nur die Antwort,

daß der betreffende Passus im offiziellen Sitzungsbericht nicht enthalten sei. Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem Einzelfalle protestiert sowie verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgte jedoch nicht. Die kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langmütiger Würdigung der schwierigen Lage Portugals bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar 1916 erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage ohne vorherige Verhandlung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe. Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften von Bord geschickt. Die kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt. Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in den portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes im Lande befindliches Eigentum der unbeschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen. Weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche, auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als leere Ausflüchte. Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiete befindlichen Eigentums, so daß dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat. Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verletzt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat, als zur Beseitigung des Schiffsraummangels für Portugal erforderlich war. Sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme der Schiffe von einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Beteiligten über die zu bewilligende Entschädigung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen.

Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als schwerer Rechts- und Vertragsbruch dar. Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, daß sie sich als Vasallen Englands betrachtet, der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt und die portugiesische Flagge mit Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralschiff schoß Salut.

Die kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als **mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand** befindlich."

Portugiesische Erklärungen

Am 13. März 1916 meldete „Reuter" folgende, wohl amtlich inspirierte Mitteilung aus Lissabon: „Im Augenblick, wo Deutschland Portugal den Krieg erklärt, ist es wichtig, sich daran zu erinnern, wie allein durch die Zurückhaltung der portugiesischen Regierung ein früher ausbrechender Konflikt vermieden worden ist. Deutschland schuf, getrieben durch die Gier nach der portugiesischen Kolonie Angola, bereits seit langem durch flagrante Verletzungen der portugiesischen Neutralität verschiedene Gründe für einen Bruch. Beim Beginn des Krieges, als die deutsche Kolonie Südwestafrika keinen Ausweg nach der Küste mehr hatte, unternahmen die Deutschen im Oktober 1914 ihren ersten Zug durch portugiesisches Gebiet, um sich der Lebensmittel zu bemächtigen, an denen sie Mangel litten. Dies wiederholte sich mehrmals. Ende Oktober 1914 fand das Gefecht bei Cuangar statt. Im Dezember desselben Jahres der Angriff auf Naulila, der mit 2000 Mann Kavallerie und Artillerie unternommen wurde. Im Jahre 1915 fanden neue Gefechte statt, worin die Deutschen stets besiegt wurden (vgl. auch II, S. 304 f. und IV, S. 301 f.). Alle diese Kriegstaten ereigneten sich, ohne daß Deutschland hierfür eine juristisch zulässige Entschuldigung bieten konnte.

Die portugiesischen Behörden dagegen begingen durchaus keine ungesetzliche Tat, als ihre Regierung am 24. Februar 1916 Maßregeln traf, um die vorhandenen Handelsschiffe zu requirieren, die sich in portugiesischen Häfen befanden. Denn damit übten die Portugiesen nur ein sehr altes Recht aus. Bismarck hieß es übrigens im Jahre 1870 gut, daß preußische Truppen englische Schiffe im Interesse des deutschen Reiches vernichteten. Ein Land, das sofort Schiffe nötig hat und sie auf keine andere Weise erhalten kann, hat das Recht, sie zu requirieren. Im vorliegenden Fall wurde Portugal das Opfer der Steigerung der Frachtpreise. In seinem eigenen Interesse mußte es neue Mittel für den Transport zur See schaffen. Die Deutschen berufen sich bei ihrem Protest gegen die Anwendung dieses Gebrauches auf Artikel 2 des Handelstraktates, den Deutschland und Portugal am 30. November 1908 abgeschlossen haben. Nach diesem Traktat dürfen Schiffe, die einer der beiden vertragschließenden Parteien gehören, nicht festgehalten werden, ohne daß zuvor eine Entschädigung durch die Parteien festgesetzt worden ist. In diesem Falle aber war Eigentümer der Schiffe nicht das deutsche Reich, das die kontrahierende Partei war. Die portugiesische Regierung wäre bereit gewesen, sich den Verabredungen zu fügen, wenn die Sabotage auf den deutschen Schiffen durch die Besatzungen die Ausübung der gesetzlichen Maßregeln auf Grund der Souveränität, die jeder Staat in seinen eigenen Häfen ausübt, nicht in Gefahr gebracht hätte."

Eine Ergänzung zu diesen Ausführungen bildeten die Erklärungen des Präsidenten der portugiesischen Republik, Bernardino Machado, die er in Gegenwart des Ministerpräsidenten d'Almeida am 11. April 1916 dem Lissaboner Vertreter der „Times" abgab. Dabei führte er nach der „Kölnischen Zeitung" (17. IV. 16) u. a. folgendes aus: „Die überlieferte Politik der portugiesischen Regierung beruht auf der Erhaltung der freiheitlichen Einrichtungen in der Heimat und auf einer auswärtigen Politik, die zu dem alten Bündnis mit England im Einklang steht. Das sind die beiden Ecksteine des öffentlichen Lebens während eines Menschenalters in Portugal gewesen. Freilich wurde die auswärtige Politik eine Zeitlang von deutschem Einfluß durchsetzt. Allein von Anfang an hatte die Republik in den auswärtigen Beziehungen eine Erneuerung der alten Gemeinschaft mit England in der engsten Form erstrebt. Nachdem der Krieg erklärt war, verkündigten wir sofort unsere volle Gemeinschaft mit unserm Verbündeten, dem wir nach Möglichkeit Hilfe leisteten. Gegenwärtig tun wir alles was wir vermögen, um für die Fortsetzung des Krieges behilflich zu sein und die Bande, welche die beiden Länder vereinigen, noch enger zu verknüpfen." . . .

Britische Erklärung

Im englischen Unterhause erklärte Minister Grey am 14. März 1916 anstelle des durch Krankheit verhinderten Ministerpräsidenten Asquith: „Der unmittelbare Anlaß, weshalb Deutschland sich im Kriegszustande mit unserem Bundesgenossen Portugal befindet, ist der Beschluß der portugiesischen Regierung gewesen, alle Schiffe einzufordern, die seit Beginn der Feindseligkeiten in den Häfen Portugals und seiner Kolonien liegen. Wenn Portugal eine vollkommen neutrale Nation gewesen wäre, ohne mit einem Kriegführenden durch die Bande der Bundesgenossenschaft verknüpft zu sein, auch dann wäre sein Vorgehen berechtigt gewesen. Der Krieg war die Ursache einer raschen Zunahme des Mangels an Schiffsraum in allen Teilen der Welt und es war klar geworden, daß es die Pflicht der portugiesischen Regierung war, im Interesse des Landes alle verfügbaren Schiffe in den Häfen Portugals zu benutzen. Dies war die eigene Erkenntnis der portugiesischen Regierung, die auch England empfahl. Ein Staat ist berechtigt, im Falle der Not jedes Eigentum zu enteignen und es dem öffentlichen Dienste zur Verfügung zu stellen. Dieses Recht ist mit der Souveränität eines jeden Staates verknüpft und kann ihm durch keine fremde Macht genommen werden.

Portugal war jedoch keine neutrale Nation im engsten Sinne des Wortes. Zu Beginn des Krieges erklärte die portugiesische Regierung, daß sie unter keinerlei Umständen die Verpflichtungen gegen ihren alten Bundesgenossen England vernachlässigen werde. Die portugiesische Regierung ging in einer Weise zu Werk, daß keine dritte Partei benachteiligt wurde, da ja eine Schadenersatzleistung versprochen wurde. Die deutsche Regierung hielt es jedoch für angebracht, die Ereignisse zu überstürzen, indem sie eine entschiedene Forderung um Aufklärung stellte, der kurz darauf die Kriegserklärung folgte, wodurch die ganze Frage der Schadenersatzleistung geändert wurde. Es ist zu bemerken, daß dasselbe Deutschland, das jetzt Portugal eines Neutralitätsbruchs beschuldigt, im Oktober und dann wieder im Dezember 1914 durch einen Einfall in die portugiesische Kolonie Angola portugiesisches Grundgebiet verletzte und später versuchte, einen



Phot. Nicola Perscheid, Berlin

Adolf Tortilowicz v. Batocki-Friebe
Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes



Phot. Willi Lange, Kattowitz

Generalmajor Dr. Gröner
Erstes Vorstandsmitglied des deutschen Kriegsernährungsamtes

inneren Aufstand in Portugiesisch-Ostafrika hervorzurufen (vgl. IV, S. 801 f.). Portugal kann versichert sein, daß seine Verbündeten ihm jede Hilfe leisten werden, die das Land nötig hat. Wenn Portugal sich genötigt sah, an der Seite der Verbündeten zu kämpfen, so wird es als tapferer Mitarbeiter zur Verteidigung der großen Sache, um die der heutige Krieg geführt wird, begrüßt."

Von der Reichsregierung

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

Personalien

13. März 1916.

Kaiser Wilhelm II hat den Großadmiral von Tirpitz unter Verleihung des Sterns der Großkomture des Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern in Genehmigung seines Abschiedsgesuches von seinen Aemtern als Staatsminister und als Staatssekretär des Reichsmarineamts enthoben und den Admiral z. D. von Capelle unter Wiedereinreihung in das aktive Seeoffizierkorps zum Staatssekretär des Reichsmarineamts ernannt.

15. März 1916.

Kaiser Wilhelm II hat an Großadmiral von Tirpitz, aus Anlaß des Ausscheidens aus seinen Aemtern, aus dem Großen Hauptquartier folgendes Handschreiben gerichtet:

„Mein lieber Großadmiral von Tirpitz! Nachdem Ich aus Ihrer Krankmeldung und Ihrem Mir unter dem 12. d. M. vorgelegten Abschiedsgesuche zu Meinem lebhaften Bedauern ersehen habe, daß Sie die Geschäfte des Staatssekretärs des Reichsmarineamts nicht mehr zu führen vermögen, entspreche Ich hierdurch Ihrem Gesuche und stelle Sie unter Enthebung von Ihren Aemtern als Staatsminister und als Staatssekretär des Reichsmarineamts mit der gesetzlichen Pension zur Disposition. Es ist Mir ein Bedürfnis, Ihnen auch bei dieser Gelegenheit Meinen Kaiserlichen Dank für die ausgezeichneten Dienste zum Ausdruck zu bringen, welche Sie in Ihrer langen Laufbahn als Baumeister und Organisator der Marine dem Vaterlande geleistet haben. Ganz besonders möchte Ich hierbei hervorheben, was während des Krieges selbst durch Bereitstellung neuer Kampfmittel auf allen Gebieten der Seekriegführung und durch Schaffung des Marinekorps von Ihnen geleistet worden ist. Sie haben damit der Geschichte Ihrer so erfolgreichen Friedensarbeit ein Ruhmesblatt der schweren Kriegszeit hinzugefügt. Das erkennt mit Mir das deutsche Volk freudig an. Ich Selbst möchte dem Ausdruck geben durch Verleihung des beifolgenden Sterns der Großkomture mit Schwertern Meines Königlichen Hausordens von Hohenzollern und durch die Verfügung, daß Ihr Name in der Marinerangliste weitergeführt werden soll. Mit den aufrichtigsten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen verbleibe ich immer Ihr wohlgeneigter Wilhelm I. R."

* * *

Dazu meldete das „Wolffsche Telegrafen-Büro" (15. III. 16) halbamtlich: „Der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz von der Leitung des Reichsmarineamtes vollzieht sich in vollen Ehren für den Organisator der deutschen Flotte. Es ist sein, von allen Seiten anerkanntes historisches Verdienst, die deutsche Marine zu dem hochwertigen Instrument gemacht zu haben, als das sie sich im Kriege bewiesen hat. Das Ausscheiden des Großadmirals wird deshalb voll Dankbarkeit für seine Person überall bedauert. Admiral v. Capelle war der Mitarbeiter des Herrn v. Tirpitz seit der ersten Flottenvorlage, hat seit vielen Jahren als seine rechte Hand gegolten und ist mit allen Aufgaben der Marine aufs genaueste vertraut. Seine organisatorischen Fähigkeiten werden hochgeschätzt. In der Marine genießt er großes Vertrauen. Wenn Admiral v. Capelle die Nachfolge des Herrn v. Tirpitz antrat, bedeutet dies demnach die unveränderte Fortsetzung des bewährten Systems der bisherigen Marineleitung, insbesondere bedeutet es, daß der Unterseebootkrieg gemäß der den Neutralen in der bekannten Denkschrift gemachten Ankündigung fortgeführt werden wird (vgl. auch das Kapitel „Die U-Bootfrage")."

Alfred von Tirpitz, ein Sohn des früheren Kammergerichtsrats Tirpitz, wurde am 19. März 1849 in Küstrin a. O. geboren. Am 24. April 1865 begann er seine Laufbahn in der Marine, wurde 1872 Leutnant z. S. und 1875 Kapitänleutnant. Seine Fähigkeiten sind früh erkannt worden. Schon als Kapitänleutnant wurde er in den Admiralstab berufen und damit begann seine Tätigkeit im Torpedowesen, die bald die Aufmerksamkeit auf ihn lenkte. Er erkannte frühzeitig die Bedeutung der Torpedowaffe und tat sich als Mitglied der Torpedoversuchs- und Prüfungskommission

bald so hervor, daß er nach seiner Beförderung zum Stabsoffizier mit der Ausgestaltung des Torpedowesens betraut wurde. Er leitete dann auch die neugebildete Torpedobootsflottille in den Jahren 1884 bis 1887 und wurde im Jahre 1886 der erste Inspekteur des Torpedowesens. So ist die Organisierung unserer Torpedobootsflotte im wesentlichen sein Werk, und auch der Torpedo-Taktik hat er die Richtung gegeben. Ebenso hat er später auf die Flottentaktik allgemein entscheidend eingewirkt. Seine bekannten Eigenschaften als Taktiker wurden in einer kaiserlichen Order vom Jahre 1894 an den kommandierenden Admiral anläßlich der damaligen Herbstmanöver ausdrücklich anerkannt, indem auf die hervorragende Tätigkeit des Kapitäns Tirpitz bei diesen Manövern hingewiesen wurde. In den Jahren 1889 und 1890 war er Kommandant der Panzerschiffe „Württemberg“ und „Preußen“, 1890 Chef des Stabes beim Kommando der Marinestation der Ostsee, 1892 übernahm er die Geschäfte des Stabschefs bei dem Oberkommando der Marine, wurde 1895 Konteradmiral und erhielt 1896 die Führung der ostasiatischen Kreuzerdivision.

Am 31. März 1897 wurde Tirpitz als Nachfolger des Staatssekretärs Hollmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsmarineamts betraut, am 15. Juni 1897 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär des Reichsmarineamts und 1898 zum Staatsminister. 1900 ist von Tirpitz in den erblichen Adelsstand erhoben, 1908 ins Herrenhaus berufen und 1911 zum Großadmiral ernannt worden. Am 24. April 1915 ehrte Kaiser Wilhelm Großadmiral v. Tirpitz anläßlich seines 50jährigen Dienstjubiläums durch ein Handschreiben und eine hohe Ordensauszeichnung und verlieh hm am 20. August 1915 den Orden „Pour le Mérite“ (vgl. XIII, S. 283).

„Der vielleicht bedeutendste Zug in dem Wesen des verdienstvollen Großadmirals v. Tirpitz ist,“ wie die „Kölnische Zeitung“ (16. III. 16) schrieb, „gewesen, daß er nicht nur ein hervorragender Militär war, sondern auch eine staatsmännische Begabung hatte. Seit 1897, fast 20 Jahre also, ist er Staatssekretär gewesen und seiner Geschmeidigkeit, seiner sachlichen Beweisführung in den vielumstrittenen Vorlagen, die er zu vertreten hatte, gelang es, das zu erreichen, woran sein Vorgänger gescheitert war. Hatte Admiral v. Hollmann sich aufgerieben im Kampf mit dem Parlamentarismus, Herr v. Tirpitz hatte die robuste Kraft, auch an dieser Stelle durchzusetzen, was er für gut befand.“ Andererseits stand ihm als Staatssekretär des Reichsmarineamts, also als Marineminister, kein ressortmäßiger Einfluß auf die Krieg- bzw. Flottenführung zu. Nach einem Bericht der „Nationalliberalen Korrespondenz“ ist wiederholt die Rede davon gewesen, daß der Mangel eines solchen Einflusses dem Staatssekretär, der sich mit seiner Schöpfung in höherem Maße eins gefühlt haben wird wie als bloßer Organisator, den Wunsch nahegelegt habe, aus dem Amte zu scheiden, das er 19 Jahre lang mit einem Erfolg ohnegleichen geführt hat. In Ergänzung hierzu schrieb der nationalliberale Führer Bassermann in den „Deutschen Stimmen“:

„Tirpitz: der Name bedeutet die Geschichte unserer jungen Marine mit ihrer Schneidigkeit und tatenreichen Energie. Wenn wir bei dem Gedanken an eine rücksichtslose Führung des Krieges durch unsere Tauchboote unsere Herzen höher und schneller schlagen fühlen, da leitet uns dabei der Gedanke, daß der Gründer und Organisator unserer Marine, der Staatsmann mit dem klaren Blick, der wie kein anderer den Werdegang der internationalen Politik, wie sie in letztem Ende zu diesem furchtbaren Weltkriege führte, überschaut und immer von tiefstem Mißtrauen gegen Albion erfüllt war, diesen Plan mit Zähigkeit als denjenigen empfahl, der das stolze England niederzwingen wird. Dies Vertrauen in den Schöpfer unserer Flotte ist als moralischer Faktor nicht genug zu bewerten.“

Eduard von Capelle wurde 1855 in Celle geboren und hat, nach Mitteilungen des „Berliner Tageblatts“ (4. XI. 15), der Marine seit dem Jahre 1872 angehört. Den Hauptteil seiner langen Dienstzeit war er zum Reichsmarineamt kommandiert worden. Seit dem Jahre 1896 gehörte er der Marinezentralbehörde dauernd an. Sein letztes Bordkommando war Mitte der neunziger Jahre als erster Offizier auf dem Panzerschiff „Weißenburg“. Als Korvettenkapitän übernahm er im Jahre 1897 die Leitung der damals neu organisierten Etatsabteilung. Aus dieser Stellung ist er 1904 zum Direktor des Verwaltungsdepartements im Reichsmarineamt ernannt worden, als erster Seeoffizier im Reichsmarineamt, der diese Tätigkeit auszuüben hatte. Als Departementsdirektor wurde er zum Kontreadmiral, Vizeadmiral und 1913 zum Admiral befördert. 1912 erhielt er den erblichen Adel. Im Mai 1914 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des neu errichteten Unterstaatssekretariats im Reichsmarineamt betraut und damit Stellvertreter des Staatssekretärs v. Tirpitz. Als v. Capelle anfangs November 1915 krankheitshalber zur Disposition gestellt wurde, verlieh ihm der Kaiser den Roten Adlerorden I. Kl. mit Eichenlaub und Schwertern.

12. Mai 1916.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück hat sich wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, ein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furunkulose, als der Folge einer leichten Zuckerkrankheit, und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Ueber die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einiger Zeit zu erwarten.

22. Mai.

Kaiser Wilhelm II hat dem Staatssekretär des Innern und Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Dr. Delbrück die nachgesuchte Entlassung aus seinen Aemtern unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler erteilt und ihn von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers entbunden, den Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern ernannt und mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt, den Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Wirklichen Geheimen Rat Grafen von Roedern vom 1. Juni 1916 ab zum Staatssekretär des Reichsschatzamts ernannt und bestimmt, daß bis zum 1. Juni 1916 die Geschäfte des Reichsschatzamts durch den Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich weiterzuführen sind.

Zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ist Staatsminister Dr. v. Breitenbach ernannt worden.

Clemens Delbrück (Bildnis vgl. Bd. VII, nach S. 68) ist am 19. Januar 1856 in Halle a. S. geboren, studierte in Halle, Heidelberg, Greifswald und Berlin die Rechte, wurde 1877 Gerichtsreferendar zuerst in Halle, später in Stettin und 1882 Regierungsassessor in Marienwerder. Im August 1885 wurde er zum Landrat des Kreises Tuchel und Anfang 1892 zum Regierungsrat beim Oberpräsidium in Danzig ernannt, wo er das Ressort der Landwirtschaft, der Eisenbahn und der zur sozialpolitischen Gesetzgebung gehörenden Angelegenheiten bearbeitete. Am 22. Mai 1896 wurde er zum Oberbürgermeister von Danzig gewählt und im Herbst desselben Jahres in das Herrenhaus berufen. Während seiner sechsjährigen Wirksamkeit als Oberbürgermeister erwies er sich als ein Mann von sicherem Blick und außergewöhnlicher Arbeitskraft. Nach dem Tode Goßlers im Oktober 1902 ernannte der Kaiser den Oberbürgermeister von Danzig zum Oberpräsidenten von Westpreußen. Im Oktober 1905 zum preußischen Handelsminister ernannt, trat er am 14. Juli 1909 als Staatssekretär des Innern an die Spitze des Reichsamts des Innern.

(Personalien des Staatssekretärs Dr. Helfferich vgl. VII, S. 3, Bildnis vgl. Bd. III nach S. 16.)

Graf Siegfried von Roedern wurde am 27. Juli 1870 zu Marburg geboren. Nach Absolvierung seiner Studien wurde er am 14. Dezember 1893 Referendar beim Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. 1896 ging Graf Roedern zur allgemeinen Staatsverwaltung über und wurde Regierungsreferendar in Düsseldorf. Nachdem er 1898 die zweite Staatsprüfung abgelegt hatte, wurde er 1899 Regierungsassessor und in dieser Eigenschaft als Hilfsarbeiter dem Landratsamt in Freienwalde überwiesen. Von 1901 bis 1903 arbeitete er in gleicher Eigenschaft bei dem Oberpräsidium in Posen und wurde dann als Hilfsarbeiter in die 1. Abteilung des Finanzministeriums berufen. Im Mai 1905 wurde er mit der Verwaltung des Landratsamts von Niederbarnim beauftragt und im Oktober desselben Jahres zum Landrat dieses Kreises ernannt. Als im Juni 1911 der Oberpräsidialrat von Winterfeld nach seiner Wahl zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg von seinem Amt zurücktrat, wurde Graf Roedern zum Oberpräsidialrat in Potsdam ernannt. Am 3. Februar 1914 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, als welcher er zugleich die Abteilung des Innern im Ministerium übernahm.

27. Mai 1916.

Der Reichskanzler hat zum Präsidenten des neugeschaffenen Kriegsernährungsamts den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Herrn v. Batocki berufen. Außer Herrn v. Batocki sind in den Vorstand des Kriegsernährungsamts der Chef des Feldeisenbahnwesens, Generalmajor Gröner, der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherr v. Falkenhausen, sowie der Ministerialrat im königlich bayerischen Ministerium des Innern, Edler v. Braun, berufen worden; ferner der Oberbürgermeister von Plauen im Vogtland, Dr. Dehne, der Kommerzienrat Dr.-Ing. Reusch aus Oberhausen, der Generalsekretär Stegerwald aus Köln, der Kommerzienrat und Generalkonsul Manasse aus Stettin, endlich Herr August Müller

aus Hamburg. Außer diesem Vorstand wird dem Kriegsernährungsamt eine Reihe von Referenten für die Bearbeitung der laufenden Geschäfte sowie ein Beirat beigeordnet werden, wie dies in der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung des neuen Amts vorgesehen ist (vgl. S. 51).

Adolf Tortilowicz v. Batocki-Friebe gehört zu den Männern, die der Krieg in den Vordergrund des politischen Lebens gestellt hat. In Bledau, dem von seinem Vater gestifteten Fideikommiß, 1862 geboren, studierte er nach Absolvierung des Königsberger Gymnasiums in Bonn Rechts- und Staatswissenschaften. Nach deren Beendigung kehrte er nach seiner Heimatsprovinz zurück und übernahm die Bewirtschaftung seines Fideikommisses. Einige Zeit später wurde er zum Landrat des Kreises Fischhausen ernannt, den er bis zum Jahre 1912 verwaltet hat. Schon 1910 gehörte er als Vertreter des Landschaftsbezirkes Samland dem preußischen Herrenhause an. Als im September 1914 die Verhältnisse in Ostpreußen eine Neubesetzung des Oberpräsidentenpostens notwendig machten, wurde dem in der Provinz hochangesehenen und als besonders tatkräftig und rührig bekannten Landrat a. D. v. Batocki, der als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen die Verhältnisse dieser Provinz kennen gelernt hatte, diese Stellung übertragen.

28. Mai 1916.

An Stelle des Grafen von Rödern ist der Regierungspräsident von Breslau Frhr. v. Tschammer und Quaritz zum Staatssekretär von Elsaß-Lothringen ernannt worden.

Das deutsch-türkische Bündnis

In der Sitzung des Reichstages vom 12. Mai 1916 stellte der Abgeordnete Herzfeld (Soz.) eine Anfrage über den Inhalt des von dem türkischen Minister des Aeußern auf dem zu Ehren der deutschen Abgeordneten gegebenen Bankett erwähnten Bündnisvertrages mit der Türkei.

Unterstaatssekretär Zimmermann erwiderte darauf: Nach der amtlichen französischen Uebersetzung der Rede sprach der Minister zunächst von einem Defensivbündnis, das deutscherseits der Türkei zu Beginn des Weltkrieges angeboten, von der Türkei angenommen und von beiden Mächten unterzeichnet wurde. Dieser Bündnisvertrag wurde alsbald nach seiner Unterzeichnung ratifiziert. Ueber den Inhalt, der nach den Bestimmungen des Vertrages geheimzuhalten ist, können zurzeit keine Einzelheiten mitgeteilt werden. Bei den weiter von dem Minister erwähnten Verträgen handelt es sich insbesondere um einen Konsularvertrag, einen Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, einen Auslieferungsvertrag und einen Niederlassungsvertrag. Der Inhalt der Verträge lehnt sich im einzelnen an frühere Abmachungen an, die Deutschland mit andern Mächten geschlossen hat, bildet aber im ganzen ein einheitliches Rechtssystem, das die gegenseitigen rechtlichen Interessen der vertragschließenden Teile in erschöpfender gleichmäßiger Weise wahrt. Es versteht sich von selbst, daß dieses neue Rechtssystem in Deutschland nicht ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zur Geltung kommen kann. Die Verträge werden daher vor ihrer Ratifizierung dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt werden.

Militärische Maßnahmen

19. Februar 1916.

Eine kaiserliche Verordnung bestimmt, daß die kriegsverwendungsfähigen männlichen Personen der freiwilligen Krankenpflege in den Etappen und in den Gebieten des Generalgouvernements zunächst bis höchstens 50 vom Hundert der Gesamtkopfstärke für den Waffendienst verfügbar gemacht und durch militärisches Personal ersetzt werden. Die Verordnung schließt: „Bei dem Ausscheiden einer so großen Zahl von Personen aus der freiwilligen Krankenpflege ist es mir ein Bedürfnis, diesen meine dankbare Anerkennung für die bisher in so hohem Maße bewiesene Opferwilligkeit und ihr durch langjährige, sorgfältige Friedensarbeit vorbereitetes segensreiches Wirken zum Besten der verwundeten und kranken Krieger auszusprechen."

27. Februar.

Kaiser Wilhelm genehmigte Abänderungen für die Heimatuniformen der Offiziere der deutschen Schutztruppen.

12. März 1916.

Die Verwaltungs-, Bekleidungs- und Ausrüstungs-, Bau- und Rechnungsangelegenheiten der Luftschiffer- und Fliegertruppen wurden von der Intendantur des Militärverkehrswesens abgetrennt und der versuchsweise einzurichtenden Intendantur der Luftstreitkräfte übertragen.

13. März 1916.

Das „Stellvertretende Ingenieurkomitee" erhielt die Bezeichnung „Ingenieurkomitee", wie vor dem Kriege. Das Ingenieurkomitee ist eine rein militärische Behörde des Ingenieur- und Pionierkorps, untersteht der Generalinspektion dieses Korps und hat sich im Kriege zu einer großen Beschaffungsstelle für Kriegsgerät entwickelt, ähnlich der Feldzeugmeisterei. Das Arbeitsgebiet des Ingenieurkomitees umfaßt das gesamte für den Bau der Stellungen notwendige Gerät und die Baustoffe, das Minenwerfer- und Scheinwerferwesen, die Leucht-, Signal- und Nahkampfmittel und die technische Ausrüstung aller Pioniertruppen. Außerdem prüft es die auf diesen Gebieten angemeldeten Erfindungen. Die Behörde besteht aus fünf Abteilungen.

18. April.

Der Bundesrat hat eine Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener erlassen, nach der die Todeserklärung schon vor der Beendigung des Krieges zulässig ist.

1. Juli.

Eine Kabinettsorder verfügt Aenderungen der Marineuniformen, deren wesentlichste das Grundtuch aller Bekleidungsstücke betrifft. Die Uniform der Marineinfanterie wird entsprechend den Bestimmungen für das Heer vom 21. September 1915 (vgl. XII, S. 7) abgeändert.

22. Juli 1916.

Da die Zahl der in Schutzhaft Befindlichen bei einzelnen Stellen noch immer auffallend hoch war, wies das Kriegsministerium in einem Erlaß die stellvertretenden Generalkommandos auf frühere Erlasse hin, in denen wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß Schutzhaft nur insoweit zu verhängen sein möchte, als dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit durchaus geboten erscheint und daß im übrigen sobald als möglich auf Freilassung oder Abschiebung der Festgenommenen in Gefangenenlager oder in geeignete Orte Deutschlands und Stellung unter Polizeiaufsicht sowie auf Gewährung sonstiger Erleichterungen Bedacht zu nehmen sei.

Das Kriegsministerium empfiehlt daher eine Nachprüfung, inwieweit diesen Erlassen entsprochen werden könnte und macht außerdem noch auf einen Erlaß vom 4. September 1915 aufmerksam, wonach den Festgenommenen durch Vernehmung Gelegenheit zu geben ist, sich von dem auf ihnen ruhenden Verdachte zu reinigen, und wonach ihnen die Gründe für ihre weitere Haft mitzuteilen sind. Alle unnötigen Härten müssen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schäden der Betroffenen und auf die Ansprüche vermieden werden, die nach dem Kriege deshalb erhoben werden können. Jedenfalls darf Schutzhaft als Strafe für Verstöße gegen bestehende Anordnungen weder angedroht noch verhängt werden, da eine solche Maßnahme der Rechtsgrundlage entbehrt.

* * *

Ueber den deutschen Mannschaftsersatz, der nach den Behauptungen der Ententepresse aufgebraucht sein sollte, wurde der „Frankfurter Zeitung" (30. VII. 16) geschrieben: „Die deutsche Heeresleitung hat noch nicht einmal auf die Jahrgänge 1898 und 1899 zurückzugreifen brauchen, die Frankreich schon eingestellt hat. Durch die systematische Sparsamkeit unserer Menschenkraft haben wir aber noch mehr erreicht. Der Jahrgang 1896 ist erst zum Teil an der Front, zum anderen Teil befindet er sich noch in den Depots, und die 1897 Geborenen sind heute erst zum Teil eingezogen und in der Ausbildung begriffen. Hunderttausende sind ferner im Interesse der Kriegswirtschaft vom Heeresdienst zurückgestellt, und die älteren Jahrgänge konnten, während unsere Feinde die Dienstpflichtgrenze heraufsetzten, aus der Front in die Heimat entlassen werden."

Maßnahmen gegen die Angehörigen feindlicher Staaten

1. Mai 1916.

Nachdem bereits gleich nach der Kriegserklärung Deutschlands an Portugal am 9. März 1916 (vgl. S. 6) an die deutschen Firmen ein Zahlungsverbot an portugiesische Gläubiger erlassen worden war, ist nun auch die Beschlagnahme der Guthaben des portugiesischen Staates und die Sperre der Guthaben portugiesischer Privatpersonen angeordnet worden. Unberührt blieb dadurch nur die Bezahlung von Coupons portugiesischer Anleihen, soweit diese Coupons vor Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Portugal bereits fällig gewesen sind und sofern die Einreicher die schriftliche Erklärung abgeben, daß die Stücke, von denen die Coupons getrennt wurden, sich in Deutschland oder im neutralen Auslande befinden, und daß sie seit 31. Juli 1914 nicht im Besitz von Angehörigen eines feindlichen Staates waren oder noch sind.

Verwaltungsmaßnahmen

Die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen sind in den Kapiteln „Die siebente Kriegstagung des deutschen Reichstags", sowie „Deutschlands wirtschaftliche und soziale Organisation während des vierten Kriegshalbjahres" (vgl. S. 48 f.) erwähnt und zusammengestellt.

6. April 1916.

Der Bundesrat beschloß, daß in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September 1916 an Stelle der mitteleuropäischen Zeit, die in Deutschland durch das Reichsgesetz vom 12. März 1893 eingeführt ist, als gesetzliche Zeit die mittlere Sommerzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich gelten soll. Demnach waren die Uhren für diese Zeitspanne um eine Stunde vorzustellen.

Die siebte Kriegstagung des deutschen Reichstags

Vom 15. März bis 8. Juni 1916

Die erste Lesung des Reichshaushaltsetats für 1916, die Rede Helfferichs am 16. März 1916 und die Genehmigung des Notetats

Vom 15. bis 24. März 1916

Der deutsche Reichstag, der sich am 18. Januar 1916 vertagt hatte (vgl. XII, S. 53), trat am 15. März wieder zusammen. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache des Präsidenten Dr. Kaempf wurde zunächst eine Reihe von Petitionen debattelos erledigt und die Reichshaushaltsrechnung für 1914 ohne Aussprache dem Rechnungsausschuß übergeben. In der Sitzung vom 16. März begann der Reichstag sodann mit der ersten Lesung des Entwurfs des Reichshaushaltsetats für 1916 in Verbindung mit den neuen Steuervorlagen: einer Kriegsgewinnsteuer, einer Erhöhung der Tabakabgaben, einer Quittungsstempelsteuer, eines Zuschlags zu den Post- und Telegraphengebühren und eines Frachturkundenstempels. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Staatsminister Dr. Helfferich begründete die Vorlagen folgendermaßen:

„Meine Herren! Die neue Tagung, zu der Sie im 20. Monat des Krieges zusammengetreten sind, gilt vor allem den Fragen des Reichshaushalts. Zum zweiten Male habe ich Ihnen einen Haushaltsplan vorzulegen, dem der Krieg das Gepräge gibt. Aber während vor einem Jahre der Haushaltsetat mehr eine Formsache war, tritt er dieses Mal an Sie heran in Verbindung mit Fragen von großer sachlicher Bedeutung. Während im Vorjahre eine Meinungsverschiedenheit kaum Platz greifen konnte sind sich die verbündeten Regierungen darüber klar, daß dieses Mal Fragen zur Erörterung gestellt werden, über die die Meinungen auseinandergehen können. Sie sind aber auch überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen, aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden, wie Ihre bisherigen Beratungen, von dem Bewußtsein der untrennbaren Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Kriege unser Volkstum siegreich zu behaupten und für Volk und Reich die Zukunft zu sichern. Ich darf um Ihre Erlaubnis bitten, Ihnen zunächst den Etat und die Steuervorlagen in ihrem Zusammenhange darzulegen und Ihnen dann ein kurzes Bild unserer finanziellen Kriegslage zu geben.

Ich beginne mit dem Etat. Wie im Vorjahre müssen wir im allgemeinen darauf verzichten, eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzunehmen. Wir haben deshalb, entsprechend dem schon für den Etat für 1915 angewandten Verfahren, bei den meisten Kapiteln und Titeln die Ansätze des letzten Friedensjahres eingestellt unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen, die sich durch Zeitablauf und andere in ihrer Wirkung feststehende Tatsachen ergeben. Wenn wir damit auch auf die in den Kriegsverhältnissen nicht durchführbare genaue Veranschlagung verzichten, so genügen wir doch dem Erfordernis, die verfassungsmäßige und finanzwirtschaftliche Grundlage für die Fortführung der Reichsverwaltung im kommenden Rechnungsjahre sicherzustellen. Wir haben ferner, wie im Vorjahre, die äußerste Sparsamkeit bei der Aufstellung des Etats walten lassen: Wir haben bei den fortdauernden Ausgaben von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen und uns bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats im ganzen auf die Fortführung bereits begonnener Bauten usw. beschränkt; auch bei diesen wird gebremst, wo es irgend angängig ist. Alles Geld und alle Arbeit

wird auf die Kriegsbedürfnisse vereinigt; alles, was nicht dem Kriege dient, wird nach Möglichkeit zurückgestellt. Für die Kriegführung selbst finden Sie im neuen Etat keine Forderungen. Der Kriegskredit, den Sie im Dezember bewilligt haben, wird noch für einige Zeit vorhalten. Die weiterhin für die Durchführung des Krieges erforderlichen Mittel werden die verbündeten Regierungen bei diesem hohen Hause beantragen. Aus den Kriegskrediten werden, solange der Krieg dauert, auch die fortdauernden Ausgaben der Heeres- und Marineverwaltung bestritten. Für das laufende Etatsjahr hatten wir noch eine halbe Friedensrate für diese Verwaltungen eingestellt. Sie wird nicht in Anspruch genommen. Für das Jahr 1916 sehen wir von einer Einstellung überhaupt ab. Auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung in den Friedenszustand längere Zeit erfordern und wohl auch auf etatsrechtlichem Gebiet neue Maßnahmen nötig machen. Seine eigentliche Bedeutung erhält der neue Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld. Zinsen und Tilgung figurieren mit 2303 Millionen Mark gegen 1268 Millionen Mark im Vorjahre und 250 Millionen Mark im letzten Friedensetat. Hier kündigt sich, noch mitten im Krieg, ein großes staatswirtschaftliches Problem des kommenden Friedens an, ein Problem, dem wir nicht früh genug unsere Aufmerksamkeit und unsere Sorge widmen können. Ich werde hierauf gleich noch zurückkommen. Rechnerisch wird die Erhöhung der Ausgabe für den Schuldendienst um mehr als eine Milliarde Mark, im Etat für 1916 zunächst zu mehr als der Hälfte ausgeglichen durch den Wegfall des Ansatzes der laufenden Ausgaben für Heer und Marine; dieser Ausgleich wird noch verbessert durch die Herabminderung der einmaligen Ausgaben um 80 Millionen Mark. Insgesamt schließen die Ausgaben des ordentlichen Etats mit 3659 Millionen Mark ab; das sind 316 Millionen mehr als im Etat für 1915. Auf der Einnahmeseite sind die wesentlichsten Veränderungen die folgenden: In Abgang gestellt ist der Wehrbeitrag, der im Etat für 1915 mit seiner letzten Rate in Höhe von 328 Millionen Mark figurierte. Dagegen konnten wir den Ueberschuß des Jahres 1914 mit 220 Millionen Mark einsetzen. Insgesamt würden die Ansätze der Einnahmen des ordentlichen Etats ohne die Erschließung neuer Quellen ein Weniger von 144 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre ergeben, dies gegenüber einem Mehr bei den Ausgaben in Höhe von 336 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark. Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deckung vor die neuen **Kriegssteuern**. Damit ist der Etat formell ins Gleichgewicht gebracht, aber auch nur formell. Denn, wie ich mir bereits erlaubt habe auszuführen, wir haben die Einnahmen mit den Ziffern des letzten Friedensetats eingestellt und wenn etwas in dem neuen Etat sicher ist, dann ist es die Tatsache, daß diese Ansätze nicht erreicht werden. Wir können zwar aus einzelnen Kapiteln auf Mehreinnahmen rechnen, so aus dem Bankwesen infolge der Kriegsgewinnbesteuerung der Reichsbank, die uns für das laufende Jahr allein etwa 175 Millionen bringt; so ferner aus den Zinseinnahmen der Darlehnskassen. Diese sicher zu erwartenden Mehreinnahmen haben wir nicht berücksichtigt, da wir auf der anderen Seite die sicher zu erwartenden Mindereinnahmen aus den bekannten Gründen gleichfalls nicht berücksichtigen konnten. Leider dürfen wir nicht erwarten, daß der Ausgleich der Mindereinnahmen durch die Mehreinnahmen ein vollständiger sein wird. Ein in seiner Größe unbekannter und nicht abzuschätzender Fehlbetrag wird bleiben. Zur Deckung dieses Fehlbetrages haben wir, um nach jeder Möglichkeit auf ein materielles Gleichgewicht des Etats hinzuwirken, ein Kapitel für Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer eingesetzt, auf dem die im Rechnungsjahre 1916 bereits eingehenden Erträgnisse der Kriegsgewinnsteuer, soweit sie zur Deckung dieses Fehlbetrages nötig sein werden, verrechnet werden sollen. Angesichts der Unsicherheit über den Umfang des zu deckenden Fehlbetrags und der aus der Kriegsgewinnsteuer zu erwartenden Erträgnisse haben wir diese Einnahme in Form eines sogenannten „Leertitels“ aufgenommen. Aber ich hoffe, daß hier nicht der Satz gilt: nomen est omen! daß vielmehr dieser Leertitel sich auch bereits im kommenden Rechnungsjahr erfreulich füllen wird. Die Absicht, dies zu ermöglichen, war mitbestimmend dafür, daß wir im Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes vorgesehen haben, daß die juristischen Personen bereits nach dem Ergebnis der zwei ersten Kriegsgeschäftsjahre vorläufig veranlagt werden können. Das zweite Kriegsgeschäftsjahr ist für alle Gesellschaften bereits abgelaufen, deren Geschäftsjahr in der Zeit vom 31. August bis heute schließt; also für alle die zahlreichen Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt oder deren Geschäftsjahr mit dem 30. September abläuft. Die Gesellschaften, die am 31. März schließen, werden sich in wenig Tagen anreihen. Aus vielen bereits vorliegenden Abschlüssen wissen Sie, daß hier auf ansehnliche Summen aus der Kriegsgewinnsteuer zu rechnen ist. Der Leertitel „Kriegsgewinnsteuer“ bildet also gewissermaßen den Ausgleichsposten im neuen Etat,

der uns hoffentlich gestatten wird, über das rein formelle Gleichgewicht hinaus das tatsächliche Gleichgewicht zu erreichen, oder ihm wenigstens nahezukommen. Um aber keine Illusionen hervorzurufen, muß ich daran erinnern, daß das immer erst ein Etat der rein bürgerlichen Reichsverwaltung, ohne Heeres- und Marineausgaben ist, und daß zur formellen und materiellen Balancierung dieses rein bürgerlichen Haushaltsvoranschlages die 480 Millionen Mark aus neuen Steuern neben der Kriegsgewinnsteuer erforderlich sind. Der Etat in dieser Aufmachung will also für die Ordnung im Hause sorgen, während draußen der Krieg tobt. Die Aufrechterhaltung dieser häuslichen Ordnung ist das mindeste, was wir nach der bestimmten Ansicht der verbündeten Regierungen anstreben müssen, wenn nicht der solide Bau unserer Finanzwirtschaft, der sich bisher allen Anforderungen des gewaltigen Krieges in so unvergleichlicher Weise gewachsen gezeigt hat, der sich besser bewährt hat als die Finanzwirtschaft auch des stärksten unserer Gegner — wenn nicht dieser solide Bau in ernste Gefahr gebracht werden soll. Diese Gefahr auszuschließen, ist der Zweck der neuen Steuervorlagen; in diesem Zweck finden die vorgeschlagenen Finanzmaßnahmen ihre Begründung und gleichzeitig ihre Begrenzung. Weiter geht unsere Absicht nicht, und weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst in Unterhaltungen der Meinung begegnet bin, ich hätte mich durch die englische Finanzpolitik allzu sehr beeinflussen und mich von meiner früheren Richtlinie abbringen lassen. Das ist in keiner Weise der Fall. Ich habe niemals den Satz aufgestellt, daß wir den Krieg beliebig lange führen können, ohne genötigt zu sein, neue Einnahmequellen zu erschließen. Was ich vor einem Jahre hier erklärt habe, war lediglich, daß wir von neuen Steuern glauben absehen zu können, solange es uns möglich ist, unseren ordentlichen Etat einschließlich des Schuldendienstes auch ohne neue Einnahmen zu balancieren. Diese Möglichkeit war vor einem Jahre noch vorhanden. Heute ist sie nicht mehr gegeben. Daraus haben wir die Folgerungen zu ziehen. Wenn wir das tun, so heißt das nicht etwa, daß wir uns damit auf die Wege der englischen Finanzpolitik begeben. An sich würde ich mich nicht scheuen, dies zu tun, sobald ich die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß diese Wege die richtigen und daß sie gangbar sind. Man soll auch vom Feinde lernen. Aber nach beiden Richtungen: wie man's machen soll, und wie man's nicht machen soll; oder in diesem Falle: was man machen kann, und was man nicht machen kann. Der englische Schatzkanzler hat in den ersten Kriegsmonaten eine Finanzpolitik verkündigt, nach der ein erheblicher Teil der Kriegskosten nicht aus Anleihen, sondern aus Kriegssteuern bestritten werden sollte. Er hat sich dabei auf die alte britische Tradition berufen, u. a. darauf, daß die Kosten der napoleonischen Kriege zu mehr als 45 Prozent durch Steuern gedeckt worden seien. Um das Programm wahr zu machen, dazu hat ihm der Atem nicht ausgereicht. England wird bis zum Ende dieses Rechnungsjahres aus Kriegssteuern etwa 122 Millionen Pfund Sterling herausgewirtschaftet haben. Das ist an sich sehr viel und bedeutet eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler. Aber wenn Sie die Summe im Vergleich sehen zu den Kriegsausgaben, die bis zum 31. März d. J. 1800 Millionen Pfund Sterling überschritten haben werden, dann sehen Sie, daß bisher der Ertrag der Kriegssteuern nicht ganz 7 Prozent der gesamten Kriegskosten gebracht hat. Ueber die Verzinsung der Kriegsschulden hinaus bleibt also kein nennenswertes Geld verfügbar. Wir haben uns von Anfang an nicht vermessen, die Kosten eines solchen Krieges aus Steuern auch nur zu einem irgendwie erheblichen Teile decken zu können. Wir haben uns von Anfang an ein richtigeres Bild von den gewaltigen finanziellen Anforderungen dieses Krieges gemacht, als das die englischen Staatsmänner getan haben. Wir haben unser Programm von vornherein enger gezogen und uns auf die Erhaltung der Grundlagen der ordentlichen Reichswirtschaft beschränkt. Auf diesem Boden aber heißt es konsequent bleiben, nicht aus Prinzipienreiterei, sondern weil die größten praktischen Interessen auf dem Spiele stehen.

Meine Herren, ich weiß, daß auch andere Ansichten laut geworden sind. Man hat die Frage aufgeworfen: Ist es wirklich nötig, jetzt mitten im Kriege neue Steuern zu machen und damit die Bevölkerung zu beunruhigen und zu beschweren? Man hat mit nicht allzu großem Respekt von den paar Hundert Millionen gesprochen, die schließlich neben den vielen Milliarden doch auch noch durch Anleihen aufgebracht werden könnten, bis nach Friedensschluß die große Neuordnung der Reichsfinanzen komme. Meine Herren, auf die Gefahr hin, in den Ruf der Kleinlichkeit zu kommen, muß ich bekennen, daß ich mich zu dieser Großzügigkeit nicht aufzuschwingen vermag. Eine runde halbe Milliarde im Jahr für den ordentlichen Reichshaushalt ist enorm viel Geld. Das sind die Zinsen von 10 Milliarden. Und dieses Geld werden wir bitter nötig haben, bis nach dem Kriege die Neuordnung der

Reichsfinanzen durchgeführt sein wird. Daß diese Finanzreform nach dem Friedensschluß nicht von heute auf morgen da sein wird, daß sie nicht etwa wie Pallas Athene fertig und in voller Rüstung mit einem Schlage aus dem Haupte Jupiters hervorspringen wird, darüber wollen wir uns auch keinen Täuschungen hingeben. Die 500 Millionen werden sich also multiplizieren und ein sehr beachtliches und unbedingt nötiges Zehrgeld für den Weg zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen bilden. Meine Herren, wir wollen uns doch durch die Milliarden, die wir jetzt für den Krieg leihen und ausgeben müssen, nicht den Kopf verdrehen lassen. Die Zeit wird kommen, wo wir uns sehr bescheiden wieder an die Millionen gewöhnen werden und wo 50 oder 100 Millionen Ausgaben mehr oder weniger uns sehr ernstlich beschäftigen werden. Es ist ja eine alte Wahrheit, daß große Schulden viel leichter verschwenderisch machen als großer Reichtum. Aber vor dieser Versuchung müssen wir uns auf das ernstlichste hüten. Das Amt, das ich im Kriege schweren Herzens übernommen habe, hat mir zwei Kriegsaufgaben und Kriegsverantwortlichkeiten aufgewirbelt: die Beschaffung der Mittel für die siegreiche Durchführung des Krieges und die Erhaltung der gesunden Grundlagen unserer Reichsfinanzwirtschaft. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich das ganze Maß meiner bescheidenen Kräfte an diese beiden Aufgaben setzen werde. Und ich bin überzeugt, daß dieses hohe Haus im Vollgefühl seiner Verantwortlichkeit mir dabei helfen wird.

Meine Herren, die beiden Kriegsaufgaben, von denen ich spreche, gehören ja untrennbar zusammen. Wir können den Krieg finanziell nur durchhalten, und — das gehört auch zum Durchhalten — wir können den nicht leichten Weg des Ueberganges in die Friedenswirtschaft nur dann glücklich zurücklegen, wenn unser Haus auch im Kriege gut bestellt ist und in Ordnung bleibt. Wir können von unserem Volk, das jetzt zum vierten Mal in Vaterlandsliebe und Vertrauen seine Sparpfennige dem Reiche darbietet, — wir können von unserem Volk nicht die Milliardenbeträge der Anleihen verlangen und annehmen, wenn wir nicht rechtzeitig Vorsorge treffen, um die Verzinsung sicherzustellen. Das ist kein Formalismus, das ist keine Kleinlichkeit; das ist nichts als Pflicht und Schuldigkeit, nichts als die elementarste Vorsorge für den nächsten Tag. Sie werden mir zugeben, das sind zwingende und durchschlagende Gründe, die uns keine Wahl lassen. Es wäre ja für die verbündeten Regierungen und für mich persönlich so unendlich viel bequemer, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen, und die Dinge gehen zu lassen. Es wäre auch für dieses hohe Haus bequemer. Aber der harte Ernst des Krieges kennt kein Recht auf Bequemlichkeit, er kennt nur Notwendigkeiten. In der Erfüllung dieser Notwendigkeiten beschränken sich unsere Vorschläge, wie Sie aus der Darlegung des inneren Aufbaus des neuen Etats gesehen haben werden, auf das Mindestmaß des Vertretbaren. Wir mögen unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensschluß noch so hoch spannen — und diese Hoffnung halten wir aufrecht — trotzdem bleibt die Gewißheit, daß unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen eine Notwendigkeit sein wird. Deshalb kann uns keine Aussicht auf Kriegskostenentschädigung der Verpflichtung entheben, heute schon zu tun, was an uns liegt, um den Reichswagen in den Gleisen einer gesicherten Finanzwirtschaft zu halten. Die Besorgnis, daß Sie die halbe Milliarde ohne Not bewilligt haben könnten, braucht Sie leider nicht zu drücken. Wenn ich mich vor mir selbst auf Herz und Nieren prüfe, dann hätte ich mir allenfalls den Vorwurf zu machen, daß die Steuervorlagen heute schon nicht weit genug gehen, und daß sie allzuviel der Zukunft überlassen. Meine Herren! In dieser Lage gäbe es nur eine einzige Entschuldigung für das Unterlassen des Notwendigen: die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen neuen Mittel. Diese Entschuldigung steht uns Gott sei Dank nicht zur Seite. Die 500 Millionen neuer Reichseinnahmen sind keine Leistung, die dem deutschen Volke nicht zugemutet werden könnte und die es nicht zu tragen vermöchte. Deutschland hat in Friedenszeiten über Steuerreserven verfügt, wie kein anderes der großen europäischen Länder. Und im Kriege hat unser Volk so glänzende Beweise seiner finanziellen Leistungskraft vor aller Welt geliefert, daß ich den sehen möchte, der behaupten will, die Aufbringung neuer Einnahmen von einer halben Milliarde jährlich rühre auch nur entfernt an die Grenzen unserer Kraft. Das deutsche Volk wird die 500 Millionen tragen und alles, was darüber hinaus notwendig ist, um das Reich zu erhalten und seinen Platz zu behaupten. Die Lebens- und Arbeitskraft, die wir in uns selber tragen, bürgt dafür, daß wir auch mit schwererem Gepäck als bisher unseren Weg machen und weiterhin in der Welt vorankommen werden. Darüber sind wir wohl alle einig. Nicht ganz so einig sind wir, wie mir scheint, in der Beurteilung der einzelnen Steuerprojekte, die Ihnen die verbündeten Regierungen vorgelegt haben. Ich kann nicht sagen, daß mich das wundert. Die Steuer muß

erst noch gefunden werden, die der allgemeinen Zustimmung oder gar der allgemeinen Begeisterung sicher ist. Ich will auch gar nicht erst den aussichtslosen Versuch machen, Ihnen die neuen Steuern als etwas besonders Schönes anzupreisen. Jede Steuer ist in gewissem Sinne ein Uebel, und fünf Steuern sind ein fünffaches Uebel. Aber wenn Sie die Steuern daraufhin prüfen, ob sie nicht doch vielleicht notwendige Uebel und — gegenüber etwaigen anderen Möglichkeiten — die geringeren Uebel sind, dann wird es Ihnen wohl gelingen, sich mit ihnen, wenn auch nicht zu befreunden, so doch abzufinden. Meine Herren! Sie werden nicht erwarten, daß ich heute Ihnen hier eine eingehende Begründung der fünf Steuervorlagen gebe. Um Ihnen aber die Beurteilung des Gesamtprogramms zu erleichtern, darf ich die entscheidenden Gesichtspunkte kurz darlegen. Zunächst bitte ich Sie, sich vor Augen zu halten, daß die neuen Steuern Notbehelfe für die Zeit des Krieges und des Ueberganges in die geordnete Friedenswirtschaft sind. Sie werden ihr natürliches Ende finden in der Neuordnung der Reichsfinanzen, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung zweifellos Zeit braucht. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die jetzt zu beschließenden Steuern in absehbarer Zeit einer gründlichen Revision zu unterziehen. Ich gebe zu, an ein glattes Abschaffen ohne Ersatz wird auch im günstigsten Falle nicht zu denken sein. Aber Sie werden auf alle Fälle Gelegenheit haben, zu prüfen, was zu beseitigen und zu ändern, was beizubehalten und in den Neubau der Reichsfinanzen einzufügen sein wird. Dieser Charakter der Steuern als Not- und Uebergangssteuern wird Ihnen ebenso wie den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit zwar nicht abnehmen, aber doch erleichtern; er wird, wie ich zuversichtlich hoffe, Ihnen die Möglichkeit geben, einem anderen wichtigen Erfordernis zu entsprechen, das sich aus dem Charakter als Notsteuern ergibt: dem Erfordernis der prompten Erledigung und *sofortigen Inkraftsetzung*. Wer für die Forderung der Stunde zu sorgen hat, braucht schnellen Entschluß. Jede Woche, um die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert den Zinsendienst unserer Kriegsschuld um 10 Milliarden Mark. Schließlich liegt es in der Natur des Notbehelfs, daß wir versuchen müssen, ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen. Wir haben jetzt weder Zeit noch Leute, um neue Organisationen zu schaffen. Wir müssen uns notgedrungen in der Hauptsache an das Gegebene anlehnen. Man hat mir daraus einen Vorwurf gemacht, man hat mir gesagt, daß man mehr Originalität von mir erwartet hätte. Ich bedaure, daß ich diese Erwartung enttäuschen mußte, aber Sie werden begreifen, daß es mir mehr auf das Geld als auf die Originalität ankommt. Der zweite Gesichtspunkt, den ich Ihrer Beachtung empfehle, ist die Notwendigkeit, die steuerlichen Maßnahmen des Reiches im Zusammenhang mit der Besteuerung in den Einzelstaaten, Kommunen und Kommunalverbänden zu betrachten. Es sind doch immer wieder dieselben Steuerzahler, die vom Reich, vom Staat und von den Kommunen in Anspruch genommen werden. Die Verteilung der Steuerquellen auf diese öffentlichen Körperschaften hat sich dahin entwickelt, daß der stark wachsende Geldbedarf des Reiches das Steuergebiet der Einzelstaaten und Kommunen immer mehr eingeengt und immer mehr auf die direkten Steuern, auf Einkommen- und Vermögenssteuern und auf Ertragssteuern beschränkt hat. Die Einzelstaaten und Kommunen haben während des Krieges auf Wunsch der Reichsleitung darauf verzichtet, den Kapitalmarkt durch Anleihen in Anspruch zu nehmen; sie haben auf diese Weise dem Reiche den erforderlichen freien Spielraum für die Finanzierung des Krieges erhalten. Ich sage Ihnen nichts neues, wenn ich daran erinnere, daß der Krieg nicht nur an das Reich, das ja die Hauptlast trägt, sondern auch an die Einzelstaaten, die Kommunen und Kommunalverbände große finanzielle Anforderungen stellt, Anforderungen, die nur zum Teil durch die Inanspruchnahme bankmäßigen Kredits abseits des offenen Marktes befriedigt werden können. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb genötigt, mit ansehnlichen Steuererhöhungen vorzugehen, und zwar mit Erhöhungen, die samt und sonders auf dem Gebiete der direkten Besteuerung liegen. Ich verweise auf die Steuervorlage, die augenblicklich die gesetzgebenden Körperschaften Preußens beschäftigt. Für die großen Einkommen ist dort eine Erhöhung der Steuerzuschläge auf volle 100 Prozent des Normalsteuersatzes von 4 Prozent vorgesehen, also auf 8 Prozent, während bisher der Zuschlag nur 1 Prozent betrug, also mit dem Normalsatz 5 Prozent ausmachte. Bei den mittleren Einkommen ist der Zuschlag bescheidener, bei den kleinen Einkommen bis zu 2400 Mark ist eine Erhöhung des Zuschlags überhaupt nicht vorgesehen. Bei den Aktiengesellschaften wird der Zuschlag im Höchstfalle sogar bis auf 160 Prozent erhöht, der Steuersatz kommt damit im Höchstfall bis auf 10,4 Prozent. Dabei wirkt die Steuer auf das Einkommen der Aktiengesellschaften, da daneben noch einmal die dem Aktionär zufließende Dividende erfaßt wird, als

Doppelbesteuerung. Es werden also in Preußen, und ähnlich liegt es bei den meisten anderen Einzelstaaten, die direkten Steuern unter Freilassung der kleinen und Schonung der mittleren Einkommen stark herangezogen. Wie weit diese Schonung geht, mögen Sie daran ersehen, daß von den 100 Millionen, die von den neuen Zuschlägen in Preußen erwartet werden, nur 1 $^{1}/_{4}$ Millionen Mark auf die Zensiten mit Einkommen von 2400 Mark bis 6500 Mark entfallen, und nur 3,1 Millionen auf die Einkommen von 6500 bis 10 500 Mark. Nicht weniger als 95 Millionen von den 100 Millionen Mark werden also von den Einkommen aufgebracht, die 10 500 Mark übersteigen. Daß die Kommunen so gut wie überall im Reiche gezwungen waren, ihre Zuschläge zur Einkommensteuer beträchtlich zu erhöhen, ist Ihnen bekannt. Berlin kommt von 100 Prozent vor dem Kriege voraussichtlich auf 160 Prozent, die Berliner Vororte großenteils auf 170 Prozent, im Industrierevier sind Sätze von 300 und selbst 350 Prozent keine Ausnahme mehr. Dabei ist der Krieg noch nicht zu Ende, seine Ansprüche dauern fort, ja steigern sich. An diesen Tatsachen kann niemand achtlos vorbeigehen. Tatsachen sind stärker als Doktrinen, und der Krieg ist ein eiserner Lehrmeister. Der Krieg verlangt, daß für das Reich neue Einnahmen prompt und ausgiebig geschaffen werden. Es können nicht alle Pferde auf denselben Gründen weiden. Das Reich kann nicht seinen Weltbedarf auf demselben Steuergebiet befriedigen, auf das es Einzelstaaten und Kommunen verwiesen und beschränkt hat, und das jetzt von diesen so stark in Anspruch genommen wird.

In Rücksicht auf die Erhaltung der finanziellen Existenzgrundlage der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb nach der Auffassung der verbündeten Regierungen im Kreise der steuerlichen Kriegsmaßnahmen als direkte Reichssteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage. Das „nur" kann ich dabei allerdings nur mit Vorbehalt aussprechen. Denn die Kriegsgewinnsteuer in der Form, wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, ist eine umfassende Vermögenszuwachssteuer. Ihre nach der Höhe des Zuwachses und Kriegseinkommens gestaffelten Sätze steigen an bis fast zum zwanzigfachen Betrag des Höchstsatzes, der nach dem geltenden Besitzsteuergesetz einen Vermögenszuwachs treffen kann. Mir will scheinen, dies ist eine Inanspruchnahme der direkten Besteuerung durch das Reich, die für sich allein schon ganz ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Einzelstaaten und Kommunen als ein sehr kräftiges Gegengewicht gegen die Heranziehung der indirekten Steuern, die wir Ihnen vorschlagen angesehen werden muß. Ich will mich in Mutmaßungen über den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nicht ergehen, da mir sichere Unterlagen für eine Schätzung noch fehlen. Daß sie aber den Ertrag der anderen Kriegssteuern um ein Erhebliches übertreffen wird, scheint mir ausgemacht.

Wenn neben der Kriegsgewinnsteuer andere direkte Steuern nicht in Betracht kommen, so bleibt uns das Gebiet der Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Auf diesem Gebiete haben wir uns vor allem von dem Grundsatz leiten lassen, daß eine Belastung notwendiger Lebensbedürfnisse von vornherein ausgeschlossen ist. Daß das geschehen würde, habe ich hier bereits im Dezember vorigen Jahres in sichere Aussicht gestellt. Ich glaube, niemand wird bestreiten können, daß unser Steuerprogramm diese Zusage wahr gemacht hat. Das liegt ja in der Richtung der Gesamtpolitik, die wir hinsichtlich des Lebensunterhalts der Bevölkerung während des Krieges verfolgt haben. Wir haben es in dieser Beziehung gewiß schwerer als unsere Gegner, denen die Zufuhr aus allen Teilen der Welt weit offen steht. Trotzdem haben wir — das kann nicht oft genug und nicht stark genug unterstrichen werden — von allen kriegführenden Ländern die niedrigsten Brotpreise und die niedrigsten Kartoffelpreise, und ich setze hinzu, auch die niedrigsten Zuckerpreise. Daß wir uns diesen Erfolg durch keine Steuerpolitik verkümmern wollen, ist selbstverständlich. Aber der Vorsprung, den wir in den Preisen dieser wichtigsten Nahrungsmittel vor unsern Gegnern haben, ist doch auch ein nicht ganz unwichtiges Moment für die Beurteilung der neuen Last, die durch unsere Steuervorlagen dem deutschen Volke zugemutet wird. Von allen entbehrlicheren Genußmitteln ist der Tabak ohne Zweifel der geeignetste Gegenstand einer Kriegsbesteuerung. Auch die Tabakindustrie hat, wie ich bereitwilligst zugebe, mit Schwierigkeiten während des Krieges zu kämpfen. Aber alles in allem geht es ihr in der Kriegszeit wesentlich besser als allen anderen großen Gewerben, die Genußmittel herstellen. Der Verbrauch an Tabak und Tabakerzeugnissen ist trotz des Krieges erheblich gestiegen, die Tabaksteuer und namentlich die Zigarettensteuer haben — beide im Gegensatz zu den meisten anderen Verbrauchssteuern — höhere Erträgnisse als im Frieden gebracht und damit bewiesen, daß sie am meisten Tragfähigkeit für eine außerordentliche Kriegsbelastung besitzen. Wichtig ist in dieser Beziehung vor allem, daß die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot an Arbeitskräften weit überragt, so daß in der Uebergangszeit dieses Mal Schwierigkeiten für die Arbeiter kaum zu befürchten sind.

Niemand wird behaupten können, auch der fanatischste Raucher nicht, daß die Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer ein unentbehrliches Genußmittel der breiten Massen treffe. Die Neubelastung, die wir vorschlagen, ist so abgestuft, daß der Massenverbrauch an billigen Tabaken erheblich schwächer getroffen wird als der Luxuskonsum. Bei den trotz der Erhöhung des Jahres 1909 immer noch sehr mäßigen Sätzen unserer Tabakbesteuerung, die weit hinter denjenigen der meisten anderen Länder zurückbleiben, lag hier ohnedies eine unserer wichtigsten Steuerreserven. Reserven sind dazu da, im Bedarfsfall angegriffen zu werden. Ich darf schließlich noch eine Erwägung hinzufügen, die ich auch an anderer Stelle schon ausgesprochen habe: Sollte die Steuererhöhung zu einer gewissen Verminderung des Verbrauchs an ausländischen Tabaken führen, so würde ich dies zwar vom Standpunkt der Reichseinnahmen aus bedauern; von dem sehr wichtigen Gesichtspunkt unserer Valuta dagegen wäre eine solche Verminderung der Einfuhr ausländischen Tabaks durchaus erwünscht. Die Tabakeinfuhr ist ein wichtiger Passivposten in unserer Handelsbilanz. Der Tabak kann selbstverständlich nur einen Bruchteil der halben Milliarde decken. Wenn wir von weiteren Verbrauchssteuern absehen, so bleibt uns das Gebiet des Verkehrs. Theoretisch mag man die Belastung des Verkehrs zugunsten der staatlichen Finanzen abfällig beurteilen. Aber die Politik ist die Kunst des Möglichen, auch die Steuerpolitik. Wenn Sie die Frage von diesem realpolitischen Gesichtspunkte aus beurteilen wollen dann stellt sie sich folgendermaßen: Wir haben vor uns eine nahezu unermeßliche Fülle von Wertumsätzen und anderen Verkehrsvorgängen auf dem Gebiet des Transportwesens und der Nachrichtenvermittlung. Bei den Milliarden und Abermilliarden der Verkehrshandlungen genügt ein verhältnismäßig bescheidener, für den einzelnen Verkehrsvorgang wenig fühlbarer Zugriff, um die großen Summen zu schaffen, deren wir bedürfen. Gewiß, der Quittungsstempel ist unbequem und lästig. Aber einen Stempel von 10 Pfennig auf Zahlungen zwischen 10 und 100 Mark und 20 Pfennig auf Zahlungen von mehr als 100 Mark ist eine Belastung, von der niemand wird behaupten wollen, daß er sie nicht tragen könne. Das gleiche gilt mutatis mutandis von der neuen Belastung des Post- und Telegraphenverkehrs sowie des Güterverkehrs der Eisenbahnen. Beim Quittungsstempel haben wir überdies durch die Freilassung der Beträge unter 10 Mark und durch die Freistellung der Lohn- und Gehaltszahlungen sowie der kleinen Mietszahlungen für eine soziale Entlastung gesorgt. Wir haben ferner ein großes Maß von Rücksicht genommen auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr, an dessen Förderung ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Interesse besteht. Für die Ausführungsbestimmungen ist hier die Möglichkeit vorbehalten, die Erhebung des Quittungsstempels den verschiedenartigen Formen des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs in einer Weise anzupassen, daß für das Publikum und für die kassenführenden Institute nur ein Mindestmaß von Arbeit und Belästigung bleiben wird. Der Postscheckverkehr wird, soweit kleinere und mittlere Zahlungen in Frage kommen, die billigste Form des Zahlungsverkehrs werden. Sie sehen, wir haben versucht, aus der Not eine Tugend und aus der Steuer einen Erzieher zu besseren Zahlungssitten zu machen. Was den Frachturkundenstempel anlangt, so darf ich darauf hinweisen, daß der Güterverkehr unserer Eisenbahnen auffallend wenig unter dem Kriege gelitten hat, daß die Einnahmen aus dem Güterverkehr bis auf wenige Prozente die Einnahmen der Friedenszeit erreichen. Bei den gewaltigen Gütermengen, die unsere Eisenbahnen jährlich befördern, trifft hier ganz besonders zu, daß eine im Einzelfall kaum fühlbare Abgabe große Erträgnisse bringen kann. Auch der neue Frachturkundenstempel, der eine Mehreinnahme von 80 Millionen Mark bringen soll, ist kaum fühlbar und jedenfalls für niemanden unerträglich. Gewiß, der Stempel für Warenladungen ist etwa fünfmal so hoch als der bisherige Satz. Aber der Höchstsatz — 3 Mark für Eilgutsendungen auf Zehntonnenwagen bei einem Frachtbetrag von mehr als 25 Mark — dieser Höchstsatz bedeutet 3 Pfennig auf den Doppelzentner, und dieser Betrag ist doch selbst bei Massengütern, die im großen Gewicht einen geringen Wert darstellen, wie etwa bei Kohle, eine kaum merkliche Belastung. Bei der Post haben wir es für den größten Teil des Reichsgebiets mit einem Reichsbetrieb zu tun. Die Bruttoeinnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung, einschließlich der bayrischen und württembergischen, haben in den letzten Friedensjahren rund eine Milliarde Mark gebracht. Die Ausgaben haben nahezu 900 Millionen Mark betragen, so daß ein Reinertrag von nicht viel mehr als 100 Millionen Mark verbleibt. Wenn Sie diesen Reinertrag in ein Verhältnis zu dem gewaltigen in der Post investierten Kapital setzen, so ergibt sich, daß die Post bisher nicht auf Gewinn gearbeitet hat. Sie finden das vielleicht ganz in der Ordnung. Ich auch. Aber in den Zeiten, die unsere Reichsfinanzen jetzt durchmachen, scheint mir die Frage berechtigt, ob ein solches Milliardenunternehmen des Reichs nicht für

einige Zeit etwas weniger selbstlos arbeiten kann; ob es nicht möglich ist, hier einmal die Schraube etwas schärfer anzuziehen und ohne jede Steigerung der Verwaltungskosten durch eine Steigerung der Bruttoeinnahmen um etwa 20 % den bisherigen Reinertrag um 200 Millionen Mark zu erhöhen, das heißt ihn zu verdreifachen. Ich werde ein gutes Pferd pfleglich behandeln und es nicht ohne Not überanstrengen. Wenn es aber ums Ganze geht, dann muß es auch einmal hergeben, was es leisten kann. Es fragt sich auch hier, ob die Zuschläge, die der Gesetzentwurf vorsieht, erträglich sind. Ich will nicht bestreiten, daß sie in vielen Fällen unbequem, ja selbst empfindlich belastend wirken mögen, in vielen anderen Fällen ist das zweifellos nicht der Fall. Jedenfalls aber wird auch hier niemand behaupten können, die Zuschläge seien unerträglich und bedeuteten eine ernstliche Gefährdung unseres Verkehrs und unserer Wirtschaft.

Meine Herren, Sie werden die Steuern unter Ihre kritische Lupe nehmen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich habe für meinen Teil Ihnen und der Oeffentlichkeit die Kritik erleichtert, indem ich, abweichend von der wohlberechtigten Uebung, veranlaßt habe, daß die Vorlagen veröffentlicht worden sind, ehe der Bundesrat über sie Beschluß gefaßt hatte. Ich werde mich über jede Verbesserung freuen, die sich aus Ihren Beratungen ergibt. Aber gerade deshalb glaube ich, Ihren Verhandlungen ein Wort mit auf den Weg geben zu dürfen, das in Kriegszeiten doppelte Geltung hat, das Wort: Das Bessere ist der Feind des Guten. Und ein weiteres möchte ich hier zu den Steuern noch sagen, was mir am Herzen liegt. Im Dezember v. Js., als hier von dem vorbereitenden Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer die Rede war, habe ich die Steuer als eine staatsbürgerliche Ehrenpflicht bezeichnet. Das ist die Steuer heute mehr denn je. Ob der Vermögende von seinem Kriegsgewinn einen ansehnlichen Teil an das Reich abgibt, ob der kleine Mann seine Quittungsmarke oder seinen Portozuschlag zahlt, oder in seinem Tabak dem Reiche steuert, das alles sind kleine Leistungen gegenüber den beispiellosen Opfern an Gut und Blut, die das Volk in einmütiger Geschlossenheit seit 20 Monaten für das Vaterland trägt, kleine Leistungen gegenüber der unsagbaren Größe an Heldenmut und Aufopferung, die wir Daheimgebliebenen an unseren Brüdern draußen im Felde Tag für Tag neu bewundern. Ich freue mich, daß dieser Geist unbeschadet aller Kritik an den Steuervorlagen, die öffentliche Erörterung und die Beratung der interessierten Organisationen durchdringt. Wir dürfen uns freuen, daß die maßgebenden industriellen und kaufmännischen Körperschaften die Besteuerung der Kriegsgewinne ohne weiteres als berechtigt und notwendig anerkannt haben, daß unsere schaffenden Stände damit ihren nicht hoch genug anzuerkennenden Leistungen um die Verteidigung des Vaterlandes ein neues Ehrenblatt hinzufügen. Wir dürfen uns freuen, daß die Tabakindustrie in ihrer großen Mehrheit sich ohne weiteres bereit erklärt hat, neue große Lasten zugunsten des Reiches zu übernehmen. Und nicht minder dürfen wir stolz darauf sein, daß die berufenen Vertretungen des deutschen Handels und der deutschen Industrie, die bisher öffentlich Stellung genommen haben, so die rheinischen und westfälischen Handelskammern, die hessischen Handelskammern und in den letzten Tagen noch der Ausschuß des Deutschen Handelstags für die Gesamtheit der Steuervorlagen die gleiche Gesinnung zum Ausdruck gebracht haben. Ich nehme das als gute Vorbedeutung nicht nur für die gegenwärtigen Vorlagen, sondern auch für die großen Aufgaben, die uns bevorstehen, als neuen Beweis dafür, daß unser deutsches Volk nicht nur durch die Zeichnung auf die Kriegsanleihen, sondern auch durch die willige und entschlossene Uebernahme der nötigen Steuerlasten dem Reiche geben wird, was das Reich für seinen Bestand und seine Größe braucht.

Meine Herren, das wäre, was ich im gegenwärtigen Stadium über den Etat und die Steuervorlagen Ihnen zu sagen hätte. Aber obwohl Sie mir Ihre Geduld schon so lange geschenkt haben, möchte ich Sie bitten, mir noch kurze Zeit Gehör zu geben. Während wir hier von Steuern sprechen, vollzieht sich draußen im Lande die Zeichnung auf die vierte Kriegsanleihe. Eine neue große Schlacht, die wir, denen es nicht vergönnt ist, vor dem Feinde zu stehen, dem geldgewaltigen gegnerischen Verbande liefern, eine Schlacht, die für den Ausgang dieses Völkerringens, das nicht nur mit den Waffen des Krieges, sondern auch mit den Waffen der Wirtschaft und Finanz ausgefochten wird, von nicht leicht zu überschätzender Bedeutung sein wird. Der Feind hat erkannt, worum es sich für ihn und für uns handelt. Wir haben bisher im finanziellen Kampf allem die Spitze geboten. Keiner unserer Gegner hat das Maß unserer Leistungen auch nur annähernd erreicht. Wir haben ohne alle Kunstgriffe mit steigendem Erfolg in drei gewaltigen Anleihen rund 25 Milliarden Mark aufgebracht, Frankreich hat in seiner einzigen großen inneren Anleihe, der „Siegesanleihe", noch keine 10 Milliarden Mark seiner Kriegsausgaben konsolidieren können. Eng-

land hat durch konsolidierte Anleihen bisher 18 bis 19 Milliarden Mark aufgebracht. Englands erste Anleihe haben wir mit dem Ergebnis unserer zweiten, seine zweite Anleihe mit dem Ergebnis unserer dritten geschlagen; auf unsere dritte Anleihe hat England, dessen zweite im Juni vorigen Jahres ausgegeben wurde, bisher eine dritte nicht folgen lassen; seine kurzfristigen Schulden wachsen ins Ungemessene, sie werden Ende des Monats einschließlich der fünfjährigen Amerikaneranleihe nicht weit von 15 Milliarden Mark entfernt sein. Trotzdem zögert und stockt der englische Schatzkanzler; er hat die seit Monaten dringend nötige neue Anleihe vom November auf den Januar, vom Januar auf den März verschoben, und auch der März hat bisher noch keine Ankündigung gebracht. Die Bedingungen, mit denen der Junianleihe zu einem großen Erfolg verholfen werden sollte, sperren ihm den Weg. Eine mit weniger als 5 % verzinsliche Anleihe ist nicht mehr möglich; eine 5 %ige Anleihe bedeutet aber die automatische Hinaufkonvertierung von mehr als 20 Milliarden $4^1/_2$ %iger Anleihe. Sogar das Projekt einer großen Lotterieanleihe scheint in englischen Finanzkreisen als rettender Ausweg aus der schweren Lage ernsthaft erwogen worden zu sein.

Meine Herren, wir sind unbeirrt unsern Weg gegangen. Das über alles Erwarten glänzende Ergebnis der Septemberanleihe hat, wie ich damals betonte, uns die Möglichkeit gegeben, bis zu diesem Frühjahr ohne neue Anleihe auszukommen; und jetzt, wo wir die neue Anleihe brauchen, dürfen wir uns vertrauensvoll erneut an das deutsche Volk wenden. Ich darf Ihnen mit kurzen Strichen die Lage zeichnen, in der wir zur vierten Kriegsanleihe geschritten sind. Von unseren Kriegskrediten, die im Dezember 1915 auf insgesamt 40 Milliarden Mark gebracht worden sind, haben wir noch etwa 15 Milliarden frei für die Anleihebegebung. Natürlich ist ein erheblicher Teil davon bereits in Form von Schatzanweisungen ausgegeben, die wir durch die neue Anleihe konsolidieren werden. Nach der Begebung der Anleihe werden wir abermals der einzige kriegführende Staat sein, der seine ganzen Kriegsaufwendungen durch langfristige Anleihen gedeckt haben wird, während die unkonsolidierte kurzfristige Schuld Englands, wie ich vorhin erwähnte, gegen 15 Milliarden Mark beträgt und die kurzfristige Schuld Frankreichs diesen Betrag sogar überschreiten dürfte.

Unsere monatlichen Kriegsausgaben hatten sich Ende des Jahres 1915, wie ich im Dezember 1915 hier mitteilte, über den Stand von 2 Milliarden Mark erhoben. Ich kann Ihnen heute die erfreulichere Mitteilung machen, daß die Ausgaben der Monate Januar und Februar hinter dem Betrag von 2 Milliarden zurückgeblieben sind und daß die Ausgaben der ersten Märzhälfte hoffen lassen, daß der Betrag von 2 Milliarden auch im März nicht erreicht oder nur unwesentlich überschritten wird. Meine Herren, das heißt, daß unsere Kriegskosten heute kaum höher sind, als sie bereits vor einem Jahre waren. Dies Ergebnis ist erreicht worden, trotz einer erheblichen weiteren Vermehrung des Effektivbestandes unserer Truppen, trotz der gestiegenen Preise für alle Nahrungsmittel und Rohstoffe und trotz der gewaltigen Anstrengungen, die wir auf dem Gebiet der Munitionsherstellung gemacht haben. Was das bedeutet, meine Herren, wird Ihnen ein Vergleich mit den Kriegskosten der feindlichen Länder noch deutlicher machen: Englands tägliche Kriegskosten beliefen sich schon vor längerer Zeit auf etwa 90 Millionen Mark und dürften in Bälde 100 Millionen Mark erreichen. Englands Kriegskosten sind also jetzt, absolut genommen, um rund 50 Prozent höher als die unsrigen. Auf den Kopf der Bevölkerung machen sie etwa 2 Mark pro Tag aus gegen 1 Mark bei uns. Frankreichs tägliche Kriegskosten sind jetzt mit nahezu 80 Millionen Franken — etwa 64 Millionen Mark — ungefähr ebenso hoch wie die unsrigen. Rußland hat mit 31 Millionen Rubel pro Tag, die zur alten Parität 68 Millionen Mark darstellen, unsere Kriegsausgaben gleichfalls erreicht oder gar übertroffen. Dagegen waren unsere Kriegskosten in den ersten fünf Kriegsmonaten rund ein Drittel höher als diejenigen Englands und Frankreichs. Alles in allem schätze ich heute die täglichen Kriegsausgaben der gegnerischen Kombination, einschließlich Italiens, auf mindestens 240 Millionen Mark, unsere Kriegskosten und diejenigen unserer Verbündeten auf höchstens 110 Millionen Mark. Wenn ich im Dezember 1915 noch sagte, daß wir nicht viel mehr als halb so viel für den Krieg ausgeben, als unsere Gegner, kann ich heute sagen, daß unsere und unserer Bundesgenossen tägliche Kriegskosten nicht unerheblich hinter der Hälfte derjenigen unserer Gegner zurückbleiben.

Den Gesamtaufwand für den Krieg vom 1. August 1914 bis zum 31. März 1916 berechne ich für uns und unsere Bundesgenossen auf 50 bis 55 Milliarden Mark; für die Entente und ihren Anhang komme ich auf 100 bis 105 Milliarden Mark. Das Verhältnis ist also etwa 1:2. Es ist umgekehrt proportional zu den erzielten Erfolgen und hat die Tendenz, sich weiter zu unseren Gunsten zu verschieben. Mit der gleichen Zuversicht, wie die Entwicklung von Kriegsaufwand und

Kriegserfolg kann uns die Gestaltung der inneren finanziellen Verhältnisse erfüllen. Unsere Kriegsausgaben, die nach wie vor in der Hauptsache dem Inland zugute kommen, haben sich seit den Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe erneut zu starker Kapitalbildung verdichtet. Die Entlastung der Darlehenskassen, der günstige Stand der Reichsbank, die Entwicklung des Depositenbestandes bei den Banken und die Einlagen bei den Sparkassen legen davon Zeugnis ab. Ueber unsere Sparkassen darf ich auch heute einige Zahlen geben. Während in Frankreich die Sparkassen durch den Krieg erhebliche Einbußen erlitten haben, zeigt sich bei uns eine ausgezeichnete Entwicklung. In Frankreich ist die Zahl der Einleger im Jahre 1915 leicht zurückgegangen; dagegen ergab bei uns eine bei den Sparkassen in großen Städten und Industriegebieten veranstaltete Umfrage eine Zunahme von 5 990 000 auf 6 280 000 Sparkassenbücher, also einen Zugang um 290 000 Stück. Das ist ein größerer Zugang, als er je in Friedenszeit festgestellt worden ist. Der Betrag der Sparkasseneinlagen hat in Frankreich seit Kriegsausbruch einen Rückgang von 280 Millionen Franken erfahren. Bei uns brachte das Jahr 1914 und das Jahr 1915 zusammen einen Zugang, der auf 4600 Millionen Mark zu berechnen ist. Daraus sind etwa 4500 Millionen Mark zu Einzahlungen auf die drei ersten Kriegsanleihen verwendet worden; das heißt die gesamte Zeichnung der Sparkasseneinleger, die einen so gewaltigen Betrag erreicht hat, konnte aus den Zugängen der zwei Jahre 1914 und 1915 restlos gedeckt werden. Inzwischen hat der Januar 1916 allein einen neuen Zugang von etwa 440 Millionen Mark gebracht. Unsere Sparkasseneinlagen stehen also heute, nach $4^1/_2$ Milliarden Einzahlung auf die Kriegsanleihe um mehr als 500 Millionen Mark besser als zu Anfang des Jahres 1914. Meine Herren, was hier zutage tritt, das ist nicht die Kapitalbildung der großen Unternehmer, das sind die Ersparnisse der kleinen Leute, die trotz Krieg und Kriegesnot sich zu so gewaltigen Summen fortgesetzt zusammenballen. Das gibt uns das Vertrauen, daß es gelingen wird, auch die vierte Kriegsanleihe zur Volksanleihe zu machen und sie als Volksanleihe zu einem neuen Erfolg zu führen, der Freund und Feind beweist, daß unsere finanzielle Kraft ebenso wenig gebrochen ist und gebrochen werden kann, wie der Kampfesmut unserer Truppen. Unsere Feinde, die ihre Hoffnung auf den Erschöpfungskrieg gesetzt haben, fangen an zu begreifen. Vor wenigen Wochen hat Lord Crewe im britischen Oberhaus offen ausgesprochen: „Wenn diejenigen, die glauben, daß wir den Krieg durch Erschöpfung gewinnen können, damit meinen, daß wir in der Lage sind, auf unbeschränkte Zeit durchzuhalten, ohne alles, was wir haben, daranzusetzen, so halte ich das für einen höchst gefährlichen Irrtum." Weil den Feinden die Erkenntnis dämmert, wie es mit den Aussichten des Erschöpfungskrieges steht, deshalb beobachten sie diesesmal mit ganz besonderer Aufmerksamkeit den Gang unserer neuen Anleihemission. Unsere Feinde wissen, was es heißt, wenn uns der vierte Schlag gelingt, ehe der stärkste von ihnen, ehe England zum dritten Schlag auszuholen vermag. Unfähig, uns gleichzukommen, arbeiten sie diesmal mit allen Mitteln, unseren neuen Erfolg zu vereiteln. Ihre Preßorganisation verbreitet überall, soweit britischer Draht und Funkspruch reicht, die wahnwitzigsten Lügen über unsere Finanzlage. Zahlungseinstellungen von Winkelgeschäften werden zum Bankerott von Welthäusern gemacht, Banken, die vor Jahr und Tag liquidiert oder fusioniert haben, und angesehene Firmen, die unversehrt dastehen, werden bankerott gesagt. In Deutschland selbst werden, offenbar von feindlichen Agenten und Spionen, Gerüchte in Umlauf gesetzt, die unsere Bevölkerung kopfscheu machen und von der Zeichnung auf die Kriegsanleihe abhalten sollen. Erfindungen, deren Urheber und Verbreiter gar nicht derb genug am Kragen gepackt werden können, wo immer sie sich zeigen. Das Deutsche Reich hat für seine Anleihen sein Wort und seinen Kredit verpfändet. Das deutsche Volk selbst mit seiner ganzen Tüchtigkeit und Arbeitskraft, der deutsche Boden mit seinem ganzen Reichtum sind für unsere Anleihen gut. Wir haben noch sechs Zeichnungstage vor uns, und die letzten Zeichnungstage geben erfahrungsgemäß den Ausschlag. Es heißt in diesen sechs Tagen alle Kraft anspannen, um die Anleihe zu einem Erfolg zu machen, der sich würdig den Vorgängern anreiht, der dem Feinde zeigt, daß er die Hoffnung, uns zu erschöpfen, ebenso fahren lassen muß, wie die Hoffnung, uns zu schlagen. Wer zu solchem Erfolge das Seinige beiträgt, hilft den Krieg abkürzen und der Welt den Frieden bringen.

Wir alle fühlen die Bedeutung dieser Tage. Mehr wie je kommt es darauf an, Geschlossenheit und Kraft zu zeigen. Das spähende Ausland muß aufs neue erfahren, daß alle Hoffnung auf Zwietracht und Schwäche eitel ist, daß ein Wille zum Sieg alle Deutschen zusammenschließt. Der Feind, der von der Zerschmetterung des preußischen Militarismus redet, und der die Verkrüppelung und Verstümmelung der deutschen Volkskraft meint, dieser Feind soll aufs neue erkennen, daß in der Heimat

wie in der Schlachtfront, wenn es zum Kampfe geht, wir alle wie ein Mann zusammenstehen, daß wir entschlossen sind, das Schwerste zu tragen und das Höchste zu leisten um des Vaterlandes willen. Draußen, vor Verdun, donnern die Kanonen. Und wenn die feindlichen Feuerschlünde Tag und Nacht Tod und Verderben speien, unsere braven Truppen drängen den Feind in heldenhaftem Ansturm und in zäher Kampfesarbeit von Stellung zu Stellung. Sie wissen, daß der Sieg uns gehört, und daß sie ihn für uns erkämpfen werden. Unsere Truppen haben ein Recht darauf, daß wir auf dem so viel bescheideneren Felde der Heimat uns ihrer würdig zeigen, daß auch zu Hause jedermann seine Pflicht tut und, soweit es in seiner Kraft steht, zu Sieg und Frieden hilft."

Nach der Rede des Reichsschatzsekretärs, die lebhaften wiederholten Beifall erntete, vertagte das Haus die Generalbesprechung auf den 22. März 1916.

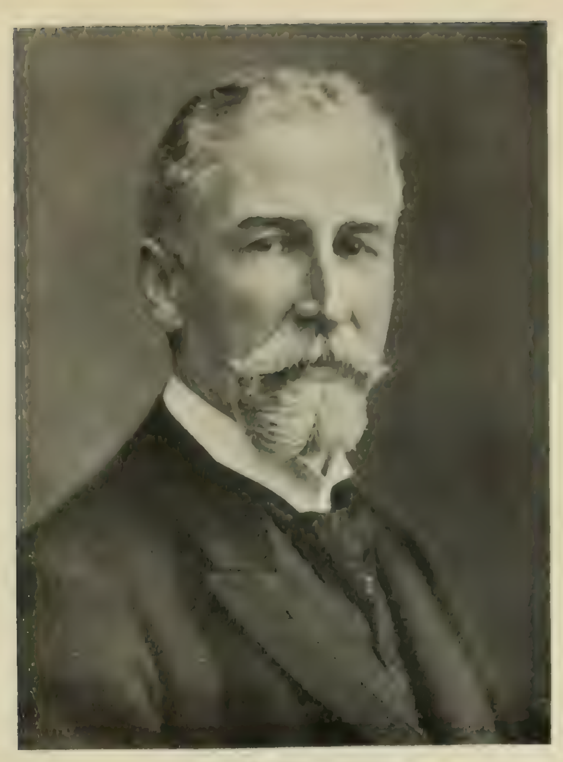
Vor dem Beginn der Debatte am 22. März teilte der Präsident Dr. Kaempf mit, daß infolge einer Verständigung zwischen den Vertrauensmännern der Fraktionen die Unterseebootfrage in der ersten Lesung des Etats bis auf weiteres — bis ein anderer Beschluß des Seniorenkonvents gefaßt sei — aus der Diskussion ausscheide. Die Beratung solle eingehend in den Sitzungen der Budgetkommission erfolgen. Hierauf erhielt der Abgeordnete Keil (Soz.) das Wort. Er gedachte zunächst der Taten der tapferen deutschen Truppen, beklagte die immer wieder vorkommenden Fälle von unzulässiger Behandlung der Soldaten, die ungerechtfertigten Hemmungen des öffentlichen Lebens durch Belagerungszustand und Zensur und ganz besonders die schweren Mängel bei der Organisation der Volksernährung. Vor der Balanzierkunst des Staatssekretärs hätten er und seine Freunde alle Achtung; es müßten aber große Mehreinnahmen für die Zukunft geschaffen werden. In der Fürsorge für die Hinterbliebenen und Invaliden des Krieges dürfe es kein Knausern geben. Dann fuhr er fort:

„Mit dem Staatssekretär stimmen wir darin überein, daß unsere Volkswirtschaft die neuen Lasten tragen kann. Unsere Wege trennen sich aber bei der Frage, wie die Mittel beschafft werden sollen. Die Vorlagen wandeln in alten ausgefahrenen Bahnen. Die Einnahmen werden aus allen Ecken und Winkeln zusammengefegt, sind ein Stück- und Flickwerk. Die Leistungsfähigkeit muß belastet, Einkommen und Vermögen müssen getroffen werden. Dem Grundgedanken der Kriegsgewinnsteuer stimmen wir zu. Die Vorlage ist so zahm, daß weite Kreise des Volkes über die bescheidene Belastung überrascht und enttäuscht sind. Die Erklärung des Staatssekretärs, daß die Höhe dieser Steuersätze an die Grenze der Zulässigkeit reiche, hat allerbitterste Mißstimmung im Volke erzeugt. Die Kriegsgewinnsteuer muß in allen ihren Teilen verschärft werden. Das verlangt das im Kriege geschärfte sittliche Empfinden unseres Volkes."

Der Abgeordnete Keil schloß, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß die Aktiengesellschaften wie die Landwirtschaft zur Besteuerung mehr herangezogen werden sollten, damit nicht nur Verkehr und Verbrauch besteuert würden, mit den Worten:

„Es wird die Zeit kommen, wo die Leute aus den Schützengräben zurückkommen und sagen werden, draußen gäbe es keinen Unterschied der Klassen und des Standes, draußen seien alle gleich, und das wollen diese Leute auch nach dem Kriege sein. Die Klassenunterschiede verschwinden, und es müssen die gleichen Rechte und Pflichten des Schlachtfeldes auf die Gebiete der staatsbürgerlichen Betätigung übertragen werden. Jedermann soll seine Pflicht tun, soweit es in seinen Kräften steht, also belasten Sie, Herr Schatzsekretär, das deutsche Volk nach Maßgabe seiner Kräfte, belasten Sie aber nicht die Armen und schonen Sie nicht die Reichen. Das wäre nicht nur ein Verstoß gegen das sittliche Rechtsempfinden unseres Volkes, es wäre eine unverantwortliche Dummheit und darum hoffen wir, daß Sie, Herr Schatzsekretär, Ihre Pläne preisgeben und mit uns arbeiten an einer gerechten Besteuerung."

Nachdem der sozialdemokratische Redner seine mehr als zweistündigen Ausführungen beendet hatte, ergriff der Zentrumsführer Dr. Spahn das Wort, um zunächst unter dem Beifall des Hauses dem aus dem Amt scheidenden Staatssekretär v. Tirpitz (vgl. S. 9) den Dank des Reichstags auszusprechen. Dann streifte er kurz die Kriegslage, um dann auf die Steuerentwürfe einzugehen, die nach seiner Ansicht in der Kommission einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müßten. Der nächste Redner,



Phot. E. Bieber, Berlin

Staatsminister Dr. v. Breitenbach
Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria begrüßen einen Zug mit Austausch-Verwundeten auf dem Bahnhof Berlin-Friedenau. Die Kaiserin im Gespräch mit dem Grafen Rudolf Hardegg



Phot. Franz Otto Koch, Berlin

Deutsche Frau bei der Bestellung der Felder im Frühjahr 1916



Phot. Frankl, Berlin

Deutsche Frauen bei Erdarbeiten

der württembergische Volksparteiler v. Payer, hatte ebenfalls zunächst für Tirpitz Worte der Anerkennung und des Dankes und besprach dann eingehend das Steuerbudget. Auch er war mit einer Kommissionsberatung einverstanden, damit eine Reihe von Punkten geprüft und verbessert werden könne, sprach sich aber entschieden dagegen aus, daß nur Verbrauchs- und Verkehrssteuern eingeführt würden, statt die Besitzenden nach ihrer Leistungsfähigkeit mehr heranzuziehen. Man werde nicht umhin können, die direkten Reichssteuern einzuführen, wenn auch die Einzelstaaten sich sträubten.

Zum Schluß der Sitzung antwortete schließlich noch der Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich auf die verschiedenen Bedenken. Die Kriegsgewinnsteuer sei doch der beste Beweis, daß auch die Regierung nicht nur Verbrauchs- und Verkehrssteuern verlange. Tabak sei das entbehrlichste Genußmittel; aber auch die übrigen Steuern seien durchaus erträglich. Den Einzelstaaten könne das Reich nicht ihre Hauptsteuerquelle abnehmen.

Der zweite Tag der ersten Lesung des Etats und der Steuervorlagen begann mit einer längeren Rede des Abgeordneten Stresemann (natl.), der zunächst von Bravorufen mehrfach unterbrochen, dem scheidenden Staatssekretär v. Tirpitz warme Worte des Dankes widmete und dann die Steuervorlagen im großen und ganzen zustimmend besprach, wenn sich auch seine Fraktion die endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Steuervorschlägen für die Kommissionsverhandlungen vorbehalte. Als unannehmbar könne er eigentlich keine der neuen Steuern bezeichnen, mit Ausnahme vielleicht der Porto- und Telegrammgebühren, die voraussichtlich dem Staat mehr Einnahmen entziehen als einbringen würden. Auch die Tabaksteuer habe fast mehr Bedenkliches, jedoch müsse in Anbetracht des ungeheuren Geldbedarfs des Reichs hier ein Modus gefunden werden.

Unter großer Spannung bestieg sodann Graf Westarp (kons.) die Rednertribüne. Auch er fand zunächst Worte wärmster Anerkennung und des Dankes für Admiral v. Tirpitz als den Schöpfer der deutschen Flotte. Dann gab er im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, daß in der Unterseebootsfrage die konservative Partei der Zurückstellung zugestimmt habe, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese brennende Tagesfrage ausführliche Besprechung innerhalb der Kommission finde. Die konservative Partei behalte sich vor, auf die ganze Angelegenheit in einer späteren Plenarsitzung zurückzukommen. Bei der Besprechung der einzelnen Steuervorlagen erklärte der Redner, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht die uneingeschränkte Sympathie seiner Freunde finde, die sich keinesfalls dazu verstehen könnten, die Steuersätze noch weiter hinaufgeschraubt zu sehen. Sodann wandte er sich scharf gegen den Gedanken eines nochmaligen Wehrbeitrags, der die Stellung der Konservativen zur gesamten Vorlage beeinflussen würde, und verwahrte sich auch gegen die Darstellung Keils, wonach die Landwirtschaft besondere Vorteile gegenüber der Industrie zu verzeichnen gehabt habe. Mit den indirekten Steuern erklärte sich der Redner bis auf kleinere Bedenken in den Grundzügen einverstanden. Nach dem Grafen Westarp ergriff der Abgeordnete Mertin (Reichspartei) das Wort, um sich mit den vorliegenden Steuerprojekten in der Hauptsache gleichfalls einverstanden zu erklären.

Nachdem dann noch der Abgeordnete Hoch (Soz.) die Vorlage bekämpft und jede Verbrauchs- oder Verkehrssteuer als schreiende Ungerechtigkeit gegen die unteren Klassen bezeichnet hatte, erhob sich Staatssekretär Dr. Helfferich, um ihm heftig und erregt zu entgegnen, die Mehrzahl des Hauses und des deutschen Volkes sei wohl mit der Regierung der Meinung, daß die neuen Steuern nicht in erster Linie darauf berechnet wären, die breiten Massen zu belasten und die Reichen zu schonen. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir müssen zusammenstehen. Suchen Sie dem Volke nicht dieses Gefühl zu verleiden und ihm die Vaterlandsliebe, die Gott sei Dank bei ihm in Mark und Knochen steckt, nicht zu vergiften. Ueberlege sich jeder, was er tut.“ Darauf wurde

ein Schlußantrag angenommen, nach dem der Etat und die Kriegsgewinnsteuer an die Staatshaushaltskommission, die übrigen Steuervorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen wurden. Die Sitzung konnte aber nicht geschlossen werden, ohne daß der Abgeordnete **Liebknecht** (wild) (vgl. XII, S. 53) zur Geschäftsordnung erklärte, der Schluß der Debatte sei gegen ihn gerichtet, der einen Blick in die „Dunkelkammer der deutschen Kriegspolitik" geworfen habe. Unter stürmischer Heiterkeit entzog ihm der Präsident das Wort, da er sachliche Ausführungen nicht mehr machen dürfe.

Vor der Beratung über die Gesetzentwürfe betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1916 (Notetat) am 24. März 1916 erwiderte der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. **Solf** auf eine Anfrage des Abgeordneten **Bassermann** (natl.) unter wiederholtem lebhaftem Beifall folgendes:

„Die letzte amtliche Nachricht aus **Kamerun** stammt vom 1. November 1915 (vgl. auch IX, S. 285 f.). Sie schilderte die militärische Lage als nicht ungünstig und gab der Hoffnung Raum, daß das Schutzgebiet sich noch längere Zeit halten könne. Allerdings machte sich schon damals Munitionsmangel empfindlich fühlbar und zwang immer häufiger zum Abbrechen von im übrigen günstig verlaufenden Gefechten. Es sind wiederholt Versuche gemacht worden, der Kameruner Truppe Munition aus der Heimat zuzuführen; sie scheiterten indessen an der scharfen Blockade. So konnte es schließlich nicht ausbleiben, daß Munitionsmangel Ende des Jahres 1915 den Gouverneur zwang, die Räumung des Schutzgebietes und den Uebertritt der noch vorhandenen Reste der Schutztruppe auf das neutrale Gebiet von Spanisch-Muni anzuordnen. Nähere Nachrichten über die Räumung fehlen noch; auch die feindlichen Meldungen beschränken sich bislang darauf, wenige Daten anzugeben. Am 1. Januar 1916 sind die feindlichen Truppen in das bereits geräumte Jaunde eingerückt. Die Schutztruppe war auf der über Ebolowa nach Spanisch-Muni führenden Straße unter steten Kämpfen abmarschiert. Ihren Marsch aufzuhalten, ist dem scharf nachdrängenden Gegner nicht gelungen. Auch die immer wieder erneuerten Versuche starker englischer und französischer Truppen, unsere Truppen durch Vorstöße entlang der Nordgrenze von Spanisch-Muni vom neutralen Gebiete abzuschneiden, mißlangen. So bedeuten die letzten Kämpfe auf Kameruner Boden immer noch einen Sieg unserer Waffen. Die Truppe hat dem Feinde den erstrebten Triumph entrissen, Gouverneur und Kommandeur den Eingeborenen als Gefangene vorzuführen. Es ist nunmehr seitens des deutschen Botschafters in Madrid als Mitteilung der spanischen Regierung berichtet worden, daß sich unter den Uebergetretenen der Gouverneur befindet und sich im übrigen die Gesamtzahl aus 73 Offizieren, 22 Aerzten, 310 Unteroffizieren und Krankenpflegern, 170 Soldaten sowie 400 Zivilpersonen zusammensetzt. Aus diesen Zahlen läßt sich der Schluß rechtfertigen, daß es allen noch im Schutzgebiet befindlichen Deutschen gelungen ist, sich der französisch-englischen Kriegsgefangenschaft zu entziehen. Die Namen der nunmehr unter dem Schutz der spanischen Regierung stehenden Deutschen sind zurzeit noch nicht bekannt. Truppe und Verwaltung Kameruns haben ihre Pflicht bis zum äußersten getan, wovon ein besonders glänzendes Beispiel die kleine Heldenschar gegeben hat, die bis vor kurzem, abgeschlossen von aller Welt, die Station Mora im Norden des Schutzgebiets bis zur letzten verfügbaren Patrone gehalten hat.

Soweit über Kamerun; nun zu **Ostafrika** (vgl. auch IX, S. 280). Hier scheiterten von August 1914 bis Januar 1916 einschließlich, also in 18 Kriegsmonaten, alle Angriffe der weit überlegenen englischen und belgischen Kräfte auf unser Schutzgebiet unter starken Verlusten, dank den in mustergültiger Weise getroffenen Verteidigungsmaßnahmen, dank der hervorragenden Tapferkeit der Schutztruppe und der zu ihrer Verstärkung herangezogenen wehrpflichtigen europäischen Bevölkerung. Aber die Truppe beschränkte sich nicht allein auf die Verteidigung der Kolonie. Der Drang, den Gegner nach Möglichkeit in seinem eigenen Lande zu treffen, führte zu wiederholten kühnen Vorstößen kleinerer Abteilungen gegen die Ugandabahn, die es gelang, an vielen Stellen zu zerstören. Gleichzeitig gab eine umfassende innere Organisation dem durch die Blockade und das unneutrale Verhalten Portugals völlig isolierten Schutzgebiete die Mittel an die Hand, die Ernährung der Bevölkerung und ihre anderweitigen Bedürfnisse sicherzustellen. Was hier infolge sachgemäßer Ausnutzung der Hilfsmittel des Landes ohne jede Friedensvorbereitung geleistet worden ist, verdient uneingeschränkte Anerkennung. Diesen Maßnahmen ist es nicht nur zu danken, daß die Ruhe unter den Eingeborenen nirgends gestört wurde, sondern daß diese sich auch in großer Anzahl zum Dienste in der Truppe

meldeten. In jüngster Zeit ist das Schutzgebiet vor neue schwierige Aufgaben gestellt worden. Es ist England gelungen, die Regierung der südafrikanischen Union zur Entsendung eines Expeditionskorps nach Ostafrika zu veranlassen. Dieses ist unter Führung des bisherigen Kriegsministers der Union, Smuts, vor etwa einem Monat dort angekommen. Dadurch hat die englische Streitmacht eine bedeutende Verstärkung erfahren. Wie des weiteren aus englischen Meldungen hervorgeht, endete der am 12. Februar 1916 erfolgte erste Zusammenstoß der südafrikanischen Truppen mit unserer Schutztruppe mit dem Rückzuge der Engländer unter starken Verlusten. Im Laufe der letzten Wochen scheint es jedoch dem Gegner gelungen zu sein, unsere am Kilimandscharo stehenden Truppen zurückzudrängen und Moschi zu besetzen. Ein neuer Gegner ist ferner dem Schutzgebiet im Süden durch den endgültigen Eintritt Portugals in den Krieg erstanden. Letzteres hatte schon seit längerer Zeit in der Nähe der Nordgrenze seiner Kolonie Mozambique ein Expeditionskorps von etwa 1500 Mann europäischer Truppen stehen. Wahrscheinlich wird in nächster Zeit auch mit dem Eingreifen dieses Gegners zu rechnen sein. Dem Schutzgebiet drohen also Angriffe von allen Seiten, die sicherlich zu schweren Kämpfen führen werden. Bisher hat die Schutztruppe weit überlegene Kräfte mit verhältnismäßig geringen Verlusten zurückzuschlagen gewußt. Wir dürfen auf die heldenmütige Tapferkeit unserer ostafrikanischen Schutztruppe auch für die Zukunft volles Vertrauen setzen."

Zu Beginn der Debatte teilte der Staatssekretär Dr. Helfferich das Ergebnis der vierten Kriegsanleihe (vgl. S. 85 f.) mit, das bedeute, daß allen Feinden zum Trotz Deutschlands Kraft ungebrochen ist und daß das deutsche Volk, wenn es gilt, den Feind zu schlagen, keinen Zwiespalt kennt. „Keine Worte sind warm genug, um allen denen zu danken, die an diesem neuen großen Erfolg ihren Anteil haben."

Die Abgeordneten Scheidemann (Soz.), Bassermann (natl.), Dr. Spahn (Ztr.) und Graf Westarp (kons.) stimmten darauf, z. T. nach anerkennenden Worten über das glänzende Ergebnis der neuen Anleihe, dem Notetat zu, worauf der Abgeordnete Haase (Soz.) namens der Minderheit seiner Partei die Zustimmung zum Notgesetz verweigerte. Als Haase dann trotz des Widerspruchs des Präsidenten von der durch die Kriegsfurie entfesselten Verzweiflung der Völker und ihrer Friedenssehnsucht sprach und der Meinung Ausdruck gab, daß auch das deutsche Heer trotz aller Erfolge die Gegner nicht so zu schlagen vermöge, daß sie auf die Knie gezwungen würden, sowie dann erörterte, daß Europa einer entsetzlichen Verarmung entgegen gehe, daß weite Kreise der Kapitalisten eine Erweiterung der deutschen Weltmacht, eine Weltherrschaft forderten und meinte, es wäre zur Beurteilung der Lage sehr interessant, zu zeigen, welche Treibereien nicht nur von den Frondeuren der Wilhelmstraße getrieben würden, entzog ihm das Haus auf eine Anfrage des Präsidenten mit überwältigender Mehrheit das Wort. Unter brausendem Beifall wies Staatssekretär Dr. Helfferich die Behauptungen des Abgeordneten Haase mit Entrüstung zurück. Er sagte u. a.:

„Wenn jemand zu bestreiten und zu leugnen wagt, daß dem deutschen Volke heute im zwanzigsten Kriegsmonat nach all den schweren Lasten, die es getragen hat, aber auch nach all den großen Erfolgen, die wir auf jedem Felde errungen haben, die Zuversicht dafür fehle, daß wir siegen werden, so gibt es kein Wort, das scharf genug wäre, um das zurückzuweisen. Herr Abgeordneter Haase, wenn Sie wissen wollen, wie das deutsche Volk hierüber denkt, so fragen Sie diejenigen, die die zehn Milliarden 600 Millionen Kriegsanleihe gerade jetzt gezeichnet haben. Unter ihnen befinden sich Millionen kleiner und kleinster Zeichner, darunter sicher auch zahlreiche Zeichner aus Ihrer Partei. Gott sei Dank ist auch in Ihrer Partei die Vaterlandsliebe noch stark genug — trotz Ihres Widerspruchs, Herr Abgeordneter Haase! Meine Herren, Sie mögen noch so laut schreien: das Großkapital hat die Anleihe nicht gemacht, die Kriegsanleihe ist und bleibt eine Volksanleihe. Das deutsche Volk hat durch die glänzende Zeichnung gezeigt, daß ihm die Gesinnung, die der Abgeordnete Haase hier bekundet hat, so fremd ist, wie irgend etwas in der ganzen Welt ihm nur sein kann."

Auch der Abgeordnete Scheidemann (Soz.) sah sich genötigt, nochmals das Wort zu ergreifen, um zu erklären, daß die Rede des Abgeordneten Haase für seine Fraktion eine Ueberraschung bedeute. Die Partei stimme dem Notetat zu, unter Vorbehalt ihrer

Stellungnahme bei der Vorlage des ordentlichen Etats, denn es handele sich darum, die Fortführung der Reichsgeschäfte im Interesse des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. „Ich darf annehmen, daß wir noch zu den Worten stehen, die wir am 4. August 1914 namens unserer Fraktion aus dem Munde des Abgeordneten Haase gehört haben. Ich wiederhole, was wir immer gesagt haben: in der Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich!" (Vgl. auch I, S. 47 f.)

Damit schloß die Beratung; der Notetat wurde der Reichshaushaltskommission überwiesen, die sofort zusammentrat, und dann nach der Wiederaufnahme der Sitzung auf Antrag des Abgeordneten Meyer-Herford (natl.) in zweiter und dritter Lesung ohne Erörterung gegen die Stimmen von etwa 20 Sozialdemokraten angenommen. Dann erhielt der Präsident die Ermächtigung, die nächste Sitzung je nach dem Fortgang der Arbeiten des Ausschusses für den Reichshaushalt einzuberufen.

Die Rede des Reichskanzlers am 5. April 1916, die zweite Lesung des Reichshaushaltsetats für 1916 und die Annahme der Kriegssteuergesetze

Vom 5. April bis 5. Juni 1916

Am 5. April begann der deutsche Reichstag mit der zweiten Lesung des Reichshaushaltsetats für 1916 und zwar mit der Beratung des Spezialetats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei in Verbindung mit dem Etat für das Auswärtige Amt. Der Haushalts-Ausschuß hatte dem Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei zur unveränderten Bewilligung, dem Etat des auswärtigen Amtes zur Bewilligung unter Streichung der ordentlichen Ausgaben für die Gesandtschaft in Lissabon und die Konsulate in Lourenço Marquez und San Paolo de Loanda empfohlen. Außerdem wurde, nachdem die Regierung dem Ausschuß in weitgehendster Weise vertrauliche Mitteilungen über die Kriegführung der Unterseeboote gemacht hatte, dem Reichskanzler eine Erklärung der Mehrheit übermittelt, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, es sei geboten, die Unterseebootswaffe zur Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens zu benutzen und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für Deutschland nötige Freiheit im Gebrauch dieser Waffe zu wahren (vgl. das Kapitel „Die U-Bootfrage", vgl. S. 122 f.).

Die Petition von Professor Schäfer Berlin, die den rücksichtslosen U-Boot-Krieg forderte (vgl. S. 125) und etwa 87 000 Unterschriften gefunden hatte, wurde durch diese Beschlußfassung für erledigt erklärt. Zu der vom Haushaltsausschuß beantragten Resolution trat eine von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (vgl. S. 48) eingereichte Erklärung, in der auch für den U-Boot-Krieg die Berücksichtigung der Bestimmungen des Völkerrechts und die schleunige Einleitung von Friedensverhandlungen durch den Reichskanzler verlangt wurden.

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung erhob sich der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg zu folgenden, vielfach von Beifall unterbrochenen Ausführungen:

„Meine Herren! Als ich vor einem Vierteljahr (vgl. XII, S. 33 f.) vor Ihnen sprach, habe ich mich bestrebt, Ihnen auf Grund nüchterner Tatsachen ein Bild der militärischen Lage zu geben. Die Ereignisse haben die Zuversicht, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. Das Dardanellenunternehmen hat mit einem Fiasko geendet. Nach dem siegreichen serbischen Feldzuge, in dem an unserer und Oesterreich-Ungarns Seite das bulgarische Heer unermeßlichen Ruhm geerntet hat, ist nun auch Montenegro und Nordalbanien in der Hand unserer Bundesgenossen. Die Engländer bemühen sich nach wie vor, ihre in Kut-el-Amara eingeschlossene Armee zu befreien. Den Russen ist es zwar gelungen, sich durch eine vielfache Uebermacht Erzerums zu bemächtigen, aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vorgehen. Wie die russischen Anstürme in Ostgalizien, so sind auch die erneuten Angriffe der Italiener gegen die Isonzo-Stellung an der zähen Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen immer wieder abgeprallt. Mit unerhörten Anstrengungen haben die

Russen ihre Sturmkolonnen auf langer Front auch gegen unsere Linien vorgetrieben. Vor Hindenburg und seinen Tapferen sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen. Von ihren Regierungen war den feindlichen Völkern eingeredet worden, wir gingen mit unserer militärischen Kraft dem Ende entgegen; wir hätten keine Mannschaften mehr, und die Moral unserer Truppen sei verwirrt. Nun, ich denke, die Schlacht von Verdun belehrt sie eines Besseren. Die mit genialer Umsicht vorbereiteten Operationen werden von heldenmütigen Truppen ausgeführt, die gegen einen mit aufopfernder Tapferkeit kämpfenden Feind Vorteil über Vorteil erringen. So ist die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut und durchaus den Erwartungen entsprechend. Wenn wir das hier zu Hause aussprechen können, welchen Dank, welchen heißen Dank müssen wir unseren Kriegern und ihren Führern draußen hinaussenden, die nun schon im 20. Monat draufgängerisch und todesmutig wie am ersten Tag, mit Leib und Leben das Vaterland schirmen!

Unsere Feinde glauben, ihr Ziel, das sie mit den Waffen nicht verwirklichen können, durch Aushungerung und Absperrung zu erreichen. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten, aber ich verstehe nicht, wie kühle Köpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 noch an dieser Hoffnung festhalten können. Unsere Feinde vergessen, daß unser Staatsleben dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schwierigsten Aufgaben der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist. Sie vergessen, daß das deutsche Volk über eine ganz gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, seine in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken. Was würde es denn tun, wenn wir zum Beispiel im Fleischgenuß und in anderen Lebensbedingungen vorübergehend auf den Zustand der 70er Jahre zurückgingen? Ich sollte meinen, unsere Gegner werden sich erinnern, daß auch das damalige Geschlecht kräftig genug war, um starke Schläge auszuteilen. Die Monate, die wir jetzt durchleben, ich spreche es offen aus, sind schwierig, sie bringen Beschränkungen in manchen Haushalt, Sorge in manche Familie. Um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut, mit welcher Hingabe an das Vaterland gerade die arme Bevölkerung sich in die schwere Zeit schickt und bereit ist, in diesem Kampfe auf Leben und Tod alles hinzunehmen. So lauten die Berichte aus dem ganzen Lande. Aber sie besagen zugleich, daß auch die Arbeit der zu Hause Gebliebenen Frucht bringen wird, wenn der Himmel den Feldern den Segen schenkt. Einstimmig wird bekundet, daß die Wintersaaten gut stehen. Ja, es sind viele, viele Jahre her, daß die Saatenstandsberichte ein so hoffnungsfreudiges Bild entwerfen konnten. Die Getreideernte des Jahres 1915 war eine der schlechtesten seit Jahrzehnten. Trotzdem werden wir mit unserm Brotkorn nicht nur bis zur neuen Ernte ausreichen, sondern mit einer stattlichen Reserve in das neue Jahr hineingehen. Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands wird sich aufs neue bewähren. Wir werden künftig auskommen, wie wir bisher ausgekommen sind.

Meine Herren! In dem Bestreben uns abzusperren und uns auszuhungern, den Krieg auf das gesamte deutsche Volk, unsere Frauen und Kinder auszudehnen, sind England und seine Verbündeten über die Rechte der Neutralen zum legitimen Handel und Verkehr mit den mitteleuropäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. Die amerikanische Note vom 5. November 1915, die eine zutreffende Darstellung der englischen Völkerrechtsverletzungen enthält, ist, soviel bekannt, bis auf den heutigen Tag von der englischen Regierung nicht beantwortet worden (vgl. das Kapitel über den Handelskrieg). Wie diese, so hatten auch die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen andern Erfolg als den weiterer Verletzungen der neutralen Rechte. Die englische Regierung hat sich nicht gescheut, sogar menschenfreundliche Bestrebungen amerikanischer Philanthropen, wie die Zuführung von Milch für deutsche Kinder, zu verbieten. Die kürzlich ergangene order in council bedroht den legitimen Handel nach den neutralen Häfen durch eine weitere völkerrechtswidrige Verschärfung der Blockaderegeln, wegen deren bisherigen Verletzungen die amerikanische Regierung bereits Einspruch erhoben hatte. Kein ruhig denkender Neutraler, er mag uns wohl gesinnt sein oder nicht, kann uns das Recht streitig machen, uns gegen diesen völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg unsererseits zur Wehr zu setzen. Keiner kann von uns verlangen, daß wir uns die Waffen der Abwehr, über die wir verfügen, entwinden lassen. Wir wenden sie an und müssen sie anwenden. Wir achten die berechtigten Interessen der Neutralen am Welthandel und Weltverkehr. Aber wir können erwarten, daß die Rücksicht, die wir erweisen, verstanden und unser Recht, ja unsere Pflicht anerkannt wird, für die jedem Völkerrecht wie der einfachsten Menschlichkeit Hohn sprechende Aushungerungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Vergeltung zu üben.

Seitdem ich hier zuletzt sprach, haben wir uns auch genötigt gesehen, Portugal den Krieg zu erklären. Wir haben gehört, welche lange Reihe von Neutralitätsverletzungen sich Portugal zu Schulden kommen ließ (vgl. S. 6 u. 7). Der unter Salutschüssen höhnend erfolgte Raub unserer Schiffe hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Unter dem Druck Englands hat Portugal gehandelt. England hat auch hier einen erneuten Beweis seiner liebevollen Protektion kleiner Staaten gegeben.

Meine Herren! Als ich am 9. Dezember 1915 (vgl. XII, S. 33 f.) unsere Bereitwilligkeit erklärte, über Frieden zu sprechen, sagte ich, daß ich von einer gleichen Bereitwilligkeit bei unseren Gegnern keine Spur sehen könne. Daß ich damit recht hatte, zeigte alles, was inzwischen geschehen ist, alles was wir aus dem Munde der feindlichen Staatslenker gehört haben, die Reden, die in London, Paris, Petersburg und Rom gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Asquith. Auf seine persönlichen Invektiven antworte ich zwar nicht, weil ich persönliche Verunglimpfungen auch im Kriege nicht für würdig halte. Aber sachlich will ich kurz antworten. Für Herrn Asquith bleibt die völlige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig vermißt er in meiner Rede deutsche Friedensangebote. Ueber Friedensangebote zu verhandeln, die von der anderen Seite gemacht würden, dazu sei er jederzeit bereit. Und gesetzt einmal den Fall, ich schlüge Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen, um die Friedensmöglichkeiten zu prüfen, und Herr Asquith begänne mit seiner endgültigen und vollständigen Zerstörung der militärischen Macht Preußens — das Gespräch wäre zu Ende, noch ehe es angefangen hat. Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns nur eine Antwort, und diese Antwort erteilt unser Schwert. Wollen unsere Gegner das Menschenmorden und die Verwüstung Europas immer weitergehen lassen: Ihrer ist die Schuld; wir stellen unseren Mann, und zu immer kräftigeren Schlägen wird unser Arm ausholen. Beim Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Moltkes erinnert, daß wir noch einmal im blutigen Kampfe würden verteidigen müssen, was wir 1870 errungen hätten. Zur Wahrung unserer Einheit und Freiheit sind wir — die ganze Nation geschlossen wie ein Mann — in den Kampf gezogen. Und dieses einige und freie Deutschland ist es, das unsere Feinde vernichten wollen. Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden wie in früheren Jahrhunderten, jedem Machtgefühl seiner Nachbarn ausgesetzt, der Prügeljunge Europas, in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte auch nach dem Kriege auf ewig in Fesseln geschlagen. Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Sie werden sich die Köpfe einrennen.

Meine Herren! Was wollen wir dagegen? Sinn und Ziel dieses Krieges ist uns: ein Deutschland so fest gefügt, so stark beschirmt, daß niemand wieder in Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, jedermann in der weiten Welt unser Recht auf freie Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Völker ist das, was wir erstreben. Es ist die dauernde Rettung des heute in seinen Grundfesten erschütterten Kontinents.

Meine Herren! Was hat die feindliche Koalition Europa zu bieten? Rußland: das Schicksal Polens und Finnlands. Frankreich: die Prätention jener Hegemonie, die unser Elend war. England: den Zustand der Zersplitterung und dauernden Reizbarkeit, den es das Gleichgewicht auf dem Kontinent zu nennen beliebt und der die letzte und innerste Ursache des unsäglichen Elends ist, das in diesem Krieg über Europa und über die Welt gekommen ist. Hätten sich die drei Mächte nicht gegen uns zusammengeschlossen, nicht versucht, das Rad der Geschichte in ewig verflossene Zeiten zurückzudrehen, so wäre der Friede Europas durch die Kräfte der stillen Entwicklung allmählich gefestigt worden. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir konnten, was wir haben wollten, durch friedliche Arbeit haben, unsere Gegner haben den Krieg gewählt. (Zuruf des Abgeordneten Liebknecht: Sie haben ihn gewollt! Stürmische Zurufe und Rufe: Hinaus mit ihm!) Nun muß der Friede Europas aus einer Flut von Blut und Tränen, aus den Gräbern von Millionen entstehen. Zu unserer Verteidigung, meine Herren, sind wir in den Kampf gezogen; aber das, was vorher war, ist heute nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärsgekommen. Ein Zurück gibt es nicht. Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten nicht die Absicht, die polnische Frage aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt ihrer Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. Das Belgien nach dem Kriege wird nicht mehr das alte vor dem Kriege sein. Das Polen, das der russische Tschinownik, noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und

raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr eines Tschinownik an den Platz, auf dem inzwischen ein Deutscher, ein Oesterreicher, ein Pole ehrlich für das unglückliche Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Auch Herr Asquith spricht ja von dem Prinzip der Nationalitäten. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt — kann er da wirklich annehmen, Deutschland würde jemals freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der baltischen See und den wolhynischen Sümpfen der Herrschaft des reaktionären Rußland wieder ausliefern — mögen sie nun Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, nicht zum zweiten Male darf Rußland an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens seine Heere aufmarschieren lassen, nicht noch einmal mit französischem Geld das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten.

Und ebensowenig wird jemand glauben, daß wir im Westen die Länder, auf denen das Blut des Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft preisgeben werden. Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß **Belgien** nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat und militärisch und wirtschaftlich zum Vorwerk gegen Deutschland ausgebeutet wird. Auch hier meine Herren, gibt es keinen status quo ante. Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch kann Deutschland z. B. den lange niedergedrückten flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern wird ihm eine gesunde und seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenart sichern. Meine Herren! Wir wollen Nachbarn haben, die sich nicht aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammenarbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen. Waren wir denn vor dem Kriege Belgiens Feinde? Hat nicht friedliche deutsche Arbeit, friedlicher deutscher Fleiß in Antwerpen weithin sichtbar gearbeitet an der Wohlfahrt des Landes? Sind wir nicht auch während des Krieges bestrebt, das Leben des Landes wieder aufzurichten, soweit es der Krieg möglich macht? Die Erinnerung an diesen Krieg wird in dem schwer heimgesuchten Lande lange nachzittern. Aber wir können nie zulassen — im beiderseitigen Interesse nicht — daß aus dem, was nach dem Kriege sein wird, neue Kriege gegen uns wieder hervorwachsen können.

Noch eine Frage möchte ich berühren. Die russische Regierung hat sich seit Beginn des Krieges nach Kräften bemüht, die in Rußland lebenden Deutschen deutscher und russischer Staatsangehörigkeit zu berauben und zu verjagen. Unser Recht und unsere Pflicht ist es, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie das gegen alles Menschenrecht begangene Unrecht wieder gut macht und unseren verfolgten und gepeinigten Landsleuten den Weg aus der russischen Knechtschaft öffnet.

Meine Herren! Das Europa, das aus dieser ungeheuersten aller Krisen erstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Das verflossene Blut kommt nie, das vertane Gut nur langsam zurück. Aber wie es auch sein wird, es muß für alle Völker, die es bedrohen, ein Europa der friedlichen Arbeit werden. Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein. Er darf nicht den Keim neuer Kriege in sich tragen, sondern muß eine endgültige friedliche Ordnung der europäischen Dinge in sich tragen.

Mit unseren **Bundesgenossen** sind wir in der langen Kampfesgemeinschaft immer enger verwachsen. Der treuen Kriegskameradschaft muß und wird eine Arbeitsgemeinschaft des Friedens folgen im Dienste der wirtschaftlichen und kulturellen Wohlfahrt der immer enger verbündeten Reiche. Auch hier gehen wir andere Wege als unsere Gegner. Ich streifte das schon vorhin. England will auch nach dem Friedensschluß den Krieg nicht aufhören lassen, sondern dann den Handelskrieg mit doppelter Schärfe gegen uns fortsetzen. Erst sollen wir militärisch, dann wirtschaftlich vernichtet werden. Ueberall brutale Vernichtungs- und Zerstörungswut und der vermessene Wille, in zügelloser Herrschaft ein 70 Millionenvolk zum Krüppel zu schlagen. Auch diese Drohungen werden zerschellen. Aber die feindlichen Staatsmänner, die solche Worte brauchen, mögen dessen eingedenk sein, je heftiger ihre Worte, desto stärker unsere Schläge.

Meine Herren, und wenn wir über Europa hinaussehen: Abgeschnitten von allen Verbindungen mit der Heimat, haben unsere Schutztruppen und Landsleute draußen unsere **Kolonien** zähe verteidigt und machen noch jetzt in Ostafrika dem Feinde jeden Fuß Boden heldenmütig streitig. Aber das endgültige Schicksal unserer Kolonien wird nicht dort, sondern, wie Bismarck sagte, hier auf dem Kontinent entschieden. Und unsere Lage auf dem Kontinent wird uns wieder unseren Kolonialbesitz

sichern und dem unverwüstlichen deutschen Unternehmungsgeist neue fruchtbare Tätigkeit in der weiten Welt eröffnen. So, meine Herren, gehen wir frei und offen und mit wachsender Zuversicht der Zukunft entgegen. Nicht in Ueberhebung, nicht in Weltbetrug, aber im Danke an unsere Krieger und in dem heiligen Glauben an uns und unsere Zukunft.

Groß und breit wie Berge liegen bei unseren Feinden Selbsttäuschung, ingrimmiger Haß und Volksbetrug auf den Geistern. Die feindlichen Staatsmänner setzen sich zusammen und ersinnen immer neue Formeln zu den alten, damit nur dieser Bann nicht gebrochen werde. Wir haben keine Zeit für Rhetorik, stärker ist die Macht der Tatsachen, die wir für uns reden lassen, und zu den Tatsachen, mit denen wir zu rechnen haben, gehört eben die, die unsere Kriegsziele von jenen unserer Gegner scheidet. Von allen kämpfenden Mächten ist Deutschland die einzige, der die Feinde durch den Mund ihrer Staatslenker die Vernichtung, die Zerstückelung des Reiches und die Zerschmetterung seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht androhen. Die treibenden Kräfte, die vor dem Kriege die Koalition gegen uns zustande gebracht haben, Eroberungsdrang, Revanchelust und Eifersucht gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, sind während des Krieges trotz aller Niederlagen bei den Regierungen mächtig geblieben. In diesem allgemeinen Kriegsziele sind Petersburg, Paris und London immer noch einig. Dieser Tatsache stellen wir die andere gegenüber, daß, als diese Katastrophe in Europa hereinbrach, wir, anders als 1870, da jedem Deutschen die alten Reichslande und das Kaisertum als der natürliche Siegespreis vorschwebte, nur das eine Ziel hatten, uns zu wehren und uns selbst zu behaupten, die Gegner von unseren Grenzen fern zu halten und da, wo sie ihre Zerstörungswut so ungeheuerlich erprobt hatten, so schnell wie möglich zu vertreiben. Wir haben diesen Krieg nicht gewollt. Wir hatten kein Bedürfnis, unsere Grenzen zu verändern, als wir ihn gegen unseren Willen begannen. Wir haben keinem Volke mit der Vernichtung seiner Existenz oder Zerstörung seines nationalen Wesens gedroht.

Und was gibt uns die Kraft, daheim die mit der Absperrung unseres Ueberseehandels verbundenen Schwierigkeiten, und draußen im Felde, die Ueberzahl unserer Feinde auszudauern und weiter zu schlagen und zu siegen? Wer kann ernstlich glauben, daß Ländergier die Sturmkolonnen bei Verdun beseelt und immer neue Heldentaten vollbringen läßt? Oder soll ein Volk, das der Welt so viel an geistigem Gut geschenkt hat, das 44 Jahre lang die friedliebendste aller Nationen war, sich wieder in Hunnen und Barbaren verwandelt haben? Nein, meine Herren, das sind Erfindungen des bösen Gewissens der an dem Kriege Schuldigen und um ihre Achtung im eigenen Lande Besorgten. Die neueste Ausgeburt, uns zu verhetzen, ist die Behauptung, daß wir uns nach Beendigung des Krieges auf den amerikanischen Kontinent stürzen und als erste Provinz drüben Kanada zu erobern trachten. Kaltblütig legen wir auch diese törichteste aller Verdächtigungen zu den übrigen. Das ist dieselbe Phantasterei wie die Behauptung, wir hätten Absichten auf brasilianisches oder sonstiges südamerikanisches Gebiet. Um unser Dasein, um unsere Zukunft geht dieser Kampf. Für Deutschland, nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben draußen Deutschlands Söhne. Weil jeder unter uns das weiß, deshalb sind uns Herzen und Nerven so stark.

Meine Herren! Lassen Sie mich mit einer persönlichen Erinnerung schließen: Als ich zum letzten Male im Großen Hauptquartier weilte, stand ich neben dem Kaiser an einer Stelle, an die ich Seine Majestät gerade vor einem Jahre begleitet hatte. Der Kaiser erinnerte sich dieses Umstands und wies in tiefbewegten Worten auf den gewaltigen Wandel hin, den wir seit jener Zeit erlebt haben. Damals standen die Russen bis zum Karpathenkamm. Der Durchbruch bei Gorlice und die mächtige Hindenburg Offensive waren noch nicht im Gange. Jetzt stehen wir tief in Rußland. Damals berannten Engländer und Franzosen noch Gallipoli und hofften, den Balkan gegen uns in Brand zu setzen. Jetzt steht Bulgarien fest an unserer Seite. Damals schlugen wir die harte Abwehrschlacht in der Champagne, jetzt dröhnte bei den Worten des Kaisers der Kanonendonner von den Kämpfen vor Verdun herüber. Tiefste Dankbarkeit gegen Gott, gegen Heer und Volk erfüllte des Kaisers Herz, und ich darf wohl sagen, daß mir in jener Stunde das Ungeheure, was in diesem Jahre Heer und Flotte vollbracht haben, stärker und ergreifender als jemals vor die Seele trat.

Meine Herren! In ernster Stunde ist ihre und unsere gemeinschaftliche Arbeit, doppelt verantwortungsvoll. Kein anderer Gedanke erfüllt uns als der, wie helfen, wie stützen wir am besten unsere Krieger, die draußen für die Heimat ihr Leben in die Schanze schlagen. Ein Wille, ein Geist führt sie. Dieser uns alle einigende Geist leite auch uns. Er ist es, der über den Kampf der Väter hinweg unsere Kinder und Enkel in eine starke freie Zukunft führen wird."



Phot. R. Sennecke, Berlin

In den Räumen der „Deutschen Gesellschaft 1914" zu Berlin

Von links nach rechts: Stehend: Bankdirektor Herbert Guttmann; darunter sitzend: bulgarischer Gesandter Rizow; in der Ecke sitzend: Staatssekretär Dr. Solf; daneben auf dem Sofa rechts: Unterstaatssekretär Wahnschaffe, links Bankdirektor Dr. Salomonsohn; ganz rechts im Sessel Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg; im Vordergrund vor dem Tisch Staatssekretär Dr. Helfferich



Phot. Frankl, Berlin

Deutsche Frauen bei ihrer Tätigkeit in einem Postamt



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Die erste fahrbare Volksküche in Dresden

Die Erklärungen des Reichskanzlers, die, wie die „National-Zeitung" schrieb, zum erstenmal in klarer und unzweideutiger Weise die politischen Ziele des Krieges, wie sie sich aus der Gestaltung der militärischen Lage ergeben hatten, festlegten, beschäftigten die gesamte Presse des In- und Auslandes. Die „Tägliche Rundschau" meinte, daß dem Wirrnis der öffentlichen Meinung nunmehr ein Ende gemacht sei, das deutsche Volk könne sich einheitlich zu den Kriegszielen des Kanzlers stellen, und die „Frankfurter Zeitung" betonte, daß der Kanzler bei dem beharrte, was er bereits im Dezember 1915 mit dem Worte „Faustpfand" angedeutet habe. Dagegen erklärte der „Vorwärts", Bethmann Hollweg habe der Auslegung dieses Wortes durch den Abgeordneten Landsberg, der darunter nur Pfänder zu Kompensationszwecken verstand (vgl. XII, S. 43), den Boden entzogen, da er einen Frieden auf Grundlage des status quo ausdrücklich ablehnte. Die Wiener Blätter würdigten die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers als ein Zeugnis von mächtiger geschichtlicher Bedeutung, weil darin die Umrisse des zukünftigen Friedens und des neuen Europa gezeichnet und die Grundlinien für jene Neuordnung gezogen würden, die von den Zentralmächten im Verein mit ihren Verbündeten geschaffen werden würden.

Auch im Reichstag selbst fand die Rede des Kanzlers freudigen Widerhall. Der Abgeordnete Spahn (Ztr.) sprach Bethmann Hollweg im Namen des ganzen Hauses Dank und Anerkennung für seine Worte aus und auch der Abgeordnete Ebert (Soz.), der nach ihm sprach, erklärte unter lebhaftem Beifall: „Solange die feindlichen Mächte keine Friedensneigung zeigen, solange werden wir bereit sein, alles zu tun zur Verteidigung unseres Landes." Es werde den Sozialdemokraten zwar nicht leicht, neben der Verteidigung des Vaterlandes auch das herrschende System zu verteidigen; da jedoch die Zerstückelungspläne der Entente, wenn sie Verwirklichung fänden, die deutschen Arbeiter am empfindlichsten treffen würden, schützten die Sozialdemokraten mit der Landesverteidigung auch die Lebensinteressen der Arbeiter selbst. Aber ebenso entschieden wie sie sich für die Verteidigung des Vaterlandes einsetzten, ebenso entschieden wendeten sie sich gegen die Vergewaltigung fremder Völker wie gegen alle Eroberungsabsichten, und da Ebert glaubte, die Worte des Reichskanzlers richtig dahin verstanden zu haben, daß Deutschland nicht daran denke, andere Völker zu vergewaltigen, und da die militärische Lage besser als je sei, so könne er ohne Scheu vor Mißdeutungen auch heute wieder ganz offen den Friedenswillen seiner Partei aussprechen. Er fuhr dann fort:

„Im Interesse aller Völker erheben wir immer wieder die Stimme für den Frieden. Das Recht steht auf unserer Seite, wenn wir die englische Hungerblockade mit dem Unterseebootkrieg beantworten. England hat sich im Frieden gegen die Abschaffung des Seebeuterechts gewendet und jetzt macht England davon den rücksichtslosesten Gebrauch. Der Unterseebootkrieg muß darauf die Antwort sein, er ist ein Mittel der Selbsterhaltung. Der rücksichtslosen Torpedierung ohne Berücksichtigung der Rechte der Neutralen würden wir mit äußerster Schärfe entgegentreten müssen. Die Rechte der neutralen Staaten müssen bei dem Unterseebootskrieg gegen England auf das Genaueste berücksichtigt werden. Der Antrag der Kommission wird dieser Forderung gerecht, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir ihm zugestimmt.

Die beste Waffe gegen den Aushungerungskrieg ist eine wirksame Organisation unserer Volksernährung und rücksichtslose Entschlossenheit bei der Durchführung. Es muß für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gesorgt werden und es muß mit dem wucherischen Treiben der Interessenten aufgeräumt werden. Die Entbehrungen, die notwendig sind, müssen von allen gleichmäßig getragen werden. Das Privileg des Geldbeutels muß beseitigt werden. In unserer Kriegswirtschaft darf für das freie Spiel der Kräfte kein Raum bleiben. Leider ist durch Mangel an Tatkraft und Voraussicht durch die Regierung viel verschuldet worden. Die Regierung griff meist erst ein, wenn die Dinge unerträglich geworden waren. An Verordnungen hat es nicht gefehlt. Die besten Bestimmungen sind aber nutzlos, wenn sie nicht streng durchgeführt werden. Das ist jedoch leider nicht geschehen. Wie man diese Verordnungen einschätzt, das hat Herr von Oldenburg kürzlich be-

wiesen, als er sagte: „Das Papier ist geduldig!" und als er weiter sagte: „Die Ausführung liegt ja Gott sei Dank bei unserer Provinzialregierung und zu der haben wir Vertrauen." Das zeigt deutlich, wie Preußen Hindernisse bei der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt hat. Die Regierung ladet eine schwere Schuld auf sich, wenn sie nicht rücksichtslos zugreift. Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik bleibt für die Regierung viel zu tun übrig. Bei der fortgesetzt steigenden Teuerung müssen die Sätze für die Kriegerfamilien abermals erhöht werden. Sehr wichtig ist eine bessere Arbeitsvermittlung in Verbindung mit einer Arbeitslosenfürsorge. Es muß unter allen Umständen verhütet werden, daß die aus dem Kriege Heimkehrenden der Not ausgesetzt sind, und das ist nur zu vermeiden durch eine reichsgesetzliche Arbeitslosenfürsorge. Auch für den Frieden muß mehr und mehr gesorgt werden. In der Handhabung der Zensur ist eine Besserung leider nicht eingetreten, trotzdem der Reichstag sie mit aller Entschiedenheit verlangt hat. Die Zustände fordern zur stärksten Kritik heraus. Das Versammlungsrecht ist stark behinder' wir fordern daher von neuem die Aufhebung des Belagerungszustandes. Bis heute vermissen wir noch die Vorlage über die Befreiung der Gewerkschaften vom Vereinsgesetz. Wir fordern die Regierung dringend auf, ihre Zusage zu erfüllen, und wir setzen voraus, daß unter die Gewerkschaften nach dieser Vorlage auch die Landarbeiter gehören werden. Die Zusage einer preußischen Wahlreform hat Herr von Heydebrand als unverantwortlich bezeichnet. Die Massen, die von den Schützengräben heimkehren, werden von starkem Selbstbewußtsein erfüllt sein, vom besten Willen, daß der Staat, für den sie ihr Leben eingesetzt haben, nicht eine kleine Kaste bevorzugt. Dieses heimkehrende Geschlecht läßt sein politisches Leben nicht wieder in die Drahtverhaue des preußischen Dreiklassenwahlrechts einspannen. Die Friedensstunde muß auch die Stunde der politischen Gleichberechtigung sein."

In der Fortsetzung der Debatte am 6. April 1916 führte der Abgeordnete v. Payer (fortschr. Volkspartei) aus, die Rede des Reichskanzlers habe im Inland Befriedigung, im Ausland Aufsehen hervorgerufen. Der Regierung dürfe man Besonnenheit und Energie nicht absprechen, der status quo ante dürfe sich nicht wiederholen. Das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn und den Balkanstaaten müsse wirtschaftlich, politisch und militärisch ein dauerndes werden. Gegen die gesetzgeberischen Maßnahmen für den angedrohten Handelskrieg werde sich Deutschland schützen können, denn da sich der Handel durch Konventikel nicht beseitigen lasse, würden doch die besten und preiswertesten Waren Absatz finden und die Feinde würden froh sein, wenn sie diese Waren wieder geliefert erhielten. Die Heraufsetzung der Höchstpreise sei nicht verstanden worden; sie wurde als Prämie für den Eigennutz und als Strafe für die Loyalen angesehen. Die Zusage der Regierung betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine müsse eingelöst werden, sonst verliere die Regierung das Vertrauen.

Auch der Abgeordnete Dr. Stresemann (natl.) erklärte, seine Parteigenossen sähen die Sicherung eines dauernden Friedens nur in einem starken, unangreifbaren Deutschland, in einer Sicherung nach Ost und West. Der Krieg richte sich gegen das ganze Deutschland. Während das Recht der Deutschen im Ausland nichtig wurde, sei das Recht des Auslands in Deutschland gewahrt worden. Die Erhaltung der deutschen Kolonien sei für Deutschland vom wirtschaftlichen Standpunkte aus eine Notwendigkeit. Seine Partei fordere die Wiederherstellung der Grundlagen für einen freien wirtschaftlichen Markt und den Schutz der deutschen Forderungen im Ausland. Deutschland dürfe den Kampf um den Weltmarkt nicht aufgeben. Im Gegenteil. Zusammen mit seinen Bundesgenossen müsse es ein Mitteleuropa schaffen, das wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung sei. Der Forderung auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und ihrer baldigen Regelung stimmten seine Parteifreunde zu. Das Wahlrecht in den Bundesstaaten müsse freier werden. Die Nationalliberalen strebten ein größeres Deutschland an, aber auch ein freieres Deutschland, frei nach außen und nach innen.

Nach dem Abgeordneten Stresemann sprach Graf Westarp, der namens der konservativen Partei erklärte, daß seine Parteifreunde im großen und ganzen den vom Kanzler dargelegten Kriegszielen beipflichteten. Dr. Werner-Gießen (Deutsche Fraktion) vertrat

warm die Interessen des gewerbetätigen Mittelstandes gegenüber dem Großkapitalismus. Die in der Rede des Reichskanzlers dargelegten Kriegsziele bezeichnete er als ein Mindestmaß deutscher Siegesforderungen und zog zum Schluß aufs heftigste gegen die augenblickliche deutsche Frauenmode, gegen die Kinos und die Schundliteratur zu Felde.

Der radikale Sozialdemokrat Haase sprach anfänglich sehr ruhig. Er verlangte das unbestrittene Recht freier Meinungsäußerung in allen Fragen, also auch in der Unterseebootfrage. Es sei falsch, Kriegführung und Politik zu trennen. Der Gedanke, die Kritik heimischer Zustände besorge nur die Geschäfte des Auslands, sei lächerlich. Keiner seiner Parteifreunde denke daran, ein „Geheimnis" zu verraten, aber das Recht der Kritik behielten sie sich vor. In Sachen innerer Politik stehe es schlecht in Deutschland. Die Geduld der unteren Klassen sei durch Preistreiberei und Wucher auf eine harte Probe gestellt. So schamlos wie jetzt sei der Tanz ums goldene Kalb noch nie aufgeführt worden. Die Teuerung sei maßlos. Der Belagerungszustand müsse aufgehoben werden. Als dann der Präsident den Redner unter Hinweis auf den Kommissionsbeschluß an weiteren Ausführungen über den Belagerungszustand verhinderte, fuhr dieser fort, die Arbeiter fürchteten mehr und mehr, daß nach dem Krieg das Schillerwort: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! zur Anwendung komme. Das freie Wahlrecht müsse erkämpft werden. Der Redner wendete sich dann zur äußeren Politik. Die Sozialdemokraten bekämpften aufs energischste den Gedanken einer neuen Teilung Polens. Ihr Grundsatz „gegen Annexionen" bleibe uneingeschränkt aufrecht. Belgien solle kein französischer, aber auch kein deutscher Vasallenstaat werden. Die Flamen wollten ihre Gemeinschaft mit den Wallonen nicht lösen. Die Sozialdemokraten wünschten die Wiederherstellung Belgiens. Das Unrecht, das Belgien zugefügt worden sei, müsse gutgemacht werden. Wer Annexionsgelüste habe, dürfe sich nicht über den Vernichtungswillen anderer Völker aufregen. Jeder, der ein Herz in der Brust habe, wünsche ein Ende dieses Gemetzels. Da die Staatsmänner sich in einer Sackgasse verrannt hätten, müßten die Völker ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. In der Unterseebootsfrage verlangten seine Parteifreunde, daß keine Verschärfung Platz greife. Sie wollten, daß die Regierung Friedensangebote mache. Deutschland könne keinen schnellen Frieden erreichen, wenn es den andern den Fuß auf den Nacken setzen wolle. Wenn es nicht anders gehe, müsse sich das internationale Proletariat überall zusammenschließen, um den Frieden zu erzwingen. Seine Partei lehne eine Politik ab, durch welche die andern Völker bis zum Weißbluten gehetzt werden sollten. Der Wahnsinn des Rüstungswettrennens müsse durch internationale Vereinbarungen abgeschafft werden. 90 Prozent aller Menschen hätten nur den einen Wunsch: Schluß mit diesem Krieg! Darauf erhob sich Staatssekretär v. Jagow zu folgender Erwiderung:

„Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Haase hat die alten belgischen Geschichten hier aufgewärmt. Als ich die Erklärung im Haushaltsausschusse abgab, mußte ich Belgien für ein neutrales Land halten. Als der Reichskanzler seine Erklärung vom 4. August 1914 abgab, konnte er nicht wissen, daß Belgien bereits innerlich Stellung genommen hatte. Es ist erst nachher erwiesen und gründlich erwiesen worden, daß die Schuld auf belgischer Seite stand.

Meine Herren! Wie solche Aeußerungen, wie sie Herr Abgeordneter Haase getan hat, im Auslande wirken, dafür möge Ihnen als Beweis eine Stelle aus der „Oeuvre" dienen, die ich Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen will. Die „Oeuvre" schrieb vor kurzem: „Die letzte Reichstagssitzung kommt einem Siege unserer Waffen gleich. Wenn in Frankreich ein Abgeordneter nur ein Viertel von dem gesagt hätte, was der Abgeordnete Haase gesagt hat, hätten ihn seine Kollegen unfehlbar gesteinigt."

Auch der Sozialdemokrat Scheidemann widersprach Haases Ausführungen über die „Vergewaltigungspolitik" des Kanzlers. Kindlich wäre es, zu glauben, sagte er, daß nach diesem Krieg durchaus die alten Grenzen wieder erstehen sollen, aber der Krieg dürfe

kapitalistischer Interessen wegen auch nicht um einen Tag verlängert werden. Die Unterseeboote müßten Deutschland zu einem baldigen Frieden helfen; eine rücksichtslose Unterseebootskriegführung verwürfen aber auch seine Parteifreunde. Scheidemann wandte sich dann der inneren Politik zu, verlangte die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und Aenderung des Reichsvereinsgesetzes und forderte Milderung des in den Reichslanden herrschenden Ausnahmezustandes. Er ermahnte die Regierung, über der Munitionserzeugung nicht die Sorge für das tägliche Brot der deutschen Kriegerfrauen zu vergessen. Die Zensur und der Belagerungszustand müßten endlich abgeschafft werden. Die weiteren Ausführungen Scheidemanns über die Ausgestaltung der künftigen deutschen Beziehungen zu Frankreich gaben infolge anhaltender Zwischenrufe Liebknechts Gelegenheit zur Unruhe. Scheidemann verlangte Abschaffung der geheimen Diplomatie, deren Unfähigkeit den Wahnsinn des Kriegs entfesselt habe. Auch die Streitigkeiten im Innern, die von einer kleinen Partei geschürt würden, könnten nur als Zeichen der Schwäche vom Ausland gedeutet werden und führten zur Verlängerung des Kriegs. „Wir kennen unsere Pflicht als Deutsche und als Sozialdemokraten", schloß der Redner, „und wir werden sie erfüllen als Sozialdemokraten wie als Deutsche."

Hierauf wurden der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei genehmigt, die Erklärungen der Kommission zur Unterseebootfrage (vgl. S. 28 und 125) angenommen und die Resolution Bernstein abgelehnt. Bei der Besprechung der Petition des Professors D. Schäfer (vgl. S. 125) versuchte der Abgeordnete Ledebour (Soz. Arbeitsg.) über den Unterseebootkrieg zu sprechen, wurde aber vom Präsidenten daran gehindert und beantragte schließlich, über die Petition Schäfer zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem der Abgeordnete David (Soz.) die Ausführungen Ledebours als eine „rücksichtslose und warnungslose Torpedierung jeder gesunden Logik" bezeichnet hatte, wurde der Antrag abgelehnt und der Kommissionsantrag, der die Petition Schäfer für erledigt erklärte, angenommen. Natürlich sah sich auch der Abgeordnete Liebknecht veranlaßt, unter Gelächter zu erklären, daß er diesmal wiederum durch gewaltsame Mundtotmachung verhindert worden sei, zu der U-Bootfrage Stellung zu nehmen. Als er von den Eroberungsplänen der Regierung sprechen wollte, wurde ihm das Wort entzogen.

In der Sitzung vom 7. April beschäftigte sich das Haus mit dem Spezialetat für die Verwaltung des Reichsheeres. Angenommen wurden von den Resolutionen die der Kommission, die u. a. eine Genehmigung des Ordinariums und der Einnahmen des ordentlichen Etats empfahlen, sowie eine Resolution der Sozialdemokraten auf Gewährung von Teuerungszulagen für Arbeiter in den Reichsbetrieben und eine Resolution der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Entlassung dauernd Kranker und Kriegsuntauglicher, letztere durch Hammelsprung mit 142 gegen 110 Stimmen. Bei der Besprechung der einmaligen Ausgaben versuchte der Abgeordnete Liebknecht über die Verwendung von Kriegsgefangenen zu Arbeiten zuungunsten des eigenen Vaterlands zu sprechen, wurde aber zur Sache gerufen. Schließlich, als er immer wieder versuchte, bei den einzelnen Etatspositionen nicht dazu gehörende Erörterungen zu machen, ist ihm das Wort entzogen worden. Darauf ist auch der Rest des Militäretats erledigt und dann mit dem Etat des Reichsmilitärgerichts begonnen worden, der nach Annahme eines handschriftlich eingegangenen Antrags auf baldige Vorlage eines Gesetzes auf Herabsetzung der Strafminima zusammen mit dem Marineetat erledigt wurde.

In der Sitzung vom 8. April wurde zunächst der Etat der Reichsjustizverwaltung im Sinne der Kommission erledigt, nachdem ein Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt worden war. Bei der darauf folgenden Beratung des Etats des Reichsschatzamtes versuchte der Abgeordnete Dr. Liebknecht die Verhandlungen durch Behauptungen zu stören, die jedes vaterländische Empfinden verletzen mußten.

Als das Haus deutlich zu erkennen gab, daß es den Redner nicht weiter hören wollte, sprach der Präsident zunächst sein Bedauern darüber aus, daß ein Deutscher derartige Aeußerungen tun könne, und schloß Dr. Liebknecht schließlich wegen fortgesetzter Verstöße gegen die Ordnung des Hauses von der Sitzung aus. Als Dr. Liebknecht trotzdem die Rednertribüne nicht verließ, kam es zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt und die Sitzung geschlossen wurde.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung in der Sitzung vom 10. April begrüßte der preußische Kriegsminister General Wild von Hohenborn das Haus mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Es ist das erste Mal, daß ich als preußischer Kriegsminister die Ehre habe, in diesem Hause zu erscheinen, nachdem bisher meine dienstlichen Pflichten im Hauptquartier und an der Front mich verhindert haben, an Ihren Beratungen teilzunehmen. Es besteht vielleicht die Erwartung, daß ich bei dem ersten Male, wo ich vor Ihnen spreche, mich über unsere militärische Lage äußern werde, aber ich glaube Ihres Einverständnisses sicher zu sein, wenn ich davon Abstand nehme, einmal mit Rücksicht auf die Darlegungen, die der Herr Reichskanzler vor kurzem hier gegeben hat, und dann mit Rücksicht auf die Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung, die wohl kurz, soldatisch knapp gefaßt, aber, im Gegensatz zu denen unserer Gegner, stets wahr sind.

Ein siegreiches Land braucht nichts zu beschönigen, und daß wir bisher siegreich waren, das lehrt ein Blick auf die Landkarte und das wissen auch unsere Feinde, auch wenn sie es nicht zugestehen wollen. Und daß wir weiter siegreich bleiben werden, bis zum glorreichen Ende, restlos siegreich, dafür bürgt uns das bisher Geleistete, dafür bürgt uns der Heldenmut, der einheitliche geschlossene Wille und die überlegene sittliche Kraft unseres Volkes, und dafür bürgt uns auch, das möchte ich als sorgsamer Hausvater des großen Heereshaushalts betonen, das Vorhandensein von allem und jedem, dessen wir zur weiteren Fortführung des Krieges bedürfen. Was wir in der letzten Zeit erlebt haben, die Zurückweisung der russischen Offensive im Osten und unsere Kämpfe bei Verdun, das sind nicht, wie unsere Gegner glauben, oder zu glauben vorgeben, die äußersten Anstrengungen einer erschöpften und ihr letztes hergebenden Nation, sondern das sind Hammerschläge eines mit Menschenreserven und allen Hilfsmitteln versehenen, kräftigen, gesunden und unüberwindlichen Volksheeres, Hammerschläge, die sich wiederholen werden, bis die anderen mürbe sind. Und für dieses Ziel, für den Sieg, weiterhin in meinem Amte als Kriegsminister, alles, was ich kann, einzusetzen, das verspreche ich hier und vor dem Lande. Ich möchte nicht in den Fehler meiner Ministerkollegen im feindlichen Auslande verfallen und von Siegen reden, 100 Meter Schützengräben sind mir lieber als die schönsten Reden in London und Paris. Mit Ministersiegesreden wird dieser Krieg nicht beendet, sondern mit starken Schlägen draußen und dem starken Willen, durchzuhalten. Ich liebe das Wort „Durchhalten" nicht für das Feldheer draußen. Es paßt nicht zu unserm Heer und Wollen, es paßt nicht zu unserer ganzen Kriegführung. Es paßt nicht für den Vorwärtsdrang unserer Leute. Wir wollen mehr, wir wollen eine siegreiche Entscheidung erzwingen. Aber für daheim gilt das Wort, die Armee kann nur das Höchste leisten, wenn zu Hause durchgehalten wird, wenn zu Hause alles pro patria geschieht; und für dieses Durchhalten daheim erscheint es mir Pflicht, den Dank des Heeres dem deutschen Volke auszusprechen. Es weiß, daß die Heimat es schwer hat, es weiß, daß die Minderbemittelten mit schweren Sorgen zu kämpfen haben, daß manche Lebensmittel nicht gerade in Fülle vorhanden sind. Aushungern, diesen Lieblingsgedanken unserer freundlichen Stammesvettern, das gibt es nicht. Mögen die Gefahren und Anstrengungen draußen groß sein; wir müssen nicht minder das stille Heldentum in der Heimat anerkennen. Das Heer weiß, daß es gestützt auf diesen Heimatgeist seine Pflicht zu tun hat und alles hergeben wird für einen Frieden, der den gebrachten Opfern entspricht und unseren Enkelkindern die Zukunft sichert. Es ist die Signatur dieses Krieges, daß die Entscheidung langsam fällt, langsam aber sicher. Der völlige Sieg wird kommen. Wann kann niemand sagen, aber daß er kommt, ist sicher.

Schon jetzt, während des Ringens um den Erfolg, wird es zur vaterländischen Pflicht, für diejenigen zu sorgen, die in diesem Kampfe an ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben. Da sind wir gern der in einer Resolution des hohen Hauses gegebenen Anregung gefolgt und legen Ihnen heute das Kapitalabfindungsgesetz vor. Ich bin selbst hierher gekommen, Ihnen den Entwurf zu

überweisen, weil er mir ganz besonders am Herzen liegt. Ich empfehle ihn zur Annahme. Der Krieger soll eine eigene Scholle bekommen, ihm soll ein eigener Herd gegründet werden, ein Hort des Friedens. Dies soll selbstverständlich geschehen ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession und Partei. Ich zweifle nicht, daß dieses Gesetz von unseren braven Kriegern zu Wasser und zu Land mit Genugtuung begrüßt werden wird."

Nachdem die Abgeordneten Liesching (freis. Volksp.), Dr. Paasche (natl.), Giesberts (Ztr.) und Graf Westarp (konf.) die Vorlage begrüßt, der Abgeordnete Behrens (deutsche Fraktion) auf die Besiedelung der baltischen Provinzen aufmerksam gemacht und die Abgeordneten v. Trampczynski (Pole) und Henke (soz. Arbeitsgemeinschaft) Garantien dafür verlangt hatten, daß das Gesetz nach allen Seiten hin gerecht gehandhabt werde, ist die Vorlage auf Antrag des Abgeordneten Hofrichter (soz.) einstimmig der Budgetkommission überwiesen worden. Auch der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Altersrente und die Waisenrente in der Invalidenversicherung (Herabsetzung des Alters von 70 auf 65 Jahren) ist an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen worden, ebenso wie der Gesetzentwurf wegen Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen (vgl. XII, S. 30). Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Ledebour, am 11. April eine Sitzung abzuhalten und den Etat des Reichstags auf die Tagesordnung zu setzen, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt und darauf dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig vorzuschlagen.

* * *

Nach kurzer Unterbrechung durch die Osterferien nahm der deutsche Reichstag am 9. Mai 1916 die Plenarberatungen wieder auf; der erste Gegenstand, der auf der Tagesordnung stand, betraf den Abgeordneten Liebknecht, der am 1. Mai bei einer Kundgebung auf dem Potsdamer Platz zu Berlin verhaftet worden war. Die sozialdemokratische Fraktion und die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft verlangten in zwei gleichlautenden Anträgen die Einstellung des militärgerichtlichen Strafverfahrens gegen Liebknecht und die Aufhebung der Untersuchungshaft während der Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode. Die Anträge wurden ohne Debatte der Geschäftsordnungskommission überwiesen (vgl. S. 40 und 139 f.).

Die Beratung wandte sich dann dem Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet zu. Durch ihn sollte die Grundlage geschaffen werden für die Feststellung der durch die Einfälle der Feinde im Osten und Westen verursachten Schäden, damit über die von den einzelnen Landesregierungen gewährten Vorentschädigungen hinaus schon jetzt dauernder Ersatz geleistet werden könne. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit erstreckte sich der Gesetzentwurf nur auf die Sachschäden und wiederum nur auf die innerhalb des Reichsgebiets verursachten. Die Schädigungen an Leib und Leben sollten besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleiben, ebenso die unter besonderen Gesichtspunkten zu beurteilenden Schäden der Seeschiffahrt, die Schäden in den Schutzgebieten und andere etwa noch in Betracht kommende Schadenkategorien. Der Ministerialdirektor Dr. von Jonquières empfahl diesen Gesetzentwurf dem Reichstage zur raschen Verabschiedung, und die Redner aller Parteien stimmten ihm grundsätzlich zu. Die Vertreter der Ostmark, der Fortschrittler Siehr, der Konservative Kreth, der Zentrumsabgeordnete v. Rechenberg und der Reichsparteiler Frhr. v. Gamp traten ebenso energisch, wie der Nationalliberale Thoma und der Sozialdemokrat Emmel für eine volle Entschädigungspflicht des Reiches ein. Freigebig und ohne kleinlichen Fiskalismus sollte wieder gut gemacht werden, was die Feinde an materiellen Werten in der Ost- und Westmark zerstört haben, denn das Reich habe eine Ehren- und Dankespflicht gegen diese, den Kriegswirren und Kriegsverwüstungen besonders ausgesetzten Landesteile zu er-

füllen. Einzelnen Rednern, so namentlich dem Fortschrittler Siehr, gingen die Bestimmungen des Gesetzentwurfes noch nicht weit genug. Er wollte eine Einbeziehung der Entschädigungspflicht für Kriegsbeschädigte schon jetzt herbeigeführt wissen.

Auch die Redner, die bei der Fortsetzung der Debatte am 10. Mai noch zu Worte kamen, der Abgeordnete Haase von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Elsässer Dr. Haegy und der Fortschrittler Dr. Waldstein stimmten zu, daß das Reich ohne Engherzigkeit und Formalismus die materiellen Zerstörungen des Krieges ersetzen müsse. Was den einzelnen getroffen habe, müsse auf die Allgemeinheit umgelegt werden, so formulierte es der Abg. Dr. Waldstein, der im besonderen noch eine Berücksichtigung der schwer geschädigten Bewohner der Nordsee-Inseln verlangte. Dabei fand er auch Gelegenheit, des Grafen Caprivi zu gedenken, des Mannes, der Deutschland in der Insel Helgoland den besten Schutz seiner Küsten gegeben habe. Die Vorlage ist darauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen worden.

Dann folgte die erste Lesung der schon vor ihrem Erscheinen so heftig umstrittenen Vereinsgesetznovelle, durch die die Gewerkschaften von den Fesseln kleinlichen Verwaltungsgeistes befreit werden sollten. In Vertretung des erkrankten Staatssekretärs Dr. Delbrück empfahl Ministerialdirektor Dr. Lewald dem Reichstage die Vorlage, die ein loyales Einlösen des Versprechens der verbündeten Regierungen darstelle. Um alle Zweifel zu beseitigen, stellte der Vertreter der Reichsregierung ausdrücklich fest, daß die Wohltaten der Novelle allen Berufsorganisationen, auch denen der Landarbeiter, zugute kommen würden. Er warnte aber davor, den Gesetzentwurf mit weiteren Wünschen zu belasten. Die verbündeten Regierungen könnten darauf nicht eingehen, und jede weitergehende Forderung würde nur das Zustandekommen gefährden. Aus dem Hause kamen in der Sitzung vom 10. Mai in dem Zentrumsgewerkschafter Becker (Arnsberg), dem Führer der Freien Gewerkschaften Legien und dem Fortschrittler Dr. Müller-Meiningen, der zu den Vätern des Reichsvereinsgesetzes gehört, nur Redner zu Worte, die der Vorlage unbedingt zustimmten und trotz mancher prinzipieller Wünsche ihr Einverständnis kundgaben, dem raschen Zustandekommen dieses wichtigen Gesetzes keinen Stein in den Weg zu rollen. Alle drei Redner geizten nicht mit der Anerkennung der großen Leistungen der Gewerkschaften während des Krieges. Man konnte dem alten Gewerkschafter Legien den Stolz nachfühlen, daß die einst so heftig bekämpften gewerkschaftlichen Organisationen durch ihre Taten sich während des Krieges unentbehrlich gemacht haben. Aber nun Vertrauen gegen Vertrauen! Das müsse das Ziel der von Bethmann Hollweg in Aussicht gestellten Politik der Neuorientierung sein und bleiben. Alle drei Redner wandten sich auch mit aller Entschiedenheit gegen das Mißtrauen, das in der Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Bundes der Landwirte gegen diese Gesetzesnovelle zum Ausdruck gekommen sei, und hielten den Agrariern mit aller Deutlichkeit vor, daß eine Differenzierung in den Rechten der gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter nach dem Kriege unmöglich sein werde.

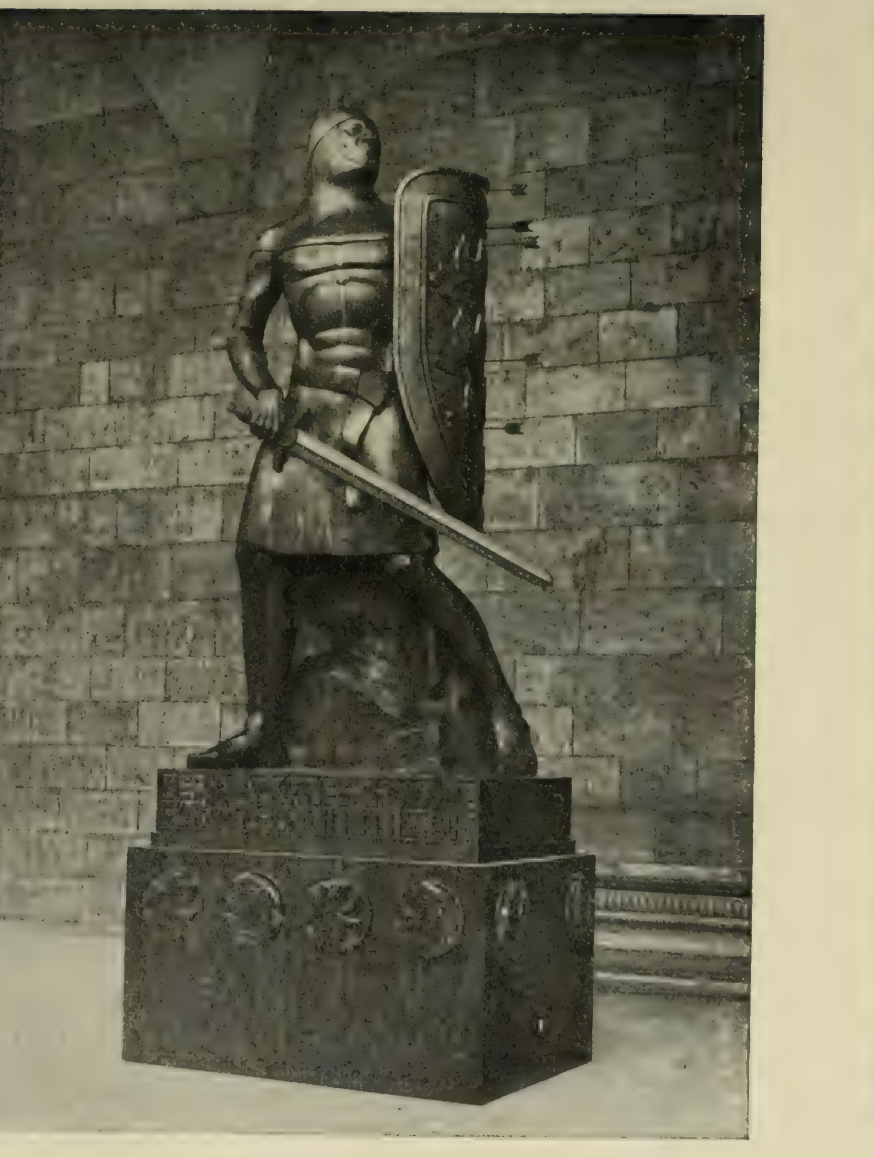
In der Fortsetzung der ersten Lesung der Novelle zum Vereinsgesetz in den Sitzungen vom 11. und 12. Mai sprach sich der konservative Dr. Oertel gegen die Novelle aus, die für die Dauer des Krieges unangebracht und gefährlich sei, weil sie den Burgfrieden bedrohe. Die deutsche Jugend dürfe nicht in die wirtschafts-sozialpolitischen und rein politischen Kämpfe hineingezogen werden. Nach kurzer Entgegnung durch Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärten sich andererseits die Abgeordneten Dr. Junck (natl.) und Stubbendorff (deutsche Fraktion) bereit, an der Ausarbeitung der Novelle mitzuwirken, während der Abgeordnete von Trampczynski (Pole) die Vorlage solange für ungenügend erklärte, als der Sprachenparagraph nicht beseitigt sei. Nachdem dann noch der Abgeordnete Büchner (Soz. Arbeitsgem.), der die Vorlage als unzu=

reichend zurückwies, und Freiherr Heyl zu Herrnsheim, der für die Gewerkvereine eintrat, zum Worte gekommen waren, ist die Vorlage am 12. Mai einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen worden.

Zwischen hinein wurden am 11. Mai zu Beginn der Sitzung die Anträge der sozialdemokratischen Fraktionen betreffend die Haftentlassung des Abgeordneten Liebknecht nach dem Antrag der Geschäftsordnungskommission mit 229 gegen 111 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt (vgl. S. 38 u. 139 f.); außerdem ist am 12. Mai, in Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichshaushaltsetats 1916, der Etat des Reichstags genehmigt worden, nach der Ablehnung eines Antrages Bernstein (Soz. Arbeitsgem.), der unter Bezugnahme auf die Vorgänge in der Reichstagsitzung vom 8. April 1916 während einer Rede Liebknechts (vgl. S. 36 u. 37) eine Erweiterung der Präsidialgewalt und eine Aenderung der Disziplinarbefugnisse verlangt hatte.

In den nun folgenden Sitzungen vom 17. und 18. Mai wurden mehrere Etats des Reichshaushalts, wie der für das Reichsschatzamt, über den allgemeinen Pensionsfonds, für das Reichseisenbahnamt, für die Reichseisenbahnen, für die Post- und Telegraphenverwaltung und die Reichsdruckerei ohne oder nach kurzer Aussprache in zweiter Lesung erledigt. Beim Beginn der Beratung über den Etat des Reichsamtes des Inneren am 18. Mai und 19. Mai gab zunächst Graf Westarp als Berichterstatter der Kommission im Namen des ganzen Reichstags dem Bedauern über die Erkrankung und das Scheiden des Staatssekretärs Delbrück Ausdruck. Und auch die Redner der bürgerlichen Parteien fanden Worte warmer Anerkennung für die gewissenhafte unermüdliche Arbeit des bisherigen Leiters des größten deutschen Reichsamtes. Dabei trat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann mit Nachdruck für die Errichtung eines selbständigen Reichsamtes für Handel, Industrie und Gewerbe nach dem Muster ausländischer Staaten ein und führte dafür auch die mangelhafte Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen beim Beginn des Krieges ins Feld, der beste Beweis gegen die Behauptung, Deutschland habe diesen Weltkrieg von langer Hand vorbereitet.

Von dieser Frage abgesehen, beschränkten sich die Ausführungen der Redner in den Debatten am 18., 19., 20. und 22. Mai im wesentlichen auf solche sozialpolitischen Charakters. Der Rest des Etats für das Reichsamt des Innern wurde am Schlusse der Sitzung vom 22. Mai bewilligt, während über die zurückgestellten Resolutionen und Anträge zu diesem Etat in der Sitzung vom 24. Mai abgestimmt wurde. Die vom Haushaltsausschuß beantragten Resolutionen, betreffend die Familienunterstützungen, die Heimstätten für Kriegsteilnehmer, die Frauen-, Jugendlichen- und Kinderarbeit, die Frauenarbeit in der Schwerindustrie, die Schaffung von Schiedskommissionen, den Bestand der Handelsflotte und die Erleichterung des Lederbezuges für Schuhmacher-Innungsverbände, gelangten zur Annahme, die meisten einstimmig, die Resolution, die unmittelbar nach dem Kriege die in der Kriegszeit eingeführte Frauenarbeit ganz oder zum größten Teil wieder beseitigt wissen will, gegen die Stimmen der Rechten. Eine Reihe weiterer im Ausschuß gestellter Anträge wird dem Reichskanzler als Material überwiesen. Ueber die Petitionen beschloß das Haus gleichfalls durchweg nach den Ausschußanträgen. Die sozialdemokratischen Anträge wegen Aufhebung der Beseitigung der Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche und wegen Aufhebung der Sparzwangsverordnung sind abgelehnt worden. Die Anträge Bernstein und Bassermann, betreffend die Reichswochenhilfe und den Mutter- und Säuglingsschutz, wurden einer besonderen Kommission überwiesen, die zum Wohnungswesen gestellten Anträge über Bewilligung von fünf Millionen Mark zur Erstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte größtenteils einstimmig angenommen.





Phot. Berliner-Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Charakteristische Beispiele der zum Benageln zugunsten des deutschen Roten Kreuzes bestimmten Erinnerungsmale deutscher Städte

Links: „Der wackere Schwabe" von Bildhauer Josef Zeitler, aufgestellt in Stuttgart; rechts: der „Eiserne Baum" in Freiburg i. B.



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Wirtschaftsbetrieb mit Gulaschkanonen durch den Verein „Berliner Volksküchen 1866“.
Jede Gulaschkanone enthält 200 Liter Speise; das Liter kostete 35 Pfg.



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

An der Marken-Ausgabestelle einer Massenspeisung in Charlottenburg

In der Sitzung vom 24. Mai ist vor dem Eintritt in die Tagesordnung die **Veränderung in den Reichsämtern** (vgl. S. 11) bekannt gegeben worden, worauf der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. **Helfferich** nach Worten der Anerkennung für den Staatssekretär Delbrück um die Mitarbeit und das Vertrauen des Reichstags bat, damit er der Wucht der neuen Aufgaben gewachsen sein werde.

Ueber die Verhandlungen des Haushaltsausschusses, betreffend die **Zensur**, erstattete darauf Abgeordneter Dr. **Stresemann** (natl.) mündlichen Bericht. Der Ausschuß hatte seine an die Kommission zurückverwiesene Resolution, wonach das Verbot einer Zeitung nur mit Genehmigung des Reichskanzlers erfolgen darf (vgl. XII, S. 53) wiederum zur Annahme empfohlen. Ferner hatte er auch für diese Session die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt (Resolution Ablaß-Bassermann), durch den die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahme geregelt werden sollten. Weiter wurde beantragt, das Vereins- und Versammlungsrecht nur insoweit einzuschränken, als dies im Interesse siegreicher Kriegführung unbedingt geboten sei. Die Zensur solle auf das aus rein militärischen Gründen gebotene Maß beschränkt werden. Schließlich wurde aus Anlaß der Petition des Professors Dr. Dietrich Schäfer Gewährleistung des Petitionsrechtes gefordert. Außerdem beantragten die fortschrittliche Volkspartei Uebertragung der Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten auf die Zivilbehörden und die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse. Nach längeren Debatten, die teilweise durch die Ausführungen der Abgeordneten v. **Graefe** (kons.) und **Dittmann** (soz. Arbeitsgem.), aber auch durch die Entgegnungen der Staatssekretäre v. **Jagow** und Dr. **Helfferich** einen ziemlich erregten Charakter annahmen, sind die Entschließungen mit Ausnahme der Resolution Bernstein angenommen worden. Die Petition des Professors Schäfer wurde dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

In der Sitzung vom 31. Mai genehmigte das Haus zunächst in erster und zweiter Lesung als **Ergänzung zum Reichshaushalt** 1916 500000 Mark als erste Rate zur Erbauung eines deutschen Gesandtschaftsgebäudes in Sofia sowie 60000 Mark zum Erwerb eines an die Botschaft in Konstantinopel angrenzenden bebauten Grundstücks und begann sodann mit der **zweiten Beratung** der **Kriegssteuervorlagen**. „Das charakteristischste Merkmal war," wie der Berliner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" schrieb, „die Ruhe, mit der sie sich vollzog, eine Ruhe, die zu der Erregung früherer Steuerkämpfe in starkem Gegensatz stand. Der Krieg hatte auch das vollbracht, und wenn es in den letzten Monaten zuweilen scheinen mochte, als ob in inneren Fragen die Geschlossenheit der Aktion zu bröckeln anfange, so zeigte demgegenüber der Gang der Steuerdebatte, daß im Kern der Wille zur Einigkeit ungebrochen war. So nahm man in allen Parteien das Kompromiß als eine Kriegstatsache hin, gegen die man nicht mit den Mitteln des Friedens ankämpfen könne. Ja, man hatte den Eindruck, daß — ganz im Gegensatz zu vielen sonstigen Kompromißverhandlungen — in der gegenwärtigen Lage im Grunde den am Kompromiß Beteiligten wohler zu Mute war, als denen, die draußen geblieben waren." An Stelle des Quittungsstempelgesetzes wurde am 2. Juni die **Warenumsatzsteuer** und dann auch die **Kriegsgewinnsteuer** nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, nachdem ein Antrag Bernstein auf Abgabe des ganzen Kriegsgewinnes an das Reich, ebenso wie die sozialdemokratischen Anträge auf Wiedererhebung des Wehrbeitrags, auf Einbeziehung eines Teils der Erbschaften in die Kriegsgewinnsteuer und auf Verschärfung der Steuerstaffeln abgelehnt worden waren. Auch Resolutionen auf unverzügliche Bekanntgabe der Heereslieferer an die Steuerbehörden und auf Erschwerung der Ausstellung von Auslandspässen sind angenommen worden.

Das Gesetz über die Tabaksteuer wurde am 3. Juni in zweiter Lesung angenommen, ebenso die Vorlage über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, nachdem die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und eine Entschließung der fortschrittlichen Volkspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Aufhebung der Portoreiheit für Fürsten, ebenso wie eine vom Ausschuß empfohlene Entschließung auf Einführung einheitlicher Postwertzeichen, diese gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen worden waren. Auch der Frachturkundenstempel wurde, nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Aufhebung des Stempels spätestens zwei Jahre nach dem Friedensschluß, am 3. Juni in zweiter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung der Kriegssteuergesetze erfolgte in der Sitzung vom 5. Juni 1916. Nachdem der Abgeordnete Scheidemann (soz.) erklärt hatte, seine Partei lehne die indirekten Steuern ab und stimme der Kriegsgewinnsteuer zu und der Abgeordnete Haase (soz. Arbeitsgem.) im Namen seiner Parteifreunde die Vorlage im ganzen abgelehnt hatte, wurden die Gesetzesentwürfe über den Warenumsatzstempel, Tabakabgaben, Postgebührenzuschlag und Frachturkundenstempel ohne Debatte und die Kriegsgewinnsteuer in namentlicher Abstimmung mit 312 gegen 24 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Etats für die Schutzgebiete und das Reichskolonialamt waren bereits am 2. Juni ohne Debatte genehmigt worden; der Rest des Reichshaushaltsetats und das Etatsgesetz fanden in der Sitzung vom 3. Juni in zweiter Lesung ihre Erledigung.

Von der übrigen gesetzgebenden Tätigkeit des deutschen Reichstags in dieser Arbeitsperiode sei noch folgendes hervorgehoben: In der Sitzung vom 31. Mai ist der Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes in erster und zweiter Lesung erledigt und dann sofort auch in dritter Lesung endgültig angenommen worden. Der Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes, der in der Sitzung vom 2. Juni in erster und zweiter Lesung unverändert genehmigt worden war, wurde am 5. Juni bei der dritten Lesung an die Rechnungskommission verwiesen, mit einem Antrag der Konservativen, der die Vorlage der Lieferungsverträge, soweit es sich nicht um besetzte Gebiete handelt, zur Kontrolle des Reichstags verlangt.

Die Novelle über den Absatz von Kalisalzen (vgl. S. 30) ist am 2. Juni mit den Entschließungen des Ausschusses, wonach die Kaliwerke mit ihren Arbeitern tarifliche Lohnvereinbarungen zu treffen, sowie die Vertreter der gewerkschaftlichen Berufsvereine als Berater beizuziehen haben und das Abteufen neuer Kalischächte verboten ist, in zweiter Lesung und am 3. Juni in dritter Lesung angenommen worden. Das Gesetz trat am Tage der Verkündigung in Kraft.

Schließlich ist in der Sitzung vom 3. Juni der Gesetzesentwurf betreffend die Alters- und Waisenrente in der Invaliditätsversicherung (vgl. S. 38), nach der die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahren herabgesetzt, die Waisenrente erhöht, gleichzeitig aber auch die Wochenbeiträge in allen Klassen um zwei Pfennig heraufgesetzt werden sollen, nach den Beschlüssen des Ausschusses, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf die Herabsetzung der Wartezeit auf 1000 Wochen in zweiter und dritter Lesung angenommen worden. Ebenso die Gesetzesvorlage über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (vgl. S. 37).

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz (vgl. S. 39), das die Kommission mit einigen Entschließungen zur besseren Sicherstellung des Vereins- und Versammlungrechtes zur Annahme empfohlen hatte, wurde am 5. Juni nach längerer Aussprache unter Ablehnung der Abänderungsanträge in zweiter und dritter Lesung angenommen. Auch der vom Ausschuß vorgeschlagene weitere Gesetzentwurf, der die Zulassung Jugend-

licher zu Gewerkschaftsversammlungen, in denen günstigere Löhne und Arbeitsbedingungen angestrebt werden, gestattet, fand in zweiter und dritter Lesung Annahme; ebenso wurde der gleichfalls von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf über die Aufhebung des Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes trotz der ablehnenden Haltung des Staatssekretärs des Innern angenommen, in zweiter Lesung in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 74 Stimmen bei drei Stimmenenthaltungen, in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten.

Die dritte Lesung und Genehmigung des Reichshaushaltsetats für 1916, die Genehmigung der neuen Kriegskredite von 12 Milliarden und die Reden des Reichskanzlers am 5. und 6. Juni 1916

Vom 5. bis 8. Juni 1916

Im unmittelbaren Anschluß an die Bewilligung der Kriegssteuergesetze begann der deutsche Reichstag in seiner Sitzung am 5. Juni 1916 mit der dritten Lesung des Reichshaushaltsetats 1916. Dabei ergriff der Reichskanzler Dr. v. Bethman Hollweg, der unerwartet im Reichstag erschienen war, das Wort und begann folgendermaßen:

„Meine Herren! Der Reichstag hat soeben mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, deren das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete Finanzwirtschaft fortzuführen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der ganzen Nation verdient und unseren Feinden gezeigt, daß wir auf allen Gebieten bereit und Willens sind, auszuhalten. Ich habe die Ehre, namens der verbündeten Regierungen diesem Danke hier öffentlichen Ausdruck zu geben.

Meine Herren! Ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen. Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember 1915, habe ich hier zum ersten Male auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Ich konnte das tun in der Zuversicht, daß sich die Kriegslage noch weiter verbessern würde. Die Entwicklung hat diese Zuversicht bestätigt. Weitere Fortschritte sind gemacht, auf allen Fronten sind wir stärker als zuvor. Wenn ich, mit dieser Entwicklung vor Augen, erklärt habe, daß wir bereit zum Frieden wären, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot bei den Feinden keinen Erfolg gehabt hat.

In der kritischen Zeit des Juli 1914 war es die Aufgabe jedes, vor Gott, vor dem Lande und vor seinem Gewissen verantwortlichen Staatsmannes, nichts unversucht zu lassen, was in Ehren den Frieden bewahren konnte. Ebenso wollten wir nach erfolgreicher Abwehr unserer Feinde nichts versäumen, was geeignet wäre, die furchtbaren Leiden der Völker mitten in einem solchen Brande abzukürzen.

Später habe ich einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen nur dann ihr Ziel erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegführenden Länder geführt würden auf Grund der wirklichen Kriegslage, wie sie jede Kriegskarte zeigt. Von der anderen Seite ist das zurückgewiesen worden. Man will die Kriegskarte nicht anerkennen. Man hofft, sie zu verbessern. Ja, inzwischen hat sich die Kriegskarte weiter verändert, zu unseren Gunsten. Wir haben in sie eingetragen: die Uebergabe der englischen Armee von Kut-el-Amara, die Niederlagen und gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Märzoffensive, den machtvollen Vorbruch der österreichisch-ungarischen Truppen gegen Italien, die Festigung der Linie vor Saloniki, und in diesen letzten Tagen haben wir mit jubelndem und dankbarem Herzen die Seeschlacht vom Skagerrak erlebt. So sieht die Kriegskarte schon wieder anders aus. Unsere Feinde wollen davor noch die Augen verschließen. Dann müssen, dann werden und dann wollen wir weiter kämpfen bis zum endgültigen Sieg. Wir haben das Unsrige getan, um den Frieden anzubahnen. Die Feinde haben uns mit Spott und Hohn zurückgewiesen. Damit wird jedes Friedensgespräch, wenn es von uns begonnen wird, zurzeit nichtig und vom Uebel.

Meine Herren! Von verschiedenen Staatsmännern in England und auch anderswo sind Versuche unternommen worden, unserem Volke den Puls zu fühlen und durch partikularistische oder innerpolitische Gegensätze unsere Schlagkraft zu lähmen. Diese Herren leben in merkwürdigen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, dann müssen sie dabei gemerkt haben, wie fest der Herzschlag des deutschen Volkes ist. Es gibt keine Einwirkung von außen her, die unsere Einigkeit auch nur im geringsten erschüttern könnte. Gewiß, meine Herren, auch wir haben unsere Mei-

nungsverschiedenheiten. Aber diese Meinungsverschiedenheiten werden sachlich ausgekämpft. Wir haben sehr eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt, wir haben starke Differenzen namentlich in der U-Bootfrage und über unsere Beziehungen zu Amerika gehabt. Die Ansichten sind schroff aufeinandergestoßen. Aber ich kann und will hier feststellen, daß bei diesen Verhandlungen von allen Seiten die gegenseitige Ueberzeugung und Ansicht geachtet worden ist. Die Verhandlungen sind immer auf dem sachlichen Boden geblieben.

Meine Herren! Unsere vertraulichen Aussprachen in der Verschwiegenheit der Kommissionszimmer haben das Bedürfnis nach öffentlicher Aussprache nicht befriedigen können. Weshalb wir der Oeffentlichkeit ersehnte Aufklärungen vorenthalten müssen, das wissen Sie. Ich glaube, wir waren in der Kommission einig darüber, daß eine Erörterung dieser Fragen vor der breiten Oeffentlichkeit, wenn sie den Gegenstand erschöpfen sollte, das Land schädigen würde. Davon kann auch ich nicht abweichen. Allerdings, meine Herren, wünsche auch ich die Zeit herbei, wo die Zensur mit allen ihren Beschränkungen und Belästigungen, die nun einmal untrennbar mit ihr verbunden sind, ihr Ende erreichen kann. Meine Herren! Ich will die Zensurdebatte von neulich nicht wieder neu beleben. Ich glaube nicht, daß man den vorigen Mittwoch (31. Mai) im Lande als einen besonders erhebenden Tag empfunden hat. Nur einige Worte will ich sagen. Jede politische Maßnahme in diesem Kriege — jede ohne irgendeine Ausnahme — hat allein zum Ziel: wie bringen wir den Krieg zu einem siegreichen Ende? Nur unter diesem Gesichtspunkt soll auch die Zensur geübt werden, mögen Sie sie nun militärische oder politische Zensur nennen. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, die nur lose mit der Kriegführung zusammenhängen, der Zensurstift so wenig wie irgend möglich angewendet wird. Die Presse, die trotz aller Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten in dieser ernsten Zeit ihre hohe Aufgabe mit Pflichtgefühl auffaßt und erfüllt, soll in gerechter und unparteiischer Würdigung ihrer Ziele nach meinem Willen so wenig Fesseln empfinden wie möglich."

Der Reichskanzler kam dann auf eine Folge der Pressezensur, auf die Treibereien mit offenen und geheimen Denkschriften zu sprechen und wandte sich mit heftigen und entrüsteten Worten gegen die Angriffe, denen er persönlich durch derartige Veröffentlichungen, vor allem durch die Broschüre „Junius Alter" und eine Schrift des Generallandschaftsdirektors Kapp ausgesetzt war. Dieser Teil der Rede wird hier an anderer Stelle im Kapitel „Die innere deutsche Politik im vierten Kriegshalbjahr" (vgl. S. 130 f.) wiedergegeben. Nachdem der Reichskanzler so mit seinen persönlichen Widersachern abgerechnet hatte, fuhr er fort:

„Meine Herren, ich weiß, keine Partei in diesem Hause billigt Hetzereien, die mit Unwahrheiten oder mit Schmähungen arbeiten. Aber die Piraten der öffentlichen Meinung treiben leider häufig Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Parteien. Mich will man unter dieser Flagge angreifen als einen Verächter der großen und starken nationalen Traditionen, auf die die alten Parteien dieses Hauses mit Recht stolz sind. Und zum Beweis wird angeführt, daß ich mit den Sozialdemokraten liebäugele und die Flaumacher begünstige. Immer wieder heißt es: dieser Reichskanzler stützt sich auf niemanden mehr als auf die Sozialdemokraten und auf versöhnungslustige Pazifisten.

Meine Herren, soll ich in diesem Kriege, in dem es nur Deutsche gibt, mich an Parteien halten? Ich weiß sehr wohl, die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen Parteien hat in der Politik vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt. Aber, meine Herren, die schönste Frucht, die dieser Krieg uns im Innern bringen kann, wird doch die sein, daß wir diese Unterscheidung ein für alle Mal zum alten Eisen legen können, weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil das Nationale sich eben von selbst versteht. Meine Hoffnung darauf ist unerschütterlich, trotz der Herren um Liebknecht. Mit denen wird das Volk nach dem Kriege abrechnen!

Wir werden Parteikämpfe auch nach dem Kriege bekommen, so schwer, vielleicht schwerer als früher. Das wird eine neue, das wird eine andere Zeit sein mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen sozialen Ansprüchen, mit neuen Forderungen. Die Zeit wird kommen. Wir werden auch diese Kämpfe führen. Aber, meine Herren, sollen wir sie von vornherein vergiften, indem wir immer wieder mit dem alten Schema von nationalen und antinationalen Parteien operieren?

Ich sehe die ganze Nation in Heldengröße kämpfen um ihre Zukunft. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie miteinander. Da ist bei allen die gleiche Liebe zur Heimat, ob nun die Heimat für sie Besitz und Reichtum einschließt oder ob sie nur die

Stätte war, da ihnen die Stärke ihres Armes das Leben fristete. Und diese heilige Flamme der Heimatliebe ist es, die ihnen das Herz stählt, daß sie tagtäglich in tausendfältigen Gefahren dem Tode trotzen und den Tod erleiden.

Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und von der Urkraft dieses Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke entschlagen. Und, meine Herren, da soll ich trennen? Da soll ich nicht einigen? Da soll Sorge und Angst um die Kämpfe der Zukunft die Kraft lähmen, die wir brauchen für den Kampf der Gegenwart? Nein, meine Herren, der Glaube an mein Volk und die Liebe zu meinem Volke geben mir die felsenfeste Zuversicht, daß wir kämpfen und siegen werden, wie wir bisher gekämpft und gesiegt haben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Meine Herren, ich will schließen. Unsere Feinde wollen es zum Aeußersten treiben. Wir fürchten nicht Tod und Teufel. Auch nicht den Hungerteufel, den sie uns ins Land schicken wollen. Die Männer, die um Verdun kämpfen, die Männer, die unter Hindenburg fechten, und unsere stolzen Blaujacken, die Albion gezeigt haben, wie die Ratten beißen, sind von einem Geschlecht gezeugt, das auch Entbehrungen zu tragen weiß.

Meine Herren, diese Entbehrungen — ich sage das frei und offen auch dem Auslande gegenüber — sind da. Aber wir tragen sie, und auch in diesem Kampfe geht es vorwärts. Ein gnädiger Himmel läßt eine gute Ernte heranreifen. Es wird nicht schlechter, sondern besser werden als im vorigen schweren Jahre und besser, als es jetzt ist. Die Rechnung der Feinde auf unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird trügen. Ein anderes Exempel mit großen Zahlen hat unsere junge Marine am 1. Juni 1916 scharf korrigiert. Auch dieser Sieg wird uns nicht ruhmredig machen. Wir wissen, England ist damit noch nicht geschlagen. Aber dieser Sieg ist ein Wahrzeichen unserer Zukunft, in der Deutschland volle Gleichberechtigung auch auf den Meeren für sich und damit auch den kleinen Völkern die dauernde Freiheit der jetzt durch die englische Alleinherrschaft verschlossenen Seewege erkämpfen wird. Das, meine Herren, ist das helle und das verheißungsvolle Licht, das der 1. Juni in die Zukunft wirft."

Die Ausführungen des Reichskanzlers, die häufig von Zustimmungsäußerungen, von Bravorufen und Händeklatschen unterbrochen worden waren, ernteten zum Schluß endlosen, sich immer wiederholenden Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Fraktion, dem Zentrum, den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten, sowie auf den Tribünen. Im Hause äußerten sich bei der Fortsetzung der dritten Lesung des Etats am 6. Juni Dr. Spahn (Ztr.), Dr. Gradnauer (Soz.), Bassermann (natl.) und v. Payer (fortschr. Volksp.) in zustimmendem Sinne. Dabei erklärte Dr. Gradnauer, seine Parteigenossen würden den Kriegskrediten zustimmen, nicht aus Kriegslust, sondern im Bewußtsein, daß es sich um einen Kampf um Sein oder Nichtsein handle, forderten aber unter Hinweis auf die Wilsonschen Vorschläge, daß die Regierung nichts unterlasse, um dem Krieg ein Ende zu bereiten. Auch der Abgeordnete Bassermann, der abermals die Bereitschaft seiner Partei zu einem rücksichtslosen U-Bootkrieg erklärte, meinte, es sei nötig, zunächst abzuwarten, ob es dem Präsidenten Wilson gelinge, Deutschlands Gegner der Friedensbereitschaft zuzuführen. Dagegen betonte Graf Westarp (kons.), nachdem er die Bedeutung der Schrift „Junius Alter" geleugnet und den Generallandschaftsdirektor Kapp in Schutz genommen hatte (vgl. S 125 f.), zwischen den Konservativen und der Sozialdemokratie, den Predigern des Klassenkampfes, bleibe ein abgrundtiefer Gegensatz. Für eine Politik der Verständigung sei in diesem Kriege kein Raum. England sei der Feind, der die Welt von Feinden gegen Deutschland zusammenhalte. Der mehrfach ausgesprochene Gedanke, daß Präsident Wilson zum Friedensvermittler berufen erscheine, sei den Konservativen unerträglich, die verlangten, daß die U-Bootwaffe im Handelskrieg rechtzeitig und rücksichtslos zur siegreichen Beendigung des Krieges benutzt werde.

Darauf erhob sich Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, um zunächst auf die Ausführungen des Grafen Westarp über seine Abwehr der gegen ihn persönlich gerichteten Angriffe zu antworten (vgl. S. 133 f.). Darnach fuhr er fort:

„Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat in der Erklärung seiner politischen Freunde, die er zuletzt verlesen hat, Bezug genommen auf eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson. Ich kann darauf nur erklären: Ich habe zwar in der Zeitung gelesen, daß der Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige, ich habe auch heute noch in der Zeitung gelesen, daß die englische Presse sich mit großer Entschiedenheit gegen eine etwaige Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson erklärt. Offiziell ist an mich auch nicht ein Wort herangetreten, daß der Präsident Wilson den Frieden vermitteln wolle. Insofern ist diese ganze Frage nicht aktuell.

Meine Herren, daß wir bei einer Friedensvermittlung nicht einen Druck auf uns ausüben lassen werden, der uns um die Früchte unserer Siege bringen wird — ich glaube, Sie verlangen wohl von mir nicht, daß ich Ihnen noch die ausdrückliche Erklärung abgebe, daß ich zu einer solchen Politik nicht zu haben wäre. Meine Herren, dann noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Grafen Westarp zu meinen gestrigen Bemerkungen über innere Politik, über die Stellung zur Sozialdemokratie. Meine Herren, ich habe gesagt und ich wiederhole das: Zeihen Sie mich eines Optimismus, ich kann in diesem großen Kriege ohne Optimismus nicht leben. Zeihen Sie mich eines Optimismus, ich habe die Hoffnung, daß wir nach dem Kriege in einen Zustand kommen werden, wo der Gegensatz, der doch niemand unter uns Freude machen kann, der Gegensatz: „nationale und antinationale Parteien" verschwunden sein wird. Dieser Hoffnung lebe ich und diese Hoffnung gibt mir einen großen Teil der Kraft, die ich in diesem Kriege entwickeln muß.

Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat dann von den Unterschieden gesprochen, die auch nach dem Kriege seine Freunde und andere Parteien von den Sozialdemokraten trennen würden. Meine Herren, gewiß, diese Unterschiede werden bestehen. Die Herren von rechts werden niemals mit denen von links Arm in Arm gehen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sehr oft!) Das ist sehr wohl möglich. Ich habe dies auch nicht behauptet. Es werden aber in dem gegenwärtigen Moment meiner Ansicht nach die Unterschiede, die sich aus den Parteiprogrammen, aus den Parteidoktrinen ergeben, nicht an die Spitze gestellt werden dürfen. Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat gesagt, die Sozialdemokraten hätten nichts von ihrem Dogma aufgegeben. Leider, ich bedauere das, und ich habe den Eindruck, daß auch Ihre Absicht (zu den Sozialdemokraten), gegen den Etat zu stimmen, die Reminiszenz eines alten Dogmas ist, das Sie auch zum alten Eisen werfen sollten. Aber wenn alle diese Dogmen bestehen, auch das republikanische — werfen Sie das doch auch zum Plunder, es nutzt ja nichts! Seien Sie dankbar, daß wir eine Monarchie haben, eine Monarchie, wie wir sie haben, seien Sie dankbar dafür! Sehnen Sie sich doch nicht nach den Zuständen — na, ich will einmal sagen, im republikanischen Frankreich! Aber, ich gebe mich, wie gesagt, in dem gegenwärtigen Augenblicke des Krieges nicht mit diesen Doktrinen und Dogmen ab. Schließlich sehe ich gegenwärtig mit geringen und verschwindenden Ausnahmen das ganze Volk einig in dem Willen, über seine Feinde Herr zu werden, und daran lasse ich mir genügen, und diese Einigkeit will ich nicht stören, indem ich auf Parteiprogramme, auf Parteidoktrinen zurückgreife. Aber, meine Herren Sozialdemokraten, stören auch Sie nicht diese Einigkeit, bringen Sie nicht Worte, wie wir sie heute wieder gehört haben, es sei die Schwerindustrie, die den Krieg weiter fortsetze, weil sie Geld daraus ziehen wolle! Bringen Sie nicht solche Beschuldigungen, die das verletzendste sind für andere Leute, was es geben kann! Erkennen Sie doch selber an, was wir unserer Industrie schuldig sind, wie sie sich angepaßt hat in allen ihren Zweigen den Bedürfnissen des Krieges, wie sie da etwas Ungeheures geleistet hat, wie wir ohne die Leistungen der Industrie diesen Krieg längst verloren hätten. Da ist es ein in keiner Weise zu entschuldigendes Unrecht, wenn Sie hier von der Tribüne herab einem Zweige unserer Schaffenskunst im Inland den Vorwurf ins Gesicht schleudern, aus Geldgier verlängere er den Krieg, der uns Tausende unserer besten und tapfersten Söhne kostet. Lassen Sie das, meine Herren, wenn auch Sie wünschen —, daß die Gegensätze, die unser Leben früher vergiftet haben, verschwinden. Daran müssen Sie selber mitarbeiten, Sie dürfen nicht alles von den andern verlangen.

Meine Herren, ich möchte auf die Einzelheiten, die sowohl vom Herrn Abg. Bassermann, wie auch in gewisser Weise von dem Herrn Abg. Graf Westarp, in der U-Bootfrage wieder vorgebracht sind, nicht eingehen. Ich kann nur wiederholen, was ich gestern sagte: wollte ich ausführlich darüber sprechen, so müßte ich mich in Ausführungen verlieren, deren Schädlichkeit für das Land wir alle anerkannt haben. Ich habe niemals der Ansicht Ausdruck gegeben, als ob sich die Herren von der konservativen Partei durch unsere Verhandlungen in der Kommission von ihrem Standpunkt irgend-

wie hätten abbringen lassen. Ich habe gestern ausdrücklich anerkannt und festgestellt, daß unsere Aeußerungen nur getragen sind von dem Gefühl sachlicher Ueberzeugung, und ich denke: lassen wir es dabei bewenden. Und wenn die Differenzen, die in dieser Beziehung geblieben sind, auch im Innern des Volkes nicht benutzt werden dafür, daß die eine Seite die andere Seite verdächtigt, so wird das Vaterland Nutzen davon haben."

Nach der Rede des Reichskanzlers wurde die dritte Lesung des Etats in dieser Sitzung und in der Sitzung vom 7. Juni fortgesetzt, einzelne Etats wurden ohne wesentliche Aussprache bewilligt und dann in der Schlußabstimmung der Reichshaushaltsetat für 1916 sowie das Etatgesetz gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Die Ablehnung durch die Sozialdemokraten erfolgte, weil, wie der Abgeordnete Ebert erklärte, die von den Sozialdemokraten als Belastung von Verbrauch und Verkehr abgelehnten neuen Steuern in den Etat hineingearbeitet worden waren.

Darauf folgte die Beratung über den Nachtrag zum Reichshaushalt, in dem 12 Milliarden Kriegskredite gefordert wurden. Nach Erläuterungen durch den Staatssekretär Grafen Roedern und den Erklärungen des Abgeordneten Landsberg (soz.), daß seine Partei die Kredite bewillige, und Haase (soz. Arbeitsgem.), daß seine Freunde die Vorlage ablehnten, wird die Vorlage in erster und sofort auch in zweiter und unter stürmischem Beifall in dritter Lesung angenommen.

Vorher, zu Beginn der Sitzung vom 7. Juni war der Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden (vgl. S. 38 u. 39) zusammen mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen Entschließungen ohne weitere Aussprache in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen worden. Auch der Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes, den der Reichstag mit einem Antrag der Deutschkonservativen dem Rechnungsausschuß überwiesen hatte (vgl. S. 42), wurde, nachdem der Antrag der Konservativen zurückgezogen worden war, in dritter Lesung unverändert endgültig genehmigt, mit einer Entschließung des Ausschusses über die Einsetzung eines vom Reichskanzler zu berufenden Ausschusses aus Reichstagsmitgliedern und Sachverständigen zur Prüfung der zu Lasten der Reichskasse mit Behörden und Kriegsgesellschaften seit Kriegsbeginn abgeschlossenen Verträge über Lasten und Lieferungen für Kriegszwecke.

Die noch am Schluß der Sitzung vom 7. Juni beginnende Aussprache über den Bericht der Kommission betr. Ernährungsfragen, den Graf Westarp (kons.) erstattet hatte, wurde am 8. Juni weitergeführt und endigte, nachdem ein Schlußantrag die Debatte beendet hatte, mit der Annahme der Anträge und Resolutionen der Kommission.

Nachdem dann auf Antrag des Abgeordneten Dr. Spahn die Besprechung der Entschließung zu der Novelle zum Vereinsgesetz und die auf der Tagesordnung noch stehenden Kommissionsberichte von der Tagesordnung abgesetzt worden waren und der Präsident Dr. Kaempf zwei Glückwunschdepeschen des ungarischen Abgeordneten- und Magnatenhauses anläßlich des Seesiegs vor dem Skagerrak und die Antwortdepesche der türkischen Parlamentarier auf den Abschiedsgruß des Präsidenten beim Verlassen von Deutschland mitgeteilt hatte, schloß er die Tagung mit einer Schlußansprache. Darin hob er hervor, daß der Reichstag durch die Bewilligung der neuen Steuern und des neuen Kriegskredits von neuem bekundet habe, daß das deutsche Volk den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen gewillt sei, gedachte sodann der Ruhmestaten von Heer und Flotte und schloß mit dem Ausdruck der Zuversicht auf einen siegreichen, die Zukunft Deutschlands gewährleistenden Frieden.

Hierauf verlas der Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich die kaiserliche Verordnung über die Vertagung des Reichstags bis zum 25. September 1916, der der Reichstag bereits am 6. Juni 1916 einmütig zugestimmt hatte.

Aenderungen in den Reichstagsfraktionen

An Stelle des Abgeordneten Kühn (soz.), des Vertreters des 11. Breslauer Wahlkreises Reichenbach-Neurode, der am 18. März 1916 starb, des Abgeordneten Landgerichtsdirektor Ernst Adolf Birkenmayer (Ztr.), des Vertreters für Waldshut-Säckingen, der am 1. April 1916 verschied, und des Abgeordneten Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher (natl.), des Vertreters für Heidelberg-Eberbach, der am 3. April starb, wurden Parteisekretär Müller, Berlin (soz.), Fabrikant Georg van Eyk in Oefingen (Ztr.) und der Begründer und Präsident des Hansabundes Geh. Rat Professor Dr. Rießer (natl.) zu Reichstagsabgeordneten gewählt.

Das Verhalten des Abgeordneten Haase und anderer Abgeordneten der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über den Notetat (vgl. S. 27) veranlaßte eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei. Die Abgeordneten Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn (Sachsen), Kunert, Ledebour, Schwartz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil schieden aus und machten dem Bureau des Reichstags von ihrem Zusammenschluß zur Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" Mitteilung (vgl. S. 134 f.).

Deutschlands wirtschaftliche und soziale Organisation während des vierten Kriegshalbjahres

Ein Ueberblick von Erich Dombrowski

Vorbemerkung: In den folgenden Abschnitten wird versucht, ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des vierten Kriegshalbjahres — Februar bis August 1916 — zu geben. (Vgl. Bd. III, S. 33 u. f., Bd. VII, S. 33 u. f. sowie Bd. XII, S. 54 u. f.)

Der weitere Ausbau des staatssozialistischen Wirtschaftssystems

Das Jahr 1916 brachte dem Deutschen Reiche schwere wirtschaftliche Sorgen. Die Hungerblockade Englands fing allmählich doch an, drückender zu werden. Je weiter man ins Frühjahr ging und je mehr man sich dem Ende des Erntejahres näherte, umso fühlbarer wurde die Lebensmittelknappheit mit all ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen. Das staatssozialistische Wirtschaftsprogramm des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern, Dr. Delbrück: Zwangssyndizierung, Beschlagnahme, strafrechtliche Wucherbekämpfung und kommunale Ernährungspolitik begegnete tausenderlei Widerständen, die nicht zuletzt in dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches ihre Ursache hatten. Das Zusammenschmelzen der Lebensmittelvorräte veranlaßte allmählich nicht nur die einzelnen Bundesstaaten, sondern darüber hinaus die verschiedenen Bezirke und Kreise, Ausfuhrverbote aller Art zu erlassen und so eine planmäßige Verteilung über das ganze Reich zu einem Teile illusorisch zu machen. Dazu kam, daß das Reichsamt des Innern oder auch der Bundesrat keine unmittelbare Exekutivgewalt hatten und so gegenüber der mehr oder minder subjektiven Anwendung der verschiedenen Verordnungen des Bundesrates und der Bekanntmachungen des Reichskanzlers durch die Landeszentralbehörden bis zu einem gewissen Grade ohnmächtig gegenüberstanden. Kurz und gut, die Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu einem scharfen Gegensatze zwischen Stadt und Land zu, und das Ernährungsproblem wurde in erster Linie zu einer großstädtischen Frage. Es begann eine neue Periode des Hamsterns, der Preisüberbietung und der Auswucherung des konsumierenden Publikums, die an nicht wenigen Stellen geradezu zu einem öffentlichen Skandal wurde. Das Kettenstehen vor den Geschäften hob an, die Schmalz-, Butter-, Fleisch- und

sonstigen „Polonäsen“ wurden ein typisches Straßenbild. Gar nicht so selten mußten die Frauen um eines halben Pfundes Butter oder Fleisches wegen stundenlang vor dem Laden, in Reih und Glied gepfercht, unter Aufsicht eines Schutzmannes ausharren und mitunter versahen sie sich gar mit Liegestuhl oder Bettsack, um bereits im Morgengrauen rechtzeitig die „Polonäse“ zu eröffnen. Im einzelnen gehen wir auf diese Tatsachen in den Abschnitten über die wirtschaftliche Gestaltung der verschiedenen Lebensmittelartikel ein. Es konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben, daß die Oeffentlichkeit, vor allem Presse und Parlament, sich viele Wochen lang eingehend mit dieser Desorganisation der Verhältnisse beschäftigten. Auch der neue parlamentarische Beirat für Ernährungsfragen beteiligte sich daran. Der Ruf nach einer grundlegenden Aenderung der Situation wurde immer dringender, und man verlangte schließlich fast einstimmig die Einsetzung eines besonderen Lebensmitteldiktators. Diesem Wunsche wurde, wenn auch in abgeschwächter Form, die Erfüllung. Der Staatssekretär Dr. Delbrück wurde auf sein Ansuchen aus seinem Amte entlassen (vgl. S. 11) und an seine Stelle der bisherige Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Reichsamtes des Innern und zum Vizekanzler ernannt. Gleichzeitig aber wurde der ganze Komplex der Ernährungsfragen dem an sich schon mit Aufgaben überlasteten Reichsamte des Innern abgenommen und einem neubegründeten Kriegsernährungsamt (vgl. S. 50) übertragen. Damit war ein neuer Abschnitt im kriegswirtschaftlichen Staatssozialismus eingeleitet.

Indessen sollten die hochgespannten Erwartungen, die die Oeffentlichkeit sofort an den Systemwechsel knüpfte, nicht vollends in Erfüllung gehen. Das hatte seinen guten Grund, wie sich sehr bald herausstellte. Eine der ersten Kundgebungen des Kriegsernährungsamtes war nämlich eine rückhaltlose Uebersicht über die vorhandenen Lebensmittelvorräte. Danach war, wie jetzt erst an der Hand statistischen Materials nachgewiesen wurde, die Ernte 1915 eine ausgesprochene Mißernte gewesen. Eine Tatsache also, auf die in allererster Linie die Lebensmittelschwierigkeiten zurückzuführen waren. In der amtlichen Veröffentlichung über die Ernte 1915 heißt es:

„Wir haben nach der amtlichen Statistik im Jahre 1915 im Deutschen Reiche 9 152 402 Tonnen Roggen und 3 855 841 Tonnen Weizen geerntet, insgesamt also 13 008 243 Tonnen von beiden Hauptbrotgetreidearten. Im letzten Friedensjahre 1913 betrug die Weizenernte 4 655 956, die Roggenernte 12 222 394 Tonnen. Die Erntesumme für Weizen und Roggen also 16 878 350 Tonnen. 1912 wurden rund 16 Millionen Tonnen Weizen und Roggen erzeugt, und zwischen diesen beiden Ernten, von denen also die eine um drei, die andere um fast vier Millionen Tonnen größer war als die von 1915, wurde 1913 nach Um- und Abrechnung des Mehlexports doch nicht viel weniger als eine Million Tonnen Brotgetreide mehr ein- als ausgeführt. Schon die erste Kriegsernte von 1914 war recht mäßig, aber sie überragte die von 1915 doch um mehr als 1$^1/_8$ Million Tonnen. Eine Roggenernte von so geringem Umfange wie die von 1915 haben wir seit mehr als einem Dutzend Jahren nicht mehr gehabt. Stärker noch als beim Brot war der Ausfall beim Futtergetreide. Der Haferertrag stellte sich auf 5 986 034 Tonnen, gegen rund 9 Millionen Tonnen 1914 und beinahe 10 Millionen Tonnen 1913. An Sommergerste wurden 2 483 752 Tonnen geerntet, um rund 1,2 Millionen Tonnen weniger als 1913. Zieht man Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zusammen, so beläuft sich der Minderertrag unserer Körnerernte von 1915 gegenüber 1913 auf rund 9 Millionen Tonnen. Auch sonst waren unsere Futtermittelerträge nichts weniger als reichlich. Die Klee-Ernte war (mit 7 731 822 Tonnen) die zweitschlechteste des letzten Jahrzehnts (nur die des Dürrejahres 1911 blieb noch hinter ihr zurück). Der Wiesenertrag war der drittschlechteste des letzten Dezenniums; er war mit rund 24 Millionen Tonnen um 5 Millionen Tonnen kleiner als 1914 und 1913. Der Grund dieser schweren Mißernte war nicht etwa schlechte Bestellung, sondern das ganz ungewöhnlich ungünstige Wetter im Frühjahr und Sommer.“

Die Rückwirkung der geringeren Futtermittelquanten auf die Viehproduktion war nicht ausgeblieben. Die amtliche Verlautbarung sagte darüber:

„Nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzwischenzählung vom 15. April 1916 betrug die Zahl der Schweine an diesem Tage (im ganzen Reiche) 13 303 500 Stück — gegen 16 569 990 ein Jahr vorher, 19 239 483 am 1. Oktober und 17 292 892 am 1. Dezember 1915. Der Bestand ist also gegen den 1. Dezember um 23,1 v. H. zurückgegangen (wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß die Wintermonate die Hauptschlachtzeit sind, die Abnahme an sich mithin durchaus normal ist). Am stärksten ist die Verminderung naturgemäß bei den ½ bis 1 Jahr alten und über 1 Jahr alten Tieren (gegenüber dem 1. Dezember 46,7 und 39,7 v. H.). Etwas weniger, aber immerhin erheblich (um 21,3 v. H.) ist die Zahl der 8 Wochen bis ½ Jahr alten Schweine verringert, dagegen haben die unter 8 Wochen alten Ferkel — also das Aufzuchtmaterial für eine etwas spätere Periode — um 31,6 v. H. zugenommen (1. Dezember: 2 812 206, 15. April: 3 700 460 Stück). Das bedeutet, daß in den nächsten Monaten die schlachtreifen Schweine sehr knapp sein werden, und daß die Schweineschlachtungen auf das äußerste eingeschränkt werden müssen, wenn nicht durch Wegschlachten unreifer, junger Tiere die Hoffnung auf eine bessere Fleisch- und Fettversorgung im nächsten Winter vereitelt werden soll. Weniger angegriffen, wenn auch in seiner Zusammensetzung zu Ungunsten der unmittelbaren gegenwärtigen Versorgung verschoben, ist unser Rindviehbestand. Insgesamt wurden an Rindvieh im Deutschen Reiche am 15. April 1916: 19 873 189 Stück gezählt. Das ist nur um etwas über eine Million weniger als am 1. Oktober 1915, und um noch nicht zwei Millionen weniger als am 1. Dezember 1914 — zu einer Zeit also, wo in der Futtermittelversorgung noch beinahe normale Verhältnisse herrschten. Gegen den 1. Dezember 1915 betrug der Rückgang am 15. April nur 2,1 v. H. Das bezieht sich freilich nur auf die Gesamtzahl. Im einzelnen haben seit 1. Dezember die drei Monate bis noch nicht zwei Jahre alten Jungtiere um 6,9, die Bullen, Stiere und Ochsen um 8,7, die Kühe um 4 v. H. abgenommen; die Zahl der unter drei Monate alten Kälber dagegen ist — ähnlich wie die der Ferkel — um 41,1 v. H. gestiegen. Die Zahl der Milchkühe ist um noch nicht 800 000 kleiner als im Dezember 1914. Auch hier also eine starke Verminderung der schlachtreifen Klassen, die eine erhebliche Einschränkung der Schlachtungen im Sommer bedingt, wenn wir nicht durch Schlachten von Milchkühen die Milch- und Buttererzeugung, durch Schlachten von unreifem Jungvieh die Fleischversorgung für den nächsten Winter gefährden wollen."

Aber das Kriegsernährungsamt konnte erfreulicherweise zur Beruhigung der Bevölkerung doch auch gleichzeitig erklären, daß man mit den Brotgetreidevorräten nicht nur ausreichen, sondern auch eine starke Reserve ins neue Erntejahr mit hinübernehmen würde. Auch die Kartoffelversorgung sei auf der gegenwärtigen Beschaffungs-, Verteilungs- und Rationierungsgrundlage durchaus gewährleistet. Dagegen werde man angesichts des Rückganges der Viehproduktion in der nächsten Zeit mit stark eingeschränkten Mengen tierischer Nährprodukte vorlieb nehmen müssen. Jedoch werde man um die reichliche Beschaffung von Gemüse Sorge tragen.

Das Kriegsernährungsamt

In der Bundesratsverordnung über die Errichtung des Kriegsernährungsamtes wird der Reichskanzler ermächtigt, eine eigene neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und anderen Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehversorgung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes wurde der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen

Rittergutsbesitzer v. Batocki (vgl. S. 11 und 12) berufen. Ursprünglich war das Kriegsernährungsamt nur als eine Uebergangsorganisation bis zur neuen Ernte gedacht. Bald aber stellte es sich heraus, daß für absehbare Zeit an eine Aufhebung dieser Zentralstelle nicht zu denken war. In den Vorstand des Kriegsernährungsamtes wurden ferner berufen: der Chef des Feldeisenbahnwesens Generalmajor Gröner, um die Verbindung mit den einzelnen Generalkommandos und mit der Heeresverpflegung aufrecht zu erhalten, der Unterstaatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium Freiherr v. Falkenhausen, der bayerische Ministerialrat v. Braun als Vertreter Süddeutschlands; ferner der Oberbürgermeister von Plauen, Dr. Dehne als Vertreter der Großstädte, der Kommerzienrat Dr. Reusch als Vertreter der Großindustrie, der Generalsekretär Stegerwald als Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der Kommerzienrat Manasse als Vertreter des Großhandels, und endlich Dr. August Müller als Vertreter der sozialdemokratischen Konsumvereine. Stellvertreter des Präsidenten wurde der Polizeipräsident von Lodz, v. Oppen. Außer diesen Herren, die den Vorstand bildeten, wurde dem Kriegsernährungsamt noch eine Reihe von Referenten für die Bearbeitung der laufenden Geschäfte sowie ein Beirat beigeordnet. Wie der Vorstand, so spiegelt auch dieser Beirat in seiner Zusammensetzung die Ansichten aller bedeutsamen deutschen Wirtschaftsgruppen wieder.

Es sind vertreten im Beirat: Deutscher Städtetag, Reichsverband deutscher Städte, Verband der größeren preußischen Landgemeinden, die unteren Verwaltungsbehörden, die Landgemeinden, die Landwirtschaft, die Industrie, Deutscher Handelstag, Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften, Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, Reichsdeutscher Mittelstandsverband, Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland, Reichsverband deutscher Konsumvereine, Zentralverband deutscher Konsumvereine, Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen, Verband deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandter Branchen, Beamten-Wirtschaftsverein, Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe, Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag, Arbeitsgemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsarbeiter, Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Deutsche Werkvereine, Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Dunker).

Dazu trat noch ein besonderer Frauenbeirat, dem insgesamt 25 Frauen angehören. Ferner wurde noch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder in den Gesamtbeirat berufen. Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessentengruppen der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher waren also ohne Rücksicht auf politische Anschauung oder Konfession zur Mitarbeit aufgerufen worden. Der aus der Mitte des Reichstages berufene Beirat für Volksernährung blieb daneben bestehen. Die Beschlußfassung aber im Kriegsernährungsamt stand ausschließlich dem Präsidenten zu.

Kurze Zeit nach seiner Amtsübernahme empfing mich Präsident v. Batocki zu einer längeren Unterredung, in der er mir sein Programm entwickelte. Ein ganz neuer Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1916/17, sagte er, komme nicht in Frage. Betroffen würden von der Neuregelung nur Getreide, Oelfrüchte, Kartoffeln, Viehfutter und Zucker, dagegen würden Fleisch und Fett in diesem Zusammenhange unberührt bleiben. Der Wirtschaftsplan bestehe aus einer Reihe von Verordnungen, die den Konsum der einzelnen Nahrungsmittel gesondert behandeln. Diese Verordnungen würden aber nicht völlig neu gestaltet, sondern würden sich auf den anderen aufbauen. Ein Leitfaden juristischer und gemeinverständlicher Art werde herausgegeben werden als Wegweiser durch die Fülle der bereits bestehenden und noch zu erwartenden Bundesratsbestimmungen. Eine Aenderung der Brotgetreidepreise sei ausgeschlossen. Hafer und

Gerste würden dagegen niedrigere Preise erhalten. Im August würden allerdings besondere Zuschläge als Druschprämien bewilligt werden, um dadurch eine möglichst schnelle Ablieferung des Getreides von den in dieser Zeit stark mit Arbeit belasteten landwirtschaftlichen Betrieben zu erreichen. Im vergangenen Erntejahre hatte man ein umgekehrtes Verfahren eingeschlagen, indem man von Mitte Januar ab bis Mitte März Preiszuschläge bewilligt hatte. Das hatte aber wie eine Prämie auf die Zurückhaltung der Bestände in den landwirtschaftlichen Betrieben gewirkt. Sodann stellte er eine allgemeine Rationierung des Fleisches, der Butter und des Fettes, also Reichsfleisch-, Reichsbutter- und Reichsfettkarten in Aussicht. Schweinemast- und Milchlieferungsverträge zwischen Produzenten und Kommunalverbänden hielt er für ersprießlich, wenn Futtermittel an die Landwirte gegen die Verpflichtung vertragsmäßiger Lieferung von Schweinen in bestimmtem Gewicht und in bestimmten Mengen gegeben würden. Alle verfügbaren alten Kartoffeln sollen nach einem sorgsam ausgearbeiteten Plan an die Bedarfsorte geschickt werden. Eine stärkere Verarbeitung der Nebenprodukte der Mehlerzeugung sei beabsichtigt, um die nahrhaften Grützen und Graupen auch als Kaffee-Ersatz der Bevölkerung geben zu können. Schließlich empfahl er die Einrichtung von Massenspeisungen, und zwar nicht nur in Großstädten.

Es ist zuzugeben, daß Präsident v. Batocki sich an diese von ihm selbst aufgestellten Richtlinien im großen und ganzen gehalten hat. Mit großem Eifer war er darauf bedacht, durch eine reiche publizistische und rednerische Tätigkeit das Vertrauen in allen Kreisen der Bevölkerung für sich zu erwecken. Er machte u. a. eine Rundreise durch die sämtlichen Bundesstaaten, um mit den dortigen Landeszentralbehörden Fühlung zu nehmen, und er besuchte auch die Industriegebiete, um die Wünsche der Schwerarbeiter unmittelbar anzuhören. Wenn er schließlich aber doch nicht wie ein Diktator handeln konnte, so lag das daran, daß er in allen seinen Unternehmungen doch immer wieder von der Zustimmung des Bundesrates abhängig war, indem sich je länger je mehr partikularistische Einflüsse Süddeutschlands und des preußischen Landwirtschaftsministeriums geltend machten. Zunächst freilich ging das Kriegsernährungsamt mit Volldampf voraus. Der allgemeinen Strömung folgend, ordnete es, um eine Uebersicht über die gehamsterten Nahrungsmittel in Stadt und Land zu bekommen, eine allgemeine Bestandsaufnahme an. Die schädlichen lokalen Ausfuhrverbote gedachte es generell aufzuheben, mußte diese Maßnahme aber den einzelstaatlichen Regierungen überlassen, die sich dann doch nicht zu einem radikalen Vorgehen entschließen konnten. Um das Publikum vor Uebervorteilung im Konserven-, Marmeladen-, Schokoladen- und Käsehandel zu schützen, wurde die äußere Kennzeichnung der Waren angeordnet. Danach mußte u. a. der Inhalt der Verpackung nach Gewicht oder Anzahl bezeichnet und der Kleinverkaufspreis in deutscher Währung angegeben werden. Ueberklebezettel wurden verboten. Den Kriegsindustriearbeitern wurden Zusatznahrungsmittel an Gefrierfleisch, Margarine und Hülsenfrüchten gewährt. An die Landfrauen richtete Herr v. Batocki bei Beginn der neuen Ernte eine Mahnung, so viel Lebensmittel als möglich an die städtische Bevölkerung abzuliefern, und kündigte an, daß Einrichtungen getroffen würden, um alles auf dem Lande Entbehrliche an Butter, Fett, Eiern, Gemüse, Obst usw. aufzukaufen und der Verpflegung des Heeres oder der großstädtischen ärmeren Familien zuzuführen.

In den Städten waren die Anregungen des Präsidenten v. Batocki auf fruchtbaren Boden gefallen. Verschiedentlich ging man an die Einrichtung fahrbarer Stadtküchen, sogenannter Gulaschkanonen, ohne aber damit auf die Dauer Erfolge zu erzielen. Weit bedeutsamer waren die Massenspeiseanstalten. Es wurden Volks- und Mittelstandsküchen ins Leben gerufen. In Berlin stellte man zwei Mil-

lionen Mark bereit, um im ganzen Stadtgebiet eine Reihe von Zentralküchen einzurichten und das Essen von ihnen aus durch Transportgefäße nach zahlreichen Ausgabestellen zu schaffen und dort zu verteilen. Man nahm in Aussicht, noch im Laufe des Sommers 250 000 Liter fertiger Speisen zu verabreichen. Bereits am 10. Juli wurde in der Berliner Markthalle, Treskowstraße, die erste Zentralküche errichtet. Um das Einhamstern zu verhüten, schritten einige Städte wie Dresden, Stuttgart, Konstanz, Erfurt, Halle, Aachen u. a. m. zur Zusammenfassung der verschiedenen Lebensmittelkarten in ein Einheitsformular oder gar Lebensmittelbuch. Andere Städte versuchten durch Gemeindezuschüsse einen Ausgleich zwischen den unablässig steigenden Lebensmittelpreisen und den weit dahinter zurückbleibenden Einkommensverhältnissen der minderbemittelten Bevölkerung zu schaffen. Die Stadt München z. B. stellte diesen Bevölkerungskreisen Ausweiskarten zur Verfügung, die, auf eine bestimmte Menge gewisser Nahrungsmittel lautend, in jedem einschlägigen Geschäft der Stadt in Zahlung genommen wurden. Auf die Nahrungsmittel, die unter Vorlegung der Ausweiskarte gekauft wurden, gaben die Geschäfte folgenden bedeutenden Preisnachlaß:

Artikel	Normaler Preis	Vorzugspreis	Abschlag
1 Pfund Weizenmehl	25	18	7 Pf. weniger ca. 25 %
1 „ Brot	22	15	7 „ „ „ 30 %
1 Liter Milch	25	18	7 „ „ „ 25 %
½ Liter Milch	13	9	4 „ „ „ 30 %
5 Pfund Kartoffeln	21	15	6 „ „ „ 30 %
1 „ Malzkaffee	55	35	20 „ „ „ 35 %
1 „ Zucker	31	25	6 „ „ „ 20 %
1 „ Grieß	45	30	15 „ „ „ 30 %
1 „ Nudeln	51	45	6 „ „ „ 12½ %
½ „ Kochbutter	90	75	15 „ „ „ 17½ %
2 Eier	30	20	10 „ „ „ 33 %
1 „ Marmelade	42	30	12 „ „ „ 30 %
	450	335	115 Pf. weniger ca. 25 %

Die Stadt Straßburg versandte Fragebogen an die Haushaltungsvorstände und suchte darin festzustellen, mit welchem Einkommen zurzeit jeder Bürger lebe, und aus welchen Posten sich dieses Einkommen zusammensetze. Das Ergebnis dieser Rundfrage wurde der Preisgestaltung bei der kommunalen Lebensmittelberechnung zugrunde gelegt. Es wurde eine Preisskala aufgestellt, die drei soziale Schichten unterschied. Dementsprechend zahlten z. B. bei den Kartoffeln die Armen auf eine grüne Karte 6, die Besserbemittelten auf eine gelbe Karte 8 und die Gutsituierten auf eine rote Karte 12 Mark für den Zentner Kartoffeln.

Die Preissteigerung in der privaten Wirtschaftshaltung nahm allerdings ganz allgemein im Reiche und insbesondere in den Großstädten nach und nach abnorme Formen an. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen veranstaltete im April des Jahres 1916 eine Erhebung über die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel. Danach betrug sie beim Fleisch rund 200 Prozent, bei den Kartoffeln etwas weniger, während die gesamten Haushaltungsausgaben um durchschnittlich 50 bis 60 Prozent gestiegen waren. Kein Wunder, daß sich Teuerungszulagen bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten als dringend notwendig erwiesen. Der Verband deutscher Beamtenvereine forderte in einer Eingabe an die Regierungen im Laufe des Sommers auch die Gewährung von Gehaltsvorschüssen zur vorratsweisen Beschaffung von Kohlen und Kartoffeln für den Winter. Eine weitere Maßnahme in dem Kampfe gegen die Preissteigerungen war eine Verordnung zur Bekämpfung des Kettenhandels. Damit wurde der Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 1. August 1916 ab nur

solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden war. Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, steigerte, sollte mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen belegt werden. Geichzeitig wurden in den einzelnen Bundesstaaten besondere Kriegswucherämter ins Leben gerufen, um in der Bekämpfung des Wuchers auf ein enges Zusammenarbeiten zwischen Polizei, Staatsanwalt und Gerichten hinzuwirken. Namentlich sollten sie ihre Aufmerksamkeit auf die Höchstpreisüberschreitungen und die übermäßigen Preissteigerungen, die Zurückhaltung von Waren, den Kettenhandel, den Schwindel mit Ersatzmitteln und weitere derartige Mißstände lenken.

Natürlich war das System Batocki, mitunter nicht ohne Berechtigung, heftiger Kritik ausgesetzt. Ganz besonders wurde das große Netz der Kriegsgesellschaften aller Art, das sich nach und nach um das Kriegsernährungsamt herumrankte, vielfach befehdet. Den treffendsten Ausdruck für diese Organisationswut fand wohl, wenn auch übertrieben, der Kammerherr von Oldenburg auf Januschau, der sie in einem viel beachteten Zeitungsartikel u. a. wie folgt charakterisierte:

„Sobald irgend etwas noch Leben zeigt, stürzt sich eine mit Monopolgewalt ausgestattete Gesellschaft darauf, mietet eine Etage, kauft Klubsessel, läßt sich photographieren, bekommt Gehälter von 40 000 Mark, und der bewirtschaftete Gegenstand verschwindet vom Markt und ist nur zu Preisen erhältlich, gegen die jeder private Kriegswucher verblaßt. Das ganze Reichsernährungsamt halte ich für ebenso verfehlt. Ein Ministerkomitee ist viel geeigneter und besitzt viel geeignetere Organe zu dieser Arbeit."

Im Mittelpunkt der Angriffe stand die Zentraleinkaufsgesellschaft.

Wie sich die Verhältnisse auf den einzelnen Lebensmittelgebieten während des ersten Halbjahres 1916 entwickelten, sollen nunmehr die nachstehenden Abschnitte zeigen.

Die Getreideversorgung

Obwohl kein Produkt sich so restlos für eine einheitliche Verteilung im ganzen Reiche eignete wie das Brotgetreide, obwohl es hier von Monat zu Monat immer weniger Schwierigkeiten zu bewältigen gab, war die Reichsgetreidestelle doch vorsichtig genug, eine Nachprüfung der, wie an anderer Stelle (vgl. S. 49) bereits gezeigt wurde, erschreckend geringen Ernte-Bestände des Jahres 1915 in der gesamten Landwirtschaft vorzunehmen. Der Präsident der Gesellschaft, der Unterstaatssekretär Dr. Michaelis, machte über das Ergebnis dieser Nachprüfung am 16. Februar 1916 im preußischen Abgeordnetenhause folgende Mitteilung:

„Bei der Nachprüfung haben wir die erfreuliche Feststellung machen können, daß der Fehlbetrag, der vorhanden war, gut und sicher gedeckt ist. Sie dürfen nun aber nicht glauben, daß das ein Plus ist über unseren Bedarf. Wir haben dieses Plus nötig gehabt, um das Fehlen an dem Bedarf zu decken. Wir kennen den Bedarf ziemlich genau und diesem Bedarf gegenüber können wir uns nicht mehr täuschen und wir brauchen jetzt alles bis zu einem recht erheblichen Ertrag, um den Fehlbedarf zu decken. In unserem Bedarf steht auch eine Reserve, sie beträgt aber bloß 200 000 Tonnen."

In einer späteren Mitteilung wurde festgestellt, daß die Nachprüfung für das ganze Reich zwölf bis dreizehn Prozent höhere Getreidemengen ergeben hat, als sie vordem geschätzt worden waren. Die Reserve habe auf 400 000 Tonnen erhöht werden können. Trotzdem trat zunächst eine allgemeine Erhöhung der Brotrationen nicht ein. Erst Ende Mai 1916, als der Fleischverbrauch weiter eingeschränkt werden mußte, überwies die Reichsgetreidestelle den Bundesstaaten eine größere Menge Mehl außerhalb des Verteilungsplanes, um für die nächsten Wochen vor allem der industriellen Arbeiterschaft und den minderbemittelten Schichten in den größeren Städten eine außerordentliche Brotzulage gewähren zu können. Schon

vorher aber hatten verschiedene Generalkommandos eine weitere, sehr starke Einschränkung der Kuchenbäckerei angeordnet. So durfte, wer Brot gewerblich herstellt oder feilhält, von Mitte März 1916 an nicht mehr Kuchen backen und verkaufen. Gleichzeitig wurde es untersagt, Weizen-, Roggen- oder Kartoffelmehl zur Kuchenherstellung zu verwenden. Die Reichsgetreidestelle traf mit dem Verbande deutscher Teigwarenfabrikanten in Frankfurt a/M. ein Uebereinkommen dahin, daß ihr sämtliche Erzeugnisse aller Teigwarenbetriebe bis auf weiteres zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Reichsgetreidestelle leitete von da ab ihrerseits die Teigwaren ausschließlich an die Kommunalverbände weiter und zwar unter Berücksichtigung der Kopfzahl der Bevölkerung und der besonderen Verhältnisse der Versorgungsbezirke. Durch dieses Verteilungsverfahren sollte für eine allseitige gerechte Teigwarenzuteilung Gewähr geleistet werden, und das sollte in erster Linie wieder der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen.

Die neue Ernte, die im Sommer heranreifte, versprach die besten Aussichten. Hatte Deutschland 1915 eine ausgesprochene Mißernte zu verzeichnen gehabt, so konnten schon die vorsichtig vorgenommenen Vorschätzungen feststellen, daß diesmal die Ernte den Charakter einer guten, stellenweise sogar sehr reichlichen Mittelernte haben würde. Insbesondere versprach die Futtermittelernte ganz ausgezeichnete Ergebnisse. Auch das Getreide stand gut im Halm, dagegen ließen die Winterkartoffeln sehr viel zu wünschen übrig. Die Anbauflächen der Zuckerrüben, der Hülsenfrüchte und Oelfrüchte waren in einzelnen Landstrichen nicht unwesentlich vergrößert worden, und auch die Bestände aller Viehgattungen waren wieder im Zunehmen begriffen. Dementsprechend waren auch die Bundesratsverordnungen und die Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes für die Brotgetreideregelung im neuen Wirtschaftsjahr. Zunächst wurde wie im Vorjahre ein Verbot des privaten Vorverkaufs von Getreide dieser Ernte ausgesprochen. Der bisherige Aufbau der Getreideversorgung wurde grundsätzlich und technisch im wesentlichen unverändert aufrecht erhalten. Neu geregelt wurde nur der Verkehr mit Saatgetreide. In Zukunft sollten der Erwerb und die Lieferungen von Saatgetreide nur noch gegen besondere Karten zulässig sein, die auf Antrag nach vorheriger Prüfung ausgestellt werden. Durch die Einführung der Saathandelskarten sollte jeder Mißbrauch von Saatgut unmöglich gemacht werden. Eine andere Bestimmung sah bei guter Ernte und ausreichender Deckung im Interesse der Vermehrung des Fleischangebotes die Verschrotung gewisser Mengen mahlfähigen Brotgetreides zur Verfütterung vor. Die Menge Gerste, die den Erzeugern zur Verwendung im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe belassen wird, wurde nicht wie im Vorjahre auf die Hälfte, sondern auf vier Zehntel der Ernte festgesetzt. Die Herabsetzung wurde vorgenommen, um mehr Gerste als bisher zur Herstellung von Graupen und von Malz- und Gerstenkaffee verfügbar zu machen. Die staatliche Organisation des Verkehrs in Feldfrüchten wurde jetzt auch auf Buchweizen, Hirse und Grünkern ausgedehnt. Die Höchstpreise für Heu wurden, soweit es sich um Waren neuer Ernte handelte, aufgehoben. Die neuen Höchstpreise für Brotgetreide unterschieden sich in ihren Grundlagen nicht von den gleichen Sätzen des Vorjahres. Dagegen wurde eine Aenderung der Abstufung für die späteren Monate vorgesehen. Für Roggen wurde der Höchstpreis in Berlin bis zum 31. März 1917 auf 220 Mark für die Tonne festgesetzt. Nach dem 31. März sollte er sich dann um 15 Mark ermäßigen. Der Satz von 220 Mark entsprach genau dem Höchstpreise, der im Jahre 1914 festgelegt worden war. Während damals aber monatliche Zuschläge vorgesehen waren, so daß im Juli 1915 ein Preis von 241 Mark erreicht wurde, und während dieses selbe System mit einem geringen Preisunterschiede auch für das Erntejahr 1915 beibehalten wurde, sah man diesmal an Stelle der

sogenannten Aufgelder eine Art Abgeld vor, d. h. eine Ermäßigung um 15 Mark, die am 31. März 1917 in Kraft treten sollte. Neu war ferner, daß die Reichsgetreidestelle für Roggen und Weizen, der bis einschließlich 15. Dezember 1916 ausgedroschen geliefert wird, Druschprämien bis zum Höchstbetrage von 20 Mark für die Tonne bezahlen durfte. Daneben konnten auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände Druschprämien in gleicher Höhe aussetzen. Durch diese Prämien hoffte man ein beschleunigtes Abliefern von Brotgetreide zu erreichen. Diese Maßnahme begegnete mancherlei Kritik, da dadurch die höher gelegenen Landstriche Deutschlands, deren Ernte naturgemäß später reifte als in der Tiefebene, schwer benachteiligt wurden. Auch die Preisbemessung für Gerste und Hafer, die mit 300 Mark für die Tonne begann und dann sank, hatte ihre Schattenseiten, da die kurz bemessenen Fristen den Landwirt vielfach veranlaßten, wichtige Kulturarbeiten zurückzustellen, um sich die bessere Bezahlung für rasch abgelieferte Gerste- und Hafermengen nicht entgehen zu lassen.

Trotz der relativ guten Gesamternte wurde die Tagesmenge von 200 Gramm Mehl für den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung und der bisherige Ausmahlungssatz für Brotgetreide (Roggen 82, Weizen 80 Prozent) auch für das Erntejahr 1916 beibehalten. Indessen konnte den Schwerarbeitern die bisherige Zulage dauernd in Aussicht gestellt werden und der Jugend im Alter von 12 bis 17 Jahren vom 1. Oktober ab 50 Gramm Mehl für den Tag als Sonderzulage zugesichert werden. Das Roggenmehl wurde vom 1. August ab um 1 Mark für den Doppelzentner und der Kleinhandelspreis für Weizengrieß von 25 auf 20 Pfg. herabgesetzt. Vorsichtigerweise wurde aber auch diesmal eine Nachprüfung der Erntevorschätzungen für die Zeit vom 20. September bis zum 5. Oktober angeordnet. Außerordentlich umfangreichen Getreideschiebungen zwischen Westpreußen und Berlin kam man um diese Zeit auf die Spur, die großes Aufsehen erregten und zu zahlreichen Verhaftungen führten.

Von nicht geringem Interesse war der Geschäftsbericht, den die Reichsgetreidestelle über ihr erstes Geschäftsjahr im März 1916 vorlegte. Danach hatte sie in der Zeit vom Januar bis Ende Juli 1915 1 824 374 Tonnen Getreide eingekauft und davon 519 000 Tonnen an die Heeresverwaltung abgeliefert. Von der für die Zivilbevölkerung bestimmten Menge waren angekauft: im Osten Deutschlands rund 675 000 Tonnen Getreide, in der Mitte rund 470 000 und im Westen Deutschlands rund 155 000 Tonnen Getreide; hiervon waren zu verbrauchen: im Osten Deutschlands rund 361 000 Tonnen, in der Mitte rund 340 000 und im Westen Deutschlands rund 599 000 Tonnen Getreide. Aus dem Osten waren also 314 000 Tonnen und aus der Mitte 130 000 Tonnen dem Westen Deutschlands zuzuführen.

In der für die Volksernährung schwierigen Uebergangszeit des Frühjahrs 1916 hat die Reichsgetreidestelle außer ihren regelmäßigen Lieferungen der Volksernährung folgende Aushilfen gewähren können: 100 000 Tonnen Zulage für Schwerarbeiter, 40 000 Tonnen Ersatz für fehlende Kartoffeln, 45 000 Tonnen Ersatz für fehlendes Brotstreckmaterial, 10 000 Tonnen zur Herstellung von Weizengraupen.

Hierzu kamen noch besondere Zulagen für Bergarbeiter unter Tage und Feuerarbeiter sowie Vergrößerungen des Kontingents der Grießmühlen und Teigwarenfabriken zur Vermehrung der von diesen Industrien hergestellten Nahrungsmittel. Die Gesellschaft hat auf die eingezahlten Teile der Stammeinlagen der Gesellschafter für die Zeit der Beteiligung fünf Prozent Dividende verteilt und 250 257 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Sie hat also ihre Aufgabe, gemeinnützig, d. h. ohne Gewinn zu arbeiten, erfüllt. Die allgemeinen Geschäftsunkosten betrugen bei Abschreibung von 50 Prozent, auf das gesamte Mobiliar verteilt, für das eingekaufte Getreide 0,97 Mark pro Tonne, mithin nicht ganz 5 Pfennige auf den Zentner.



Phot. August Scherl, Berlin

Das deutsche Kriegsernährungsamt

Von links nach rechts: Sitzend: Kgl. bayr. Ministerialrat Edler von Braun, Oberpräsident von Batocki, Generalmajor Dr. Groner, Unterstaatssekretär Frhr. v. Falkenhausen. Stehend: Generalsekretär Stegerwald, Oberbürgermeister Dr. Dehne, Dr. August Müller, Generalkonsul Kommerzienrat Georg Manasse, Kommerzienrat Dr.-Ing. Reusch



Phot. August Scherl, Berlin

Aus der „Reichsgetreidestelle“ in Berlin. — Statistische Abteilung



Phot. August Scherl, Berlin

Aus der „Reichsgetreidestelle“ in Berlin. — Getreide-Untersuchungsraum

Erwähnt sei schließlich noch, daß anfangs Februar 1916 unter Beteiligung von Landwirtschaft und Industrie eine Hanfbaugesellschaft begründet wurde zur Förderung des Flachsanbaus in Deutschland. Es wurde ein Kapital von einer Million Mark gezeichnet und beschlossen, noch im selben Frühjahr den Anbau auf 20 bis 30 000 Hektar zu bringen. Außerdem sollten in den östlichen und westlichen Okkupationsgebieten größere geeignete Flächen für die Flachskultur in Angriff genommen werden.

Die Kartoffelversorgung

Die Kartoffelversorgung der Bevölkerung gestaltete sich auch im vierten Kriegshalbjahre überaus schwierig und bot immer neue Ueberraschungen, deren man nur mit größter Mühe Herr zu werden vermochte. Im ersten Vierteljahre 1916 hätte fast die Gefahr einer Kartoffelhungersnot bestanden, wenn die Witterung nicht so verhältnismäßig günstig gewesen wäre. Dabei war die vorangegangene Kartoffelernte geradezu eine Rekordernte gewesen. Nach einer Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Hoff hatte es sich im Januar herausgestellt, daß von den 54 Millionen Tonnen Kartoffeln 36 Millionen einfach verschwunden waren, verbraucht und verfüttert, so daß nur noch für sieben Monate 18 Millionen Tonnen zur Verfügung standen, von denen noch sieben Millionen für die Saat abzurechnen waren. Verfüttert waren im Laufe von fünf Monaten 25 Millionen Tonnen, d. h. monatlich fünf Millionen Tonnen. Die Wirkung dieser niederschmetternden Feststellungen äußerte sich darin, daß die Reichskartoffelstelle sogleich einen neuen Leiter in der Person des Landrats Peters aus Stettin bekam, der nun, wie er selbst sagte, „mit brutaler Gewalt" versuchte, noch die letzte Kartoffel für die Ernährung heranzuholen. Nur mit Hilfe erheblicher Zufuhren auch aus den besetzten Gebieten wurde es ihm möglich, die Anforderungen an den weiteren Kartoffelbedarf einigermaßen zu befriedigen.

Der Bundesrat hat eine ganze Reihe von Verordnungen getroffen, um immer neue Anpassungsformen des Bedarfs der Bevölkerung an die Kartoffelproduktion zu suchen. Restlos glückte ihm die Lösung des Problems nicht. Es gab stets von neuem Hemmungen zu überwinden. Am 7. Februar 1916 erfuhr die Kartoffelversorgung eine grundlegende Neuregelung. Die eine Bundesratsverordnung ordnete an, daß alle aus dem Auslande (abgesehen von den besetzten Gebieten) eingeführten Kartoffeln an die Reichskartoffelstelle zu liefern seien, damit die Frühkartoffellieferungen einheitlich erfaßt und dem Bedarfe entsprechend verteilt werden könnten. Die zweite Verordnung verpflichtete die Gemeindeverbände, die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Speisekartoffeln bis zur nächsten Ernte selbst zu übernehmen und Vorräte zu beschaffen, soweit der eigene Bezirk noch nicht versorgt sei. Die Voraussetzung dafür war eine Bestandsaufnahme bei den Händlern und Verbrauchern, die bis zum 25. Februar 1916 vorgenommen sein mußte. Ergab sich daraus, daß die Kartoffelvorräte in dem Verfügungsbereich einzelner Gemeinden den Bedarf bis zur nächsten Ernte nicht decken, so sollte der Fehlbetrag bis zum 10. März bei der Reichskartoffelstelle angemeldet werden. Sie sollte dann den Fehlbetrag entweder selbst oder durch Vermittlung aus den Ueberschußbezirken ausgleichen. Der leitende Gedanke dieser Maßnahmen war also, den Versorgungsstand genau zu erfassen, um so eine Zentrale einheitlicher Regelung zu ermöglichen. Es war der erste Schritt zur Rationierung der Gesamtversorgung mit Kartoffeln. Auch verwaltungstechnisch hatten diese Bundesratsbestimmungen Folgen. Denn jeder Stadt- und Landkreis hatte nunmehr die Kartoffelversorgung einer besonderen Stelle zu übertragen. Sie hatte auf Grund des Ergebnisses der Bestandsaufnahme den ungedeckten Bedarf zu ermitteln. Für jede Provinz wurde unter Aufsicht des Oberpräsidenten eine Provinzialkartoffelstelle eingerichtet, die die

Bedarfsverbände innerhalb einer Provinz selbständig aus den Ueberschußkreisen dieser Provinz zu befriedigen hatte. Erst dann, wenn das nicht möglich war, hatte die Reichskartoffelstelle den angemeldeten Fehlbedarf der Provinzialkartoffelstelle aus einer Ueberschußprovinz zu überweisen. Eine weitere Bundesratsbestimmung machte gegen die Zurückhaltung der Kartoffeln in einzelnen ländlichen Bezirken energisch Front.

Mittlerweile war nämlich trotz alledem in den Städten wieder einmal eine wirkliche Kartoffelnot entstanden. Die neue Verordnung bestimmte nun, daß jeder Kartoffelerzeuger auf Erfordern alle Vorräte abzugeben habe, die zur Fortführung seiner Wirtschaft bis zur nächsten Ernte nicht erforderlich seien. Im Falle der Enteignung seien ihm in der Wirtschaft für den Kopf und Tag eineinhalb Pfund bis zum 15. August 1916 sowie das unentbehrliche Saatgut zu belassen. Gleichzeitig wurden weitere schärfere Maßnahmen angedroht. Anfangs März 1916 wurde ein neuer Frühjahrshöchstpreis, der vom 15. desselben Monats gelten sollte, im Osten auf 4,50 Mk. für den Zentner festgesetzt, steigend von Monat zu Monat um 25 Pfennige bis zum 15. Juni. Die „Reports" sollten keine Prämie zugunsten der zurückhaltenden Landwirte, sondern nur eine Entschädigung für den tatsächlichen Schwund usw. bedeuten. Für Frühkartoffeln wurde ein Höchstpreis von 10 Mark für den Zentner festgesetzt. Zur Bestimmung von Kleinhandelshöchstpreisen sollten auch künftig die Kommunen verpflichtet sein. Durch alle diese amtlichen Bestimmungen gestaltete sich das Kartoffelmonopol der Städte im großen und ganzen wie folgt: Die Kartoffelgroßhändler durften nur mit den vom Magistrat erhaltenen Kartoffeln handeln, die Kleinhändler durften Kartoffeln nur von den Großhändlern, die Hotels, Speisewirtschaften, Pensionate nur von diesen oder den Kleinhändlern Kartoffeln beziehen. Krankenhäuser, Hospitäler, Kliniken, Erziehungshäuser, Gefängnisse, Arrestanstalten erhielten ihren Bedarf unmittelbar von der Magistratszentralstelle zugewiesen. Die eigentliche Bevölkerung, also die Masse der Verbraucher, bekam Kartoffelkarten, die von den Brotkartenkommissionen ausgegeben wurden. Jeder Abschnitt der Kartoffelkarte gab Anspruch auf eine bestimmte Verbrauchsmenge innerhalb eines festumrissenen Zeitabschnittes (in Berlin 12 Pfund innerhalb zehn Tagen, die auf einmal bezogen werden mußten). Die ganze Karte stellte eine Serie von Bezugsanweisungen für mehrere hintereinanderliegende Perioden dar.

Bereits am 26. April 1916 wurde für das gesamte Reich eine neue Erhebung der Kartoffelvorräte vorgenommen, und eine der ersten Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes auf diesem Gebiete war am 8. Juni ein Verfütterungsverbot für Kartoffeln. Kaum zwei Wochen später wurde die tägliche Ration der Kartoffelerzeuger und der Angehörigen ihrer Wirtschaft von eineinhalb auf ein Pfund herabgesetzt. Mitte Juli 1916, als die Kartoffelknappheit größer und größer wurde, mußten die Rationen auch in zahlreichen Städten weiter herabgesetzt werden, so in Berlin z. B. in der Zehntagperiode auf zehn Pfund. Dafür aber wurde den Verbrauchern je 400 Gramm Mehl als besondere Zulage zur Verfügung gestellt.

Ende Juni 1916 wurde sich der Bundesrat über die Kartoffelversorgung für das Erntejahr 1916/17 schlüssig. Im wesentlichen hielt man an dem bisherigen System fest. Die Verbrauchsregelung sollte aber so beschleunigt werden, daß bereits in wenigen Wochen darnach alle Landwirte genau wissen sollten, wieviel sie für die ganze Zeit bis zum März 1917 zu liefern hätten. Die für den Herbst und Winter notwendigen Kartoffeln sollten sofort während und nach der Ernte mit größter Beschleunigung in Kartoffeleilzügen und dergleichen an die Bedarfsorte gebracht werden. Der Rest sollte bei den Landwirten wie im Frieden gelagert bleiben.

Mitte Juli 1916 regelte das Kriegsernährungsamt dann nach einheitlichen Grundsätzen die Kartoffelpreise für die neue Ernte gleich bis zum Sommer 1917. Die

Kleinhandelshöchstpreise für Frühkartoffeln stellten sich darnach in der Zeit vom 16. bis 31. Juli 1916 auf zehn Pfennig das Pfund und fielen in den Zeitabschnitten vom 1. bis 10. August, 11. bis 20. August, 21. August bis 15. September und 16. bis 30. September um je einen Pfennig bis auf sechs Pfennig das Pfund.

Die Aufstellung einer *fallenden Preisskala* war ein Novum und gab zusammen mit den verhältnismäßig sehr hohen Preisen vielfach Anlaß zur Kritik. Um der minderbemittelten Bevölkerung den Ankauf von Frühkartoffeln zu erleichtern, hielt die Reichsleitung die Gemeinden an, diesen Kreisen *Zuschüsse* zu gewähren und sie als Aufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege anzusehen. Das Reich sowohl wie die einzelnen Bundesstaaten verpflichteten sich, je ein Drittel dieser Zuschüsse zu bestreiten. Indessen erklärte eine ganze Reihe von Gemeinden, nicht in der Lage zu sein, auch nur das eine Drittel tragen zu können. Auch die Preise für Winterkartoffeln waren reichlich hoch. Sie wurden für das ganze Reich in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 15. Februar 1917 auf 4 Mark für den Zentner festgesetzt. Der Kleinhandelspreis sollte 55 Pfennig für zehn Pfund nicht übersteigen. Der Bedarf für die Zeit vom Frühjahr bis zum 15. August 1917 sollte schon im Herbst von den Landwirten auf ihre Kosten und Gefahr aufbewahrt und im Frühjahr nach Anweisung der Reichskartoffelstelle für den Preis von 5 Mark geliefert werden. Weitere Preiserhöhungen irgend welcher Art sollten diesmal unter keinen Umständen (im Gegensatz zur Nachgiebigkeit der amtlichen Stellen in den beiden vorangegangenen Jahren) gewährt werden. Die fallende Preisskala mit ihren nur kurz befristeten höchsten Preisen hatte zur Folge, daß die Landwirte in weitgehendem Maße darauf bedacht waren, so rasch und so viel als möglich Frühkartoffeln, die diesmal in weit größerem Umfange gesät waren als bisher, auszunehmen und auf den Markt zu werfen. *Ganz plötzlich* gelangten jetzt *riesige Kartoffelsendungen an die Städte*. Es trat eine *förmliche Ueberschwemmung* ein. Die Kleinhändler und das Publikum hielten sich vielfach nicht mehr an das Kartensystem, und die Städte mußten zum Teil die Annahme der ihnen zugedachten Kartoffellieferungen verweigern. Auf diese Weise wurden gewaltige Mengen von Kartoffeln dem Verderben preisgegeben, zumal da sich herausstellte, daß viele zu früh geerntet worden waren. Ende August 1916, als die Preisskala sich ihrem Tiefstande zu nähern begann, trat ganz plötzlich das Gegenteil der Kartoffelüberschwemmung ein. Mit einem Male waren die Kartoffeln in zahlreichen Städten, wie in Berlin, einfach so gut wie verschwunden. Tagelang waren sie hier einfach nicht zu haben. Die Misere begann von neuem. Es schien, als ob man das Kartoffelproblem niemals würde bewältigen können.

Die Fleischversorgung

Die Fleischversorgung der Bevölkerung trat gleich zu Beginn des vierten Kriegshalbjahres *in ein recht kritisches Stadium*. Nicht nur schwere, wiederholte Organisationsfehler, sondern auch der starke Rückgang des Viehbestandes (vgl. S. 50) waren die Gründe dafür. Die in dieser Zeit veröffentlichten endgültigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1915 lassen das klar erkennen. Im Vergleich mit den Resultaten der Zählung vom September 1914 ergab sich folgendes Bild:

	1915	1914		1915	1914
Pferde (ohne Militärpferde)	3 341 624	3 435 283	Kühe	10 970 009	11 320 992
			Rindvieh überhaupt .	20 316 948	21 828 783
Kälber unter 3 Monaten .	1 396 767	2 069 802	Schafe	5 073 478	5 471 468
Jungvieh bis zu 2 Jahren	6 457 093	6 858 139	Schweine	17 287 211	25 341 272
Bullen, Stiere und Ochsen	1 493 079	1 579 850	Ziegen	3 438 296	3 538 414

Danach war also der Rindviehbestand in der betreffenden Zeitspanne um annähernd 1½ Millionen Stück zurückgegangen und der Schweinebestand gar um über 8 Millionen

Stück. Das war zum größten Teile auf den starken Ferkelrückgang zurückzuführen. Dieser Viehknappheit, deren Rückwirkung auf die Fleischversorgung der Zivilbevölkerung natürlich nicht ausbleiben konnte, während die Ansprüche des Heeres größer und größer wurden, suchte nun eine ganze Kette von Verordnungen, Bekanntmachungen des Bundesrates, des Reichskanzlers, der Kommunalverbände usw. Rechnung zu tragen. Am 31. Januar 1916 kam eine Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren heraus, wodurch die gewerbsmäßige Fabrikation von Konserven aus Fleisch völlig verboten wurde. Zur Herstellung von Wurstwaren durfte nicht mehr als ein Drittel des Gewichts ausgeschlachteter Rinder, Schweine und Schafe verarbeitet werden. Jedoch konnte gewerblichen Betrieben der Wurstfabrikation gestattet werden, monatlich ein Drittel derjenigen Fleischmengen zu Wurst zu verarbeiten, die sie im Monatsdurchschnitt der Zeit vom 1. Okt. bis zum 31. Dez. 1915 verbraucht hatten. Den Polizeibehörden wurden weitgehende Kontrollbefugnisse eingeräumt. Vierzehn Tage später faßte der Bundesrat einen weitergehenden grundlegenden Beschluß. Er änderte seine Verordnung vom Anfang November 1915 über die Regelung der Preise für Schlachtschweine (vgl. XII, S. 64) und stellte die Versorgung mit frischem Schweinefleisch auf eine neue Grundlage. Dem hervorgetretenen Bedürfnis gemäß wurden nach den Wirtschaftsgebieten gestaffelte Preise für Schweine der verschiedenen Gewichtsklassen ab Stall oder Wiegestelle festgesetzt. Es hatte sich nämlich nach der Preisfestsetzung im November 1915 der Uebelstand entwickelt, daß die Landwirte nicht geneigt waren, Schweine zum Höchstpreise frei Schlachthof der Städte zu liefern, sondern die Abnahme im Stalle oder an ihrer Bahnstation verlangten. Daraus hatte sich ein umfangreiches System von versteckten Ueberschreitungen der Höchstpreise entwickelt. Das sogenannte Schwanzgeld, das früher höchstens eine Mark betragen hatte, schnellte verschiedentlich bis zu 75 Mark hinauf, und vielfach hatten die Käufer versucht, in Form von Geschenken an die Angehörigen des Schweinezüchters Vieh zu erhalten. Durch die neue Bundesratsverordnung wurde dem Viehhändler wieder die Möglichkeit geschaffen, seine vermittelnde Tätigkeit aufzunehmen. Die Preise für den Verkauf durch Viehhändler auf dem Markte sowie durch den Handel sollten von den Landeszentralbehörden geregelt werden. Die Gemeinden wurden verpflichtet, Höchstpreise bei der Abgabe an die Verbraucher für die einzelnen Stücke Schweinefleisch, Speck und Wurstwaren festzusetzen.

Um aber eine einheitliche Regelung der Viehversorgung im ganzen Reiche in die Wege zu leiten, wurde gleichzeitig die Syndizierung des gesamten Viehhandels vorgenommen. Zuerst wurden in Preußen Viehhandelsverbände für die einzelnen Provinzen begründet und bald darauf auch in den andern Bundesstaaten. Sie sollten zur Ergänzung der Höchstpreispolitik Organe darstellen, die den Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten besser und nicht allein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen vermitteln, wie es bisher der Fall gewesen war. Die ganze Organisation war auf dem legitimierten Viehhandel aufgebaut. Die provinziell gebildeten Viehhandelsverbände bestanden aus allen Viehhändlern und Viehhandel treibenden Genossenschaften, die innerhalb des Verbandsbezirkes liegen oder schon vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberuf in dieser Provinz betrieben hatten. Dazu kamen weiter die Fleischer, sofern sie unmittelbar vom Landwirt Vieh zur Schlachtung kaufen. Ausgeschlossen sollten alle die Personen sein, welche sich während des Krieges in den Viehhandelsberuf gedrängt haben, und ganz besonders die Aufkäufer für die Konserven- und Wurstfabriken, denen die fortwährende Preissteigerung zu einem Hauptteile zuzuschreiben war. Die Aufgabe der Viehhandelsverbände war 1. der Ankauf des Viehs vom Landwirt oder Mäster zur Schlachtung, 2. der Ankauf des Viehs zum Weiterver-

kauf, 3. der kommissionsweise Handel mit Vieh. Also der gesamte Viehhandel fiel unter das Syndikat. Die Verbandsmitglieder erhielten eine Ausweiskarte und wurden verpflichtet, über alle Ankäufe Buch zu führen und den zuständigen Verbänden darüber eine Anzeige zu erstatten. Der Verband wird vertreten durch einen Vorstand, der sich aus einem Vorsitzenden und einem Stellvertreter zusammensetzt, die beide in der Regel Staatsbeamte sein sollen. Dem Vorstand zur Seite steht ein Beirat aus zwölf Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden hierfür in der Mitgliederversammlung gewählt, die übrigen sechs sollen sein: drei Vertreter der Landwirtschaft, und drei des Handels und der größeren Städte, um in dieser Weise auch den Konsumenten eine gewisse Vertretung zu sichern. In einer alljährlichen Mitgliederversammlung soll der Geschäftsbericht vorgelegt werden. Zur Bestreitung der Unkosten des Verbandes soll von jedem gekauften Vieh höchstens ½ Prozent des Kaufpreises an den Verband abgeführt werden. Ueber all den Provinzialverbänden steht ein „Zentralverband der Viehhändlerverbände für Preußen", der vor allen Dingen ausgleichend bei der Preisregulierung wirken soll. Soziale und produktionspolitische Motive haben bei diesem Gesetz Paten gestanden.

Wenig später wurden diese Maßnahmen durch eine weitere Verordnung ergänzt, die die Zentralisierung der Einfuhr, die schon bei einer ganzen Anzahl von Nahrungs- und Genußmitteln eingeführt worden war, auch auf das ausländische Vieh und Fleisch ausdehnte. Dadurch sollte der Wettbewerb der privaten deutschen Einkäufer im neutralen Auslande ausgeschaltet und Personen, die lediglich aus spekulativen Gründen den Vieh- oder Fleischhandel betreiben, vom Handel ausgeschlossen werden.

Mit den Monaten März und April 1916 kam die schwierigste Zeit für die Volksernährung und Viehdurchhaltung heran, da, wie nur natürlich, die Erntevorräte sich zusehends verringerten. Ende März beschloß daher der Bundesrat zur Sicherstellung des Fleischbedarfs des Heeres und der Zivilbevölkerung die Bildung einer Reichsfleischstelle, der die Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet und im Auslande sowie die Verteilung auferlegt wurde; dazu ist sie mit einer Reihe von Machtbefugnissen ausgestattet worden. Diese Behörde bestand aus einem Vorstand und einem Beirat. Der Beirat setzt sich aus 16 Regierungsvertretern der verschiedenen Bundesstaaten, aus drei Vertretern des Zentralviehhandelsverbandes und je einem Vertreter der Fleischverteilungsstellen Bayerns, Württembergs und Badens, des Landwirtschaftsrates, des Handelstages, des Städtetages sowie aus je zwei Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Fleischergewerbes und der Verbraucher zusammen. Die Reichsfleischstelle bestimmt den Fleischbedarf der Bevölkerung, die zuzulassenden Schlachtungen sowie Mengen und Arten des Schlachtviehs. Ihre Tätigkeit erstreckt sich also auf die Rationierung von schlachtfähigem Rindvieh, von Schafen und Schweinen und auf Fleischwaren aller Art von diesen Tieren: Fleischkonserven, Räucherwaren, Würste und Speck. Außer für den eigenen Wirtschaftsbedarf durfte fortan kein Viehhalter und kein Fleischer mehr über den festgesetzten Umfang hinaus Schlachtungen vornehmen. Alle Haus- und Notschlachtungen sollten der Behörde gemeldet werden. Die Landeszentralbehörden hatten nach den Anweisungen der Reichsfleischstelle genügende Mengen Schlachtvieh und Fleisch für Heer, Marine und Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zwecke konnten ihre Beauftragten, falls der freihändige Ankauf nicht ausreichte, Vieh nach den Preisvorschriften der Reichsstelle zwangsweise kaufen. Den Gemeinden und Kommunalverbänden wurde aufgegeben, eine genaue Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren in ihren Bezirken vorzunehmen, mithin Fleischkarten einzuführen. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der Reichsfleischstelle wurde der Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Dr. Göppert und zu seinem ersten Stellvertreter der bayrische Ministerialrat Edler von Braun ernannt.

Die den Gemeinden zugewiesene neue Aufgabe hatte eine Reihe von Schwierigkeiten im Gefolge. Die Schlächter durften nicht mehr ihren Bedarf an Fleisch durch freihändigen Einkauf decken. Die Fleischlieferung erfolgte jetzt durch die Gemeinden. Die Zuweisung des Fleisches an das Publikum wurde ausgerechnet nach der Zahl der Brotkartenempfänger. Auch die Preise wurden von den Magistraten festgesetzt; da sie ein ungefähres Bild vom allgemeinen Preisstande der Lebensmittel geben, mögen wenigstens einige der Kleinhandelshöchstpreise nachstehend folgen. So setzte der Berliner Magistrat am 19. April 1916 für Rindfleisch im Kleinhandel fest:

Lende	Mk. 3.—	für 1 Pfund	Brust, Kamm	Mk. 2.30	für 1 Pfund
Schieres Fleisch . . .	„ 2.80	„	Suppenfleisch	„ 1.90	„
Roastbeef	„ 2.70	„	Roher Nierentalg . . .	„ 3.—	„
Keule	„ 2 60	„	Knochen	„ 0.50	„

Die Kleinhandelspreise für Rinderkram betrugen:

Kopffleisch mit Knochen .	Mk. 1.20	für 1 Pfund	Milz	Mk. 0.40	für 1 Pfund
Kopffleisch ohne Knochen .	„ 1.50	„	Nieren	„ 1.80	„
Zunge mit Schlund . .	„ 2.25	„	Euter	„ 1.30	„
Zunge ohne Schlund,			Schwanz	„ 1.75	„
auch gepökelt	„ 3.—	„	Kaldaunen, gebrüht . .	„ 0.90	„
Lunge	„ 0.60	„	Füße, gebrüht, Kopfknochen	„ 0.30	„
Herz	„ 1.30	„	Talg, ausgelassen . . .	„ 4.—	„
Leber	„ 2.—	„	Bregen	„ 1.—	für d. Stück

Die Kleinhandelshöchstpreise für Schweinekram lauteten:

Zunge mit Schlund .	Mk. 1.30	für 1 Pfund	Lunge u. Herz zusammen	Mk. 0.80	für 1 Pfund
Zunge ohne Schlund .	„ 1.60	„ 1 „	Leber	„ 2.—	„ 1 „
Lunge	„ 0.60	„ 1 „	Nieren	„ 1.70	„ 1 „
Herz	„ 1.20	„ 1 „	Bregen	„ 0.25	für das Stück

Gleichzeitig wurden die Großhandelspreise für frisches (rohes) Schweinefleisch vom Berliner Magistrat festgesetzt. Danach durfte der Preis für ein Schwein bei Abgabe durch den Großschlächter die folgenden Ansätze nicht übersteigen:

Schlachtgewicht in Pfund	für den Zentner	Schlachtgewicht in Pfund	für den Zentner
unter 87 Pfund . . .	Mk. 116.—	von 157—174 Pfund . . .	Mk. 163.—
von 88—104 „ . . .	„ 122.—	„ 175—192 „ . . .	„ 170.—
„ 105—120 „ . . .	„ 128.—	„ 193—227 „ . . .	„ 176.—
„ 121—129 „ . . .	„ 140.—	über 228 „ . . .	„ 182.—
„ 130—156 „ . . .	„ 151.—		

Diese Preisfestsetzungen hatten in Berlin (und anderswo war es ähnlich) die überraschendsten Folgen, die die Bevölkerung in die lebhafteste Erregung versetzten. Gleich am ersten Tage, da die Höchstpreise in Kraft traten, waren sehr viele Fleischerläden gänzlich geschlossen. An den Türen prangte meist ein Plakat mit der Aufschrift: „Sämtliche Fleischsorten ausverkauft!“ In andern Geschäften, die nicht geschlossen hatten, gab es zwar auch kein Rind- und Schweinefleisch, während man noch am Abend vorher ganze Rinderviertel und dergleichen in den Schaufenstern gesehen hatte, aber man konnte doch wenigstens Kalb- und Hammelfleisch sowie Würste bekommen, die in die Höchstpreisbestimmungen nicht einbezogen waren. Man konnte sich dieses Verhalten der Fleischer wohl nur daraus erklären, daß sie das Rind- und Schweinefleisch noch zu den alten höheren Großhandelspreisen eingekauft hatten und es nun nicht mit Verlust an die Kundschaft verkaufen wollten. In den nächsten Tagen kletterten die Fleischpreise in Berlin, abgesehen von Rind- und Schweinefleisch, das weiterhin verschwunden blieb, auf eine Höhe hinauf, die damals als phantastisch angesehen wurde. Es kostete ein Huhn 15 Mark, Kalbfleisch das Pfund bis 8 Mark, Kasseler Rippespeer bis 4,40 Mark, Schnitzel 7,50 Mark, eine Zwölf-Pfund-Gans über 50 Mark, Westfälische Schlackwurst

6 Mark. Damit vergleiche man die Preise in den Kleinstädten; für die folgende Anzeige eines Fleischers im „Kotzenauer Stadtblatt", (Regierungsbezirk Liegnitz), charakteristisch ist: „Kalbfleisch ein Pfund 1,30 Mark, 5 Pfund 6 Mark." Das Oberkommando in den Marken sah diesem Treiben auf dem Berliner Fleischmarkte nicht untätig zu, und wies die Polizeibehörden an, alle Fälle, die ihnen angezeigt würden, zu verfolgen, bei unbilliger Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreis das Geschäft zu schließen und das Strafverfahren rücksichtslos durchzuführen. Das gleiche sollte gegenüber den Verkäufern geschehen, die Fleischwaren zurückhielten. Vor den Fleischerläden, die geschlossen waren, war es mittlerweile verschiedentlich zu großen Menschenaufläufen gekommen, die mitunter einen tumultuarischen Charakter annahmen. In manchen Läden, die das Schild „Fleisch ausverkauft!" herausgehängt hatten, fand die einschreitende Polizei in den Kellern und Kühlräumen hunderte von Zentnern Speck, Schinken, Dauerwaren, frisches Rind- und Schweinefleisch, ganze Tonnen Fett und Talg, die dann einfach sofort zwangsweise von dem betreffenden Polizisten an das Publikum verkauft wurden. Selbst in den Privatwohnungen der Fleischer fand man bei diesen Razzien beträchtliche Vorräte. Der Berliner Magistrat sah sich durch diese Vorgänge veranlaßt, nun auch Höchstpreise für Kalb- und Hammelfleisch bei der Abgabe an die Verbraucher festzusetzen. Sie stellten sich für Kalbfleisch wie folgt: Fleisch nüchterner Kälber = Mark 1,70 bis 1,80 das Pfund; Fleisch von jungen und älteren Saugkälbern = Mark 2,10 bis 2,50 das Pfund; Fleisch schwerer Mastkälber und Doppellender = Mark 2,20 bis 3,00 das Pfund und Schieres Kalbfleisch ohne Knochen = Mark 3,60. Die Höchstpreise für Hammelfleisch betrugen: Für fettes Hammelfleisch von Mastlämmern und Masthammeln = Mark 2,50 bis 3,20 das Pfund; für mageres Hammelfleisch von Schafen und Böcken, auch mageren Lämmern und Hammeln = Mark 1,90 bis 2,60 das Pfund.

Darüber hinaus aber sah die preußische Regierung ein, daß drei weitere Momente an der Fleischkalamität in den Großstädten schuld hatten. Einmal waren es die Ausfuhrverbote für Fleisch und andere Lebensmittel, die die verschiedenen Kleinstädte und ländlichen Bezirke erlassen hatten, und die in diesen Kreisen Fleischüberfluß und niedrigen Preisstand, in den Großstädten aber den auffallenden Fleischmangel verursachten. Zum andern hatten die Hausschlachtungen auf dem Lande in geradezu anormaler Weise zugenommen. Mitte Mai 1916 berechnete ein Sachverständiger auf diesem Gebiete, der städtische Obertierarzt Dr. Junack, daß vom Herbst 1915 bis zum Mai des folgenden Jahres zwanzig Millionen Schweine durch Hausschlachtungen dem allgemeinen Verkehr entzogen worden seien. Die preußische Regierung ermächtigte infolgedessen Oberpräsidenten der einzelnen Provinzen, bis zum 1. Oktober 1916 weitere Hausschlachtungen zu verbieten. Endlich bestimmte eine Bundesratsverordnung, daß in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften vom 7. Juni 1916 ab zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Wahl gestellt und an den einzelnen Gast nicht mehr als eins abgegeben werden durfte. Ferner wurde die Verabfolgung von roher oder zerlassener Butter verboten. Feste Speisefolgen durften höchstens aus Suppe, zwei Gängen und Nachtisch bestehen. Aber auch nach diesen Maßnahmen trat noch keineswegs eine geregelte Fleischversorgung der Bevölkerung in den Großstädten ein, um so weniger als die ländlichen Kreise begannen, auch das Wild in die lokalen Ausfuhrverbote einzubeziehen. Wie anderwärts sah sich auch der Magistrat Berlins genötigt, die Herstellung der Wurst einheitlich zu regeln. Er ließ künftig nur noch folgende Sorten zu den nachstehenden Preisen zu:

1. Für frische Blutwurst mit Semmelzusatz	Mk. 1.20	für 1 Pfund
„ andere Blutwurst	„ 1.60	„

2. Für frische Leberwurst mit Semmelzusatz	Mk. 1.20	für 1 Pfund
„ Zwiebelleberwurst ohne Semmelzusatz	„ 1.60	„
3. „ frische Bratwurst, mit Wasser abgerieben und Würstchen	„ 1.80	„
„ andere Bratwurst aus grob zerkleinertem Fleisch . .	„ 2.00	„
4. Brühwurst (Wiener, Jauersche, Breslauer, Bockwurst, Knoblauchwurst, Frankfurter)	„ 2.00	„

Inzwischen waren in einzelnen Städten Fleischkarten eingeführt worden und zwar erhielt jeder über zwei Jahre alte Einwohner eine Fleischkarte, auf deren Wochen- oder Wochenteilabschnitt die vom Magistrat festgesetzten Mengen bezogen werden konnten. Die Festsetzung dieser Mengen erfolgte halbwöchentlich, entsprechend den Lieferungen der Reichsfleischstelle an die Stadt. Bei der Entnahme von Fleisch, Fleischwaren, Fett, Schmalz oder Wurst hatte der Inhaber die Fleischkarte dem Verkäufer vorzulegen, der dann den jedesmal gültigen Abschnitt von der Fleischkarte abzutrennen hatte. Die abgetrennten Abschnitte mußte der Verkäufer dem Magistrat aushändigen. Die Zuteilung der Fleischkarte erfolgte durch Vermittlung der Hausbesitzer. Die Höchstkopfmenge an Fleisch war in den einzelnen Landesteilen verschieden. In Berlin z. B. wurden im Juni 1916 durchschnittlich 330 Gramm und in ganz Bayern 700 Gramm zugemessen. Die Städte kamen allerdings oft dadurch in die größte Verlegenheit, daß die Viehhandelsverbände häufig ihren gegenüber den Bedarfsgemeinden eingegangenen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen nur teilweise nachkamen und nicht genügend Vieh heranführten. Und da die Fleischer auf die Fleischlieferungen seitens der Gemeinden angewiesen waren, die aus den eben angeführten Gründen keineswegs regelmäßig erfolgten, so vollzog sich auch der Verkehr mit dem Publikum nicht glatt. Es kam dauernd zu Menschenansammlungen vor den Geschäften, wiederum zu den sogenannten Polonäsen, die von der Straßenpolizei beaufsichtigt wurden, um einem regellosen Ansturm auf die betreffenden Geschäfte vorzubeugen. Dieses peinliche „Stehen" vor den Geschäften, das einen immer größeren Umfang annahm, versuchte man schließlich dadurch zu vermeiden, daß man sogenannte Kundenlisten mit einem besonderen Nummernsystem einführte. Durch diese Listen bekam jedes Geschäft einen ganz bestimmten Kundenkreis zugewiesen, und jeder Kunde wiederum erhielt eine Nummer. Das Geschäft machte dann jedesmal bekannt, an welchem Tage und zu welcher Stunde die Nummernserie 1 bis 100 oder 2000 bis 2100 an die Reihe kam, und es wurde dafür gesorgt, daß einmal aufwärts und das anderemal wieder abwärts gezählt wurde, um einen gerechten Ausgleich beim Fleischverkauf herbeizuführen. In den größeren Städten wurden zugleich auch Fleischwarte, Männer oder Frauen, bestellt, die ehrenamtlich in den Geschäften den Verkehr der Fleischer mit dem Publikum beaufsichtigten und in allen strittigen Fällen regelnd eingriffen.

Ende Mai 1916 wurde vom Bundesrat eine allgemeine Bestandsaufnahme für Fleischwaren angeordnet, die aber, da sie sich nicht auch auf die privaten Haushaltungen bezog, vielfach kritisiert wurde. Man sah darin, nicht mit Unrecht, eine Belohnung für das Hamstern und eine Aufforderung zum Weiterhamstern. Zur selben Zeit erließen die preußischen Minister des Innern, der Landwirtschaft und des Handels einen Erlaß zur sofortigen Aufhebung der bestehenden Ausfuhrverbote für Zucht- und Nutzvieh und hoben, da die Schweinezucht stark nachzulassen begann, das erst wenige Wochen vorher beschlossene Hausschlachtungsverbot wieder auf. Die Städte und Kommunalverbände suchten ihrerseits durch Abschluß von Lieferungsverträgen und durch Hergabe besonderer Prämien die Schweineaufzucht von neuem anzustacheln und sich die nötigen Kontingente zu sichern.

Phot. A. Grohs, Berlin

Der österr.-ungar. Botschafter in Berlin Prinz Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst im Gespräch mit dem Chef des deutschen Admiralstabs v. Holtzendorf



Phot. R. Sennecke, Berlin

Dr. Iwan Momtschilow (links) der Führer der Abordnung bulgarischer Parlamentarier in Berlin



Phot. A. Grohs, Berlin

Die Begrüßung und Ansprache des deutschen Reichskanzlers an die Abordnung bulgarischer Parlamentarier im Garten des Reichskanzlerpalais am 8. Mai 1916



Phot. R. Sennecke, Berlin

Der deutsche Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg mit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg bei der Begrüßung der Abordnung bulgarischer Parlamentarier im Garten des Reichskanzlerpalais am 8. Mai 1916

Eine Bundesratsverordnung vom 17. August 1916 gab schließlich aber dem Kriegsernährungsamt die Möglichkeit, die bisher den Gemeinden oder Landeszentralbehörden überlassene Regelung der Fleischversorgung selbst vorzunehmen und einheitlich für das ganze Reich durchzuführen. Damit waren die Voraussetzungen für die Einführung einer Reichsfleischkarte gegeben. Am 25. August wurden die näheren Bestimmungen darüber getroffen. Danach besteht die Reichsfleischkarte aus einer Stammkarte und quadratischen Abschnitten (Fleischmarken). Die Vollkarte erhält vierzig Abschnitte, je zehn für eine Woche, die Kinderkarte zwanzig Abschnitte, je fünf für eine Woche. Die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die wöchentlich auf die Fleischkarte entnommen werden durfte, wurde bis auf weiteres auf 250 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen festgesetzt. An Stelle von je 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen konnten entnommen werden 20 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck, Rohfett oder 50 Gramm Wildbret, Frischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven einschließlich des Dosengewichts. Hühner (Hähne und Hennen) waren mit einem Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Hähne bis zu einem halben Jahr mit einem Durchschnittsgewichte von 200 Gramm auf die Fleischkarte einzurechnen. Die Verordnung sollte jedoch erst am 2. Oktober in Kraft treten. Unmittelbar darauf errichtete Preußen (und danach auch die andern größeren Bundesstaaten) ein Landesfleischamt und für die einzelnen Provinzen besondere Provinzialfleischstellen zur Ueberwachung und Regelung des gesamten Verkehrs mit Schlachtvieh und Fleisch. Hand in Hand ging damit eine neue Höchstpreisregelung für Wild. Darin wurde u. a. die bisherige Kleinhandelsgrenze von zehn Kilogramm fallen gelassen und an ihre Stelle die Vorschrift gesetzt, daß als Kleinverkauf jede Abgabe an den Verbraucher gelten solle. Die Verpflichtung zur Einführung von Kleinhandelspreisen wurde den Gemeinden abgenommen und den Landeszentralbehörden auferlegt, so daß die Einführung solcher Kleinhandelspreise nunmehr für alle Orte auch unter zehntausend Einwohnern gewährleistet war.

Der Fettmangel

Der Fettmangel übte auch auf die Seifenproduktion einschneidende Wirkungen aus. Der Reichskanzler wurde daher Mitte April 1916 vom Bundesrat ermächtigt, einschränkende Vorschriften über den Seifenverbrauch zu erlassen. Er setzte den künftigen Verbrauch von Seife zunächst auf 100 Gramm und von Seifenpulver und anderen seifenhaltigen Waschmitteln auf 500 Gramm pro Kopf im Monat fest. Die Seife und die gesamten andern Waschmittel durften fortan nur auf die Mittelstücke der Brotkarten abgegeben werden. Drei Monate später wurde die Rationierung des Seifenverbrauchs noch weiter eingeschränkt. Die monatliche Höchstverbrauchsmenge wurde auf 50 Gramm Feinseife und 250 Gramm Seifenpulver normiert. Ferner wurden besondere Seifenkarten von den Ortsbehörden ausgestellt, die aber volle Freizügigkeit im ganzen Reiche genossen. Auf Antrag konnten Zusatzkarten ausgegeben werden und zwar vier für Aerzte, zwei für Grubenarbeiter und eine für Kinder im Alter bis zu 18 Monaten. Die Versorgung der Barbiere und Friseure erfolgte nach näherer Weisung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette durch Vermittlung des Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen. Gleichzeitig bestimmte der Kriegsausschuß, daß aus dem von ihm zugeteilten Rohmaterial Seife und Seifenpulver nach bestimmten Vorschriften hergestellt wurden. Diese Produkte erhielten den Aufdruck K.A.-Seife, die in Stücken von 50 und 100 Gramm zum Preise von 0,20 Mark und 0,40 Mark hergestellt wurde oder K.A.-Seifenpulver, von dem 250 Gramm 0,30 Mark kosteten.

Dem Kriegsausschuß war es, wie er mitteilte, gelungen, Ersatz- und Streckungsmittel für Seife in solchem Umfange zu beschaffen und zu verwenden, daß zur Herstellung sämtlicher Seifenmengen in Zukunft nur noch 7½ Prozent der Rohstoffe, die wir im Frieden brauchten, benötigt wurden. Bis ins kleinste seien alle erreichbaren Fettquellen, insbesondere durch den erweiterten Anbau von Sonnenblumen, Mohn und Oelsaaten, durch Sammlung von Obstkernen, Ausnutzung des Oelgehaltes der Mais-, Roggen- und Gerstenkeime, Verwertung der Wallnüsse, Trester und Traubenkerne zur Oelbereitung, durch Sammlung der Rohfette von Rindern und Schafen, insbesondere in den Fettschmelzen der besetzten Gebiete, denen die Fette der Korpsschlächtereien geliefert wurden und endlich durch die Bewirtschaftung der Knochen ausgenutzt worden.

Da auch die Sodaproduktion nicht ausreichte, um bei den gesteigerten Anforderungen den Bedarf ganz zu decken, mußte eine gewisse Einschränkung der Lieferung erfolgen. Zunächst wurde eine Zentralverteilungsstelle für Soda errichtet, die in Verbindung mit Vertrauensleuten der einzelnen Verbrauchsgruppen die Zuteilung zu regeln hatte. Bald darauf wurden auch Höchstpreise für Soda festgesetzt. Die Zentralstelle ließ sich regelmäßig die allmonatliche Erzeugung und den Bedarf von Produzenten und Verbrauchern anmelden und stellte hiernach einen Verteilungsplan auf. Der Sodabezug war von da an nur durch besondere Verpflichtungsscheine möglich.

Rationierung der Milch und Butter

Die Milchknappheit in den Städten nahm im Verlaufe des vierten Kriegshalbjahres mitunter einen recht bedrohlichen Charakter an. Die Trockenheit und die schlechte Weide des vorangegangenen Jahres sowie der dauernde Mangel an Kraftfuttermitteln hatten den Milchertrag der Kühe sehr stark zurückgehen lassen. Und wenn im Jahre 1916 der Stand der Wiesen außerordentlich gut war und der Ertrag der Futtermittel das normale Maß überstieg, so konnte doch nur allmählich bei der vorhandenen Unterernährung der Kühe die frühere Milchergiebigkeit wiederhergestellt werden. Nicht zuletzt auf den Mangel an Milch war, wie der vortragende Rat im preußischen Ministerium des Innern, Dr. Krohne, auf der Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins der Provinz Brandenburg ausführte, die erschreckend große Kindersterblichkeit in Deutschland und namentlich in den großen Städten zurückzuführen. Einzelne Städte wie z. B. Heidelberg richteten sich Milchwirtschaft mit Weidebetrieb ein. Groß-Berlin gab für Kinder, Kranke und schwangere Frauen einheitliche Milchkarten aus, wonach u. a. die Kinder bis zu zwei Jahren täglich einen Liter Vollmilch, Kinder bis zu vier Jahren ¾ und Kinder bis zu sechs Jahren ½ Liter zu beanspruchen hatten. Für die übrige Bevölkerung richteten Berlin und auch andere Städte das System der Milchkarten und Kundenlisten ein, um den Polonäsen vor den Geschäften ein Ende zu machen, gaben an diese Kreise aber nur Magermilch ab. Der Erzeugerhöchstpreis stellte sich in Berlin auf 24 Pfennige, während der Kleinhandelspreis auf 32 Pfennige festgesetzt wurde. Die Milchhändler verstanden es aber vielfach, diese Preise dadurch zu umgehen, daß sie für die Zuführung der Milch in die Häuser einen nicht unerheblichen Zuschlag berechneten oder besondere Gesundheitsmilch in den Handel brachten. Auch in der Landwirtschaft, die übrigens durch Verfüttern der Milch an Ferkel und Kälber und durch Verbuttern in den Handzentrifugen dem Markt große Milchmengen entzogen, machten sich wiederholt Preistreibereien bemerkbar. Ein charakteristisches Beispiel ist das folgende vertrauliche Rundschreiben des „Vereins der nach Dresden liefernden Milchproduzenten" vom 8. II. 1916:

„Geehrter Herr! Wir hatten in unserer Generalversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, daß die Milch liefernden Landwirte eine Einschränkung ihrer Milcherzeugung ein-

treten lassen sollten, und zwar in Höhe von 20 bis 30 Prozent, um eine Erhöhung des Milchpreises durchzusetzen. Die Milchpreiserhöhung soll vom 18 d. M. ab beginnen. Der Landwirt soll von da ab zwei Pfennig per Liter mehr von seinem Abnehmer verlangen. Die Firma Pfund (die zahlreiche Verkaufsstellen in Dresden hat. D. Red.) will in eine Erhöhung nicht eingehen, weshalb sich der Milchproduzentenverein gezwungen sieht, diese Erhöhung allein durchzuführen. Dies ist aber nur möglich, wenn unsere Mitglieder fest zusammenhalten, und deshalb ergeht an die Lieferanten das dringende Ersuchen, diese Sache mit zu unterstützen und in obiger Weise, wie der Versammlungsbeschluß besagt, einzuwirken. Die Einschränkung des Milchkonsums soll von den Landwirten sofort ins Werk gesetzt werden, so daß namentlich um die Zeit des 15. Februar besonders wenig Milch in Dresden eintrifft. Sie haben es doch in Ihrer Hand, als landwirtschaftlicher Vereinsvorstand die Mitglieder, welche doch hauptsächlich Milchlieferanten nach Dresden sind, sofort in eine Versammlung einzuladen und diese dringend zu ersuchen, daß jeder seine Milcherzeugung wenigstens zunächst (!) auf diese kurze Zeit einschränken muß, damit wir endlich zu unserem Ziele kommen. Wir erwarten Ihre tatkräftige Unterstützung und zeichnen Hochachtungsvoll gez. Hänsel."

Auch die Regelung der Butterversorgung machte nach wie vor die größten Schwierigkeiten. Der Einkauf von Auslandsbutter war bei der Zentraleinkaufsgesellschaft monopolisiert. Sie legte sich aber dabei große Beschränkungen auf, um nicht durch zu weitgehende Aufkäufe im Auslande die deutsche Valuta (Währung) zu entwerten, so daß schließlich ein bekannter bayerischer Bauernführer in einer Versammlung das humoristische, aber doch schwer anklagende Wort prägte: „Das deutsche Volk will keine Valuta, sondern Butta!" Die Städte sahen sich zum Teil genötigt, Butterkarten einzuführen, und in Süddeutschland regelte man die Verteilung bundesstaatlich. Die Knappheit war zum Teil durch die verschärfte Nachfrage hervorgerufen, die nicht nur eine Folge des Mangels an Fetten, des Hamsterns und des wachsenden Heeresbedarfes, sondern auch der Neigung zu vielfach verbesserter Lebenshaltung in den Arbeiterfamilien war. Alles in allem wurde die Wochenration der städtischen Bevölkerung mehr und mehr beschnitten. Von Ende Mai an konnte z. B. Groß-Berlin nur noch 90 Gramm auf den Kopf und die Woche abgeben und setzte für den Kleinhandel für Handelsware I, II und III den Preis von Mark 0,50, 0,48 und 0,45 fest, für abfallende Ware Mark 0,38.

Hatte man gehofft, durch die Rationierung, die der Bevölkerung unter allen Umständen ein gewisses Quantum sichern sollte, die stundenlangen Ansammlungen vor den Läden zu vermeiden, so sah man sich darin getäuscht. Im Gegenteil, die Butterpolonäsen begannen in Groß-Berlin, wo sich wie in allen andern Großstädten die Lebensmittelkalamität am stärksten ausprägte, schon von den frühesten Morgenstunden an. Bereits vor sechs Uhr früh kamen die Frauen, hatten sich Feldstühle mitgebracht und saßen nun in der Morgenkühle fröstelnd vor den geschlossenen Ladentüren, bis endlich nach mehreren Stunden der Butterwagen vorfuhr und der Verkauf beginnen konnte, der sich dann auch noch stundenlang hinzog.

In der ersten Juniwoche erließ der Reichskanzler eine Verordnung über vorläufige Maßnahmen in der Frage der Fettversorgung. Danach sollten Kühe, die zur Milcherzeugung geeignet sind, nicht abgeschlachtet werden dürfen. Die Besitzer von Milchkühen, die eine vertragliche Verpflichtung zur Milchlieferung nicht eingegangen waren, sollten genötigt sein, die Milch auch künftighin an die bisherigen Abnehmer nach demselben Lieferungsverhältnis zu liefern. Alle die, welche ihre Milch bisher nicht an Molkereien gegeben hatten, konnten angehalten werden, die Milch einer Molkerei zu überführen. Die Molkereien andererseits konnten genötigt werden, Voll- oder Magermilch an bestimmte Gemeinden abzugeben. Butter mußten sie bis zu 50 Prozent der im Vormonate hergestellten Buttermenge ohne weiteres überlassen. Der Versand der Molkereien mit der Post oder Eisenbahn, sowie an Kaufleute zum Weiterverkauf wurde nur gegen vorherige Einsendung eines Bezugsscheines gestattet. Den Gemeinden über 5000

Einwohnern wurde aufgegeben, eine Anzeigepflicht für Butter in ihrem Bezirk anzuordnen, Speisefettkarten auszugeben und Kundenlisten einzuführen. Am 20. Juli 1916 wurde eine besondere Reichsstelle für Speisefett nach dem Muster der Reichsgetreidestelle eingerichtet. Daran gliederten sich Landesverteilungsstellen für die Bundesstaaten und Bezirksverteilungsstellen an. Die Verwaltungsabteilung der Reichsstelle hatte die Kopfration des Speisefettverbrauchs festzusetzen und einen Verteilungsplan für die Ablieferung von den Kommunalverbänden und die Zuweisung an sie aufzustellen.

Zur praktischen Durchführung der Versorgung wurden zunächst die in Molkereien hergestellten Speisefette für den Kommunalverband, in dem die Molkerei lag, beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme blieb die Rücklieferung von Butter an die Milchlieferer sowie die Verwendung von Butter in der eigenen Wirtschaft, sofern die Molkerei ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb war, erlaubt. Die Reichsstelle konnte jedoch, falls es nötig wurde, die Mengen der Rücklieferung sowie des Selbstverbrauchs beschränken. Der An- und Verkauf von Butter durch Händler, die nicht vom Kommunalverband zugelassen sind, konnte verhindert werden. Die Verbrauchsregelung lag in den Händen der Kommunalverbände, die laufend ihre Ueberschüsse an die Verteilungsstellen abzuliefern hatten. Dadurch, daß auf dem Lande keine Butterkarten eingeführt werden brauchten, stieg der Konsum hier weit über das gewöhnliche Maß; Bekannte und Verwandte wurden gleich mitversorgt und einem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet.

In einer Reihe von Städten sah man sich anfangs August veranlaßt, den Verbrauch von Butter und Speisefetten in den Gastwirtschaften und Hotels einer Einschränkung zu unterwerfen. Diese Betriebe durften fortan Speisefette nur noch zur Zubereitung von Speisen verwenden, dagegen nicht mehr mit Fett gestrichene Brote abgeben. Nur an fleischfreien Tagen durften Speisefette als Aufstrich verabfolgt werden.

Die Preise für Margarine wurden Mitte März 1916 neu geregelt. So wurden die Kleinhandelspreise für den Margarinebezug der Verbraucher auf zwei Mark und für Speisefette aller Art auf 2,32 Mark bestimmt. Einige Wochen später wurde, um Fett zu sparen, den Bäckereibetrieben verboten, Brotlaibe vor dem Ausbacken mit Fett zu bestreichen. Ende Juni kam eine neue Bundesratsverordnung heraus, die den Anreiz zum Anbau von Oelfrüchten erhöhen sollte. Schließlich wurde auch noch die Beschlagnahme von Schmiermitteln ausgesprochen.

Der Eierkonsum

In der Eierversorgung der Bevölkerung trat Mitte April 1916 eine grundlegende Aenderung ein. Die Einfuhr ausländischer Eier wurde monopolisiert und ausschließlich in die Hände der Zentraleinkaufsgesellschaft gelegt. Wer künftig Eier aus dem Auslande einführte, hatte das telegraphisch der Gesellschaft anzuzeigen und sie ihr zu einem angemessenen Uebernahmepreis zu überlassen. Vergebens erhob der Verein der Berliner Eiergroßhändler dagegen Einspruch, indem er betonte, daß der Bedarf an Eiern nicht im entferntesten durch die vorhandenen Quantitäten gedeckt werden könne. Immerhin wurde der Eierpreis durch die Monopolisierung auf einer erschwinglichen Höhe (bis zu 29 Pfennig für das Stück) gehalten. Die Eierknappheit nahm freilich fortdauernd zu. Die Hauptursache wollte man in der verminderten Zahl des Federviehs und der gesunkenen inländischen Eiererzeugung sehen. Nach der Viehzwischenzählung vom 1. Oktober 1915 zählte das Geflügel in Deutschland 75,6 Millionen Stück gegen 82,7 Millionen am 2. Dezember 1912. Deutschlands Geflügelbestand hatte sich demnach in diesen drei Jahren um über 7 Millionen oder 8,5 Prozent vermindert. Dieser starke Rückgang war natürlich zum größten Teile auf die

hohen Futtermittelpreise zurückzuführen. Dennoch mußte es auffallen, auch wenn man den Rückgang des Eierimports berücksichtigt, daß bei einer Verminderung des Geflügelbestandes um 8,5 Prozent, der Rückgang des Eierangebots auf dem Lebensmittelmarkt der Städte mit der Zeit ungefähr 70—80 Prozent erreichte. Die Annahme lag also nahe, daß die Eier künstlich zurückgehalten wurden.

Mitte Juli regelte eine Bekanntmachung des Reichskanzlers den Verbrauch von Eiern in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften. Danach durften rohe oder gekochte Eier und Eierspeisen nur zum Mittagstisch und zum Abendtisch verabreicht werden. Die Kommunalverbände hatten die Stunden festzusetzen, in denen Eier und Eierspeisen verabfolgt werden durften. Einen radikalen Schritt weiter ging eine Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom Anfang August. Der gesamte Eierverkehr wurde auf bundesstaatliche und provinzielle Verteilungsstellen (Eierversorgungsstellen) aufgebaut. Sie hatten den Ankauf der Eier in ihrem Gebiet zu regeln, die verfügbaren Eier zu verteilen und den Verbrauch zu überwachen. Für das ganze Reichsgebiet wurde eine Eierverteilungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, den Ausgleich zwischen Bedarfs- und Ueberschußgebieten zu regeln und künftig auch an Stelle der Zentraleinkaufsgesellschaft die ausländische Einfuhr zu verteilen. Von der Festsetzung eines für das ganze Reich verbindlichen Höchstpreises wurde Abstand genommen, weil die Verhältnisse örtlich zu sehr verschieden waren. Dagegen wurde der gewerbsmäßige Handel mit Eiern von der besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörden, die dafür Ausweiskarten ausstellten, abhängig gemacht. Den Kommunalverbänden wurde nahegelegt, Eierkarten anzuordnen, was sie auch durchweg taten, und die Landeszentralbehörden wurden aufgefordert, zu bestimmen, daß die Geflügelhalter nur an bestimmte Sammelstellen, Genossenschaften oder Händler abliefern sollten. Die Eierverteilungsstelle wurde etwa vierzehn Tage später in eine besondere Reichsverteilungsstelle für Eier umgewandelt; in Preußen wurde eine besondere Landeseierstelle errichtet, von der festgesetzt wurde, daß der Verbrauchsregelung in Stadt und Land eine Höchstmenge von nicht mehr als zwei Eiern für den Kopf und die Woche zugrunde gelegt werden müsse. Die Eierkarte wurde obligatorisch gemacht und durchweg auch die Einführung der Kundenliste vorgeschrieben.

Obst und Gemüse

Die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse gestaltete sich ebenfalls weitaus schwieriger als im vorangegangenen Jahr. Zwar wurden alle möglichen Schritte getan, um den Anbau von Gemüse zu fördern, dennoch war der Lebensmittelmarkt zeitweise ganz vom Gemüse entblößt, oder die Preise schnellten so sehr in die Höhe, daß es für die minderbemittelte Bevölkerung fast nicht mehr in Betracht kam. Mitte Februar wurde auf Veranlassung der Zentraleinkaufsgesellschaft eine Kriegs-Gemüsebau- und Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Berlin aus Kreisen der Produzenten, der Konservenindustrie und des Handels begründet, um den Mehranbau von Gemüse zum Massengebrauch zu betreiben. Dieser Zweck sollte erreicht werden durch Aufklärung in Wort und Schrift, durch Regelung des Absatzes an die Heeresverwaltung, die Stadtverwaltungen, die Trockenindustrie und den privaten Handel, durch Abschluß von Anbauverträgen, um den in Frage kommenden Konsumentenkreisen des Heeres und der Städte zeitig ein bestimmtes Quantum von Gemüsen sichern zu können, und endlich durch Versorgung der Produzenten mit Stickstoffdünger, Saatgut, Arbeitskräften und dergleichen mehr. Auf dem Verbandstage der deutschen Gemüsezüchter, der ungefähr eine Woche danach in Berlin stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Verbandsmitglieder bereits für 1916 ein Gebiet von über 8000

Morgen Gemüse vorbereitet hätten, und von einem Vertreter der Reichsregierung wurde erklärt, daß auch sie sich nach Kräften bemüht habe, die Erzeugung anzuregen, so z. B. für den Gemüsebau der Kleingärten (Laubenkolonien, Schrebergärten usw.).

Mitte Mai 1916 wurde durch Bundesratsbeschluß eine besondere Reichsstelle für Gemüse und Obst errichtet. Sie setzte sich aus einer Verwaltungs- und einer Geschäftsabteilung unter Aufsicht des Reichskanzlers zusammen. Die Reichsstelle hatte die Aufgabe, die Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst zu fördern. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die Geschäftsabteilung eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die, ohne in den Gemüse- und Obsthandel unnötig einzugreifen, für eine rechtzeitige Abnahme, Beschaffung, Unterbringung und Verwertung des angekauften Gemüses und Obstes zu sorgen hat. Sie sollte besondere Abnahmestellen einrichten. Zugleich wurde durch eine weitere Bundesratsverordnung dem Reichskanzler die Befugnis zur Beschlagnahme und Bewirtschaftung von Gemüse gegeben. Anfangs Juli wurde der Reichsgetreidestelle eine neue Abteilung für Hülsenfrüchte, Buchweizen und Hirse angegliedert und vom Bundesrat für den Grünkern die Anzeige und Lieferungspflicht, die Beschlagnahme, das Vertriebsmonopol und die Preisregelung ausgesprochen, da die Preise für Grünkernprodukte ungebührlich gesteigert worden waren. Von nun an durfte die Reichsgetreidestelle den übernommenen Grünkern nur an die Heeresverwaltung, an Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen abgeben, konnte aber Nährmittelfabriken u. a. m. durch Bezugsscheine zum freihändigen Ankauf von Grünkern ermächtigen. Der Höchstpreis wurde auf 80 Mark für den Doppelzentner festgesetzt. Etwa drei Wochen später wurde die Bewirtschaftung der gesamten Hülsenfrüchte einer Reichshülsenfruchtstelle als einer Abteilung der Zentraleinkaufsgesellschaft übertragen.

Trotz aller dieser organisatorischen Maßnahmen war aber die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse überaus mangelhaft. Das hatte verschiedene Gründe. Im vorigen Jahre hatte man Gemüsehöchstpreise gehabt. Diesmal fehlten sie. Die Hauptschuld an der Verengung des Gemüsemarktes hatte jedoch das Ueberhandnehmen des Dörrens. Selbst die Großstädte richteten allenthalben Gemüsedörranlagen ein. Immer neue Konservenfabriken entstanden, die natürlich das Frischgemüse dem augenblicklichen Konsum entzogen. Eine weitere Folge davon war das Hinaufschnellen der Preise. Für die Erstlingsgemüse wurden geradezu Luxuspreise gezahlt. Anfang Juni 1916 kostete der Spinat z. B. in Berlin 35 bis 40 Pfg. das Pfund, während er im Vorjahr noch durchschnittlich für 20 Pfg. zu haben war. Eßbarer Spargel war nicht unter 55 bis 75 Pfg. zu haben. Eine Mandel (15 Stück) Kohlrabi kostete in Magdeburg 90 Pfg. bis 1 Mark. Für Rhabarber, der noch im Vorjahre mit 8 Pfg. verkauft wurde, verlangte man 15 Pfg. Der erste Beigeordnete der Stadt Köln legte der Stadtverordnetenversammlung folgende Preistafel aus dem Gemüsegroßhandel vor:

100 Pfund	Mai 1912/13	Mai 1915	Mai 1916
Möhren	8,84 Mk.	10,13 Mk.	17,20 Mk.
Spinat	8,82 Mk.	14,88 Mk.	18,94 Mk.

Es ist kein Wunder, wenn sich unter diesen Umständen elf Frauenversammlungen im Kölner Stadtgebiet telegraphisch an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes wandten und ihn darauf aufmerksam machten, daß die Gemüsepreise in Köln trotz reichster Ernte in den benachbarten großen Erzeugungsgebieten wucherisch auf das drei- bis fünffache der Friedenspreise hinaufgetrieben würden. Die Unterschiede in den Gemüsepreisen Kölns und Bonns betrugen gar hundert Prozent und mehr.

Noch schlimmere Verhältnisse entwickelten sich auf dem Obstmarkte. Auch hier entzog die Dörrobstherstellung dem augenblicklichen Konsum außerordentlich viel Pro-

duftte. Auch hier konnten sich die leitenden Regierungsstellen zu Höchstpreisen nicht entschließen. Aus dem Anfang Juni seien auch für Obst einige Preise verzeichnet. In den Berliner Markthallen wurden für Kirschen 0,70 bis 1,20 Mk. das Pfund genommen, für Erdbeeren 1,20 bis 1,50 Mk. In ganzen Landstrichen, vor allem in Süddeutschland, wurden die sämtlichen Obstanlagen durch Großhändler, Konserven- und Marmeladenfabriken aufgekauft und die Kirschenpreise z. B. auf dem bayrischen Markte in vierzehn Tagen von 26 auf 59 Pfennige im Großhandel hinaufgetrieben. Ganz auffallend war auch das rapide Steigen der Pachtpreise für die Kirschen- und Pflaumenalleen der Gemeinden und Kreise. Die Kirschenpachtungen der Glogauer Kreischausseen z. B. brachten 11 810 Mk. gegen 2772 Mk. im Vorjahre. Im Trebnitzer Kreise lauteten die Preisangebote für die drei Hauptstrecken auf 160 Mk. (statt 30 Mk. Taxpreis), 460 Mk. (statt 80 Mk.) und 800 Mk. (statt 100 Mk. Taxe). Im Landkreise Breslau wurden insgesamt 34 710 Mk. statt des taxierten Wertes von 10 620 Mk. bezahlt. Die Pflaumennutzung der Potsdamer Kreischaussee Großkreuz—Deetz erzielte in Friedenszeiten einen Durchschnittspreis von 50 Mk. 1915 hatte das Höchstgebot 300 Mk. betragen. Diesmal hatte im Verpachtungstermin ein Pächter gar 1100 Mk. geboten. Man entschloß sich schließlich dazu, zwar nicht Höchstpreise, aber doch wenigstens Richtpreise aufzustellen, die sich für 50 Kilogramm verstanden: Erdbeeren 35 Mark, Johannisbeeren rote und weiße 20 Mk., schwarze 27 Mk., Stachelbeeren dreiviertel reif 20 Mk., Stachelbeeren reif 22 Mk., Gartenhimbeeren 37 Mk., großfrüchtige Sauerkirschen 28 Mk. und Preßkirschen 20 Mk. Die Aufstellung der Richtpreise für den Kleinhandel wurde den Gemeinden überlassen. Das führte zu derartigen Unzuträglichkeiten, daß, obwohl die Obsternte in diesem Jahre außergewöhnlich gut ausgefallen war, die Landwirte stellenweise passive Resistenz übten und den Märkten einfach fernblieben. So insbesondere in Groß-Berlin. Dazu kam, daß einzelne Landesregierungen, wie zum Beispiel Baden, Obstausfuhrverbote erließen. Das Kriegsernährungsamt sah sich gegenüber all diesen Vorgängen veranlaßt, ein zeitweises Obstdörrverbot zu erlassen, gleichfalls eine Anzeigepflicht für Vorverkäufe von Obst, Gemüse und Dörrgemüse, die bereits getätigt waren, vorzuschreiben und zuletzt auch Höchstpreise, wenn auch zunächst nur für Pflaumen, festzusetzen. Der Höchstpreis für Hauszwetschgen oder Bauernpflaumen wurde auf 10 Mk. normiert. Im Kleinhandel bis zu 20 Pfund sollte das Pfund nicht mehr als 25 Pfg. kosten. Auch die Höchstpreise für Marmelade im Kleinhandel wurden von der Kriegsgesellschaft für Obst und Marmeladen neu festgesetzt. Ferner wurde ein Kelterungsverbot für Aepfel und Birnen ausgesprochen. Die Fruchtgroßhändler schlossen sich gegenüber allen diesen Eingriffen in den Obsthandel zu einem Zentralverbande zusammen.

Die Fische

Auf dem Fischmarkte wiederholten sich dieselben Vorgänge wie auf fast allen anderen Lebensmittelgebieten. Die Preise wurden bis ins Ungemessene gesteigert, obwohl die Fänge stellen- und zeitweise überaus reichlich ausfielen. So war der Sprottenfang in der Danziger Bucht selten so lohnend gewesen wie im Winter 1915/16. Bis zu tausend Zentnern wurden an guten Tagen gefangen. Der Gesamtwert der Fänge wurde bis Ende Februar 1916 bis auf 650 000 Mk. geschätzt. So kam es, daß der Preis für den Zentner frischer Breitlinge auf Hela, der Halbinsel vor der Danziger Bucht, allmählich auf 20 Mk. sank, das Pfund also 20 Pfennige kostete. An andern Plätzen aber mußte man für das Pfund Sprotten, so in Berlin, im Rheinland-Westfalen usw., annähernd das Sieben- oder Zehnfache, 1,40 Mk. bis 1,80 Mk. bezahlen. Es kam hinzu, daß, wie

beim Gemüse und Obst die Konservenfabriken, so hier die Räuchereien als Großkäufer auf den Fangplätzen auftraten, jeden Preis für die Fische bezahlten und so eine schrankenlose Preissteigerung herbeiführten. Die Fischer nahmen dabei Riesensummen ein, so daß zum Beispiel, wie berichtet wird, in Helaer Fischerhäusern buchstäblich Tausendmarkscheine zwischen der Wäsche herumlagen. Die Reichsregierung versuchte diesem Treiben durch einen Bundesratsbeschluß vom 1. Mai 1916 einen Riegel vorzuschieben. Danach wurde der Reichskanzler ermächtigt, Preise für den Großhandel von Seefischen nach Anhörung von Sachverständigen festzusetzen. Die Kommunalverbände und Gemeinden wurden berechtigt und auf Anordnung der Landeszentralbehörde verpflichtet, Höchstpreise für den Kleinverkauf zu bestimmen. Gemeinden mit mehr als zehntausend Einwohnern mußten diese Preisfestsetzung unter allen Umständen vornehmen. Es stellte sich aber bald heraus, daß diese Maßnahme ein Fehlschlag war. Die Fische wanderten nun nicht an die großen und mittleren Städte, sondern in die Kleinstädte und auf das Land, wo keine Höchstpreise bestanden.

Infolgedessen sah sich die Regierung zu neuen Eingriffen genötigt. Man erkannte, daß eine einmalige und einheitliche Preisregelung unmöglich sei und daß die Feststellung und Kontrolle der Preise, wenn überhaupt, nur örtlich denkbar sei. Den Landeszentralbehörden wurde daher aufgegeben, entweder besondere Marktkommissionen an den wichtigsten Hafenplätzen zu errichten oder durch Syndizierung der Fischer, Organisation der Zufuhren und ähnliches den Uebelständen zu steuern.

Um einen Anhalt zu gewinnen, wie sich die Preise für Seefische in dieser Zeit (Mitte August 1916) gestalteten, seien die Richtpreise Groß-Berlins, die als Höchstpreise zu betrachten waren, wiedergegeben: Schellfische 1½ Pfund und schwerer 120 Pfg., 1—1½ Pfund 95 Pfg., ¾—1 Pfund 90 Pfg., unter ¾ Pfund 75 Pfg., unsortiert 100 Pfg.; Kabljau, große 125 Pfg., mittel 90 Pfg., klein 75 Pfg., unsortiert 95 Pfg., ohne Kopf 175 Pfg.; Nordseeschollen 95 Pfg. für das Pfund.

Für Süßwasserfische wurden Ende Juni 1916 einheitlich folgende Höchstpreise festgesetzt. Danach durften sie für ein Pfund folgende Sätze nicht überschreiten bei:

Karpfen	Mk. 1.30
Schleien	„ 1.50
Hechten	„ 1.50
Bleien oder Brachsen von 2 Pfund und darüber .	„ 1.—
Bleien oder Brachsen unter 2 Pfund	„ 0.75
Plötzen und Rotaugen von 2 Pfund und darüber .	„ 0.75
Plötzen und Rotaugen unter 2 Pfund	„ 0.65

Aber selbst diese Höchstpreise für Teichfische, die sich übrigens auch auf den Großhandel erstreckten, bewährten sich nicht, da der Fisch nun meist bei den Produzenten auf dem Lande verblieb. Anfang August wurde eine Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung gegründet, um die Teichfischereien zu syndizieren. Der Absatz von Karpfen und Schleien war fortan an die Genehmigung dieser Gesellschaft gebunden, die ihn mit Hilfe von Kommunen und Handel vorzunehmen und für eine angemessene Preisbildung zu sorgen hatte.

Die Zuckerverteilung

Selbst der Zuckerverbrauch mußte gleich zu Beginn des vierten Kriegshalbjahres sehr stark eingeschränkt und rationiert werden. Das traf die Bevölkerung ganz überraschend, da in Friedenszeiten Deutschland die Hälfte seiner gesamten Zuckerproduktion Jahr für Jahr ins Ausland hatte exportieren können, ohne daß sich irgend einer im Inlande auch nur im geringsten in seinem Zuckerverbrauch hätte einschränken dürfen. Als dann der Krieg ausbrach, kam der Zuckerexport fast völlig in Wegfall. Die Zuckerrübenpro-



Phot. A. Grohs, Berlin

Der türkische Botschafter in Berlin Hakki-Pascha und der bulgarische Gesandte in Berlin Rizow beim Empfang der türkischen Parlamentarier im Garten des Reichskanzlerpalais am 24. Mai 1916



Phot. R. Sennecke, Berlin

Der Präsident des deutschen Reichstags Dr. Kämpf im Gespräch mit dem türkischen Abgeordneten von Siwas Schefki Bey beim Empfang der türkischen Parlamentarier beim Reichskanzler am 24. Mai 1916



Phot. R. Sennecke, Berlin

Die Abordnung der türkischen Parlamentarier in Berlin

Von links nach rechts sitzend: Seyd Bey, Abg. von Smyrna; Hussein Djahid Bey, Vizepräsident der Kammer; Generalleutnant Hassan Riza Pascha, Abg. von Hodeida; stehend: Seyd Hachim Bey, Abg. von Burdur; Mustapha Nedim Bey, Präsident des Ausschusses für nationale Verteidigung; Omer Schefki Bey, Abg. von Siwas; Selah Djimdschoz Bey, Abgeordneter von Konstantinopel



Phot. A. Grohs, Berlin

Während der Ansprache des deutschen Reichskanzlers an die Abgeordneten türkischer Parlamentarier im Garten des Reichskanzlerpalais in Berlin am 24. Mai 1916

duktion und nicht zuletzt auch die Zuckerfabriken machten sich die größte Sorge darum, wie sie für ihre Produkte Abnehmer finden würden. Aber sie hatten sich glücklicherweise getäuscht. Infolge der unterbundenen Auslandszufuhr an Futtermitteln aller Art griff man ganz allgemein in der Landwirtschaft auf den Rohzucker als ein sehr wertvolles Futtermittel namentlich für Pferde zurück. Die Nachfrage wurde allmählich so stark, daß der gewaltige Ueberfluß in gar nicht langer Zeit aufgezehrt wurde. Zudem hatte man 1915 die Bevölkerung aufgefordert, die knappe Ernährung durch möglichst starken Zuckerverbrauch zu ergänzen, und diese Propaganda hatte den Zuckerkonsum geradezu gewaltig steigen lassen. Ferner hatten (abgesehen von dem riesigen Zuckerverbrauch der Explosivstoffabrikation) die Marmeladenfabriken 1914/15 nicht weniger als fünf Millionen Zentner mehr verbraucht als in irgend einem Friedensjahre. All das hatte dazu geführt, daß die Vorräte bei Beginn der neuen Kampagne vollständig aufgebraucht waren. Die Regierung hatte auch in der Erwägung, daß die Erzeugung des Brotgetreides das Wichtigste sei, ursprünglich auf eine Beschränkung des Zuckerrübenanbaus hingewirkt, und der Bundesrat hatte von diesem Gesichtspunkte aus durch eine Verordnung den Zuckerrübenbauern die Möglichkeit gegeben, von den laufenden Lieferungsverträgen um ein Viertel zurückzutreten. Da außerdem sich beim Anbau anderer Produkte infolge der ganzen Preisgestaltung größere Chancen boten, so wurde die Anbaufläche um dreißig Prozent geringer. Auch die mangelhafte Stickstoffdüngung zeitigte geringere durchschnittliche Erträgnisse als im Frieden. Der Rückgang wurde von der „Frankfurter Zeitung" auf ungefähr 50 Prozent der normalen Friedenserzeugung berechnet, die mit 50 bis 60 Millionen Zentner einzuschätzen ist.

Diese *Knappheit an Zucker* veranlaßte nun die Reichsregierung regelnd einzugreifen. Durch eine Erhöhung der Rüben- und Rohzuckerpreise sollte die Landwirtschaft jetzt wieder angereizt werden, zum mindesten die letztjährige Anbaufläche zu halten. Die Bundesratsverordnung bestimmte, daß einmal bei neuen Verträgen für den Zentner Rüben 45 Pfennige mehr bezahlt werden mußten als im letzten Friedensjahre 1913/14 und daß weiter in den laufenden Verträgen diese Erhöhungen automatisch Platz greifen sollten. Für die Verbraucher selbst änderte sich durch die neue Verordnung nichts, da es bei dem jetzt zu verzehrenden Zucker, der aus der abgeschlossenen Kampagne stammte, bei den bereits festgesetzten Preisen blieb. Eine weitere Bekanntmachung des Bundesrates regelte die Verwendung von Verbrauchszucker. Danach durfte Zucker, ausgenommen an Bienen, *nicht verfüttert* oder zur Herstellung von *Branntwein* verwendet werden. Unter das Verbot fiel auch die Verarbeitung zu Futtermitteln. Zu technischen Zwecken durfte er nur mit Genehmigung des Reichskanzlers herangezogen werden. Zur Streckung der Zuckervorräte wurde durch einen Beschluß des Bundesrates vom 30. März die Herstellung und Verwendung künstlichen Süßstoffes (*Sacharin*) zugelassen. Eine weitere Verordnung, die elf Tage später herauskam, bestimmte die Einsetzung einer *Reichszuckerstelle*, der die alleinige Regelung des Verkehrs und Verbrauchs von Zucker zustehen sollte. Diese Stelle sollte die Abgabe von Zucker an die Kommunen und Kommunalverbände, an die Heeres- und Marineverwaltung, sowie an gewerbliche Betriebe bewirken; die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Höchstmenge sollte vom Reichskanzler bestimmt werden. Die Regelung der Verteilung an die Privathaushaltungen, Kaffees usw. wurde den Gemeinden überlassen, die zu diesem Zweck *Zuckerkarten* einführen oder auch andere Einrichtungen treffen durften. Die Reichszuckerstelle hatte den Kommunalverbänden *Bezugsscheine* über diejenigen Zuckermengen zu überweisen, welche auf jeden Verband entfallen. Die Landeszentralbehörden konnten besondere Vermittlungsstellen errichten, welche die auf die Kommunalverbände ihres Bezirkes entfallende Gesamtmenge unterverteilen. Die Kommunalverbände, die Höchst-

preise für den Verkauf an die Verbraucher festzusetzen hatten, konnten den auf sie entfallenden Zucker selbst beziehen oder die Bezugsscheine an den Handel weitergeben. Ein Handel mit Bezugsscheinen wurde indessen verboten. Zur Feststellung der vorhandenen und verteilbaren Zuckermenge wurde eine allgemeine Bestandsaufnahme angeordnet, die sich auf die Privathaushaltungen erstreckte. Mitte April wurde bis auf weiteres die Zuckermenge für den Kopf der Bevölkerung auf ein Kilogramm monatlich festgesetzt. Wer Zucker im Handel abgab, hatte über Bezug und Abgabe Buch zu führen. Für Einmachzwecke wurden anfangs Juli den Gemeinden insgesamt 300 000 Zentner zur Verfügung gestellt, die von ihnen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Haushaltungen verteilt wurden. Dagegen verbot das Kriegsernährungsamt durch eine Verordnung die weitere Verwendung von Zucker zur gewerblichen Herstellung von Pralinen, Christbaum- und Ostersachen, Fruchtpasten, Geleefrüchten, überzuckerten Mandeln und Nußkernen, Schaumzuckerwaren und türkischem Honig. Die Kleinhandelshöchstpreise für Zucker stellten sich z. B. in Berlin auf 30, 32 und 34 Pfennige. Da sich auch vor den Zuckergeschäften „Polonäsen" herausbildeten, so gingen die Großstädte auch hier zur Einführung von Kundenlisten über.

Die Streckung der Zuckervorräte, die im weiteren Verlaufe immer dringender wurde, führte zur Beschleunigung der Herstellung von Saccharin. Einer zweiten Fabrik wurde von der Regierung ein Monopolrecht verliehen. Der hergestellte Süßstoff war an die Kriegschemikalien-Aktiengesellschaft zu liefern, die ihn dann der Zentraleinkaufsgesellschaft übermittelte. An die Verbraucher durfte er aber nur gegen Bezugsschein ausgegeben werden. Die Preisbestimmung wurde dem Reichskanzler vorbehalten. Mitte Juli wurde allgemein die Verteilung des Süßstoffes von der Reichszuckerstelle geregelt. Für die Gastwirtschaftsbetriebe, Speisewirtschaften, Kaffeehäuser u. a. m. sollte der Süßstoff vorwiegend zum Versüßen der Getränke: Kaffee, Tee, Kakao, Bowlen in Betracht kommen. Für diese Betriebe wurden besondere Süßstoffpackungen ausgegeben und zwar Schachteln mit 500 Stück Süßstofftäfelchen, die hundertzehnfache Süßkraft besaßen. Für die Bevölkerung durften die Kommunalverbände nicht mehr als ein Viertel Gramm auf den Kopf im Monat bereitstellen. Zu diesem Zweck wurde der Süßstoff in Kristallform (440- bis 450fache Süßkraft in kleinen Briefchen von 1¹/₄ Gramm Inhalt, sogenannte H-Packung, ausgegeben.

Kaffee und Tee

Noch Mitte Februar 1916 konnte die Reichsregierung halbamtlich erklären, daß sie nicht beabsichtige, in den Kaffeehandel einzugreifen, da der Kleinverkaufspreis von 2,30 Mark für ein Pfund gerösteten Konsumkaffee angemessen erscheine. Die im Januar vom Reichskanzler angeordnete Bestandsaufnahme hatte ergeben, daß für absehbare Zeit ausreichende Bestände zur Befriedigung des deutschen Konsums vorhanden seien. Es taucht die Frage auf, wie sich die Kaffeeversorgung Deutschlands im Frieden gestellt hatte, um aus der Antwort darauf Maßstäbe für die weitere Entwicklung im Kriege zu gewinnen. Die Einfuhr von Kaffee nach Deutschland hatte im letzten Friedensjahre 168 250 Tonnen im Werte von 219,575 Millionen Mark betragen. Diese Einfuhrziffer war in einer Reihe von Jahren vorher ungefähr dieselbe geblieben. Der Jahresverbrauch Deutschlands stellte sich auf rund 2,75 Millionen Sack oder 165 000 Tonnen. Vor Kriegsbeginn am 31. Juli 1914 waren an Rohkaffee vorhanden: in Bremen 127 000 Ballen gleich 7620 Tonnen, in Hamburg 1 926 000 Ballen gleich 115 560 Tonnen, zusammen 2 053 000 Ballen gleich 123 180 Tonnen.

Dazu kamen eine Million Ballen brasilianischer Valorisationskaffee, der von der Reichsregierung mit Beschlag belegt wurde, ferner die Kaffeevorräte in den Händen des Kleinhandels sowie ein großes Kaffeelager, das man in Antwerpen nach Eroberung

der Stadt vorfand und das am 1. August 1915 515 000 Ballen betrug. Eine gewisse Knappheit im Kaffeeverbrauch trat erst ein, als die Einfuhr aus Holland, das bis dahin ⁹/₁₀ des gesamten Imports gedeckt hatte, infolge des englischen Drucks zurückging.

Anfang April 1916 sah sich daher der Bundesrat veranlaßt, nicht nur die Kaffee-, sondern auch die Teeversorgung grundsätzlich zu regeln. Es erschienen zugleich fünf Bekanntmachungen auf einmal zur Organisation der Einfuhr von Kaffee und Tee aus dem Auslande sowie des Verkehrs in Kaffee, Tee und Kaffee-Ersatzmitteln. Die Einfuhr und der Gesamtverkehr wurden von nun ab durch einen neubegründeten Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin, monopolisiert. Wer Rohkaffe in Mengen von mehr als zehn Kilogramm oder Tee von mehr als fünf Kilogramm in Gewahrsam hatte, mußte diese Vorräte anzeigen und auf Verlangen an den Kriegsausschuß liefern, wenn er sich nicht der Gefahr einer Enteignung aussetzen wollte. Für Zichorienwurzeln wurde ein Verfütterungsverbot erlassen und auch für dieses Produkt die Beschlagnahme und die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Preises (32 Mk. für 100 Kilogramm) ausgesprochen. Für Malz-, Gersten- und Roggenkaffee waren neue gesetzgeberische Maßnahmen nicht notwendig, da die bisherigen Kontingente des dazu erforderlichen Getreides durch die betreffenden Kriegsgesellschaften sichergestellt worden waren. Die Regierung berechnete den Kaffeebestand um diese Zeit auf nur 350 000 Sack zu 60 Kilogramm und erklärte, daß er nach Maßgabe des bisherigen Verbrauchs bloß 1½ Monate ausreichen würde, während Heer und Marine zurzeit noch auf länger hinaus etwa vier Monate eingedeckt seien. Dagegen würde der Teebestand noch für etwa ein Jahr die Bedürfnisse in der bisherigen Höhe befriedigen. Da aber der Teekonsum voraussichtlich bei der starken Einschränkung des Kaffeeverbrauchs in die Höhe schnellen würde, so habe man auch gleich den Verkehr mit Tee geregelt. Alle diese Maßnahmen wurden im Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn vorgesehen, damit die Doppelmonarchie künftig nicht mehr als Käufer-Konkurrent auftreten und die Verteilung der Gesamtvorräte nach einem bestimmten Schlüssel zwischen den beiden Reichen erfolgen könne.

Vierzehn Tage später bestimmte der Kriegsausschuß, daß im Kleinhandel in jedem Falle nicht mehr als ein halbes Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden dürfe und nur zusammen mit mindestens der gleichen Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel. Der Preis sollte für beides zusammen 2,20 Mk. nicht übersteigen. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette u. a. m.) durfte an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem wöchentlichen Durchschnittsverbrauch in den letzten drei Betriebsmonaten entsprach. Aber auch sie mußten mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel dazu erwerben. Für den Kleinverkauf an Tee wurden ähnliche Bestimmungen getroffen. Hier durften nicht mehr als zwölf Gramm Tee an jeden einzelnen Käufer verabfolgt werden. Der Preis für guten Konsumtee durfte 4,50 Mk. für ein Pfund lose Ware und 5 Mk. für landesübliche Originalpakete nicht übersteigen. Bessere und feinste Sorten durften über einen Pfundpreis von 8,50 Mk. nicht hinausgehen. Koffeinfreier Kaffee wurde vom 21. Juli 1916 ab im Kleinverkauf nur noch auf ärztliches Zeugnis verabfolgt, und zwar ein Paket (⅕ Kilogramm) zusammen mit ⅕ Kilogramm Kaffee-Ersatzmittel zum Höchstpreis von Mark 2,24.

Bier und Branntwein

Der schlechte Ausfall der Hafererernte machte es notwendig, zum Ersatz die Gerste für Verfütterungszwecke heranzuziehen. Das blieb wiederum nicht ohne Rückwirkung auf die industrielle Verwertung der Gerste. Mit andern Worten, es wurde eine aber-

malige Herabsetzung der Braukontingente erforderlich. Um eine Ersparung von 200 000 Tonnen Gerste zu erzielen, setzte man das Gerstenkontingent für die Brauereien von neuem um ein Fünftel herab. Nachdem im Jahre vorher die Gerstenmenge um 40 Prozent herabgemindert war, bedeutete die neue Herabsetzung der Kontingente eine weitere Ermäßigung um 12 Prozent. Damit standen den Brauereien 52 Prozent weniger Gerste für die Vermälzung zur Verfügung als in Friedenszeiten. Eine weitere einschränkende Bundesratsverordnung sah ein Verbot des Malzhandels vor. Alle Malzbestände mußten danach, soweit sie nicht das Kontingent der Brauereien überschritten, dem deutschen Brauerbund in Berlin angezeigt und käuflich überlassen werden. Daraufhin hatte der Bund die verfügbaren Malz- oder Gerstenvorräte auf solche Brauereien und Malzextraktfabriken zu verteilen, deren Kontingent nicht gedeckt war. Nicht zuletzt war diese Maßnahme durch ungeheuerliche Preistreibereien im freien Malzhandel hervorgerufen worden. Von nun an blieben nur alle die Abschlüsse berechtigt, die durch den deutschen Brauerbund gingen.

Zu einem recht eigenartigen Vorgehen nahm Mitte April die Biereinkaufszentrale der Heeresverwaltung Veranlassung, als ihr Bierbedarf nicht ausreichend gedeckt wurde. Ueber diejenigen Brauereibetriebe, die nicht mindestens zehn Prozent ihrer Biererzeugung für den Verbrauch der Feldtruppen zur Verfügung stellten, wurde als Druckmittel eine Gerstensperre verfügt. Im ganzen waren es 98 Brauereien, die von der Gerstenverwertungsgesellschaft plötzlich nicht mehr mit Gerste bedacht wurden. Endlich sei noch erwähnt, daß man in einzelnen Landesteilen, um der beginnenden Bierknappheit Rechnung zu tragen, den Ausschank auf gewisse Stunden des Tages beschränkte. Dem Zuckermangel wurde dadurch abgeholfen, daß man die Verwendung von Süßstoff jetzt auch für die Bereitung von obergärigem Bier zuließ und dafür eine Süßstoffverteilungsstelle für das obergärige Brauereigewerbe in der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründete.

Auch der Verkehr mit Branntwein wurde weitgehend geregelt. Die tatsächliche Monopolstellung der Spirituszentrale, der bis dahin schon rund 9/10 aller Brennereien angehörten, wurde in eine rechtliche umgewandelt. Es wurde eine Reichsbranntweinstelle ins Leben gerufen, der ein Beirat zur Seite stand, während die Bewirtschaftung des gesamten Branntweins der Spirituszentrale übertragen wurde, der die Brenner ihre Produkte abzuliefern hatten. Der sämtliche Branntwein durfte fortan nur durch die Spirituszentrale oder auf deren Anweisung abgesetzt oder vergällt werden. Die Reichsbranntweinstelle hatte zu bestimmen, zu welchem Zweck und zu welcher Menge der Branntwein von der Spirituszentrale abzusetzen war.

Die Zigarren und Zigaretten

Durch die Kriegsverhältnisse war die Einfuhr von Rohtabak zur Herstellung von Zigaretten erheblich erschwert. Der russische Markt war ganz fortgefallen und der südosteuropäische begann sich nach der Eroberung Serbiens und Montenegros, wodurch ein Durchgangsverkehr nach der Türkei geschaffen wurde, erst allmählich zu erschließen. Hätte man dem freien Handel und der Industrie ohne weiteres die Beschaffung des Zigarettenrohtabaks überlassen, so hätten sich nur die großen Firmen aus den immerhin begrenzten Einfuhrmengen ausgiebig versorgt, während die kleineren Firmen ihr Arbeitsmaterial, wenn überhaupt, nur zu unerschwinglichen Preisen hätten erhalten können. Um dem entgegenzuwirken, bestimmte eine Bundesratsverordnung vom 18. April 1916, daß die aus dem Auslande eingeführten Mengen von Zigarettentabak der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft anzuzeigen und daß auf ihr Verlangen ein Teil der Einfuhrmengen bis zu 15 Prozent an sie abzuliefern sei. Die

abgegebenen Tabakmengen sollten ausschließlich den mittleren und kleineren Betrieben, die nicht selbst im Orient Tabak einkaufen, zugeführt werden. Die freie Tabakeinfuhr blieb grundsätzlich bestehen. Die sprungweise Verteuerung der Rohtabake, die Lohnerhöhungen für die Arbeiter und Angestellten und nicht zuletzt auch die vom Reichstage beschlossenen Steuerzuschläge führten dazu, daß auf die Zigaretten im Kleinverkauf ein **Kriegszuschlag** gelegt wurde, der sich allgemein vom 1. Juli wie folgt stellte:

bis zu 1½ Pfg. das Stück	3 Mk.	für 1000 Stück
über 1½ Pfg. bis 2½ Pfg.	5 „	„
„ 2½ „ „ 3½ „	7 „	„
„ 3½ „ „ 5 „	12 „	„
„ 5 „ „ 7 „	18 „	„
„ 7 „	25 „	„

Der Preis für **Zigarren** war im Laufe des Krieges nach und nach um **33 Prozent** in die Höhe geklettert. Auch jetzt sollte, nachdem die Zigaretten vorangegangen waren, eine **weitere Preiserhöhung** nicht ausbleiben. Hierfür waren verschiedene Gründe maßgebend: In erster Linie die Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuer, ferner auch hier die allgemeine Erhöhung der Preise für Rohtabak. So waren seit Beginn des Krieges die Sumatra- und Javatabake um 250 bis 350 Prozent im Preise gestiegen. Die billigen amerikanischen Tabake gingen sogar um 300 bis 375 Prozent in die Höhe. Die deutschen Tabake, die man wegen der Knappheit anderer Tabaksorten sehr stark zu Zigarren verarbeitete, wurden jetzt fünf- bis sechsmal so teuer bezahlt wie in Friedenszeiten. Dazu kamen endlich die Löhne der Tabakarbeiter, die schon einmal eine Aufbesserung von 10—15 Prozent erfahren hatten und jetzt abermals um 20—25 Prozent gestiegen waren. Die Zigarrensorten, die der Mittelstand zu rauchen pflegt, also die Zigarren von 12 bis 25 Pfg. (die billigeren waren überhaupt schon seit geraumer Zeit verschwunden) wurden bis zu **50 Prozent teurer**.

In diesem Zusammenhange darf auf einen originellen Vorschlag hingewiesen werden, den der Oberregisseur der städtischen Oper in Breslau, Hugo Kirchner, machte. Er schlug vor, **Nichtrauchertage** zum Besten unserer Truppen und des Roten Kreuzes in den verschiedenen deutschen Städten zu veranstalten. Der Vorschlag fand Anklang, und schon nach kurzer Zeit konnte Kirchner über glänzende Ergebnisse der Nichtrauchertage berichten. So waren, um nur einige größere Summen zu nennen, in Breslau Mark 64 657,28 eingegangen, in Liegnitz 9283,28, in Bromberg 25 000, in Altona 30 351,10, in Dortmund 43 100, in Gleiwitz 14 000, in Posen 15 000 und in Erfurt 35 000 Mark eingegangen. Für diese Geldeingänge wurden größtenteils Zigarren und Zigaretten eingekauft und den Soldaten an der Front zugeführt.

Die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt

Die „Statistische Korrespondenz" veröffentlichte eine Zusammenstellung der amtlich angesetzten Höchstpreise für die wichtigsten Waren, die sich auf 70 bedeutendere Marktorte Preußens erstreckte und die Monate Januar bis März 1916 umfaßte. Man sieht daraus, daß die Höchstpreise ungemein verschieden und zum Teil ganz unabhängig von den sonst üblichen Marktpreisen angesetzt wurden. Es heißt in dieser Uebersicht:

„Für **Schweinefleisch** sind an allen Orten, abgesehen von Altona, Höchstpreise festgesetzt. Dabei sind an der weit überwiegenden Mehrzahl der Orte drei Sorten: Kotelett, Keule (Schulter und Kamm) und Bauchfleisch unterschieden; einzelne Orte haben noch weitere Unterscheidungen getroffen. Legt man der Vergleichung die Märzpreise für Koteletts zugrunde, so findet man, daß Potsdam den bei weitem höchsten Preis mit 5 Mk. für das Kilogramm hatte, es folgt Hanau mit 4,20 Mk., während der Höchstpreis am niedrigsten war in Spandau, Brandenburg und Halberstadt mit

2,80 Mk. Die ersten beiden dieser billigen Städte, die Potsdam benachbart sind, hatten also einen um 44 Prozent niedrigeren Höchstpreis als die Havelresidenz, was eine sachliche Erklärung kaum findet, zumal auch im Februar Potsdam noch einen Höchstpreis von 2,80 Mk. gehabt hatte. In Berlin betrug der Höchstpreis 3,60 Mk. Für fetten Schweinespeck hatten nur sechs Orte (Memel, Tilsit, Potsdam, Flensburg, Hannover und Wiesbaden) keinen Höchstpreis. Am niedrigsten war im März der Preis festgesetzt in Königsberg i. Pr., Emden und Köln mit 3,80 Mk., am höchsten in Oppeln mit 5,60 Mk., demnächst in Frankfurt a/O. und Halle mit 5,20 Mk. Berlin hatte einen Höchstpreis von 4,60 Mk. Geräucherter roher Schinken im Ausschnitt hatte an 15 Orten keinen Höchstpreis. Die höchste Festsetzung findet man in Frankfurt a/M. mit 7,60 Mk., demnächst in Harburg mit 7,20 Mk., während sieben im Osten belegene Orte nur einen Preis von 4,80 Mk. hatten. Berlin ist mit 6 Mk. ungefähr in der Mitte.

Rindfleisch hatte im März nur an zwölf Orten einen Höchstpreis; Berlin, Waldenburg und Köslin hatten ihre Höchstpreise vom Februar aufgegeben. Nimmt man von den drei Sorten, die beim Rindfleisch meist angegeben sind, die mittlere (Kochfleisch vom Vorderteil), so hatte Breslau den niedrigsten Preis mit 2,60 Mk. für das Kilogramm (allerdings nur bis 23. März, dann 3 Mk.), den höchsten Frankfurt a/O. mit 4,80 Mk. Kalbfleisch hatte im März, nachdem auch hier die oben genannten drei Orte den Höchstpreis aufgegeben hatten, nur noch an acht Orten eine Höchstpreisfestsetzung, die für Bratfleisch (Keule) zwischen 2,80 Mk. (Memel) und 4,40 Mk. (Göttingen) schwankte. Für Hammelfleisch wurde im März an neun Orten ein Höchstpreis zwischen 2,80 Mk. (Memel) und 5,60 Mk. (Frankfurt a/O.) angegeben.

Eßkartoffeln hatten im März an allen Orten, außer Köslin, Brandenburg und Oppeln, einen Höchstpreis, meist für Verkauf im Großhandel und im Kleinhandel. Der Großhandelspreis (für 100 Kilogramm) schwankt zwischen 7,20 Mk. in Waldenburg i/Schl. und 14 Mk. in Köln, der Kleinhandelspreis (für 1 Kilogramm) zwischen 8 Pfg. in Waldenburg i/Schl. und 14 Pfg. an einer ganzen Anzahl von Orten. Von den Hülsenfrüchten hatten Erbsen an zehn, Speisebohnen an zehn, Linsen nur an zwei Orten einen Höchstpreis, teils für den Großhandel, teils für den Kleinhandel. Posen hatte dabei die weitaus niedrigsten Großpreise.

Weizenmehl hatte an 14 Orten keinen Höchstpreis. Im übrigen schwankte der Großhandelspreis zwischen 37 Mk. in Hildesheim und 44 Mk. in Altona, also nicht sehr erheblich, und im Kleinhandel zwischen 42 Pfg. in Tilsit, Stralsund, Waldenburg i/Schl. und Oppeln und 62 Pfg. in Altona. Roggenmehl hatte im Großhandel mit 31 Mk. in Posen, Hildesheim und Marburg den niedrigsten und in Beuthen, Gleiwitz, Elberfeld und Saarbrücken den höchsten Preis, ebenso im Kleinhandel in Memel, Allenstein, Stralsund und Marburg mit 36 Pfg. den niedrigsten, in Barmen mit 56 Pfg. den höchsten. Für Weißbrot (Semmel) haben 14 Orte keinen Höchstpreis festgesetzt, im übrigen schwankt der Höchstpreis zwischen 50 Pfg. in Breslau und Waldenburg, und 100 Pfg. in Frankfurt a/M. und Wilhelmshaven. Berlin liegt mit 60 Pfg. dem Minimum ziemlich nahe. Roggengraubrot (Kriegsbrot) hat, abgesehen von acht Orten, die keinen Höchstpreis haben, die niedrigste Festsetzung in Görlitz mit 30 Pfg., die höchste in Köln mit 46 Pfg. In Berlin beträgt der Höchstpreis 42 Pfg. Grieß, Graupen und Grütze haben nur an etwa einem Drittel der Orte Höchstpreise ohne große Unterschiede. Reis hat nur an acht Orten einen Höchstpreis.

Butter hat an allen Orten Höchstpreise, die aber zum Teil für einzelne Sorten verschieden sind. Von den Orten mit einheitlichem Höchstpreis hat Marburg mit 3,80 Mk. die niedrigste, Spandau mit 5,68 Mk. die höchste Notierung. In Berlin beträgt der Höchstpreis je nach der Sorte 4,40—5,60 Mk. Milch, die nur an sieben westlichen

Orten keinen Höchstpreis hat, schwankt zwischen 18 Pfg. (Stolp und Köslin) und 32 Pfg. (Potsdam). In Berlin beträgt der Höchstpreis 30 Pfg., liegt also dem Maximum nahe. Eier haben nur an sieben Orten einen Höchstpreis, den niedrigsten mit 12 Pfg. für das Stück in Köslin, den höchsten mit 20 Pfg. in Frankfurt a/O.

Kaffee hatte im März nur noch an zwei Orten einen Höchstpreis mit 5,40 Mk. in Frankfurt a/O. und 5,60 Mk. in Graudenz, Zucker an zwölf Orten (56 bis 70 Pfg.), Speisesalz an 16 Orten (22 bis 30 Pfg.), ausländisches Schweineschmalz an zehn Orten (3,60 Mk. in Breslau bis 6,40 Mk. in Krefeld und Köln).

Für Steinkohlen haben zehn, für Braunkohlenbriketts ebenfalls zehn Orte einen Höchstpreis festgesetzt. Für Petroleum haben alle Orte einen Höchstpreis, der zwischen 30 und 34 Pfg. schwankt und meist 32 Pfg. beträgt.

Im allgemeinen hatten im Osten der Monarchie mehr Waren einen Höchstpreis als im Westen. In den mittleren Provinzen haben nur einzelne Städte von der Befugnis zur Festsetzung von Höchstpreisen einen umfangreicheren Gebrauch gemacht."

Allerdings änderten sich die Verhältnisse bereits in der nächsten Zeit sehr wesentlich.

Die Reichsbekleidungsstelle

Mit dem 1. Februar 1916 traten für das ganze Deutsche Reich Bestimmungen in Kraft, die ähnlich wie beim Getreide und bei den Metallen die gesamte Kleiderversorgung der Bevölkerung zu regulieren versuchten. Der größte Teil der vorhandenen Wirk-, Web- und Strickwaren wurde beschlagnahmt und das Verfügungsrecht darüber außerordentlich beschränkt. Von der Beschlagnahme wurden insbesonders betroffen: Stoffe zur Oberkleidung für Heer, Marine, Beamte und Gefangene; Schlaf- und Pferdedecken (Woilachs) und Deckenstoffe; Männer-Trikotagen; farbige Wäschestoffe und farbige Stoffe für Krankenbekleidung; farbige Futterstoffe; rohe und gebleichte Wäsche- und Futterstoffe, Drillichanzugstoffe; Segeltuche, Planstoffe und Sandsackstoffe.

Für alle diese Erzeugnisse wurden besondere Vorschriften vorgesehen, die sich nicht nur auf die Beschaffenheit der Fabrikate, sondern auch auf die Farben erstreckten. Eine ganze Reihe von Geweben blieb jedoch von der Beschlagnahme frei, darunter: Offiziertuche, Gewebe mit Mustern, Tischdecken u. dgl., Kamelhaardecken, Bettkattun, Damaste, Frottiertücher, Serge, Zanella, gewisse Erzeugnisse der Jacquardweberei und endlich Sandsackstoffe in Florgewebe. Aber die sogenannte Freiliste war noch wesentlich größer. Ueber diese Liste hinaus wurde dem Besitzer der Ware vorläufig noch eine gewisse Quantität zum Weiterverkauf freigegeben. Es handelte sich hierbei um Mindestmengen, die es dem Wareneigentümer ermöglichen sollten, zunächst noch sein Geschäft weiter zu führen. Allerdings war er dabei an gewisse Bedingungen gebunden. Einmal durfte er von diesen Mindestmengen an jeden Käufer an einem Tage nur ein Stück verkaufen, um das Hamstern unvernünftiger Elemente zu verhindern. Zum anderen wurde, um unberechtigten Preistreibereien vorzubeugen, vorgeschrieben, daß diese Mindestmengen nur zu demselben Preise wie vorher verkauft werden durften. Bei einem Verstoße dagegen konnte die Enteignung der Ware oder gar die Schließung des Geschäftsbetriebes vorgenommen werden. Die Gründe für diese einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen waren weniger in den ungenügenden Vorräten an Rohmaterialien, Gespinsten und Geweben zu suchen, als sie auf alle Fälle für die Zwecke des Heeresbedarfs zu sichern und die vorhandenen Vorräte in weitgehendem Umfange zu strecken. Diese Einschränkung der Stoffverarbeitung für die Zivilbevölkerung übte natürlich auf die Textilindustrie eine überaus ungünstige Rückwirkung aus. Die Reichsregierung stellte daher Mittel zur Verfügung, um die arbeitslos werdenden Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie durch Beihilfen, an denen sich auch die

Gemeinden beteiligten, zu unterstützen. Die Bedeutung des Bekleidungsgewerbes im deutschen Wirtschaftsleben erhellt daraus, daß es unter Ausschluß des Schuhgewerbes 934 247 Erwerbstätige umfaßt.

Gegen Ende März 1916 tat man einen Schritt weiter. Um für die minderbemittelte Bevölkerung, die bei längerer Dauer des Kriegs notwendige Bekleidung, in erster Linie das erforderliche Unterzeug, zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu haben, wurde eine Reichsstelle für bürgerliche Kleidung, eine Reichsbekleidungsstelle eingerichtet. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der frühere Dresdener Oberbürgermeister Dr. Beutler bestimmt. Der Reichsbekleidungsstelle lag die Vorbereitung der zu treffenden Maßnahmen, die Bewirtschaftung der Vorräte, ihre Verteilung und die Sorge für Ersatzstoffe ob. Die Stelle sollte zunächst im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung feststellen, was von den beschlagnahmten Textilwaren für die bürgerliche Bevölkerung freigegeben und der Reichsbekleidungsstelle überlassen werden konnte. Hiernach sollte sie prüfen und bestimmen, was weiter an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten im Reiche zu greifen und welche Ersatzstoffe zu beschaffen sein würden. Daneben war der Bedarf zu ermitteln. Nach der Feststellung des Vorrates, des Zuwachses und des Bedarfes sollte es ihre Aufgabe sein, den Verteilungsschlüssel zu finden. Zur Begutachtung aller Fragen erhielt die Reichsstelle einen engeren Beirat von Sachverständigen.

Am 10. Juni trat sie mit ihrem Programm, d. h. einer neuen Einschränkung des Stoffverbrauchs an die Oeffentlichkeit. Die bisherige Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft wurde in eine Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle umgewandelt und das Grundkapital von 1 auf 16 Millionen Mark erhöht. In ihren Aufgabenkreis hatte sie inzwischen noch den Punkt aufgenommen, mit dem Verbrauch der vorhandenen Bestände noch sparsamer hauszuhalten, damit auch bei noch so langer Dauer des Krieges am Friedensschluß für die in die bürgerlichen Berufe zurückkehrenden Krieger genügend Stoffe vorhanden seien. Die neue Verbrauchsregelung sollte in der Uebergangszeit bis zum August 1916 durch eine Beschränkung des Absatzes im Kleinhandel auf 20 Prozent des Inventurergebnisses erreicht werden. Von da an durften unter die Verordnung fallende Web-, Wirk- und Strickwaren im Kleinhandel nur gegen Bezugschein an den Verbraucher abgegeben werden. Der Bezugschein sollte dem Antragsteller nur bei Nachweis dringenden Bedarfes von der Behörde seines Wohnsitzes ausgestellt werden. Jeder Kleinhändler mit diesen Stoffen hatte unverzüglich eine Inventur derartiger in seinem Besitz befindlicher Waren mit Einsetzung der Preise aufzunehmen. Während der Inventur bestand eine Verkaufssperre. Fabrikanten und Großhändler durften nur an solche Abnehmer liefern, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden hatten. Von der Verkaufseinschränkung war indessen auch diesmal eine Reihe von Waren ausgenommen, wie Seidenstoffe, Batiste, Schirme u. a. m. Die Bezugsscheine waren freizügig. Im Anschluß daran ordnete eine Bekanntmachung die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art an, und eine Lumpenverwertungsstelle trat ins Leben.

Die Stofferspárnis aber suchte man gleichzeitig auch durch eine Einwirkung auf die Mode, die in dieser Saison die weiten Damenröcke propagiert hatte, zu erzielen. Dahingehende Ministerialerlasse wurden in den einzelnen Bundesstaaten veröffentlicht. Schließlich einigte sich eine Sachverständigenkommission auf folgende Höchstmaße für den Stoffverbrauch: für Paletots 3,75 Meter (von 130 Zentimeter breiter Ware ab), für Kostüme 4,75 Meter, für Röcke 4 Meter, für Staubmäntel 4,5 Meter. Bei Größen über 46 sollte durchweg ein Stoffmehrverbrauch gestattet sein. Für Kindermäntel dagegen wurde von der Festsetzung der Höchstmaße Abstand genommen.

Die Schuhsohlenkarte

Die Gestaltung der Verhältnisse am Ledermarkt hatte schon einige Monate nach Beginn des Krieges infolge der ganz anormalen Preisentwicklung die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die gewaltigen Käufe der Militärintendanturen hatten die Lederpreise in ganz kurzer Zeit um mehr als hundert Prozent in die Höhe klettern lassen. Erst verhältnismäßig spät ging die Regierung hiergegen vor. Die erste Maßnahme, die Beschlagnahme der für den Heeresbedarf in Betracht kommenden Häute, erfolgte am 14. November 1914. Der Zweck dieser Beschlagnahme war die Regelung der Sammlung des Lederrohstoffes. Am 1. Mai 1915 machte man durch Aufstellung sogenannter Richtpreise den ersten Versuch, die Lederpreise zu beeinflussen, jedoch erst anfangs Dezember 1915 wurde ein gesetzlicher Höchstpreis für Häute und Leder vorgeschrieben, der um rund ein Drittel niedriger war, als die Lederpreise, die vorher bezahlt wurden. Mitte März 1916 erfolgte eine weitere Preisreduktion um zehn bis fünfzehn Prozent. Ferner wurde am 1. August eine Ermäßigung der Grundpreise in der Weise vorgenommen, daß die Lederpreise nur noch um zehn Prozent über den Friedenspreisen standen. Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme auch auf Roßhäute und Fohlenfelle ausgedehnt, um billiges Bodenleder, unter dessen hohen Preisen der Konsum sehr litt, zu beschaffen. Wenige Tage danach erschien eine neue Verordnung der Militärbehörde, wonach die Beschlagnahme aller Ledersorten ohne Ausnahme für den 1. September 1916 ausgesprochen wurde. Die allgemeine Beschlagnahme war notwendig, um dem Fiskus die Verfügungsberechtigung zu schaffen. Auch diesmal war damit eine starke Herabsetzung der Preise für Leder verbunden.

Im Hauptausschusse des Reichstages waren unterdessen aufsehenerregende Mitteilungen über die Riesenverdienste einer Anzahl von Gerbereien gemacht worden. Danach hatten sie eine Verdienststeigerung zwischen 500 und 6515 Prozent erzielt (in Celle, Aachen, Wandsbek und Pirmasens). Das war natürlich nicht ohne Einfluß auf die staatliche Preisregulierung geblieben. Wie groß in der Tat die Verdienstmöglichkeiten im Ledergewerbe gewesen sein müssen, geht u. a. auch aus der Gestaltung des Sicherungsfonds der Kriegsleder-Aktiengesellschaft hervor. Es war ursprünglich beschlossen worden, die sämtlichen Lederfabriken, für die die Gesellschaft zu arbeiten hatte, an der Aufbringung der Betriebs- und Garantiekapitalien zu beteiligen und auf alle Zuteilungen an rohen Häuten und Gerbstoffen einen Aufschlag von zehn Prozent für den Sicherungsfonds zu erheben. Nach dem Statut der Gesellschaft sollte der Aufschlag, wenn der Sicherungsfonds zehn Millionen Mark erreicht habe, durch Beschluß des Aufsichtsrates ermäßigt oder aufgehoben werden. Bereits am 1. Mai 1915 hatte der Fonds einen Betrag von 16 Millionen Mark erreicht, so daß der Aufsichtsrat die Berechnung der zehn Prozent ganz aufhob. Wenige Monate später regten führende Firmen der Lederindustrie an, auf die Hälfte ihrer etwaigen Rückforderungsansprüche zugunsten gemeinnütziger Zwecke zu verzichten. Dieser Anregung wurde für mehr als 7/8 der Einzahlungen auf den Sicherungsfonds stattgegeben; auch die Begründung eines Forschungsinstitutes für die Lederindustrie wurde in Aussicht genommen.

Die staatliche Politik der Höchstpreise und der Beschlagnahme wirkte auch auf die Schuhverarbeitungs-Industrie ein. Mitte Juni 1916 bestimmte eine Bundesratsverordnung, daß in gewerblichen Betrieben, in denen Schuhwaren mit ledernen Unterböden irgend welcher Art hergestellt werden, die Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter und den Betrieb in der Woche 40 Stunden, ausschließlich der Pausen, nicht überschreiten dürfe. Den Hausarbeitern durfte ebenfalls nur eine entsprechend verringerte Arbeitsmenge zugeteilt werden. Durch diese Einschränkung sollte bei der Knappheit der verfügbaren Vorräte an Bodenleder die Arbeitsgelegenheit vermehrt und der Ent-

lassung zahlreicher Arbeiter vorgebeugt werden. Die Verteilung des Leders erfolgte durch die Kontrollstelle für freigegebenes Leder. Der Bezug für den eigentlichen Kleinverkehr sollte durch die Innungen geregelt werden. Ein nach Berlin berufener Allgemeiner deutscher Schuhmachertag beschäftigte sich eingehend mit diesen Maßnahmen und wandte sich gegen die Bevorzugung der Schuhfabriken, denen ²/₃ der verfügbaren Vorräte überlassen würden, während auf die Schuhmacher nur das übrige Drittel entfalle. Nach statistischen Erhebungen seien in den deutschen Schuhfabriken rund 70 000 Arbeiter beschäftigt gegenüber 240 000 im Schuhmacherhandwerk. Auf diese Beschwerden hin wurde eine neue Verteilungskommission geschaffen, in der die Vertreter der Schuhmacher volles Mitbestimmungsrecht erhielten. In Verbindung damit wurde die Einführung einer Schuhsohlenkarte beschlossen, die zwar nicht für die Käufer bestimmt war, wohl aber in deren Interesse für die Erzeuger.

Der Vorgang der Verteilung spielte sich nun folgendermaßen ab: Sämtliches Rohleder, das im Lande war, ging an die Kriegsrohledergesellschaft, die es den Gerbereien überwies. Die Gerber lieferten das erforderliche Material an die Kriegsledergesellschaft, die es wieder an die einzelnen Kriegsbekleidungsämter verteilte. Für das Leder, das für die Zivilbevölkerung übrig blieb, mußte der Gerber einen Freigabeschein erwirken, der ihm von der Kontrollstelle für die Lederverteilung überreicht wurde. Erst jetzt konnte er im Wege des Handels die Ware dem eigentlichen Verarbeiter abgeben, war aber verpflichtet, die Hälfte des freigegebenen Leders dem Großverkehr, die Hälfte dem Kleinverkehr (Schuhmacher, die allein arbeiten oder weniger als zwanzig Arbeiter beschäftigen) zu überlassen. Die weitere Verteilung auf Grund des Sohlenwertes erfolgte in der Weise, daß nach Maßgabe des jeweils freien Leders die einzelnen Betriebe nach der Kopfzahl der in ihnen beschäftigten Arbeitsgesellen bedacht wurden. Damit war, und das war für das Publikum das wichtigste Moment, gewährleistet, daß jeder Schuhmacher in die Lage versetzt wurde, seine Kundschaft zu bedienen. Von der Einführung einer Schuhkarte für das kaufende Publikum sah man ab.

Die Papiernot

Wie in anderen Ländern machte sich auch in Deutschland die Papiernot mehr und mehr geltend. Am 18. April 1916 traf der Bundesrat die ersten Maßnahmen, um die Versorgung der Zeitungen und Zeitschriften mit Druckpapier sicher zu stellen und den Verbrauch zu regeln. Im Anschluß daran verfügte der Reichskanzler die Errichtung einer Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe, dem ein Beirat aus Vertretern der beteiligten Gewerbe beigegeben wurde. Zur Deckung der Unkosten der Kriegswirtschaftsstelle hatten die Zeitungen fünf Pfennige von hundert Kilogramm des Druckpapiers acht Tage nach Eingang jeder Sendung abzuführen. Vom 27. April 1916 ab durfte das Druckpapier nicht mehr bei den Lieferanten unmittelbar bestellt oder abgerufen werden, sondern mußte ausschließlich durch die Vermittlung der Kriegswirtschaftsstelle gehen. Die kostenlose Abgabe von Sonderblättern, abgesehen von den Mitteilungen der Obersten Heeresleitung, wurde verboten, ebenso eine Vermehrung der Zeitungsbeilagen. Die Seitenzahl der Zeitungen wurde zwei Monate später um fünf bis siebzehn Prozent, berechnet nach dem Durchschnittsverbrauch des Jahres 1915, eingeschränkt und die Lieferung von Frei- und Werbeexemplaren verboten.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger protestierte gegen die gewaltige Verteuerung der Papierpreise, wies darauf hin, daß eine weitere Preissteigerung viele Zeitungen zwingen würde, ihr Erscheinen einzustellen und forderte ein Eingreifen der Staatsgewalt. Die Regierung erklärte sehr bald darauf, diesem Ersuchen zu entsprechen und der Tagespresse das benötigte Zeitungsdruckpapier auf der derzeitigen Preisgrund-

lage soweit wie möglich sicher zu stellen. Die Zeitungen selbst nahmen durchweg Preiserhöhungen für die Abonnements vor und begründeten das damit, daß die Kosten des Papiers der Zeitung seit Kriegsbeginn um etwa 90 Prozent gestiegen seien, die Kosten der Farbe um etwa 125 Prozent, der Metalle um 200 Prozent, des Oels um 300 Prozent und der Stricke um über 200 Prozent. In derselben Zeit seien auch die Beträge für die Löhne und Gehälter infolge der Teuerungszuschläge erheblich in die Höhe gegangen.

Die Kriegssteuern

Als der Reichsetat für 1916 dem Reichstage Anfang März 1916 vorgelegt wurde, zeigte es sich, daß die Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat ohne die Erschließung neuer Einnahmen nicht möglich war. Dabei waren die eigentlichen Ausgaben für die Kriegführung auf den außerordentlichen Etat und damit wie schon im Jahre vorher auf Anleihe genommen worden. Gleichfalls sah man, wie vordem, von einer Tilgung der Anleihe ab. Dagegen mußte man den Zinsendienst sicher stellen. Die Reichsregierung schlug daher, neben der Kriegsgewinnsteuer, Tabakabgaben, Quittungsstempel, Reichsabgabe von Post- und Telegraphenverkehr und Frachturkundenstempel als Kriegssteuern vor. Ihr voller Jahresertrag wurde auf 520 bis 540 Millionen Mark veranschlagt, aber da sie nicht alsbald mit Beginn des neuen Rechnungsjahres in Kraft traten, nur mit 480 Millionen Mark in Einnahme gestellt. Im Reichstage wurde dieses Steuerbukett nicht ohne weiteres gut geheißen. Es fanden teilweise recht lebhafte Auseinandersetzungen statt, und Wochen um Wochen vergingen, bis sich die sogenannten bürgerlichen Parteien im Ausschusse des Reichstages schließlich auf einen Kompromiß einigten, der die Regierungsvorlagen ganz wesentlich umgestaltet hatte, aber doch von der Regierung akzeptiert wurde. Am 5. Juni 1916 nahm dann der Reichstag in dritter Lesung das Steuerkompromiß gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen an (vgl. S. 42). Im einzelnen gestalteten sich die Steuern wie folgt:

Bei der Kriegssteuer (Kriegsgewinnsteuer) hatte man drei Abgaben zu unterscheiden. Erstens die Abgabe vom gleichgebliebenen, um weniger als zehn Prozent verminderten Vermögen der Einzelpersonen. Zweitens die Abgabe vom Vermögenszuwachs der Einzelpersonen und drittens die Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften. Die erstgenannte Abgabe beträgt ein Prozent desjenigen Vermögensteiles, der am 31. Dezember 1916 das bei der Veranlagung des Wehrbeitrages festgestellte Vermögen übersteigt, insoweit es weder der Besitzsteuer noch der Zuwachsabgabe unterliegt. Die Zuwachssteuer beginnt mit einem Satz von fünf Prozent für die ersten 10 000 Mark Zuwachs und erreicht in einer Durchstaffelung den Höchstsatz von 50 Prozent. Von der Steuer befreit bleibt ein Zuwachs bis zu 3000 Mark, ebenso jeder Zuwachs, der das Gesamtvermögen nicht über 10 000 Mark vermehrt. Für inländische Gesellschaften beträgt die Abgabe, wenn sich der Mehrgewinn im Jahresverdienst auf zwei Prozent des eingezahlten Grund- und Stammkapitals, zuzüglich der bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahres ausgewiesenen wirklichen Reservekontenbeträge stellt, zehn Prozent des Mehrgewinns und steigt, wenn er 25 Prozent übersteigt, um 50 Prozent des Mehrgewinns.

Die Warenumsatzsteuer, die anstelle des von der Regierung vorgeschlagenen Quittungsstempels trat, sah unter Außerkraftsetzung des Scheckstempels einen Stempel von eins von Tausend des Gesamtbetrages der Zahlungen in Abstufungen von zehn Pfennig für je volle hundert Mark bezahlter Warenlieferungen vor. Als Warenlieferung galten auch Lieferungen von Gas, elektrischem Strom und Leitungswasser, dagegen nicht Forderungen, Urheberrechte, Wertpapiere usw. und auch nicht Grundstücke.

Nach dem Frachturkundenstempel wurden im Eisenbahnverkehr erhoben: 1. für Frachtstückgut und Expreßgut Mk. 0,10; 2. für Eilstückgut Mk. 0,20; 3. für

Frachtgut in Wagenladungen: bei einem Frachtbetrage bis zu 25 Mk. 1 Mk., bei höheren Beträgen 2 Mk.; 4. für Eilgut in Wagenladungen: bei einem Frachtbetrage bis zu 25 Mk. Mk. 1,50, sonst 3 Mk.; für Urkunden über die einzelnen Sendungen im Eisenbahn-Sammelladungsverkehr der Spediteure Mk. 0,05.

Nach der Tabaksteuer erhöhte sich der Tabakzoll pro Doppelzentner für: unbearbeitete Tabakblätter von 85 auf 130 Mk., bearbeitete Tabakblätter von 180 auf 280 Mk., Karotten usw. von 210 auf 300 Mk., Schnupf- und Kautabak von 300 auf 600 Mk., geschnittenen Rauchtabak von 700 auf 1100 Mk., Zigarren von 270 auf 700 Mk. und Zigaretten von 1000 auf 1500 Mk. Der Wertzollzuschlag für Tabakblätter und Zigarren wird von 40 auf 65 Prozent erhöht, der Zuschlag für die im Reiseverkehr eingebrachten Zigarren von 1000 auf 1700 Mk. pro Doppelzentner. Jedoch soll die Erhöhung des Wertzolls erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn der Wert der Tabakblätter durchschnittlich auf weniger als 180 Mk. herabgeht. Die Tabaksteuer wird für Tabakblätter von 57 auf 70 Mk. erhöht; für Zigarettentabak bleibt der alte Satz von 45 Mk. bestehen. Die Flächensteuer, die für Pflanzungen von weniger als 4 Ar an die Stelle der Gewichtsteuer tritt, wird von 5,7 auf 7 Pfg. für den Quadratmeter, ihr Mindestbetrag von 50 auf 70 Pfg. erhöht. Auf die Sätze der Zigarettensteuer wurden Kriegsaufschläge gelegt, durch welche die Steuer für 1000 Stück erhöht wird: 1. für Zigaretten im Kleinverkaufspreise von 2 bis 15 auf 5 bis 40 Mk. 2. für Zigarettentabak im Kleinverkaufspreise von 8 bis über 30 Mk., das Kilogramm von Mk. 1,60 bis 7 Mk. auf 4,60 bis 19 Mk.; 3. für Zigarettenpapier für 1000 Hüllen von 1 auf 6 Mk.

Der neue Posttarif sah einen Zuschlag als Reichsabgabe mit zweijähriger Befristung, wie folgt vor: 1. Briefe im Ortsverkehr mit 2½, im sonstigen Verkehr mit 5 Pfg.; 2. Postkarten mit 2½ Pfg.; 3. Pakete bis 5 Kilogramm Gewicht: a) auf Entfernungen bis 75 Kilometer 5 Pfg.; b) auf weitere Entfernungen 10 Pfg.; über 5 Kilogramm Gewicht: a) auf Entfernungen bis 75 Kilometer 10 Pfg. b) auf weitere Entfernungen 20 Pfg.; 4. Briefe mit Wertangabe auf Entfernungen bis 75 Kilometer 5 Pfg, auf weitere Entfernungen 10 Pfg.; 5. Postauftragsbriefe 5 Pfg.; 6. Telegramme für jedes Wort 2 Pfg., Mindestbetrag für jedes Telegramm 70 Pfg.; 7. Rohrpostsendungen 5 Pfg. 8. Telephon-Anschlüsse und Gespräche 10 Prozent. Für dringende Gespräche wird die Abgabe nur nach dem Satz der einfachen Gespräche berechnet.

Der finanzielle Effekt dieses Steuerkompromisses war weit höher, als es ursprünglich in den Wünschen der Regierung gelegen hatte. Die vom Reichstage angenommenen Steuern, die natürlich in weiten Kreisen von Handel, Gewerbe und Verkehr durchaus nicht begeistert aufgenommen wurden, versprachen, ganz abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer, die gar nicht erst in den Etat eingestellt wurde, statt der 520 Millionen im ganzen etwa 780 Millionen Mark Mehreinnahmen.

Wie das Reich, so sahen sich auch die Bundesstaaten genötigt, auf weitere Steuereinnahmen zu sinnen. Das geschah meist in der Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer. In Preußen stellte sich der daraus erzielte Betrag auf insgesamt hundert Millionen Mark, der zur Deckung des Etatfehlbetrages verwendet wurde.

Das Kredit-, Börsen- und Bankwesen

Je stärker der Staat als Auftraggeber oder Käufer in das gesamte Wirtschaftsleben eingriff, je mehr er Produktion und Konsumtion staatswirtschaftlich zu regeln versuchte, umso veränderter wurde die Gestalt des Kreditwesens. Die Heeresverwaltung mit ihren Riesenaufträgen bezahlte die Lieferungen Zug um Zug. Weder Produzenten noch Handelsfirmen brauchten daher bei ihren Banken Vorschüsse zu entnehmen. Die

Industrie konnte vielfach ihre frühere Rolle als Schuldner mit der eines Gläubigers der Banken vertauschen. Dagegen wurde das Reich in ganz großem Maßstabe Kreditnehmer wie nie zuvor. Und zwar zunächst im Wege der Diskontierung von Schatzanweisungen, die zuerst von der Reichsbank übernommen und dann an andere Banken weiter verkauft wurden, um von hier in weitere Kanäle geleitet zu werden. Ebenso wie bei der Reichsbank der Bestand an Wechseln aus den Kreisen von Industrie und Handel gegenüber den Forderungen an das Reich immer geringer wurde, ebenso haben die privaten Geldinstitute die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in erster Reihe zur Befriedigung des Reichsbedarfs verwendet. Die öffentliche Kreditgewährung hat auf diese Weise, wie der Finanzschriftsteller Arthur Norden feststellt, gegenüber der privaten eine dominierende Stellung errungen, und dies noch mehr dadurch, daß auch die Einzelstaaten, die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften bei den Banken Vorschüsse aufnahmen.

Im Mai 1916 stellte der Berliner Volkswirtschaftslehrer Professor Dr. Julius Wolf einmal die Kredite, die von den kriegführenden Finanzmächten im Laufe des Krieges aufgenommen worden sind, in ein Verhältnis zu ihren Nationalvermögen. England, Frankreich, Italien und Deutschland hätten danach in zwei Jahren durch den Krieg ein Sechstel ihres Volksvermögens eingebüßt, Oesterreich-Ungarn sogar ein Fünftel. Indes verdiene das deutsche Volksvermögen einen höheren Ansatz, als er dieser (übernommenen) Berechnung zugrunde liege. Infolgedessen sei für Deutschland die Quote in Wirklichkeit kleiner. Am 1. August 1916 werde der Zinsendienst der Staatsschulden erfordern jährlich auf den Kopf: in Deutschland 27 Mk., in England 56 Mk., in Frankreich 80 Mk.

Wie in den vorangegangenen drei Kriegshalbjahren trat die Reichsregierung auch im vierten Halbjahre mit einer Kriegsanleihe auf den Geldmarkt. Der im Dezember 1915 bewilligte zehn Milliarden-Kredit sollte im März 1916 vom Reichsschatzamt in Form einer vierten Kriegsanleihe flüssig gemacht werden. Wieder wurde von Mitte Februar an eine gewaltige Propaganda in Stadt und Land eingeleitet, an der sich, wie früher schon, die allerweitesten Kreise der Behörden und der gesamten Geschäftswelt beteiligten. Wieder derselbe gewaltige Erfolg! Wenn die Gesamtsumme der Zeichnungsbeträge auch um rund 1,4 Milliarden Mark gegenüber der letzten Anleihe zurückblieb, so tat das doch dem Riesenerfolge auch dieser Anleihe mit ihren insgesamt 10 712 Millionen Mark um so weniger Eintrag, als die Zahl der Zeichnungen gegen früher ganz erheblich gewachsen war, so daß diese Anleihe den ausgesprochenen Charakter einer Volksanleihe hatte. Diesmal waren viel mehr als vorher von Gemeinden, Schulen, Vereinen, Berufsvertretungen, Arbeitgebern u. a. m. Sammelzeichnungen veranstaltet worden, an denen viele Einzelzeichner, und zwar auch mit Beträgen von weniger als hundert Mark, beteiligt waren.

Sowohl die 4½ prozentigen Reichsschatzanweisungen wie die 5 prozentige Reichsanleihe wurden ohne Begrenzung des Höchstbetrages aufgelegt, so daß wieder für Konzert- und Scheinzeichnungen kein Raum blieb. Die Tilgung der Schatzanweisungen soll durch Auslosung von je einer Serie in den Jahren von 1923 bis 1932 erfolgen. Die Reichsanleihe wurde in der Frage der Unkündbarkeit den drei ersten Anleihen gleichgestellt und kann vom Reiche nicht früher als zum 1. Oktober 1924 gekündigt werden. Der Zeichnungspreis wurde für die 4½ prozentigen Reichsschatzanweisungen auf 95 Mark, für die 5 prozentige Reichsanleihe auf 98,50 Mark und bei Eintragungen in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis 15. April 1917 auf 98,30 Mark für je hundert Mark festgelegt. Der Preis für die 5 prozentige Reichsanleihe war um ½ Prozent niedriger, als der Preis der dritten Kriegsanleihe. Immerhin war ihr Preis ebenso hoch wie der der zweiten Kriegsanleihe und übertraf den der ersten um ein Prozent. Die Zeichnungsfrist war für die Zeit vom 4. bis 22. März 1916 festgesetzt. Das Gesamt-

ergebnis der Anleihe stellte sich in bezug auf die Gliederung der Zeichnungen und die früheren Anleiheergebnisse, die in Klammern wiedergegeben sind, wie folgt:

von M.	bis M.	Zahl der Zeichnungen: Vierte Anleihe	Dritte Anleihe	Zweite Anleihe	Erste Anleihe	Betrag in Millionen Mark: Vierte Anleihe	Dritte Anleihe	Zweite Anleihe	Erste Anleihe
	200	2 406 118	(984 358)	(452 113)	(231 112)	201	(130)	(71)	(36)
300	500	967 929	(858 2[illegible]9)	(581 470)	(241 804)	407	(369)	(254)	(111)
600	1000	885 941	(918 595)	(660 776)	(453 143)	794	(844)	(604)	(587)
1100	2000	468 724	(530 176)	(418 861)		792	(928)	(733)	
2100	5000	347 725	(4[illegible]2 626)	(361 459)	(157 591)	1 247	(1 563)	(1354)	(579)
5100	10000	113 927	(147 593)	(130 903)	(56 438)	907	(1 202)	(1057)	(450)
10100	20000	42 158	(53 445)	(46 105)	(19 313)	666	(858)	(745)	(307)
20100	50000	30 361	(32 840)	(26 407)	(11 584)	980	(1 167)	(926)	(410)
50100	100000	9 100	(10 090)	(7 742)	(3 629)	734	(850)	(648)	(315)
100100	500000	6 308	(7 074)	(4 361)	(2 050)	1 531	(1 766)	(1066)	(509)
500100	1000000	780	(832)	(538)	(361)	641	(695)	(440)	(287)
über 1000000		574	(530)	(325)	(210)	1 812	(1 729)	(1 162)	(869)
	zusammen	5 279 645	(3 966 418)	(2 691 060)	(1 177 235)	10 712	(12 101)	(9060)	(4460)

Es beträgt die Stückzahl der Einzelzeichnungen:

Auf Reichsanleihe-Stücke	4 460 939	über 7120	Millionen Mark
„ „ mit Schuldbucheintragung	656 170	„ 2023	„ „
„ Reichsschatzanweisungen	162 536	„ 1569	„ „

Es belaufen sich die Zeichnungen:

Bei der Reichsbank	auf	461	Millionen Mark
„ den Banken und Bankiers	„	6 165	„ „
„ „ Sparkassen	„	2 727	„ „
„ „ Lebensversicherungsgesellschaften	„	349	„ „
„ „ Kreditgenossenschaften	„	839	„ „
und bei der Post	„	171	„ „
	zusammen	10 712	Millionen Mark

Von der großartigen Beteiligung der deutschen Schulen legt die nachstehende Tabelle ein beredtes Zeugnis ab. Es sind dabei allerdings nur die höheren und mittleren Schulen sowie die Lehrerbildungsanstalten berücksichtigt. Nach den beim Reichsschatzamte eingegangenen Meldungen sind bei 2876 Schulanstalten mit einer Schülerzahl von zusammen 915 535 durch 419 971 Schüler (gleich 61 v. H. der Schüler überhaupt) insgesamt 53 089 994 Mk. gezeichnet worden. Es haben gezeichnet:

unter 20 Mk.	105 469 Schüler	822 793	Mk.
von 20 „ bis 99 Mk.	115 711 „	4 299 184	„
also unter 100 Mk.	221 180 (53 v. H.)	5 121 977	Mk. (10 v. H.)
von 100 bis 199 Mk.	132 212 Schüler	13 526 839	„
„ 200 „ 999 „	56 853	17 824 393	„
„ 1000 „ 1999 „	7 429 „	7 795 399	„
„ 2000 „ 2999 „	1 182 „	2 608 039	„
„ 3000 „ und darüber	1 115 „	6 213 347	„
zusammen	419 971 Schüler	53 089 994	Mk.,

also 1 Schüler im Durchschnitt 126 Mk.

Ebenso überraschend wie die überaus starke Beteiligung der deutschen Bevölkerung an der Anleihe war auch die schnelle Einzahlung der gezeichneten Beträge. Während nach den Zeichnungsbedingungen die ersten 30 Prozent des zugeteilten Betrages bis zum 18. April 1916 zu entrichten waren, wurden bis zu diesem Termin nicht weniger als 76 Prozent eingezahlt. Dabei war nicht eine Spur von scharfer Kreditanspannung zu erkennen. Es war, wie einer sagte, als wenn die Milliarden aus der Erde gestampft worden wären. Obwohl diese ungeheuren Einzahlungen mitten in die

Zeit der Quartalswende fielen, versteiften sich die Geldsätze an der Berliner Börse in keiner Weise. Der Privatdiskont senkte sich vorübergehend sogar noch etwas unter den Stand von 4³/₄ Prozent, den er von Ende Januar 1916 ab eingenommen hatte. Selbst die Darlehenskassen waren bis zu diesem Termin mit nicht mehr als 4,8 Prozent in Anspruch genommen. In der Folgezeit hielt sich die Beanspruchung der Darlehenskassen für die vierte Kriegsanleihe in ähnlich engem Rahmen. Die ausgewiesene Höchstsumme betrug 649,4 Millionen Mark (30. Juni 1916) gleich 6,4 Prozent der bis dahin geleisteten Vollzahlung von 10 175,3 Millionen Mark. Bis zum 31. August war die Ziffer bereits wieder auf 492,6 Millionen Mark gleich 4,6 Prozent gesunken. Daraus ergibt sich zugleich, wie vollkommen haltlos die Verdächtigungen waren, die das feindliche Ausland in der Richtung geäußert hatte, daß die deutschen Kriegsanleihen in der Hauptsache mit Hilfe der Darlehenskassen aufgebracht würden. In diesem Zusammenhange darf darauf hingewiesen werden, daß bis zum 31. August 1916 die gesamte Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Zwecke der Einzahlungen auf sämtliche Anleihen nicht mehr als 2,6 Prozent betrug und Darlehen auf Wertpapiere und Waren verschiedenster Art enthielt.

Am 7. Juni 1916 trat die Reichsregierung mit einer neuen Kreditvorlage vor den Reichstag, die auch von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit angenommen wurde; nur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft verhielt sich ablehnend (vgl. S. 47). Der Kredit war auf 12 Milliarden beziffert. Der neue Reichsschatzsekretär, Graf v. Roedern, begründete die Vorlage mit einer längeren Rede. Darin teilte er u. a. mit, daß die Kriegskosten sich seit Beginn des Jahres 1916 unter 2 Milliarden Mark im Durchschnitt eines Monats bewegten, und zwar in der Weise, daß sie in den Monaten Februar und April 1800 und 1900 Millionen und im Januar, März und Mai je 2 Milliarden betragen hätten. Das sei um so bemerkenswerter, als sich unsere Kampffronten nicht verringert hätten und insbesondere an der Westfront seit drei Monaten ein außerordentlich zäher Kampf tobe. „Für England," fuhr er fort, „betragen die täglichen Kriegskosten annähernd 100 Millionen, was monatlich eine Milliarde mehr ist, als wir aufwenden müssen. In Frankreich belaufen sich die täglichen Kriegskosten in den letzten fünf Monaten auf durchschnittlich 60 Millionen, sie sind also ungefähr ebenso hoch wie bei uns. Die Verhältnisse in Rußland und bei unseren anderen Feinden liegen weniger klar. Das Verhältnis unserer und unserer Verbündeten Kriegsausgaben zu den Kriegsausgaben unserer Gegner wird auch jetzt noch mit etwa 1 : 2 richtig geschätzt werden können und jedenfalls nicht zu pessimistisch geschätzt sein. Die verbündeten Regierungen beabsichtigen nicht, schon jetzt wieder mit einer neuen Anleihe auf den Markt zu treten. Wir werden uns daher wie bisher in den nächsten Monaten mit kurzfristigen Schatzanweisungen behelfen und die Anleihe erst ausgeben, wenn die hoffentlich recht gute Ernte eingebracht ist und den Sparkassen neue Gelder zugeflossen sind, also nicht vor September 1916."

Wie vordem nahm die Reichsbank an der gesamten Kredit- und Anleiheentwicklung einen hervorragenden Anteil. Sie konnte sowohl den privaten wie auch namentlich den vom Reich an sie gestellten Anforderungen an Zahlungsmitteln und an Kredit dauernd ohne Schwierigkeiten und ohne Einbuße an ihrer Leistungsfähigkeit voll entsprechen. Die fortgesetzt überaus befriedigende Entwicklung des deutschen Geldmarktes ermöglichte es wieder, daß die Reichsbank sowohl durch Weiterverkäufe großer Beträge von Schatzanweisungen als auch durch die schnellen und vorzeitigen Einzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe wesentlich entlastet wurde. Der Goldbestand der Reichsbank wuchs bis August 1916 fortgesetzt weiter an, so daß seit Ausbruch des Krieges bis August 1916 in der Zunahme von Woche zu Woche niemals eine Unterbrechung eintrat, obwohl

aus den Eingängen wiederum häufig größere Summen vorher abgezweigt werden mußten, um der Bezahlung notwendiger Einfuhren aus dem Auslande zu dienen. Auch die Bereitstellung der notwendigen Goldbeträge für ärztliche und industrielle Zwecke ließ sich ermöglichen. Zur weiteren Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank wurde der Ankauf von Goldsachen allgemein organisiert. In den preußischen Provinzen und in den deutschen Bundesstaaten bildeten sich Ehrenausschüsse aus angesehenen Männern und Frauen. In größeren Städten wurden Goldankaufsstellen, an kleineren Plätzen und auf dem platten Lande Goldankaufs-Hilfsstellen errichtet. In der Hand sachverständiger Goldschmiede lag die Abschätzung der eingelieferten Schmuckstücke, für die der Goldwert vergütet wurde, so daß für die Ankaufsstelle weder ein Gewinn noch ein Verlust entstand. Den Einlieferern wurde nach Auszahlung des Gegenwertes ein Gedenkblatt überreicht und bei Gegenständen im Ankaufswert von mindestens 5 Mk. außerdem eine künstlerisch ausgestattete eiserne Gedenkmünze. Für die Veräußerung goldener Uhrketten standen als Gedenkstücke an die Kriegszeit Uhrketten aus Eisen gegen Erstattung des Selbstkostenpreises zur Verfügung. Die Goldankaufsstellen übernahmen daneben auftragsweise den Verkauf von hochwertigen Juwelen aus deutschem Besitz an das neutrale Ausland, da solche Verkäufe in gleicher Weise zur Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank beitrugen, indem sie Guthaben im Auslande schafften und Goldsendungen der Bank entbehrlich machten. Um hinsichtlich des Ankaufs von Goldsachen irgend welchen Machenschaften des feindlichen Auslandes von vornherein entgegenzutreten, wurde im Juli 1916 die Ausfuhr von Goldwaren aller Art durch eine Bundesratsverordnung verboten.

Im Vergleich mit den Goldbeständen der feindlichen Staatsbanken stellte sich die Entwicklung des Goldbestandes der Reichsbank wie folgt: Der Goldzuwachs betrug:

	in Millionen Mark
für die deutsche Reichsbank	
vom 31. Juli 1914 bis 31. August 1916 von 1253,2 auf 2469,0 Millionen Mark	+ 1215,8,
dagegen für die Bank von England	
vom 29. Juli 1914 bis 31. August 1916	+ 365,0,
für die Bank von Frankreich	
vom 30. Juli 1914 bis 31. August 1916	+ 79,1,
für die Russische Staatsbank ergab sich eine Abnahme	
vom 16./29. Juli 1914 bis 16./29. August 1916 . .	— 113,7.

Der Notenumlauf der Reichsbank hat sich in der Zeit von Ende Februar bis Ende August 1916 von 6554,3 auf 7117,5 Millionen Mark, d. h. um 563,2 Millionen Mark gesteigert. Gegenüber dem 31. Juli 1914, dem letzten Ausweistage vor Ausbruch des Krieges, zeigte der Notenumlauf bis zum 31. August 1916 eine Steigerung von insgesamt 4208 Millionen Mark. Die Gründe für diese nicht unerhebliche Zunahme des Umlaufs von Banknoten waren verschiedener Art. Die Reichsbank hatte die aus dem Verkehr an sie abgelieferten Goldmünzen im Betrage von rund einer Milliarde Mark durch andere Zahlungsmittel, vornehmlich Banknoten, zu ersetzen. Dazu kam noch der Ersatz, der dem Verkehr zu gewähren war, einmal für die sehr erheblichen, aus den Goldeingängen der Reichsbank vorher abgezweigten und in das Ausland versandten Goldbeträge, zum andern für die großen Summen, die durch den privaten Verkehr vor Erlaß des Goldausfuhrverbotes an das Ausland abgegeben wurden. Die zur Versorgung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete Belgiens, Frankreichs und Rußlands nötigen Noten dürften ferner, wie es in dem neunten Nachtrag der wirtschaftlichen Denkschrift der Reichsregierung heißt, auf mindestens 1½ bis 2 Milliarden Mark zu veranschlagen sein. So erscheint das Anwachsen des Notenumlaufs um rund vier Milliarden Mark selbst dann nicht übermäßig hoch, wenn man die gleichzeitig einge-



Phot. W. Braemer, Berlin

Kostprobe des Mannschaftsessens durch einen Offizier in einem deutschen Schützengraben Ostgaliziens



Phot: W. Braemer, Berlin

Deutscher Posten in Ostgalizien in Winterausrüstung



Phot. W. Braemer, Berlin

Ein österreichisch-ungarischer und ein deutscher Posten an einer zerstörten Brücke über den Sereth



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Deutsche Sanitätshunde-Führer mit ihren Hunden vor deren Hütten an der Ostfront

tretene Ausdehnung des Umlaufs an Reichs- und Darlehenskassenscheinen berücksichtigt. Denn nicht zuletzt waren auch durch den Rückgang des Umlaufs an kaufmännischen Wechseln und die geförderte Barzahlungsgewohnheit Barmittel in ungleich höherem Maße als vorher in Anspruch genommen. Auch hier ist ein Vergleich mit dem feindlichen Auslande von Interesse. In der Zeit vom Beginn des Krieges bis Ende August 1916 steigerte sich der Notenumlauf bei der Deutschen Reichsbank um 4208,1, bei der Bank von Frankreich um 7890,6 und bei der Russischen Staatsbank um 11 507,5 Millionen Mark. Der Vergleich fällt also durchaus zugunsten Deutschlands aus, selbst wenn man bei der Erhöhung des Notenumlaufs der Reichsbank die Reichs- und Darlehenskassenscheine mit berücksichtigen würde. In England bezifferte sich der Umlauf an Bank- und Currency-Noten Ende August 1916 auf 3387,5 Millionen Mark, während sich der Banknotenumlauf am 29. Juli 1914 nur auf 606,9 Millionen Mark belaufen hatte, d. h., das in England umlaufende Papiergeld hatte sich annähernd versechsfacht.

Gedeckt waren die Noten während des vierten Kriegshalbjahres durch den Barvorrat der Reichsbank im Wochendurchschnitt zu 45,3 Prozent. Die eigentliche Golddeckung stellte sich Ende Februar 1916 auf 37,5 Prozent und Ende August auf 34,7 Prozent. Da die Golddeckung der Reichsbanknoten bei Ausbruch des Krieges (nach dem Ausweis vom 31. Juli 1914) 43,1 Prozent betragen hatte, hat sie sich also inzwischen nur wenig, um 8,4 Punkte verschlechtert. Dagegen hatte die Golddeckung der Noten der

	30. VII. 1914	31. VIII. 1916
Bank von Frankreich	62	25,8 Prozent
Russischen Bank	98,2	22,3 Prozent

betragen. Diese staatlichen Bankinstitute waren also in bezug auf die Golddeckung der Noten ganz wesentlich schlechter gestellt, als die deutsche Reichsbank.

Der durch den starken Bargeldverkehr hervorgerufene Mangel an kleinen Münzen veranlaßte den Bundesrat, den Reichskanzler im Mai 1916 zu ermächtigen, in weitgehendem Umfange Zehn- und Fünfpfennigstücke aus Eisen, außerhalb der im Münzgesetze vorgesehenen Grenze für die Herstellung von Nickel- und Kupfermünzen, prägen zu lassen, und zwar bis zur Höhe von je fünf Millionen Mark. Damit wurde die Summe der auszugebenden Eisenmünzen, deren Einziehung spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß zu erfolgen hat, auf 25 Millionen Mark erweitert.

Ein besonderes Kapitel für sich beansprucht die Entwicklung der Darlehenskassen. Im ganzen betrug am 31. August 1916 die Zahl der Darlehenskassen 99, die der Hilfsstellen 129. Die Gesamtsumme, der im freien Verkehr befindlichen Darlehenskassenscheine hat sich, von geringen Schwankungen abgesehen, ständig gesteigert und hat vom 30. Oktober 1915 bis 31. August 1916 um rund 757 Millionen zugenommen. Seit Anfang April 1916 wurden von der Reichsbankverwaltung auch Darlehenskassenscheine zu 50 Mk. ausgegeben. Insgesamt waren am 31. August 1916 im freien Verkehr 1615 Millionen Mark. Der Zinsfuß der Darlehenskassen ist seit dem 23. Dezember 1914 unverändert $5^1/_2$ Prozent geblieben, ihr Geschäftsumfang hat seit dem vierten Vierteljahr 1915 eine nennenswerte Erweiterung nicht mehr erfahren und ist am 31. August 1916 von der zugelassenen Höchstgrenze von drei Milliarden Mark noch um mehr als 960 Millionen Mark entfernt gewesen. Der Gesamtbestand der erteilten Darlehen weist mannigfache Schwankungen auf. Am 31. August 1916 belief er sich auf 2033,4 Millionen Mark, während er seinen Höchststand Ende 1915 mit 2348 und die niedrigste Ziffer Mitte Dezember 1915 mit 1319 Millionen Mark aufzuweisen hatte. Dienen die Darlehenskassen in der Hauptsache dem städtischen Mittelstande, so überwiegen die ländlichen Interessen in dem Geldverkehr der preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Der riesige Gesamtumsatz dieser Kasse im

Geschäftsjahre 1915/16 ist charakteristisch für den starken Geldabfluß nach dem Lande, der eine Folge des zunehmenden Bargeldverkehrs und der unaufhaltsam steigenden Lebensmittelpreise ist. Hatte der Gesamtumsatz der Zentralgenossenschaftskasse im Geschäftsjahre 1914/15 19,7 Milliarden Mark betragen, so beziffert er sich 1915/16 auf fast das Doppelte, auf 37,5 Milliarden Mark. In dem Jahresberichte heißt es denn auch sehr bezeichnend: „Um den Verbandskassen eine möglichst hohe Verzinsung ihrer starken Geldzuflüsse zu verschaffen, wurden ihnen auf Antrag Anlagen im allgemeinen Geldmarkt zu den höchsten dort erreichbaren Sätzen ohne Abzug vermittelt."

Auch die deutschen Sparkassen zeigten eine erfreuliche Weiterentwicklung. Seit Beginn des Jahres 1916 bis Ende April stiegen die Spareinlagen bei den Kassen um 1050 Millionen Mark, im Vergleich zu 1030 in derselben Zeit des Jahres 1915 und 293 Millionen Mark im Jahre 1914. Selbst nach Abzug der Summen, die von den Sparern in Kriegsanleihe angelegt wurden, verblieb für die ersten vier Monate des Jahres 1916 noch immer eine Nettozunahme der Einlagen von 300 Millionen Mark.

Um den Schwierigkeiten des zunehmenden Bargeldumlaufes, von denen bereits mehrfach die Rede war, entgegen zu treten, setzte eine lebhafte Propaganda für den Postscheck- Bankgiro- wie überhaupt für den bargeldlosen Zahlungsverkehr ein. Die öffentlichen und privaten Geldinstitute ließen Plakate drucken und Merkblätter verteilen, und die Ministerien wiesen die Staats- und Selbstverwaltungsbehörden darauf hin, möglichst alle Zahlungsvorgänge auf dem Gebiete der Verwaltung im Wege der Verrechnung zu erledigen.

Der eigentliche Geldverkehr im ersten Halbjahr 1916 trug keineswegs ein außergewöhnliches Kriegsgepräge. Die Privatdiskontsätze stellten sich an der Berliner Börse in Prozent:

	1916	1915	1914	1913
Januar	4 1/8—4 3/4	4 3/8—3 5/8	3,12	4,67
Juni	4 5/8—4 3/8	3 3/4—3 1/4	2,73	5,66

Für tägliches Geld wurden in derselben Zeit folgende Prozente bewilligt:

	1916	1915
Januar	4 1/2—3 7/8	3 1/2—2
Juni	4 1/4—3	4 —2 1/4

An der Börse setzte im Laufe des vierten Kriegshalbjahres, obwohl auch jetzt noch keine offiziellen Kurse notiert wurden, wieder ein derartig lebhaftes Treiben ein, daß man sich mitunter in die Zeit der regsten Geschäftsperioden während des Friedens zurückversetzt glaubte. Die Art der Käufe und Verkäufe von Wertpapieren war freilich eine ganz andere wie früher. Was immer wieder gekauft wurde, waren in erster Reihe die Aktien solcher Unternehmungen, die unmittelbar oder mittelbar aus dem großen Heeresbedarf oder aus den Preistreibereien der verschiedensten Art Nutzen zogen. Um diese überhandnehmende Börsenspekulation einzudämmen, gedachte die Regierung bereits eine recht beträchtliche Erhöhung des Umsatzstempels vorzunehmen, die gleichsam als mechanisch wirkende Erschwerung gedacht war und namentlich das Hin- und Herhandeln treffen sollte. Nicht mit Unrecht sagte sich die Regierung, daß das Interesse der kapitalkräftigen Kreise durch die fortwährenden Kurssteigerungen auf dem Aktienmarkte von den Kriegsanleihen abgelenkt werde, wodurch der Umsatz in diesen und die Unterbringung etwaiger neuer Emissionen ernstlich bedroht würden. Indessen kam es zu diesem staatlichen Eingriff nicht, da der Berliner Börsenvorstand selber einschritt und verschiedene Grundsätze zur Einschränkung der Wertspekulation festsetzte. Er erklärte es für unzulässig, durch lautes Ausrufen der Kurse in den Börsenräumen die Aufmerksamkeit eines größeren Personenkreises auf Angebote und Nachfragen in bestimmten Wertpapieren zu lenken,

und verbot es, andere als unmittelbare Kassageschäfte zu machen. Weiter untersagte er es, Berichte an das Publikum zur Anregung der Spekulation in Wertpapieren zu erstatten. Unter dieses Verbot fallen auch alle Kurs- und Stimmungsberichte. Schließlich wurde es für unstatthaft erklärt, in öffentlichen Anzeigen Rat oder Auskunft in Wertpapieren zu erteilen. Zu gleicher Zeit aber setzten sich führende kaufmännische Körperschaften und Verbände für eine teilweise Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs ein, ohne indessen damit Erfolg bei den amtlichen Stellen zu erzielen.

Auch die Entwicklung der Großbanken im Geschäftsjahr 1915 zeigte ein günstiges Bild. Die Einnahmen waren zum Teil größer als während des Friedens, und wo das nicht der Fall war, zeigte sich doch nur ein verhältnismäßig geringer Rückgang der Dividenden. Nur die Art ihres Geschäftsverkehrs verschob sich auch weiterhin. Die Zinseinnahmen erhöhten sich gegenüber den Ergebnissen des vorangegangenen Jahres nicht unwesentlich. Allerdings war die Spannung zwischen den Aktiv- und Passivzinsen in der letzten Geschäftsperiode besonders groß. Denn die Ausleihungen dürften durchschnittlich mindestens sechs Prozent erbracht haben, während für die stark angewachsenen Depositen, d. h. Spareinlagen nur 1½ Prozent vergütet wurden. Die Provisionseinnahmen waren 1915 bei den einzelnen Großbanken, verglichen mit der vorangegangenen Geschäftsperiode, ebenfalls gewachsen und das, obwohl der Börsenverkehr auch nicht entfernt die Ausdehnung hatte, wie zur Friedenszeit. Der verringerte Umsatz im Effektenkommissionsgeschäft aber wurde für die Banken reichlich dadurch wettgemacht, daß bei An- und Verkäufen höhere Vergütungen als sonst beansprucht wurden und zudem die Freiheit des Marktverkehrs während des Krieges Gewinne ermöglichte, die den Banken, solange sie Kommissionäre an den offiziellen Börsen waren, fehlten. Auch das Zinsschein- und Sortengeschäft lieferte infolge der Preiserhöhungen und Preisschwankungen der fremden Valuten Mehreinnahmen. Die Gestaltung der Dividenden der Großbanken in den letzten drei Jahren zeigt folgende Uebersicht:

	1915	1914	1913
Deutsche Bank	12½%	10 %	12½%
Diskonto-Gesellschaft	8½%	8 %	10 %
Dresdener Bank	6 %	6 %	8½%
Bank für Handel und Industrie	5 %	4 %	6½%
Berliner Handelsgesellschaft	6 %	5 %	8½%
Nationalbank für Deutschland	4 %	0 %	6 %
Kommerz- und Diskontobank	4½%	4½%	6 %
Mitteldeutsche Kreditbank	5½%	5½%	6½%

Der Notlage der Hausbesitzer trugen weitere privatwirtschaftliche Maßnahmen Rechnung. So wurde in München der Versuch gemacht, die Frage der zweiten Hypotheken dadurch wenigstens einigermaßen befriedigend zu lösen, daß sich die Münchner Hypothekenbanken bereit erklärten, dem Grund- und Hausbesitzerverein München ein Kapital von drei Millionen Mark für zweite Hypotheken zur Verfügung zu stellen, wenn die Stadtgemeinde die Haftung übernähme und der Verein das ganze Geschäft überwache. Von größerer Bedeutung als dieser Einzelfall waren allgemeine Schutzbestimmungen für die Hausbesitzer, die der Bundesrat Anfang Juni 1916 erließ. In den Verordnungen wurde zunächst die Länge der zu bewilligenden Zahlungsfrist ausgedehnt. Sie konnte von nun an für das Kapital der Hypothek oder Grundschuld bis zu einem Jahre, für Zinsen und andere Nebenleistungen bis zu sechs Monaten bemessen werden (bisher sechs bzw. drei Monate). Um etwaige Härten für die Gläubiger zu vermeiden, konnte die Fristbestimmung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen (z. B. Erhöhung des Zinsfußes) abhängig gemacht werden. Die Bewilligung von Zahlungsfristen soll in Zukunft auch die Hypotheken zulässig sein, die nach dem 31. Juli 1914, also nach Kriegs-

ausbruch entstanden sind. Für Kapitalschulden kann die Zahlungsfrist mehrfach erfolgen, für Zinsen und sonstige Nebenleistungen nur einmal. Die Zwangsversteigerung kann auf Antrag des Schuldners für die Dauer von längstens sechs Monaten eingestellt werden, auch wenn die Bestimmung einer Zahlungsfrist abgelehnt oder nicht zulässig ist. Endlich regelte eine Bundesratsverordnung auch noch den Schutz heimkehrender Kriegsteilnehmer vor einem für ihr wirtschaftliches Fortkommen bedenklichen Zugriffe ihrer Gläubiger. Darnach kann auf Antrag des Kriegsteilnehmers eine Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten bewilligt werden. Die Zwangsvollstreckung kann auf sechs Monate eingestellt werden, und diese Einstellung kann mehrfach erfolgen und ist selbst dann zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist.

Gegenüber dem feindlichen Auslande sah sich die Regierung zu weitgehenden wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen gezwungen. Ein englisches Gesetz vom 21. Januar 1916 hatte die vollständige Auflösung aller Unternehmungen mit überwiegend deutscher Beteiligung oder mit deutscher Leitung angeordnet und sah auch die Enteignung alles sonstigen deutschen Besitzes in England vor. Daraufhin ermächtigte der Bundesrat den Reichskanzler in einer Verordnung zur zwangsweisen Liquidation solcher Unternehmungen, deren Kapital überwiegend britischen Staatsangehörigen zusteht, oder die vom britischen Gebiet aus geleitet oder beaufsichtigt werden. Ebenso wie auf Unternehmungen kann sich die Liquidation auf Niederlassungen eines Unternehmers, auf Nachlaßmassen und Grundstücke erstrecken. Auch britische Beteiligungen an einem Unternehmen können zwangsweise liquidiert werden. Zu ähnlichen Repressalien sah sich die deutsche Regierung auch gegenüber Italien veranlaßt, als sich die Verhältnisse zuspitzten. (Vgl. das Kapitel Italien und Deutschland Bd. XV, S. 243.) Ueber die gegen Portugal getroffenen Maßnahmen vgl. S. 13.

Gleichzeitig wandte sich das wirtschaftspolitische Interesse in Deutschland mehr und mehr vorbereitend dem schwierigen Problem der Uebergangswirtschaft nach dem Kriege zu. Der Großhandel schloß sich in den meisten deutschen Städten zu einem Zentralverbande zusammen, um sich angesichts seiner vollständigen Ausschaltung während des Krieges wieder eine größere Bewegungsfreiheit, vor allem nach dem Kriege, zu sichern. Auch ein Verband des Einfuhrhandels wurde von den angesehensten Importfirmen ins Leben gerufen. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie leistete grundlegende Vorarbeiten und sah neben statistischen Erhebungen die Begründung einer Gesellschaft vor, in deren Hand die Rohstoffbeschaffung liegen soll. Der Hansabund gab eine Denkschrift in dieser Frage heraus, und im August 1916 beschloß der Bundesrat die Ernennung eines besonderen Reichskommissars für Uebergangswirtschaft, für die organisatorischen Aufgaben der Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe, deren die deutsche Volkswirtschaft beim Uebergang vom Kriegs- in den Friedenszustand in großen Mengen bedürfen wird.

Daneben gingen verschiedene publizistische Erörterungen über die Notwendigkeit einer Teilung des Reichsamtes des Innern in ein Reichswirtschafts- und ein Reichsarbeitsamt vor. So schlug Prof. Dr. Apt, der Syndikus der Korporation der Kaufmannschaft in Berlin, die Angliederung eines Außenhandelsamtes als gemischtwirtschaftliche Organisation an das Reichswirtschaftsamt vor. Andere traten des weiteren für die Gründung von Außenhandelskammern als selbständige Organisationen neben den Konsuln und ihren Hilfsbeamten ein. Eine Sonderkommission des deutschen Handelstages schlug in einer Erklärung nach den Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges die Errichtung eines selbständigen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Kriegswirtschaftsamtes vor mit einem Beirat, in dem die gesetzlichen Vertretungen von Industrie und Handel ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein müßten.

Sozialpolitische Maßnahmen

Der Reichstag erledigte im vierten Kriegshalbjahre drei sozialpolitische Gesetze von nicht geringer Bedeutung. Das erste Gesetz sah in der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung die Herabsetzung der Altersgrenze vom siebzigsten auf das fünfundsechzigste Lebensjahr vor (vgl. S. 42). Nach Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes waren um diese Zeit von den 206 168 Versicherten beider Geschlechter nur 43,6 Prozent zum Bezuge der Altersrente berechtigt. Davon entfielen 12 000 auf weibliche Versicherte und 78 000 auf männliche. Weiter sah das vom Reichstage angenommene Gesetz vor, daß die Waisenrente für das zweite und für jedes weitere Kind von 1/40 auf 1/20 der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers verdoppelt, daß aber die Beiträge gleichzeitig um 2 Pfg. für jede Lohnklasse erhöht werden.

Das zweite Gesetz stellte eine Novelle zum Reichsvereinsgesetze (vgl. S. 42 f.) dar. Dem Paragraphen 17 dieses Gesetzes wurde ein Paragraph 17 a hinzugefügt. Danach sollten die Vorschriften der Paragraphen 3 und 17 über politische Vereine und deren Versammlungen auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde angewendet werden, weil diese Vereine auf Angelegenheiten der Sozial- oder Wirtschaftspolitik einzuwirken suchen. In der Hauptsache lief diese ergänzende Bestimmung darauf hinaus, daß jugendliche Personen unter 18 Jahren, die politischen Vereinen nach dem Reichsvereinsgesetz nicht angehören dürfen, zu den Berufsorganisationen und deren Versammlungen Zutritt erhalten sollten.

Das dritte Gesetz, das Kapitalabfindungsgesetz (vgl. S. 37 u. 42), gab den Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen die Möglichkeit, sich mit Hilfe eines Kapitals auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten und zu stärken. Die Abfindung der Kriegszulage, der Verstümmelungszulage oder der Tropenzulage wird auf Grund einer Tabelle vorgenommen, die sich nach dem Lebensalter richtet und z. B. bei dem 21. Lebensjahre das 18½fache, beim 30. Lebensjahre das 16¼fache, beim 40. Lebensjahre das 13¾fache und beim 55. Lebensjahre das 8¼fache der zu kapitalisierenden Jahresbezüge gewährt. Bei Kapitalisierung der Kriegszulage (180 Mk.) und der einfachen Verstümmelungszulage (324 Mk.) kann der 21jährige 3330 + 5994 = 9324 Mk. und der 55jährige 1485 + 2673 = 4158 Mk. erhalten. Hand in Hand mit der Ausführung des Kapitalabfindungsgesetzes ging die Förderung der Kriegerheimstätten-Bewegung, wie überhaupt des Kleinwohnungswesens, mit dem sich der Reichstag mehrfach eingehend beschäftigte, ohne dabei aber auch die immer drückender werdende Notlage des Hausbesitzers zu übersehen.

Von einzelnen Generalkommandos wurde auch der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten aufgenommen. So wurde es in einzelnen Korpsbezirken denjenigen, welche an einer übertragbaren Geschlechtskrankheit leiden, zur Pflicht gemacht, die Erkrankung unverzüglich bei der zuständigen Polizeibehörde mündlich oder schriftlich anzumelden. Die Säuglingspflege wurde durch die Begründung einer „Deutschlandspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz", in deren Ehrenausschuß der Reichskanzler und Hindenburg traten, Ende Juni organisiert. Die Aufwendungen der Kommunalverbände für die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften hatten im August 1916 bereits eine Höhe von zweitausend Millionen Mark erreicht. (Ueber die Maßnahmen gegen die Kriegsschäden in Ostpreußen vgl. S. 95 f.)

Wie Anfang August 1916 ein besonderer Reichskommissar für die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft zur Vorbereitung der Rohstoff-, der Schiffsraum- und der Valutafrage bestellt worden war, so ging man auch an die Erörterung der Wiedereingliederung der Kriegsteilnehmer in das Erwerbsleben. Die Ange-

stellten- und Arbeiterverbände machten dazu eine Reihe von Vorschlägen. Darüber hinaus ordnete im Juni eine Bundesratsverordnung die Herstellung eines Netzes von unparteiischen Arbeitsnachweisen für das ganze Reichsgebiet an. Darnach konnten die Landeszentralbehörden die Gemeinden verpflichten, öffentliche und unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten oder auszubauen. Diese Maßnahmen sollten so gefördert werden, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens bis zum Friedensschluß zum Abschluß gebracht sein würde.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die einzelnen Generalkommandos Sparerlasse für die Jugendlichen veröffentlichten, um eine Verschwendung des ungewöhnlich hohen Arbeitsverdienstes während des Krieges und den damit verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren vorzubeugen. Den jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts durften bis zum vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst wöchentlich nur 18 Mk. und ein Drittel des 18 Mk. übersteigenden Betrages ausgezahlt werden. Das übrige mußte auf der Sparkasse deponiert werden.

Vom Wiederaufbau Ostpreußens

Kundgebungen

15. April 1916.

Auf der Tagung der Vertreter sämtlicher Kriegshilfsvereine für Ostpreußen in Berlin ist der „Reichsverband Ostpreußenhilfe" gegründet worden, als Zentralstelle für die Gesamtbestrebungen aller Kriegshilfsvereine und um aus einem hierfür zu schaffenden Fonds gewisse unvermeidliche Ungleichmäßigkeiten bei der Versorgung der einzelnen ostpreußischen Kreise und Städte auszugleichen.

Auf ein Telegramm des Vorsitzenden des neuen Verbandes, des Oberpräsidenten v. Batocki, an Kaiser Wilhelm antwortete dieser mit der folgenden bedeutsamen Kundgebung:

„Ich danke Ihnen für die Meldung von dem Zusammenschluß der zum Wiederaufbau kriegsgeschädigter Städte und Ortschaften begründeten Kriegshilfsvereine zu einem „Reichsverband Ostpreußenhilfe". Mit herzlicher Freude begrüße ich die einheitliche Organisation des Unternehmens, das der dankbaren vaterländischen Gesinnung des deutschen Volkes wie seiner wirtschaftlichen Kraft und Größe mitten in Kriegsnöten und Bedrängnissen ein neues glänzendes Zeugnis ausstellt. Meine wärmsten Wünsche begleiten die segensreiche Arbeit aller an dem Liebeswerk Beteiligten. Als Zeichen meiner persönlichen Teilnahme an dem Wiederaufblühen meiner treuen Provinz Ostpreußen überweise ich dem „Reichsverband Ostpreußenhilfe" einen Beitrag von 100000 Mark und ersuche Sie, mir über die spezielle Verwendung dieser Summe Vorschläge zu machen."

27. Mai 1916.

Kaiser Wilhelm richtete aus dem Großen Hauptquartier folgenden Erlaß an das preußische Staatsministerium:

„Aus dem Bericht des Staatsministeriums vom 26. Mai 1916 habe Ich mit Freude und Anerkennung gesehen, daß durch die mutige, vertrauensvolle Haltung und den Fleiß der in ihre verwüsteten Heimstätten heimgekehrten Bevölkerung Meiner treuen Provinzen Ost- und Westpreußen und durch tatkräftiges Handeln aller dazu berufenen Behörden und Beamten Verkehr und Wirtschaft, Ackerbau und Gewerbe in den geschädigten Landesteilen mit der gebotenen Eile in Gang gebracht und der Wiederaufbau der durch Krieg und Verwüstung beschädigten Gebäude mit Umsicht und Erfolg in die Wege geleitet ist. Den Männern und Frauen, die hierzu in Ausübung ihres Dienstes in Staat und Gemeinde, wie in freiwilliger Liebestätigkeit mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft beigetragen haben, gilt Mein Königlicher Dank; er gilt besonders der Kriegshilfskommission in Königsberg, die in erfolgreichster Mitarbeit den Staatsbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zur Seite gestanden hat. In dem sicheren Vertrauen, daß die zur Vollendung dieses im Kriege begonnenen Hilfswerkes erforderlichen staatlichen Ausgaben auch fernerhin die bereite Zustimmung beider Häuser des Landtages finden werden, beauftrage Ich das Staatsministerium, zugleich in Billigung der Vorschläge über die Fortsetzung des begonnenen Werkes, die beifolgende Denkschrift über die Beseitigung der Kriegsschäden dem Landtage der Monarchie zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Die Beseitigung der Kriegsschäden

Der Erlaß des Kaisers und Königs an das preußische Staatsministerium vom 27. Mai 1916 (vgl. S. 94) erwähnt eine „Denkschrift über die Beseitigung der Kriegsschäden in den von dem feindlichen Einfall berührten deutschen Landesteilen," die zeigt, wie es gelungen ist, inmitten des Krieges Verkehr und Wirtschaft, Ackerbau und Handel wieder in Gang zu bringen und den Wiederaufbau der durch Krieg und Verwüstung beschädigten Gebäude in die Wege zu leiten.

Die Denkschrift gibt zuerst einen Ueberblick über die kriegerischen Ereignisse, den Umfang des Schadens, die Flucht und die Rückführung der Bevölkerung, schildert sodann die Gestaltung der Staatshilfe, die Arbeit der Kriegshilfskommission, die Durchführung der Vorentschädigung die Entwicklung der Wiederaufbauarbeiten, die Tätigkeit der Behörden während der Zeit des Russeneinfalles und die Schäden der öffentlichen Verbände und Anstalten. Den Abschluß bilden Darlegungen über den Entwurf des Reichsgesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet (vgl. S. 38 u. 47) und die weitere Ausgestaltung der Hilfsmaßnahmen des preußischen Staates.

Was den Umfang des Schadens im Osten betrifft, so sind in Ostpreußen 1620 Personen getötet, 433 körperlich beschädigt, 10725 verschleppt und 366 weibliche Personen als geschändet gemeldet worden. 40 bis 50 Kinder sind aus diesen Schändungen hervorgegangen, für die auf Grund besonderer Bestimmungen vom Staat gesorgt wird. Die Zahl der Getöteten hat sich allmählich als wesentlich größer herausgestellt, als ursprünglich angenommen wurde. Immer von neuem fand man vergrabene Leichen solcher Zivilpersonen, die bis dahin als verschleppt galten. Von den Verschleppten sind inzwischen auch sehr viele gestorben, da die russische Regierung einen großen Teil dieser Verschleppten ohne Fürsorge der Verelendung hat anheimfallen lassen. Die Zahl der in der Provinz ganz oder teilweise zerstörten Gebäude beträgt rund 34000, davon entfallen auf den Regierungsbezirk Königsberg 2400, auf Gumbinnen 18700 und Allenstein 12900. 3100 Gebäudezerstörungen trafen Städte, 30900 das Land. Die Zerstörungen haben 35 Städte und 1900 Ortschaften betroffen. Die Wiederherstellungskosten werden auf 300 bis 350 Millionen Mark berechnet. Die übrigen Schäden sind in genauer Weise nicht feststellbar. Den größten Umfang haben, dem landwirtschaftlichen Charakter entsprechend, die eigentlichen landwirtschaftlichen Schäden. Doch ist der gewerbliche und kaufmännische Schaden sowie Brand- und Trümmerschaden an sonstigem beweglichen Eigentum gleichfalls erheblich. In mindestens 100000 Wohnungen ist der Hausrat völlig, in fast ebensoviel weiteren teilweise vernichtet worden. Einschließlich der Gebäudeschäden wurde bis Ende April 1916 mit einer Gesamtsumme von $1^1/_4$ bis $1^1/_2$ Milliarden Mark gerechnet. An Vorentschädigungen wurden bis 1. Mai 1916 in Ostpreußen bei 710671 Anträgen insgesamt 482758565,91 Mark angewiesen.

In Westpreußen hat sich der Feind in der Hauptsache auf Requisitionen von Lebensmitteln, Pferden und Wagen beschränkt. Unmittelbare Kriegsschäden haben insgesamt zwei Städte und 33 ländliche Ortschaften erlitten. Die vorwiegend polnische Bevölkerung ist im allgemeinen geschont worden; Verschleppungen haben nicht stattgefunden, getötet wurden zwei Personen, verletzt vier und geschändet acht Frauen und Mädchen. Die unmittelbaren Kriegsschäden betragen, abgesehen von den noch nicht geschätzten Waldschäden, etwa 1580000 Mark wovon 530200 Mark bereits als Vorentschädigungen an 940 Geschädigte gezahlt worden sind.

Insgesamt haben in Ostpreußen 400000 Personen die Heimat verlassen; von diesen entfielen 300000 auf die aus unmittelbar von den Kriegsereignissen betroffenen Kreisen geflüchteten Personen, 100000 auf die übrigen Kreise. Die Zahl der Personen, die von dem Flüchtlingskommissar nach den für die staatliche Unterbringung bestimmten

Gebieten überführt wurden, betrug rund 175 000. Die dem Staat aus der Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge erwachsenen und liquidierten Kosten beliefen sich bis Ende April 1916 auf ungefähr 22 380 000 Mark. Hierzu kommen noch 400 000 Mark, die für Unterkunft und Verpflegung der nicht in den staatlichen Unterbringungsgebieten untergebrachten „versprengten" Flüchtlinge aus den Sammelgelderfonds gezahlt wurden.

Zur Unterstützung der Landwirtschaft, die durch den Russeneinfall an lebendem Inventar allein 872 000 Stück Vieh verloren hatte, sind von der Regierung 24 499 000 Mark zinsfreie Vorschüsse und 5 800 000 Mark verzinsliche Darlehen zur Beschaffung von Motorpflügen zur Verfügung gestellt worden. Dadurch wurde es ermöglicht, daß in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Dezember 1915 der Wert des lebenden Inventars um etwa 97 Millionen Mark stieg, die Winterungsfelder wieder bestellt werden konnten und die Sommerung wieder besser ausfallen konnte, so daß man von der Brotgetreideernte 1916 in Ostpreußen bei günstiger Witterung eine Mehrernte von 8 Millionen Zentnern gegen 1915 erwartete. Für Kartoffeln ist mit einer Mehrproduktion von sieben Millionen Zentnern gerechnet worden, was ausreichen würde, um bei einem Tagesbedarf von einem Pfund drei Millionen Einwohner dreiviertel Jahr lang zu verpflegen.

Die Zahl der viehhaltenden Haushaltungen in Ostpreußen stieg dementsprechend. Sie betrug am 1. Dezember 1914 161 400 und war am 15. April 1916 auf 239 777 angewachsen. Die Zahl des Rindviehs betrug 1 069 645 gegen 903 137 am 1. Dezember 1914, die der Schafe 351 700 gegen 183 955, die der Ziegen 43 791 gegen 28 462, die der Schweine allerdings nur 679 477 gegen 852 583.

In Geld wurde die durch die schnelle Wiederherstellung der Wirtschaften ermöglichte Mehrproduktion 1916 gegenüber 1915 allein an Ackererzeugnissen auf rund 100 Millionen Mark berechnet. An Vieherzeugnissen und Produkten der landwirtschaftlichen Nebengewerbe dürfte das Jahresmehrergebnis einen ähnlichen Betrag erreichen können.

Auch für die Wiederaufrichtung des gewerblichen Lebens, Inbetriebsetzung der Geschäfte, neues Leben im Handwerk ist durch Vorentschädigungen und durch Aufträge im großen Umfange gesorgt worden. Es wurden Verdingungsstellen der Handwerkskammern und in Gemeinschaft mit ihnen ein Kriegsverband ostpreußischer Genossenschaften eingerichtet. Ein Kriegskreditbund für Ostpreußen sorgte für leichtere Kreditbeschaffung, eine ihr angegliederte Kriegshilfskasse gab Kriegsteilnehmern oder ihren Angehörigen Darlehen zur Fortführung oder Wiederaufrichtung von Betrieben.

Mancherlei Maßnahmen wurden ferner zur Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte getroffen. Zu einem Teil half hier die deutsche Rückwanderung aus Polen und namentlich aus Wolhynien, welch letztere seit Februar 1916 in stärkerem Maße eingesetzt hatte. Diese für den Wiederaufbau und die Zukunft Ostpreußens sehr wichtigen deutsch-russischen Kolonisten wurden zunächst auf einjährige Arbeitsverträge in der Landwirtschaft Ostpreußens untergebracht. Auf Grund der vorliegenden Vermögensnachweise wurde jedoch angenommen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse ein Drittel dieser Familien sofort zur Ansiedlung übergehen wird, während der übrige Teil dem Lande als Landarbeiter zunächst erhalten bleibt. Aus Polen waren bis April 1916 369 Familien mit 1947 Köpfen, aus Wolhynien 952 Familien mit 5839 Köpfen eingewandert.

Nicht unerwähnt soll schließlich die nordamerikanische Hilfstätigkeit für Ostpreußen bleiben, die ihren Sitz in Newyork hatte, überaus regsam war und die Patenschaft für die Stadt Ragnit übernahm. Ende März 1916 weilte der stellvertretende Präsident des nordamerikanischen Hilfskomitees für Ostpreußen Oberrichter Nippert aus Ohio in Berlin, Königsberg und Ostpreußen, um sich persönlich von den Verwüstungen zu überzeugen und mit dem Präsidenten der Ostpreußenhilfe in Deutschland Freiherr v. Lüdinghausen über die Verwendung der gesammelten Gelder zu beraten.



Phot. Berliner-Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Eine deutsche Schützenlinie in Schneemänteln an der Ostfront

Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Aus einem Mannschaftsunterstand an der deutschen Ostfront



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Eine deutsche Stellung auf dem östlichen Kriegsschauplatz



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Deutsche Truppen an der Ostfront beim Bau von Unterständen



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Ein deutscher Offiziersunterstand im Sumpfgelände des östlichen Kriegsschauplatzes



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Eine deutsche Sturmbegleitkanone auf dem östlichen Kriegsschauplatz



Phot. A. Grohs, Berlin

Eine katholische Feldmesse und Kommunion vor der Schlacht an der Ostfront



Phot. A. Grohs, Berlin

Evangelischer Gottesdienst nach einem Gefecht an der Ostfront

Von den Beziehungen zu den Verbündeten

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

6. bis 8. Februar 1916.

Der Admiral Erzherzog Karl Stephan weilte in Begleitung des Majors Clovarz in Berlin und wurde am 7. Februar von Kaiser Wilhelm zum Frühstück nach Potsdam geladen.

8. bis 11. Februar.

König Ferdinand von Bulgarien traf am 8. Februar zu mehrtägigem Aufenthalt im Großen Hauptquartier ein. In seiner Begleitung befanden sich der Ministerpräsident Radoslawow, der Oberbefehlshaber der bulgarischen Armee Jekow und der Hofmarschall General Sawow. Zu den Besprechungen hatten sich auch der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow in das kaiserliche Hauptquartier begeben.

Bei dem zu Ehren König Ferdinands im Großen Hauptquartier am 9. Februar stattfindenden Frühstück brachte Kaiser Wilhelm folgenden Trinkspruch aus:

„Euer Majestät heiße ich auf deutschem Boden im eigenen Namen sowie im Namen meines Heeres und Volkes von Herzen willkommen. Wie in der Begegnung auf dem blutig erstrittenen Boden von Nisch (vgl. XIII, S. 195), die mir unvergeßlich bleiben und in der Geschichte Deutschlands und Bulgariens fortleben wird als sichtbarer Ausdruck treuer Waffenbrüderschaft, so erblicke ich auch in dem heutigen Besuch Euerer Majestät ein Symbol der Zusammengehörigkeit unserer Reiche. Diese Zusammengehörigkeit wird nicht nur durch die Gemeinsamkeit politischer und wirtschaftlicher Interessen gewährleistet. Sie wird getragen von wechselseitigen Empfindungen der Sympathie, der Achtung und des Vertrauens, — eines Vertrauens, das seine Weihe durch das Blut erhalten hat, das die Söhne beider Völker im gemeinsamen Kampfe für gleiche ideale Ziele vergossen haben.

Möge es dem bulgarischen Volke unter der weisen und weitblickenden Führung Euerer Majestät vergönnt sein, das Erworbene mächtig auszubauen und für Gegenwart und Zukunft zu sichern.

Ich erhebe mein Glas auf das Wohl der siegreichen bulgarischen Armee, des edlen bulgarischen Volkes und seines Erlauchten Führers. Seine Majestät der König der Bulgaren hurra!"

Darauf antwortete der König der Bulgaren:

„Mit aufrichtiger Freude habe ich die Reise hierher angetreten, um Euerer Majestät für die Verleihung des Feldmarschallstabes (vgl. XIII, S. 194) nochmals persönlich Dank zu sagen.

Tief gerührt von den gnädigen und bedeutungsvollen Worten, die Euere Majestät an mich zu richten geruht hatten, gereicht es mir zur besonderen Genugtuung, Euerer Majestät als dem Obersten Heerführer der unbesiegbaren deutschen Truppen heute auf deutschem Boden und im deutschen Hauptquartier meine aufrichtige Bewunderung über die dank Gottes Gnade erreichten Ruhmestaten des unvergleichlichen deutschen Volkes zum Ausdruck bringen zu dürfen.

Der gnädige Besuch Euerer Majestät in Nisch wird mit goldenen Buchstaben in der Geschichte des bulgarischen Volkes verewigt werden als ein Tag, der den Beginn einer neuen und verheißungsvollen Zukunft für das nunmehr geeinigte Bulgarien bedeutet.

Auch ich bin stolz auf die durch gemeinsam vergossenes Blut begründete Waffenbrüderschaft und auf die Gemeinsamkeit politischer und wirtschaftlicher Interessen. Möge es dem edlen und tapferen deutschen Volke vergönnt sein, unter der erhabenen, festen und weitblickenden Führung Euerer Majestät den ihm aufgezwungenen Kampf so zu beenden, daß Macht und Sicherheit des Deutschen Reiches für alle Zeiten gewährleistet ist. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl des siegreichen deutschen Heeres und seines Erlauchten Führers. Seine Majestät Kaiser Wilhelm hurra!"

Am 11. Februar verließ König Ferdinand das deutsche Große Hauptquartier, um dem Armeeoberkommandanten des österreichisch-ungarischen Heeres, Erzherzog Friedrich, ebenfalls einen Besuch abzustatten und sich dann nach Wien zu begeben.

25. und 26. Februar.

König Ferdinand von Bulgarien begab sich von Wien mit seinen beiden Söhnen, dem Kronprinzen Boris und Prinzen Kyrill nach Koburg, um das Grab seiner Eltern zu besuchen und am 26. Februar seinen Geburtstag dort zu feiern.

13. bis 15. April 1916.

Der k. u. k. Minister des Aeußeren, Baron Burian, weilte in Berlin zur Besprechung mit dem Reichskanzler. Wie der „Kölnischen Zeitung" (15. IV. 16) geschrieben wurde, „galt der Besuch

der Erörterung aller schwebenden Fragen, wie sie während des Kriegs zwischen den leitenden Staatsmännern der verbündeten Reiche regelmäßig stattfinden. Irgendwelche entscheidende Fragen standen nicht auf dem Programm der Aussprache, die in jeder Beziehung befriedigend verlief."

24. bis 29. April 1916.

Ueber den Besuch einer Abordnung des deutschen Reichstages in Konstantinopel vgl. im Kapitel „Die Türkei während des vierten Kriegshalbjahres".

6. bis 22. Mai.

Unter Führung des ersten Vizepräsidenten der bulgarischen Sobranje, Dr. Iwan Momtschiloff, traf eine aus 15 Herren bestehende Abordnung der bulgarischen Sobranje, die am 26. April Sofia zu einer dreiwöchigen Besuchsreise nach Ungarn, Oesterreich und Deutschland verlassen hatte, am Morgen des 6. Mai in Dresden auf reichsdeutschem Boden ein. Die Abordnung bestand außer Dr. Momtschiloff aus dem früheren Vizepräsidenten der Kammer Kosnitschki, General Popoff, dem ehemaligen Justizminister Panajodoff, dem Schwiegersohn Radoslawows und Gemeinderat von Sofia Dr. Georgieff, dem Schwager Radoslawows Dr. Prowadalieff, dem Vorsitzenden des bulgarischen Ausschusses für Volksernährung Dr. Kostoff, und außerdem aus den Herren Abramoff, Altimierski, Daskaloff, Kaltschoff, Kaltscheff, Dr. Kechlibaroff, Major d. R., Kiortscheff und Stancieff. Am Morgen des 7. Mai traf die bulgarische Abordnung in Berlin ein. Die Reihe der Festlichkeiten begann hier mit einem von der deutsch-bulgarischen Gesellschaft gegebenen Begrüßungsessen, bei dem der Präsident der Gesellschaft, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, den Zaren Ferdinand und das bulgarische Volk in einer Ansprache feierte, auf die Dr. Momtschiloff antwortete. Am 8. Mai empfing der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die bulgarischen Gäste im Reichskanzlerpalais und hielt dabei im Garten folgende Ansprache:

„Meine Herren! Das Deutsche Reich heißt Sie herzlich willkommen! Ich begrüße Sie als liebe Gäste hier auf einem Boden, der auch für Bulgarien historisch ist. Denn in diesem Hause wurde vor 38 Jahren der Friede geschlossen, durch den Bulgarien als Staat wiedererstand. Welchen Weg zur Höhe hat Ihr Vaterland seit jenen Tagen genommen! Das größere Bulgarien, damals noch ein unerfüllter Wunsch, eine Zukunftshoffnung aller bulgarischen Patrioten, heute ist es Wirklichkeit und Gegenwart. Und nicht als ein Geschenk fiel es Ihnen in den Schoß, sondern es wurde zu ewigem Besitz durch den Lebenswillen Ihres tapferen Volkes, durch die Heldentaten Ihres herrlichen Heeres erworben. Wenn Sie dieser mächtigen historischen Entwicklung hier an der Stelle des Berliner Kongresses gedenken, wenn Sie erwägen, was Bulgarien damals war, was Bulgarien heute ist, dann dürfen wahrlich Ihre Herzen höher schlagen vor Freude und vaterländischem Stolz.

Meine Herren! Auf dem Wege, der Sie durch Deutschland hierher geführt hat, werden Sie es empfunden haben, daß ein Gleichklang der Gefühle durch unsere beiden Völker geht. Wie könnte es anders sein nach den gemeinsamen Erlebnissen dieses ruhmreichen Jahres! Aber es klingt bei uns noch mehr in diesen Gefühlen. Wir gedenken unserer eigenen Vergangenheit. Wir wissen, was es heißt, wenn Uebermacht ein aufstrebendes Volk zu erdrücken droht, und wenn es dann in einmütigem Aufschwung sich erhebt und befreien kann. Auch wir sind stets von Feinden umringt gewesen und mußten stets die Hand am Schwerte halten. Auch wir mußten uns aus Kleinem emporarbeiten durch den Fleiß unserer Hände, in entbehrungsreicher Arbeit. In allem dem ist eine merkwürdige Gleichheit der Geschicke unserer Völker. So finden Sie auch bei uns das tiefste Verständnis für das, was Sie geleistet haben mit Schwert und Pflug. In den nächsten Wochen wollen Sie nun deutsches Land und deutsche Arbeit kennen lernen. Sie werden, wie bei Ihnen in der Heimat, ein fleißiges, ernstes und entschlossenes Volk finden. Eines freundlichen und herzlichen Empfanges werden Sie überall sicher sein. Ich wünsche Ihnen, daß Ihnen Ihr Aufenthalt bei uns tiefe Einblicke in unser heimisches Leben gestatten möge. Was Sie bei uns sehen und hören werden, wird Ihnen die Gewähr dafür bieten, daß unserer glorreichen Waffenbrüderschaft eine zukunftsreiche Gemeinsamkeit kultureller und wirtschaftlicher Interessen entspricht.

Die Beziehungen, die Deutschland und Bulgarien verknüpfen, und, wie ich denke, für immer verknüpfen werden, reichen weit in die Geschichte zurück. Im Jahre 864 schloß Ihr großer Herrscher, der Zar Boris, mit König Ludwig dem Deutschen zu Tulln an der Donau einen Bündnisvertrag. So erneuert sich im tausendjährigen Wechsel die Geschichte, denn ein Jahrtausend später trafen sich in Nisch der Kaiser des Deutschen Reiches mit dem Zaren des zu neuer Größe wiedererstandenen

Königreichs Bulgarien zu feierlicher Bekräftigung des wiedergeschlossenen Bundes. In Erinnerung an diese historische Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit dem erhabenen Herrscher Ihres Landes gedenken wir mit Gefühlen der Dankbarkeit und Bewunderung der aufopfernden und hingebenden Arbeit an dem Wohle Bulgariens, der glänzenden staatsmännischen Eigenschaften, der weitblickenden genialen Persönlichkeit König Ferdinands, und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät, der Zar der Bulgaren: Er lebe hoch, hoch, hoch!"

Hierauf erwiderte der Vizepräsident der bulgarischen Sobranje, Dr. Momtschiloff:

„Euer Exzellenz! Es ist sehr schmeichelhaft für mich, daß mir die Ehre wird, dem Kanzler des großen Reiches alle unsere Dankbarkeit für den so herzlichen Empfang auszudrücken, den wir bei Ihnen gefunden haben. Seit vier Tagen, in denen wir Deutschlands Gäste sind, haben wir gesehen und begriffen, warum Sie so mächtig sind, warum Sie Sieger sind im Osten und im Westen, im Norden und im Süden. Die beträchtliche Kraft Ihres Landes, die in dem Patriotismus Ihres Volkes, in den hohen moralischen Eigenschaften Ihrer Bürger und in Ihrer ungeheueren Industrie beruht, ist uns abermals ein Beweis, daß Bulgarien seinen Platz in der Weltkrisis richtig gewählt hat, und daß wir, an Ihrer Seite gehend, sicher sind, zur Verwirklichung unseres nationalen Traumes zu gelangen. Wir sind glücklich, uns hier zu befinden, wo vor 38 Jahren das junge Bulgarien geschaffen worden ist, und stolz, von Eurer Exzellenz zu hören, daß wir in dieser kurzen Zeit stark genug geworden sind, um unser Recht auf ein freies, unabhängiges Dasein durchzusetzen. Loyal und treu durch die Grundeigenschaften unseres Volkes, werden wir fortfahren, bis zum endgültigen Triumph der Verbündeten an Ihrer Seite zu kämpfen. Außerordentlich stolz über den Besuch Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm in Nisch, legen wir Gewicht darauf, Ihnen zu sagen, daß dies ein geschichtliches Ereignis war, das niemals vergessen werden wird, und das erhebliche Folgen für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien haben wird, die hoffentlich für immer durch eine beiden Ländern glückverheißende Freundschaft vereinigt sein werden. Die große und mächtige Gestalt Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, dessen Name allein genügt, unsere Gegner zittern zu lassen, hat das Recht auf große Bewunderung unseres Landes erworben. Zum Ausdruck dieser Bewunderung bitte ich Sie, meine Herren, mit mir zu rufen: Seine Majestät der Deutsche Kaiser lebe hoch! "

Am 8. Mai gab der Vorsitzende des deutschen Hilfsausschusses für das Rote Kreuz in Bulgarien, Staatssekretär Dr. Solf, in den Räumen der „Deutschen Gesellschaft 1914" ein Frühstück, worauf am Abend in der Wandelhalle des Reichstagsgebäudes ein glänzender Empfang stattfand, bei dem der Reichstagspräsident Dr. Kämpf einen Trinkspruch auf den König von Bulgarien ausbrachte.

Nach dem Besuche von Hamburg und Kiel, wo die Abgeordneten vom Prinzen Heinrich von Preußen empfangen wurden, sowie von Köln, folgte am 18. Mai ein Besuch der Stadt Frankfurt a. M., worauf sich die Abordnung nach München begab, wo sie von der bayerischen Kammer, vom Staatsministerium und von der Stadtverwaltung gleichfalls aufs herzlichste begrüßt und mit Banketten und Ansprachen gefeiert wurde. Auch König Ludwig von Bayern erschien bei dem Empfang der Abordnung in den Räumen des Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeußeren und ließ sich die einzelnen Herren vorstellen. Am Abend des 21. und am 22. Mai traten die bulgarischen Abgeordneten die Rückreise nach Bulgarien an.

22. Mai bis 6. Juni. 1916.

Zur Erwiderung eines Besuches, den deutsche Reichstagsabgeordnete in Konstantinopel gemacht hatten, entsandte das türkische Parlament sechs seiner Mitglieder unter Führung seines Vizepräsidenten Hussein Djahid Bey nach Deutschland. Es waren dies Generalleutnant Hassan Riza Pascha, der Abgeordnete von Hodeida, Selah Djimbdschoz Bey, der Abgeordnete von Konstantinopel, ferner der Abgeordnete Mustapha Nedim Bey, Seyd Hachim Bey, Abgeordneter von Burdur, Seyd Bey, Abgeordneter von Smyrna und Omer Scheffi Bey, Abgeordneter von Siwas. Am Abend des 22. Mai traf die Abordnung in Berlin ein; am Vormittag des folgenden Tages fand im Berliner Rathaus ein Empfang statt, worauf eine Besichtigung der Stadt und am Abend ein Besuch im Opernhause folgten. Darnach waren die türkischen Abgeordneten in den Räumen der „Deutschen Gesellschaft von 1914" Gäste der deutschen Parlamentarier, die kurz vorher in Konstantinopel geweilt hatten. Am Nachmittag des 24. Mai empfing der Reichskanzler von Bethmann Hollweg die türkische Abordnung im Reichskanzlerpalais und hielt dabei auf der Gartenterrasse unter den Fenstern des geschichtlichen Berliner Kongreßsaales folgende Ansprache:

„Meine Herren! Als unsere Kreuzer im Mittelmeer beim Ausbruch des Krieges nach erfolgreichem Vorstoß gegen französische Häfen sich ihren Weg mitten durch die Feinde bahnen mußten, bangte bei uns manches Herz um ihr Schicksal. Wir wußten, daß englische Uebermacht auf sie lauerte, wie auf sichere Beute. Ein Jubel ging durch unser Volk, als die Botschaft kam, daß unsere Schiffe nach gelungenem Durchbruch in den Gewässern von Konstantinopel bei Freunden geborgen waren.

Monate harten Kampfes folgten, wo Deutschland und Oesterreich-Ungarn, nur auf sich selbst gestellt, dem Ansturm der Feinde trotzten. Da trat der Freund als Bundesgenosse an unsere Seite, der erste, der in uns den Sieger erkannte und entschlossen seine Sache mit der unsrigen verband. Und abermals ging eine Woge der Freude durch Deutschlands Gaue.

Den Freund, den Bundesgenossen, das türkische Volk begrüße ich in Ihnen, meine Herren. Seien Sie herzlich willkommen auf deutschem Boden, willkommen im Hause des Reichskanzlers. Wieder flattern im deutschen Winde türkische Fahnen, wie an jenen Tagen, da an osmanischer Tapferkeit das Dogma britischer Unbesiegbarkeit zerschellte. Der Ruhm von Gallipoli, der Ruhm von Kut-el-Amara begleitet Sie! Aber, meine Herren, die Bedeutung des Bundes erschöpft sich nicht in glorreichen Taten des Schwertes. Herzenssache ist es dem deutschen Volke, nach vollendeter Waffenarbeit auch in Werken des Friedens treu mit den türkischen Verbündeten zusammenzustehen. Deutschland und die Türkei haben einander viel zu bieten. Auf der gesunden Grundlage des Gebens und Nehmens, in wechselseitiger Ergänzung, in achtungsvoller Gleichberechtigung sind unsere Völker berufen, auf den Gebieten von Wirtschaft, Kultur und Recht neue Werte zu schaffen. Damit dies Ziel erreicht wird, müssen wir uns immer besser kennen und verstehen lernen. Darum war es ein glücklicher Gedanke, daß schon jetzt im Kriege Mitglieder der deutschen Volksvertretung nach Konstantinopel und Sie, meine Herren, nach Deutschland kamen. Ich hoffe, Ihr Besuch wird Ihnen Gelegenheit geben, sich gründlich in Deutschland umzusehen und Ihre Kenntnis von deutschem Wesen und Leben nach allen Richtungen zu bereichern.

Meine Herren, mit klarem Blick hat Seine Majestät der Sultan, von den treuesten Patrioten des Landes klug beraten, in geschichtlicher Stunde erkannt, wo der Platz des türkischen Reiches in diesem Völkerringen war. Mögen Ihrem erlauchten Herrscher zum Segen des osmanischen Reichs noch lange Jahre ruhmreicher Regierung beschieden sein! Seine Majestät der Sultan, hoch!"

Generalleutnant Hassan Riza Pascha übersetzte die Rede des Kanzlers in die türkische Sprache. Unmittelbar darauf erwiderte der Vizepräsident der Kammer Hussein Djahid Bey unter wiederholter lebhafter Zustimmung seiner türkischen Freunde mit einer Rede folgenden Wortlauts:

„Seitdem wir den deutschen Boden betreten haben, haben wir die schöne Orientsonne nicht mehr gesehen. An deren Stelle aber eine andere, deutsche, Sonne. Sie trifft uns mit verstärkter Kraft und Wärme, bis ins Innerste. Das ist die Sonne der Freundschaft und Liebe. Nicht allein vom amtlichen Deutschland, nicht allein von Volks- und Stadtvertretung, von allen Seiten, selbst bei den Kindern, haben wir bei allen Deutschen aufrichtige und herzliche Beweise von aufrichtiger Aufnahme gefunden. Das beweist uns, daß das Bündnis, das unsere Regierungen geschlossen haben, im ganzen deutschen Volke eine freudige Aufnahme findet. Wenn man sieht, in wie kurzer Zeit in Stambul die deutschen und die anatolischen Söhne sich verstehen gelernt und wie schnell sie Freundschaft und Brüderschaft geschlossen haben, so begreift man, daß das Bündnis eine aus der Tiefe der Seele kommende Lebensnotwendigkeit für die ganze Zukunft ist. Die Türken denken heute nur an eins: nicht an Frieden, sondern nur an Sieg! Die Türkei, die lange Zeit innere Wirren und hintereinander zwei Kriege durchgemacht und dabei unverdientes Unglück erlitten hat, hat in einer Zeit, in der man sie auf dem Höhepunkt der Schwäche glaubte, hat in diesem Krieg eine Armee von zweieinhalb Millionen aufgebracht. Sie hat sich schweren Opfern unterworfen, um dem von allen vier Seiten der Grenzen angreifenden Feind entgegenzutreten. Sie hat der Welt mit den Schlägen, die sie im Irak und in Gallipoli auf den Feind herniederregnen ließ, bewiesen, daß sie ein ihrem ruhmreichen Waffengefährten würdiger Bundesgenosse ist. Wie schwer die Opfer auch sind, die auf unseren Anteil im Kriege entfallen sind, wir werden in ihm bis zum Ende ausharren; denn die Türkei weiß, daß sie einen Befreiungskrieg führt.

Wir haben mit unseren Opfern Deutschland bewiesen, daß wir es mit unserer Treue ernst nehmen; den Vertrag haben wir gewissermaßen mit unserem Blute gezeichnet! Dieses Bündnis, das uns bis jetzt Opfer auferlegt hat, soll uns in der Zukunft ein wertvoller Mittler zum Fortschritt sein. Wenn wir bis jetzt nicht mehr haben leisten können, so sind die Umstände der Zeit die Ursache dazu ge-

wesen. Die Kapitulationen haben die Quellen unseres Reichtums ausgedörrt. Wenn die junge Türkei früher einen Bundesgenossen gefunden hätte, der ihr bei ihrer Erstarkung Unterstützung geliehen hätte, vielleicht wäre es gar nicht zu diesem Weltkrieg gekommen. Wir erwarten von diesem Kriege, daß er den bekannten Intrigen der europäischen Politik ein Ende setzen und uns freie Zeit schaffen wird, um uns zu reorganisieren. Die junge Türkei kann Reformen nicht entbehren, Reformen waren der Zweck der jungtürkischen Partei. Deshalb ist sie, gestützt durch das Vertrauen des Volkes, zur Herrschaft gekommen. Auf welche Schwierigkeiten sie von Anfang an gestoßen ist, ist Ihnen bekannt, Intrigen über Intrigen im Innern und von außen. Außerdem der Tripolis- und der Balkankrieg! Diese Zeiten sind vorbei. Wir begreifen, daß die alten Ueberlieferungen nicht mehr am Platze sind. Wir fühlen die Notwendigkeit, in den Kreis der europäischen Kultur einzutreten!

Wir haben die Kapitulationen abgeschafft, aber wir werden die Justiz dafür reformieren. Diese Aufgabe haben wir einem deutschen Fachmanne anvertraut. Ebenso werden wir das Schulwesen umgestalten, deutsche Professoren sind an der Arbeit. Unsere Jugend, männlich und weiblich, schicken wir nach Deutschland, um ihnen deutsches Wissen und deutsche Tugend anzugewöhnen. So wird sich das deutsch-türkische Bündnis zu einem unlöslichen Bande verdichten, und in dieser Hoffnung hebe ich mein Glas und rufe aus: Unser mächtiger Bundesgenosse und sein großer Herrscher lebe hoch!"

Am Abend des 24. Mai folgten die türkischen Abgeordneten einer Einladung der deutsch-türkischen Vereinigung zu einem Festmahle im großen Saale des Hotels Kaiserhof, besuchten am 25. Mai Potsdam und waren am Abend Gäste des Präsidenten des Reichstags, der zu einem Festmahl in das Hotel Adlon geladen hatte. Dabei hielt der Vizepräsident des Reichstags Geheimrat Dr. Paasche eine Ansprache, die der Abgeordnete von Konstantinopel, Selah Djimbdschoz Bey mit herzlichen Worten erwiderte. Am Vormittag des 26. Mai begab sich die Abordnung der türkischen Kammer nach dem Zossener Gefangenenlager, um die dort gefangen gehaltenen Mohammedaner zu begrüßen, wurde darauf zusammen mit den sich z. Z. in Berlin aufhaltenden kaiserlichen Prinzen Elmer Farok Effendi und Achmet Maureddin Effendi im Schlosse Bellevue von Kaiser Wilhelm empfangen (vgl. S. 106) und war dann von dem türkischen Botschafter Hakki Pascha zum Frühstück geladen, zu dem auch General Zeki Pascha eigens aus dem Großen Hauptquartier herbeigeeilt war.

Am Vormittag des 28. Mai trafen die türkischen Parlamentarier in München ein, wo sie von König Ludwig in längerer Audienz empfangen wurden. Der bayrische Ministerpräsident, der die türkischen Gäste infolge eines Unwohlseins nicht persönlich empfangen konnte, richtete an sie ein längeres Begrüßungsschreiben. Nach einem Ausflug an den Chiemsee am 29. Mai, begab sich die türkische Abordnung über Essen nach Bremen und von dort nach Dresden, überall in gleicher Weise gefeiert. Vor der Abreise nach Konstantinopel, die am 7. Juni 1916 angetreten wurde, wechselte sie noch herzliche Telegramme mit König Friedrich August von Sachsen und sandte auch Frau Feldmarschall von der Goltz, Freifrau Marschall von Bieberstein und Freifrau von Wangenheim Ergebenheitstelegramme.

25. Juni bis 4. Juli 1916.

Ueber den Besuch einer Abordnung des deutschen Reichstages in Bulgarien und Sofia vgl. im Kapitel „Bulgarien während des vierten Kriegshalbjahres".

10. Juli.

Der Präsident der türkischen Kammer Hadschi Adil Bey traf in Berlin ein, um auf Einladung des Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf mit ihm über einen dauernden direkten Verkehr zwischen den Parlamenten der verbündeten Länder zu beraten.

27. und 28. Juli.

Die Finanzminister Oesterreichs und Ungarns, v. Leth und v. Teleszky, sind in Erwiderung des Besuches des früheren Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich in Wien (vgl. XIII, S. 8) zur Fortsetzung des bereits mehrmals wiederholten Gedankenaustauschs der Finanzverwaltungen des deutschen Reiches, Oesterreichs und Ungarns in Berlin eingetroffen. Bei dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Grafen v. Rödern, fanden am 27. und 28. Juli Besprechungen über allgemeine Finanzangelegenheiten statt, die, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (29. VII. 16) meldete, „die volle Uebereinstimmung in den zu verfolgenden Richtlinien aufs neue bekräftigten."

Anfang August 1916.

Nach Beendigung der türkisch-deutschen Finanzverhandlungen ist der damit beauftragt gewesene ehemalige türkische Finanzminister Dschavid Bey nach Konstantinopel abgereist.

Kundgebungen

Am Ende des zweiten Kriegsjahres

Aufruf an das deutsche Volk

Kaiser Wilhelm II. hat am 31. Juli 1916 aus dem Großen Hauptquartier an den Reichskanzler folgenden Erlaß gerichtet:

„Zum zweiten Male kehrt der Tag wieder, an dem mich die Feinde zwangen, Deutschlands Söhne zu den Waffen zu rufen, um die Ehre und den Bestand des Reiches zu schützen. Zwei Jahre beispiellosen Heldenmutes in Taten und Leiden hat das deutsche Volk durchmessen, Heer und Flotte haben im Verein mit den treuen und tapferen Bundesgenossen in Angriff und Abwehr den höchsten Ruhm erworben. Viele Tausende unserer Brüder haben ihre Treue gegen das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt. In West und Ost bestehen unsere heldenmütigen Feldgrauen in unerschütterlicher Festigkeit dem gewaltigen Ansturm des Gegners. Unsere junge Flotte hat am ruhmreichen Tage von Skagerrak der englischen Armada einen harten Schlag versetzt.

Leuchtend stehen mir die Taten nie ermüdenden Opfermutes und treuer Kameradschaft an der Front vor Augen. Aber auch daheim ist Heldentum: bei Mann und Frau, bei jung und alt, bei allen, die Trauer und Sorge still und tapfer tragen, die ordnen helfen, um die Leiden des Krieges zu mildern, in der Arbeit derer, die Tag und Nacht unermüdlich schaffen, um unsere kämpfenden Brüder im Schützengraben und auf der See mit allem notwendigen Rüstzeug zu versorgen. Die Hoffnung der Feinde, uns in der Herstellung von Kriegsmitteln zu überflügeln, wird ebenso zuschanden werden wie ihr Plan, durch Hunger zu erzwingen, was ihr Schwert nicht erreichen kann. Auf Deutschlands Fluren lohnt Gottes Gnade des Landmanns Fleiß mit reicherer Frucht als wir zu hoffen wagten. Süd und Nord wetteifern darin, die rechten Wege für eine brüderliche Verteilung von Nahrung und anderem Lebensbedarf zu finden. Allen, die draußen und daheim für Volk und Heimat kämpfen und streiten, ihnen allen gilt mein heißer Dank. Noch liegt Schweres vor uns. Zwar regt sich nach den furchtbaren Stürmen zweier Kriegsjahre die Sehnsucht nach dem Sonnenschein des Friedens in jedem menschlichen Herzen. Aber der Krieg dauert fort, weil die Losung der feindlichen Machthaber auch heute noch Deutschlands Vernichtung ist. Auf unsere Feinde allein fällt die Schuld des weiteren Blutvergießens.

Niemals hat mich die feste Zuversicht verlassen, daß Deutschland trotz der Ueberzahl seiner Gegner unbezwingbar ist, und jeder Tag befestigt sie aufs neue. Das deutsche Volk weiß, daß es um sein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und vertraut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern. Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor einem neuen Ueberfall schützt und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballs. Dieses Recht soll und wird uns niemand rauben.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Kundgebung an Heer und Flotte

Kaiser Wilhelm II. hat am 31. Juli 1916 aus dem Großen Hauptquartier nachfolgende Kundgebung erlassen:

„An die deutsche Wehrmacht zu Lande und zur See! Kameraden! Das zweite Jahr des Weltkrieges ist vollendet. Es war, wie das erste, für Deutschlands Waffen ein Ruhmesjahr! Auf allen Fronten habt Ihr dem Feinde neue, schwere Schläge versetzt. Ob er niedergekämpft der Wucht Eures Angriffes wich oder ob er, durch fremde, aus aller Welt zusammengeraffte und erpreßte Hilfe verstärkt, Euch den Preis der bisherigen Siege wieder zu entreißen suchte: Ihr habt Euch ihm stets überlegen gezeigt. Auch da, wo Englands Gewaltherrschaft unbestritten war, auf den freien Wogen der See, habt Ihr siegreich gegen erdrückende Uebermacht gefochten.

Die Anerkennung Eueres Kaisers und die stolze Bewunderung der dankbaren Heimat sind Euch für diese Taten unerschütterlicher Treue, kühnen Wagemutes und zäher Tapferkeit gewiß. Wie das Andenken an die gefallenen Helden, so wird auch Euer Ruhm bis in die fernsten Zeiten wirken.

Was die Wehrmacht vor dem Feinde an Lorbeeren pflückte, trotz Not und Gefahr stets hochgemut, weil ihr das stolzeste Los des Soldaten beschert war, ist unzertrennlich verknüpft mit der hingebungsvollen und unermüdlichen Arbeit des Heimatheeres. Immer frische Kräfte hat es den

fechtenden Truppen zugeführt, immer wieder das Schwert geschärft, das Deutschlands Zuversicht und der Feinde Schrecken ist. Auch dem Heimatheer gebührt mein und des Vaterlandes Dank!

Noch aber sind die Macht und der Wille des Feindes nicht gebrochen. In schwerem Streite müssen wir weiterringen um die Sicherheit unserer Lieben, um des Vaterlandes Ehre und für die Größe des Reiches. Wir werden in diesem Entscheidungskampfe, gleichviel ob der Feind ihn mit Waffengewalt oder mit kalt berechnender Tücke führt, auch im dritten Kriegsjahre die alten bleiben.

Der Geist der Pflichttreue gegen das Vaterland und der unbeugsame Wille zum Siege durchdringen heute wie am ersten Tage des Krieges Wehrmacht und Heimat. Mit Gottes gnädiger Hilfe, dessen bin ich gewiß, werden Eure zukünftigen Taten der vergangenen und der gegenwärtigen würdig sein!"

An die Arbeiter für den Heeresbedarf

Im Armeeverordnungsblatt erschien am 1. August 1916 nachstehender Dankerlaß, den Kaiser Wilhelm dem Kriegsminister zur Veröffentlichung übergeben hatte:

„Ueber der unauslöschlichen Dankespflicht gegen unsere todesmutigen Kämpfer draußen, werde ich und wird das ganze Deutschland niemals derer vergessen, die in der Heimat in treuer Pflichterfüllung rastlos tätig waren und tätig sind, alle Streitmittel in vorbildlicher Vollkommenheit zu schaffen, die Heer und Marine zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben Tag für Tag gebrauchen. Ich beauftrage Sie, meinen und des Vaterlandes besonderen Dank allen denen auszusprechen, die in nimmerruhender Geistesarbeit oder an der Werkbank, am Schmiedefeuer oder im tiefen Schacht ihr Bestes hergaben, um unsere Rüstung stahlhart und undurchdringlich zu erhalten. Gleicher Dank gebührt auch den tapferen Frauen, die dem Gebote der Stunde gehorchend, zu ihren in dieser Zeit wahrlich nicht leichten Frauenpflichten gern auch die harte Männerarbeit auf sich nahmen. Sie alle dürfen mit Recht das stolze Bewußtsein in sich tragen, an ihrem Teile mitgewirkt zu haben, wenn die Anschläge der Feinde vereitelt wurden und der Sieg auf unserer Seite war. Daß diese Männer und Frauen fortfahren werden, in der Zeit schwersten Ringens mit dem bisher bezeugten Opfermut mit treuester Hingabe dem Vaterlande bis zu einem siegreichen Ende zu dienen, dessen bin ich gewiß."

An das sächsische Volk

König Friedrich August III. von Sachsen hat an das sächsische Gesamtministerium den folgenden Erlaß gerichtet:

„Bei der zweiten Wiederkehr des Tages, an dem der gegenwärtige Weltkrieg ausgebrochen ist, gedenke ich von neuem aller Söhne meines Landes, die ihre Treue zu König und Vaterland mit ihrem Blute besiegelt haben. Ich gedenke auch aller derer, die durch den Krieg ihre Gatten, Söhne und andere teuere Angehörige verloren haben. Mit ihnen und meinem ganzen Volke weiß ich mich eins in dem Gefühle dankbaren Stolzes angesichts der unvergleichlichen Heldentaten meines Heeres, ebenso eins aber auch in dem unerschütterlichen Willen, auch weiter die Opfer zu bringen, die die Sicherheit unserer Grenzen und das Wohl des deutschen Vaterlandes erheischen. Der bewährten Pflichttreue aller Stellen des öffentlichen Dienstes und der Opferwilligkeit in allen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land ist es auch im zweiten Kriegsjahre gelungen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, die Lasten des Krieges nach Möglichkeit auszugleichen und alle Zweige des Staats- und Wirtschaftslebens tatkräftig zu fördern. Die mit diesem Geiste erzielten Erfolge erfüllen uns mit der Zuversicht, daß es uns gelingen werde, nach endgültiger Bergung einer guten Ernte alle ferneren Schwierigkeiten zu überwinden, sie eröffnen uns damit auch den Ausblick auf einen ehrenvollen Frieden. Ich beauftrage das Gesamtministerium, meinem getreuen Volke meine vollste Anerkennung und meinen wärmsten königlichen Dank zum Ausdruck zu bringen."

An die sächsische Armee

König Friedrich August III. von Sachsen hat allen sächsischen Heeresangehörigen nachstehenden Erlaß bekannt geben lassen:

„An meine Armee! Zum zweiten Male jährt sich der Tag, an dem unsere Feinde uns in hinterlistiger Art und Weise überfielen. Auch im zweiten Kriegsjahre haben meine Truppen eingedenk unseres alten Waffenruhms überall, wo sie zur Verwendung kamen, dem sächsischen Namen Ehre gemacht. In Litauen, Wolhynien, Frankreich und Flandern haben sie Schulter an Schulter und im

Verein mit Truppenteilen aller anderen deutschen Stämme in hervorragender Weise den übermächtigen Feind von den Grenzen unseres geliebten Vaterlandes ferngehalten. Im vorigen Herbst in der Champagne und jetzt an der Somme haben große Teile meiner Armee in Kämpfen, die zu den schwersten und ruhmreichsten der Geschichte gehören, einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen der deutschen Waffen an sehr schwieriger Stelle gehabt. Aber auch die Truppen, die das zweite Jahr hindurch an derselben Stelle im Schützengraben gelegen haben, sind ihrer Pflicht in herrlicher Weise nachgekommen und haben prächtige Soldateneigenschaften bewiesen, ohne daß ein äußerer, in die Augen springender Erfolg ihnen beschieden war. Durch Ausdauer und Geduld haben sie sich um das Vaterland in besonderer Weise verdient gemacht. Es drängt mich am heutigen Tage, allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Armee meinen herzlichen Dank und meine wärmste Anerkennung für die im zweiten Kriegsjahre bewiesene Treue, Tapferkeit und Hingebung auszusprechen. Gott der Allmächtige, Lenker aller irdischen Dinge, aber, der bis jetzt unsere Waffen in so augenscheinlicher Art und Weise gesegnet hat, lasse uns auch im dritten Kriegsjahre wie bis jetzt seine Gnade und seinen Schutz zuteil werden, so daß wir in die Lage kommen, die schwere Kampfesarbeit zu einem glücklichen Ende zu bringen. Er segne und beschütze sie alle und lasse sie recht bald als Sieger in die Heimat zurückkehren."

Kaiser Wilhelm und der Reichstag

Der Präsident des Deutschen Reichstages Dr. Kämpf hat am 1. August 1916 an den Deutschen Kaiser Wilhelm II. folgendes Telegramm gerichtet:

„Eure Kaiserliche und Königliche Majestät! Der denkwürdige Tag des 4. August 1914 kehrt zum zweiten Male wieder. Auf die Worte weltgeschichtlicher Bedeutung, die Eure Kaiserliche und Königliche Majestät an jenem Tage im Weißen Saale gesprochen, hat der Reichstag mit dem Ausdruck der unerschütterlichen Entschlossenheit geantwortet, in dem Kampf um Deutschlands Existenz nicht eher nachzulassen, als bis unter Euer Majestät ruhmreicher Führung ein siegreicher Friede errungen sei. Heute, nach zwei Jahren gewaltigen Ringens, ist unser aller Denken und Trachten erfüllt von dem Geiste jenes großen Tages. Der Schutz des Allmächtigen, die unvergleichliche Tapferkeit und der Todesmut unserer und unserer Verbündeten Heere und Flotten und ihrer erprobten Führer, die Opferwilligkeit und die Mitarbeit des ganzen Volkes verbürgen uns den endgültigen Sieg. Des Himmels Segen ruhe auch fernerhin auf Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät, unserem ganzen Vaterland und unseren treuen Verbündeten."

Darauf hat Kaiser Wilhelm folgendes erwidert:

„Meinen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Segenswünsche und den Ausdruck zuversichtlichen Vertrauens an den glücklichen Ausgang der schweren Heimsuchung des Vaterlandes. Das Deutsche Volk hat die von seinen erwählten Vertretern Mir am 4. August 1914 in die Hand gelobte Treue durch Heldentaten und Opfer ohnegleichen in den beiden Kriegsjahren glänzend betätigt. Gott der Herr wird — des bin ich gewiß — solche Treue lohnen durch seinen weiteren Beistand bis zur siegreichen Ueberwindung unserer Feinde und durch eine glückliche Zukunft des Vaterlandes."

Weitere Kundgebungen

Von Kaiser Wilhelm

20. März 1916.

Ein kaiserlicher Erlaß erweiterte den Erlaß vom 27. Januar/3. Februar 1915 (vgl. VII, S. 61) über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer bis zum 20. März 1916 und erließ den Teilnehmern des Krieges mit wenigen Ausnahmen die vor ihrer Entlassung von den Fahnen durch ein elsaß-lothringisches Zivilgericht, Kriegsgericht, oder eine elsaß-lothringische Verwaltungsbehörde bis zum 20. März 1916 rechtskräftig erkannten Strafen, sofern sie nur in Verweis, Geldstrafe, Haft, Festungshaft bis zu einem Jahre oder Gefängnis bis zu einem Jahre allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen bestanden.

22. März 1916.

Auf die Meldung vom Erfolg der vierten deutschen Kriegsanleihe richtete Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich folgendes Telegramm:

„Hocherfreut durch Ihre Meldung von dem glänzenden Ausfall der vierten Kriegsanleihe spreche ich Ihnen wie allen an diesem großartigen Erfolg Beteiligten meinen wärmsten Dank und Glück-



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Ein deutscher Unterstand auf dem östlichen Kriegsschauplatz



Phot. A. Holznagel, Berlin

Bombensichere deutsche Unterstände an der Ostfront



Phot. Hohlwein & Gircke, Berlin

Deutsche Förderbahn für Personen und Proviant an der Ostfront



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Deutsche Armierungstruppen beim Anlegen von Drahthindernissen an der Ostfront

wunsch aus. Der neue Beweis einmütigen Siegeswillens und ungebrochener Kraft reiht sich den bewunderswerten Zeugnissen von Heldenmut und Vaterlandsliebe, die unsere Kämpfer an der Front täglich ablegen, würdig an. Ein Volk, das in solchem Geiste wie ein Mann zusammensteht gegen den Ansturm seiner Feinde, darf im Vertrauen auf Gott den Sieg seiner gerechten Sache mit Zuversicht erwarten."

7. April 1916.

Kaiser Wilhelm beglückwünschte den Reichskanzler telegraphisch herzlich zu den kraftvollen Worten, mit denen er im Reichstag von neuem Deutschlands Stellung dargelegt habe (vgl. S. 28 f.).

15. April 1916.

Anläßlich der Enthüllung eines Gedenksteines für den Vizeadmiral Grafen M. von Spee, den Sieger von Coronel, an der katholischen Garnisonskirche zu Kiel, sandte Kaiser Wilhelm der Gräfin Spee nachstehendes Telegramm:

„Ich will die Enthüllung der Gedenktafel, welche die Frauen der Kameraden als Zeichen dankbarer Verehrung für Ihren heldenmütigen Gatten gestiftet haben, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen, Frau Gräfin, erneut zu versichern, wie auch mir der tapfere Admiral und seine Heldensöhne stets gewärtig bleiben werden als leuchtende Vorbilder der Pflichttreue bis zum Tode. Was Ihnen genommen worden ist, gehört der Geschichte an und lebt weiter im Herzen aller Angehörigen Meiner Marine und des ganzen deutschen Volkes. Das sei auch bei der heutigen Feier Ihr stolzer Trost."

Von deutschen Reichsfürsten

25. Februar 1916.

Anläßlich seines Geburtsfestes erließ König Wilhelm von Württemberg zwei Gnadenakte. Der eine verfügt unter bestimmten Voraussetzungen den Nachlaß der gegen Kriegsteilnehmer bis zum 25. Februar 1916 vor der Einberufung zu den Fahnen in Württemberg rechtskräftig erkannten Strafen, insbesondere der Geldstrafen in voller Höhe und der Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Durch den zweiten Gnadenakt wird die Niederschlagung der gegen Kriegsteilnehmer anhängigen gerichtlichen Untersuchungen, wie sie schon auf das vorjährige Geburtsfest hinsichtlich der bis dahin begangenen Straftaten verfügt war, unter den gleichen Voraussetzungen auf die Untersuchungen wegen der seither begangenen Straftaten ausgedehnt.

20. April.

König Ludwig von Bayern hat zu Ostern angeordnet, daß eine große Anzahl Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer niedergeschlagen werden soll, soweit es sich um minderschwere und vor der Einberufung verübte Verbrechen handelt.

18. Juni.

Bei einem Mahl anläßlich der Hauptversammlung des bayerischen Kanalvereins und nach der Taufe des 50. Schiffes des Bayrischen Lloyds auf den Namen „König Wilhelm II. von Württemberg" hielt König Ludwig von Bayern eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

„Ueberall haben wir gut und siegreich gekämpft, und ich freue mich, sagen zu können, daß, wo die Bayern dabei waren, sie ihren alten Ruhm bewahrt und befestigt, daß sie bei Freund und Feind einen guten Namen errungen haben, den guten Namen, den sie schon seit vielen Jahrhunderten führen. Wenn der Krieg auch lang und schwer ist, so ist das eben bei der Größe und Zahl unserer Gegner nicht anders möglich. Da unsere Feinde uns mit Waffengewalt nicht bezwingen können, wollen sie jetzt durch Hunger und Not uns dazu zwingen, einen schimpflichen Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Zurückgebliebenen, diese schwere Zeit der Prüfung über sich ergehen zu lassen. Sie erdulden ja doch immerhin noch viel weniger als jene, die vor dem Feinde stehen, besonders jene, die jetzt in Frankreich vor Verdun kämpfen, die schwersten Kämpfe, die in diesem Kriege zu bestehen sind. Wir müssen aushalten, wir müssen durchhalten! Es hat ja, und das kann wohl nicht anders sein, seine großen Schwierigkeiten, die Interessen der einzelnen Staaten und der einzelnen Bevölkerungskreise auszugleichen. Aber es wird und muß gehen. Es gehört dazu besonders vor allem Geduld und Ausdauer, es gehört dazu, daß man nicht den Mut sinken läßt, ebensowenig wie unsere vor dem Feind stehenden tapferen Kameraden."

8. Juli 1916.

König Wilhelm von Württemberg hat anläßlich seines bevorstehenden 25jährigen Regierungsjubiläums an den Präsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. v. Weizsäcker,

eine zur allgemeinen Veröffentlichung bestimmte Kundgebung gerichtet, in der er bittet, alle Glückwünsche und Geschenke zu unterlassen und nur einer im Lande geplanten öffentlichen Sammlung zustimmt, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß ihr Erträgnis einem wohltätigen, zur Linderung von Kriegsschäden bestimmten Zwecke dienen solle.

Vom deutschen Reichskanzler

Ueber die Kundgebungen des Reichskanzlers beim Empfang der Abordnungen der bulgarischen Sobranje und des türkischen Parlaments am 8. und 24. Mai 1916 vgl. S. 98 und 100; über die Besprechung des Reichskanzlers mit dem amerikanischen Journalisten v. Wiegand vgl. S. 115.

17. Juni 1916.

Auf eine Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse erteilte der Reichskanzler nachstehende Antwort:

„Der Reichsverband der deutschen Presse hat in der Eingabe vom 29. Mai 1916 auf Mißstände bei der Handhabung der Zensur hingewiesen. Die Berechtigung dieser Hinweise verkenne ich nicht. Insbesondere stimme ich dem Reichsverbande darin bei, daß sich die Verbreitung geheimer Druckschriften zu einem schweren Mißstand entwickelt hat. Wie weit hierbei neben dem Vorhandensein der Zensur noch andere Momente mitsprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Maßnahmen der Zensur außerhalb des rein militärischen Gebiets kann ich nur insofern als wünschenswert ansehen, als sie dem obersten Zwecke, dem wir alle dienen, der siegreichen Durchführung des Krieges, nützen. Eine unbeschränkte Freigabe der sogenannten Kriegsziele kann ich zu meinem Bedauern noch nicht in Aussicht stellen, doch entspricht es durchaus meinen Wünschen, wenn auch auf diesem Gebiet die Zensur milde gehandhabt wird. Ich darf im übrigen auf die Ausführungen verweisen, die ich am 5. d. M. im Reichstage gemacht habe. Ich habe bereits veranlaßt, daß sich die Ressorts über neue Regeln über die von mir in Aussicht gestellte Milderung der Zensur, soweit sie auch für politische Angelegenheiten noch erforderlich bleibt, verständigen. Dem Reichsverband darf ich anheimstellen, etwaige praktische Vorschläge auszuarbeiten und der Reichskanzlei einzureichen.“

Personalien und Auszeichnungen

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

Vom Kaiser

Personalien

Ueber den Aufenthalt des deutschen Kaisers an der Westfront vgl. XIV, S. 289, an der Ostfront vgl. das folgende Kapitel „Die Ereignisse an der Ostfront im vierten Kriegshalbjahr“.

23. Februar 1916.

Kaiser Wilhelm II. nahm mehrstündigen Aufenthalt in Wilhelmshaven.

21. Mai bis 14. Juni.

Kaiser Wilhelm traf von der Westfront in Berlin ein, hörte am 22. Mai einen längeren Vortrag des Reichskanzlers über die schwebenden Fragen, empfing am 23. Mai die Präsidenten des Reichstages und der beiden Häuser des preußischen Landtages, sowie den spanischen Botschafter Paolo de Bernabé und am 25. Mai die in Berlin weilenden türkischen Prinzen und Parlamentarier (vgl. S. 101) in Audienz und begab sich am 29. Mai nach kurzem unerwarteten Besuch der Schichauwerfte in Elbing in das Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost.

Am 31. Mai traf der Kaiser im Gebiet der Heeresgruppe des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern ein, kehrte, nach kurzem Aufenthalt in Marienburg am 2. Juni, am 3. Juni nach Potsdam zurück, empfing am 4 Juni den Reichskanzler zum Vortrag und reiste am Abend dieses Tages zur Begrüßung der vor dem Skagerrak siegreich gewesenen Flotte nach Wilhelmshaven (vgl. XV, S. 298 f.). Am 14. Juni kehrte Kaiser Wilhelm zur Westfront zurück.

24. Juli 1916.

Auf der Reise nach dem Osten unterbrach Kaiser Wilhelm in Köln a. Rh. die Reise und besuchte in Begleitung mehrerer Generale den Dom.

Auszeichnungen

1. April 1916.

Der Chef des Militärkabinetts, General der Infanterie und Generaladjutant Frhr. v. Lyncker ist zum Chef des Infanterieregiments Nr. 43 Herzog Karl von Mecklenburg ernannt worden.

29. April 1916.

Kaiser Wilhelm hat in Anerkennung der von der Firma Krupp erzielten Kriegsleistungen Herrn Krupp von Bohlen bei seiner Anwesenheit im Großen Hauptquartier das Eiserne Kreuz erster Klasse verliehen und ihm diese Auszeichnung persönlich überreicht.

5. Juli.

Prinz Adalbert von Preußen erhielt das Eiserne Kreuz erster Klasse.

23. Juli.

Kaiser Wilhelm richtete aus dem Großen Hauptquartier folgendes Handschreiben an König Wilhelm von Württemberg:

„Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst! Freundlich lieber Vetter und Bruder! E. Maj. Württembergische Truppen haben seit nunmehr fast zwei Jahren in heldenmütigen Kämpfen auf allen Schauplätzen dieses großen Krieges mit unvergleichlicher Tapferkeit und vollster Hingabe fur ihren König und ihr schönes Schwabenland gefochten und geblutet. Sie haben die württembergische Waffenehre überall hochgehalten und sich des Ruhmes ihrer Väter würdig gezeigt. Ich gedenke dieser Leistungen mit hoher Anerkennung und bin gewiß, daß das Kgl. Württ. Armeekorps auch in Zukunft seinen Mann stehen und mit der gleichen Treue und Zähigkeit seine siegreichen Waffen weiter führen wird. Mit freudigem Stolze stehen Euere Majestät als erhabener Chef an der Spitze solcher Truppen! Ich bitte Eure Majestät daher mit tiefempfundenem Danke, dem ich hierdurch besonders Ausdruck zu geben wünsche, heute die Würde eines Generalfeldmarschalls in meiner Armee anzunehmen, die mit mir stolz darauf sein wird, Eure Majestät nun auch in den Reihen preußischer Feldmarschälle begrüßen zu können. Gern ergreife ich diese Gelegenheit, um Euerer Majestat die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft zu erneuern, womit ich verbleibe Euerer Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm."

1. August 1916.

Kaiser Wilhelm richtete aus dem Großen Hauptquartier an König Friedrich August von Sachsen nachstehendes Handschreiben:

„Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst! Freundlich lieber Vetter und Bruder! Mit dem festen Willen zum Siege zu Deutschlands Ruhm und Ehre stehen Eurer Majestät Königlich sächsische Truppen seit nunmehr zwei Jahren in West und Ost im Kampfe. Von diesem Geiste beseelt sind sie tapferen Mutes hinausgezogen, haben in ruhmvollen Taten den Lorbeer des Sieges an ihre Fahnen geheftet und sind in fester Zuversicht bereit, den schweren Kampf zum siegreichen Ende weiterzuführen. Eure Majestät sind mit der sächsischen Armee als deren erhabener Chef von Jugend an eng verbunden und widmen derselben Ihre landesväterliche Fürsorge in unermüdlicher Arbeit. Eurer Majestät deshalb einen neuen Beweis Meiner tief empfundenen Dankbarkeit hierfür zu geben, ist heute Mein besonderer Wunsch. Ich glaube denselben nicht besser zum Ausdruck bringen zu können, als daß Ich Eurer Majestät vielgeliebten Sohn, den Kronprinzen Georg von Sachsen, Königliche Hoheit, der inmitten der Königlich sächsischen Truppen deren Freud und Leid geteilt und dadurch Eindrücke und Erfahrungen gewonnen hat, die für den weiteren militärischen Lebensweg von unschätzbarem Nutzen sein werden, zum Chef des Gardeschützenbataillons ernenne, der tapferen und bewahrten Truppe, deren Uniform auch Eure Majestät einst mit Freude getragen haben. Ich habe ihm diese Ernennung unmittelbar bekannt gemacht.

Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft verbleibe Ich Euerer Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm."

Von den deutschen Bundesfürsten

13. Mai 1916.

König Ludwig von Bayern hat das Großkreuz des Militärverdienstordens mit Schwertern dem Generaloberſten von Eichhorn, Generalinspekteur der siebten Armeeinspektion, und dem General der Artillerie von Gallwitz, Inspekteur der Feldartillerie, verliehen.

23. bis 28. Juli 1916.

König Ludwig von Bayern begab sich zum Besuche der deutschen Seestreitkräfte nach Wilhelmshaven und sandte von dort folgendes Telegramm an Kaiser Wilhelm in das Große Hauptquartier: „Deiner liebenswürdigen Einladung, für die ich nochmals herzlich danke, folgend, habe ich die letzten Tage bei der Flotte zugebracht. Die Eindrücke, die ich hier gewonnen, befestigen aufs

neue mein Vertrauen in die unüberwindliche Stärke der deutschen Waffen zu Wasser wie zu Lande, und meine Zuversicht, daß Deine von trefflichem Geist durchdrungene Marine den in der letzten Seeschlacht errungenen Erfolgen neue Siege über unsere Feinde anreihen wird." Der Kaiser erwiderte mit herzlichen Worten.

Während seines Aufenthaltes in Bremen wurde König Ludwig von dem präsidierenden Bürgermeister Barkhausen begrüßt, am Bahnhofe in Oldenburg erwartete ihn der Großherzog August. Auf der Rückreise nahm der König kurzen Aufenthalt in Hamburg und folgte einer Einladung des Senats zum Abendessen im Rathaus. Vom 27. bis 28. Juli weilte der König in Braunschweig zum Besuche des Herzogspaares und am 28. Juli abends fand in Leipzig eine Begegnung mit dem König von Sachsen statt.

Vom Reichskanzler und den Staatssekretären

9. Februar 1916.

Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow trafen im deutschen Großen Hauptquartier ein zur Teilnahme an den Beratungen mit dem König von Bulgarien und den ihn begleitenden Staatsmännern (vgl. S. 97).

12. März.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg kehrte aus dem Großen Hauptquartier nach Berlin zurück; am selben Tag reichte Staatssekretär v. Tirpitz sein Abschiedsgesuch ein (vgl. S. 9 f.).

23. April.

Der Reichskanzler, der sich am 19. April ins Große Hauptquartier begeben hatte, trifft wiederum in Berlin ein, um am Sitze der Regierung mit den berufenen Stellen und Personen die Entscheidungen zu besprechen, welche die amerikanische Note (vgl. das Kapitel über den „Handelskrieg") notwendig machten.

25. April bis 4. Mai.

Nach einer nochmaligen längeren Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Gerard reiste der Reichskanzler zusammen mit dem Chef des Admiralstabs der Marine abermals nach dem Großen Hauptquartier, wohin sich am 27. April auch der amerikanische Botschafter Gerard und am 28. April Staatssekretär v. Capelle begaben. Am 4. Mai kehrte der Reichskanzler wieder nach Berlin zurück.

29. Mai bis 1. Juni.

Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg begab sich nach München und darauf über Stuttgart und Karlsruhe nach Darmstadt zum Besuche der Könige von Bayern und Württemberg sowie der Großherzoge von Baden und Hessen.

25. Juni.

Der Staatssekretär Dr. Helfferich tritt eine Reise nach Warschau und Polen an.

1. Juli.

Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg kehrte von einem Besuche der Hochseeflotte nach Berlin zurück.

18. bis 21. Juli.

Staatssekretär Dr. Helfferich begab sich nach München und Stuttgart.

26. Juli 1916.

Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg begab sich zum Vortrag beim Kaiser ins Große Hauptquartier.

Sonstige Personalien

18. Juni 1916.

Generaloberst v. Moltke, der Chef des stellvertretenden Generalstabs der Armee, ist bei einer im Reichstagsgebäude stattfindenden Trauerfeier für den Feldmarschall v. d. Goltz, einem Herzschlag erlegen.

Graf Helmuth Johannes Ludwig v. Moltke (Bildnis vgl. Bd. I nach S. 78) wurde, nach Angaben des „Berliner Tageblatts" (19. VI. 16), am 23. Mai 1848 zu Gersdorf in Mecklenburg-Schwerin als Sohn des königlich preußischen Landrates Grafen Moltke geboren, hat also ein Alter von 68 Jahren erreicht. Am Feldzug gegen Frankreich im Jahre 1870 nahm er als Leutnant teil, besuchte 1876 bis 1879 die Kriegsakademie, wurde 1877 Oberleutnant, 1881 Hauptmann im General-

stab, 1882 zweiter Adjutant seines Onkels, des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke, 1888 Major, 1891 Flügeladjutant des Kaisers und als Oberstleutnant Kommandant der Schloßgardekompanie. Im Jahre 1895 wurde er Oberst und 1896 zum Kommandeur des Kaiser-Alexander-Gardegrenadier-regiments Nr. 1 ernannt, im Jahre 1899 Generalmajor und Kommandeur der 1. Gardeinfanterie-brigade, 1902 zum Generalleutnant, Generaladjutanten und Kommandeur der 1. Gardedivision ernannt. Am 18. Februar 1904 erfolgte seine Ernennung zum Generalquartiermeister und 1906 zum Chef des Generalstabes. Im Oktober 1906 wurde er zum General der Infanterie ernannt, 1907 à la suite des Kaiser-Alexander-Regiments gestellt. Ende des Jahres 1914 trat Graf Moltke von der Leitung des Großen Generalstabes zurück (vgl. III, S. 193 und 195) und übernahm dann die Leitung des stellvertretenden Generalstabs in Berlin.

„In stiller Arbeit hatte", so schrieb die „Kölnische Zeitung" (19. VI. 16), „Generaloberst v. Moltke erfolgreich daran gearbeitet, die Führer der Armee und ihre berufenen Ratgeber für die gewaltigen Aufgaben eines Weltkrieges zu schulen und die Vorbereitungen zu treffen, die das sichere Arbeiten der großen Maschine im Augenblick der Mobilmachung verbürgten. Auf ihm ruhte die Verantwortung für die strategischen Entwürfe, nach denen sich der Aufmarsch und die ersten Operationen der deutschen Heere vollzogen. Als unter der ungeheuren Last der Geschäfte seine Kraft zusammenbrach, sah er sich gezwungen, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in die Heimat zu gehen. Ein wahrhaft vornehmer Mann, von festem Willen, jeder Kriecherei und Günstlingswirtschaft abhold, hat er sein Leben lang seine Pflicht getreulich erfüllt und ist in den Sielen gestorben. Ihm gebührt ein reichliches Maß des Dankes, den unser Volk den Leistungen unseres Heeres schuldig ist."

Kaiser Wilhelm sandte an die Witwe des dahingeschiedenen Generaloberften nachstehendes Telegramm: „Erhalte soeben die erschütternde Nachricht vom plötzlichen Tode Ihres Gemahls! Mir fehlen die Worte, um meinem Empfinden dabei vollen Ausdruck zu geben. Tief bewegt gedenke ich seiner Erkrankung im Beginn dieses Krieges, dessen glänzende Vorbereitung der Inhalt seines rastlosen Wirkens als Chef des Generalstabes der Armee war. Das Vaterland wird seine hohen Verdienste nicht vergessen. Ich werde, so lange ich lebe, in dankbarem Gedächtnis behalten, was dieser aufrechte, kluge Mann mit seinem goldenen Charakter und seinem warmen und treuen Herzen für mich und die Armee war. In aufrichtiger Trauer spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzliche Teilnahme aus. Ich weiß, daß ich an ihm einen warmen Freund verlor."

22. Juni 1916.

Generalfeldmarschall v. Bülow (Bildnis vgl. Bd. I nach S. 244; Personalien vgl. I, S. 238), der am 4. April 1915 wegen Krankheit unter Verleihung des Ordens Pour le mérite (vgl. V, S. 207) zu den Offizieren von der Armee versetzt worden war, ist durch kaiserliche Kabinettsorder in Bewilligung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt und mit dem Kreuz der Großkomture des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern ausgezeichnet worden.

Die innere Deutsche Politik im vierten Kriegshalbjahre

Ein Ueberblick von Erich Dombrowski

Als der Krieg ausbrach, hatte der Kaiser das programmatische Wort geprägt: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche." An dieses Wort hielten sich die Parteien und proklamierten ganz allgemein den Burgfrieden. Die Presse stellte alle parteipolitischen Fehden ein, und die Reichstags- oder Landtagsersatzwahlen, die in der folgenden Zeit notwendig wurden, vollzogen sich durchweg in der Weise, daß der Wahlkreis ohne weiteres der Partei vorbehalten blieb, die ihn bisher im Parlamente vertreten hatte. Gegenkandidaten wurden nicht aufgestellt, und so unterblieb jedweder Wahlkampf. Auch die Organisationsarbeiten der Parteien schliefen zunächst völlig ein. Es sei, um nur zwei bedeutsame Momente in dieser Hinsicht zu verzeichnen, daran erinnert, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, im Frieden eine der energischsten Kampforganisationen, und der Deutsche Ostmarken-Verein zurzeit jede

Tätigkeit für gegenstandslos erklärten. Die Zeitungen brachten fast nur die eigentlichen Kriegsnachrichten, sowie Stimmungsbilder von den Kriegsschauplätzen und beschränkten sich im übrigen auf die Wiedergabe der Auslandsnachrichten und der wirtschaftspolitischen Vorgänge in der Heimat, insbesondere in der Ernährungsfrage.

Dieses Gesicht blieb sich in den ersten drei Kriegshalbjahren ziemlich unverändert gleich. Allerdings wachte eine strenge militärische und politische Zensur über die Einhaltung der Richtlinien, die peinlich auf die Aufrechterhaltung der inneren Geschlossenheit der Nation eingestellt waren. Die Erörterung der Kriegsziele in der Presse wurde verboten. Das gab allerdings sehr bald den Anlaß zu einer umfangreichen geheimen Literatur, zu vielen Flugschriften, die das Schicksal der Nation bald von diesem, bald von jenem Standpunkte in der Kriegszielfrage beleuchteten und agitatorisch immer weitere Kreise der Bevölkerung für diese Ziele zu interessieren versuchten. Zwei Strömungen waren da vorhanden. Eine Friedensbewegung, die immer wieder zu einem Vergleichs- oder Verständigungsfrieden auf dem status quo ante mahnte, und eine alldeutsche Bewegung, die weitgehende Entschädigungen und Annexionen verlangte. Verquickt wurde damit allmählich die Frage der Kriegführung in Untersee. Die alldeutschen Kreise, die einen großen Anhang auch in der konservativen und der nationalliberalen Partei hatten, traten für die rücksichtslose Anwendung der U-Bootwaffe ein, in der Hoffnung, daß man dadurch England, den Hauptgegner, schnellstens werde niederringen können. Diese Debatte über den U-Bootkrieg veranlaßte die erste innerpolitischen Krise, die schließlich zu dem Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, Großadmiral von Tirpitz, führte, der sich für eine verschärfte Anwendung der U-Bootwaffe aussprach, aber mit seiner Ansicht bei der Reichsregierung nicht durchdrang, da sie die politischen Folgen bei den Neutralen fürchtete. Der Rücktritt gab das Stichwort für einen hartnäckigen und systematischen Kampf gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, in dem die alldeutsch-konservativen Kreise den Hauptwidersacher gegen ihre Forderungen in der U-Bootfrage sahen. Schon vorher hatte eine heftige Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Partei begonnen, die zum Teil auch auf die freien Gewerkschaften übergriff und zuguterletzt eine Spaltung der Reichstagsfraktion zur Folge gehabt hatte.

So war das vierte Kriegshalbjahr innerpolitisch bereits heftig bewegt und schloß mit der Freigabe der Erörterung der Kriegsziele, die dann neuen Zündstoff für die innere Politik bedeutete. Das ist in ganz kurzen Umrissen der Stand der Dinge, wie er sich bis zum 1. August 1916 entwickelt hatte. In folgendem soll versucht werden, den verschiedenartigen Strömungen im einzelnen nachzugehen.

Die Friedensströmungen

Am letzten Tage vor dem Ausbruch des Krieges hatte die Sozialdemokratie in ganz Deutschland noch große Friedenskundgebungen durch Versammlungen und Straßenumzüge veranstaltet. Als dann der Krieg hereinbrach, verstummte zunächst jedes Wort vom Frieden, und alles starrte wie hypnotisiert auf den klirrenden Waffengang. Immerhin hatte man damals, in jenen August- und Septembertagen 1914, als die deutschen Heere im Westen von Sieg zu Sieg stürmten, damit gerechnet, daß der Krieg nur ein viertel, höchstens ein halbes Jahr lang dauern würde. Selbst die führenden Männer der Nation waren wohl ursprünglich dieses Glaubens gewesen. Der Kaiser hatte ja selbst dem Oberhaupte einer deutschen Stadt gegenüber erklärt, daß der Krieg zu Ende sein würde, wenn die Blätter welk werden würden, und ein andermal, daß wir wohl eine friedliche Weihnacht würden feiern können. Die Entwicklung der Dinge hat einen anderen Gang genommen.

Die ersten Friedensströmungen im Verlaufe des Krieges gingen von der Schweiz aus. Hier hatte sich eine Reihe von Pazifisten aus den verschiedenen kriegführenden Ländern gefunden, die von hier aus die öffentliche Meinung in Europa zu beeinflussen trachteten. Dr. Fried, der Herausgeber der „Friedenswarte“, verlegte ebenfalls den Sitz seiner Zeitschrift von Wien dorthin und veröffentlichte selbst einige Friedensschriften, um immer von neuem auf die Notwendigkeit internationaler, pazifistischer Vereinbarungen hinzuweisen. Die leitenden Stellen Deutschlands sahen in dieser Friedenspropaganda zunächst eine Beeinträchtigung des nationalen Siegeswillens, machten der pazifistischen Schrifteneinfuhr Schwierigkeiten und verboten sie eine Zeitlang vollends. Die „Friedenswarte“ wechselte aus diesem Grunde mehrfach ihren Titel und ihr Gewand, aber immer von neuem verfiel sie dem Schicksal der Beschlagnahme in Deutschland. Ein anderes Organ, das in vielen Exemplaren von der Schweiz nach Deutschland versandt wurde, war das von Professor Broda im Auftrage des Bundes für Menschheitsinteressen herausgegebene Blatt „Die Menschheit“, die in mehreren Sprachen erschien und alle Kriegsfragen vom Standpunkte des Pazifismus beleuchtete. Ein dritter Herd von Friedensbestrebungen war die internationale Sozialdemokratie, soweit sich die Ueberreste nach dem Zusammenbruch der großen Internationale zusammengefunden hatten. Es gelang dieser internationalen sozialistischen Richtung, zweimal Konferenzen in der Schweiz zustande zu bringen: einmal in Zimmerwald, das anderemal in Kienthal, wo sich einige radikal-sozialdemokratische Abgeordnete Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Italiens und der Schweiz versammelten. Zu irgend welchen Beschlüssen, soweit sie praktische Folgen haben konnten, ist es indessen nicht gekommen. Man sprach sich in heftigen Auseinandersetzungen über die schwebenden Probleme aus, aber die Leute, die da zusammen kamen, waren damals noch politische Offiziere ohne jede Soldaten dahinter. Trotzdem bildeten die Konferenzen den Ausgangspunkt einer Neubelebung der internationalen sozialdemokratischen Bestrebungen. Nicht ganz durchsichtig waren radikal-sozialdemokratische Bestrebungen in der Schweiz, von dort aus eine revolutionäre Bewegung in Deutschland hervorzurufen und dadurch den Frieden mit Gewalt herbeizuführen. Ein deutscher Sozialdemokrat Radek veröffentlichte unter dem Pseudonym Parabellum in der „Berner Tagwacht“ eine ganze Reihe von Artikeln, in denen er der deutschen Sozialdemokratie die schwersten Vorwürfe machte, sie wegen ihrer Kreditbewilligung und wegen ihrer positiven Stellungnahme zum Krieg auf das Heftigste angriff und es dabei an allen möglichen Unterstellungen nicht fehlen ließ. Das Echo in der deutschen sozialdemokratischen Presse blieb natürlich nicht aus. Er versuchte auch vergebens die deutsche Sozialdemokratie für die revolutionäre Idee zu begeistern. Das gleiche strebten geheimnisvolle Briefe an, die von einem ausgingen, der sich Spartacus nannte. Diese Spartacus-Briefe, die ganz systematisch die Haltung in der deutschen Sozialdemokratie in Vergangenheit und Gegenwart beleuchteten, die in den allerschärfsten Ausdrücken vom deutschen Militarismus sprachen und immer wieder Generalstreik und Revolution für notwendig erachteten, sollten bald in der sozialdemokratischen Partei eine nicht geringe Rolle spielen. Endlich muß noch eines Buches gedacht werden, das ebenfalls dazu dienen sollte, Verwirrung in Deutschland anzustiften. Es handelt sich um ein bereits im Frühjahr 1915 erschienenes Werk, das „J'accuse“ überschrieben und von einem Deutschen ohne Namensangabe verfaßt war. (Als Verfasser wurde Anfang 1916 ein Dr. Rösenmeier bekannt, der bis zum Kriegsausbruch als Vertreter österreichischer Arbeiterblätter in Berlin tätig gewesen und dann über die Grenze entwichen war.) In diesem Buche, das in Deutschland selbstverständlich beschlagnahmt wurde, war ein umfangreiches Material zusammengetragen, um Deutschlands angebliche Schuld am Kriege

darzutun. Mit forensischer Gewandtheit war hier eine ganz einseitige Geschichtsdarstellung gegeben, immer zugunsten der Entente und immer zuungunsten Deutschlands, und der Nachweis dafür versucht worden, daß Deutschland schon in wenigen Monaten zusammenbrechen müsse.

Die sozialdemokratische Partei hat offiziell erst am 23. Juni 1915 in einem Aufruf des Parteivorstandes zur Friedensfrage Stellung genommen. Dieser Aufruf weist darauf hin, daß die Kriegsfurie nun fast ein Jahr lang über den Erdball rase, daß die deutsche Sozialdemokratie den Krieg zu verhindern versucht habe, sich aber, als er eingetreten sei, in den Dienst des Friedens gestellt habe. Er hebt die wiederholten Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervor, die eine baldige Beendigung des Krieges gefordert hätten, „sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist.“ Weiter setzt der Aufruf auseinander, daß die Bemühungen des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie, „die durch den Kriegsausbruch so jäh unterbrochenen internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen“, vergeblich gewesen und gescheitert seien, „vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs“, die an der Parole ihrer Regierung festhalte: „Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas“ (vgl. X, S. 318 f. und XV, S. 47 f.). Ebenso wie die französische Sozialdemokratie den „Kampf bis zum Weißbluten“ proklamiert hätte, habe sich auch der Führer der belgischen Sozialdemokratie Vandervelde „für den Kampf bis ans Ende“ bekannt; der Aufruf erklärt dementsprechend, „daß die große Masse der dem internationalen sozialistischen Büro angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Zeitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wolle bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.“ Der Schluß des Aufrufes lautet wörtlich:

„Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annexionspolitik bekämpft. Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderungen großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Oeffentlichkeit bekannt wurden (vgl. S. 118 f.). Schon die Geltendmachung solcher Bestrebungen schiebt den vom ganzen Volke heiß ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden!

Soll der täglich neue Opfer fordernde Krieg nicht ins Endlose sich hinziehen, bis zur völligen Erschöpfung aller Völker dauern, so muß eine der beteiligten Mächte die Hand zum Frieden bieten. Deutschland, das von einer großen Uebermacht angegriffen, sich aller seiner Feinde bisher siegreich erwehrt, den Aushungerungsplan zuschanden gemacht und bewiesen hat, daß es unbesiegbar ist, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun.

Im Namen der Menschlichkeit und der Natur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage, fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen. Wir erwarten von unseren Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern, daß sie in gleichem Sinne auf ihre Regierungen einwirken.“

Dieser Aufruf, der drei Spalten des „Vorwärts“ füllte und das Datum vom 23. Juni 1915 trug, war bereits am 7. Mai vom Parteivorstande einstimmig beschlossen, am 15. Mai einer Konferenz der Parteiredakteure und Ende Mai der Reichstagsfraktion mitgeteilt worden. Infolge des Eingreifens Italiens in den Krieg wurde aber die Ausführung des Beschlusses, wieder auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes, zunächst vertagt, dann aber die Veröffentlichung nach dem großen deutschen militärischen Erfolge in Galizien beschlossen. Das Organ der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilte einen Tag darauf mit, daß der „Vorwärts“ wegen dieser Kundgebung mit Rücksicht auf das Verbot der Erörterung von Kriegszielen von der Zensur

verboten worden sei. Die Kundgebung sei auch deshalb in hohem Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschließungen der Regierung vorzugreifen, im Auslande wahrscheinlich einen der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen werde. Nach bewährten Mustern werde das Manifest allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden flauen Kriegsmüdigkeit ausgenützt werden. Das Manifest sei somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde neu zu beleben. Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage Aussicht böten, erfolgreich in Friedenserwägungen einzutreten, werde die Regierung von selbst das Ihrige tun; bis dahin aber gäbe es für das deutsche Volk nur die Parole: „Durchhalten!" Trotzdem beschäftigte sich die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der Sozialdemokratie am 14., 15. und 16. August 1915 erneut mit der Friedensfrage. In getrennter Abstimmung wurden von beiden Körperschaften die folgenden Leitsätze angenommen:

„In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf dem Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende Richtpunkte für die Friedensgestaltung auf:

1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.

2. Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir: „Offene Tür", d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten; Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten; Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch möglichste Beseitigung von Zoll- und Verkehrsschranken; Ausgleichung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiter-Internationale erstrebten Ziele; die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.

3. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück.

4. In Erwägung, daß Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd auf das Schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker.

5. Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtseinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Friedens muß als höchstes sittliches Pflichtgebot für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger, internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind."

Ein Jahr später, gegen Ende Juli 1916, legte der sozialdemokratische Parteiausschuß in einer Entschließung von neuem seine Kriegsziele fest; diese Resolution, die gegen acht Stimmen angenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiausschuß: Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Forderung der Eroberungspolitiker, die den Widerstand der gegen Deutschland kriegführenden Staaten noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen. Die Sozialdemokratie

hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgend einer Seite; denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben. Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse. Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schleunige Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird."

Schon im Verlaufe des Jahres 1915 waren wiederholt Friedensgerüchte aufgetaucht, Mitteilungen von Verständigungsversuchen mit Rußland. Bald sollten Konferenzen von Vertrauensleuten in Kopenhagen, bald in Stockholm stattgefunden haben, ohne daß auch nur einmal positive Tatsachen daraus entsprangen. Ende Februar 1916 ging wieder einmal ein solches Gerücht um, nur daß es diesmal hieß, es sei ein englisches Friedensangebot eingegangen, und englische Unterhändler seien bereits unterwegs. Kaum einen Monat später flatterte in New-York eine ähnliche Ente auf. Danach hätte der Reichskanzler dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Gerard, die Bedingungen mitgeteilt, auf Grund deren Deutschland bereit sei, den Krieg zu beenden. Alle diese Friedensgerüchte, — im Verlaufe des Aprils 1916 erneuerten sie sich, — wurden natürlich jedesmal prompt dementiert. Immerhin muß doch vermerkt werden, daß irgend ein Körnchen Wahrheit diesen Gerüchten gelegentlich zu Grunde lag. Als Beispiel dafür sei der fehlgeschlagene holländische Vermittlungsversuch zwischen Deutschland und England verzeichnet, der im April 1915 von Privatpersonen unternommen war. Unterstaatssekretär Zimmermann machte am 29. Mai desselben Jahres im Hauptausschuß des Reichstages darüber folgende Mitteilungen: Der bekannte deutsche Pazifist Professor Schücking sei zu ihm (Zimmermann) in das Auswärtige Amt gekommen und habe mitgeteilt, daß er in Holland an einer „Anti-Orlog Raad-Tagung" teilgenommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe sich der als Pazifist bekannte holländische Unterstaatssekretär Dresselhuis vom holländischen Justizministerium angeboten, als Friedensunterhändler zwischen Deutschland und England nach Berlin zu kommen. Auf Befragen habe Professor Schücking angegeben, daß Herr Dresselhuis weder im Auftrage der holländischen Regierung handle, noch irgendwelche Vorschläge der englischen Regierung zu überbringen habe, er hätte also nur Angebote der deutschen Regierung hören und nach England weitergeben können. Er (Zimmermann) habe darauf erklärt, daß er selbstverständlich jeden Beauftragten englischer verantwortlicher Staatsmänner oder ernsthafter politischer Kreise zu empfangen bereit sei, es aber ebenso selbstverständlich ablehnen müsse, durch einen Privatmann seinerseits nach England Friedensangebote hinüber zu geben. Mitglieder des Anti-Orlog Raad seien dann aber doch nach England gefahren und hätten dort mit den bekannten Friedensfreunden Burns, Trevelyan, Macdonald u. a. m. eine Besprechung gehabt. Als sie in deren Verlaufe ihre Meinung dahin ausgesprochen hätten, Deutschland und England könnten doch sicher zunächst einmal über einige Punkte zu Verhandlungen kommen, zum Beispiel über das belgische Problem, seien sie auf allgemeine Ablehnung gestoßen. John Burns habe es als eine unverschämte Zumutung abgelehnt, mit Deutschland über Belgien zu verhandeln. Belgien sei für England kein Handelsobjekt, Deutschland müsse Belgien erst bedingungslos geräumt und wiederhergestellt haben, ehe überhaupt von irgendwelchen Unterhandlungen die Rede sein könne. Unter solchen Umständen sei es geradezu selbstverständlich, daß sich kein verantwortlicher deutscher Mann mit dieser Geschichte weiter hätte befassen können.

Auch die Versuche des amerikanischen Millionärs Ford auf einer neutralen Konferenz, die im April/Mai 1916 in Stockholm stattfand, Friedensbedingungen für die einzelnen Mächte zu stipulieren, schlugen fehl, und das Manifest der neutralen Konferenz in Stockholm fand kein Echo bei den kriegführenden Mächten. Anfang Mai 1916 tauchte in englischen Blättern auch eine Mitteilung von der Sendung des Prälaten Bonzano

aus dem Vatikan an den Präsidenten Wilson in Amerika auf, um den Präsidenten für eine Friedensvermittlung zu interessieren (vgl. XV, S. 250).

In jenen Tagen nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, um sich gegenüber dem amerikanischen Journalisten K. v. Wiegand über das Verhältnis von Deutschland zu England als Antwort auf eine Rede Greys auseinander zu setzen. „Nach 22 Monaten eines furchtbaren Krieges", sagte der Kanzler, „nach Millionen Opfern an Toten, Verwundeten und Verstümmelten, nachdem den Schultern des gegenwärtigen und der künftigen Geschlechter eine schwere Schuld an Gut und Blut aufgebürdet worden sei, beginne England einzusehen, daß das deutsche Volk nicht zermalmt, daß die deutsche Nation nicht vernichtet werden könne." Nachdem er dann auf die einzelnen Vorwürfe Greys erwidert hatte, fuhr er, auf die Zukunft übergehend, fort:

„Sir Edward Grey will einen dauerhaften Frieden. Den will auch ich. Seit Anfang des Krieges habe ich das immer wieder ausgesprochen. Aber ich fürchte, daß wir dem Frieden, der, wie ich glaube, von allen Völkern herbeigesehnt wird, nicht näher kommen werden, solange verantwortliche Staatsmänner der Entente sich in Bemerkungen über die preußische Tyrannei, preußischen Militarismus und in pathetischen Deklamationen über ihre eigene Ueberlegenheit und Vollkommenheit ergehen, oder wie es jetzt Sir Edward Grey tut, Deutschland mit einer Veränderung seiner politischen Zustände beglücken wollen. Darauf kann ich dem englischen Minister, dem die irischen Zustände doch Zurückhaltung auferlegen sollten, nur erwidern, daß Deutschland Homerule hat, über die es selbstständig verfügt. . . . Und lassen Sie mich das einschalten: Hat denn die demokratische Verfassung Englands die englischen Staatsmänner an dem Abschluß geheimer Abmachungen mit Rußland und Frankreich gehindert, die eine wesentliche Ursache des jetzigen Weltkrieges sind? . . . Aber was ich sagen wollte, durch allgemeine Preßpolemiken und öffentliche Reden wird der Haß unter den Völkern nur immer mehr geschürt. Und das ist nicht der Weg, der zu dem Idealzustande Sir Edward Greys führt, in dem freie und gleichberechtigte Völker ihre Rüstungen einschränken und ihre Zwistigkeiten, anstatt durch den Krieg, durch Schiedsspruch lösen. Ich habe zweimal öffentlich festgestellt, daß Deutschland bereit war und ist, die Beendigung des Krieges auf einer Grundlage zu erörtern, die eine Gewähr gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner Feinde bietet und Europa den Frieden sichert. Herrn Poincarés Antwort darauf haben Sie gehört."

„Aber", warf Wiegand ein, „Sir Edward Grey's Interview klingt doch anders."

„Das weiß ich nicht", antwortete der Kanzler. „Das kann nur Grey selbst beurteilen. Aber eines weiß ich: Nur wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie die Kriegslage so nehmen, wie sie jede Kriegskarte zeigt, wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern. Wer dazu nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verblutet. Ich weise diese Schuld weit von mir."

Diese praktische Erörterung der Kriegsziele, von der der Kanzler sprach, begann das Organ der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," am 8. Juli 1916 im folgenden Artikel als Entgegnung auf Angriffe von alldeutscher Seite:

„Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wieder hervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu beseelen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915 (vgl. XII, S. 9 f.), 9. Dezember 1915 (vgl. XII, S. 33 f.) und 5. April 1916 (vgl. S. 28), in denen er früher wiederholt Angedeutetes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinn der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt auffaßt. Wenn die Einfallstore in das Herz Deutschlands frembem

Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll —, ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen", aus dem die „Deutsche Tageszeitung" Sorge und Zweifel wachsen sieht?

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung, in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere die Aufstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern lediglich von klarer, realpolitischer Erwägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbste des Jahres 1914 und im Frühjahre 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und seiner Freiheit nach Ost und West bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht schon inter arma durch voreiligen Streit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zersplittern dürfen."

Bei dieser Erörterung über die Friedensfrage dürfen drei neue Organisationen nicht unerwähnt bleiben, die auf einen Ausgleich der Gegensätze hin arbeiteten. Schon am 28. Februar 1915 war im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Geheimen Justizrats Professor Dr. Kahl, des Berliner Staats- und Kirchenrechtslehrers, eine von etwa siebzig den verschiedensten Ständen, Berufen und Parteien angehörenden Männern die Freie vaterländische Vereinigung gegründet worden, die mit einer bedeutsamen Erklärung an die Oeffentlichkeit trat. Darin hieß es unter anderem: „Wir wissen nicht, wann der Krieg beendet sein wird, aber das Ende des Krieges, wann auch immer es eintreten mag, darf nicht auch das Ende der aus ihm erwachsenen inneren Einheit unseres Volkes bedeuten." Im Anschluß daran wurden Leitsätze von der Vereinigung aufgestellt, in denen eine stärkere Betonung und Durchführung des deutschen Volkstums und eine Abstellung der Ueberschätzung ausländischer Art, eine Besetzung aller Aemter mit den für sie geistig und sittlich Befähigten, die Ermöglichung einer gesteigerten Teilnahme Aller an Kunst und Wissenschaft, eine Vermeidung aller Parteiunterschiede bei den Anforderungen der Wehrkräftigkeit und bei der Fürsorge für Kriegsinvaliden und -Hinterbliebene eine Fortentwicklung der sozialen Fürsorge, so auch eine dichtere Besiedelung des heimischen Bodens, größere Offenheit und Vertrauen zwischen Regierung und Volksvertretung in der inneren wie äußeren Politik sowie eine Ueberwindung jeder Art von Kastengeist im gesellschaftlichen Leben und im freien Verkehr verlangt werden. Die Leitsätze schließen:

„8. Die Freie Vaterländische Vereinigung will keine neue Partei bilden noch auch in das Gefüge der Parteien überhaupt eingreifen. Sie will vielmehr ein besonderes Organ der öffentlichen Meinung sein, nach allen Seiten frei und unabhängig, jederzeit bereit, wo es not tut, aus ihrer Eigenart heraus ihr Ausdruck zu verleihen und Geltung zu verschaffen."

Der Vereinigung gehörten führende Männer aus Kunst und Wissenschaft und aus dem praktischen Leben an, so Geheimrat v. Borsig, Reichs- und Landtagsabgeordneter Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, Geheimrat v. Harnack, Dr. Paul v. Schwabach. Der erste Jahresbericht 1916 stellte bereits vierzig selbständige Verbände fest und daß Mitglieder aller politischen Parteien, Berufsklassen und Schichten, auch mehrfach Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und Frauen, sich um die Fahne der freien vaterländischen Vereinigung geschart hätten. Ein Antrag, sich mit den vielumstrittenen Kriegs- und Friedenszielen zu beschäftigen, wurde indessen abgelehnt.

Ein halbes Jahr nach der Begründung dieser Organisation wurde eine Deutsche Gesellschaft 1914 in Berlin ins Leben gerufen, der sofort 700 Mitglieder

aus allen Kreisen beitraten. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft wurde der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf gewählt. In dem Präsidium fanden sich Männer wie Ballin, Admiral v. Capelle, der Fürst von Hatzfeld, Gerhart Hauptmann, Generaloberst v. Moltke, Reichstagsabgeordneter v. Payer, August Thyssen, Oberbürgermeister Wermuth und Richard Strauß. Die „Deutsche Gesellschaft 1914“ wollte, wie Dr. Solf sagte, den Geist der Einheit und der Vaterlandsliebe, der sich in den Augusttagen des Jahres 1914 so herzerfrischend dargetan habe, im deutschen Volke wach erhalten und den Acker, auf dem die Einheit erwachsen sei, weiter bestellen. Für Berlin, das ganz arm an sogenannten politischen Salons ist, war dieser politische Klub etwas ganz Neues. Er sollte deutschen Männern aller Berufe ohne Unterschied der Partei einen vorurteilsfreien und zwanglosen gesellschaftlichen Verkehr ermöglichen.

Dagegen fand der Mitte Juli 1916 begründete Deutsche nationale Ausschuß zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens, an dessen Spitze Fürst Wedel trat, keineswegs allgemeine Zustimmung. Das war natürlich, bedeutete er doch eine Gegenorganisation gegen die alldeutsche Propaganda. Der nationale Ausschuß wandte sich mit einem charakteristischen Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem es u. a. heißt:

„Der deutsche nationale Ausschuß will ohne Unterschied unabhängige, den verschiedenen Parteirichtungen angehörende, vaterländisch gesinnte Männer vereinigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß keine Aengstlichkeit die künftige Sicherheit des Reiches hemmen, aber auch keine eitle Begehrlichkeit die Sicherung schon jetzt für die Zukunft gefährden darf. Dies kann nur erreicht werden durch einen Frieden, der sich gleich entschieden entfernt hält von den Kampflosigkeiten der Friedensmänner um jeden Preis, wie von den Unersättlichkeiten, die in den Kundmachungen des „Alldeutschen Verbandes“ zutage getreten sind. Für diesen Frieden hat der Reichskanzler im April 1916 in der Rede, zu der ihn Generalfeldmarschall v. Hindenburg beglückwünschte, die Parole ausgegeben: Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen, ohne beide kein Frieden und kein Aufgeben der besetzten Gebiete.

Aufgabe des deutschen nationalen Ausschusses mußte es nun sein, mit Gleichgesinnten eine einheitliche Stimmung als Grundlage zu einem deutschen Frieden anzubahnen und mit ihnen den näheren Inhalt „realer Garantien“ besonders in der näheren Festlegung der Grenzen bestimmen zu helfen. Dies kann nur dadurch erfolgen, daß der deutsche nationale Ausschuß seinen Mitgliedern und Gesinnungsgenossen alles einschlägige Material unparteiisch unterbreitet, mit ihnen lernt und forscht, um so, unbeirrt von billigen Schlagworten, der deutschen Zukunft den Boden zu bereiten. Dabei würde seine Absicht sein müssen, auf die Freigabe der Friedensdiskussion, zu der sich die Regierung leider noch immer nicht verstehen wollte, zu bringen, und zwar in einem Umfange, welcher die Sicherheit der belagerten Festung Deutschland nicht gefährdet.“

Unterschrieben war der Aufruf: Fürst Wedel, Geheimrat v. Harnack, Geheimer Kommerzienrat Arnhold v. Schwabach, Professor Fleischmann-Königsberg, Botschafter a. D. v. Stumm, Kommerzienrat Fritz Richter, Oberbürgermeister v. Bruchhausen-Trier, Max Guilleaume-Köln, Louis und Hermann Röchling, August Thyssen, Regierungspräsident a. D. v. Gescher, Prälat Mausbach, Geh. Kommerzienrat Krämer, Landeshauptmann von der Wense, Minister a. D. v. Frauendorfer, Geh. Kommerzienrat Brosien, Geheimrat Riedemann, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Heineken und Professor Wiedermann-Halle a. S.

Am 1. August 1916 trat der „Deutsche nationale Ausschuß“, wie er kurz genannt wurde, mit zahlreichen programmatischen Reden in ganz Deutschland vor die Oeffentlichkeit. Ueber das einheitliche Thema „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres“ sprachen u. a. Harnack in Berlin, Friedrich Naumann in Leipzig, v. Liszt in Stuttgart, v. Payer in Frankfurt a. M., Südekum in Mannheim. Zur propagandistischen Vertretung seiner Ziele errichtete er ein Zeitungskorrespondenz-Unternehmen, das die Provinzpresse mit Artikeln fortlaufend und reichlich versah. Die alldeutsche Presse reagierte mit einer scharfen Kritik, und mächtig prasselten die Gegensätze in der Kriegszielfrage aufeinander.

Die Alldeutschen

Der Alldeutsche Verband und die ihm zugehörige Presse hatte schon vor dem Kriege einen nicht geringen Einfluß, direkt oder indirekt, auf die Entwicklung der deutschen Auslandspolitik gehabt. Während des Krieges steigerten sich die Versuche, die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Bereits zu Anfang September 1914, in den Tagen der höchsten Erfolge der deutschen Waffen im Westen, erschien die erste alldeutsche Denkschrift, die dann einige Monate später, handschriftlich gedruckt, etwa 2000 ausgewählten führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zugesandt wurde. Diese Schrift war verfaßt von Rechtsanwalt Heinrich Claß, dem ersten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, und begründete bereits ausführlich das Kriegszielprogramm dieser Kreise. Da es sich um grundsätzliche Ausführungen handelt, verlohnt es sich, näher darauf einzugehen. Der Schrift war ein Rundschreiben beigefügt, in dem es unter anderem hieß:

„Nun ist in den letzten Wochen eine Reihe von Männern aufgetreten, die unserem Volke in Wort und Schrift für den Fall des Sieges eine Politik des „Maßhaltens" empfehlen, Landerwerb ganz ablehnen oder doch nur die nötigsten Grenzberichtigungen verlangen, im übrigen aber die Meinung vertreten, das siegreiche deutsche Volk müsse die Welt mit seiner Kultur durchdringen, müsse Kultureroberungen machen. Ich würde eine solche Politik des „Maßhaltens", die nichts anderes wäre als die Preisgabe der vom Schicksal gebotenen Gelegenheit, die politische Notwendigkeit unseres Volkes zu erfüllen, für eine Versündigung an der deutschen Zukunft halten. Da es zurzeit unmöglich ist, öffentlich gegen diese Aeußerungen der „Kulturpolitiker" Stellung zu nehmen, habe ich mich nach Einholung des Rates hervorragender Kenner unseres politischen Lebens entschlossen, meine Denkschrift an einen Kreis besonders Berufener zu versenden, um zu meinem bescheidenen Teil dem Treiben jener Vertreter der nationalen Entsagung entgegenzuwirken . . ."

„Die Absicht der Schrift", heißt es in dem Vorworte, „ist es, darzulegen, sowohl was zur äußeren Sicherung erforderlich und zweckmäßig erscheint, als auch was zur inneren Gesundung führen wird; es wird sich zeigen, daß beides eng miteinander zusammenhängt, und daß insbesondere die Opfer, die wir dem besiegten Feinde jetzt auferlegen müssen, beiden Kriegszielen dienen werden. Besiegten Feinden — da wird vielleicht von manchem das Bedenken erhoben: weißt du, wie der Krieg ausgeht, ist es nicht voreilig, den Siegespreis zu erörtern, bevor der Sieg endgültig erstritten ist und der Gegner den Frieden begehrt, und ist es nicht geboten, die gute Laune der Neutralen zu erhalten und nicht vor der Zeit zu enthüllen, was unser Volk als Lohn seiner Blutopfer heischt? Alle diese Fragen sind mit einem glatten Nein zu beantworten. Wer sie aufwirft, hat die Eierschale unserer „politischen Objektivität" noch nicht abgestreift, ist an das ewige Rücksichtnehmen auf fremde Völker und ihre Anschauungen so gewöhnt, daß er noch nicht ganz von der gesunden und berechtigten Selbstsucht erfüllt ist, die an sich im Verhältnis von Volk zu Volk selbstverständlich sein soll, die es aber sein muß, wenn es sich um die Zukunft des Volkes und seiner Bürger handelt. Zudem: wer zweifelt am Siege?"

Als allgemeines Kriegsziel stellt die Schrift zweierlei auf: Nach außen Sicherung unserer Zukunft vor ähnlichen Ueberfällen durch Niederkämpfung und Schwächung unserer Feinde, nach innen die Gesundung unseres Volkes, die Gewährleistung seiner körperlichen und sittlichen Gesundheit für alle Zeit. Beim Festsetzen der Friedensbedingungen müsse das erste Gesetz für uns sein: „Abtun aller weltbürgerlichen Gesinnung, jener unpolitischen Neigung der Deutschen, sich in Fremde zu versetzen, jener gefährlichen „Objektivität" zugunsten der Fremden, die uns ungerecht gemacht hat gegen uns selbst, die uns kurzsichtig gemacht hat für die Urteile des eigenen Volkes." Und nun fährt Claß fort: „Unsere Gegner müssen bezwungen werden; dies geschieht, indem wir ihnen Land abnehmen, um ihre politische Macht zu mindern und indem wir

ihnen entsprechende Kriegsentschädigungen auferlegen, um ihnen wirtschaftliche Kraft zu entziehen. Das abzunehmende Land ist in Europa vor unseren eigenen Toren und die Uebergabe in den fremden Kolonialgebieten zu suchen. Die Kriegsentschädigungen bestehen in barem Gelde, in der Abtretung wirtschaftlicher Werte und in der Ueberlassung von Lebensmitteln, Staatsgut, Rohstoffen. Da manche von den feindlichen Mächten durch die ungeheure Aufwendung des Krieges geldlich so erschöpft sein werden, daß sie kaum bare Leistungen werden machen können, so wird diejenige durch Abtretung wirtschaftlicher Werte eine entscheidend wichtige Rolle spielen — man braucht nur daran zu denken, daß z. B. französische und belgische Unternehmer in Oesterreich, in Rußland und in Kongreß-Polen, ja selbst im Deutschen Reiche Fabriken, Elektrizitäts- und Gaswerke, Werften, Petroleumanlagen, Bergwerke usw. besitzen. Diese ungeheuren Vermögenswerte können und müssen uns schadlos halten. Aber wo bares Geld zu erhalten ist, sollte grundsätzlich darauf bestanden werden, daß auch in dieser Gestalt Ersatz geleistet wird." Claß bespricht dann die wirtschaftliche Rückwirkung etwaiger Kriegsentschädigungen auf die deutsche Volkswirtschaft und verlangt, daß grundsätzlich die Mittel aus den Kriegsentschädigungen zur Lösung öffentlicher gemeinnütziger Aufgaben zur Befriedigung von Bedürfnissen des Volkes verwendet und damit dem ganzen deutschen Volke dienstbar gemacht werden. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Bevölkerung durch innere Kolonisation und die städtische durch richtig verstandene soziale Maßnahmen zu stärken (Wohnungsreform). Die eigentlichen Annexionsziele werden von Claß dahin präzisiert:

„Belgien muß deutsch werden! In dieser Forderung war im Herbste 1914 nahezu unsere gesamte Oeffentlichkeit eines Sinnes; inzwischen haben jene (die Denkschrift ist später noch ergänzt worden. Der Verfasser der Uebersicht), die auch aus diesem Kriege nichts gelernt haben, und die sich in verschiedenen Lagern befinden, unter Scheingründen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Menschlichkeit, der Rücksicht auf England und wie die Gründe alle heißen, einen Umschwung der öffentlichen Meinung herbeizuführen gesucht, und diejenigen, die sich am „realpolitischsten" gebärden, wollen sich mit realen Garantien begnügen, ohne freilich zu sagen, wie diese beschaffen sein müßten. Für die Sicherung der deutschen Zukunft gibt es — um diese Wendung zu gebrauchen — nur eine reale Garantie und sie besteht darin, daß das ganze bisherige Staatsgebiet (das heißt, soweit wir es bis zum Kriegsende in der Hand haben oder noch in die Hand bekommen) machtpolitisch fest in deutscher Hand behalten wird. Die ganze sogenannte „belgische Frage" ist überhaupt keine belgische Frage, sondern eine deutsche, und zwar die deutsche Schicksalsfrage. Das müssen wir uns fest vor Augen halten und die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten erfüllen. So ergibt sich die weitere Frage, was mit dem Lande und seiner Bevölkerung geschehen soll. Nach dieser Richtung muß man sich darüber klar werden, daß eine Angliederung oder Einverleibung an das deutsche Reich oder einen Bundesstaat unter Verleihung gleicher politischer Rechte an die Bewohner ein Ding der Unmöglichkeit, daß sie ein Unrecht gegen die Bürger des Deutschen Reiches wäre ... Das Land muß für das Reich erworben werden und reichsunmittelbar werden, also nicht einem der deutschen Bundesstaaten anfallen. Geborener Landesherr sei der Kaiser. Das Land wird in zwei Teile zerlegt, die sich so genau wie möglich nach der Scheidung der Bevölkerung in Wallonen und Flamen richten: den Norden bestimmt die flämische Mark, den Süden die wallonische Mark — über beide werden allein dem Kaiser unterstellte Beamte gesetzt, denen außerordentliche Vollmachten erteilt werden.

Gegenüber Frankreich wird sich die Grenze des Frankfurter Vertrages als unzureichend erweisen — auch das, was Moltke damals wollte, ist nicht genügend. Um sicher zu sein, müssen wir bessere Grenzen bekommen, und wir dürfen der Obersten Heeresleitung vertrauen, daß sie weiß, was not tut, und alles durchsetzen wird, was nötig und erreichbar ist. Aber die militärischen Gesichtspunkte werden nicht allein entscheiden, es wollen auch die wirtschaftlichen berücksichtigt werden, umsomehr als die Gegner uns wirtschaftlich vernichten wollen. Dieser auch nach dem Kriege fortbestehenden Absicht gegenüber, gilt es auch in Europa unsere wirtschaftliche Stellung so zu festigen, daß wir gewissermaßen „selbstherrlich" dastehen und uns den gewaltigen Wirtschaftsgebieten der

anderen gegenüber halten können. Das verlangt geradezu gebieterisch die ausschlaggebende Stellung Deutschlands für die Bodenschätze, die für das neue Wirtschaftsleben entscheidend geworden sind — für Kohlen und Eisenerze. In Rücksicht auf sie müssen wir die nordfranzösischen und französisch-lothringischen Kohlen- und Erzgebiete behalten, wenn das Kriegsergebnis es zuläßt, ein Gesichtspunkt der entsprechend natürlich auch für das bisherige belgische Gebiet gilt ... Wir bekämen so noch eine bessere Grenze, aber ihre Verteidiger würden inmitten einer feindseligen Bevölkerung sitzen, die ganz gewiß die Befreiung, die Wiederaufnahme ins alte Vaterland mit allen Mitteln, mindestens des geheimen Kampfes, anstreben würden ... Wir müssen um unserer militärischen Sicherheit willen unbedingt französischen Boden erwerben. Er wird aber, nach wie vor von Franzosen bewohnt, für seinen Zweck nicht tauglich sein. Dann bleibt nichts anderes übrig, als ihn dadurch tauglich zu machen, daß wir das Land ohne Bewohner erwerben, das heißt im Friedensvertrag mit Frankreich wäre auszumachen, daß dieses die Bewohner der abzutretenden Landstriche in sein verbleibendes Gebiet übernimmt, dort wiederum seßhaft macht und auf französische Kosten entschädigt ... Um vollständig zu sein, sei erwähnt, daß die Fußfassung auf bisher französischem Boden, am Aermelkanal im Hinblick auf England im höchsten Grade erwünscht wäre, damit wir die Meerenge hinter uns haben und Dover von zwei Seiten fassen können.

England gegenüber erheben wir die Forderung, daß der Frieden uns die Anerkennung unserer vollen Gleichberechtigung in Europa und über See bringen muß, das heißt, daß ein Zustand geschaffen und anerkannt wird, der uns vom guten oder bösen Willen Englands unabhängig macht. Wir müssen uns endgültig aus der unwürdigen Lage heraushauen, daß wir bei jedem Schritt den wir in die Welt tun, von England abhängig sind und seine „Vormundschaft" zu spüren bekommen. Das A und O eines Erfolges, ohne dessen Sicherung der Krieg politisch im Hinblick auf die Zukunft verloren sein würde, wenn auch der Friede noch so „ehrenvoll" wäre, verlangt die Herrschaft über die belgische Küste, und da diese ohne die Herrschaft über das Hinterland nicht zu sichern ist, die Herrschaft über das ganze bisherige Belgien. Ein Gesichtspunkt, der zu allem dazu tritt, was zu dieser Frage gesagt ist. Unsere Stellung England gegenüber wird umso besser, je weiter sich die deutsche Herrschaft an der Küste nach Westen ausdehnt ...

Hinsichtlich Rußlands lautet die Grundforderung, Rußland vom Westen abzukehren, indem wir versuchen die russischen Ostseeprovinzen, Kurland, Livland, Esthland, sowie das Gebiet, das die Landbrücke zwischen den „baltischen" Provinzen und Ostpreußen bildet, an das Deutsche Reich anzugliedern. Wir dürfen die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die mehr als 700 Jahre unter schwersten Kämpfen treu in härtestem Vorpostendienst ausgehalten haben, nicht unerlöst lassen. Wir dürfen es um so weniger als sie sonst nach dem Friedensschluß in kürzester Zeit von russischer Rachsucht vernichtet werden würden ... Wie wollen wir aber, wenn wir jene Gebiete von Rußland überlassen bekommen, mit den bisherigen Einwohnern verfahren — und dies ist eine der allerwichtigsten Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat. Von der Art, wie wir sie lösen, hängt Glück oder Unglück der deutschen Zukunft zum guten Teil ab ... Es bietet sich auch hier ein Ausweg: Es ist der Gedanke, eigene Stammesangehörige (die in Rußland ansässig sind) gegen die Fremdstämmigkeit friedlich auszutauschen, sie nach besten Vereinbarungen herüber und hinüber zu schieben, jede Nationalität dem Kern ihres Stammvolkes zuzuführen ... In der Judenfrage ist jetzt oder nie die Gelegenheit, das Ziel der zionistischen Bewegung zu verwirklichen. Im § 1 der Satzungen des alle Länder umfassenden Zionistischen Verbandes heißt es: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina mit der Landwirtschaft als Grundlage und dem Hebräischen als nationale Sprache." Das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sind heute Verbündete, und zwar in gewissem Sinne auf Leben und Tod. Wir werden beim Friedensschluß dafür einzutreten haben, daß die Erneuerung und Sicherung der Türkei gewährleistet wird, und es sollte doch leicht sein, in Anerkennung einer gewissen Bürgschaft der Bundesgenossen, von der Türkei zu erreichen, daß Palästina unter türkischer Oberhoheit, dem nationalen Judenstaat zur Verfügung gestellt wird.

Serbien hat ein wohlverdientes Schicksal schwer, ja vernichtend getroffen. Der Frieden setzt das Siegel unter die vollendete Tatsache, indem das Land zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien aufgeteilt wird. Was für dieses Land gesagt wurde, gilt in gleicher Weise für Montenegro.

Das edle Brüderpaar treulosester Bundesgenossen Italien und Rumänien sollten die Hand der Vergeltung zu spüren bekommen. Bei Italien wird dabei vorausgesetzt, daß es militärisch gegen



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Mittagsrast deutscher Truppen unmittelbar hinter der Feuerstellung an der Ostfront



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Deutsche Truppen beim Bau eines Unterstandes mit Ziegelsteinofen an der Ostfront



Phot. Illustrationsphoto-Verlag, Berlin

Verwundetenzelt eines deutschen Feldlazaretts in einem Walde hinter der Ostfront



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Stacheldrahthindernisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz

Oesterreich keine Vorteile mehr erringt, und daß es wirtschaftlich infolge unseres U-Bootkrieges im Mittelmeer erliegt. Unter dieser Voraussetzung wird anzustreben sein, daß die österreichische Grenze verbessert wird. Im übrigen aber wird man dies Land der Untreue den wirtschaftlichen Folgen des Krieges überlassen. Sie werden furchtbar sein und die härteste Strafe für den Treubruch bilden.

Rumänien sollte jedenfalls derartig behandelt werden, daß seine irredentistische Bewegung keine Gefahr mehr für Ungarn bildet, und es ist anzunehmen, daß dieser Nachbar sowie Bulgarien sich die Veränderungen des Besitzfassens ausbedingen werden, die der eigenen Stärkung dienen. Mit seinem reichen Boden und Schätzen mancher Art bietet Rumänien die ebenso erwünschte wie notwendige Gelegenheit, unseren Bundesgenossen die Kriegslasten zu erleichtern, woraus sich eine langdauernde wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes ergeben wird.

Kolonien, die wir unter Wiederherstellung des alten Zustandes in Europa erhalten, wären ein politischer Betrug, der unser Volk darüber täuschen sollte, daß wir den Krieg politisch verloren haben. Ihr Besitz hinge wie vor dem Kriege vom guten oder bösen Willen Englands ab, sie schwebten machtpolitisch und militärisch in der Luft, und es wäre frevelhaft, deutsches Geld und deutsche Menschen in so unsicherem Besitz aufs Spiel zu setzen. Dies vorausgesetzt, betrachten wir die Beute, bescheiden uns aber dabei, nur solchen Erwerb anzustreben, der uns nützlich und haltbar erscheint. Jedes Uebermaß ist zu vermeiden. Wenn Belgien ans Reich fällt, ist es — unter der Voraussetzung, daß wir England bezwungen haben — eigentlich selbstverständlich, daß der belgische Kongostaat dasselbe Schicksal hat; das ausgedehnte, an Naturschätzen aller Art reiche Gebiet wird uns willkommen sein. Von den französischen Kolonien in Afrika sollten wir uns ganz Marokko (natürlich abgesehen von dem spanischen Teil) abtreten lassen, ein Gebiet, das auf unabsehbare Zeit Arbeit und Gewinn verspricht. Was mit den übrigen Besitzungen Frankreichs über See geschieht, wird sich finden. Auf die portugiesischen Besitzungen haben wir vertragliche Anwartschaft, die vor dem Kriege nicht zu verwirklichen war. Nachdem Portugal auf die Seite unserer Feinde getreten ist, werden wir beanspruchen, von seinen Besitzen in Afrika das zu nehmen, was zur Abrundung unseres Gebietes notwendig ist. Das britische Südafrika wird sich vielleicht unter niederdeutscher Führung als selbständiges Reich entwickeln, wenn es uns in Europa und zur See gelingt, England zu besiegen. Von den Ländern am Mittelmeer sollten Aegypten und Cypern unter allen Umständen von der englischen Herrschaft befreit werden. Ihr zukünftiges Schicksal hängt von so viel Voraussetzungen ab, daß ich darüber keinen Vorschlag machen möchte."

Diese alldeutschen Annexionsziele machten sich sehr bald große wirtschaftliche Organisationen zu eigen. Der Zentralverband Deutscher Industrieller, der Bund Deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband und der Verband christlicher Bauernvereine, diese sechs wirtschaftlichen Verbände arbeiteten im Sinne der alldeutschen Ideen eine vertrauliche Denkschrift aus, die dem Reichskanzler, den verschiedenen bundesstaatlichen Regierungen und einer Reihe interessierter Persönlichkeiten zuging und sehr bald zu lebhaften Kommentaren Anlaß gab, auch wenn sich die Presse rein materiell mit den darin aufgestellten Grundsätzen nicht beschäftigen konnte. Die Regierung machte sich, wenn sie auch eine klare Stellungnahme vermied, diese Kriegsziele nicht zu eigen, und damit war das Signal des Kampfes gegen die Reichsleitung, nicht nur in der U-Boot- sondern auch in der Kriegszielfrage gegeben. Dieser Kampf nahm, da er sich in der Presse nicht frei spiegeln konnte, weil die Zensur alle Erörterungen über die Kriegszielfrage verbot, ganz eigenartige, unterirdische Formen an. Das Publikum wurde mit geheimen Flugschriften überschwemmt. Konventikel wurden hinter verschlossenen Türen abgehalten und immer von neuem wurde gegen den Reichskanzler, als das Haupt der Reichsregierung, zum Sturm gerufen. An dieser Bewegung beteiligten sich auch zahlreiche Gelehrte, vornehmlich Professor Dietrich Schäfer, der Historiker der Berliner Universität, der Neujahr 1916 eine vertrauliche Schrift verschickte, die „Zur Lage" überschrieben war und einem großen Teil von Interessenten zuging. Er machte sich darin die Kriegsziele des Alldeutschen Verbandes völlig zu eigen und suchte sie dem großen Publikum schlagwortartig nahe zu bringen. Bereits im Jahre 1915 hatte Professor

Dietrich Schäfer einen „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden“ begründet, um die alldeutsche Gedankenwelt durch eine umfassende Organisation zum Gemeingut weitester Kreise zu machen. Die Zensurverhältnisse hatten den Ausschuß aber fast ein ganzes Jahr lang an einer wirksamen öffentlichen Arbeit gehindert. Immerhin war es ihm gelungen, tausende von Vertrauensmännern aus Angehörigen aller Lebensberufe in den verschiedensten Landesteilen Deutschlands für seine Zwecke zu gewinnen und Zweigausschüsse in den größeren Städten ins Leben zu rufen.

Ein weiterer alldeutscher Kampfausschuß war der von München ausgehende Ausschuß zur raschen Niederkämpfung Englands, der zwar auch eine laute Propaganda begann, aber doch nicht die Resonnanz fand wie der Unabhängige Ausschuß; beides Organisationen, die immerhin häufig gemeinschaftlich vorgingen. Endlich muß in diesem Zusammenhange noch auf eine andere Organisation hingewiesen werden, auf die Auskunftsstelle vereinigter Verbände in Berlin. Diese Auskunftsstelle, in der sich eine Reihe großer wirtschaftlicher Organisationen eine propagandistische Zentrale geschaffen hat, hatte sich die Aufgabe gestellt, die deutsche Bevölkerung durch Flugschriften über die Fragen der auswärtigen Politik zu unterrichten. Insbesondere wendete sie sich dabei an die Kreise der wirtschaftlich am meisten durch den Krieg belasteten Schichten der Arbeiter, der Angestellten und des Mittelstandes. Außer einer Zeitschrift, die sich „Mitteilungen“ nannte, gab die Auskunftsstelle eine Reihe von Schriften heraus, wie „Der Arbeiter und die deutschen Kolonien“, „Was haben die Engländer gegen uns?“, „Was der deutsche Arbeiter vom Frieden erwartet“ usw.

Gegen Ende des vierten Kriegshalbjahres wurde auf das immer dringender werdende Verlangen der politischen Kreise die Kriegszielerörterung von der Regierung freigegeben, worauf eine schrankenlose Auseinandersetzung über den schwierigen Fragenkomplex in der ganzen deutschen Presse begann.

Die U-Bootfrage

Die deutsche Bevölkerung hatte Anfang 1915 die Eröffnung des U-Bootkrieges gegen England mit größtem Enthusiasmus begrüßt und wurde dann, kritiklos, schwer enttäuscht, als sich die militärische Leitung nach der Versenkung der „Lusitania“ (vgl. V, S. 241) auf den Einspruch Amerikas hin gewisse Beschränkungen auferlegte. Von Monat zu Monat mehr schwoll der Chor derer, die wieder einen verschärften U-Bootkrieg gegen England forderten, an, und vor allem war es die alldeutsch-konservative Presse, die in diesem Verlangen nicht nachließ und erst schüchtern, dann immer deutlicher die Regierung angriff und ihr Schwäche vorwarf. Einer der Rufer und Streiter war Graf Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung“ fast keinen Tag vorübergehen ließ, ohne in einem Artikel auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu führen. Neben ihm war es der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann, der das gleiche in Presse und Versammlungen tat, und als Dritter muß noch der nationalliberale Landtagsabgeordnete W. Bacmeister genannt werden, der in den verschiedensten Städten in großen Versammlungen die Bevölkerung davon zu überzeugen versuchte, daß nur der U-Bootkrieg den Weg zum Endsiege weise. Auch er hat seine Ansichten in zahlreichen Zeitungsartikeln und in Flugschriften niedergelegt, aus denen hier eine Stelle als charakteristisch für die Auffassung dieser Kreise zitiert sei:

„Die Grundlage aller Hoffnungen auf ein baldiges Wirksamwerden des uneingeschränkten U-Bootkrieges ist der Mangel an Schiffsraum. Es gehört dieses Problem zu den großen volkswirtschaftlichen Ueberraschungen des Krieges, die kaum irgend jemand bei dessen Beginn mit in Rechnung gezogen haben dürfte. Bei Beurteilung der Frage des Tauchbootkrieges gab es, was die Folge dieser Kriegsführung für England angeht, auch in maßgebenden Kreisen zweierlei Auffassungen. Nach der einen mußte in erster Linie erwogen werden, ob es möglich ist, England von jeder Nahrungs-

mittelzufuhr abzuschneiden, oder doch die Zufuhr so zu verhindern, daß im Lande vorhandene Vorräte in absehbarer Zeit verbraucht werden mußten, weil erheblich weniger zur Einfuhr gelangt, als verbraucht wird. Die andere Auffassung sah die Dinge von weiterschauendem Standpunkt an. Hier kommt es nicht in erster Linie auf die gänzliche Unterbindung jeder Nahrungsmittelzufuhr, als vielmehr auf die Vernichtung von Schiffsraum an. Infolge der starken Entwicklung unserer U-Bootwaffe und der dadurch verschärften Versenkungserfolge wird nun allerdings, indem der primäre Zweck, die Vernichtung von Schiffsraum, in so hervorragendem Maß erreicht wird, auch der sekundäre Zweck, die Absperrung Englands von der Nahrungsmittelzufuhr, schon jetzt in großem Umfang erreicht. Immerhin aber wird die Vernichtung von Schiffsraum von denen, die in ihr das entscheidende Kriegsproblem sehen, nach viel allgemeineren Gesichtspunkten angesehen als nur denen der Nahrungsmittelzufuhr. Ihre Betrachtungsweise, die ich mir von Anfang an zu eigen gemacht habe, läßt sich vielleicht am besten in den Worten eines angesehenen englischen Reeders zur Darstellung bringen. P. Housten, der Vorsitzende der großen Liverpooler Reedervereinigung und Vertreter im Unterhaus, sagte schon vor Jahresfrist: „Der Mangel an Schiffsraum ist eine Krankheit wie Krebs oder Schwindsucht, die nicht jeder gleich erkennt, die aber unbedingt zum Tode führt." Diese Worte treffen den Kern der Sache. In die Schiffsraumfrage spielen zahllose Erwägungen hinein, die mit der Ernährung Englands nichts zu tun haben. Es spielt hinein die Frage der Ernährung Italiens und bis zu einem gewissen Grade auch Frankreichs, der Belieferung beider Länder mit Kohlen und Rohstoffen für ihre Kriegsindustrien, der Beschaffung von Rohstoffen, namentlich von Grubenholz für England, die Frage der Aufrechterhaltung einer erträglichen englischen Handelsbilanz, der Versendung von Munition und sonstigem Kriegsgerät von Amerika nach Europa usw. ..."

Die Regierung und die Heeresleitung nahmen zu Beginn des Jahres 1916 einen zurückhaltenden Standpunkt in der U-Bootfrage ein. Man sah einen Krieg mit Amerika voraus, wenn man den U-Bootkrieg rücksichtslos durchführen würde, und befürchtete die Rückwirkung einer amerikanischen Kriegserklärung auch auf die anderen neutralen Staaten, insbesondere Rumänien. Anfang Februar 1916 erschien eine Denkschrift der Regierung über die Behandlung feindlicher bewaffneter Kauffahrteischiffe, und der Reichskanzler sagte zu einem amerikanischen Journalisten, daß er die Empfindung des ganzen deutschen Volkes ausspreche, wenn er erkläre, daß er einer Demütigung Deutschlands nicht zustimmen und sich die Waffe der Unterseeboote nicht aus der Hand reißen lassen könne. Dennoch unternahmen die Vorkämpfer für den verschärften U-Bootkrieg ihren ersten parlamentarischen Vorstoß im Staatshaushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses. Am 9. Februar 1916 beschloß die verstärkte Haushaltskommission, in der, wie auch im Plenum, die Konservativen, die Freikonservativen und die Nationalliberalen die ausschlaggebende Mehrheit hatten, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu ersuchen, dem Ministerpräsidenten von folgender Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen:

„Die Kommission würde es im Interesse des Landes für schädlich erachten, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootskrieg zu einem geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe."

Drei Tage darnach wurde dieser Beschluß, der in einer vertraulichen Sitzung gefaßt worden war, vom Ausschuß veröffentlicht. Daraufhin erklärte die Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (13. II. 16), daß die gegen den ausdrücklichen Einspruch eines Vertreters der Staatsregierung beschlossene Veröffentlichung den Eindruck erwecken müsse, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen. Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung sei ausschließlich verfassungsmäßiges Recht des deutschen Kaisers. Während die oberste Heeresleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen könne, gehöre die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstages. In der Vollsitzung des Abgeordnetenhauses

am 16. Februar 1916 traten die Parteien der Rechten daraufhin einen Rückzug an, und der Präsident, Graf von Schwerin-Löwitz, eröffnete die Sitzung mit folgender Erklärung:

„Bevor ich das Wort zur Tagesordnung erteile, erlaube ich mir, folgende Bemerkung zu machen: Nach einer unter den Parteiführern des Hauses erfolgten Besprechung herrscht eine vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß das Abgeordnetenhaus zweifellos auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt ist, wie dies auch in unserer Sitzung vom 23. März 1914 ausdrücklich festgestellt wurde. Auch dürfte es gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit ein begreiflicher und berechtigter Wunsch aller Parteien dieses Hauses sein, ihren Anschauungen über die auswärtige Lage Ausdruck zu geben, und es wird für alle Parteien ein großes Opfer bedeuten, hierauf zu verzichten. Dennoch möchte ich glauben, daß im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Erörterung unserer auswärtigen Lage den Interessen unseres Landes nicht entsprechen, sondern dieselbe möglicherweise schädigen könnte, und unter diesen Umständen schlage ich Ihnen vor, zu beschließen, eine Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit unserer Kriegsziele, unserer Kriegsführung und unserer Beziehungen zu den kriegführenden und neutralen Staaten von der diesjährigen Etatsberatung auszuschließen."

Dieser Vorschlag des Präsidenten wurde mit allen Stimmen gegen die sozialdemokratischen angenommen; damit schien die erregte U-Bootdebatte in der Oeffentlichkeit zunächst ihren Abschluß gefunden zu haben. Aber doch nur für einen Augenblick. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, der für den verschärften U-Bootkrieg eintrat, stellte, als er mit seinem Verlangen nicht durchdrang, die Kabinettsfrage. Der Kaiser ließ ihn fallen und ernannte an seiner Stelle Admiral v. Capelle zum Leiter des Reichsmarineamtes (vgl. S. 9). Das wirkte auf die Oeffentlichkeit wie eine Sensation. Im Reichstage brachten die Nationalliberalen und die Konservativen Anträge ein, in denen die rücksichtslose Durchführung des U-Bootkrieges verlangt wurde. Die Regierung ließ, als diese Anträge veröffentlicht wurden, sofort durch das „Wolffsche Telegraphenbüro" erklären, daß durch die Fassung dieser Anträge der schädliche Eindruck erweckt werden könne, als solle eine Einwirkung auf die Entscheidungen in der Kriegsführung ausgeübt werden. Zur siegreichen Durchführung dieses Krieges brauchten wir aber wie bisher die geschlossene und vertrauensvolle Einheit, und sie zu erhalten sei der einmütige Wille des ganzen Volkes. Auch die andern Parteien: das Zentrum, die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie stellten Anträge, die aber die Rücksicht auf die neutralen Staaten dabei in den Vordergrund stellten. Die gesamte nationalliberale, konservative und alldeutsche Presse brachte darauf an leitender Stelle folgende Erklärung zum Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz:

„Angesichts der Behandlung, welche die dem Reichstag vorliegenden Anträge zum Handelskrieg gegen England durch amtlich beeinflußte Auslassungen erfahren haben, fühlen wir uns in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl deutscher führender Blätter zu folgender Erklärung gedrungen: Die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben im deutschen Volk Empfindungen ernster Sorge hervorgerufen. Großadmiral v. Tirpitz gilt unserem Volke nicht nur als der Mann, dessen Tat- und Schöpferkraft das Wort unseres Kaisers, „bitter not tue uns eine starke Flotte," zu glänzender Durchführung brachte, sondern zugleich auch als der deutsche Staatsmann, der den englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Wettbewerber am frühesten und am klarsten erkannte, und der entschlossen war, diesem Willen mit aller Kraft und rücksichtsloser Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu begegnen. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes weiß sich darin eins mit dem Schöpfer und Organisator unserer Marine. Unbeschadet seines unerschütterten und unerschütterlichen Vertrauens zur Obersten Heeresleitung, ist das Empfinden und die Sorge in ihm verbreitet, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage im Zusammenhang stehe; Aeußerungen von Blättern, deren Verbindung mit Regierungsstellen bekannt ist, haben diese Auffassung bestätigt.

Nach unserer Ueberzeugung ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Boden völlig entzogen werde. Die dem Reichstag vorliegenden Anträge bieten dazu eine geeignete Handhabe. Deshalb begrüßen wir diese Anträge und weisen zugleich die an ihnen von amtlich beein-

flußten Organen vorzeitig geübte Kritik als sachlich wie verfassungsmäßig unbegründet zurück. Wir entsprechen dem innersten Empfinden und den heißesten Wünschen weitester Volkskreise, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstag eine Würdigung zuteil werden lasse, die ihrem vaterländischen Geiste entspricht und ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verheißt. Das offen auszusprechen, halten wir in diesen ernsten Tagen für eine Pflicht gegen unser Volk und Vaterland, deren Erfüllung unser nationales Gewissen gebieterisch von uns fordert."

Gleichzeitig setzte eine überaus umfangreiche Agitationsbewegung ein, die eine direkte Beeinflussung der Kriegsführung durch Massenpetitionen zum Zweck hatte. Neben dem nationalliberalen Landtagsabgeordneten Fuhrmann war es vor allem Professor Dietrich Schäfer, Berlin, der diesen Agitationssturm entfesselte. Am 15. März 1916 versandte er an alle nur irgend erreichbaren Adressen eine an den Reichstag zu richtende Eingabe, in der eine rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges gegen England verlangt wurde. Das Schreiben war nicht nur an Privatpersonen als Adressaten gerichtet, sondern auch an Vorsitzende von amtlichen Körperschaften, wie Schuldirektoren, Richter usw. Diese Agitation, die im ganzen Lande ungeheures Aufsehen erregte, wurde im Reichstag stark kritisiert. Die weitere Drucklegung des Rundschreibens wurde verboten und eine Beschlagnahme eingeleitet. Die Besprechung der U-Bootanträge zog sich im Reichstag eine ganze Weile hin. Schließlich einigte man sich auf ein Kompromiß, an dem sich sämtliche Parteien bis auf die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beteiligten (vgl. auch den Bericht über die Reichstagsverhandlungen S. 28 u. 36). Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kommission wolle beschließen, dem Reichstag folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen: Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegsführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, den die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit bei Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren."

Damit hatte die U-Bootdiskussion abermals einen gewissen Abschluß gefunden. Aber auch diesmal währte die Ruhe nicht lange, denn bald begannen die alldeutsch-konservativen Kreise von neuem einen U-Bootfeldzug, in den allerdings die Zensur sehr bald eingriff und so die öffentliche Diskussion in ruhigere Bahnen zu leiten versuchte.

Der Kampf gegen den Reichskanzler

Nach dem Ausscheiden des Großadmirals v. Tirpitz aus dem Amte setzte eine heftige Fehde der konservativen und alldeutschen Kreise gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ein. In der Oeffentlichkeit, d. h. in der Presse, legte man sich dabei zunächst noch einige Reserve auf. Um so schärfere Töne aber schlug man in Zusammenkünften hinter verschlossenen Türen, in Eingaben hochstehender Persönlichkeiten an den Monarchen und in geheimen Flugschriften an. Zwei solcher geheimnisvollen Flugschriften sollten bald das allergrößte Aufsehen erregen. Die eine nannte sich „Deutsche Reichspolitik seit 14. Juli 1909" von Junius Alter und wurde Pfingsten 1916 von „drei Deutschen" mit folgenden Worten in vielen tausenden Exemplaren bald von dieser, bald von jener Stadt, um die Herkunft zu verschleiern, brieflich versandt:

„Wir halten uns für verpflichtet, den Inhalt dieser deutschen Streitschrift eines Ungenannten weiteren Kreisen ohne Aenderung zu übergeben. Denn die vereinzelt laut gewordenen Einwände erscheinen gegenüber der Wucht dieser vaterländischen Mahnung belanglos. Diejenigen aber, die allzu bequem trotz der politischen Notstandszeiten eine grundsätzliche Ablehnung jeder nicht mit vollem Namen gezeichneten Schrift verkünden, verweisen wir auf Hutten, Luther, Friedrich den Großen, Bismarck, Moltke und unzählige andere."

Gleich in der Einleitung heißt es:

„Die ganze Geschichte dieses Krieges bildet eine einzige Anklage gegen den Mann, der als der verantwortliche Ratgeber der Krone und als der Nachfolger Bismarcks seit nunmehr sechs Jahren die Geschäfte des Deutschen Reiches führt, und wie im besonderen die Geschichte dieses Krieges, so legt auch seine gesamte Amtsführung vor dessen Ausbruch Zeugnis wider das Können und Wollen dieses Staatsmannes. Keiner der Nachfolger Bismarcks ist dem Deutschen Reiche so schädlich gewesen, keiner hat das ihm anvertraute Gut ärger verschleudert und keiner vor allem hat das deutsche Volk in solchem Maße für die eigene Unzulänglichkeit büßen lassen, wie Herr v. Bethmann Hollweg es getan. Ein Trümmerfeld bezeichnet den Weg, den er gegangen und mit den Leibern von Hunderttausenden seiner Söhne hat das Volk den Abgrund überbrücken müssen, in den er das Deutsche Reich zu stoßen im Begriffe stand, und trotz dieser furchtbaren Erfolge seiner Politik steht Herr v. Bethmann Hollweg scheinbar aufrecht, ungebeugt durch die Schuld, die auf ihm lastet, bereit, auch weiterhin die Führung des Reiches zu übernehmen. Eine solche Gefahr muß mit allen sich bietenden zulässigen Mitteln verhindert werden und zu diesem Werk mitzuhelfen, ist Zweck und Aufgabe der vorliegenden Arbeit . . . Von allen Kriegsziel-Forderungen, die im Verlaufe des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beseitigung dieses Kanzlers als die allerdringlichste, denn von keinem äußeren Feinde droht in den nächsten Jahren nicht auch nur annähernd so ernste Gefahr wie sie in seiner weiteren Kanzlerschaft Herr v. Bethmann Hollweg bedeutet."

Die Schrift geht dann in dreizehn Kapiteln das politische System Bethmann Hollwegs durch. Wir wollen uns darauf beschränken, Teile nur eines Kapitels, und zwar des bemerkenswertesten, das „Der Kanzler und die auswärtige Politik" überschrieben ist, zum Abdruck zu bringen. Es lautet:

„Mit lebhafter Spannung durfte man den ersten Taten des neuen Kanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik entgegensehen. Daß die Lage des Reiches sich ungemein schwierig und bedrohlich gestaltet hatte, stand außer Zweifel, und die politisch Weitsichtigeren empfanden es bereits 1909 in vollster Klarheit, daß es sich für uns längst nicht mehr um das Biegen, sondern nur mehr um das Brechen handeln könne. Die Frage war, ob Herr v. Bethmann Hollweg sich einer so verzweifelten Lage gewachsen zeigen, und ob er vor allem imstande sein würde, das Reich politisch, militärisch und wirtschaftlich so gründlich auf den Eintritt der unausbleiblichen Katastrophe vorzubereiten, daß sie ohne unmittelbarste Lebensgefahr überstanden werden mochte.

Herr v. Bethmann konnte in den Geschäften der auswärtigen Politik als vollkommener Neuling gelten; sie hatten weitab von seinem bisherigen Wege gelegen, und es war nicht anzunehmen, daß ihm die Arbeitsfülle des Staatssekretariats des Innern die erforderliche Muße gelassen haben würde, tiefer in die diplomatische „Technik", geschweige denn in das Wesen und in den Aufgabenkreis unserer auswärtigen Politik einzudringen. Das mochte angesichts der Lage des Reiches auf der einen Seite als bedenklich erscheinen, während man sich andererseits damit trösten durfte, daß gerade diese Unbefangenheit ihn befähigen würde, mit klarem und nüchternem Urteil den schwebenden Fragen und den sich aus ihnen herleitenden Notwendigkeiten gegenüber zu treten. Vor allem durfte man jedoch annehmen, daß der neue Mann das ihm fremde Gebiet nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung betreten, und daß er sich nach Möglichkeit auf den Rat erfahrener Fachleute zu stützen suchen werde. Es gewährte deshalb gerade in dieser Hinsicht eine gewisse Beruhigung, daß er schon vor Ablauf des ersten Jahres seiner Amtstätigkeit an Stelle des Herrn v. Schön den Bukarester Gesandten Herrn v. Kiderlen-Wächter in das Staatssekretariat des Aeußern berief und damit nach dem Urteil eingeweihter Kreise „das beste Pferd aus dem Stalle zog". . . .

Um so größer war deshalb die Ueberraschung, als schon nach kurzer Zeit das Gerücht auftrat und immer festere Form annahm, der Kanzler beabsichtige das Gebiet der auswärtigen Politik zu seiner ureigensten Domäne zu machen und auf neuen Wegen das Reich aus seiner bedrohten Lage herauszuführen. Irgendwelche greifbaren Unterlagen waren zwar vorderhand für das befremdliche Gerücht nicht gegeben, das im Falle seiner Bestätigung nur das äußerste Mißtrauen wachrufen konnte. Denn aus der verzweifelten Lage, wie sie durch die Schuld seiner Vorgänger für das Reich geschaffen worden war, vermochten überhaupt nur mehr zwei Wege ins Freie zu führen: die gewaltsame Zertrümmerung des Dreiverbandes durch einen Krieg, oder aber seine Sprengung durch Mittel der Diplomatie, — ein Versuch, der angesichts der mehrfach bewiesenen Festigkeit des feindlichen Mächtebundes als ein Unterfangen gelten mußte, für dessen Gelingen eine geradezu geniale Staatsmann-

schaft die erste Voraussetzung war. Andere Wege als diese beiden waren nach Lage der Dinge schlechthin nicht erkennbar, und wenn der neue Kanzler bereits in den ersten Monaten seiner Amtsführung einen dritten Weg gefunden haben wollte, so konnte das jeden halbwegs Urteilsfähigen nur mit lebhafter Besorgnis erfüllen.

Herr v. Bethmann Hollweg ist den von ihm entdeckten Weg mit beharrlicher Entschlossenheit und unbekümmert um alle Warnungen gegangen, und er hat dabei das Deutsche Reich an einen Abgrund geführt, von dem es ausschließlich durch die unvergleichliche Tüchtigkeit des Heeres und des Volksganzen sowie durch eine Reihe glücklicher und nicht vorauszusehender Zufälle zurückgerissen worden ist. Obwohl wir heute noch mitten im Kriege stehen und die letzten Zusammenhänge und Einzelheiten der Bethmannschen Auslandspolitik sich erst in einer späteren Zeit übersehen lassen werden, liegen die Grundlinien doch bereits so klar und zweifelsfrei zutage, daß ein abschließendes Urteil durchaus möglich ist. Der allgemeine Gesichtspunkt, unter welchem Herr v. Bethmann Hollweg die auswärtige Politik des Reiches geführt hat, und unter dem er allen Ernstes die drohende Katastrophe abzuwenden gedachte, ist in einem geflügelten Worte gegeben, das Dr. Hans Plehn, der Londoner Berichterstatter des „Wolffschen Telegraphenbüros", zur Aufschrift für eine 1913 im Auftrage des Kanzlers geschriebene Broschüre gewählt hat: „Weltpolitik und kein Krieg!" In diesen vier Worten meinte Herr v. Bethmann Hollweg den Schlüssel gefunden zu haben, der nach dem Beispiel des „Sesam öffne dich" dem eingekreisten Deutschland die ehernen, vom Dreiverband unter sorgsamem Verschluß gehaltenen Pforten hätten entriegeln sollen. . . .

Aus unzähligen Reichstagsreden ist uns bekannt geworden, daß Herr v. Bethmann Hollweg ein besonderes Gewicht darauf legt, auch in seiner Eigenschaft des Politikers und Staatsmannes als ein durchaus „ehrlicher" Mensch gewertet zu werden und daß er die für das bürgerliche Leben geltenden Moralbegriffe auch für die Staatswesen als bindend erachtet. Auf dem Urgrunde einer solchen Anschauungsweise, die einem Konfirmanden alle Ehre macht, mußte naturgemäß eine innere Abneigung gegen jede gewaltsame kriegerische Auseinandersetzung im Völkerleben erwachsen. Immerhin: wäre die Friedensliebe Herrn v. Bethmann Hollwegs nur ein Ausfluß moralisch-ästhetischer Hemmungen gewesen, so hätte man trotzdem noch erwarten können, daß ihn die Wucht der gegebenen Tatsachen zu der klaren Erkenntnis gebracht haben würde, daß auch der Frömmste nicht in Frieden leben kann wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, wobei die sich daraus herleitenden Folgerungen dann wohl auch für Herrn v. Bethmann Hollweg unabweisbar geworden sein dürften. Das Ausschlaggebende und Bedenkliche war bei ihm vielmehr der Umstand, daß er auf einem solchen Gefühlsboden ein verstandesmäßig gestütztes politisches Weltbild zu gründen suchte, daß er bei seinen diplomatischen Gegenspielern gleiche Neigungen und Auffassungen voraussetzte und der festen Ueberzeugung lebte, es werde im Wege gegenseitiger Verständigung eine „parallele friedliche Expansion" der in Frage kommenden Groß- und Weltmächte möglich sein. Es ist äußerst lehrreich, in einem im Frühjahr 1914 unter dem Decknamen J. J. Ruedorffer erschienenen Werke des heute noch im Amte und in der engsten Umgebung des Kanzlers befindlichen Legationsrates Riezler diese Gedankengänge nachzulesen; man erkennt dabei mit ständig wachsendem Erstaunen, wie gänzlich anders als sonst in Menschenköpfen sich bei Herrn v. Bethmann Hollweg die Welt gemalt, und man gewahrt zugleich mit unvergleichlicher Klarheit, wie unsere gesamte auswärtige Politik sich unter seiner Kanzlerschaft in einem circulus vitiosus bewegt hat, dessen Mittelpunkt von einem wunderlichen Gemisch mißverstandener ethischer Grundsätze und nacktester Händlerrücksichten gebildet wird. Alle die großen und bedeutsamen Triebkräfte, die das Innenleben der Völker und ihre gegenseitigen Beziehungen bestimmen, als da sind Lebenswille, Nationalstolz, Stark- und Ehrgefühl, Ausdehnungsdrang, Rasseeigentümlichkeiten und -gegensätze haben in dem Bethmannschen Weltbilde keinen Platz; hier gibt es lediglich einen Kampf um die „besten Futterplätze", und man kann es von seinem moralindurchtränkten Standpunkte sicherlich verstehen, wenn er der Meinung lebte, daß es sittlich verwerflich und insbesondere auch kaufmännisch unwirtschaftlich sei, sich wegen der Gewinnung von Absatzmärkten und wegen „offener Türen" die Köpfe zu zerschlagen.

Daß ein dergestaltetes weltpolitisches Zerrbild in der praktischen Auswirkung nur zu den allerschwersten Mißgriffen führen konnte, liegt auf der Hand. Auch wenn Herr v. Bethmann Hollweg der geschickteste Diplomat seiner Zeit gewesen wäre, so würde ihn eine derartige Verkennung der Wirklichkeit, oder besser gesagt: eine so gänzlich mißverstandene Auffassung der „Grundzüge der Weltpolitik" nun und nimmer zu greifbaren Erfolgen haben führen können. Wer das Lebensbedürfnis

der Völker mit Handelsverträgen und „offenen Türen" erschöpft wähnt, bzw. befriedigen zu können glaubt, muß notgedrungen über kurz oder lang mit der von ihm unter solche Gesichtspunkte gestellten Politik Schiffbruch erleiden, und das etwa vorhandene Maß diplomatischer Fähigkeiten vermag in diesem Falle lediglich den Eintritt der Katastrophe für einen früheren oder späteren Zeitpunkt zu bedingen. Daß der Zusammenbruch der Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg trotz des Gegengewichts unserer militärischen Machtmittel bereits nach knappen fünf Jahren erfolgt ist und nur durch seine bedingungslose Friedensliebe solange hinausgeschoben werden konnte, ist wohl bezeichnend genug...

Der Weg, welcher der praktischen Politik des Kanzlers bei einer so grundsätzlichen Verkennung der Sachlage vorgezeichnet war, liegt ohne weiteres zutage, und man kann denn auch Herrn von Bethmann Hollweg das Zeugnis nicht versagen, daß er mit einer Entschlossenheit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, ja geradezu mit Starrköpfigkeit den Pfad der Irrungen und Wirrungen bis an das bittere Ende verfolgt hat. Da er der Ueberzeugung lebte, daß, wie sein Famulus Riezler es ausgedrückt hat, „alle modernen Großmächte kriegerischen Auseinandersetzungen abgeneigt seien und sich nur im Falle der Not zu solchen entschließen würden", so vermochte er schlechterdings in der Gegnerschaft des Dreiverbandes gegen den Dreibund, namentlich aber in dem deutsch-englischen Gegensatz nichts anderes, als eine Kette von bedauerlichen „Mißverständnissen" zu erblicken, für die bei einem guten Willen ein friedlicher Ausgleich unbedingt hätte gefunden werden müssen. Die weiteren Folgerungen ergeben sich unter solchen Gesichtspunkten von selbst, und so sehen wir denn in der Tat die gesamte Bethmannsche Auslandspolitik unter das Zeichen der Versöhnung um jeden Preis gestellt. Hatte Fürst Bülow für seine innere Politik das berühmte Wort geprägt: „Nur keine inneren Krisen", so wurde es nunmehr auf die auswärtige Politik abgewandelt, und auch die Episode von Agadir bildet davon nur eine scheinbare Ausnahme.

Angesichts der Fülle wichtigster weltpolitischer Geschehnisse, die sich bis zum endlichen Ausbruch des Krieges in den fünf Jahren der Bethmannschen Kanzlerschaft zusammendrängen, ist es bei dem knappen Rahmen der vorliegenden Schrift naturgemäß unmöglich, die „via dolorosa" seiner Auslandspolitik in ihren einzelnen Leidensstationen zu verfolgen. Es erscheint das jedoch auch um so weniger notwendig, als die Ereignisse selber in noch zu frischer Erinnerung stehen, und weil vor allem jede kritische Nachprüfung vor dem Selbstbekenntnis verstummen muß, das Herr v. Bethmann Hollweg in seiner letzten Unterredung mit dem britischen Botschafter Sir Edward Goschen abgelegt hat. Wenn in jener Schicksalsstunde sich dem leitenden Staatsmanne des Deutschen Reiches das Geständnis entrang: „Die Politik, welcher er sich seit seinem Amtsantritt gänzlich gewidmet habe, sei nun wie ein Kartenhaus zusammengebrochen", so vermag keinerlei kritische Untersuchung in ihrem Endergebnis die Wucht einer solchen Selbstanklage zu erreichen.

In der Tat, wie ein Kartenhaus ist die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg zusammengebrochen, und frei von jedem Bedauern müssen wir dem Schicksal sogar noch dankbar dafür sein, daß es uns durch die Heraufführung der Katastrophe vor Schlimmerem und Schlimmstem behütet hat. Denn es gibt schlechterdings keine Grenze, vor welcher der Kanzler in seinem Versöhnungs- und Verständigungswahne Halt gemacht haben würde. Aus den aktenmäßigen Feststellungen britischer Staatsmänner ist uns bekannt geworden, daß Herr v. Bethmann Hollweg schon im Jahre 1912 bereit gewesen ist, die englische Neutralität mit dem höchsten Preise zu erkaufen, den wir zu zahlen überhaupt in der Lage waren: mit dem Preise unserer Wehrlosmachung zur See, wobei wohl zu beachten ist, daß er seine Bereitwilligkeit zur Preisgabe „wichtigster Teile des deutschen Flottengesetzes", nicht etwa von einer englischen Neutralitätserklärung schlechthin, sondern lediglich von dem Versprechen abhängig gemacht hat, England werde neutral bleiben, sofern es von sich selbst aus die Ueberzeugung gewinnen sollte, daß Deutschland in einem europäischen Kriege der Angegriffene, nicht aber der Angreifer sei! Man male sich aus, was das Gelingen dieses Planes, der in der Hauptsache an dem Einspruch des Großadmirals von Tirpitz gescheitert ist, im August 1914 bedeutet haben würde! Seit 1912 wäre die mühsam geschaffene Flotte künstlich wieder verstümmelt worden, und das alles, damit England bei Kriegsausbruch mit vollem äußeren Rechtsgrunde sich auf die Seite unserer Gegner hätte schlagen können! Denn da die diplomatische Kunst des Herrn v. Bethmann Hollweg es nicht einmal zuwege gebracht hat, unseren Angreifern die unbequeme Pflicht der Kriegserklärung zuzuschieben, so hätte England im Rahmen jener völlig unverbindlichen Neutralitätsabmachung natürlich durchaus freie Hand gehabt, aus unserer Kriegserklärung an Rußland und Frankreich zu folgern, daß wir selbst die Angreifer, jene aber die Angegriffenen seien...



Phot. Techno-Photographisches Archiv, Berlin

Eine österreichisch-ungarische mobile Entlausungsanstalt; Desinfektionsapparat zur Reinigung der Kleider



Phot. Techno-Photographisches Archiv, Berlin

Deutsche Soldaten beim Montieren eines Trinkwasserbrunnens an der Ostfront



Phot. A. Grohs, Berlin

Aus einer österreichisch-ungarischen Entlausungsanstalt hinter der Front. Russische Gefangene schneiden den Soldaten Haar und Bart, während Uniformen und Wäsche desinfiziert werden



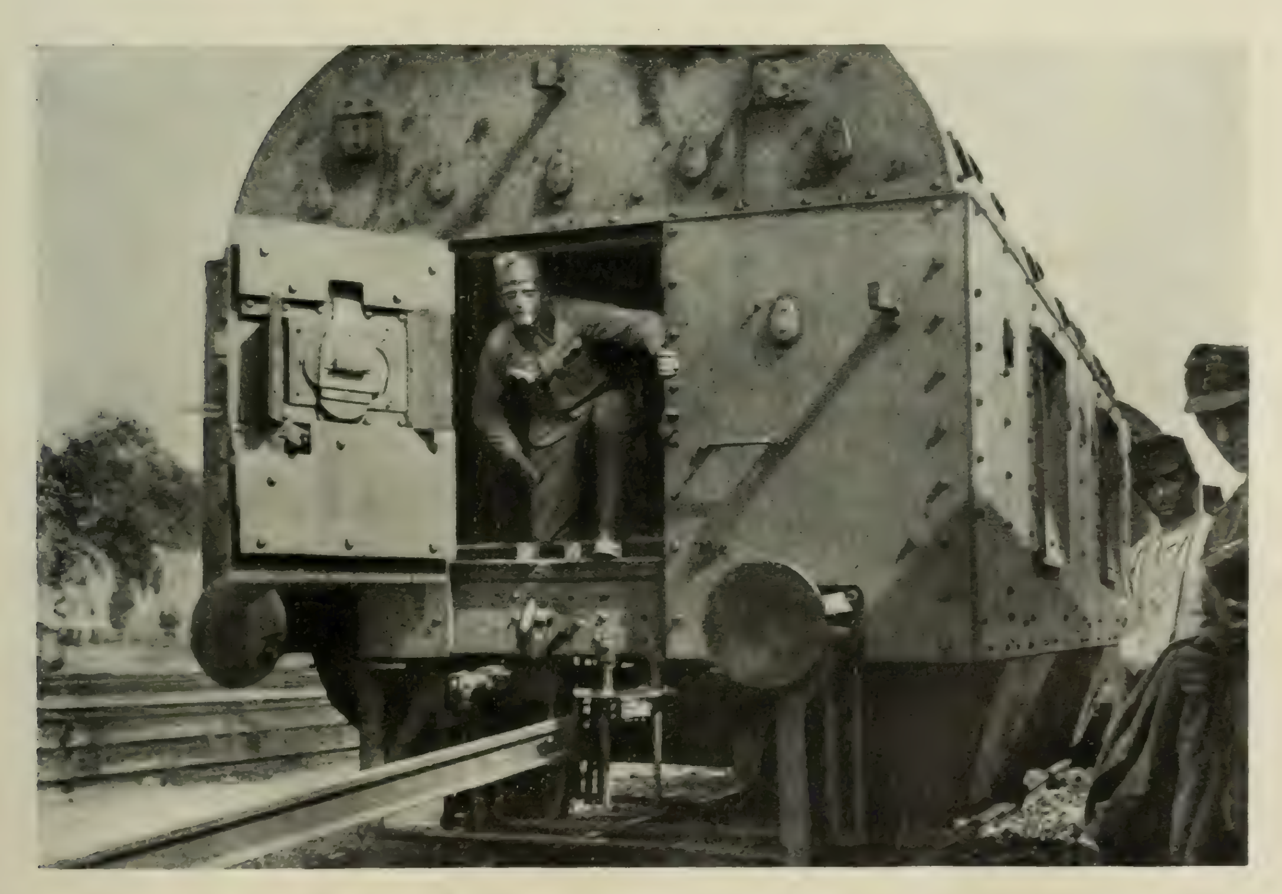
Phot. Berliner-Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Das Einbringen erkrankter Soldaten in ein Seuchen-Lazarett des österreichisch-ungarischen Roten Kreuzes hinter der Ostfront



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Kriegshunde der österreichisch-ungarischen Truppen an der Ostfront



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Der Maschinengewehrwagen eines österreichisch-ungarischen Panzerzuges



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Eine bosnische Maschinengewehr-Abteilung



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Ein österreichisch-ungarisches Infanterie-Regiment mit zusammenlegbaren Tragbaren

An dem Versuche gemessen, das Deutsche Reich seinem schlimmen Feinde gegenüber wehrlos zu machen, verblassen die übrigen Großtaten Bethmann Hollwegscher Auslandspolitik fürwahr zu wesenlosen Schemen. Seine kindliche Beurteilung der Monarchenbegegnungen von Racconigi, Potsdam und Baltischport, der Rückzug aus Marokko und Persien, die Preisgabe des Kopfstückes der Bagdadbahn und der Verzicht auf wichtige Orientinteressen zugunsten längst verbriefter, obendrein fragwürdiger, afrikanischer Rechte — was will all das und manches andere gegenüber dem grotesken um nicht zu sagen verbrecherischen Plan bedeuten, in zwölfter Stunde vor Ausbruch des Krieges wichtigste Mittel der Landesverteidigung einem bloßen Phantome zu opfern!

Es gehört für alle Zeiten der Geschichte an, zu welch geradezu furchtbaren Erfolgen uns die Auslandspolitik Herrn v. Bethmann Hollwegs geführt hat, und man kann nicht umhin, die Kühnheit zu bewundern, die ihm nach dem katastrophalen Zusammenbruche seiner Politik das Verbleiben im Amte gestattet hat. Wie erinnerlich, hat Bismarck auf dem Schlachtfelde von Königgrätz erklärt, „daß ihm ein Fehlschlag die Pistole in die Hand gedrückt haben würde." Herr v. Bethmann Hollweg dagegen hat das deutsche Volk durch seine Auslandspolitik unmittelbar an den Rand des Abgrundes geführt, dankt im Reichstage „noch heute seinem Schöpfer" für die von ihm befolgte Versöhnungspolitik und sieht mit scheinbarer Seelenruhe zu, wie das Volk mit Strömen von Blut das Reich vor dem Untergang rettet!"

Die zweite vertrauliche Schrift nannte sich „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler" und stammte von dem hochangesehenen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp in Königsberg. Auch hier wollen wir zur Illustrierung der Kampfesweise Folgendes, wenn auch nur eine Seite eines Kapitels, zum Abdruck bringen:

„Obwohl Mißstimmung in weiter Ausbreitung im Volke besteht, bleibt sie doch manchem Auge verborgen. Auch Seine Majestät der Kaiser und König soll sich über Vorhandensein und Maß dieser Mißstimmung in Unkenntnis befinden. Die freie Kritik unserer öffentlichen Zustände, wie sie zu Friedenszeiten jedermann in Wort und Schrift offensteht, und wie sie auch an das Ohr des Herrschers zu bringen pflegt, wird seit Kriegsbeginn durch die Zensur vollständig unterdrückt. Nur das der Regierung Genehme, was ihren Wünschen und Zwecken entspricht, findet noch in der Presse Aufnahme, so daß es eigentlich nur noch offiziöse Zeitungen gibt. Für die Geltendmachung abweichender Auffassung bleibt überhaupt kein Raum. Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele unterliegt den schärfsten Verboten, die nach der ständigen Klage nationaler Kreise weniger zu ihren als zugunsten der politisch radikalen Presse („Berliner Tageblatt", „Frankfurter Zeitung") gehandhabt wird. Sicherlich ist im Kriege eine strenge Zensur unbedingt notwendig. Ihre gegenwärtige Handhabung aber erweckt nach der Auffassung gerade der am treusten und nationalsten gesinnten Volkskreise den Eindruck, daß sie weniger in den Dienst der vaterländischen Sache als in den der gegenwärtig an leitender Stelle befindlichen Männer gestellt wird, zum persönlichen Schutz gegen Angriffe, denen sie wegen ihrer Haltung auf politischem und wirtschaftspolitischem Gebiet ausgesetzt sind. Hierdurch erfährt die herrschende Mißstimmung eine weitere Verstärkung.

Ein Volk, das sich in dem ihm auferlegten Daseinskampfe so glänzend und treu bewährt hat, wie das deutsche, hat vollberechtigten Anspruch darauf, innerhalb der Grenzen, die durch das vaterländische Interesse geboten erscheinen, an der Bestimmung seiner Geschicke mitratend und mittatend teilzunehmen. Eine verständige Regierung wird hier weniger auf eigene Unfehlbarkeit und Allwissenheit pochen, und lieber etwas zu weitherzig als zu kleinlich sein. Das ist schon deshalb unbedingt notwendig, um die gewaltigen, in unserem Volke wurzelnden Kräfte für eine große nationale Politik auszulösen und auf diesem Wege den hohen idealen Schwung immer von neuem zu beleben, dessen die Regierung gar nicht entraten kann, wenn infolge der langen Dauer des Krieges das Uebermaß der an Gut und Blut gebrachten Opfer, die schweren Unbequemlichkeiten und Nöte aller Art, die Friedenssehnsucht der Schwachen und Kleinmütigen immer stärker werden und den Willen zum Siege und zur Vernichtung des Feindes im deutschen Volke erlahmen zu lassen drohen. Der Krieg kann noch lange dauern: es liegt ein großer Unterschied zwischen den beiden Aufgaben, „den Feind schlagen" und „den Feind zum Frieden zwingen". Das erste haben wir gekonnt, das zweite noch nicht. Wir leben zu sehr des irrigen Glaubens, daß der Feind ja geschlagen sei und deshalb um Frieden nachsuchen müsse. Alle Freunde Deutschlands müssen das möglichste tun, um diesen Irrtum auszurotten und im ganzen Volk die heilige Ueberzeugung von neuem anzufachen, daß mit allen Kräften weitergekämpft werden muß, bis der Feind Frieden zu schließen gezwungen ist. Des-

halb muß die Regierung alle Kreise unseres Volkes, die von diesem Willen beseelt sind, um sich sammeln; sie muß alles vermeiden, was geeignet ist, in diesen Kreisen Mangel an Vertrauen und begründete Mißstimmung zu erregen.

Derjenige nun, der behauptet, daß der im Volke herrschende Mangel an Vertrauen zu der politischen Leitung eine plötzliche, ja, gar eine künstliche Erregung darstelle, oder daß sie im wesentlichen nur von einigen lauten Schreiern und einer verführten Gefolgschaft vertreten werde, ist entweder unbegreiflich ahnungslos über die Gemütsverfassung der weitesten, treuesten Volksschichten, oder er entstellt bewußt die Wahrheit. Wer solches der Allerhöchsten Stelle versichert und im Zusammenhange damit durchblicken läßt, daß ein großer Teil der Stimmung durch einzelne Unzufriedene nur „gemacht" sei, verneint in vollkommener Verkennung der Tatsachen den Geist, der in denjenigen Kreisen des Volkes lebt, die Kaiser und Reich bis zum letzten Blutstropfen ergeben sind. Es ist aber auch völlig falsch anzunehmen, daß es sich dabei lediglich um die in letzter Zeit im Vordergrunde stehende Frage des U-Bootkrieges allein handle. Durch die Frage des U-Bootskrieges ist nur zum hellen Ausdruck gekommen, was die Herzen aller derer, die sich auf Gedeih und Verderb der Krone und dem Vaterlande verbunden fühlen, seit langem dunkel erfüllte: das Gefühl, daß die politische Leitung, wie schon vor dem Kriege und beim Kriegsausbruch, so auch im Kriege ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist und vor allem des politischen Instinktes offenbar entbehrt.

Der Reichskanzler beruft sich demgegenüber auf die unbedingte notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse. Die Parole „Einigkeit" fängt an bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen, wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", das in der preußischen Geschichte eine unrühmliche Erinnerung ist. Die vom Reichskanzler geforderte „Einigkeit" bedeutet: schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hoffet alles, aber verschließt eure Sorgen in dieser größten, schönsten und schwersten Stunde deutscher Geschichte in eurer Brust. Wartet geduldig ab, was herauskommt. Stört die Kreise der Regierung nicht. Ihre, nicht eure Sache ist es, die Geschicke des Vaterlandes zu bestimmen. Nur die Regierung allein verfügt über die nötige Einsicht und Uebersicht dessen, was dem Vaterlande frommt. Auf den Feind würde es einen üblen Eindruck machen, wenn Uneinigkeit unter uns käme. Aber der Eindruck auf den Feind hängt nur ab von der Kraft der deutschen Hiebe, auch ein Kanzlerwechsel würde auf den Feind keineswegs den Eindruck der Schwäche machen; wenn überhaupt, so hätte der Abgang von Tirpitz diese Wirkung haben müssen, dessen Entlassung ja schon vor dem Kriege von England gefordert worden sein soll. Sondern das Entscheidende ist, ob die politische Leitung, die dem deutschen Schwert seine Aufgabe stellen soll, auch über die dazu erforderliche Kraft und Entschlossenheit verfügt. Alle Einigkeit nützt nicht, wenn sich hinter dieser „Einigkeit" Furcht, Nachgiebigkeit und Schwäche verbergen.

Der Reichskanzler beansprucht Vertrauen. Hat er ein Recht darauf? Wir wollen nicht zu weit in die Vergangenheit zurückgehen. Aber es ist uns von Anfang an schwer gewesen, dieses Vertrauen zu haben, zu einem Reichskanzler, der bei Beginn des Krieges zu seiner völligen Ueberraschung dem Zusammenbruch des seine gesamte Politik beherrschenden, belastenden und behindernden Gedankens gegenüberstand, des Gedankens — auf unmöglicher papierner Grundlage — eine Verständigung mit England zu erzielen. Es wurde uns noch mehr erschwert, dies Vertrauen zu haben, als dem Reichskanzler bei Kriegsbeginn das unglückliche Wort vom Unrecht an Belgien entglitten ist, und als er hiermit in heute zugestandener Ahnungslosigkeit unter Preisgabe künftiger Entwicklungsmöglichkeiten in bezug auf das Schicksal Belgiens, sich der Entschließungsfreiheit beraubte. Es ist kein Unrecht an Belgien geschehen; Belgien hat sein Schicksal selbst verschuldet und verdient, wie bald nachher unsere Regierung selbst bewiesen hat. Auf die härteste Probe wurde unser Vertrauen aber gestellt, als an der Hand der unwidersprochen gebliebenen Zeugnisse der von der politischen Leitung benutzten Presse unabweisbar die Erkenntnis sich aufdrängte, daß, während doch zwischen unserem Todfeind England und uns gegenwärtig allein die Waffen reden sollten, jene bei Beginn des Krieges so elend zusammengebrochene Illusion einer Verständigung mit England in unserer Politik leider auch während des Krieges nach wie vor führend geblieben ist. Jeder kann einmal fehlen, aber ein leitender Staatsmann, dem in schicksalsschwerer Zeit solche Fehler untergelaufen sind, dem es außerdem an einer klaren Erkenntnis der notwendigen Kriegsziele bis heute in so erschreckendem Maße gefehlt hat, der die politischen Ereignisse nicht führend bestimmt, sondern sich nur von Fall zu Fall durch den Zwang einer von seinem

eigenen Willen unabhängigen Entwicklung lediglich zu Verlegenheits-Entschließungen drängen läßt, ein solcher Mann müßte, wenn er politisches Gefühl hätte, sich der Unzulänglichkeit seines staatsmännischen Könnens längst bewußt geworden sein, müßte sich selber sagen, daß er nicht der Mann ist, der mit dem geschlagenen Feinde über den Frieden beraten kann.

Bismarck hat die Autorität der deutschen Regierung auf dem Gebiet der Auswärtigen Politik so unantastbar stabiliert, daß wir trotz alledem auch heute geneigt wären, der politischen Leitung alles Vergangene zu vergessen, ihr von vorneherein die von ihr so gern beanspruchte größere Einsicht zuzugestehen und ihr auf den Wegen, die unrichtig erscheinen, vertrauensvoll zu folgen. Gern wäre der Deutsche auch bereit, sich in diesem großen Kriege unter Aufopferung eigener Lieblingsgedanken von einer Regierung führen zu lassen, die eigene große Ziele entschlossen verfolgt. Die Ereignisse der letzten Wochen machen das aber den nationalen Kreisen unmöglich. Sie finden ihre schlimmsten Befürchtungen mehr und mehr bestätigt.“ . . .

Am 5. Juni 1916 erschien der Reichskanzler ganz unvermutet im Reichstage, um mit diesen geheimen Widersachern gegen ihn persönlich und seine Politik abzurechnen. Nach den einleitenden Sätzen seiner Rede, in denen er sich vor allem über seine Friedensbemühungen, die Friedensmöglichkeiten und über seinen Wunsch, die Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten nach Möglichkeit zu beschränken, ausgesprochen hatte, (vgl. im Kapitel über die Reichstagsverhandlungen S. 43f.) fuhr er fort:

„Meine Herren! Das Bestehen der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand aufkommen lassen, über den ich einige Worte sprechen muß. Ich meine die Treibereien mit offenen und geheimen Denkschriften, die teils anonym, teils mit Namen in Umlauf gebracht worden sind. Meine Herren! Wenn das Vertrauen unseres Volkes zu erschüttern wäre — einige dieser Schriften haben sich alle Mühe gegeben, das zu tun. In Tausenden von Exemplaren, wie es scheint, ist dieser Tage ein anonymes Heft verbreitet worden, das in der Pamphletliteratur, wenigstens soweit sie mir bekannt ist, an der Spitze marschiert. In diesem Heft trägt der Verfasser mit der Miene des besorgten Patrioten Dinge aus der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges vor, die eine fortlaufende Kette von Unwahrheiten und Verdrehungen des wahren Sachverhalts sind. Lassen Sie mich ein paar Beispiele anführen.

Dieser Mann wagt es, zu schreiben, daß der deutsche Reichskanzler geradezu zusammengebrochen sei, als ihm der englische Botschafter den Abbruch der Beziehungen mitgeteilt habe. Natürlich braucht der Schreiber dieses Heftes das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen bereits einige Stunden vorher erfolgt war in einer Unterredung, die der englische Botschafter mit Herrn v. Jagow hatte, der in meinem Auftrage sprach. Der Schreiber braucht auch nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit Sir Edward Goschen, die er im Auge hat, der persönliche Abschiedsbesuch war, den mir der britische Botschafter machte. Und er braucht auch nicht zu wissen — denn die englische Quelle, die ihm gut genug ist, um den deutschen Reichskanzler zu verleumden, teilt es nicht mit —, er braucht nicht zu wissen, daß es Sir Edward Goschen war, der bei dieser Unterredung so tief erschüttert war, daß ich, weil es sich um einen persönlichen und menschlichen Vorgang handelte, aus natürlichem Anstandsgefühl es stets unterlassen habe, öffentlich darüber zu sprechen. Aber, meine Herren, der „zusammengebrochene Reichskanzler“ — das ist so etwas, was in das Bild paßt, das man von dem schwächlichen Reichskanzler verbreiten möchte. Aber, meine Herren, erstunken und erlogen ist es!

Etwas anderes! Eine Geheimgeschichte der letzten Wehrvorlage: ich als der Mann, der sich mit Händen und Füßen gegen die Wehrvorlage gesträubt hätte! Ich rate dem Schreiber dieser Schrift, sich bei dem damaligen Kriegsminister General v. Heeringen zu erkundigen. Ich weiß es zwar nicht, ob es dem General v. Heeringen, den wohl dieses ganze Haus als einen geraden und aufrechten Mann und Soldaten kennt, erwünscht ist, sich mit einem Verleumder einzulassen. Aber ich rate, er soll sich an den General v. Heeringen wenden und ihn fragen, wie ich gearbeitet habe für die Stärkung der Armee und wie ich bei der großen Wehrvorlage für jede Vermehrung der Armee eingetreten bin, daß ich es war, der jede Anforderung des Kriegsministers bis auf den letzten Mann vertreten hat.

Dann, meine Herren, die längst widerlegte Geschichte, daß wir Japan vor dem Kriegsausbruch durch eine große Anleihe auf unsere Seite hätten ziehen können. Nichts als Phantasiegebilde!

So geht es weiter durch das ganze Heft. Lassen Sie mich noch eine der widerwärtigsten Behauptungen etwas niedriger hängen.

Ich werde beschuldigt, ich hätte entgegen dem militärischen Votum den Mobilmachungsbefehl um drei kostbare Tage, die uns nicht bloß einen Teil des Elsaß, sondern Ströme von Blut gekostet hätten, verzögert und das rechtzeitige Losschlagen in der Hoffnung auf meine alte Verständigungsidee mit England vereitelt. Ja, meine Herren, diese Versuche, mich mit England zu verständigen, — ich weiß, sie sollen mein Kapitalverbrechen sein. Ich habe schon einmal darüber ausführlich hier im Reichstag gesprochen (vgl. Bd. XII, S. 11). Aber weil diese giftigen und falschen Anschuldigungen immer wieder in das Volk getragen werden, halte ich mich für verpflichtet, es noch einmal zu tun.

Wie war denn Deutschlands Lage? Frankreich und Rußland durch eine nicht zu sprengende Allianz eng miteinander verbunden; in Frankreich eine starke Revanchepartei, in Rußland einflußreiche, expansive, zum Kriege treibende Kreise. Frankreich und Rußland konnten nur in Schach gehalten werden, wenn es gelang, ihnen die Hoffnung auf England zu nehmen; dann hätten sie niemals den Krieg gewagt. Wollte ich gegen den Krieg arbeiten — und das habe ich allerdings getan — meine Herren, dann mußte ich versuchen, mit England in ein Verhältnis zu kommen, das die Kriegsparteien in Frankreich und in Rußland niederhielt. Ich mußte das auch tun gegenüber den mir so gut wie irgendeinem anderen bekannten deutschfeindlichen Tendenzen der englischen Einkreisungspolitik. Ich habe den Versuch gemacht. Ich schäme mich seiner nicht, auch wenn er nicht geglückt ist. Wer als Zeuge dieser bald zweijährigen Weltkatastrophe mit ihren Hekatomben von Menschenopfern mir daraus ein Verbrechen macht, der mag seine Anklagen vor Gott vertreten; ich sehe meinem Urteil mit Ruhe entgegen.

Meine Herren! Diese Verständigungsversuche — was haben denn die mit unserer Mobilmachung zu tun gehabt? Nichts! Gar nichts! Ich soll die Mobilmachung um drei Tage verzögert haben. Weiß denn der Mann, der die Anklage gegen mich schleudert, ich sei wegen Verzögerung der Mobilmachung schuld an Strömen des Blutes unseres Volkes — weiß denn dieser Mann nicht, daß wir während dieser drei Tage fieberhaft gearbeitet haben an einer Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, daß insonderheit der Kaiser, dem nichts mehr am Herzen lag, als seinem Volk den Frieden zu erhalten, darüber in diesen Tagen in unausgesetztem Depeschenverkehr mit dem Zaren stand? Und sieht der Mann nicht, was doch vor aller Augen liegt, daß, wenn wir diese drei Tage früher die Mobilmachung erklärt hätten, wir die Blutschuld auf uns geladen hätten, die Rußland auf sich nahm, indem es während der schwebenden Verhandlungen, die einen guten Erfolg versprachen, entgegen den heiligen uns gegebenen Versprechungen seinerseits mobilisierte?

Und der Mann, der so die Geschichte fälscht, nimmt sich heraus, über mich zu Gericht zu sitzen, und er tut das in dem Namen einer niederdeutschen Bismarckrunde. Herunter mit der Maske! Damit man sieht, wer es wagt, den Namen Bismarcks in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes bei der niederträchtigsten Verhetzung zu mißbrauchen!

Meine Herren! Ein anderes Heft! Der Verfasser nennt sich und trägt einen Namen von gutem Klang. (Zurufe: Nennen Sie ihn doch!) Es ist der Generallandschaftsdirektor Kapp — ich sage, der Mann bringt es über sich, zu behaupten, die von mir ausgegebene Parole „Einigkeit" fange an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen, wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht." Wo ist heute das Jena? Hat der Herr denn gar kein Gefühl dafür, daß er unsere große Zeit herunterzieht, wenn er warnend an Jena erinnert? Und hat er die Stirn, es als staatsverräterisch zu bezeichnen, wenn ich in diesem Kampfe um Alles nur ein einiges Deutschland sehen kann? Meine Herren! Es ist bitter, sich gegen die Lügen des feindlichen Auslandes wehren zu müssen. Widerlich sind Schmähungen und Verleumdungen in der Heimat. Ich nehme den Kampf dagegen auf und werde ihn durchfechten. Meine Herren! Nicht meine Person ist in Frage. Was gilt heute der einzelne, wo draußen die ganze waffenfähige Mannschaft Deutschlands tagtäglich dem Tod ins Auge sieht! Nein, meine Herren, nicht die Person ist es, sondern die Sache des Vaterlandes leidet Schaden, wenn in systematischer Weise unter großem Aufwand von Kosten und von geduldiger Druckerschwärze Mißtrauen und Irrtum durch das Volk getragen werden. Meine Herren! Es mag auffallend sein, daß ich heute Ihre Zeit in Anspruch nehme mit einer Besprechung von geheimen Schriften und Broschüren. Aber, meine Herren, meine Pflicht ist es, dagegen aufzutreten, daß das Volk vergiftet wird." . . .

Einen Tag darauf, am 6. Juni 1916, nachdem die einzelnen Parteien zu der großen Rede des Reichskanzlers Stellung genommen hatten und nachdem vor allem **Graf Westarp** (kons.) ausgeführt hatte: die Schrift von „Junius Alter" verdiene nicht die Auf-

merksamkeit, die ihr beigemessen werde, mit keinem Wort habe der Generallandschaftsdirektor dem Reichskanzler landesverräterische Gesinnung vorgeworfen, der Reichskanzler aber sollte sich bemühen, den berechtigten Kern derartiger Kundgebungen nutzbar zu machen, ergriff Dr. v. Bethmann Hollweg nochmals das Wort und erklärte:

„Meine Herren, ich will nur einige wenige Ausführungen machen. Es ist von dem Herrn Vorredner (dem Grafen Westarp) und, wenn ich nicht irre, auch von dem Herrn Abgeordneten Bassermann bemängelt worden, daß ich der anonymen Schrift — „Junius alter," glaube ich, heißt sie — durch meine gestrige Besprechung eine Publizität verschafft habe, die sie sonst nicht gehabt hätte und niemals erworben hätte. Ich habe diese eine Schrift herausgegriffen aus einem Bündel gleichartiger Schriften, die, wie wohl dem ganzen Hause bekannt ist, seit Monaten in Deutschland, im Inland und auch in den Schützengräben, in Umlauf gesetzt worden sind. Und nur weil ich erkannt habe, daß durch diese Treibereien nicht nur die Stimmung im Innern verwirrt wird, sondern daß dadurch auch eine Rückwirkung schließlich auf den Geist draußen möglich ist, darum habe ich mich für verpflichtet gehalten, nicht mich in die Oeffentlichkeit zu flüchten, sondern diese Machenschaften an die Oeffentlichkeit zu ziehen.

Der Herr Vorredner hat gegen meine Ausführungen Widerspruch erhoben, die ich über die Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp gemacht habe. Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat die maßgebende Stelle, die auch ich vorgestern verlesen habe, wiederholt und hat gemeint, der Vorwurf staatsverräterischer Handlungen, den ich aus der Kappschen Schrift herausgelesen habe — und auch heute noch herauslesen muß, meine Herren —, habe nicht darin gestanden. Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, ohne den Passus, der ja soeben verlesen worden ist, zu wiederholen, daß die Einleitung zu diesem Passus lautet: „Der Reichskanzler beruft sich dem gegenüber auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse," und dann kommt der Satz, in dem die Parole Einigkeit, die also von mir ausgegeben wird, in Parallele gestellt wird mit dem als staatsverräterisch gebrandmarkten Wort aus dem Jahre 1806 (vgl. S. 132). Meine Herren, ich habe nicht gewußt, welche andere Folgerung ich daraus hätte ziehen sollen, und wenn es die Absicht des Herrn Generallandschaftsdirektor Kapp gewesen ist, so würde er das ja wohl leicht klarstellen können.

Im übrigen habe ich mich beschränkt, nur diese eine Stelle aus der Kappschen Schrift zu zitieren: Meine Herren, sie wimmelt im übrigen von den allerschärfsten Angriffen gegen mich. Es wird mir unausgesetzt in dieser Schrift zum Vorwurf gemacht, daß ich die Ehre des Landes preisgegeben hätte. Dies wiederholt sich an unzähligen Stellen. Ich glaube, niemand kann es mir übelnehmen, wenn ich gegen derartige Angriffe Verwahrung einlege, und scharfe Verwahrung einlege."

Des Reichskanzlers Worte, die sich im übrigen mit der Friedensvermittlung durch den Präsidenten Wilson und der Stellung zur Sozialdemokratie beschäftigten und im Berichte über die Reichstagsverhandlungen bereits wiedergegeben worden sind (vgl. S. 46), endeten unter lebhaftem Beifall mit einer Aufforderung an die Parteien, nicht Differenzen gegeneinander auszuspielen, sondern das zu betonen, was uns einige, den Willen zum Siege.

Der Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg wandte sich nach der Rede des Kanzlers an ihn und versandte darauf am 14. Juni 1916 folgende Erklärung, die sein Vertreter dem Vertreter des Reichskanzlers abgab:

„Herr Kapp hat der Politik des Reichskanzlers den Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche gemacht. Der Reichskanzler hat gegen Herrn Kapp persönliche Schimpfworte gebraucht. Nach der Erklärung des Reichskanzlers ist er aus Gründen des Staatswohls dem Kappschen Angriff öffentlich im Reichstag entgegengetreten. Er lehnt es ab, diese ihm durch die Pflichten seines Amtes auferlegte Handlung zum Gegenstand persönlicher Auseinandersetzung zu machen. Demgegenüber erklärt Herr Kapp, sich in einem Augenblick Genugtuung verschaffen zu wollen, in welchem dem Reichskanzler nicht mehr der Schutz des Krieges, seine Stellung und die Knebelung der Presse zur Seite stehen."

Als vierzehn Tage später die Wiederwahl Kapps als Generallandschaftsdirektor der ostpreußischen Landschaft in Frage kam, lehnte die Regierung eine Bestätigung ab. Der Kampf gegen den Reichskanzler ging weiter und nahm immer schärfere Formen an.

Die Spaltung der Sozialdemokratie

Wie schon in einem der vorigen Abschnitte (vgl. S. 111) angedeutet, war die von extrem sozialistischer Seite von der Schweiz aus eingeleitete Bewegung, die deutsche Sozialdemokratie wieder in dem alten revolutionär-internationalem Geiste zu beeinflussen, mit der Zeit nicht ohne Einfluß geblieben. In der deutschen Sozialdemokratie war die Opposition gegen die Reichstagsfraktion gegen Ende Januar 1915 bereits so stark angewachsen, daß sich der sozialdemokratische Parteivorstand in einer scharfen Erklärung gegen die Liebknecht-Mehring-Gruppe, die den Mittelpunkt der Opposition bildete, wenden mußte. Das Auftreten Liebknechts im Reichstage, der sich immer wieder von der Fraktion absonderte, einen Disziplinbruch nach dem andern beging, sich zu den schärfsten Ausfällen gegen die deutsche Kriegspolitik und gegen die fast einstimmige Haltung des Hauses in allen nationalen Fragen hinreißen ließ, hatte nicht nur tumultuöse Vorgänge im Reichstage zur Folge, sondern nötigte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wieder und wieder, dieses Vorgehen Liebknechts aufs schärfste zurückzuweisen. Mehr konnte die Fraktion nicht tun, da ihr nach dem Parteistatut weitergehende Maßnahmen nicht zustehen, und so mußte sie sich mit einer Erklärung bescheiden, in der sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitage anheimstellte. Auch die Generalkommission der freien Gewerkschaften wandte sich gegen Liebknecht, als er von Schmutzblättern sprach, die die Generalkommission herausgegeben habe. Gleichwohl herrschte in der Reichstagsfraktion in der Frage über das Verhalten Liebknechts keine Einmütigkeit. Nach einer Mitteilung des Abgeordneten Rühle, der sich zu den Anschauungen Liebknechts bekannte, sei der Beschluß der Fraktion, das Verhalten Liebknechts als unvereinbar mit den Interessen der Partei zu verurteilen, mit 58 gegen 33 Stimmen gefaßt worden.

Es sollen hier nun nicht die weiteren Protestentschließungen der Fraktion gegen Liebknecht und Rühle verzeichnet werden, es genügt darauf hinzuweisen, daß die Partei sich noch mehrmals genötigt sah, von ihnen öffentlich abzurücken. Einen stark bedeutsamen Zuschuß erhielt diese kleine Gruppe aber durch die führenden sozialdemokratischen Theoretiker Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Pannekoek. Auch anderswo begann es zu kriseln. In Württemberg löste sich die sozialdemokratische Organisation des zehnten württembergischen Wahlkreises (Göppingen) vom Landesvorstande ab und schloß sich einer radikalen Gruppe an, die von dem Landtagsabgeordneten Westmeyer geführt wurde. Anfang April 1915 wandte sich die deutsche sozialistische Minderheitsgruppe bereits mit einem Friedensmanifest an das Ausland, und man erfuhr aus der Pariser „Humanité" nähere Einzelheiten darüber. Irgendwelchen Erfolg hat dieses Manifest aber nicht gehabt. Ebenfalls aus einem ausländischen Blatte, der „Berner Tagwacht", bekam man Kenntnis von Einzelheiten einer vertraulichen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, in der wichtige militärische Fragen behandelt worden waren. Dieser Vertrauensbruch, der von radikal-sozialdemokratischer Seite ausging, war umso böswilliger, als er die Tatsachen entstellte und einen neuen Verleumdungsfeldzug gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion darstellte.

Zu einem regelrechten Skandal innerhalb der sozialdemokratischen Parteien aber wuchs sich ein Aufruf der Abgeordneten Hugo Haase und Eduard Bernstein, sowie Karl Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung" aus. Dieser Aufruf trug die Ueberschrift: „Das Gebot der Stunde" und verlangte im Hinblick auf Eroberungsabsichten einflußreicher Kreise das Aufgeben des bisherigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Verhaltens der Partei. Hugo Haase, der den Aufruf als erster unterzeichnet hatte, war Vorsitzender nicht nur der Gesamtpartei, sondern auch der Reichstagsfraktion und hatte in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne seines Aufrufes gestellt oder eine Mitteilung von der Absicht seines

Vorgehens gemacht. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion sahen daher in diesem Schritt ein In-den-Rücken-fallen, und Herrn Haase blieb nach einer längeren Polemik schließlich nichts weiter übrig, als die Konsequenzen daraus zu ziehen und den Vorsitz niederzulegen.

Schon vorher hatte die „Breslauer Volkswacht" festgestellt, daß es nunmehr in der sozialdemokratischen Partei vier Gruppen gäbe:

Zunächst komme die Gruppe Liebknecht in Frage, die in dem Kriege keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Eroberungskrieg sähe und die Mehrheit beschuldige, den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben zu haben. „Gegen diese Politik erheben ihre warnenden Finger zwölf Reichstagsabgeordnete, nämlich Albrecht, Henke, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Liebknecht, Rühle, Schwartz, Stadthagen, Stolle und Vogtherr, dazu drei preußische Landtagsabgeordnete, Franz Mehring, die Redakteure des „Vorwärts" und der „Leipziger Volkszeitung" sowie zweier kleiner Parteiblätter . . . Die Namen Westmeyer und Crispien unter diesem Rundschreiben sagen ja darüber genug, wenn man auch den Genossen Borchardt und Herrn Radeck zur Unterschrift vorsichtigerweise nicht herangezogen hat. Der letztere besorgt dafür die journalistische Vertretung der Gruppe, die in Deutschland zurzeit leider nicht möglich ist, in der „Berner Tagwacht" in seiner bisher üblichen schmutzigen Weise."

Nicht in der Sache wohl aber in der Art, wie sie ihren Standpunkt vertritt, unterscheide sich von der ersten die zweite Gruppe „Bernstein-Kautsky", von der die „Volkswacht" meint: „Genosse Haase als Vorsitzender einer Partei, deren Mehrheit andere Ansichten vertritt als er selbst, fühlt das Bedürfnis, seine abweichenden Ansichten in einer Weise zu vertreten, die die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nicht gefährdet."

Die Hauptgruppe war, immer nach der „Volkswacht", der „Block vom 4. August 1914", umfassend „die Mehrheit der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Parteipresse und, soweit bis jetzt erkennbar, der Wahlkreise im Reiche, die Generalkommission der Gewerkschaften und die Verbandsvorstände." „Alte feste Radikale und sehr verdächtige Revisionisten haben sich unter der Forderung des Tages zusammengefunden und haben der Stimmung und Gesinnung Ausdruck gegeben, die seit dem 1. August 1914 schon in der Gesamtheit der Genossen und der Parteipresse Ausdruck gefunden hatte. Im Geiste dieser Anschauungen war die „Breslauer Volkswacht" und neunzehn Zwanzigstel der Parteipresse geleitet; den vollständigen Niederschlag ihrer Gesinnungen finden wir in Davids Buch „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg". Aber auch sonst ist eine Anzahl Schriften in ihrem Sinne von Cunow, Hänisch, Lensch und Keil erschienen. Die Mehrheit der Partei leugnet nicht den imperialistischen Charakter des Krieges; sie will alles unternehmen, was einen baldigen Frieden möglich macht, aber sie sieht dazu den einzigen Weg, eine gleiche Stimmung auch im feindlichen Auslande vorzufinden, und die imperialistischen Tendenzen nicht nur in Deutschland, sondern ein klein bißchen auch anderswo, z. B. in England und Rußland, zu suchen. Die Mehrheit will ebenfalls Eroberungsabsichten entgegentreten, aber nicht nur in Deutschland, und hält einen Frieden für unmöglich, den nur Deutschland will und nicht die anderen. In dem Augenblick, wo Friedensstimmen im Ausland sich erheben, kennt sie ihre Pflicht, und dasselbe gilt für den Augenblick, wo nicht mehr um die Sicherung des eigenen Landes gekämpft werden sollte. Danach sieht es aber heute noch nicht aus."

Endlich konstruierte sich die „Volkswacht" noch eine vierte Gruppe, die der „Annektionisten", von der sie erklärt: „Sie existieren eigentlich erst bei ihren Gegnern. Sie stehen im Verdacht, Anhänger der Einverleibung fremder Gebiete zu sein, z. B. von Teilen von Belgien oder doch mindestens einiger östlicher Distrikte. Sie selbst geben es nicht zu, lassen aber erkennen, daß nach ihrer Meinung die Grenzen von heute nicht für die Ewigkeit bestimmt sind, daß eine Erschütterung wie dieser Weltkrieg ohne gewisse Korrekturen nicht vorübergehen wird, und daß eine Zeit kommen wird, in der man sich mit diesen Korrekturen abfinden muß Zu dieser Gruppe werden, vielleicht gegen ihren Willen, die Genossen Heine, Schippel, Peus, Noske, Kloth, Winnig vom Bauarbeiterverbande, Leuthner in Wien gezählt . . . Möglich, daß die Gruppe überhaupt nicht selbständig wird, sondern beim Augustblock verbleibt, der ja sowieso die größere Schwerkraft ausübt." . . .

Am 30. Juni und am 1. Juli 1915 war der sozialdemokratische Parteiausschuß zusammengetreten, um gegen die Opposition innerhalb der eigenen Reihen Stellung zu nehmen.

41 Bezirks- und Landesvorstände waren vertreten. Folgende Resolution wurde schließlich angenommen:

„Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit und anerkennt besonders dessen Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder. Der Parteiausschuß verurteilt die offenbar von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Minierarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Partei-Mehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse. Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde" durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Fühlungnahme mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten des Vorsitzenden der Partei."

Trotzdem ging die Minierarbeit weiter. Ende August 1915 wurde von den Anhängern Karl Liebknechts eine streng vertrauliche Schrift verbreitet, um die Masse über seine Gedankengänge genauer zu unterrichten. Diese über achtzig Seiten lange Geheimschrift betitelte sich „Klassenkampf gegen den Krieg, Material zum Fall Liebknecht" und ging die politischen Vorgänge und diplomatischen Aktionen vor Beginn des Krieges tendenziös deutsch-feindlich durch. Gegen Ende des Jahres 1915 zeigte es sich, daß alle Versuche, die Spaltung der Partei aufzuhalten, auf die Dauer unfruchtbar bleiben würden. Neuen Anlaß zu schweren Differenzen hatte die Kreditvorlage der Regierung gegeben. Nach einer Rede des Abgeordneten Scheidemann erklärte der Abgeordnete Haase demonstrativ am Schlusse der Reichstagsverhandlungen: „Ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne." Am folgenden Tage berichtete der „Vorwärts", daß bisher einunddreißig sozialdemokratische Abgeordnete eine Erklärung unterschrieben hätten, deren Inhalt auf dem Boden der Ausführungen Haases stände. Die Fraktion hatte am 14. Dezember mit 58 gegen 38 Stimmen beschlossen, für die Kreditvorlage zu stimmen. Von den an der Sitzung der Fraktion nicht teilnehmenden Abgeordneten schlossen sich neun der Mehrheit und fünf der Minderheit an, so daß das Stimmenverhältnis schließlich 67 zu 43 betrug. Die Ablehnung der Kreditvorlage durch die Minderheit im Reichstage am 21. Dezember 1915 (vgl. XII, S. 48) führte zu folgender Erklärung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Sozialdemokratie vom 9. Januar 1916:

„Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen. Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen. Diese Sonderaktion ist zugleich ein schroffer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtaktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses (vgl. X, S. 318) ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis. Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde" gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts" die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts" jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Partei zu gelten."



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Oesterreichisch-ungarisches Feldjäger-Bataillon auf der Rast auf dem östlichen Kriegsschauplatz



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Oesterreichisch-ungarische Armierungstruppen beim Bau eines Knüppelwegs im Sumpfgebiet an der Ostfront



Phot. Kilophot, Wien

Oesterreichisch-ungarische Infanterie-Reserven im Vormarsch an der Ostfront



Phot. Kilophot, Wien

Oesterreichisch-ungarische Kavallerie-Patrouille an der Ostfront

An Stelle des aus dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Haase wurde der Abgeordnete Ebert zum Vorsitzenden gewählt und am 12. Januar 1916 von der Reichstagsfraktion erklärt, daß der Abgeordnete Liebknecht, der abermals ohne Verständigung der Fraktion dem Büro des Reichstages Anfragen überreicht hatte, wegen gröblicher Verletzung der Pflichten der Fraktionsgemeinschaft, die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt habe. Am Tage darauf ließ sich Dr. Liebknecht in die Liste der keiner Fraktion angehörigen Reichstagsmitglieder eintragen (vgl. XII, S. 53) und am 14. Januar erklärte sich der Abgeordnete Rühle (Pirna) mit Dr. Liebknecht solidarisch.

Inzwischen hatte sich die Generalkommission der Freien Gewerkschaften mit folgender Erklärung auf denselben Standpunkt wie der Parteivorstand gestellt:

„Die Politik des 4. August 1914 entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen; sie sichert die Fernhaltung jeder feindlichen Invasion, sie schützt uns vor der Zerstückelung deutschen Gebietes und vor der Vernichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie schützt uns vor dem Schicksal eines unglücklichen Kriegsabschlusses, der uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsentschädigungen belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete, als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Absatz unserer Erzeugnisse in anderen Ländern. Die Gewerkschaften müssen an dieser Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten."

Die Entwicklung der Dinge drängte zur Entscheidung. Als der Reichstag im März 1916 von neuem zusammentrat und die erste Lesung des Etatnotgesetzes begann, kam es am 24. März zu einer Auseinandersetzung der beiden sozialistischen Richtungen im Reichstage (vgl. S. 27). Selbst der Abgeordnete Scheidemann, der für die Parteimehrheit sprach, stimmte dem Notetat zu. Der Abgeordnete Haase von der Minderheit erwiderte, daß er und ein Teil seiner Freunde in dem Notetat eine Vertrauensfrage für die Regierung durch Vorwegnahme der Entscheidung über den Hauptetat erblicke. Auch die Abgeordneten Ledebour und Rühle von der Minderheit und die Abgeordneten Keil und Dr. David von der Mehrheit mischten sich in diese Auseinandersetzung, die immer erregter wurde; schließlich gestaltete sich diese Debatte wie folgt:

Abgeordneter Rühle (wild. Soz.): „Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, in meinem und im Namen meines Freundes Liebknecht (stürm. Gelächter) zu erklären, daß auch wir den Notetat ablehnen, da für uns als Sozialdemokraten noch der alte Grundsatz gilt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen." (Stürm. Gelächter).

Abgeordneter Haase (Soz.): „Der Herr Staatssekretär hat den Mut gehabt, anzuzweifeln, ob ich ein rechter preußischer Volksvertreter bin. Darüber steht ihm eine Kompetenz nicht zu. Das eine will ich Ihnen sagen, daß diejenigen die besten Patrioten sind, die nach 20 Monaten Krieg (Lärm, Glocke des Präsidenten) für die Verständigung der Völker, für die Beendigung dieses Krieges eintreten." (Gr. Lärm). Die Abgeordneten David, Heine, Sachse, Scheidemann und andere umringen den Platz des Abgeordneten Haase.

Abgeordneter Dr. David (Soz.): „Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges! Sie dient dem feindlichen Ausland!"

Abg. Sachse (Soz.) ruft Haase zu: „Sie Feigling, Sie haben nicht den Mut gehabt, in der Fraktion Ihre Meinung zu sagen. Das ist ein niederträchtiger Ueberfall."

Auch Abg. Hoch, der zur Minderheit, aber nicht zur Gruppe der 20 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehört, gerät mit den Abg. Haas und Henke in eine scharfe Auseinandersetzung und macht ihnen die heftigsten Vorwürfe, wobei das Wort „Heimtücke" fällt.

Abg. Sachse zum Abg. Henke (Soz.): „Sie Feigling, Sie haben Haase zu dieser Niederträchtigkeit angestachelt!"

Im Laufe des sich fortsetzenden stürmischen Streites auf den Bänken der Sozialdemokraten sieht man, wie der Abg. Scheidemann, zu den Vertretern der Minderheit gewendet, wiederholt mit nicht mißzuverstehender Geste den Finger an die Stirn führt. Der Lärm nimmt immer mehr zu; der Präsident Dr. Kaempf kann sich nicht Gehör verschaffen, schließt mitten in diesem Lärm die Sitzung

und setzt zur zweiten und dritten Lesung des Notetats eine neue Sitzung auf $1^3/_4$ Uhr nachmittags an. Die meisten Abgeordneten bleiben im Saal, da der Streit auf den sozialdemokratischen Bänken auch mit Beendigung der Sitzung nicht aufhört, sondern sich unter wachsender Erregung des Hauses und der Tribünen fortsetzt.

Noch am selben Tage schieden die bereits an anderer Stelle (vgl. S. 48) namentlich genannten 18 Mitglieder aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus und bildeten eine Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Im „Vorwärts" veröffentlichten sie folgende vom 24. März 1916 datierte Erklärung:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte" beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück."

Die sozialdemokratische Mehrheit trat darauf mit folgender Darstellung an die Oeffentlichkeit:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagssitzung zugetragen haben.

In ihrer Fraktionssitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum, nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amts in der Budgetkommission, zu führen, ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionssitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 9. Januar 1916 (vgl. S. 136) die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hat, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben."

Ferner gab noch eine Reihe von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion folgende Sondererklärung ab:

„Die Unterzeichneten erklären zu den letzten Vorgängen in der Fraktion und im Reichstage:

1. Daß sie in der Fraktion gegen die Zustimmung zum Notetat gestimmt haben.

2. Daß sie im Plenum des Reichstages bei der Abstimmung über das Notgesetz, entsprechend dem bisherigen Brauch, in der Fraktion, ihre Gegnerschaft gegen die Vorlage durch Verlassen des Saales zum Ausdruck gebracht haben.

3. Daß sie in der Fraktion gegen die Maßregelung der 18 Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschlusse gleichkommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitage zu.

Albrecht. Antrick. Emmel. Edmund Fischer. Hoch. Hofrichter. Hüttmann. Jäckel. Leutert. Raute. P. Reißhaus. Ryssel. Schmidt (Meissen). J. Simon."

Der Abgeordnete Haase legte nunmehr natürlich auch den Vorsitz der Partei nieder. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft betonte aber in einer Kundgebung, daß die aus der Fraktion Ausgeschiedenen gleichwohl Vertreter der Partei blieben. Ihr Auftreten schädige nicht das Ansehen der Partei, sondern hebe es im In- und Auslande. Es wirke nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisationserhaltend. Es sei kein Disziplin- und Treubruch, sondern ein Gebot der Treue gegen die

Parteigrundsätze, die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse. Andererseits wendete sich der sozialdemokratische Parteiausschuß an die Organisationen und wies darauf hin, daß die Parteiminderheit durch ihr erneutes parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet habe. Es sei zu besorgen, daß die radikalen Elemente nunmehr daran gehen würden, die Parteiorganisation zu sprengen. Damit hatte er nicht ganz unrecht. Vornehmlich in Berlin gelang es der Minderheit durch eine sehr rege Agitation die radikalen Elemente um sich zu scharen und die Leitung der dortigen Organisation, zu einem Teil wenigstens in die Hand zu bekommen. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, stellte sich vollends auf die Seite der Minderheit und begann einen scharfen Kampf gegen die Mehrheit. Das führte dann dazu, daß der „Vorwärts" vom Parteivorstande aus unter eine Zensur gestellt wurde, die immer wieder zu neuen unerquicklichen Differenzen führte.

Liebknecht hatte sich inzwischen in seiner wilden Agitation zu weit hinreißen lassen, hatte als Armierungssoldat an Demonstrationen am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin teilgenommen, Rufe „Nieder mit dem Krieg!" und „Nieder mit der Regierung!" ausgestoßen und war dann verhaftet worden. Bei einer darauf folgenden Haussuchung wurden Handzettel mit der Einladung zur Straßendemonstration am 1. Mai und Flugblätter „Auf zur Maifeier!" gefunden, die, wie Dr. Liebknecht bei seiner ersten Vernehmung zugab, zur Verbreitung bestimmt waren. Dr. Liebknecht ist darauf wegen Kriegsverrats angeklagt und zu zwei Jahren, sechs Monaten und drei Tage Zuchthaus verurteilt worden. Bei der Strafzumessung ging das Gericht von der Ansicht aus, daß Liebknecht nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt habe, sondern daß politischer Fanatismus die Triebfeder zu seinen Verfehlungen gewesen sei. Aus diesem Grunde habe es auf die mindest zulässige Strafe erkannt, und auch von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen. Der Reichstag hatte seine Zustimmung zu der Einleitung des Strafverfahrens gegen Liebknecht gegeben und die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen Dr. Liebknecht abgelehnt. Der Abgeordnete von Payer gab in der Sitzung vom 11. Mai 1916 im Namen der Geschäftsordnungskommission die Gründe für diese Entschließung bekannt. Nach einer eingehenden Schilderung des Tatbestandes führte er aus:

„Soweit der Inhalt des Aufrufes ohne Schädigung des Reiches überhaupt zum Vortrag gebracht werden kann, nimmt die Maifeier zum Anlaß, für den Krieg und die in dessen Gefolge eintretenden Schädigungen in der Hauptsache nicht unsere auswärtigen Feinde, sondern eine Reihe von einheimischen Ständen und Erwerbszweigen und die Herrschsucht der Regierung verantwortlich zu machen. Dann forderte er weiter die Arbeiter und die Frauen auf, die Hölle des Krieges und das Verbrechen der Menschenmetzelei nicht weiter zu tragen; nur das Volk könne ein Ende machen; es dürfe nicht länger seine eigenen Ketten schmieden. Ueberall in Deutschland und in den feindlichen Ländern müßten die Arbeiter die Fahne des Klassenkampfes ergreifen." Die Arbeiter und die Frauen werden erneut aufgefordert, den Maifeiertag zum „Protest gegen die imperialistische Metzelei" zu gestalten. Der ganzen Menschheit werde über die Grenzsperren und Schlachtfelder hinweg die Bruderhand gereicht, und es werde zum Kampf, zum Kampf gegen unsere Feinde, das heißt nicht etwa gegen unsere Kriegsgegner, sondern gegen die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und deren geschäftsführenden Ausschuß, die deutsche Regierung aufgefordert. (Heiterkeit.) Diese Aufforderung ist — das muß ich persönlich noch beifügen — in ungewöhnlich leidenschaftlicher Sprache und in aufreizendem Ton gehalten.

In einer Zuschrift vom 4. Mai 1916 an das königliche Kommandanturgericht zu Berlin hat der Abgeordnete Liebknecht noch in längeren Ausführungen seinen Ruf: Nieder mit der Regierung! dahin ausgelegt, daß er die Gesamtpolitik der Regierung als verderblich für die Masse der Bevölkerung habe brandmarken wollen und daß schroffster Klassenkampf gegen die Regierung die Pflicht jedes Vertreters proletarischer Interessen sei, und er hat dann noch beigefügt, daß die Propaganda für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder gegen ihre brudermörderischen Volksgenossen

gerade während des Krieges eine doppelt heilige Pflicht eines Sozialisten sei. Im Ausschuß ging man im allgemeinen von der Erwägung aus, daß in einem solchen Falle in erster Linie vom Reichstag geprüft werden müsse, ob die Anklage ernstlich gemeint und mit Nachdruck begründet sei und ob eine strafrechtliche Verurteilung auf der von ihr gegebenen Grundlage sich als möglich annehmen lasse, daß also ein gewisser hinreichender Verdacht, daß die behauptete strafbare Handlung auch wirklich vorliege, als Unterlage der Entschließung vorhanden sein, aber auch für diese Entschließung genügen müsse. Diese Voraussetzung nahm die Mehrheit des Ausschusses als zutreffend an. Man ging deshalb zur Entscheidung über, ob die Verhältnisse es rechtfertigen, auch einer solch ernsten Beschuldigung gegenüber von der Berechtigung des Artikels 31 Absatz 2 der Reichsverfassung Gebrauch zu machen, das heißt, die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung der Haft zu verlangen. Die Anschauungen gingen auseinander. Einig war man nur darüber, daß das Verhalten des Abgeordneten Liebknecht im Hause selbst ohne jede Einwirkung auf dessen Entschließung sein müsse und sein werde. Der in den beiden schleunigen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Auffassung gegenüber sprachen sich mehrere Parteivertreter dahin aus, daß sie schon auf Grund des von ihrem Vertreter vor zwei Tagen aus den Akten erhobenen Tatbestandes bereit gewesen wären, ohne Ausschußberatung die beiden schleunigen Anträge abzulehnen. Sie sprachen sich dagegen aus, daß der Reichstag in diesem Fall von seiner Befugnis Gebrauch machen solle. Da es sich nicht um ein Recht des einzelnen Abgeordneten, sondern um das Recht des Reichstags handelt, müsse man in einem solchen Fall immer untersuchen, ob wirklich das Haus und damit die Allgemeinheit ein so großes Interesse an der Mitarbeit des betreffenden Mitgliedes habe, daß man es darum verantworten könne, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen, der Gerechtigkeit, an deren richtigem Funktionieren die Allgemeinheit doch auch, zumal in solchen Zeiten, mitten im Krieg und in einem so schweren Falle, ein großes Interesse habe. Die Folgen solcher Demonstrationen ließen sich nie übersehen, zumal in Großstädten. Auch müsse man bedenken, wie solche Kundgebungen auf das Ausland wirken. Es werde daher ohne jegliche Notwendigkeit eine ernste Gefahr für das Vaterland heraufbeschworen. Die bisherige milde Praxis des Reichstages bedeute noch lange keine Verpflichtung, stets in allen Fällen Einstellung und Aufhebung des Verfahrens zu verlangen. In allen späteren Fällen könne der Reichstag immer wieder nach der dann sich ergebenden Sachlage handeln.

Es läge doch, wurde weiter bemerkt, eine große Verantwortlichkeit vor, wenn man dem Abgeordneten Liebknecht, der es doch für seine Pflicht erklärt, seine Anschauungen auch weiterhin rücksichtslos zu vertreten, dadurch, daß man ihn seinem Richter entziehe, künstlich Gelegenheit verschaffe, seine Verfehlungen bei nächstbester Gelegenheit zu wiederholen; dazu sei die Sache doch viel zu ernst. Von diesen Erwägungen im allgemeinen ausgehend, kam die Kommission mit zehn gegen vier Stimmen zu dem Antrage, die beiden schleunigen Anträge abzulehnen. Ich habe namens der Kommissionsmehrheit und der Kommission diesen Antrag zur Annahme zu empfehlen."

Der Liebknechtschen Agitationsmethode war aber mit der Verurteilung Liebknechts keineswegs der Boden in Deutschland entzogen. Am 25. Juli 1916 veröffentlichte der sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften eine Mahnung an die Arbeiter. Darin hieß es: In anonymen Flugblättern, die im Laufe der letzten Monate in Partei- und Gewerkschaftskreisen verbreitet wurden, werde versucht, Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen. Diese Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien könnte man unbeachtet lassen, wenn nicht zugleich die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Erklärungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streik- und Massenaktionen betrieben würde, für die die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ablehnen möchten. Sie hielten es deshalb für ihre Pflicht, die Arbeiterschaft vor dem gefährlichen Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Protest- und Generalstreik-Apostel nachdrücklich zu warnen.

Die Ereignisse an der Ostfront im vierten Kriegshalbjahr

Von Februar bis Ende Juli 1916

Fortsetzung von Band XII, Seiten 103 bis 324

Ich dien'

Ein Brief aus dem Felde

Aus der Front wurde der „Kölnischen Zeitung" (8. VIII. 1916) geschrieben:

„Je länger der Krieg dauert, um so stärker prägt sich im Heer ein Wille aus, der nicht nur für den Krieg selbst, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege von höchster Bedeutung sein muß und der sich durch den Wahlspruch des 1346 bei Crécy gegen die Engländer ruhmvoll gefallenen blinden Königs Johann von Böhmen ausdeuten läßt, durch die zwei Worte: „Ich dien'."

Es ist anzunehmen, daß sich dieser Wille auch daheim entwickelt — ich wage es jedenfalls nicht zu verneinen, — aber schärfer und sichtbarer tritt er gewißlich hier im Felde zutage, wo die Anforderungen, die an den einzelnen gestellt werden, am höchsten sind; wo es in jedem Augenblick gilt, Wünsche zurückzudämmen, so berechtigt und wohlbegründet, so begreiflich und erfüllbar sie auch an sich sein mögen, und auf Erhofftes und bereits Erreichtes zu verzichten; wo ein eisernes Muß gebietet und von jedem einzelnen fordert, alles Können zu unbedingtem Sollen emporzuläutern.

Jenes Neue, das für Deutschland und sein Werden so ungeheuer wichtig und anscheinend dem deutschen Wesen von Grund aus eigentümlich ist, machte sich besonders an der Westfront stark bemerkbar, wo es galt, gegen einen weit überlegenen Feind in langen, schweren Kämpfen zu bestehen. In den Augenblicken unerbittlichen, blutigen Ringens zeigte sich, wie weit die Frucht gediehen, wie tief der Umwandlungsprozeß vorgeschritten, der sonst weniger auffällig in gleichmäßiger Ausbildung und Wirkung vor sich geht.

Es sind mannigfache Gebiete, auf die sich dieser Umwandlungsprozeß erstreckt, auf denen er in Erscheinung tritt. So hängt z. B. gewiß jeder Feldsoldat an den Seinen, denkt an sie zurück und freut sich ihres Gedenkens; aber da ist etwas, das neben den Seinen Geltung gewonnen hat und ganz unmerklich die heimatlichen Beziehungen zurückdrängt, sie bisweilen nahezu auflöst und geradezu vergessen macht: die Kameradschaft. Man lebt ja schon so viele Monate mitsammen, oft eng im Unterstand oder schmalen Quartier, ist dabei ganz aufeinander angewiesen, hilft also einander im kleinen Kreise beim Kochen, beim Herrichten der Unterkunft, beim Ausbau der Stellung usw., tauscht Erinnerungen aus, teilt sich mit; steht einander bei in der Not und Gefahr, schmiedet Leben an Leben und verteidigt einander gegenseitig, weil man erfahren hat, daß das Wohl des andern ein gut Stück eigenen Daseins ist, kurz: Man gibt zum guten Teil seine Selbständigkeit oder besser: Selbstherrlichkeit auf, löst sich von allem Eigennutz und Ich-Dünkel und auferlegt sich bewußt Sonderpflichten, die zugleich Sonderrechte umschließen. Das alles sind Beweise für den neuen Willen, dessen Leitmotiv: „Ich dien'!" alles Handeln bestimmt.

Gewiß, auch häusliche Sorgen spielen im Felde noch ihre Rolle, aber sie werden bei weitem nicht mehr so stark empfunden und kommen nicht mehr so leicht auf als vor dem Kriege, was unseren Schützengräblern nicht selten von daheim den Vorwurf einträgt, daß sie gleichgültig, oder leichtfertig oder gar lieblos geworden seien. Die Wahrheit ist, daß für sie in all den langen Monaten des schweren Kriegsdienstes und in all

den Stunden heißen Ringens die neue Weisheit aufgegangen, die sie lehrt, wie verhältnismäßig wertlos alle jene Werte sind, um die sie sich ehedem gesorgt. Was gilt ihnen angesichts der hohen Ziele und Zwecke, um die es jetzt geht und die mit den Worten Vaterland und Freiheit, Volk und Ehre nur angedeutet, aber noch lange nicht erschöpft und gekennzeichnet sind, — was gilt ihnen daneben jetzt „Amt" und „Stellung", was „Profit" und „Vermögen", was das ganze Drum und Dran der heimischen „Ansehnlichkeit". Jetzt gilt nicht Geld und Stand, jetzt gilt der reine, gediegene Manneswert; gilt allein die Tüchtigkeit, wobei ihre Einschätzung von dritter Seite, die früher oft eine so ausschlaggebende Rolle gespielt, ganz ohne Bedeutung bleibt; jetzt gilt die Leistung selbst, nicht ihre Würdigung durch andere. Und so vermögen sie bisweilen Klagen und Kläglichkeiten kaum zu begreifen, die von daheim an sie herangetragen werden und die gewiß im Rahmen der Häuslichkeit wichtig erscheinen. Aber selbst wenn solche Dinge über den häuslichen Kreis hinaus Bedeutung haben, werden die Schützengräbler sich doch nur in den allerseltensten Fällen von derlei „Sorgen" gefangennehmen lassen, weil sie im Felde vor dem Feind das große Entsagen längst gelernt haben und es ihnen längst in Fleisch und Blut übergegangen ist, und weil sie auch auf Dinge, die denn doch in jeder Beziehung für sie und andere wertvoll sind, zu verzichten wissen. Und das ohne Märtyrergeste und ohne Geschrei; still, fest, im schlimmsten Falle mit einem leisen, ein wenig bittern Lächeln. Sie wissen eben, daß der einzelne, daß die Person nichts ist, die Sache, das Allgemeine, alles. Und so sind sie gegen jede Anfechtung von dieser Seite gefeit und wenden sich früher oder später von aller, gleichviel in welcher Form und welchem Gewande an sie herantretenden Versuchung ab und dem gemeinsamen, jenseits der Häuslichkeit und Familie liegenden Ziel zu: „Ich dien'."

Das eigene Selbst tritt dabei ebenfalls hinter dem Größern zurück und wird zurückgedrängt, denn man empfindet und begreift nicht mehr als Subjekt, sondern als Objekt, indem man sich als Teil des Ganzen erlebt und seinen Wert in seiner Eigenschaft als Rädchen im Räderwerk erkennt. Und diese Einsicht, diese Erkenntnis drückt nicht nieder, sondern hebt empor und schafft einen eigenen Stolz, eine eigene Würde, die nicht durch vieles Reden und aufdringliches Gebaren in Erscheinung tritt, sondern durch schlichte Sachlichkeit, treue Pflichterfüllung und schweigendes Handeln zum Ausdruck kommt.

Wie weit da hinten, wie weit da unten liegt da alles Parteigezänk, das gewisse Leute noch immer zu einer Wichtigkeit aufbauschen, die hier einfach lächerlich, ja abstoßend wirkt, wenn man ihr überhaupt Aufmerksamkeit schenkt. Was schiert uns der ganze Plunder solcher Streitereien, denen manche Zeitungen Dutzende von Spalten widmen zu sollen glauben; was fragen wir nach diesen Stürmen im Wasserglase, nach den hämorrhoidalen Beschwerden derjenigen, die jetzt ihre Reden nicht mehr so recht los werden können und darunter leiden. Für all diese und ähnliche Jobsiaden im Rahmen des ungeheuren Stückes Weltgeschichte, das es jetzt zu gestalten gilt, und dem wir all unsere Kraft und unser Wollen zuwenden, fehlt uns jedes Verständnis. Denn für uns gibt es nur eins: Die über aller Parteiung stehende gemeinsame Sache fördern unter Preisgabe aller eigenen „Vorteile" und „Anschauungen". Wir sind deutsch und damit basta. Wir sind Soldaten, einer wie der andere und damit fertig. Darum tragen wir unter Umständen auch Unbilliges und fahren nicht schnauzig auf, wenn wir bei irgendeiner Gelegenheit zu kurz kommen, sondern tun stillschweigend gleichmäßig unsere Pflicht, um die Reife des Sieges nicht zu gefährden oder zu verzögern. Und gerade diese Opfer werden ohne Bitterkeit, werden mit gutem Humor gebracht, im festen Vertrauen auf die Redlichkeit aller, im sicheren Gefühl der Gemeinsamkeit, der Brüderlichkeit und eingedenk des einigen Zweckes und Zieles: „Ich dien'!" Es wirkt als Selbsttrost in bedrängter Lage und jeder Anfechtung und hilft als Gelöbnis über alle Hemmnisse hinweg.

Man mag zweifelnd darüber lächeln, aber es gibt ihrer unter uns, die von so scheuer Größe sind, daß sie es bei all ihrer Tapferkeit und bei unvergleichlichem, immer wieder bewiesenem Mute vermeiden, hervorzutreten, um ohne Auszeichnung vor anderen zu bleiben. Sie wollen nichts als ihr Bestes geben und finden in der geglückten Leistung Lohn genug. Sie wollen keine Betonung ihrer Art, denn sie wissen, daß alles, was sie vollbringen, gemeinsames Werk ist; daß ihre leuchtende Tat nichts ist als die Summe von Taten aller Kameraden; daß sie nichts sind und nichts vermögen ohne die anderen.

Andererseits erweckt es kaum je Groll oder Verwunderung, wenn eine Tat ohne ihren verdienten Lohn bleibt. Eben, wie ich diese Zeilen beginne, werden draußen eine Anzahl Kameraden beerdigt, die in den furchtbaren Kämpfen fielen, die an der ganzen Schtschara-front wiederum tagelang in unerhörter Heftigkeit wüteten. Eine dünne Bataillonskapelle geht voran, etwa ein Dutzend wackeliger Bauernwagen folgt, auf deren jedem je zwei Fichtensärge aufeinanderstehen. So geht die letzte Fahrt vonstatten. Dazu dröhnen die Kanonen in der Nähe und Ferne. Gewiß, sie hätten eine feierliche, stattliche Beerdigung verdient, diese Helden, aber keiner von uns murrt oder hadert mit dem Schicksal. Wir werden nach wie vor auf unserem Posten fest bleiben, werden vielleicht auch fallen und ebenso unfeierlich und sachlich der Erde überantwortet werden — was tuts? „Ich dien'." Und klingts wie herber Trotz, so bleibt es doch das Leitmotiv alles Handelns, denn es gilt ja lediglich, der Heimat heilige Scholle zu schützen; ist das getan, so haben wir alles erreicht, was wir gewollt und gesollt.

Es ist eben bewußtes Unterordnen des Ich unter die Sache, das allen Willen lenkt und formt; es ist das bewußte Eingliedern des einzelnen ins Ganze. Wenn ehedem der vielverschriene „Militarismus" wirklich schädlich war, weil er die Unterordnung verlangte, ohne erst den Willen zur Unterordnung durch Entwicklung der Einsicht zu wecken und zu bilden; wenn er ob dieses Versäumnisses scheinbar darauf hinauslief, den Willen zu brechen, wo er ihn über die angeborene Grenze hinaus zur Selbstüberwindung, Selbstbefreiung hätte emporführen sollen; wenn jener „Militarismus" hie und da den Einzelwillen umbog, anstatt schmiedete, so steigert er heute das Ich zum Ueber-Dich durch die enteignende Bereicherung des einzelnen, die unterordnende Ueberhöhung des Individuums, die beschränkende Befreiung aller, indem er jeden lehrt, mit klarer Erkenntnis auf alle Selbstherrlichkeit zu verzichten, sich mit voller Bewußtheit als Teil ins Ganze einzufügen, seinen Wert nicht mehr im Individualismus, sondern im Ueber-Individualismus, d. i. (rechtverstandenen) Sozialismus zu suchen und sein Sein bewußt als Teildasein zu leben, zu gestalten. Damit hat der Willenbildner, der „Gast auf Erden", auch den Weg zum wahren Glück gefunden, das nicht im Genuß, nicht im Besitz, nicht in Behäbigkeit oder Geborgenheit liegt, sondern nichts anderes ist, als seine eigene Tüchtigkeit selbst, d. h. sein Wert, den er für die Gesamtheit darstellt. Nicht mehr das Ziel ist's, welcher Art auch immer dieses Ziel sein mag, sondern der Weg zum Ziel selbst ist's, was sein Leben reich und schön und lebenswert machen kann. So wird uns deutschen Soldatenkameraden denn das Goethe-Faust-Wort zu voll erlebter Wirklichkeit, und das ist der Weisheit letzter Schluß: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."

Dieser neue ins Bewußtsein getretene Wille zum Dienen nun muß auch nach dem Kriege standhalten, denn er ist in gar so schwerer, eiserner Zeit, in Kämpfen von gewaltiger Wucht, unter dem Obwalten ungeheuren Ernstes geboren oder doch entwickelt worden. Er ist's, der Deutschland die Wege zur Zukunft weisen und erschließen, uns ein Vaterland schaffen wird, so schön, so hehr und wunderbar, daß es uns das Glück aller kommenden Geschlechter verbürgt und uns also alle Kampfesnot und Kampfesmühe überreichlich, tausendfältig lohnt.

Zusammenfassende Darstellung

Die Streitkräfte und die Kommandoverteilung

Auf der Ostfront des europäischen Kriegstheaters sind im Verlauf des vierten Kriegshalbjahres, in der Zeit von Februar bis August 1916, zwei großzügige russische Angriffsunternehmungen erfolgt: die eine, die zwischen Düna und Pripjet tobte, dauerte vom 16. bis 30. März 1916, die andere, die Anfang Juni begann und den Frontabschnitt südlich des Pripjet in Bewegung setzte, war Mitte August 1916 noch nicht beendet.

Diesem neuen gewaltigen Kräfteaufwand war eine Reorganisation des russischen Heeres vorangegangen, über die der Petersburger Berichterstatter der „Stampa" (24. IV. 16) folgende Einzelheiten berichtete: „Nach der furchtbaren deutsch—österreichisch-ungarischen Offensive im Sommer 1915 waren einzelne Armeekorps Ende August 1915 von den vorschriftsmäßigen 28000 Bajonetten bis auf 5000 Mann zusammengeschmolzen, von denen nur noch 2 bis 3000 Mann Gewehre hatten. Viele Kompanien zählten nur noch 20 bis 30 Mann. Dabei war die Bewaffnung sehr bunt: moderne russische Gewehre, österreichische, deutsche, japanische, mexikanische und sogenannte Verdanki-Gewehre, alte Waffen, die schon 1877 bei den Russen im Gebrauch waren. Die Ausrüstung mit Maschinengewehren war außerordentlich schwach, jedes Regiment hatte deren nur noch zwei. Es fehlte daneben auch an schwerer Artillerie, während Feldartillerie mehr als genug, jedoch ohne Munition, vorhanden war; es kam vor, daß eine Batterie tagelang nicht mehr als drei bis vier Schuß abgeben konnte. Das alles ist hauptsächlich durch die energischen Bemühungen des Kriegsministers Poliwanow einschneidend geändert worden: Rußland erhielt eine neue, fast stärkere Armee als vor dem Mai 1915. Alle Kompanien wurden auf 300 Mann gebracht, gut gekleidet und bewaffnet; jeder wurde ein neuer fünfter Zug zugeteilt, ohne Gewehre, nur mit Handgranaten und Bajonetten bewaffnet. Die Gewehre waren alle vom neuen russischen Modell, nur die Truppen vom Hilfsdienst hatten noch fremde Gewehre. Die Stückzahl der schweren Artillerie konnte nicht vermehrt werden, dagegen nahm die Zahl der Maschinengewehre weiter zu; jedes Regiment erhielt acht modernste, vom amerikanischen System Kolt. Auch das Problem der Artilleriemunition schien seiner Lösung nahe. Die Depots an der Front waren gefüllt und auf den rückwärtigen Linien wurden Reservedepots angelegt. Der Befehl, Munition zu sparen, wurde aufgehoben, jedes Armeekorps der dritten Armee z. B. hatte 80 Bombenwerfermaschinen und große Lager von Handgranaten.

Ungeachtet der sehr starken Menschenverluste waren neue Armeekorps aufgestellt worden. Anstatt der 35 Armeekorps bei Kriegsbeginn waren es nunmehr 60, davon 45 reguläre, 2 turkestanische, 5 kaukasische, 4 sibirische, 1 Grenadierkorps, 2 Gardekorps und einige gemischte und Reiterkorps. Die Truppenzahl war fast verdoppelt worden, die Infanteriedivisionen waren von 52 auf 127 gestiegen. Alle Schützenregimenter wurden um ein drittes Bataillon verstärkt, und die 12 sibirischen Infanteriedivisionen um drei neue vermehrt. Jeder Infanteriedivision war überdies eine Artilleriebrigade zugeteilt worden, bestehend aus sechs Batterien 75-Millimeter-Feldgeschützen. Außerdem erhielt jedes Armeekorps drei Batterien zu je sechs Geschützen schwere Artillerie.

Neu war auch die Ausrüstung mit Panzerautomobilen, die von belgischen Offizieren und Soldaten geführt, im Herbst 1915 zu Schiff über Archangelsk eingetroffen waren (vgl. X, S. 258). Es bestanden im April 1915 bereits vierzig Gruppen von Panzerautomobilen mit je drei Maschinengewehren oder mit zwei Maschinengewehren und einer Kanone bewehrt. Wichtige Reformen sind außerdem auf dem Gebiet der Verschiebung der Reservetruppen hinter der Front und der Verbindung der Kommandos der Heeresabteilungen untereinander durchgeführt worden."

In dem weiten Raume, der sich zwischen der Düna und den Pripjet- oder Rokitnosümpfen mit einer Frontentwicklung von rund 600 Kilometern ausbreitet, war die Lage, wie der militärische Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ (16. VII. 16) in einem längeren Artikel ausführte, seit Ende September 1915 so ziemlich stabil geblieben. „Nicht etwa, daß die Gefechtstätigkeit hier vollständig geruht hätte, aber der Verlauf der gegenseitigen Stellungen behielt im allgemeinen die gleiche Gestalt bei, die er beim Einstellen der großen deutsch-österreichischen Offensivbewegung angenommen hatte. Was aber verschiedentlichen Veränderungen unterworfen war, das waren auf beiden Seiten Truppenverteilung und Kommandoverhältnisse.

Auf der deutschen Seite war zwar die Kräftegruppierung in zwei Heeresgruppen, von denen die eine unter dem Kommando Hindenburgs, zwischen Düna und Njemen, mit dem Hauptquartier in Kowno, die andere unter dem Befehl des Prinzen Leopold von Bayern zwischen Njemen und Pripjet, mit dem Hauptquartier in Kobryn, stand, schon seit geraumer Zeit in Kraft und hatte sich aus der großen Offensivbewegung des Jahres 1915 heraus entwickelt. Nach der Kräftebelegung, die für den Anfang Mai 1916 von russischer Seite konstruiert worden ist, sollte die Heeresgruppe Hindenburg aus drei Armeen und einem Armeedetachement, die Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern aus einer Armee und einem Armeedetachement bestehen.“ Und zwar bildete den linken Flügel der Heeresgruppe Hindenburg zwischen dem Meere und Friedrichstadt das stark aus Landsturmformationen zusammengesetzte Armeedetachement Mitau. Dann folgten zwischen Friedrichstadt und Dünaburg einschließlich die VIII. Armee von Scholtz, rechts von ihr bis zur Wilia die X. Armee von Eichhorn und zwischen der Wilia und dem Njemen die XII. Armee von Fabeck, die an die Stelle der nach dem Balkan entsandten Armee Gallwitz getreten war. Hier schloß die Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern an und zwar mit der IX. Armee von Woyrsch im Raume zwischen Njemen und Schtschara und auf dem rechten Flügel zwischen dieser und bis an und über den Pripjet mit dem Armeedetachement.

„Auch auf der russischen Seite hat die allgemeine Gruppierung der Streitkräfte die Gestaltung beibehalten, die ihr schon seit langer Zeit eigen war. Es bestanden wie auf der deutschen Seite zwei Heeresgruppen, nur scheint hier die Wilia den Befehlsrayon abgegrenzt zu haben. Nördlich dieser kommandiert der aus dem russisch-türkischen Kriege als Generalstabschef Skobelews und aus dem Kriege mit Japan als Oberbefehlshaber bekannte General Kuropatkin, der Ende Februar 1916 an die Stelle des erkrankten Generals Rußki getreten war. Die Heeresgruppe zwischen Wilia und Pripjet befehligte General Evert, der sich ebenfalls im russisch-japanischen, besonders aber im gegenwärtigen Kriege durch seine lange Deckung von Wilna einen Namen gemacht hat. Ueber die weitere Gliederung der russischen Streitkräfte innerhalb der beiden Heeresgruppen ist man wenig unterrichtet. Sicher ist nur, daß jedenfalls zu verschiedenen Malen starke Kräftenachschübe aus dem Reichsinnern stattgefunden haben. Nach deutscher Behauptung sollen die beiden russischen Heeresgruppen zusammen 1 825 000 Mann gezählt und aus 80 bis 90 Infanteriedivisionen zu 20 000 und etwa 20 Kavalleriedivisionen zu 4500 Mann bestanden haben. Hält man dem die Bestände gegenüber, die, allerdings auch von gegnerischer Seite, seinerzeit für die beiden deutschen Heeresgruppen berechnet und mit 1 200 000 Mann in 40 Infanterie- und zehn Kavalleriedivisionen angegeben worden sind, so ergibt sich eine beträchtliche Verschiebung der Zahl zu russischen Gunsten.“

Noch unbestimmter waren Truppenverteilung und Kommandoverhältnisse in dem südlich an den Düna—Pripjetabschnitt angrenzenden Operationsraum zwischen den Pripjetsümpfen und dem Pruth. „Von der großen deutsch-österreichisch-ungarischen Offensive her weiß man,“ führte der militärische Sachverständige der „Neuen Zürcher Zeitung“

(12. V. 16) aus, „daß damals auf der deutsch—österreichisch-ungarischen Front die Armeegruppierung vom linken zum rechten Flügel war: Linsingen, Puhallo, Böhm-Ermolli, Graf Bothmer und Pflanzer-Baltin. Dabei bildeten die beiden linken Flügelarmeen zusammen mit der auf der nördlichen Pripjetseite operierenden Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand die Heeresgruppe Mackensen. Als Mackensen ausschied, weil er die Leitung der Operationen gegen Serbien zu übernehmen hatte, erhielt General von Linsingen die Führung seiner Heeresgruppe, so daß die deutsch—österreichisch-ungarischen Streitkräfte zwischen Pripjet und Pruth im Frühjahr 1916 folgendermaßen verteilt gewesen sein dürften: Auf dem linken Flügel zwischen dem Pripjet und dem Styr die Gruppe Linsingen, hierauf südlich anschließend zum Teil im Wolhynischen Festungsdreieck die Armee Puhallo, dann zwischen Strypa und Sereth und nördlich des Dnjestr die Armee des Grafen Bothmer, und am rechten Flügel vom Dnjestr bis zum Pruth die VII. Armee Pflanzer-Baltin...."

Ueber die Gliederung und die Stärkeverhältnisse der in diesem Operationsraum engagierten russischen Streitkräfte, bei denen zweifellos ebenfalls starke, durch den Nachschub von Kräften und Verstärkungen hervorgerufene Verschiebungen und Aenderungen in der Gruppierung stattgefunden haben, ist nur folgendes bekannt geworden: An Stelle des Generals Iwanow, der noch die russische Weihnachts- und Neujahrsoffensive 1915/16 geleitet hatte, ist Anfang April 1916 der Kommandant der VIII. Armee General Brussilow zum Oberkommandierenden der Südwestfront ernannt worden. Brussilow schlug sein Hauptquartier in Kamieniec Podolski nördlich Chotin auf; ihm unterstanden drei Armeen, die wahrscheinlich folgendermaßen gruppiert waren: auf dem rechten Flügel am Styr und im wolhynischen Festungsdreieck die Armee Scherbatjew, im Zentrum nördlich des Dnjestr die Armee Sacharow und auf dem linken Flügel zwischen Pruth und Dnjestr und an diesem die Armee Leschitzki.

Die Frühjahrskämpfe und die russische März-Offensive 1916

Ursprünglich hatte man in Rußland und wohl auch im Kriegsrat der Entente die Absicht gehabt, den großen Vorstoß gegen die deutsche Ostfront, bei dem sich die neu aufgestellte russische Wehrkraft zum erstenmal betätigen sollte, auf den Sommer 1916 zu verschieben. „Bis dahin sollten", wie Oberst Immanuel in einer zusammenfassenden Darstellung der Märzkämpfe 1916 am Naroczsee in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (2. IV. 17) schrieb, „neue Millionen aus dem russischen Riesenreiche aufgeboten sein. Bis dahin hoffte man, aus Amerika und Japan sowie durch Herstellung im Lande selbst, auch die nötigen Munitionsmassen bereitgelegt zu haben, deren Mangel nach Auffassung der Entente den Zusammenbruch Rußlands im Herbst 1915 verschuldet haben sollte. Allein die Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz, der unerwartete deutsche Vorstoß auf Verdun, gebot es, früher als man gedacht hatte, einen großen Vorstoß von russischer Seite aus zu wagen. Zwar warnte man in Rußland selbst vor dieser Vorzeitigkeit, denn die Witterungsverhältnisse schienen ungünstig zu sein und die Vorbereitung der Unterführer und Truppen war noch nicht abgeschlossen. Indessen verlangte Frankreich, das Ströme von Blut opferte, nach schneller Hilfe und schleuniger Entlastung. England war noch nicht zur Hilfe bereit, so blieb den Russen keine andere Wahl, als einen großen Entlastungsstoß auf der Ostfront vorzunehmen. Um diesen schweren Schritt dem eigenen Lande und Heere verständlich zu machen, sollte das Unternehmen in die Gestalt einer entscheidenden Tat gekleidet werden. Ein Erlaß des Zaren forderte den Uebergang aus der Verteidigung zum Angriff und setzte die Vertreibung des Feindes aus den Grenzen des Reiches als Ziel. Der Vorstoß gründete sich auf den Gedanken, daß die Deutschen vor Verdun ihre Hauptmacht eingesetzt hätten und daher nicht in der Lage seien, einem gewaltigen Druck im Osten genügenden Widerstand zu leisten."

Der russische Angriff wurde auf einer Front von 300 Kilometern an zwei Stellen angesetzt. Im Norden sollte an der Dünafront bei Jakobstadt und Friedrichstadt der Durchbruch in dem Raum zwischen Riga und Dünaburg vorgenommen werden. Vier Armeekorps waren gegen den Flügel der Armee Below etwa nördlich des Bahnhofs Selburg angesetzt, um mit dem Gewinn der Bahnstrecke Jakobstadt—Mitau die deutsche Düna-Stellung aufzurollen. Maßgebend für den russischen Angriff war, daß das Gelände durch den Besitz des Brückenkopfes bei Jakobstadt und die nordwestlich daran anschließenden Höhen große Vorteile gegen die deutsche Stellung bot, die, beiderseitig von Sümpfen umschlossen, an einer Schlucht hinlief. Der Offensivstoß, der am 21. März einsetzte, brach unter schweren Verlusten zusammen. Zugleich hatten die Russen südlich Kekkau und südlich des Babitsees zu beiden Seiten der Aa nach zweitägiger Artillerievorbereitung von mittlerer Heftigkeit Demonstrationsangriffe gemacht, die gleichfalls restlos abgewiesen wurden. „Diese Bewegungen waren indessen," fährt Oberst Immanuel in seinem Bericht fort, „nur als Entlastung und Verschleierung des Hauptangriffs gedacht. Die entscheidende Rolle fiel der russischen Mittelgruppe zu, wo General Evert den Befehl führte. Unter Beschäftigung der deutschen Linien zwischen Düna und Disna im Norden, sowie zwischen Wilia und der Poljesje im Süden durch Nachbartruppen, wurde die Masse der Heeresfront Evert in Stärke von 30 Divisionen gegen den Raum zwischen Disna und Wilia angesetzt. Die Front bezeichnete sich etwa durch die Ortschaften Widsy, Postawy, Smorgon. Das allgemeine Ziel war Wilna, verbunden mit dem Gedanken, die vor Dünaburg stehenden deutschen Truppen im Süden zu umklammern.

Auf deutscher Seite war Hindenburg auf der Wacht. Die russischen Vorbereitungen konnten nicht verborgen bleiben. Die deutschen Befestigungslinien waren auf das allergründlichste ausgebaut und wurden von kampferprobten, durch Siegeswillen gehobenen Truppen gehalten. Auch standen genügende Verfügungskräfte zur Hand, um sie unverweilt dorthin zu werfen, wo es notwendig war, wenn auch die zahlenmäßige Ueberlegenheit der Russen nicht ausgeglichen werden konnte. Dafür kam den Deutschen die Gunst des Geländes zu Hilfe. Sie stützten sich mit ihren Befestigungen auf sumpfige Abschnitte südlich der Disna in der Gegend westlich Postawy. Der Weg auf Wilna wurde den Russen mit Hilfe der Engpässe verlegt, die durch die Seen Miadziol, Narocz, Wiszniew gebildet werden. Ueberdies war Mitte März 1916 Tauwetter eingetreten. Das Wasser lief in das russische Angriffsgelände und zwang den Feind, sich mühsam durch Wald und Sumpf an die deutschen Schützengräben heranzuarbeiten, die sich auf vorzügliche Geländehindernisse stützten, und geeignete Artilleriestellungen unter schwierigen Verhältnissen zu suchen.

Beginnen wir von Norden her, so versuchten die Russen am 23. und 24. März 1916 südwestlich Dünaburg beiderseits des Dryswjatysees durchzudringen, ohne daß sie irgend welche Erfolge erreichen konnten. Auf dem Hauptkampfgebiet um Postawy stürmte Division auf Division nach Trommelfeuer gleichzeitig gegen die deutsche Stellung an, deren Stützpunkte vornehmlich die Höhen von Tweretsch—Welikoje-Selo sowie weiter südlich die Gegend von Wileity und Mosheiki bildeten. Das Saarbrücker Korps, daneben brandenburgische, hannoversche, Hallenser Truppen wiesen alle Angriffe unter den schwersten Opfern für die Russen zurück.

Gleichzeitig war der schmale Raum zwischen Narocz- und Wisznewsee der Hauptanziehungspunkt für den russischen Angriff. Es gelang dem Feind, einzelne vorgeschobene Punkte bei Blizniki und Mokrzyce zu nehmen, doch wurden ihm diese bescheidenen Vorteile nach wenigen Tagen, am 26. März 1916, durch den Gegenangriff westpreußischer Regimenter wieder entrissen. Er hatte nicht weniger wie drei Armeekorps auf diesem engen Raume eingesetzt.

Tagelang dauerten die verzweifelten Anstrengungen der Russen fort, um sich den Durchbruch zu erzwingen. Am 28. März erlahmten die Angriffe, am 30. trat Ruhe ein. Die Russen hatten mindestens 140 000 Mann verloren, ein Riesenopfer, wenn man die verhältnismäßig geringe Einbuße auf deutscher Seite in Erwägung zieht. Die Ursachen des schweren russischen Mißerfolges erklären sich durchaus nicht allein aus den Ueberschwemmungen und der Ungangbarkeit des Bodens, wie es die russischen Meldungen darstellten. Vielmehr erwies es sich für die Russen als ganz unmöglich, selbst mit gewaltigem Munitionseinsatz die deutschen Stellungen zu erschüttern oder zu durchbrechen." Selbst der geringe örtliche Erfolg der russischen Märzoffensive, die mit so blutigen Opfern erkaufte Hügelwelle von Blizniki—Mokrzyce, ist den Russen am 28. April 1916 wieder entrissen worden, indem deutsche Truppen zur Verbesserung der am 26. März bereits wiedergewonnenen Beobachtungsstellen, über die vor dem 20. März von ihnen gehaltenen Gräben hinaus, die russischen Stellungen zwischen Zanarocze und dem Gute Stachowze unter großen blutigen und Gefangenen-Verlusten der Russen erstürmten.

Aber auch ein indirekter Erfolg war ausgeblieben. Kein Mann und kein Geschütz mußte zur Verstärkung der Front Hindenburgs verwendet werden. Die deutschen Angriffe vor Verdun sind durch die russischen Anstrengungen nicht abgeschwächt worden; „Hindenburg hatte seine russische Front derart eingerichtet, daß die deutsche Oberste Heeresleitung in souveräner Weise den Ansturm der russischen Horden so gut wie ignorieren konnte", schrieb Major F. C. Endres in der „Frankfurter Zeitung" (2. IV. 16).

Ablenkend und verdeckend hatten gleichzeitig Teilangriffe südlich der Rokitnosümpfe bis zur Strypa stattgefunden; aber auch hier ist zwar die deutsch-österreichisch-ungarische Front im Osten gefesselt, die Verteidigung aber gleichwohl nirgendwo zur Heranführung von Reserven gezwungen worden.

Auch alle russischen Angriffe gegen die Strypa- und die Dnjestrlinie sowie gegen den Raum zwischen diesem Fluß und dem Pruth blieben ohne operative, die Lage verändernde oder dauernd beherrschende Folgen, trotzdem man auf russischer Seite mit dem Einsatz von Streitmitteln nicht gekargt hatte. Am Dnjestr waren die Brückenköpfe von Uscieczko und Zaleszczyki die Brennpunkte der russischen Angriffe, zwischen Dnjestr und Pruth Bojan und Toporoutz, östlich von Czernowitz. Am 19. März 1916 mußte schließlich die Brückenschanze von Uscieczko, die als schmaler, aufs linke Ufer des Dnjestr vorgeschobener Keil in die russische Linie hineinragte, geräumt werden. Der kleinen Besatzung, die gänzlich abgeschnitten von achtfacher Uebermacht bedrängt wurde, gelang unter der Führung ihres Obersten Planckh trotzdem der Durchbruch am nördlichen Dnjestrufer südöstlich gegen die Brückenschanze von Zaleszczyki. Zwischen der Strypa und dem Sereth kam es namentlich in der Gegend von Buczacz und westlich von Tarnopol zu heftigen und sich häufig wiederholenden Kämpfen, am Styr in der Poljesje um Czartorysk. Auch hier ging es wie an der Front zwischen Düna und Pripjet. Weder der Wechsel im Oberkommando, noch der Verstärkungsnachschub, noch die verschiedenen Offensiven haben es zu mehr gebracht als zu einigen unwesentlichen Besitzesverschiebungen.

Die russische Sommeroffensive 1916

Erster Teil von Anfang Juni bis Ende Juli

Die große russische Offensive war nicht überraschend gekommen. „Die verschärfte Grenzsperre gegenüber den neutralen Staaten, die Einstellung des Personen- und Güterverkehrs auf den Eisenbahnen im Südwesten Rußlands, die starken Bewegungen hinter der Front, die großen Truppenverschiebungen waren," wie „Streffleurs Militärwochenblatt" (10. VI. 16.) schrieb, „Vorboten kommender Ereignisse. Ueberdies hatte auch die Petersburger Presse angekündigt, daß bedeutsame Geschehnisse auf dem russischen Kriegsschau-

platze zu erwarten seien; die materiellen Voraussetzungen für solche seien gegeben, da bedeutende Mengen amerikanischer und japanischer Munition aufgehäuft wären und Frankreich zur Hebung der russischen Kriegsmaterialindustrie schon vor Monaten zahlreiche Ingenieure, Techniker und ausgebildete Metallarbeiter zur Verfügung gestellt habe, die in der Leitung und im Betriebe der Fabriken Verwendung fänden. . . . Auch die Lage im Innern des Reiches gestaltete sich immer schwieriger und endlich hatten auch die Nachrichten über das siegreiche Vordringen der österreichisch-ungarischen Truppen gegen Italien die allgemeine Stimmung weiter verschärft und Anlaß zu heftigen Ausfällen gegen Regierung und Heeresleitung gegeben, denen man Untätigkeit vorwarf. Die Hilferufe, die Italien, einem an die Wand gedrückten Fechter vergleichbar, ausstieß, fanden daher williges Ohr. „Man treffe, zum Angriff übergehend, zwei Fliegen auf einen Schlag." Die Gelegenheit, den Gedanken der einheitlichen Front, die Idee des einträchtigen militärischen Zusammenwirkens aller Teile des Vierverbandes neuerlich zu verwirklichen, schien auch aus anderen Gründen willkommen gewesen zu sein, wir wissen, daß auch die finanziellen Wünsche Rußlands eine Rolle spielten."

Anfang Mai 1916 weilten nach Nachrichten des Berner „Bund" die Generale Iwanow, Kuropatkin, Generaladjutant Rußki und der Kavalleriegeneral Wladimir Michailowitsch Besobrasow in Zarskoje Sselo, wo wahrscheinlich über die Offensive des Generals Brussilow die letzten Entscheidungen getroffen wurden. Iwanow und der französische General Pau begaben sich in Brussilows Hauptquartier als seine nächsten Ratgeber; auch Kitchener (vgl. XV, S. 301 f.) hätte dabei sein sollen.

In einer Reihe von Artikeln beziffert Oberst Repington in der „Times" zweifellos auf Grund russischer Mitteilungen die Stärke der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, die anfangs Juni 1916 zwischen Pripjet und Pruth dem Beginn der russischen Massenoffensive standzuhalten hatten, auf 39 Infanteriedivisionen mit 900 000 Mann oder 550 000 Bajonetten. Dazu schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (20. VIII. 16): „Selbst wenn die Zahl der deutschen und österreichisch-ungarischen Divisionen nicht zu hoch gegriffen wäre, so ist die Angabe der Gefechtsstärke dieser Divisionen offenkundig so sehr übertrieben, damit der Erfolg, den die Russen anfangs zu erringen verstanden, nicht den angehäuften Unmengen von Geschützen und Geschossen, den rücksichtslosen Blutopfern von Hunderttausenden russischer Soldaten, sondern allein der Geschicklichkeit der russischen Heerführer zugeschrieben werde. Inzwischen sind nach verläßlichen Feststellungen in den fünf Armeen Brussilows 85 reguläre Divisionen und etwa 40 Kosakenregimenter, insgesamt fast zwei Millionen Mann, davon mindestens 1 400 000 in der Feuerlinie in den ersten zehn Wochen der Offensive voll eingesetzt worden, und dies nur südlich des Pripjet. Zu Beginn unterstanden Brussilow die 8. Armee Kaledin, die 7. Armee Scherbatjew, die 11. Sacharow, die 9. Armee Leschitzki und als Reserve am linken südlichen Flügel die Kavalleriemassen der Korps des Grafen Keller. Als die Verstärkungen der Verbündeten die russischen Angreifer westlich und südwestlich von Luck zu bedrängen begannen, mußte Evert Anfang Juli die 3. Armee des Generals Lesch an Brussilow abtreten, und als auch südlich des Dnjestr der Gegendruck der Verbündeten bei Tlumacz und an der ungarischen Grenze in fühlbare Erscheinung trat, erzwang Brussilow die Zuweisung von etwa 20 Regimentern der Reserve vom Oberkommando der russischen Nordostfront, wodurch Kuropatkin jeder Möglichkeit, die Offensive zu ergreifen, beraubt wurde."

Die russische Kräftegruppierung teilte den 400 Kilometer messenden Operationsraum südlich der Pripjetsümpfe demnach zunächst in drei Armeeabschnitte, in eine rechte Flügelarmee (Scherbatjew) für Wolhynien gegen die am Styr und an der Ikwa vor allem im wolhynischen Festungsdreieck stehenden österreichisch-ungarischen Streitkräfte, in eine Zentrumsarmee (Sacharow) für Galizien gegen die von den deutschen und österreichisch-ungarischen

Streitkräften der Heeresgruppe Bothmer besetzte Strypa-Stellung und in eine linke Flügelarmee (Leschitzki) gegen die von der k. u. k. Armee Pflanzer gehaltenen Stellungen zwischen Dnjestr und Pruth, die den Zugang in die Bukowina und nach den Karpathenpässen sperrten.

„Schon am 28. Mai 1916 war, ganz im Gegensatz zu der seit Mitte Januar herrschenden relativen Ruhe, an der österreichisch-ungarischen Nordostfront gesteigerte Tätigkeit der Russen zu bemerken," heißt es in dem bereits erwähnten Berichte in „Streffleurs Militärwochenblatt" (10. VI. 16) weiter. „Im Abschnitte an der bessarabischen Grenze versuchte der Feind sich durch Laufgräben und Sappen näher an unsere vordersten Gräben heranzuarbeiten; das ursprünglich mäßige Artilleriefeuer wurde verstärkt, auch kam es bereits an mehreren Stellen zu Vorfeldkämpfen. Am 2 Juni steigerten die Russen ihre artilleristische Tätigkeit besonders an der bessarabischen und wolhynischen Front und stießen bereits mehrfach mit Infanterie vor. Der 3. Juni, der Jahrestag des Entsatzes von Przemysl, galt der eigentlichen artilleristischen Vorbereitung des für den nächsten Tag in Aussicht genommenen Angriffes. In der Hauptstoßrichtung beiderseits der vom Brennpunkte Rowno nach Luck führenden Straße standen die Stellungen der Armee des Generalobersten Erzherzog Josef Ferdinand in 25 Kilometer Breite unter Trommelfeuer. Einer Beschießung fast gleicher Intensität aus schweren Geschützen, zum Teil japanischer Herkunft, waren auch die österreichisch-ungarischen Gräben bei Okna, Jazlowiec, Kozlow, Nowo-Aleksiniec, Sapanow und Mlynow ausgesetzt."

Am folgenden Tag, am 4. Juni, war die Angriffsschlacht mit gleichzeitigen Angriffen an mehreren Stellen der 350 Kilometer langen Front im vollen Gange. Wie H. Stegemann im Berner „Bund" (18. VI. 16) ausführte, hatte Brussilow die Hauptdruckpunkte seiner Offensive mit großem Geschick auf die Flügel, aber nicht gegen die gesicherten Endpositionen, sondern in die Intervalle zwischen diese und das Zentrum verlegt. „Auf dem rechten Flügel brach er zwischen Kolki und Dubno, auf dem linken Flügel zwischen Zaleszczyki und Budzanow ein und zunächst auch durch; zugleich ging ein Stoß von großer Gewalt aus dem Raume Okna zwischen Zaleszczyki und Czernowitz, der sich mit dem zwischen Zaleszczyli und Budzanow angesetzten staffelförmig verkettete und, exzentrisch wirkend, Czernowitz zu isolieren drohte. Es gelang, die Verteidigungslinien einzuebnen und unter blutigsten Verlusten zu nehmen. Die Oesterreicher wichen auf ihrem linken Flügel vom Styr und Ikwa, auf ihrem rechten Flügel nördlich des Dnjestr über die Strypa und südlich des Dnjestr im Raume Okna auf die Swica. Der völlige Zusammenbruch schien nahegerückt. Aber nun zeigte sich, daß das Zentrum zwischen Dubno und Budzanow im weitgespannten Raume Tarnopol den Stoß ausgehalten hatte und sich nicht bewogen fühlte, die Verbindung mit den zurückweichenden Flügeln durch schleuniges Abbauen aufrecht zu erhalten, sondern exzentrisch ausstrahlend nach vorn und seitlich durch starke Gegenstöße zu wirken suchte. Die Russen sahen sich bei der Verfolgung der hinter Styr, Ikwa und Strypa weichenden, immer wieder Front machenden und ihre Nachhuten heroisch opfernden Oesterreicher und Ungarn auf den inneren Flanken bedroht und wurden besonders von der nach rechts ausfallenden Gruppe der Zentrumsarmee Bothmer an der Linie Budzanow—Buczacz hart angefallen. Auch nördlich Tarnopol, im Raume Krzemieniec standen die Oesterreicher felsenfest. Zugleich versteifte sich der Widerstand an den Eckpositionen Czernowitz und Kolki, die, nach innen wirkend, den Durchbruch von außen her zu unterbinden hatten. . . ." Dabei blieb natürlich Czernowitz als äußerste Flankenanlehnung bedroht und mußte, durch einen Nordsüdstoß von der Hauptfront abgetrennt, am 18. Juni geräumt werden. . . . „Anders lag die Sache bei Kolki; hier handelte es sich um eine Zurücknahme der Front auf Czartorysk — Kowel, die dem Angreifer keine Isolierung erlaubte, da die Verbindung mit der Pinsker Kampfgruppe aufrecht erhalten werden konnte."

Unterdessen hatte sich, nach einer Darstellung des General v. Blume in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (17. VIII. 16), eine Gegenoffensive Linsingens mit seinen im Styrbogen verwickelten deutschen Kräften, die bedeutend verstärkt und vor allem stark mit schwerer Artillerie versehen worden waren, in so eigenartiger Weise entwickelt, daß dadurch der Gesamtplan Brussilows geradezu paralysiert wurde. Der westlich des wolhynischen Festungsdreiecks vorgebogene russische Flügel, der einerseits auf den Bahnknotenpunkt Kowel zielte, andererseits Lemberg von Norden im Zusammenwirken mit der Zentrumsarmee Sacharow bedrohen sollte und so den Zusammenhang des polnischen und galizischen Verteidigungsraumes der Verbündeten gefährdete, war selbst in Bedrängnis gekommen. Die Offensive Linsingens, die seit dem 16. Juni zwischen Stochod und Styr zusehends Boden gewann, drückte auf beide Schenkel der dreieckartigen, vorgeschobenen Front und hinderte die Russen durch Uebergang über den Styr unterhalb Luck am Vorwärtskommen in westlicher Richtung. Die diesem Zweck dienenden Unternehmungen der Russen waren bald nach Mitte Juni begonnen worden. Nacheinander wurden Uebergangsversuche mit Kräften von zunehmender Stärke an verschiedenen Stellen des Styr, namentlich bei Sokul, Kolki, Czartorysk und selbst noch weiter unterhalb gemacht. Bei Sokul gelang den Russen anfänglich der Uebergang, doch wurden sie dort alsbald wieder über den Fluß zurückgeworfen. An allen anderen Stellen scheiterten ihre Versuche und auch die Versuche Brussilows, durch Verlängerung der Angriffsfront nach Norden über Kolki und durch umfassenden Angriff von Czartorysk her zu wirken, um sich so vom Drucke Linsingens zu befreien, blieben zunächst ohne Erfolg. Am 6. Juli jedoch haben sich die Verteidiger infolge der Nachricht, daß starke, weit unterhalb über den Styr übergegangene feindliche Kräfte sie in der Flanke bedrohten, zum Rückzug hinter den von Natur starken Stochodabschnitt veranlaßt gesehen. Die Russen folgten langsam. Von Mitte Juli ab aber bemühten sie sich vergeblich, die Verteidigung des letztgenannten Abschnitts zu brechen. Da die Zurücknahme der deutschen Truppen hinter den Stochod rechtzeitig erfolgt war, traf die Armee Lesch, die Brussilow von der Pinsker Armeegruppe zur Verfügung gestellt worden war und aus dem Raume Sluzk gegen den unteren Styr über Nobel vorstieß, stets wieder auf neue Fronten, so daß es Brussilow nicht gelang, der Armee Linsingen die linke Flanke abzugewinnen.

In dem Gebiete zwischen dem Pruth und dem Dnjestr sowie auch südlich des Pruth über Kuty vordringend, hatte inzwischen die Hauptmacht der in die Bukowina eingefallenen Russen Ende Juni die Gegend von Kolomea erreicht. Dort kam es in den ersten Tagen des Juli zu heißer Schlacht, da Brussilow nun die aus der allgemeinen Angriffsbewegung erwachsende Doppeloffensive im Styrbogen und zwischen Dnjestr und Pruth umwandelte, indem er, den entstandenen Verhältnissen entsprechend, größeren Nachdruck auf den Erfolg seines linken Flügels legte, wo er Verstärkungen häufte, um über Kolomea ins Gefüge der zurückgebogenen österreichischen Front einzudringen und dadurch das unerschütterliche Zentrum aus dem Raume Tarnopol—Buczacz herauszudrängen. Zugleich beabsichtigte er, den Jablonicapaß zu gefährden durch eine Umfassung über Zabie, während zugleich frontal gegen den Worona-Abschnitt und den Talzug der Strypa vorgegangen wurde, um die Linie Delatyn—Nadworna—Stanislau zu erreichen. Das Ergebnis der erbitterten Kämpfe war, daß die österreichisch-ungarischen Truppen zwar die Stadt Kolomea den Russen überließen, aber nahe hinter ihr Stellungen bezogen, die die letzteren zunächst nicht anzugreifen wagten. Infolgedessen trat hier ein bis zum 28. Juli 1916 reichender Stillstand der Operationen ein.

„Die Mitte der deutsch-österreichisch-ungarischen Ostfront südlich des Pripjet bildeten die Armeen Graf Bothmer und Böhm-Ermolli. Erstere befand sich bei Beginn der russischen Offensive in starker Stellung auf dem linken Strypa-Ufer, vom Dnjestr bis

nordwestlich Tarnopol reichend, Abteilungen ihres rechten Flügels waren zur Verbindung mit den die Bukowina deckenden Truppen über den Dnjestr vorgeschoben. Die Armee Böhm-Ermolli schloß sich an den linken Flügel jener an, nordwärts sich bis in die Gegend von Dubno erstreckend, wo sie mit der Armee Puhallo zusammenstieß. Der erste Anprall der russischen Offensive traf auch die Armee Böhm-Ermolli. Er wurde dort unter lebhaften Kämpfen in den Tagen vom 4. bis 9. Juni abgewiesen, doch mußte die letztgenannte Armee behufs Aufrechterhaltung der Verbindung mit der zurückweichenden Nachbararmee Puhallo ihren linken Flügel zurückbiegen. Mehrere weitere Angriffe, die die Russen in der Zeit bis zum 15. Juli gegen die Armee Böhm-Ermolli richteten, prallten an ihr ab." Doch machten sich die Folgen der Zurücknahme des linken Flügels Linsingens vom Styr auf den Stochod insofern geltend, als die österreichisch-ungarische Front am oberen Styr nach schweren Kämpfen gegen eine Uebermacht hinter die Lipa zurückgenommen werden mußte, dabei geschützt durch einen Vorstoß des rechten Flügels Linsingens. Dabei glückte den Russen „ein Nachhieb, ehe die österreichisch-ungarischen Truppen die Winkelstellung zwischen Lipa und Styr in der Gegend von Werben räumen konnten, wo sie sich behauptet hatten, um die Zurücknahme der Front auf die Höhen von Beresteczko zu sichern. Konzentrischem Angriff erliegend, mußten sie am 22. Juli die Uebergänge über die Lipa preisgeben und hinter Beresteczko zurückgehen" („Bund" 26. VII. 16).

„Auch gegen die Armee Graf Bothmer," fährt General v. Blume fort, „gingen die Russen gleich im Beginn ihrer Offensive mit schwerem Angriff vor. Am 6. Juni an der untern Strypa, wo nach viertägigem Kampf Graf Bothmer sich veranlaßt sah, seine Verteidigungslinie vom östlichen auf das westliche Ufer zu verlegen. Wenig später auch gegen den linken Flügel im Raume westlich Tarnopol, wo die Angriffe abgewiesen wurden. In der wenig veränderten Gestalt, die die Front hiernach genommen hatte, hat sich die Armee von nun an gegen zahlreiche, oft mit großer Macht geführte Angriffe siegreich behauptet und nur später ihren äußersten rechten Flügel infolge der auf dem südlichen Dnjestrufer eingetretenen ungünstigen Wendung bis zur Mündung der Zlota Lipa zurückbiegen müssen."

Am Nordteil der Ostfront hatte die deutsche Heeresleitung große Artilleriekämpfe entfesselt, um den Gegner festzuhalten, der im Mittelraum, wo General Evert gegen den Prinzen Leopold von Bayern stand, nördlich Baranowitschi nach stärkster Artillerievorbereitung mit Infanterie vorging, aber überall abgewiesen wurde. Anfang Juli gediehen auch die Kämpfe nördlich des Pripjet aufs neue zu größeren Aktionen, die sich besonders im Raume Smorgon gegen Hindenburgs rechte Flügelgruppe und abermals gegen Prinz Leopold im Raume Baranowitschi richteten, aber doch nur vorübergehende örtliche Erfolge erzielten. Auch die Angriffe der rechten Flügelgruppe Kuropatkins, nach H. Stegemann im „Bund" (19. VII. 16) wohl einiger Divisionen Gorbatkowskis, südlich Riga, und zwar am 5. Juli im Raume Katharinenhof, in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli beidseitig der Straße Kekkau—Ekau und am 21. Juli vor Riga, hatten zu keinem Ergebnis und zu keiner Entlastung geführt. Die Front Hindenburgs blieb unerschüttert, die des Prinzen Leopold wurde wieder eingerenkt. Der Nachdruck blieb auf Brussilows breit angelegter Offensive, die zur Erreichung der gesteckten Ziele im Beginn des kommenden fünften Kriegshalbjahres zu neuen Operationsmöglichkeiten ausgebaut worden ist.

Der großartige strategische Plan Brussilows war schon gleich in seinem Beginn gescheitert und konnte trotz aller Energie und Opfer auch später nicht mehr zu wirklicher Auswirkung gebracht werden. Das Zentrum unter General Sacharow und der Nordflügel unter General Scherbatjew stauten sich an dem Damm der Armee Bothmer und der Heeresgruppe Linsingen, nur südlich von Czernowitz über den Sereth hinaus konnte die Armee des Generals Leschitzki nach Süden vordringen. Aber auch hier gelang die Loslösung der Oesterreicher mit für derartige Operationen verschwindend geringen Ver-



Phot. A. Holznagel, Berlin

Verhör aus der Kriegsgefangenschaft entwichener Russen hinter der österreichisch-ungarischen Ostfront



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Gefangener Russe mit Signalflagge, erbeuteten Russengewehren, Spaten und Schutzschilden



Phot. Vereenigde Fotobureaux, Amsterdam

Russische Truppen mit der Regimentsfahne, nach einer Schlacht an der Ostfront



Phot. Kilophot, Wien

Russische Gefangene verschiedener Volkstypen hinter der Ostfront, vor dem Abtransport

lusten auf seiten der Oesterreicher. So ergab der geringe Erfolg der russischen Offensive das Bild einer auf den beiden Flanken westlich von Luck und südlich von Czernowitz vorgebogenen Front. Diese für weitere Angriffe anscheinend günstige Lage hat dennoch zu einer exzentrischen Zerreißung des großen Planes, des „Vormarsches auf Lemberg", wie ausdrücklich und wiederholt im russischen Bericht betont wurde, geführt, da Brussilows Voraussetzung, die Front der Armee Bothmer werde infolge der beiderseitigen Flankenbedrohung und durch starke Frontalangriffe zusammenbrechen, nicht eintraf.

Der Hauptgrund für das anfängliche Gelingen der Brussilowschen Pläne lag in seiner neuen Angriffstechnik, wie der „Kölnischen Zeitung" (26. u. 29. VI. 16) aus dem „K. u. K. Kriegspressequartier" geschrieben wurde, ein System folgender Gedankengänge: „Um die Hindernisse einer Stellung zu zerstören, ist Trommelfeuer nötig. Um die Verteidiger, die dann aus den Deckungen hervorströmen, niederzuringen, muß es zum Nahkampf kommen. Dann aber wird dieser Nahkampf immer noch ein Versuch mit zweifelhaftem Ausgang sein. Ein sicheres Ergebnis kann der Nahkampf nur dann haben, wenn in dem Augenblick, wo die vorgeschickten fünf oder sechs Angriffsreihen im Handgemenge stehen, mit voller Wucht das Trommelfeuer auf diese Kampfstelle erneut wird. Rechts und links davon hält gleichfalls Trommelfeuer die Verteidiger noch in den Unterständen. Der Schauplatz des Handgemenges wird inzwischen zu einem völligen Leichenfeld der verteidigenden und der angreifenden, grauenhaft der eigenen Artillerie preisgegebenen Infanterie. Ueber das stumm gewordene Leichenfeld können neue sechzehn oder zwanzig Reihen vorgehender Infanterie ohne Widerstand gelangen und damit in den Rücken der Nachbarstellung geraten.... So fielen ganze russische Regimenter in dem bewußt auch auf sie gelenkten Feuer.

Als die K. u. K. Armeeleitung erkannte, daß die neue russische Taktik, sobald die Verteidiger ausharrten, zu einem Erfolg kommen mußte, auch wenn ihre Verluste noch so groß waren, wurde der Entschluß gefaßt, die Armee dort lieber zurückzunehmen. Der Raumverlust bei Okna erzwang die Preisgabe der Front von Okna bis Zaleszczyki. Die österreichisch-ungarische Linie am Südufer des Dnjestr hielt inzwischen nicht nur aus, sondern wies noch eine Zahl russischer Angriffe ab; hinter der eigenen Kampffront aber wurden rasch und planmäßig alle Maßnahmen einer Räumung getroffen. Dadurch wurde erreicht, daß die Russen alle ihre fürchterlichen Verluste doch umsonst gebracht hatten, da ihnen die angegriffene Armee fast unverletzt entglitt. Von Beutestücken der großen Lager hinter der österreichisch-ungarischen Dnjestrfront, Zaleszczyki, Horodenka, Buczacz, Sniatyn und endlich Czernowitz mit ihren reichen Lebensmittelmagazinen und Munitionslagern sowie Spitälern wußte der russische Generalstabsbericht nichts zu melden.

Nunmehr begann das wilde Vorbrechen großer russischer Kavalleriemassen hinter der weichenden Armee in dem anscheinend leeren Raum. Schon vor dem ersten Hügel hinter Zaleszczyki und der großen Brücke, die dort gesprengt wurde, gab es das erste unerwartete Anrennen der Russen gegen die K. u. K. Nachhuten. Ihre vorstürmende Kavallerie stürzte förmlich in die Maschinengewehre, die außerdem noch von der Flanke her arbeiteten. Schwerste Verluste durch dieselbe Taktik wiederholten sich dann von Hügel zu Hügel.

Soweit der Bukowinarückzug. Im Raume von Luck leitete den Durchbruchsversuch die Hälfte des neuen russischen Artillerieparks ein. Es arbeiteten in 36 stündigem Trommelfeuer etwa 4000 Geschütze. Die neue Brussilowsche Art, in das Trommelfeuer die eigene vorgegangene Infanterie einzubeziehen, um einen toten Raum zu erzwingen, wurde auch hier wiederholt. Nicht nur vor anderen Frontabschnitten wurden tote Russen mit blutigen Striemen auf dem Rücken festgestellt. Vor allem hier wurde Masse auf Masse in des Wortes grausamster Bedeutung vorgetrieben. Namentlich die bloß mit Stöcken versehenen Handgranatenwerfer, die alle erdenklichen Sorten neuer Gasgranaten trugen und mit deren Wiederkehr die russische Leitung von vornherein nicht rechnete. Alle alten

russischen Kampfkniffe, die bisher nur vereinzelt angewandt wurden, traten jetzt in Masse auf. Ganze Bataillone krochen mit weißen Tüchern und aufgehobenen Händen an unsere Gräben heran. Sie schrien auf deutsch, daß sie sich ergeben wollten. Zum Schluß hatte das ganze entsetzliche Ringen, in dem das russische Trommelfeuer alles begrub, Freund sowohl wie Feind, zum erstenmal in diesem Weltkrieg nicht mehr den Charakter einer modernen Schlacht. Gegen die Mitte der Verbündeten wütete die gleiche Art der Taktik ein wenig später. Aber die Art war durchschaut und die Mitte blieb stehen."

Die entsetzlichen Mannschaftsverluste der Armee Brussilows in der ersten Woche der Offensive, nach der vorsichtigen Schätzung eines russischen Offiziers rund 250000 Mann, erregten in Petersburger militärischen Kreisen wachsende Bedenken, umsomehr als an der russischen Südwestfront die Mehrzahl der geschulten Truppen der russischen Armee versammelt war. Das 53. russische Infanterieregiment der Armee Leschitzky z. B. verlor vom 6. bis 10. Juni von 3250 Mann 2450 Mann, also 75 %. Am 14. Juni hatte das Regiment seine Kriegsstärke wieder erreicht, aber schon am 21. Juni waren wiederum fünf Kompanien gänzlich aufgerieben, die übrigen drei auf 20 bis 50 Gewehre zusammengeschmolzen. Der Kriegsminister, General Schuwajew, der Ende Juni 1916 vom südwestlichen Kriegsschauplatz nach Petersburg zurückgekehrt war, soll nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung" (8. VII. 16) ein von den vier Unterbefehlshabern Brussilows, den Generalen Sacharow, Kaledin, Scherbatjew und Leschitzki, unterzeichnetes Memorandum mitgebracht haben, in dem sich diese Generale im Gegensatz zu ihrem Oberkommandanten, General Brussilow, entschieden gegen die von London aus über Petersburg anbefohlene weitere Offensive aussprachen. Der Kriegsminister soll diese Denkschrift dem Zaren unterbreitet und in einem eigenen Bericht seine Ansicht dahin ausgesprochen haben, Brussilow vergesse, daß Rußland keine dritte derartige Armee aufstellen könne. Aber der Kronrat stellte sich auf Brussilows Seite, nahm seine Vorschläge an und billigte die Beibehaltung der bisherigen Taktik, die zwar große Opfer erfordere, aber allein Erfolg versprechend sei. Die Reserven seien bedeutend. Von einem Soldatenmangel könne keine Rede sein, um dem Offiziersmangel abzuhelfen, würden Unteroffiziere in größerer Zahl zu Offizieren befördert. So konnte General Brussilow nach einer teilweisen Umgruppierung und Auffüllung seiner Streitkräfte im Juli 1916 die allgemeine russische Offensive nach kurzer Kampfpause nochmals zur höchsten Wucht steigern. Der Erfolg blieb derselbe. Ein wirklicher Durchbruch gelang nirgends; vielmehr glückte es den österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen, die Einheitlichkeit ihrer Frontlinie überall zu wahren und die eigentlichen Zielpunkte des russischen Angriffs, die Etappen Kowel und Lemberg, durchaus zu schützen.

Allerdings gab die russische Heeresleitung auch darnach das Spiel noch nicht verloren, sondern raffte sich Ende Juli zu einem erneuten Ansturm auf, der im Kapitel über „Die Ereignisse an der Ostfront im fünften Kriegshalbjahr" besprochen wird.

Die Frühjahrskämpfe und die russ. Märzoffensive

Vom 2. Februar bis 27. Mai 1916

Chronologische Uebersicht nach den Meldungen der deutschen Obersten Heeresleitung und des österreichisch-ungarischen Generalstabs

Von den sehr ausführlichen, episodenreichen Meldungen des russischen Großen Generalstabs konnten der nötigen Uebersichtlichkeit wegen nur die wichtigsten aufgenommen werden.

3. Februar 1916.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordöstlich von Bojan scheiterte ein gegen unsere Vorpositionen gerichteter russischer Handstreich. In Ostgalizien und an der wolhynischen Front wurde beiderseits rege Fliegertätigkeit entfaltet. Eines der russischen Geschwader warf sechs Bomben auf Buczacz ab, wobei zwei Einwohner getötet und mehrere verletzt wurden; ein anderes verwundete

durch eine Bombe nordöstlich von Luck drei eben eingebrachte russische Kriegsgefangene. Unsere Flugzeuggeschwader belegten mit Erfolg die Räume westlich von Czortkow und nördlich von Zbaraz mit Bomben. Sonst stellenweise Geschützkampf.

4. Februar 1916.

Deutsche Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Ein österreichisch-ungarisches Flugzeuggeschwader hat den östlich von Krzemieniec liegenden russischen Etappenort Szumsk mit Bomben beworfen. Zahlreiche Gebäude stehen in Flammen. Sonst ist nichts Besonderes vorgefallen.

5. Februar.

Deutsche Meldung: An der Front keine besonderen Ereignisse. Eines unserer Luftschiffe griff die Befestigungen von Dünaburg an.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

6. Februar.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von Bedeutung. — Keine besonderen Begebenheiten.

7. Februar.

Deutsche Meldung: Eine in der Nacht zum 6. Februar von uns genommene russische Feldwachstellung auf dem östlichen Schtschara-Ufer an der Bahn Baranowitschi—Ljachowitschi wurde erfolglos angegriffen. Der Gegner mußte sich unter erheblichen Verlusten zurückziehen. Südwestlich Widsy fiel ein russisches Flugzeug, dessen Führer sich verflogen hatte, unversehrt in unsere Hand.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Lage überall unverändert.

Aus der russischen Meldung: . . . In derselben Gegend (nördlich Bojan) schlich sich Korporal Glutschenko, der in Wirklichkeit ein junges Mädchen namens Tscherniaswola ist, das gewünscht hatte, als Erkundung entsandt zu werden, in die feindlichen Drahtverhaue ein, von wo es trotz schwerer Verwundung am Schenkel und einem Bruche die ihm anvertraute Aufgabe erfüllte und kriechend in unsere Schützengräben zurückkehrte.

8. Februar.

Deutsche Meldung: Keine Ereignisse von Bedeutung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Durch helleres Wetter begünstigt, herrschte gestern an der ganzen Nordostfront lebhaftere Geschütztätigkeit vor. Nordwestlich von Tarnopol griffen die Russen in der Nacht von gestern auf heute einen unserer vorgeschobenen Infanteriestützpunkte wiederholt an. Es gelang ihnen, vorübergehend einzudringen; doch wurden sie nach kurzer Zeit wieder hinausgeworfen.

9. Februar.

Deutsche Meldung: Kleinere russische Angriffe in der Gegend von Illuxt (nordwestlich von Dünaburg), sowie gegen die am 6. Februar von uns genommene Feldwachstellung an der Bahn Baranowitschi—Ljachowitschi wurden abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

10. Februar 1916.

Deutsche Meldung: Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linsingen und bei der Armee des Generals v. Bothmer wurden Angriffe schwacher feindlicher Abteilungen durch österreichisch-ungarische Truppen vereitelt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Der Feind entwickelte gestern in Wolhynien und an der ostgalizischen Front erhöhte Tätigkeit gegen unsere Vorposten. Bei der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand führte er wiederholt und an verschiedenen Stellen Aufklärungsabteilungen bis zur Stärke eines Bataillons gegen unsere Sicherungslinien vor. Es kam insbesondere im Abschnitt des oberösterreichischen Infanterieregiments Nr. 14 zu heftigen Vorpostenkämpfen, die auch die Nacht über fortdauerten und schließlich mit der völligen Vertreibung des Feindes endigten. Bei einer besonders umstrittenen Verschanzung wurden etwa 200 russische Leichen gezählt und viele Gefangene eingebracht. Auch bei unseren Vorposten nordwestlich von Tarnopol wurde in der Nacht von gestern auf heute erbittert gekämpft. Die Russen überfielen abermals die schon in einem der letzten Berichte angeführte Schanze, wurden jedoch durch einen Gegenangriff wieder vertrieben. An der bessarabischen Grenze warf kroatische Landwehr ein russisches Bataillon aus einer gut ausgebauten Vorposition gegen die Hauptstellung zurück.

Aus der russischen Meldung: ... Südöstlich von Sebrow nahmen unsere Truppen mit dem Bajonett eine Anhöhe und befestigten sie, nachdem sie siebzig Gefangene gemacht und einen Gegenangriff der Oesterreicher abgewiesen hatten. . . .

11. Februar 1916.

Deutsche Meldung: Nördlich des Drysmjaty-Sees wurde der Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Tätigkeit feindlicher Erkundungstruppen gegen die Front der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand dauert an. Unsere Sicherheitsabteilungen wiesen die Russen überall zurück. Die Vorposten des ungarischen Infanterieregiments Nr. 82 zersprengten einige russische Kompanien.

Aus der russischen Meldung: ... In der Gegend von Sebrow, nordwestlich Tarnopol in Nordostgalizien, versuchte der Feind eine Anhöhe wieder zu erobern, die wir ihm genommen hatten. Er führte zu diesem Zweck einen Gegenangriff aus mit Streitkräften, die numerisch überlegen waren und unterstützte seine Offensive durch starkes Artilleriefeuer. Wir behielten aber nichtsdestoweniger die Höhe in unserm Besitz. . . .

12. Februar.

Deutsche Meldung: Vorstöße russischer Patrouillen und kleinerer Abteilungen wurden an verschiedenen Stellen der Front abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern wurden abermals zahlreiche russische Aufklärungsabteilungen abgewiesen. Es kam auch zu stärkeren Geschützkämpfen. Vom Feinde unter schwerstes Artilleriefeuer genommen, mußte in den Nachmittagsstunden die schon mehrmals genannte Vorpostenschanze nordwestlich von Tarnopol geräumt werden. Die Russen setzten sich in der verlassenen Stellung fest, wurden aber in der Nacht durch einen Gegenangriff in heftigem Kampfe wieder hinausgeworfen.

Aus der russischen Meldung: ... In Galizien bemühte sich der Feind in der Gegend von Sebrow erbittert, uns von der Höhe zu vertreiben, die wir besetzt hatten. Um den Preis von ungeheuren Opfern gelang es dem Feinde. Sogleich warf eines unserer alten Regimenter den Feind zum zweitenmal nach einem stürmischen Gegenangriff über den Haufen. Die in dieser Gegend gemachten Gefangenen sagen, daß unsere Artillerie dem Feinde große Verluste zugefügt habe. Am Abend des 11. Februar und in der Nacht zum 12. Februar führte der Feind, der die Höhe in der Gegend von Sebrow zurückzuerobern suchte, drei verzweifelte Gegenangriffe aus, die alle mit ungeheuren Verlusten für den Feind abgeschlagen wurden.

13. Februar.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Oestlich von Baranowitschi wurden zwei von den Russen noch auf dem westlichen Schtschara-Ufer gehaltene Vorwerke gestürmt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Besonderes vorgefallen.

14. Februar.

Deutsche Meldung: Abgesehen von einigen für uns erfolgreichen Patrouillengefechten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

15. Februar.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. An der Front der Armee des Generals Graf von Bothmer fanden lebhafte Artilleriekämpfe statt. Bei Grobla (am Sereth, nordwestlich von Tarnopol) schoß ein deutscher Kampfflieger ein russisches Flugzeug ab. Führer und Beobachter sind tot.

Aus der österreichisch-ungarischen Meldung: In Ostgalizien erhöhte Kampftätigkeit feindlicher Flieger ohne Erfolg. . . .

16. Februar.

Deutsche Meldung: Bei Schneetreiben auf der ganzen Front hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Lage ist unverändert.

17. Februar 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teile der Front lebhafte Artillerietätigkeit. Unsere Flieger griffen Dünaburg und die Bahnanlagen von Wilejka an.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nächtliche Fliegerangriffe gegen unsere Front an der Strypa verliefen ergebnislos. Am Korminbach, südlich von Berestiany, wurden Angriffe russischer Aufklärungsabteilungen leicht abgewiesen.

18. Februar 1916.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Die Lage ist unverändert. — Außer den gewohnten Artilleriekämpfen keine Ereignisse.

19. Februar.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Nichts besonderes vorgefallen.

20. Februar.

Deutsche Meldung: Bei Sawitsche (an der Beresina, östlich von Wischnew) brach ein russischer Angriff in unserem Feuer zwischen den beiderseitigen Linien zusammen. Logischin und die Bahnanlagen von Tarnopol wurden von deutschen Fliegern angegriffen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

21. Februar.

Deutsche Meldung: Vor Dünaburg scheiterten russische Angriffe. Kleinere feindliche Vorstöße wurden auch an anderen Teilen der Front zurückgeschlagen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Oesterreichisch-ungarische Abteilungen warfen gestern abend den Feind südöstlich von Kozlow an der Strypa aus einer vorgeschobenen Stellung. Beiderseits erhöhte Fliegertätigkeit.

22. Februar.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. — Nichts Neues.

23. Februar.

Deutsche Meldung: Unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordwestlich von Tarnopol schlugen unsere Sicherungstruppen russische Vorstöße gegen die schon wiederholt genannten vorgeschobenen Feldwachenverschanzungen ab. Sonst keine besonderen Ereignisse.

24. Februar.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teil der Front lebhaftere Artilleriekämpfe. An zahlreichen Stellen Patrouillengefechte. Keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

25. Februar.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Stellenweise Geschützkämpfe.

26. Februar.

Deutsche Meldung: Außer erfolgreichen Gefechten unserer Vorposten ist nichts zu berichten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

27. Februar bis 1. März.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von Bedeutung. — Keine besonderen Ereignisse. — Nichts Neues. — Nichts von besonderer Bedeutung. — Die Lage ist unverändert. — Nichts Neues. — Nichts von besonderer Bedeutung. — Die Lage ist überall unverändert.

2. März 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teil der Front erreichten die Artilleriekämpfe teilweise größere Lebhaftigkeit. Kleinere Unternehmungen unserer Vorposten gegen feindliche Sicherungsabteilungen hatten Erfolg.

Nordwestlich von Mitau unterlag im Luftkampf ein russisches Flugzeug und fiel mit seinen Insassen in unsere Hand. Unsere Flieger griffen mit Erfolg die Bahnanlagen von Molodeczno an.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nirgends besondere Ereignisse.

3. März 1916.

Deutsche Meldung: Patrouillengefechte an der Düna östlich von Friedrichstadt, sowie an der Serwetsch- und Schtschara-Front.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Andauernde Ruhe.

4. März 1916.

Deutsche Meldung: In einem kleineren Gefechte wurden die Russen aus ihren Stellungen bei Alssewitschi (nordöstlich Baranowitschi) geworfen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Im Gebiete von Dubno versuchten die Russen gestern früh das linke Ikwa-Ufer zu gewinnen. Sie wurden abgeschlagen.

Die in der feindlichen Presse immer wiederkehrende Nachricht von einer großen und glücklich fortschreitenden russischen Offensive am Dnjestr und bei Czernowitz ist selbstverständlich völlig unwahr. Unsere Front hat dort seit einem halben Jahre keinerlei Aenderung erfahren.

5. März.

Deutsche Meldung: In der Gegend von Illuxt konnte ein von den Russen im Anschluß an Sprengungen beabsichtigter Angriff in unserem Feuer nicht zur Durchführung kommen. Vorstöße feindlicher Erkundungsabteilungen auch an anderen Stellungen wurden abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Lage überall unverändert.

Aus der russischen Meldung: ... Bei Illuxt ließen wir gestern vierzehn Minenkammern springen. Wir lieferten einen erbitterten Kampf um den Besitz der Trichter, von denen sechs fest in unserem Besitz sind. In einem Trichter sind die Deutschen, die große Verluste erlitten, in einem halb zerstörten Blockhaus eingeschlossen. In der Nacht des 4. März, gegen 3 Uhr morgens, griffen die Deutschen nach einer Artillerievorbereitung von anderthalb Stunden das Dorf Alssewitschi bei Kraschin, zehn Werst östlich des Bahnhofes von Baranowitschi, an. Dieser Angriff wurde durch unser Feuer aufgehalten.

6. März.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine besonderen Ereignisse. — Nichts Neues.

7. März.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Karpilowka warfen Abteilungen der Armee des Generaloberften Erzherzog Josef Ferdinand den Feind aus einer Verschanzung und setzten sich darin fest. Nordwestlich von Tarnopol vertrieb ein österreichisch-ungarisches Streifkommando die Russen aus einem 1000 Meter langen Graben. Die feindliche Stellung wurde zugeschüttet. Sowohl in dieser Gegend als auch am Dnjestr und an der bessarabischen Grenze war gestern die Geschütztätigkeit beiderseits reger.

Aus der russischen Meldung: ... Im Abschnitt von Dünaburg dauert bei Illuxt ein lebhafter Kampf mit Bombenwürfen und Minen um den Besitz von Trichtern fort.

8. März.

Deutsche Meldung: An mehreren Stellen der Front wurden russische Teilangriffe abgewiesen. Die Eisenbahnstrecke Ljachowitschi (südöstlich von Baranowitschi) — Luniniec, auf der stärkerer Bahnverkehr beobachtet wurde, ist mit gutem Erfolg von unsern Fliegern angegriffen worden.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: An der Front der Armee des Generaloberften Erzherzog Josef Ferdinand war auch gestern die Gefechtstätigkeit zeitweilig lebhafter. Sonst keine besonderen Ereignisse.

9. März.

Deutsche Meldung: Russische Vorstöße gegen unsere Vorpostenstellungen hatten nirgends Erfolg. Wie nachträglich gemeldet wird, wurden die Bahnanlagen der Strecke nach Minsk, sowie feindliche Truppen in Mir in der Nacht zum 8. März von einem unserer Luftschiffe angegriffen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

10. bis 12. März.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine wesentlichen Ereignisse. — Nichts Neues. — Keine besonderen Ereignisse. — Nichts von besonderer Bedeutung.

13. März.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: An der bessarabischen Front und am Dnjestr wurden russische Vorstöße abgewiesen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

14. März 1916.

Gleichlautende deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Nichts Neues.

15. März 1916.

Deutsche Meldung: Die Lage ist unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Besatzung der Brückenschanze nordwestlich von Uscieczko wehrte heftige Angriffe ab. Sonst keine besonderen Ereignisse.

16. März.

Deutsche Meldung: Patrouillenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front. Keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei der Armee Pflanzer-Baltin und bei der Heeresgruppe Böhm-Ermolli beiderseits erhöhte Artillerietätigkeit. Nordöstlich von Kozlow an der Strypa wiesen unsere Sicherungstruppen russische Vorstoße ab.

17. März.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: An mehreren Stellen der Strypafront erfolgreiche Vorpostenkämpfe; westlich von Tarnopol drangen hierbei unsere Truppen in russische Vorstellungen ein, machten einen Fähnrich und 67 Mann zu Gefangenen und erbeuteten ein Maschinengewehr und vier Minenwerfer.

18. März.

Deutsche Meldung: Das Artilleriefeuer im Gebiet beiderseits des Narocz-Sees ist recht lebhaft geworden. Ein schwächlicher nächtlicher russischer Vorstoß nördlich des Miadziol-Sees wurde leicht abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

19. März.

Deutsche Meldung: Die erwarteten russischen Angriffe haben auf der Front Dryswjaty-See—Postawy und beiderseits des Narocz-Sees mit großer Heftigkeit eingesetzt. An allen Stellen ist der Feind unter außergewöhnlich starken Verlusten glatt abgewiesen worden. Vor unseren Stellungen beiderseits des Narocz-Sees wurden allein 9270 gefallene Russen gezählt. Die eigenen Verluste sind sehr gering. Südlich des Wisznicw-Sees kam es zu einer Verschärfung der Artilleriekämpfe.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Am Dnjestr und an der bessarabischen Front lebhaftere feindliche Artillerietätigkeit. Die Brückenschanze bei Uscieczko stand nachts unter starkem Minenwerferfeuer. Heute früh sprengte der Feind nach einiger Artillerievorbereitung eine Mine, worauf ein Handgranatenangriff erfolgte. Infolge der Sprengung mußte die Mitte der Verteidigungslinie in der Schanze etwas zurückgenommen werden; alle anderen Angriffe wurden abgeschlagen, wobei einige Russen gefangen wurden.

Aus der russischen Meldung: ... Im Abschnitte von Jakobstadt Artilleriekampf im Nordteile. In der Gegend von Widsy beschoß unsere Artillerie die deutschen Schützengräben bei der Ortschaft Medziany. Südlich von Tweretsch versuchte der Feind, die Offensive zu ergreifen. Er wurde abgewiesen. Die feindliche Artillerie führte ihr Feuer in der Gegend des Fleckens Smorgon aus ...

20. März 1916.

Deutsche Meldung: Ohne Rücksichten auf die großen Verluste griffen die Russen auch gestern wiederholt mit starken Kräften beiderseits von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See an. Die Angriffe blieben völlig ergebnislos. In der Gegend von Widsy stießen deutsche Truppen vor und warfen feindliche Abteilungen zurück, die sich nach den am gestrigen Morgen unternommenen Angriffen noch nahe vor unserer Front zu halten versuchten. Ein Offizier, 280 Mann von sieben verschiedenen Regimentern wurden dabei gefangen genommen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern abend wurde nach sechs Monaten tapferer Verteidigung die zum Trümmerhaufen zerschossene Brückenschanze nordwestlich von Uscieczko geräumt. Obgleich es den Russen schon in den Morgenstunden gelungen war, eine 300 Meter breite Bresche zu sprengen, harrte — von achtfacher Uebermacht angegriffen — die Besatzung, aller Verluste ungeachtet, noch durch sieben Stunden in heftigstem Geschütz- und Infanteriefeuer aus. Erst um fünf Uhr nachmittags entschloß sich ihr Kommandant Oberst Planckh, die ganz zerstörten Verschanzungen zu räumen. Kleinere Abteilungen und Verwundete gewannen auf Booten das Südufer des Dnjestr. Bald aber mußte unter dem konzentrischen Feuer des Gegners die Ueberschiffung

aufgegeben werden und es blieb der aus Kaiserdragonern und Sappeuren zusammengesetzten tapfern Schar, wenn sie sich nicht gefangen geben wollte, nur ein Weg: sie mußte sich auf dem Nordufer des Dnjestr durch den vom Feind stark besetzten Ort Uscieczko zu unseren auf den Höhen nördlich von Zaleszczyki eingenisteten Truppen durchschlagen. Der Marsch mitten durch die feindlichen Stellungen gelang. Unter dem Schutze der Nacht führte Oberst Planckh seine heldenhafte Truppe zu unseren Vorposten nordwestlich von Zaleszczyki, wo sie heute früh eintraf. Die Kämpfe um die Brückenschanze von Uscieczko werden in der Geschichte unserer Wehrmacht für alle Zeiten ein Ruhmesblatt bleiben.

Aus der russischen Meldung: ... Südlich der Gegend von Dünaburg entspann sich in einigen Abschnitten eine lebhafte Tätigkeit der Artillerie und Infanterie. Die Angriffe des Feindes südlich des Dryswjatysees wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen. In der Gegend östlich des Fleckens Twerets̆ch nahmen wir Welikoje-Selo im Sturme. In der Gegend südlich desselben Fleckens haben wir bei Zurückweisung der Angriffe des Feindes zwei Maschinengewehre erbeutet. Zwischen dem Naroczsee und dem Wisznieswsee besetzten unsere Truppen nach einem Kampfe das Dorf Zanarocze und einen Teil der feindlichen Gräben beim Dorfe Ostrowlany.

In Galizien nahmen unsere Truppen am Dnjestr unterstützt von der Artillerie, in energischem Ansturme die Gräben und den Brückenkopf östlich des Dorfes Michalcze.

21. März 1916.

Deutsche Meldung: Die Russen dehnen ihre Angriffe auch auf den äußersten Nordflügel aus. Südlich von Riga wurden sie blutig abgewiesen, ebenso an der Dünafront und westlich von Jakobstadt stärkere feindliche Erkundungsabteilungen.

Gegen die deutsche Front nordwestlich von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See richteten sie Tag und Nacht besonders starke, aber vergebliche Angriffe. Die Verluste des Feindes entsprechen dem Masseneinsatz an Leuten. Eine weit vorspringende, schmale Ausbuchtung unserer Front, hart südlich des Narocz-Sees, wurde zur Vermeidung umfassenden Feuers um einige hundert Meter auf die Höhen bei Blizniki zurückgenommen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Gefechtstätigkeit stellenweise erhöht, namentlich bei der Armee Pflanzer-Baltin.

Aus der russischen Meldung: ... Südlich der Gegend von Dünaburg dauerten die heftigen Artilleriekämpfe an. In der Gegend östlich von Twerets̆ch wiesen wir einen feindlichen Angriff auf Welikoje-Selo ab. Durch Einnahme des Brückenkopfes bei dem Dorfe Michalcze erbeuteten wir außer andern Trophäen zwei Kanonen. Die Mehrzahl der Verteidiger des Brückenkopfes kam im Nahkampf um.

22. März 1916.

Deutsche Meldung: Die großen Angriffsunternehmungen der Russen haben an Ausdehnung noch zugenommen, die Angriffspunkte sind zahlreicher geworden, die Vorstöße selbst folgten sich an verschiedenen Stellen ununterbrochen Tag und Nacht. Der stärkste Ansturm galt wieder der Front nordwestlich von Postawy. Hier erreichten die feindlichen Verluste eine selbst für russischen Masseneinsatz ganz außerordentliche Höhe. Bei einem erfolgreichen Gegenstoß an einer kleinen Einbruchstelle wurden elf russische Offiziere und 573 Mann gefangen genommen. Aber auch bei den vielen anderen Kämpfen — südlich und südöstlich von Riga, bei Friedrichstadt, westlich und südwestlich von Jakobstadt, südlich von Dünaburg, nördlich von Widsy, zwischen Narocz- und Wiesz-niew-See — wiesen unsere tapferen Truppen den Feind unter den größten Verlusten für ihn glatt zurück, und nahmen ihm bei Gegenangriffen noch über 600 Gefangene ab. An keiner Stelle gelang es den Russen, irgendwelchen Erfolg zu erringen. Die eigenen Verluste sind durchweg gering.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Tätigkeit des Gegners ist fast an der ganzen Nordostfront lebhafter geworden. Unsere Stellungen standen unter dem Feuer der feindlichen Geschütze. An der Strypa und im Kormin-Gebiet stießen russische Infanterieabteilungen vor. Sie wurden überall geworfen. In Ostgalizien verlor bei einem solchen Vorstoß eine russische Gefechtsgruppe von Bataillonsstärke an Toten drei Offiziere und über 150 Mann, an Gefangenen 100 Mann. Bei uns sind nur einige Leute verwundet.

Aus der russischen Meldung: Auf der ganzen Front spielte sich eine Reihe von Kämpfen ab. In der Gegend von Riga, beim Dorfe Plakanen, und in der Gegend südlich der Insel Dalen hatten unsere Truppen Gefechte mit bedeutenden feindlichen Vorposten.



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Friedhof der bei Slonim gefallenen Russen. Im Hintergrund die Stadt Slonim



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Russen bei der Beerdigung eines toten Kameraden



Phot. Vereenigde Fotobureaux, Amsterdam

Mongolische Truppen in einem russischen Schützengraben an der Ostfront bei der Zubereitung des Essens



Phot. R. Sennecke, Berlin

Eine Gruppe von Koreanern des russischen Heeres, die an der Ostfront gefangen genommen wurden

Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Ein Falltor zwischen Stellung und Feldwache in einem Schützengraben an der ostgalizischen Front der Verbündeten



Phot. W. Braemer, Berlin

Eingang zu einem Minenstollen an der Front der Verbündeten in Ostgalizien



Phot. Hohlwein & Gircke, Berlin

Ein von deutschen Truppen eroberter russischer Schützengraben



Phot. Hohlwein & Gircke, Berlin

Eine von den Russen fluchtartig verlassene Artilleriestellung

Im Abschnitt von Jakobstadt nahmen wir nach einem Kampf das Dorf und den Wald Augustinhof, ebenso das zwischen dem Waldbezirk von Biterneł und dem Dorfe Delwenek bei Buschhow gelegene Gehölz. Vor Dünaburg Feueraustausch. Südlich der Gegend von Dünaburg lebhafte Infanterie- und Artilleriekämpfe. Unsere Artillerie beschoß erfolgreich die Gegend nördlich von Minzjuny, wo wir feindliche Ansammlungen ausfindig gemacht hatten. Nachdem unsere Truppen, das Feuer der feindlichen Batterien in der Gegend von Meschkele zum Schweigen gebracht hatten bemächtigten sie sich einer Linie feindlicher Schützengräben im Abschnitte von Minzjuny—Sellysee. Die Versuche des Feindes, südlich von Tweretsch die Offensive zu ergreifen, wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen. In der Gegend Wileity—Mosheiki nördlich des Fleckens Postawy spielten sich erbitterte Infanteriekämpfe ab. Der Feind machte hier heftige Gegenangriffe gegen unsere Truppen, die stellenweise den Feind aus seinen Schützengräben vertrieben und ihm Maschinengewehre abgenommen haben. In der Gegend von Tschernjaty—Lotwa nördlich des Miadziolsees griff der Feind nach einer energischen Artillerievorbereitung unsere Stellung an. Wir schlugen ihn durch unser Feuer zurück. Auf dem Südwestufer des Naroczsees entwickelte sich der Kampf erfolgreich für unsere Truppen, die trotz der erstickenden deutschen Gase und trotz eines mörderischen Feuers des Feindes drei Stacheldrahtlinien durchbrachen und durch unablässige, ungestüme Angriffe drei Schützengrabenlinien nahmen. Die feindlichen Gegenangriffsversuche wurden durch unser Feuer in Verbindung mit unsern tödlich wirkenden Gasen aufgehalten.

Bei der Zählung unserer Trophäen haben wir bis jetzt 17 Offiziere, über 1000 Soldaten, zwölf Maschinengewehre, Scheinwerfer, Bombenwerfer usw. verzeichnet . . .

Nach ergänzenden Meldungen erbeuteten wir in der Gegend von Michalcze außer zwei Kanonen, sechs Bombenwerfer in vollständig brauchbarem Zustande, eine große Menge Gewehre, Kisten mit Patronen, Bomben und anderen Geschossen. Wir machten 106 Gefangene.

23. März 1916.

Deutsche Meldung: Ihre Hauptangriffstätigkeit verlegten die Russen auf die gestrigen Abend- und auf die Nachtstunden. Mehrfach brachen sie mit starken Kräften gegen unsere Stellungen im Brückenkopf von Jakobstadt, beiderseits der Bahn Mitau—Jakobstadt, viermal gegen unsere Linien nördlich von Widsy vor. Während sie auf der Front nordwestlich von Postawy, wo die Zahl der eingebrachten Gefangenen auf 14 Offiziere, 889 Mann gestiegen ist, wohl infolge der übermäßigen blutigen Verluste, von größeren Angriffsversuchen Abstand nahmen, stürmten sie wiederholt mit neuer Gewalt zwischen Narocz- und Wiesniew-See an. Der hohe Einsatz an Menschen und Munition konnte auch hier wie in mehrfachen Einzelunternehmungen an anderen Stellen den Russen nicht den kleinsten Vorteil gegenüber der unerschütterlichen deutschen Verteidigung bringen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

Russische Meldung: In den Gegend von Riga dauerte der Kampf weiter an. Im Abschnitt von Jakobstadt haben unsere Truppen die feindlichen Werke durchbrochen und so ihren Erfolg vervollständigt. Nördlich von Dünaburg haben unsere Geschütze wiederholt die Deutschen zerstreut, die sich bei Schischkowo ansammelten. Südlich der Gegend von Dünaburg am Dryswjatysee heftiges Artillerie- und Gewehrfeuer. Im Abschnitt Minzjuny—Sellysee, südlich des Dryswjatysees, unternahm der Feind einen Gegenangriff und nahm einen Teil der von uns am Abend zuvor eroberten Gräben wieder. Im Zentrum dieses Abschnittes heftige Artilleriekämpfe und Gewehrfeuer. Auf der Front Wileity—Mosheiki, nordwestlich des Fleckens Postawy, und in der Gegend des Miadziolsees und des Naroczsees dauert der Kampf an. Südlich des Naroczsees wiesen unsere Truppen Gegenangriffe des Feindes zurück und rückten von neuem unter heftigem Feuer vor. . . Am Dnjestr haben wir nach Kampf Latacz und Chmielowa besetzt.

24. März 1916.

Deutsche Meldung: Während sich die Russen am Tage nur zu einem starken Vorstoß am Brückenkopf von Jakobstadt östlich von Buschhof aufrafften, unternahmen sie nachts wiederholte Angriffe nördlich der Bahn Mitau—Jakobstadt, sowie einen Ueberrumpelungsversuch südwestlich von Dünaburg und mühen sich in ununterbrochenem, heftigem Ansturm gegen unsere Front nördlich von Widsy ab. Alle ihre Angriffe sind in unserem Feuer, spätestens am Hindernis, unter schwerer Einbuße an Leuten zusammengebrochen. Weiter südlich sind keine neuen Angriffe erfolgt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unverändert.

Aus der russischen Meldung: ... Nordöstlich des Wargunekssees entwickelt sich unsere Offensive. In der Gegend von Dünaburg rücken unsere Truppenteile, die mehrere Gegenangriffe abgewiesen haben, vor. In der Gegend südlich von Dünaburg dauert der Kampf fort. Im Abschnitt nördlich von Widsy und im Abschnitt Meschkele—Kiply nordwestlich des Seklysees ist der Kampf sehr erbittert. Stellenweise kam es zum Kampfe mit blanker Waffe. Im Laufe der Nacht vom 23. März haben unsere Truppen trotz heftigem Feuer des Feindes durch einen energischen Vorstoß alle Sperrlinien des Gegners in diesem Abschnitt durchbrochen. In Klipa wurde ein deutscher Gegenangriff abgewiesen. Unsere Artillerie hält zahlreiche Punkte der gegnerischen Stellung unter Feuer, um den Gegner an der Ausbesserung der an seinen Werken verursachten Beschädigungen zu verhindern. Zwischen Narocz- und Wiszniewsee dauert der Kampf fort. Unsere Truppen haben den Feind aus dem Wäldchen in der Gegend von Blizniki—Mokrzyce, das stark befestigt und mit Drahtverhauen umgeben war, vertrieben.

Nach ergänzenden Meldungen haben unsere Truppen im Laufe der Kämpfe vom 18. bis 21. März in der Gegend nordwestlich von Postawy acht Offiziere und 160 deutsche Soldaten gefangen genommen, und in der Gegend des Naroczsees 18 Offiziere und 1255 deutsche Soldaten. Außerdem haben wir 18 Maschinengewehre, 26 Feldbombenwerfer, zehn Handbombenwerfer, drei Minenwerfer, eine 15-Centimeter-Haubitze, vier Scheinwerfer, 637 Gewehre, eine Kiste mit Bomben, 300 Handgranaten und zwölf Munitionswagen mit Munition und Geschossen erbeutet ...

25. März 1916.

Deutsche Meldung: Westlich von Jakobstadt gingen die Russen nach dem Einsatz frischer sibirischer Truppen und nach starker Feuervorbereitung erneut zum Angriff über. Er brach verlustreich für sie zusammen. Kleine Vorstöße wurden südwestlich von Jakobstadt und südwestlich von Dünaburg mühelos abgewiesen. Ebenso blieben alle, auch nachts wiederholten Anstrengungen des Feindes gegen die Front nördlich von Widsy völlig erfolglos. Weiter südlich in der Gegend des Narocz-Sees beschränkte sich der Feind gestern auf Artilleriefeuer.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordöstlich von Burkanow an der Strypa drangen Honvedabteilungen nach Abwehr eines starken russischen Angriffs in die Gräben des Feindes ein und zerstörten die Verteidigungsanlagen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: ... Im Abschnitt von Jakobstadt bauen unsere Abteilungen ihre Erfolge südöstlich von Augustinhof weiter aus. Sie bemächtigten sich nach einem erbitterten Kampfe im befestigten Gelände des Dorfes Jepuken, wo sie mehrere wütende Angriffe und Gegenangriffe der Deutschen aushalten mußten. Am linken Flügel der Gegend von Jakobstadt südlich von Liwenhof entspann sich ebenfalls ein Kampf. In der Gegend von Dünaburg rücken unsere Abteilungen, das dort eroberte Gelände befestigend, vor. In der Gegend nördlich von Widsy griffen unsere Truppen eine feindliche Stellung des Abschnittes nordwestlich des Seklysees an. Trotz dem Trommelfeuer des Gegners nehmen unsere Truppen mit Erfolg die zahlreichen künstlichen Sperrwerke des Feindes ein. Die Deutschen wenden Explosivkugeln an. Nordwestlich von Postawy hielten wir durch geeignetes Feuer unserer Batterien die Versuche des Feindes, seine durch unser Feuer zerstörten Sperrwerke wiederherzustellen, auf.

26. März 1916.

Deutsche Meldung: Die Russen haben ihre Angriffe am Brückenkopf von Jakobstadt und nördlich von Widsy gestern nicht wiederholt. Mehrere im Laufe des Tages unternommene Vorstöße südwestlich und südlich von Dünaburg blieben schon auf größere Entfernung vor unseren Hindernissen im Feuer liegen. Gegen unsere Front nordwestlich von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See nahm der Feind nachts mit starken Kräften, aber ergebnislos und unter großen Opfern, den Kampf wieder auf. Nordwestlich von Postawy nahmen wir einen Offizier, 155 Mann gefangen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse. — Die in den russischen Berichten geschilderten Kämpfe bei Latacz am Dnjestr (vgl. die russische Meldung vom 23. März) stellen selbstredend nur Vorpostengeplänkel dar. Es handelt sich unserseits um Aufklärungstruppen, die beim Anrücken stärkerer feindlicher Abteilungen naturgemäß in die Hauptstellung zurückzugehen haben. Einen Angriff gegen die Hauptstellung der Armee Pflanzer-Baltin haben die Russen in den letzten Wochen überhaupt nicht versucht.

Aus der russischen Meldung: ... Im Abschnitt von Jakobstadt ergriffen die Deutschen die Offensive in der Gegend der Eisenbahn nach Mitau. Sie wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen. Lebhaftes Artilleriefeuer auf einigen anderen Punkten dieses Abschnittes. Westlich von Dünaburg bemächtigten sich unsere Truppen eines feindlichen Schützengrabens und machten Gefangene. In der Gegend nordwestlich von Postawy und zwischen dem Narocz- und dem Wisznjew-See nehmen die erbitterten Kämpfe ihren Fortgang.

27. März 1916.

Deutsche Meldung: Gegen die Front unter dem Befehl des G.-F.-M. v. Hindenburg erneuerten die Russen gestern die Angriffe mit besonderer Heftigkeit. So stießen sie mit im Osten bisher unerhörtem Einsatz an Menschen und Munition gegen die deutschen Linien nordwestlich von Jakobstadt vor; sie erlitten dementsprechende Verluste ohne irgendwelchen Erfolg zu erringen. Bei Welikoje-Selo (südlich von Widsy) nahmen unsere Vortruppen in einem glücklichen Gefecht den Russen 57 Gefangene ab und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Wiederholte Bemühungen des Feindes gegen unsere Stellungen nordwestlich von Postawy scheiterten völlig. Nachdem südlich des Narocz-Sees mehrfach starke Angriffe von Teilen dreier russischer Armeekorps abgeschlagen waren, traten westpreußische Regimenter bei Mokrzyce zum Gegenstoß an, um Artilleriebeobachtungsstellen, die beim Zurückbiegen unserer Front am 20. März verlorengegangen waren, zurückzuerobern. Die tapfere Truppe löste ihre Aufgabe in vollem Umfang. Hierbei, sowie bei der Abwehr der feindlichen Angriffe wurden 21 Offiziere, 2140 Mann gefangen und eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet.

Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe von Dünaburg, Wilejka und die Bahnanlagen an der Strecke Baranowitschi—Minsk mit Bomben.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

Aus der russischen Meldung: ... Der Kampf westlich und südlich von Augustinhof auf der Front von Jakobstadt dauert fort. Die deutschen Flugzeuge sind häufiger auf der ganzen Dünafront. Sie warfen auf Dünaburg 20 Bomben. In der Gegend nordwestlich von Postawy haben sich unsere Truppen nach einem erbitterten Kampfe zweier Linien feindlicher Gräben bemächtigt. Die Offensive unserer Truppen zwischen dem Narocz- und Wisznjewsee stieß auf hartnäckigen Widerstand ...

28. März 1916.

Deutsche Meldung: Von neuem trieben die Russen frische Massen gegen die deutschen Linien bei Postawy vor. In tapferer Ausdauer trotzen dort Truppen des Saarbrücker Korps allen Anstürmen des Feindes. Vor den an ihrer Seite kämpfenden Brandenburgern, Hannoveranern und Hallensern zerschellte ein in vielen Wellen vorgetragener Angriff zweier russischer Divisionen unter schwerster Einbuße des Gegners. Das gleiche Schicksal hatten die auch nachts noch wiederholten Versuche des Angreifers, den bei Mokrzyce verlorenen Boden wieder zu gewinnen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nördlich von Bojan haben die Russen nach einigen Sprengungen in unseren Hindernissen wiederholt versucht, in die Stellung einzudringen. Alle Angriffe wurden unter erheblichen feindlichen Verlusten abgewiesen. Nordöstlich der Strypamündung scheiterte ein nächtlicher Vorrückungsversuch russischer Abteilungen schon an der guten Wirkung unserer Vorfeldminen. An der bessarabischen Front und bei Olyka feuerte die feindliche Artillerie lebhaft.

Aus der russischen Meldung: ... Im Abschnitt von Jakobstadt haben die Deutschen nach einem heftigen Bombardement einen Angriff in der Gegend des Dorfes Wargunek unternommen. Sie wurden abgewiesen. In der Gegend nordwestlich von Postawy setzte uns der Feind erbitterten Widerstand entgegen und ging stellenweise zu wütenden Gegenangriffen über. In der Gegend westlich des Naroczsees besetzten die Deutschen den Wald südlich des Dorfes Mokrzyce. Durch einen Gegenangriff vertrieben wir sie aus dem nördlichen Teile des Waldes, nahmen ihnen zwei Maschinengewehre ab und machten Gefangene, die vier verschiedenen Regimentern angehören. . . .

In Galizien ließen wir in der Gegend nördlich von Bojan gleichzeitig dreizehn Minen auffliegen, worauf unsere Infanterie rasch zwei Linien feindlicher Gräben überrannte. Die überlebenden Verteidiger der in die Luft gesprengten Werke wurden mit Handgranaten und im Handgemenge niedergemacht.

Wir nahmen einen Kadetten und 125 Soldaten gefangen; außerdem erbeuteten wir zwei Maschinengewehre, einen Minenwerfer, einen Bombenwerfer, einen Scheinwerfer und große Mengen Handwaffen. Fünf dem Feind abgenommene Geschütze wurden vollständig unbrauchbar gemacht, weil es unmöglich war, sie mitzuführen. Trotz des die ganze Zeit über auf der ganzen Front anhaltenden schlechten Wetters und der sehr schwierigen Gelände-Verhältnisse bemühen sich unsere Truppen voll Opfermut fortgesetzt um die Erfüllung ihrer Aufgaben. . . .

29. März 1916.

Deutsche Meldung: Während die Russen ihre Angriffe in den nördlichen Abschnitten gestern nicht wiederholten, setzten sie südlich des Narocz-Sees Tag und Nacht ihre vergeblichen Anstrengungen fort. Siebenmal schlugen unsere Truppen teilweise im Bajonettkampf den Feind zurück.

Deutsche Flugzeuggeschwader warfen mit gutem Erfolg Bomben auf feindliche Bahnanlagen, besonders auf den Bahnhof Molodeczno ab.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern war die Fliegertätigkeit auf beiden Seiten recht lebhaft. Mehrere feindliche Flugzeuge wurden durch Feuer und eigene Flieger zur Umkehr gezwungen. Ein von unserer Artillerie herabgeschossener russischer Doppeldecker stürzte östlich von Buczacz hinter der feindlichen Linie ab. Durch Fliegerbomben entstand bei uns keinerlei Schaden. Unsere Flieger haben einige Orte hinter der russischen Front ausgiebig und mit beobachtetem Erfolg beworfen. Sonst keine Ereignisse von Wichtigkeit.

Aus der russischen Meldung: . . . Auf der Front in der Gegend von Dünaburg dauerte der Kampf südlich der Gegend von Dünaburg mit stellenweise heftigem Artilleriefeuer fort. In der Gegend westlich des Narocz-Sees vertrieben wir den Feind aus dem Südteil des Waldes südlich des Dorfes Mokrzyce. Wir wiesen einen Gegenangriff des Feindes, der folgte, durch unser Feuer ab. . . . An der ganzen Front ist Tauwetter eingetreten. Die Seengegenden und die Sumpfgegend sind überschwemmt. Ueberall sowohl in der südlichen wie in der nördlichen Gegend bedeckt sich das Eis in den Bächen und Seen wieder mit Wasser und wird in der Nähe des Ufers weich. Das Schmelzen der sehr dichten Schneedecke schafft in der ganzen nördlichen Gegend außerordentliche Schwierigkeiten für die Bewegungen der Truppen und der Artillerie.

30. März.

Deutsche Meldung: Südlich des Narocz-Sees ließen gestern die Russen von ihren Angriffen ab. Ihre Artillerie blieb hier, sowie westlich von Jakobstadt und nördlich von Widsy noch lebhaft tätig. Bei Postawy ist Ruhe eingetreten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Stellenweise Vorpostenkämpfe.

31. März.

Deutsche Meldung: Die Russen beschränkten sich auch gestern auf starke Beschießung unserer Stellungen an den bisher angegriffenen Fronten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

Aus der russischen Meldung: . . . Die Frühjahrsüberschwemmungen der Wasserläufe beeinträchtigen hüben und drüben die Tätigkeit der Truppen in dieser Gegend mehr und mehr. . . . Die jungen Kontingente unserer Regimenter verlangen ungeduldig nach dem Kampfe, trotz der unglaublichen Schwierigkeiten des Geländes, das in einen einzigen Sumpf verwandelt ist.

1. April 1916.

Deutsche Meldung: Keine besonderen Ereignisse. Hiernach scheint es, als ob sich der russische Ansturm zunächst erschöpft hat, der mit 30 Divisionen, gleich über 500 000 Mann, und einem für östliche Verhältnisse erstaunlichen Aufwand an Munition in der Zeit vom 18. bis 28. März gegen ausgedehnte Abschnitte der Heeresgruppe des G.F.M. von Hindenburg vorgetrieben worden ist. Er hat dank der Tapferkeit und zähen Ausdauer unserer Truppen keinerlei Erfolge erzielt. Welcher große Zweck mit den Angriffen angestrebt werden sollte, ergibt folgender Befehl des russischen Höchstkommandierenden der Armeen an der Westfront vom 4. (17.) März 1916 Nr. 537:

„Truppen der Westfront! Ihr habt vor einem halben Jahr stark geschwächt, mit einer geringen Anzahl Gewehre und Patronen den Vormarsch des Feindes aufgehalten, und, nachdem Ihr ihn im Bezirk des Durchbruchs bei Molodeczno aufgehalten habt, Eure jetzige Stellung eingenommen. Seine Majestät und die Heimat erwarten von Euch jetzt eine neue Heldentat: Die Vertreibung des Feindes aus den Grenzen des Reiches! Wenn Ihr morgen an diese hohe Aufgabe herantretet, so bin ich im Glauben an Euren

Mut, an Eure tiefe Ergebenheit gegen den Zaren und an Eure heiße Liebe zur Heimat davon überzeugt, daß Ihr Eure heilige Pflicht gegen den Zaren und die Heimat erfüllen und Eure unter dem Joch des Feindes seufzenden Brüder befreien werdet. Gott helfe uns bei unserer heiligen Sache!

Generaladjutant gez.: Evert."

Freilich ist es für jeden Kenner der Verhältnisse erstaunlich, daß ein solches Unternehmen zu einer Jahreszeit begonnen wurde, in der seiner Durchführung von einem Tage zum anderen durch die Schneeschmelze bedenkliche Schwierigkeiten erwachsen konnten. Die Wahl des Zeitpunktes ist daher wohl weniger dem freien Willen der russischen Führung, als dem Zwang durch einen notleidenden Verbündeten zuzuschreiben. Wenn nunmehr die gegenwärtige Einstellung der Angriffe von amtlicher russischer Stelle lediglich mit dem Witterungsumschlag erklärt wird, so ist das sicherlich nur die halbe Wahrheit. Mindestens ebenso, wie der aufgeweichte Boden, sind die Verluste an dem schweren Rückschlag beteiligt. Sie werden nach vorsichtiger Schätzung auf mindestens 140000 Mann berechnet. Richtiger würde die feindliche Heeresleitung daher sagen, daß die „große" Offensive, bisher nicht nur im Sumpf, sondern in Sumpf und Blut erstickt ist.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Olyka nahmen österreichisch-ungarische Abteilungen eine feindliche Vorstellung, warfen die russischen Deckungen ein, zerstörten die Hindernisse und kehrten sodann wieder in unsere Hauptstellung zurück. Südöstlich von Siemikowce wurde der Versuch des Feindes, seine Linien in einer Frontbreite von 1000 Schritt auf Sturmdistanz vorzuschieben, durch Artilleriefeuer und einen Gegenangriff vereitelt.

2. April 1916.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. An der Front östlich von Baranowitschi war die Gefechtstätigkeit reger als bisher.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: ... Südlich des Fleckens Olyka erneuerte der Feind seinen Angriff gegen die Höhen, die wir besetzt halten. Er wurde jedoch durch unser Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen. Er zog sich in Unordnung zurück, nachdem er beträchtliche Verluste erlitten hatte. . . .

3. April.

Deutsche Meldung: An der Front hat sich nichts Wesentliches ereignet. Durch deutsche Flugzeuggeschwader wurden auf die Bahnhöfe Pogorjelzy und Horodzieja an der Strecke nach Minsk, sowie auf Truppenlager bei Ostrowki (südlich von Mir) Bomben abgeworfen, ebenso durch eines unserer Luftschiffe auf die Bahnanlagen von Minsk.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die feindliche Artillerie entfaltete gestern fast an allen Teilen der Nordostfront eine erhöhte Tätigkeit. Sonst keine besonderen Ereignisse.

4. April.

Deutsche Meldung: Die Lage ist unverändert. Die feindliche Artillerie zeigte nur nördlich von Widsy, sowie zwischen Narocz- und Wiszniew-See lebhaftere Tätigkeit.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

5. April.

Deutsche Meldung: Keine besonderen Ereignisse. Im Frontabschnitt zwischen Narocz- und Wiszniew-See verstärkte die russische Artillerie ihr Feuer.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Lage überall unverändert.

6. April.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet. — Nichts Neues.

7. April 1916.

Deutsche Meldung: Südlich des Narocz-Sees wurden örtliche, aber heftige russische Angriffe zum Scheitern gebracht. Die feindliche Artillerie war beiderseits des Sees lebhaft tätig.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: ... In der Gegend südwestlich des Narocz-Sees heftige Artilleriekämpfe während des ganzen gestrigen Tages. Gegen Abend besetzten unsere Truppen einige Punkte der feindlichen Stellungen in der Gegend des Dorfes Bliznikí und machten einen Offizier und 77 Soldaten zu Gefangenen. Die Deutschen gebrauchten, um unsere Angriffe abzuweisen, erstickende Gase. . . .

8. April 1916.

Deutsche Meldung: Die russischen Angriffe blieben auch gestern auf einen schmalen Frontabschnitt südlich des Narocz-Sees beschränkt und wurden glatt abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts von besonderer Bedeutung.

9. bis 11. April.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. — Unverändert. — Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Unverändert. — Die Lage ist unverändert. — Keine besonderen Ereignisse.

12. April.

Deutsche Meldung: Bei Garbunowka (nordwestlich von Dünaburg) wurden russische Nachtangriffe mehrerer Kompanien abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts von Bedeutung.

13. April.

Deutsche Meldung: Südlich des Narocz-Sees verstärkte sich das russische Artilleriefeuer gestern nachmittag merklich. Oestlich von Baranowitschi wurden Vorstöße feindlicher Abteilungen von unseren Vorposten zurückgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nach wie vor unverändert.

Aus der russischen Meldung: . . . Westlich des Naroczsees beschoß der Feind am 12. April ungefähr gegen 6 Uhr abends zuerst heftig unsere Stellungen, dann näherte er sich kurz darauf beim Dorfe Mokrzyce in kleinen Gruppen und hierauf in ziemlich starken Kolonnen. Das Feuer unserer Artillerie zerstreute die Deutschen, die sich in ihre Gräben zurückzogen. . . .

14. April 1916.

Deutsche Meldung: Bei der Heeresgruppe des G. F. M. v. Hindenburg wurden in der Gegend von Garbunowka (nordwestlich von Dünaburg) und südlich des Naroczsees begrenzte feindliche Vorstöße blutig abgewiesen. Ebenso blieben bei der Heeresgruppe des G. F. M. Prinz Leopold von Bayern Unternehmungen russischer Abteilungen gegen die Stellungen am Serwetsch nördlich von Zirin erfolglos.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern standen unsere Linien an der unteren Strypa, am Dnjestr und nordöstlich von Czernowitz unter heftigem Geschützfeuer. In der Nacht kam es im Mündungswinkel der unteren Strypa und südöstlich von Buczacz zu starken Vorfeldkämpfen, die teilweise noch fortdauern. Im südlichsten Teil des Gefechtsfeldes wurde die Besatzung einer vorgeschobenen Schanze in die Hauptstellung zurückgezogen. Nordöstlich von Jazlowiec drang der Feind gleichfalls in eine unserer Vorstellungen ein, wurde aber durch einen raschen Gegenangriff wieder hinausgeworfen, wobei wir einen russischen Offizier, drei Fähnriche und 100 Mann gefangen nahmen. An der von Buczacz nach Czortkow führenden Straße bemächtigte sich ein österreichisch-ungarisches Streifkommando durch Ueberfall einer russischen Vorposition. Auch gegen die Front der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand entfaltete die feindliche Artillerie erhöhte Tätigkeit.

Aus der russischen Meldung: Am 12. April ergriffen die Deutschen die Offensive im Abschnitte zwischen Swenten- und Ilsensee; sie wurden abgewiesen. Nach einer Artillerievorbereitung nahmen die Deutschen die Offensive auf dem gleichen Abschnitt wieder auf; sie wurden durch unser Feuer von neuem zurückgeworfen und ließen vor unseren Gräben eine große Zahl von Toten und Verwundeten zurück. Die feindliche Artillerie bekundete eine lebhafte Tätigkeit in der Gegend des Miadziolsees und weiter nördlich, sowie in der Gegend des Naroczsees und weiter nördlich des Fleckens Smorgon. Südwestlich von Buczacz haben wir einen feindlichen Angriff abgewiesen. In der Gegend der Strypamündung nahmen unsere Truppenteile die „Grab Popoffs" (Popowa Mogila) genannte Höhe und die Schützengräben weiter südlich davon. Zwei Gegenangriffe des Gegners zur Zurückeroberung der verlorenen Abschnitte wurden von uns mit großem Verlust für den Feind abgewiesen. Nach bis jetzt eingelangten Nachrichten haben wir in diesem Kampfe über hundert Gefangene gemacht, darunter fünf Offiziere. Auf unserer linken Flanke bei Chotin wurde am 12. April gegen 11 Uhr vormittags ein aus der Richtung Bojan gekommenes feindliches Flugzeug von unsern Flugzeugen empfangen und mußte umkehren. Gleichzeitig gelang es einem andern feindlichen Flugzeuge, bis Zwaniec am Dnjestr gegenüber von Chotin zu gelangen und fünf Bomben abzuwerfen, deren Splitter die Schildwache Anatol Postawew verwundeten. Als der

Kaiser, der in diesem Augenblick eine Parade über Truppen sechs Werst nördlich von Zwaniec abnahm, dies erfuhr, gab er Befehl, den Verwundeten mit dem Georgskreuze IV. Klasse zu dekorieren.

15. April 1916.

Deutsche Meldung: Die gestern wiederholten örtlichen Angriffsversuche der Russen nordwestlich von Dünaburg hatten das gleiche Schicksal, wie am vorhergehenden Tage. Am Serwetsch südöstlich von Korelitschi brachten wir einen durch starkes Feuer eingeleiteten Vorstoß schwacher feindlicher Kräfte leicht zum Scheitern.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern nach 5 Uhr früh erschienen sieben feindliche Flugzeuge, darunter vier Kampfflieger, über Czernowitz und den Bahnanlagen nördlich der Stadt. Zur Abwehr stiegen einige unserer Flugzeuge auf, denen es nach zweistündigem, über Czernowitz sich abspielendem Luftkampfe gelang, einen feindlichen Kampfflieger auf 30 Schritte abzuschießen. Das feindliche Geschwader flüchtete, das getroffene Flugzeug landete im Sturzflug bei Bojan zwischen der russischen und unserer Linie und wurde durch unser Geschützfeuer vernichtet. Der feindliche Beobachter ist tot. Unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück. Sonst verlief der gestrige Tag sowohl in Ostgalizien als auch an den anderen Abschnitten unserer Nordostfront verhältnismäßig ruhig.

Aus der russischen Meldung: In der Gegend von Dünaburg ergriffen unsere Schützen in der Nacht des 14. April die Offensive im Abschnitt der Ortschaft Guinowka. Südlich der Ortschaft Garbunowka durchschnitten unsere Schützen vier Linien von Drahtverhauen und besetzten zwei Hügel westlich und südlich dieser Ortschaft. Der Feind konzentrierte sein Geschütz- und Gewehrfeuer auf die beiden Hügel und löste dann mehrere Gegenangriffe aus, wurde aber jedesmal zurückgeschlagen. Das Schlachtfeld zwischen den besetzten Hügeln und den folgenden feindlichen Schützengräben ist mit deutschen Leichen bedeckt. Nach einer Artillerievorbereitung ergriffen feindliche Gruppen die Offensive in der Gegend nordöstlich von Smorgon. Sie wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen. In der Gegend südlich des Bahnhofs von Olyka rückten unsere Truppenteile vor und verschanzten sich trotz dem feindlichen Trommelfeuer. Im Laufe des Kampfes in der Nacht des 13. April östlich von Trybuchowce näherten sich die Feinde, die außer ihren Gewehren und Bajonetten noch mit Dolchen bewaffnet waren, unseren Schützengräben, warfen ihre Gewehre fort, hoben die Arme hoch und riefen, daß sie sich ergäben. Als sie aber herangekommen waren, begannen sie, die Unserigen zu erdolchen, worauf sich ein Handgemenge entspann.

Am 14. April warfen vierzehn unserer Flugzeuge fünfzig Bomben auf die Bahnhöfe von Zuczka und Czernowitz-Nord. Alle unsere Flugzeuge sind unversehrt zurückgekehrt.

Nach ergänzenden Angaben haben wir bei der Einnahme des „Popowa Mogila" genannten Hügels fünf Offiziere und 238 Soldaten unverwundet und 30 Verwundete gefangen genommen.

16. April.

Deutsche Meldung: Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Außer dem alltäglichen Geschützkampfe keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: ... In der Gegend von Smorgon nahmen die Deutschen bei Tagesanbruch des 15. April die Offensive wieder auf. Alle ihre Versuche, vorzurücken, wurden durch unser Konzentrationsfeuer empfangen und waren alle ohne Erfolg. Während der Artillerievorbereitung seines Angriffs warf der Feind Geschosse mit erstickenden Gasen. . . .

17. April.

Deutsche Meldung: Die Russen zeigen im Brückenkopf von Dünaburg lebhaftere Tätigkeit

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Am oberen Sereth schlugen unsere Feldwachen einen russischen Vorstoß ab. Sonst nichts Neues.

18. April 1916.

Deutsche Meldung: Im Brückenkopf von Dünaburg brachen heute früh vor unseren Stellungen südlich von Garbunowka auf schmaler Front angesetzte russische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind zusammen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unverändert.

Aus der russischen Meldung: . . . In Galizien führte der Feind am 16. April mit großen Truppenbeständen erbitterte Angriffe auf Popowa Mogila aus. Einer dieser Angriffe erstreckte

sich auf eine Front von zwei Werst. Sie wurden alle unter großen Verlusten für den Gegner abgeschlagen. Nach ergänzenden Berichten erbeuteten wir am 13. April während der Einnahme von Popowa Mogila eine große Menge Waffen, Kartuschen, Telephonmaterial, Periskope, Splitter-Fangwehren, Flatterminen und Bombenwerfer mit vier Bombenwagen. . . .

19. April 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teil der Front lebhaftere Artillerie- und Patrouillentätigkeit.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordwestlich Tarnopol sprengten wir erfolgreich eine Mine und besetzten den westlichen Trichterrand. Sonst nichts Neues.

Aus der russischen Meldung: In der Gegend von Dünaburg, südlich des Dorfes Garbunowka, eröffneten die Deutschen in der Nacht vom 18. April ein Trommelfeuer auf unsere Schützengräben beim Dorfe Guinowka. Sodann griffen sie uns an und nahmen uns einen Graben. Durch unsern Gegenangriff vertrieben wir jedoch den Feind wieder daraus. . . .

20. April.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Nichts Neues.

21. April.

Deutsche Meldung: Bei Garbunowka, nordwestlich von Dünaburg, erlitten die Russen bei einem abermaligen vergeblichen Angriff etwa eines Regiments beträchtliche Verluste. Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer belegte ein deutsches Flugzeuggeschwader die Bahnanlagen von Tarnopol ausgiebig mit Bomben.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unverändert.

Aus der russischen Meldung: . . . In Galizien griff der Feind mit Hartnäckigkeit die Gegend von Popowa-Gora an, aber ohne Ergebnis.

22. April.

Deutsche Meldung: Auch gestern scheiterten russische Angriffsunternehmungen blutig vor unseren Hindernissen südöstlich von Garbunowka.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Versuche russischer Abteilungen, sich nordwestlich von Dubno nahe vor unseren Linien festzusetzen, wurden durch Feuer vereitelt. Sonst nur die gewohnten Artilleriekämpfe.

23. April.

Deutsche Meldung: Südlich des Naroczsees endete ein russischer Angriff in etwa Bataillonsstärke verlustreich an unserem Hindernis. Sonst außer stellenweise auffrischendem Artilleriefeuer und einigen Patrouillenkämpfen keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

24. April.

Deutsche Meldung: Keine wesentlichen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Gefechtstätigkeit war gestern an der ganzen Front wesentlich schwächer als gewöhnlich. Eine Mine, die der Feind östlich von Dobronoutz sprengte, richtete nur in den russischen Gräben Schaden an.

25. April.

Deutsche Meldung: Südöstlich von Garbunowka brach abermals ein russischer Angriff verlustreich zusammen. Ein deutsches Flugzeuggeschwader griff mit beobachtetem gutem Erfolge die Bahn- und Magazinanlagen von Molodeczno an.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unverändert.

26. April.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine wesentlichen Ereignisse. — Ein deutsches Flugzeuggeschwader warf ausgiebig Bomben auf die Flugplätze von Dünaburg.

27. April 1916.

Deutsche Meldung: Die Lage ist unverändert. Eines unserer Luftschiffe warf auf die Werke, sowie die Hafen- und Bahnanlagen von Dünamünde Bomben ab.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

Aus der russischen Meldung: In der Nacht vom 26. April griff der Feind nach einer Artillerievorbereitung von zwei Stunden Dauer den Abschnitt von Wlassy—Kraschin nordöstlich von

Phot. Kühlewindt, Königsberg

Deutsche Jägerpatrouille am kurländischen Ostseestrand



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Pferde-Unterstände deutscher Truppen in einem Walde an der Düna



Phot. H. Thill, Thorn

Entwässerungsarbeiten in den Zugängen zu den Schützengräben vor Dünaburg



Phot. Photothek, Berlin

Ein deutsches 12 cm Geschütz vor Dünaburg

Baranowitschi an. Diese Offensive wurde durch das Feuer unserer Patrouillenposten und unserer Aufklärer abgewiesen. Vom Morgen an haben wir neue Ansammlungen des Feindes gegen diesen Abschnitt festgestellt. Wir haben sie gleichfalls durch unser Feuer zerstreut.

28. April 1916.

Deutsche Meldung: Die Lage an der Front ist im allgemeinen unverändert. Die Bahnanlagen und Magazine von Rjezyca wurden von einem Luftschiff, mehrere russische Flughäfen von Flugzeuggeschwadern angegriffen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

29. April.

Deutsche Meldung: Südlich des Naroczsees machten unsere Truppen gestern einen Vorstoß, um die am 26. März zurückgewonnenen Beobachtungsstellen weiter zu verbessern. Ueber die vor dem 20. März von uns gehaltenen Gräben hinaus wurden die russischen Stellungen zwischen Zanarocze und Gut Stachowce genommen. 5600 Gefangene und 56 Offiziere, darunter vier Stabsoffiziere, ein Geschütz, 28 Maschinengewehre, zehn Minenwerfer sind in unsere Hand gefallen. Die Russen erlitten außerdem schwere blutige Verluste, die sich bei einem nächtlichen, in dichten Massen geführten Gegenangriff noch stark erhöhten. Der Feind vermochte keinen Schritt des verlorenen Bodens wieder zu gewinnen. Unsere Luftschiffe griffen die Bahnanlagen bei Wenden und an der Strecke Dünaburg—Rjezyca an.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nördlich von Mlynow an der Ikwa warfen Abteilungen der Armee Erzherzog Josef Ferdinand den Feind aus seinen Vorstellungen; es wurden ein russischer Offizier, 180 Mann und ein Maschinengewehr eingebracht. Sonst die gewöhnlichen Geschützkämpfe.

Aus der russischen Meldung: . . . Südwestlich des Naroczsees machte die deutsche Artillerie bei Tagesanbruch einen Feuerüberfall, worauf die Infanterie in dichten Linien zum Angriff ansetzte. Es gelang den Deutschen, die kürzlich verlorenen Gräben wieder zu nehmen. Besonders heftig gekämpft wurde in der Stellung bei den Dörfern Zanarocze und Stachowce. Bei Smorgon entwickelten die Deutschen ebenfalls heftige Artillerietätigkeit.

30. April.

Deutsche Meldung: Südlich des Naroczsees wurden nachts noch vier russische Geschütze und ein Maschinengewehr erbeutet, sowie 83 Gefangene eingebracht.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nördlich von Mlynow sind unsere Abteilungen vor überlegenen russischen Angriffen aus den am 28. April erkämpften russischen Vorstellungen zurückgenommen worden. Die Zahl der gestern gemeldeten Gefangenen ist auf über 200 angewachsen.

Aus der russischen Meldung: . . . In der Gegend westlich des Naroczsees flaute der Kampf ab. Wir haben durch unser Feuer die Versuche des Feindes, aus seinen Drahtverhauen in der Gegend südlich des Fleckchens Krewo hervorzubrechen, abgewiesen. Nördlich von Murawica an der Ikwa ergriffen die Oesterreicher gestern bei Tagesanbruch, nach einer Vorbereitung mit schwerer und leichter Artillerie mit bedeutenden Truppenbeständen die Offensive gegen unsere Gräben, die westlich der Dörfer Groß- und Klein-Bojarka einen Vorsprung bilden. Diese Gräben wurden von einer einzigen Kompanie gehalten, die sich zurückziehen mußte. Hierauf eröffneten unsere Abteilungen ihrerseits ein heftiges Artilleriefeuer und unternahmen einen Gegenangriff. Gegen 1 Uhr nachmittags eroberten wir trotz des sehr starken feindlichen Feuers die verlorenen Gräben zurück, mit allen Ueberlebenden ihrer magyarischen Besatzung, d. h. 22 Offizieren, zwei Aerzten und mehr als sechshundert Soldaten, die die Waffen niederlegten. In den wiedergewonnenen Gräben befand sich ein Haufen magyarischer Toter und Verwundeter. Unsere Verluste belaufen sich auf ungefähr vier Offiziere und hundert Soldaten. Wir erbeuteten eine große Anzahl Gewehre, Munition, Patronen, Granaten und militärischen Zwecken dienende Eisenspitzen.

1. und 2. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. — Nichts Neues. — Es hat sich nichts besonderes ereignet. — Nichts Neues.

3. Mai 1916.

Deutsche Meldung: Nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Oestlich von Narancze schoß ein österreichisch-ungarischer Kampfflieger ein feindliches Flugzeug ab. Sonst nichts von Bedeutung.

4. Mai 1916.

Deutsche Meldung: An der Front ist die Lage im allgemeinen unverändert. Unsere Luftschiffe haben die Bahnanlagen an der Strecke Molodeczno—Minsk und den Bahnkreuzungspunkt Luniniec nordöstlich von Pinsk mit beobachtetem Erfolg angegriffen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordwestlich von Tarnopol brachten unsere Erkundigungstruppen einen russischen Offizier und hundert Mann als Gefangene ein. Stellenweise Artilleriekampf.

5. Mai.

Deutsche Meldung: Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unsere Flieger belegten vorgestern den Bahnknotenpunkt Zdolbunow südlich von Rowno mit Bomben. Im Bahnhofgebäude, in den Werkstätten, im rollenden Material und auf den Schienenanlagen wurden Treffer beobachtet. Mehrere Gebäude gerieten in Brand. Gestern wieder überall erhöhte Geschütztätigkeit, vielfach auch Vorfeldgeplänkel.

Aus der russischen Meldung: . . . Südöstlich des Bahnhofes von Olyka haben unsere Truppen einen kleinen Fortschritt erzielt und das eroberte Gelände befestigt. Ein feindlicher Gegenangriff, unterstützt durch heftiges Artilleriefeuer, blieb ohne Erfolg. Ebenso blieben Versuche bedeutender feindlicher Gruppen fruchtlos, da diese Angriffe durch das Feuer aus unseren Gräben in der Gegend der Eisenbahnlinie Tarnopol—Jezierna aufgehalten wurden.

6. Mai.

Deutsche Meldung: Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Truppen der Armee Erzherzog Josef Ferdinand vertrieben südwestlich von Olyka die Russen aus einem unmittelbar vor der Front liegenden Wäldchen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: ... Südlich des Bahnhofs von Olyka zwangen unsere Aufklärer den Feind, den Wald östlich der Ortschaft Zorniszcze zu räumen.

7. Mai.

Deutsche Meldung: Russische Torpedoboote beschossen heute früh wirkungslos die Nordostküste von Kurland zwischen Rojen und Markgrafen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Geringe Gefechtstätigkeit; Lage unverändert.

8. und 9. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. — Keine besonderen Ereignisse. — Nichts Neues. — Nirgends besondere Ereignisse.

10. Mai.

Deutsche Meldung: Südlich von Garbunowka (westlich Dünaburg) wurde ein russischer Vorstoß auf schmaler Frontbreite unter schweren Verlusten für den Gegner abgewiesen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In Ostgalizien und Wolhynien andauernd erhöhte Tätigkeit bei den Sicherungstruppen. Keine besonderen Ereignisse.

11. Mai.

Deutsche Meldung: Nördlich des Bahnhofes Selburg wurden 500 Meter der feindlichen Stellung erstürmt. Hierbei fielen 309 unverwundete Gefangene in unsere Hand. Einige Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

12. Mai 1916.

Deutsche Meldung: Ein deutsches Flugzeuggeschwader belegte den Bahnhof Horodzieja an der Linie Kraschin—Minsk ausgiebig mit Bomben.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die erhöhte Gefechtstätigkeit an unserer wolhynischen Front hält an. Keine besonderen Ereignisse.

Aus der russischen Meldung: . . . Am 10. Mai abends ergriffen die Deutschen nach einem heftigen Artilleriefeuer die Offensive zwischen dem Abschnitt von Jakobstadt, nördlich des Bahnhofes von Selburg. Da sie kein Ergebnis erzielt hatten, nahmen sie die Offensive auf dem gleichen Punkt in der Nacht des 11. Mai nach einem neuen Bombardement wieder auf. Der Kampf dauert um die Ortschaft Jepuken fort, die von der feindlichen Artillerie zerstört ist. Südwestlich des Medmussees ergriffen die Deutschen ebenfalls die Offensive, aber ohne irgendeinen Erfolg.

13. Mai 1916.

Deutsche Meldung: Nördlich des Bahnhofs Selburg wurde ein russischer Angriffsversuch gegen die kürzlich genommenen Gräben durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt. Mehr als 100 Russen wurden gefangen genommen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unverändert.

14. bis 17. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine besonderen Ereignisse. — Nichts von Bedeutung. — Unverändert. — Nichts Neues.

18. Mai.

Deutsche Meldung: Oestlich von Kraschin wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts von Bedeutung.

19. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Nichts Neues. — Keine besonderen Ereignisse.

20. Mai.

Deutsche Meldung: In der Gegend von Smorgon brachte ein deutscher Flieger nach Luftkampf ein russisches Flugzeug zum Absturz.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Lage unverändert.

21. bis 23. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Nichts Neues. — Nichts von Belang. — Die Lage ist im allgemeinen unverändert. — Unverändert.

24. Mai.

Deutsche Meldung: In Gegend von Pulkarn (südöstlich von Riga) vertrieben deutsche Truppen die Russen aus einem zwischen den beiderseitigen Linien liegenden Graben. 68 Gefangene fielen in unsere Hand. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

25. Mai.

Deutsche Meldung: Keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In Wolhynien unternahmen unsere Streifkommandos an mehreren Stellen erfolgreiche Ueberfälle. Lage unverändert.

26. Mai.

Deutsche und österreichisch-ungarische Meldungen: Keine besonderen Ereignisse. — Unverändert.

27. Mai.

Deutsche Meldung: Bei einer erfolgreichen Patrouillenunternehmung südlich Kekkau machten wir einige Gefangene.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts Neues.

28. Mai 1916.

Deutsche Meldung: Keine Aenderungen. Ein russisches Flugzeug wurde in der Gegend von Slonim im Luftkampf abgeschossen, die Insassen, zwei russische Offiziere, sind gefangen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nichts von Bedeutung.

Die russische Märzoffensive 1916.

Bericht aus dem deutschen Großen Hauptquartier vom 9. Juni 1916

Die Winterruhe des Stellungskrieges an der deutschen Ostfront wurde am 16. März jäh und plötzlich unterbrochen. Zu dem von unserer Heeresleitung erwarteten Zeitpunkt und mit gleichfalls erwarteter Kraftanstrengung setzte die russische Offensive ein. Eine Offensive: in ihrem Eintritt seit langem kenntlich, in ihrer Endwirkung vorauszusehen und erwünscht. Die ersten sicheren Anzeichen des bald bevorstehenden Angriffes wurden Ende Februar 1916 bemerkbar. Gefangene sprachen von der Absicht eines großen Angriffes auf „Wilna." Die Ruhe in den russischen Gräben machte einer lebhaften Tätigkeit Platz; Truppenverschiebungen an und hinter der Front ließen auch bald die beabsichtigten Einbruchsstellen erkennen.

Man mag diese Offensive als „Entlastungsoffensive" für die französische Verdunfront bewerten oder als selbständige strategische Handlung beurteilen — zwei Tatsachen stehen unverrückbar fest: das große Endziel der russischen Heeresleitung und die unerschütterliche Zuversicht der deutschen Führung im Festhalten der Eisernen Mauer im Osten. Alle Versuche des Gegners, nach dem Fehlschlagen seiner Hoffnungen das ursprünglich beabsichtigte Ausmaß zu verkleinern, können nicht standhalten vor der Beweiskraft der feindlichen Heeresbefehle zur Einleitung des Angriffes, dessen Endzweck die Vertreibung der deutschen Heere aus dem besetzten Gebiet war:

„Truppen der Westfront! . . . Seine Majestät und die Heimat erwarten von Euch jetzt eine neue Heldentat: die Vertreibung des Feindes aus den Grenzen des Reiches . . ." (Befehl des Höchstkommandierenden der Westfront vom 4./17. III. 16, Nr. 537; vgl. S. 164.)

Ferner: „Der Führer der Armee hat mir während seines Besuches der Truppen der mir unterstellten Korps befohlen, allen Truppen seinen Gruß zu übermitteln. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung aus, daß alle heldenmütigen Truppen . . . ihre Pflicht bis zum Aeußersten erfüllen und den Feind besiegen werden. Ich bin froh, diese gnädigen Worte unseres Führers bekannt zu geben, und kann meinerseits nur bestätigen, daß die glorreichen Traditionen der Korps volle Gewißheit bieten, daß in der eingetretenen entscheidenden Stunde des Kampfes mit einem starken Feind alle Offiziere und Mannschaften beweisen werden, daß sie treue Söhne unserer teuren Heimat sind und lieber sterben, als unser russisches Land beschämen werden. Mit Gott für Zar und Rußland!"

(Befehl an die Truppen des Generals Balujew vom 3./16. III. 16.)

Also eine allgemeine Offensive mit dem Ziel: Befreiung der besetzten Gebiete.

Im Einklang mit der Aufgabe standen die Mittel der Vorbereitung. Alle Maßnahmen für den entscheidenden Angriff waren bis in die Einzelheiten seit langer Zeit durchdacht und vorbereitet. Allerdings mutet es den deutschen Soldaten sonderbar an, wenn ein Befehl Selbstverständlichkeiten verlangt: „Die Infanterie hat die Gewehre, Maschinengewehre, Bomben- und Minenwerfer instandzusetzen, — die Artillerie die Geschütze und das gesamte Material."

Nur ein Glied fehlte in der Kette der russischen Vorbereitungen: das Glied, seit Tannenberg und der Winterschlacht in Masuren endgültig herausgerissen aus der russischen Armee: der Siegerwille und das Siegesbewußtsein der Truppe.

Noch einmal versuchte die russische Heeresleitung die Herbeiführung der Entscheidung. Der Armeebefehl des Generals Evert, Höchstkommandierenden der Westfront, läßt darüber gar keinen Zweifel. Klar und deutlich wird als „Durchbruchsziel" Wilna und die Bahnlinie Wilna—Dünaburg bezeichnet. Kerntruppen werden gegen die Einbruchsstellen bereitgestellt. Zu einheitlicher Handlung werden überlegene Kräfte angesetzt. Gleichzeitig sollen die Einbruchsstellen durch das Gewicht einer einheitlichen, erdrückenden Masse durchstoßen werden.

Eingehend werden Truppen und Stäbe über ihre Aufgaben unterwiesen. „Nach Einnahme der Gräben des Gegners dürfen sich die Angreifenden nicht aufhalten lassen. Der Durchbruch verträgt keine Unterbrechung." Nr. 6 desselben Befehles besagt: „Die Artillerie hat alle Maßregeln zu treffen, damit das Schießen auf eigene Truppen vermieden wird. Hierin liegt die ganze Stärke der Zusammenwirkung der Infanterie mit der Artillerie." Ein eigenartiges Eingeständnis taktischer Zusammenarbeit und der Auffassung vom Wesen des Kampfes beider Waffen. Eigenartig besonders deshalb, weil die folgende Nr. 7 des Befehls von der Artillerie gewisse Vorbereitungen zum Feuer auf die eigene Infanterie geradezu verlangt: „Den Truppen ist einzuprägen, daß die Reserven und die Artillerie auf sie das Feuer eröffnen werden, falls die Angreifenden versuchen, sich gefangen zu geben."

Der Offensivplan war groß und einfach gedacht: Eine Zange mit rechtem Flügel etwa in Gegend Jakobstadt, mit linkem an der Beresina. Unwiderstehlicher Durchbruch in der Mitte beiderseits des Naroczsees. Aufrollen der deutschen Front nach Nordwesten und Südwesten. Die Befehle waren gegeben, die „Tintenfässer geschlossen". Nun sollte Blut fließen und den Durchbruch in einer Entscheidungsschlacht erzwingen.

Die Stellen, die als Durchbruchspunkte den Hebel zur Aufrollung der deutschen Front bilden sollten, waren: die Front zwischen Wisznicw- und Naroczsee sowie die Gegend Postawy—Wileity (vgl. die Karten IX und X in Band XII, S. 263 und 265).

Gegen die Durchbruchsfront zwischen Beresina und Disna wurden bis Mitte März 1916 sehr starke Kräfte herangeführt und zum Angriff bereitgestellt. Zwei Armeekorps schoben sich näher nach Norden an Smorgon heran. Gegen die Seenenge wurde eine starke Stoßtruppe unter General Balujew angesetzt (V., XXXVI., III. sibirisches Korps und eine Ural-Kosakendivision). Zum Durchbruch im ungefähren Abschnitt Mosheiki—Wileity war eine Armeeabteilung unter General Pleschkow bestimmt (I., I. sibirisches, XXVII. Korps und VII. Kavalleriekorps). So schien ein planmäßiger, einheitlicher Angriff gegen die Durchbruchsstellen gewährleistet. Nach französischem Muster fehlte es also nicht an Kavalleriemassen, die nach gelungenem Durchbruch sofort das Gebiet unserer rückwärtigen Verbindungen überschwemmen und Verwirrung hinter die deutsche Front tragen sollten. Ihrer harrte auch der ehrenvolle Befehl rastloser Verfolgung der fliehenden deutschen Heere. Es kam aber nur ein Teil der Kosakenhorden zur Verwendung: nicht zu rühmlicher Verfolgung, sondern in der schmachvollen Aufgabe, die Sturmtruppen mit der Nagaika zum Vorgehen zu peitschen.

Der 16. und 17. März brachte volle Klarheit über die russischen Absichten. Die Durchbruchsstellen bei Postawy und südlich des Naroczsees wurden mit starkem Artilleriefeuer belegt, das sich allmählich erheblich steigerte.

Auf die Front der beiden Stoßgruppen waren angeblich 800 bis 1000 Geschütze, darunter schwerste Kaliber, verteilt. Ungeheure Munitionsmassen waren bereitgelegt. Die deutschen Stellungen sollten eingeebnet werden. Den Sturmtruppen hatte man angenehme Phantasiebilder entwickelt: Die Artillerie würde die ganze Arbeit allein leisten. Ein fast mühe- und gefahrloser Spaziergang gegen die deutschen Stellungen würde den Sieg bringen. Gleichwohl hielt man es für nötig, der Infanterie eine Schilderung von den entsetzlichen Martern und Qualen auszumalen, die ihrer bei etwaiger Gefangennahme harrten.

Während nun die Klauen der „Zange" zwar drohten, aber nicht zum Zupacken kamen, ergoß sich die Woge der Angriffsinfanterie in fast unversiegbarem Strom gegen die Durchbruchsstellen. Bereits der 18. März zeigt einen gewissen Höhepunkt des Angriffs beider Stoßgruppen. Je drei Armeekorps drücken gleichzeitig und im operativen Zusammenarbeiten gegen die Front Postawy—Wileity und gegen die Seenenge. Hier wurde später noch ein viertes Korps eingesetzt.

Nach ausgiebigem Artilleriefeuer tritt am 18. März die russische 25. Division aus Linie Iwanki—Spiagla zum Angriff in Richtung Baltaguzy an. Der vom Westufer des Wiszniewsees durch unsere schwere Artillerie wirksam flankierte Angriff bricht zusammen. Die abgeschlagene Division läßt 3000 Tote auf dem Angriffsfeld und rettet nur Trümmer. Von ihrem Regiment 98 kehren etwa 100, von einem anderen Regiment ungefähr 150 Leute zurück. Weiter östlich greift gleichzeitig zweimal die 7. Division, westlich am Nachmittag die 10. Division an. Trotz stärkster Feuervorbereitung scheitern alle diese Angriffe, wie auch die von etwa zwei Divisionen im nördlichen Abschnitt Mosheiki—Wileity, unter schwersten Verlusten. Ohne den geringsten Erfolg an irgendeiner Stelle verbluten die Angriffstruppen. Das Regiment 38 der 10. Division verliert

an diesem Tage 1600 Mann. Ein erschütterndes und erhebendes Bild zugleich! Drüben die in tiefem Schlamm und Morast sich heranwälzenden Massen, getrieben durch Knutenhiebe und Rückenfeuer. Hier die Eiserne Mauer der Hindenburgarmee. Fest, starr in Stahl und Erz. Fester noch in dem Willen jedes einzelnen: auszuhalten selbst gegen erdrückende Uebermacht. Hier sieht niemand ängstlich nach rückwärts, nach der Polizeitruppe hinter der Front. Sie fehlt. Aller Augen blicken nach vorn, und die Steine der Mauer sind die Soldatenherzen des Verteidigers.

Den 19. März benutzt der Gegner, seine zusammengeschmolzenen Massen aufzufüllen. Am 20. März versucht er den Durchbruch mit neuer Kraft. Während ein Angriff gegen Baltaguzy gänzlich mißglückt, unternimmt der Feind auch im nördlichen Abschnitt unerhörte Anstrengungen. Das ganze I. sibirische Korps, die 22. Division und Teile der 59. Division werden unbarmherzig viermal und jedesmal in vier bis fünf dichten Wellen vorgeworfen. Scheinangriffe der 10. sibirischen Division bei Lotwa beabsichtigen die deutsche Führung abzulenken, verfehlen aber ihren Zweck. Unter selbst für russische Verhältnisse ungeheueren Verlusten flutet der zerschmetterte Angriff der Stoßgruppe Pleschkow in seine alten Stellungen zurück.

Der 21. März bringt den Höhepunkt der Schlacht am Naroczsee. Die Krisis des Angriffs ist hereingebrochen. Jener Augenblick, da die Wagschale schwebt und unentschlossen schwankt zwischen Sieg oder Nachlassen der Kräfte des Verteidigers. Das Höchstmaß der beiderseitigen Anstrengungen ist auf das äußerste angespannt. In der Seenenge tobt der Kampf mit unverminderter Heftigkeit um Baltaguzy. Die russische 25. Division wird abgeschlagen und in ihrer Gefechtskraft völlig erschüttert. Aber der 10. Division gelingt es bei Blizniki, in das Gelände unserer Beobachtungsstellen und in Teile der vorderen Stellungen einzudringen. Hier geraten die russischen Regimenter in furchtbare Verwirrung. Offiziere sind nicht zur Stelle oder haben die Gewalt über die Truppe verloren. Hier wollen Kompanien weiterstoßen, dort wollen andere zurückweichen, wieder andere setzen sich fest, zufrieden mit dem Erreichten, wo sie gerade sind. Ein erbitterter Kampf tobt im Vorwerk Stachowce.

Gleichzeitig drücken und wälzen sich dicke Massen dreier Divisionen im Abschnitt Mosheiki—Wileity heran, gestützt und vorwärts geschoben durch heftiges Artilleriefeuer. An wenigen Stellen gelangen sie bis an oder in vordere Teile unserer Gräben. Kräftige Gegenangriffe werfen die Eingedrungenen sogleich wieder hinaus. Sieben Offiziere, 800 Mann bleiben gefangen in unserer Hand. Unter außergewöhnlichen Verlusten flüchtet der Angreifer. Die 22. Division rettet nur Trümmer aus dem Feuerbereich.

Nördlich Wileity mißglückt in ähnlicher Weise ein Angriff der 59. Division.

Hier im nördlichen Abschnitt zwingen die furchtbaren Verluste den Gegner am 22. März zur Ruhe und Erholungspause. In der Seenenge hat der kleine Teilerfolg bei Blizniki den Mut belebt und die Zuversicht gehoben. Hier also scheint der Sieg erreichbar. Nach stundenlanger Artillerievorbereitung am 22. März greifen nachmittags etwa vier Divisionen erneut an. Zwei Angriffe werden angesetzt. Zweimal in je vier dichten Wellen brechen die russischen Massen vor. Zweimal zerschellen diese Versuche restlos unter schwersten Verlusten. Allein die 8. sibirische Schützendivision verliert an Gefangenen 2000 Mann. Mit äußerster Heftigkeit wütet das Artilleriefeuer in der Nacht zum 23. März weiter. In den Morgenstunden bricht die verstärkte 8. sibirische Schützendivision noch zweimal zum Angriff vor. Die Angriffe scheiterten ebenso wie die folgenden Vorstöße am Abend.

In unerschütterlicher Ruhe halten die Truppen der 10. Armee. Heute in Eis und Schnee frierend und erstarrend, morgen in Tauwetter durchnäßt, im tiefen Schlamm und Brei der aufgeweichten, durch das heftige russische Feuer abgedeckten Gräben.

Musterhafte Arbeit leistet die Artillerie, Feldartillerie und schwere. Hier legt sie Sperrfeuer zwischen Hindernisse und Angreifer, dort vor seine nachrückenden Reserven. Hier flankiert sie wirksam, dort jagt sie den abgeschlagenen, zurückflutenden Angreifer in das Straffeuer seiner eigenen Maschinengewehre und Kanonen. Die Armee Eichhorn, der „Sturmbock gegen Kowno", der eiserne Besen, der die Tenne reinfegte zwischen Njemen und dem Seengebiet südlich Dünaburg, ist jetzt der „Prellbock", der Wall, aus dem russische, übermächtige Hammerschläge hier und dort zwar einen Steinsplitter abschlagen, aber nicht eine einzige Fuge lockern können.

Ebenso unerschütterlich wie die Front der 10. Armee erweist sich ihr linker Flügel und die anschließende Armeeabteilung Scholtz. Zwar wurde der Nordflügel der Armee Eichhorn von der vollen Wucht der russischen Offensive nur zum Teil gefaßt, aber auch diese Kämpfe zeigten Höchstleistungen auf beiden Seiten. Das Gelände des ehemaligen Dorfes Wileity war zu einem mehrere hundert Meter vor der Hauptstellung liegenden Stützpunkt ausgebaut. Von hier aus ließ sich die eigene Front und die der rechten Nachbargruppe weithin flankieren. Die Beseitigung des Stützpunktes war Vorbedingung zur Durchführung des Angriffs. Dichtes Waldgelände in etwa 1000 Meter Entfernung gestattete gedeckte Versammlung und Annäherung.

So entbrennen heftige Kämpfe um diesen Stützpunkt. Am 18. März vormittags beginnt der Angriff gegen Wileity und dehnt sich bald weiter nach Norden aus. Die den Wald verlassende Infanterie kommt sofort in heftiges Artillerie- und Maschinengewehrfeuer und flutet bald in die Deckung des Waldes zurück. Weiter nördlich kommt der Angriff gar nicht zur Entwicklung. Gefangene der dort angesetzten Regimenter 85 und 88 sagten später aus, die Infanterie hätte Befehle erhalten, den Stützpunkt unbedingt zu nehmen. Dreimal stürmten sie vergeblich. Aber die Deutschen hielten unerschütterlich stand. Das deutsche Artilleriefeuer von unauffindbaren Batterien hätte ihnen ungeheure Verluste zugefügt.

Am Abend des 19. März versucht der Russe nochmals den Angriff. Ohne Feuervorbereitung will er sich des Stützpunktes durch Handstreich bemächtigen. Fast unsichtbar in Schneemänteln schleichen im Dunkel der Nacht Abteilungen an die Hindernisse heran. Kreisförmig soll die Stellung umschlossen und überraschend angegriffen werden. Im blendenden Licht deutscher Scheinwerfer und Leuchtkugeln setzt rasendes Maschinengewehrfeuer ein. Unsere Artillerie legt Sperrfeuer hinter den Angreifer. Bald nach Mitternacht retten sich kümmerliche Reste der russischen Infanterie. Der Verteidiger des Stützpunktes hat vier Verwundete als Verlust zu melden. Noch einmal versucht der Feind sein Glück. Am Morgen des 22. März brechen starke Kräfte aus dem Walde vor. Eine Welle folgt der anderen. In kurzer Zeit feuern wohl 2000 Schützen. Unsere Artillerie leidet zunächst unter ungünstiger Beobachtung. Sie vermag den Angriff nicht aufzuhalten. Der Russe drückt trotz größter Verluste auf etwa 300 Meter vor. Dann klärt das Wetter sich auf. Unser Artilleriefeuer setzt ein und um 11 Uhr vormittags ist der Angriff abgeschmettert. Hunderte von Toten liegen vor der Stellung; Hunderte von Verwundeten kriechen zurück oder jammern vor den Hindernissen; ... Hunderte werden später von den russischen Krankenträgern geholt. Der menschlich denkende Verteidiger erlaubt dem feindlichen Sanitätspersonal ungestörte Arbeit und die Bestattung der Gefallenen.

Weiter nördlich fanden um diese Zeit nur kleinere Kämpfe um vorgeschobene Postierungen statt. In einem etwa 800 bis 1500 Meter vor den Stellungen liegenden Hochwald wurden unsere Posten und Feldwachen von starken Kräften angegriffen und erhielten zur Vermeidung unnötiger Verluste den Befehl, auf die Hauptstellung zurückzugehen. Eine dieser Feldwachen wurde jedoch vom Gegner völlig eingeschlossen. Ihr

schneidiger Führer wehrte sich eine Nacht und den folgenden Tag gegen erdrückende Uebermacht. Dann gelang es ihm, sich bei Dunkelheit mit Hilfe der deutschen Artillerie an der Spitze seiner kleinen Schar fast ohne Verluste und sogar unter Mitnahme einiger russischer Gefangener nach rückwärts durchzuschlagen. Gefangene sagten aus, daß die Russen bei diesen Gefechten um die Feldwachen etwa zwei Bataillone verloren hätten.

Noch eine kleine Schilderung sei eingefügt. Sie stellt keine besondere Heldentat dar, wirft aber ein schönes Schlaglicht auf den Geist deutscher Verteidigung, die nicht zufrieden ist am starren Festhalten, sondern jede Gelegenheit aufspürt, Teilerfolge auch in der Defensive zu erringen, Erfolge des Angreifers sofort wieder zu beseitigen. In diesem einmütigen Geist, der Führung und Truppe, Offizier und Mann zusammengeschweißt hat, liegt das Geheimnis deutscher Kraft in Angriff und Verteidigung. Hier setzt sich der Kommandeur eines lothringischen Infanterieregiments in den Sattel und wirft an der Spitze seiner Truppe durch kräftigen Gegenangriff den eingedrungenen Feind aus dem Graben. Dort geht ganz allein und selbständig ein einzelner Landsturmmann, ein biederer Handwerker im Frieden, mit Handgranaten vor und reinigt sein Grabenstück von eingebrochenen Russen.

Nördlich von Wileity liegt vor der Front das etwa ein Kilometer lange Dorf Welikoje-Selo. In der Mitte des Ortes stand seit langer Zeit eine Feldwache hinter ihrem Drahthindernis. Täglich schob sie einen Unteroffizierposten 500 Meter weit gegen den feindwärts gelegenen Dorfrand vor. Nachts wurde der Posten eingezogen. Am 19. März entwickelte der Feind starke Kräfte gegen Welikoje-Selo, die allerdings nicht zur Durchführung eines Angriffes kamen. Jedoch fand der Unteroffizier, als er am Morgen seinen altgewohnten Platz beziehen wollte den Feind darin, etwa eine Kompanie mit Maschinengewehren. Die Eigenmächtigkeit des Gegners durfte auf keinen Fall geduldet werden. Es war Ehrensache für den Unteroffizierposten und seine Kompanie. Einige Nächte später gehen von Süden deutsche Abteilungen im Schutze der Dunkelheit vor und beginnen zwei Uhr vormittags das Feuer auf die Russen. Eine andere Abteilung schiebt sich, in einer Bodenspalte gedeckt, an die russische Kompanie heran. Unsere Artillerie legt plötzlich Sperrfeuer hinter den Ort; die nördliche Gruppe stürzt in langem Sprunge vor und überrennt den Feind. Nur wenige Russen entkommen in der Dunkelheit. Ein Offizier und 72 Mann werden gefangen, 30 Tote begraben. Mit Verlust von einem Mann rückt die Abteilung in die alte Stellung ein. Wiederholt fragt der russische Offizier, wann er erschossen würde. Man hatte ihm erzählt, die Deutschen erschössen alle russischen Offiziere. Man reichte ihm Tee. Er nahm ihn aber voller Mißtrauen nicht eher, bevor ein Landsturmmann davon getrunken hatte. Außer den 73 Gefangenen betrug die Beute dieser kleinen Unternehmung zwei Maschinengewehre, 80 Gewehre und 10000 Patronen. Die russische Heeresleitung, die zuvor über erfolgreiche russische Kämpfe und abgeschlagene deutsche Sturmangriffe auf dieses Dorf phantasievoll berichtet hatte, Kämpfe, die niemals stattgefunden hatten, schwieg seitdem über Welikoje-Selo.

Vor der unerschütterten Front der Armee Eichhorn hielt der erschöpfte Angreifer am 24. und 25. März verhältnismäßig Ruhe und sammelte Kraft zu neuer Anstrengung.

Im Abschnitt südlich des Dryswjatysees, am Flügel der Armee-Abteilung Scholtz — war es inzwischen auch zu lebhaften Kampfhandlungen gekommen. — Nachdem der Gegner an mehreren Stellen Ausfallgassen in seine Drahthindernisse gelegt hatte, begann am Morgen des 19. März der erwartete Angriff. In sechs bis acht mächtigen Wellen wälzten sich die russischen Massen heran. Ueber die im Feuer zusammenbrechende Welle türmte sich eine neue Angriffswoge. Der Wind, der diese Flut anschwellen ließ, war das russische Feuer in dem Rücken der eigenen Infanterie.

Alle Anstrengungen und Opfer sind vergeblich. Nur an zwei Stellen halten die Russen bei Tagesanbruch des 20. März geräumte deutsche Feldwachstellungen. Schon setzt der Gegenangriff ein. Ein Landwehrregiment nimmt in kühnem Gegenstoß seine verlorenen Grabenstücke wieder; eine Kavalleriebrigade stürmt mit dem Karabiner und nimmt den überlebenden Teil der eingedrungenen Russen, einen Offizier und 120 Mann, gefangen. Vor der Front liegen — gezählt — über tausend Leichen. Weitere russische Angriffe bis 22. März scheitern in gleicher Weise. In der Nacht zum 23. März rennt der Gegner viermal verzweifelt an. Zweimal gelangt er an die Hindernisse, jedesmal muß er unter verheerenden Verlusten weichen. Die genannte Kavalleriebrigade allein zählt 560 Leichen vor ihrer Stellung. Ueber Berge von Toten und Verwundeten hinweg stürmt der Russe am 25. März bald nach Mitternacht noch einmal. Jetzt soll es gelingen. Der Befehl erfordert den Durchbruch, ganz gleich, unter welchen Opfern. Kosaken hinter der Front bearbeiten die Infanterie mit der Peitsche. Nach nutzlosem Ansturm fluten die Reste der Regimenter zurück. Dann herrscht Ruhe und der Feind hat Gelegenheit, seine Verluste der Tage vom 19. bis 25. März festzustellen. Sie betragen mindestens 2800 Mann.

Weiter nördlich, im Gelände der Bahn Wilna—Dünaburg und der Straße Kowno—Dünaburg, setzt in derselben Zeit eine gleich heftige und gleich erfolglose Offensive ein. Ohne Artillerievorbereitung will der Feind in der Nacht zum 22. März die dortige Front überrumpeln. Man läßt ihn herankommen bis an und in die Hindernisse; dann schlägt ihm vernichtendes Feuer entgegen. Die fliehende russische Infanterie findet in der Dunkelheit und Verwirrung die Hindernisgassen nicht und drängt sich wie eine Schafherde in dicken Haufen zusammen. Maschinengewehre verrichten unbarmherzig ihre fürchterliche Arbeit. Am Lawkessabach bleiben 600 Tote. Nun greift die russische Artillerie ein und bereitet einen neuen Angriff vor. Sechs Regimenter von drei verschiedenen Divisionen stürmen und werden aufgerieben. Der 23. März bringt eine Steigerung des russischen Artilleriefeuers. 11400 Schuß werden gezählt, darunter etwa 275 schwerster Kaliber. Umsonst! Die Infanterie kommt nur auf 400 Meter heran und muß bewegungslos liegen bleiben. Ein erneuter Ueberraschungsangriff schlägt gänzlich fehl und kostet wieder Hunderte von Toten. Wie zur Rache antwortet der Russe mit einem im Osten bisher unerhörten Trommelfeuer, aber es erfolgt kein Angriff mehr. Vom 26. März ab herrscht Ruhe beiderseits des Dryswjatysees.

Gegen die Einbruchstellen der Front der Armee Eichhorn setzt die russische Führung am 26. März noch einmal gleichzeitig mit aller Kraft den Hebel an. Nach heftigem Artilleriefeuer drücken auf der Frontlinie Spiagla—Südrand des Naroczsees vier Divisionen vor. Der unter furchtbaren Verlusten abgeschlagene Angriff wird am Nachmittag erneuert. Unter Zurücklassung von 3000 Toten weicht schließlich der Gegner in seine alten Stellungen zurück. Auch südlich Wileity scheitern mehrfach Angriffe.

Der 27. März läßt für den Verteidiger einen schönen Erfolg heranreifen. Es gelingt, durch kräftige Vorstöße dem Feinde größere Teile des uns am 21. März entrissenen Geländestreifens wieder abzunehmen. 1300 Mann mit 15 Offizieren bleiben in deutscher Hand. Heftige russische Gegenstöße, die sich auch am folgenden Tage wiederholen, bleiben erfolglos. Fünf starke Angriffe scheitern unter großen Verlusten. Gleiche Mißerfolge erleiden Massenangriffe der 45. Division und zweiten sibirischen Schützendivision südöstlich Muljarshe. Der 30. März bringt das Ende der russischen Offensive. Sie ist erstickt in „Blut und Sumpf".

Von etwa 14 Divisionen, die die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatten, sind etwa zwei Divisionen vernichtet, acht Divisionen haben wohl die Hälfte ihres Besitzstandes verloren. Die blutigen Verluste in der Zeit vom 18. bis 30. März im Angriffsraum

zwischen Beresina und Disna sind auf weit über 100 000 Mann zu schätzen. Mit ungeheuren Opfern konnten die Russen keine Fuge lockern in der Hindenburgwand. Ein kleines Steinchen bröckelten sie heraus — dort bei Bliznifi am Naroczsee.

Dieses Steinchen haben wir ersetzt und wieder eingefügt. Wir haben noch eine Mauer davor gebaut am 28. April. Die Arbeit brachte reichen Lohn: fünf Geschütze, zehn Minenwerfer, 28 Maschinengewehre, 5600 Gefangene mit 56 Offizieren.

Damit ist für uns die russische Märzoffensive 1916 beendet.

Die Dnjestrschanze bei Usciecziko

Der Brückenkopf von Uscieczko war nicht durch eine Offensivbewegung entstanden, wie es sonst bei Forcierungen von Flußübergängen zu geschehen pflegt, wo die hinübergeschiffte Truppe sich rasch im Halbkreise festsetzt, um die Annäherung des Feindes zu verhindern. Hier war der Brückenkopf defensiv entstanden. „Als nämlich", so wurde der „Frankfurter Zeitung" (9. IV. 16) berichtet, „die Truppen Pflanzer-Baltins nach dem Durchbruch der Zlota-Lipastellungen Ende August 1915 über die Strypa hinaus vordrangen und bis zur Serethmündung gelangten, war die russische Dnjestrfront dadurch erschüttert worden und das Gebiet nördlich und südlich von Uscieczko konnte leicht von den k. u. k. Truppen besetzt werden. Am 10. September 1915 mußte aber die österreichisch-ungarische Front wieder bis zur Strypa zurückgenommen werden, weil die Russen mit gewaltigem Aufwande an Menschenmaterial hier offensiv vorgingen. Infolgedessen war man genötigt, auch das Dnjestr-Ufer nördlich von Zaleszczyki bis zur Strypamündung zu räumen. Der von Natur aus für eine Brückenschanze geeignete Stützpunkt beim Dorfe Uscieczko ist aber trotz des heftigen russischen Ansturmes gehalten und weiter ausgebaut worden.

Diese Brückenschanze war ein Halbkreis von ungefähr 1000 Metern; im Durchmesser dürfte er nicht mehr als 500 Schritte gehabt haben. Die natürliche Anhöhe war im Laufe der Kämpfe festungsartig ausgebaut worden. Durch Artilleriefeuer konnten die Russen hier verhältnismäßig wenig ausrichten, denn die Gegend nördlich des Brückenkopfes war für die Aufstellung von größeren Geschützen nicht sehr geeignet. Die österreichisch-ungarische Artillerie am südlichen Ufer hatte viel günstigere Stützpunkte und konnte jedes von den Russen gegen die Brückenschanze aufgestellte Geschütz leicht unschädlich machen. Die Folge davon war, daß der Feind sich entschließen mußte, ohne genügende artilleristische Vorbereitung im Nahkampfe die Stellung zu nehmen. Nur unter sehr schweren Verlusten arbeiteten sich die Russen bis in die Nähe der österreichisch-ungarischen Gräben heran. An manchen Stellen waren die gegnerischen Gräben schließlich nur noch zwanzig Meter entfernt. Ein erbitterter Stellungskampf entwickelte sich. Von Sappeuren wurde der Boden nach allen Seiten unterminiert. Sehr oft flogen die feindlichen Stellungen in die Luft. Durch kleine von den Verteidigern in den Gräben aufgestellte Geschütze wurden die Schutzschilde der russischen Maschinengewehre zerstört und den Russen große Verluste beigebracht. Feuerüberfälle aus Flammenwerfern hielten den Feind von allzu großer Annäherung ab. Im übrigen war die Lage beider Teile nicht eben beneidenswert. Durch die österreichisch-ungarische Artillerie waren die Russen von ihren Reserve- und Nachschublinien fast abgeschlossen. Die österreichisch-ungarischen Truppen dagegen hatten keine Verbindung mit dem südlichen Dnjestrufer, weil die Erbauung einer Brücke wegen der Gefährdung durch die russische Artillerie nicht gewagt werden konnte. Kleine Pontons besorgten den Verkehr der Besatzungstruppe mit dem südlichen Ufer.

Die Russen hätten wahrscheinlich trotz des gewaltigen Aufwandes an Menschenmaterial und trotz der siebenmonatlichen Belagerung gar keinen Erfolg erzielt, wenn nicht

anfangs März 1916 das Wetter sich ihnen als willkommener Helfer gezeigt hätte. Um diese Zeit herrschte dichter Nebel. Die österreichisch-ungarische Artillerie war in ihrer Tätigkeit behindert. So konnte der Feind größere Nachschübe ohne jede Gefährdung durchführen. In keiner so günstigen Lage befanden sich die Verteidiger, denn durch das starke Tauwetter war die dort ohnehin starke Strömung des Dnjestr noch mehr angeschwollen. Eisgang gesellte sich hinzu; die Ueberschiffung war lebensgefährlich. Trotzdem fiel es den Verteidigern nicht ein, die Stellung aufzugeben." Als am Sonntag den 19. März 1916 in der Mitte der Schanze eine russische Mine explodierte und den Graben in der Länge von 200 Metern zerstörte, zog sich die österreichisch-ungarische Besatzung, Kaiserdragoner (Nr. 11) zu Fuß, eine Maschinengewehrabteilung der Mecklenburgdragoner (Nr. 6) und Sappeurabteilungen, nicht zurück, sondern bezog rasch eine weiter nach innen gelegene Verteidigungsstellung und versuchte die Schanze gegen die mit achtfacher Uebermacht immer wieder stürmenden Russen weiter zu halten. Unter einem Granathagel aus zahlreichen Feldgeschützen und verschiedenen schweren Kalibern bei immer geringer werdender Deckung der zerfetzten und an der Stelle der Sprengung breit auseinanderklaffenden Schanzen leistete die Besatzung am 19. März von zehn bis fünf Uhr abends heldenmütig Widerstand.

Erst nach Zerstörung aller Deckungen ordnete der Kommandant, Oberst Julius Planckh, den Rückzug über den Dnjestr an. Unter dem Schutz des zielsichern Feuers der eigenen Artillerie, das die Russen am Nachdrängen hinderte, gelang es bis Mitternacht, die Besatzungsreste am nördlichen Dnjestrufer zur Ueberschiffung zu sammeln. Trotz heftigsten feindlichen Artilleriefeuers auf die Ueberfahrtstelle und gründlicher Scheinwerferbeleuchtung durch die Russen konnten zunächst die Verwundeten, dann kleinere Abteilungen auf Kähnen und Fähren übersetzen, als aber, nach genauer Auffindung der Uebersetzungsstelle durch die russischen Scheinwerfer, allerschwerstes russisches Geschützfeuer einsetzte, beschloß Oberst Planckh am 20. März gegen halb vier Uhr in der Morgenfrühe mit dem Rest seiner Leute längs des nördlichen Dnjestrufers südöstlich gegen die Brückenschanze von Zaleszczyki durchzustoßen. Trotzdem der Weg durch das von den Russen besetzte Dorf Uscieczko ging und die Russen alsbald Sperrfeuer auf ihn richteten, gelang das kühne Unternehmen dank der völligen Verblüffung der einschließenden Russen. Um 6.10 Uhr vormittags hatte Oberst Planckh mit seinen Tapfern die nächste österreichisch-ungarische Feldwache erreicht.

Aus Anlaß dieser heldenmütigen Kämpfe erließ der Kommandant der VII. Armee, General d. Kav. v. Pflanzer-Baltin, am 20. März 1916 folgenden Armeebefehl:

„Die Dnjestrschanze existiert nicht mehr; sie ist von den Russen in die Luft gesprengt worden. Seit Monaten versuchte der Feind, sie im Angriff zu nehmen, es ist ihm nie gelungen; er mußte sie zuerst vernichten, ehe der erste Russe den Boden betreten konnte, der durch den Heldenmut unserer Truppen geheiligt ist. Die Kaiser-Dragoner gaben gestern ein leuchtendes Beispiel von Kaisertreue, und die braven Sappeure harrten an ihrer Seite treu bis in den Tod aus. Sieben Stunden lang nach der Sprengung kämpfte die heldenmütige Besatzung gegen eine achtfache Uebermacht weiter, und erst auf Befehl wurden die Trümmer der Schanze, die nur mehr ein Heldengrab war, geräumt. Die Reste der Besatzung entzogen sich sodann unter der Führung ihres tapferen Kommandanten durch einen kühnen Nachtmarsch mitten durch den Feind, den Dnjestr im Rücken, der schon fast unvermeidlichen Gefangennahme. Die Dnjestrschanze ist für unsere Armee eine stolze Erinnerung, für die Russen aber ein warnendes Zeichen, daß es bei uns für jeden Schritt Boden nur einen Preis gibt, den Tod. Ich danke dem Kommandanten der Besatzung, Oberst Planckh, den Offizieren und der gesamten Mannschaft namens der siebenten Armee."

Auch Kaiser Franz Joseph sprach in einem Telegramm an den Armeekommandanten vom 21. März 1916 dem Kommandanten und der Besatzung des so heiß umstrittenen Werkes von Uscieczko seine und des Vaterlandes Anerkennung aus.

Die industrielle Tätigkeit bei der Armee Böhm-Ermolli

Der Krieg zwingt in ganz besonderem Maße zur intensiven und rationellen Ausnützung aller technischen Errungenschaften, nicht nur durch die Leitung der gesamten bewaffneten Macht und die Zentralstellen des Hinterlandes, sondern auch durch die Armeen im Felde, die die Technik sowohl den Interessen der Kriegführung dienstbar gemacht haben, dann aber auch Werke ins Leben riefen, wie sie die Friedenstechnik für das Gemeinwohl nicht besser hätte schaffen können. Eine Mitteilung des „K. u. K. Kriegspressequartiers" (13. III. 16) versucht das an einigen Beispielen zu zeigen, und zwar an Einrichtungen der österreichisch-ungarischen zweiten Armee Böhm-Ermolli, die nach siegreichem raschem Vordringen durch Mittel- und Ostgalizien im Herbst 1915 auf Feindesboden angelangt war.

„Ein Land der Verwüstungen und Verheerungen ließ der Feind zurück. Nicht nur alle jene technischen Einrichtungen des Landes waren der Zerstörungswut des Feindes zum Opfer gefallen, deren Verwertung für militärische Interessen in irgend einer Weise in Betracht gekommen wäre, plan- und sinnlose Zerstörungen ganzer Städte und Dörfer, industrieller Anlagen und Betriebe aller Art kennzeichneten seine Rückzugslinien. Demzufolge war eine Deckung des notwendigen großen Bedarfes an Materialien für den Ausbau der Befestigungsanlagen im Lande unmöglich. Der erste Bedarf konnte wohl aus dem Hinterlande beschafft werden, an einen ständigen Nachschub aller Bedürfnisse auf diesem Wege war aber nicht zu denken. Denn einerseits hätte dies zu einer allzu starken Schwächung der wirtschaftlichen Kraft des Hinterlandes führen müssen, anderseits wären auch die Verkehrseinrichtungen, die schon vollends durch Truppentransporte, Munitions-, Proviantnachschub usw. in Anspruch genommen waren, für die zeitgerechte Heranziehung dieser Materialien nicht ausreichend gewesen. Weiter gebot auch die Oekonomie mit den vorhandenen Bodenschätzen des Hinterlandes, die Bodenwerte des Armeebereiches und vor allem des besetzten Gebietes ausgiebigst auszunützen. Schließlich galt es nicht allein die Bedürfnisse der Armee zu decken; die hartgeprüfte, vielfach obdachlos gewordene Bevölkerung erwartete in unseren Truppen nicht nur den Befreier vom moskowitischen Joch, sondern auch den Schützer vor Not und Elend und vor den Unbilden des kommenden, in Galizien strengen Winters.

Es war keine leichte Aufgabe, vor die sich die Armee gestellt sah. Sie bestand kurz gesagt darin, aus einem Chaos neues wirtschaftliches Leben entstehen zu lassen, um die Befriedigung der Heeresbedürfnisse, insbesondere den Ausbau der Deckungen, der Quartiere unserer braven Truppen und den Wiederaufbau der zerstörten Wohnstätten zu sichern. Hiebei spielten noch zwei Faktoren mit, die die Friedenstechnik in diesem Maße nicht kennt. Es mußte geschaffen, es mußte rasch geschaffen werden. Der Druck des Müssens, dabei nur auf die eigenen Kräfte und wenige mindere Mittel angewiesen, machte die Wiederbelebung oder Schaffung sonst vielleicht einfacher technischer Betriebe zu den schwierigsten Problemen, die jedoch dank der zielbewußten Tätigkeit unserer Ingenieure eine rasche, glückliche Lösung fanden.

Die Haupttätigkeit richtete sich in erster Linie auf die Beschaffung der wichtigsten Baumaterialien, Ziegel und Bretter. Kein einziges Ziegelwerk hatte der Feind in betriebsfähigem Zustande zurückgelassen. Es wurden die Ruinen eines der größten, an guten Verkehrswegen gelegenen Betriebes für die neue Ziegelindustrie ausgewählt. Rege Hände unter fachmännischer Leitung schafften aus anderen, gleichfalls zerstörten ähnlichen Betrieben alle noch brauchbaren Bestandteile herbei und formten aus Stücken ein großes Ganzes, eine der modernsten Ziegeleien des Landes, die schon nach einigen Wochen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von gegen 32000 Ziegeln in Betrieb genommen werden konnte. Mehr als drei Millionen Ziegel wurden bis Anfang März 1916 geliefert und

verbaut. Ein großer Teil fand Verwertung in den Schützengräben, der Rest wurde zum Aufbau militärisch wichtiger Objekte und zum Wiederaufbau zerstörter Wohngebäude verwendet. Gleichzeitig mit der Bauziegelerzeugung wurde an die Errichtung einer Hohl- und Dachziegelfabrik geschritten. Auch diese war in einigen Wochen betriebsfähig, ihre Erzeugnisse deckten bald viele militärisch wichtige Bauten, wie Eisenbahngebäude, Magazine, aber auch zahlreiche der neu aufgebauten Wohnhäuser schmückte bald das neue rote Ziegeldach.

An die Ziegelindustrie reihten sich die Militärkalkbrennereien, die den Bedarf an Baukalk decken wie auch Kalk für sanitäre Zwecke liefern, und Betonfabriken zur Erzeugung von Betonbausteinen für Befestigungen. Mit einer möglichst großen qualitativen und quantitativen Leistungsfähigkeit dieser Einrichtungen war aber noch nicht das Höchstziel erreicht. Die eingestellten maschinellen Kräfte sollten rationell ausgenützt werden. Es wurden daher — soweit es die Kraftquelle zuläßig erscheinen ließ — an den Bauziegelbetrieb ein Sägegatter, mehrere Wollinmaschinen, eine Werkstätte für Schlosser, Schmiede und Wagner angegliedert.

Die zweite wichtigste Frage, die ihrer Lösung harrte, war die der Holz- und vorwiegend Bretterbeschaffung. Auch alle Sägewerke waren natürlich der Wut des Feindes zum Opfer gefallen, der gerade so gut wie wir deren militärischen Wert erkannt hatte und daher sein Vernichtungswerk besonders gegen diese Betriebe richtete. Mit den primitivsten Mitteln (so z. B. ist der Oeler einer Maschine aus der Hülse eines russischen Schrapnells improvisiert), oft mit den raffiniertesten Vereinfachungen, wurden die ersten Sägewerke wieder betriebsfähig gemacht. Hier kam es nicht auf technische Vollkommenheiten an, hier galt es, den ersten Bedarf der Armee so rasch wie nur möglich zu decken; die allmähliche, technische Vervollkommnung war erst in der Folge möglich. Mit der Errichtung einiger einfacher Sägen wurde begonnen; bald kamen Bundgatter an die Reihe, dann folgte die Inbetriebnahme einer Dampfsäge mit drei Gattern, und in der Folge die eines der größten Sägewerke Galiziens mit sieben Bundgattern. Im ganzen waren bis Anfang März 1916 sieben große Sägewerke in Betrieb; drei davon unmittelbar hinter der Front, eines sogar nur einige Kilometer hinter den kämpfenden Truppen, errichtet in dem unbedingten Vertrauen auf die Schlagfertigkeit der Armee und die dadurch verbürgte Sicherheit ungestörten und dauernden Betriebes. Mit den einfachsten Mitteln eingerichtete Feldbahnen erleichterten die Zufuhr der Baumstämme, und wo Eisenschienen fehlten, half sich die Holzindustrie selbst, sie schuf sich Holzschienen. Um auch plötzlichen größeren Bedürfnissen an Brettern und Pfosten an irgendeiner Stelle der Front in der ausgiebigsten Weise sofort gerecht zu werden, wurden außer den stabilen Sägewerken auch mobile Gatter eingerichtet und fanden in den russischen Waldungen Wolhyniens ihre Verwendung. In den kaiserlich russischen Staatsforsten des genannten Gebietes wurde zur Höchstausnützung der großen Waldbestände sogar eine vollspurige Industriebahn von 15 Kilometer Länge erbaut. Die Leistung der eigenen Sägebetriebe belief sich schon nach kaum viermonatigem Bestande auf täglich gegen 400 Kubikmeter von Brettern, Pfosten und sonstigen Holzschnittwaren. Mehr als anderthalbtausend Waggons wurden bis März 1916 an der Front verbraucht, große Mengen der Bevölkerung für ihre Wohnstätten überlassen.

Neben den beiden im großen Stil betriebenen Industrien, der Ziegel- und Bretter-, beziehungsweise Pfostenerzeugung, haben aber auch schon eine Reihe anderer Industriezweige bei der zweiten Armee Böhm-Ermolli in ihrem und der Bevölkerung Interesse Eingang gefunden. Den Sägewerken folgten teils selbständig, teils diesen angegliedert, Tischlereien, die — eine der größten Dampftischlereien war bereits seit Herbst 1915 in Betrieb gesetzt — Fenster, Türen und dergleichen für die wintermäßige Ausgestaltung

der Truppenunterkünfte und Wohnstätten lieferten. In Schlosserwerkstätten wurden Eisenbeschläge, Gußersatzstücke und dergleichen angefertigt, Maschinenreparaturen vorgenommen, in Wagnerwerkstätten die arg hergenommenen Fuhrwerke wieder brauchbar gemacht und neue Wagen erzeugt. Wollinmaschinen, stabile im Etappenraum, mobile bei den Fronttruppen, betrieben durch erbeutete russische Lokomobilen, dienten zur Erzeugung von Ersatz für das schwer zu beschaffende Stroh. Eine Dachpappefabrik lieferte waggonweise fertige Dachpappe; aus den neu eröffneten militärischen Stein- und Schotterwerken gelangten Hunderte von Waggons Schotter an die Front, Unmengen von Steinen wurden als Baumaterial geliefert, alte schlechte Wege wurden neu beschottert und fahrbar gemacht und neue Straßen sind entstanden.

An diesen wenigen Beispielen soll nur der Umfang der Industrie im Felde angedeutet sein, erschöpfend ist er im vorstehenden bei weitem noch nicht dargelegt. Und nun seien noch einige Worte der Bedeutung der durch das Militär ins Leben gerufenen Industrie gewidmet. Heute dienen alle diese Einrichtungen vorwiegend militärischen Interessen und, wo immer es sich mit diesen vereinbaren läßt, wohl auch dem Wohle der Bevölkerung. Sie bilden wegen der geringen Erzeugungskosten — die Gestehungskosten sind klein, Preise für das Rohmaterial äußerst gering, als Arbeiter sind fast ausschließlich russische Kriegsgefangene eingestellt — eine bedeutende Ersparung im Kriegsbudget sowie eine unabschätzbare Entlastung des Hinterlandes. Ihr Bestand ist aber nicht nur auf Kriegsdauer beschränkt, im Gegenteil. Alle diese Einrichtungen sollen und werden den Grundstock der neu aufzurichtenden, so schwer mitgenommenen Industrie Ostgaliziens sein und werden zum normalen Gange hinüberleiten helfen. Gerade hierin liegt vielleicht die größte volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Betriebe. Die große Ernte fällt nur zum Teil in die Gegenwart, sie ist der friedlichen Zukunft vorbehalten. Diese wird erst die eigentlichen Früchte genießen, deren Samen unsere Armee, das Volk in Waffen, im Kriege, wo sie ihre gewaltige Macht und ihr segensreiches Wirken auf allen Gebieten ungehindert entfalten konnte, gesät hat."

Episoden

Leuke Marten

In der „Zeitung der 10. Armee" (April 1916) erzählt ein Landsturmmann folgendes Erlebnis: „Im Gänsemarsch schoben wir acht Mann den Graben entlang; unser Unteroffizier Brink, der alte Draufgänger, schon ungeduldig, immer zehn Schritte voraus. Den Schluß bildete ich mit Leuke Marten, einem Ostfriesen; für gewöhnlich so stumm wie blond, aber treu, wie nur ein Deutscher sein kann, und stark wie eine knorrige Eiche. Bis zur Stunde, da der kleine Wagen mit den paar Säcken Feldpost kam, war Leuke Marten derselbe. Dann kam's ganz anders. Wir kannten ihn kaum wieder. In den jungen, wetterharten Zügen dieses kindlichen Bauerngesichtes hatte es heute gar wunderlich gearbeitet, als die Post verteilt war und auch Marten bei einem Lichtstümpfchen noch schnell sein Heimatbrieflein las.

Sonst war Leuke Marten doch immer vorneweg und an Brinks Seite, wenn's auf Streife ging; heute hatte er „die Nase im Dreck". Brink wandte sich halblaut an den jungen Kopfhänger: „Na, Marten, heute als letzter?" „Nachrichten von Vaddern", sagte Marten, „Vadder ist jetz' auch im Feld!" Er schluckte gewaltsam und stapfte stumm weiter. Und auch wir anderen wurden nachdenklich und still. Nun zittern zwei Herzen eines Blutes für einander. Von der weichen Stimmung, die uns befiel, machte sich Brink mit den rauh hervorgepolterten Worten frei: „Na, dann zieht ihr ja an einer Strippe, denn man mang!" Und wir schritten weiter dem Nachbar-Regiment zu, mit dem wir Verbindung halten sollten. Ein langsames, mühsames Stapfen durch den knie-

tiefen Schnee. Als wir kurz vor der Waldnase angelangt waren, hinter der die Unterstände der anderen Truppe lagen, stießen wir auf deren Patrouille, mit der zusammen wir uns nach Süden wandten, den Kusseln entgegen, die uns von der russischen Stellung trennten. Vorsichtig hatten wir uns gemeinsam etwa zehn Minuten lang weitergepirscht, als eine feindliche Kugel zu uns herüberpfiff. Neben mir ein erstickter Wehschrei: Leuke Marten ließ sein Gewehr zu Boden sinken und faßte mit beiden Händen krampfhaft zum Hals, als sei die Binde zu eng geworden, ein röchelnder Schrei: „Vadder!" Und jetzt erst sah ich, wie ein Mann des Nachbarregiments auf uns zukam und ruhig die Flinte aufhob. Seine Stimme klang wie aus einem tiefen Brunnen herauf, als er sagte: „Leuke, Jung', hast 'n Ding verpaßt kregen?" Leuke schüttelte stumm den Kopf, dann glitt ein jungenhaftes Lächeln über sein gesundes Gesicht und indem er die Büchse wieder entgegennahm, erwiderte er erleichtert: „Nee, Vadder, eck heff mi man so verfiehrt!" (Ich bin so sehr erschrocken). Klemmte die Flinte unter den Arm und schritt mit dem so unvermutet gefundenen Vater wohlgemut dem Feinde entgegen. Nebeneinander stapften sie durch den Schnee. Sie hatten sich viel zu sagen, doch taten sie's, ohne viele Worte zu machen."

Weibliche Soldaten bei den Russen

In den heißen Kämpfen, die um die Jahreswende 1915/1916 an der beßarabischen Front tobten, entstand die Legende von der Tscherkessen-Jungfrau, die gekommen war, um ihres Vaters Tod zu rächen.

„An einem Januartag des Jahres 1916," erzählt Eugen Szatmári in der „Frankfurter Zeitung" (4.V.16), „hörte ich zum ersten Male von ihr. Gefangene Russen, die in einem Patrouillengeplänkel in unsere Hände fielen wurden verhört: „Wer war euer Anführer?" —„Die Jungfrau!" lautete die Antwort. Ich staunte. Dann dachte ich an den religiösen Fanatismus der Russen und witterte irgend ein Kunststückchen religiöser Suggestion. Aber der Oberleutnant klärte mir die Sache auf. Es soll bei den Russen ein Mädchen sein, das als Unteroffizier in ihren Reihen kämpft. Die russischen Soldaten nannten sie kurzweg „die Jungfrau". So setzte sich dann aus Gefangenen-Aussagen, aus naiven Ausrufen, aus bigotter Religionssuggestion die ganze Geschichte der Tscherkessen-Jungfrau, die Legende des Korporals Glutscheko Tscherniasvoka zusammen. Ich will sie kurz erzählen, schmucklos, wie es geschah und dann zur Legende wrad:

In den Kämpfen im Juli 1915, als die heldenmütigen Freiwilligen des Oberstleutnant Papp die Bukowina vom neuerlichen Ansturm der Russen retteten, fiel bei einem Sturm auf die Höhe Dolzok der Kommandant eines Tscherkessen-Bataillons, der Major Iwan Glutscheko. Die Unseren haben seine Leiche mit militärischer Ehrenbezeugung begraben. Dann flog die Todesnachricht auf bleiernen Flügeln ins ferne Grusenland, und ein halbes Jahr später, zu Weihnachten 1915, rückte zum Regiment des gefallenen Majors ein junger Korporal ein. Glutscheko Tscherniasvoka, die neunzehnjährige Tochter des Majors. Die Gefangenen beschreiben sie als hochgewachsen, schlank, eine hinreißende Schönheit mit ihrem rabenschwarzen Haar, das sie nicht abschneiden ließ, so daß die Soldaten sofort wußten, daß sie ein Mädchen war. Sie kämpfte und lebte mit den Soldaten, sie teilte mit ihnen Brot und Lagerstroh, und wo es ein gefährliches Unternehmen gab, da war sie immer dabei. Sie führte die Patrouillen, die sich an unsere Hindernisse heranschlichen, um die Drähte zu zerschneiden, und in den Kämpfen am 14. und 19. Januar stürmte sie an der Spitze ihres Zuges gegen die Gräben am Dolzok. Unzählige Male stand sie im heftigsten Feuer; da begannen sie die Fäden der Legende zu umspinnen.

Gefangene schwuren darauf, daß sie unverletzlich sei. Die heilige Jungfrau hat sie geschickt, und die Kugeln des Feindes prallen an ihrem schlanken Leib zurück. Wer

zusammen mit ihr kämpft und fällt, den erwartet ewiges Glück. Selbst gefangene Offiziere sprachen von ihr wie von einer Heiligen. Wir hörten, daß ihr ein General die Hand geküßt hätte. Sie hieß nur „die Jungfrau", und unter diesem Namen war sie auch bei unseren Leuten bekannt. Gesehen hat sie aber nie einer der Unsrigen. Wenn sie kam, hüllte sie sich in die Schleier der Nacht. Sie wurde zu einem Begriff, und wenn die Nacht kam, und die blauen Sterne der Leuchtpistolen gespenstisch leuchteten, kam manchem Honved, der an der Schießscharte stand, die rätselhafte Jungfrau in den Sinn.

Dann kam das Schicksal, das sie erreichen mußte. In einer dunklen Februarnacht des Jahres 1916 bemerkte einer unserer Horchposten in der Pruth-Niederung eine sich heranschleichende, feindliche Patrouille. Gewehre blitzten auf, ein Maschinengewehr setzte mit seinem Knattern ein. Leuchtkugeln stiegen auf, Patrouillen gingen vor, ein Gefecht entstand. Der Feind stand bereits vor den eigenen Hindernissen. Eine Patrouille war es, zehn Mann und der Führer, sie warfen Handgranaten. Fünf Mann der Unseren waren gefallen, aber der Feind verlor acht Tote, und zwei wurden verwundet gefangen genommen. Der Anführer entkam. Ein Zugsführer sah nur, daß er getroffen worden war. Auf die Frage, wer ihr Anführer gewesen sei, antwortete der eine Gefangene: „Die Jungfrau".

Die Legende hat dann auch die amtliche russische Bestätigung erhalten in der Meldung vom 7. Februar 1916 (vgl. S. 155). Wir wissen nicht, was aus dem Tscherkessen-Mädchen geworden ist. Aber ihre Legende lebt fort."

Von einem anderen russischen Mädchen, das am 28. April 1916 bei den Kämpfen südlich des Naroczsees gefangen genommen wurde, weiß Wilhelm Hegeler im „Berliner Tageblatt", (11.V.16) zu berichten. Er erzählte: „Uebrigens war unter den Gefangenen auch ein weiblicher Soldat gewesen. Er hatte sich den Kopf mit einem Tuch verbunden und sich auf diese Weise unkenntlich gemacht. Aber dem Posten im provisorischen Gefangenenlager war sein merkwürdiges Benehmen bei der Morgentoilette aufgefallen. Man hatte ihn verhört, und es hatte sich herausgestellt, daß man es mit einer Volksschullehrerin aus Irkutsk zu tun hatte. Nach ihrer Aussage war sie ihrem Mann nach der Kriegstrauung in den Schützengraben gefolgt und auch dort geblieben, als er fiel. Sie trug eine richtige Soldatenuniform, doch beteiligte sie sich nicht am Kampf, sondern half die Verwundeten verbinden. Mehrere Offiziere, die sie gesehen hatten, stimmten darin überein, daß sie eine sympathische und durchaus weibliche Erscheinung sei."

Der Willi von Krinki

Ein für den Stellungskrieg, in dem man Zeit und Gelegenheit hat den Feind kennen zu lernen und jedes Stückchen zu erzählen, bezeichnendes Geschichtchen berichtet Rolf Brandt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (23. III. 16): „In den Stellungen zwischen Schtschara und Beresina war es anders als bei Pinsk, wo man auf dem Rande der Stellungen spazieren gehen konnte. Hier durfte man an einer Stelle eine Zeitlang sogar nicht einmal die Nase herausstecken, schon schoß mit großer Sicherheit ein russischer Scharfschütze. Es war gegenüber von Krinki, da nannten ihn die Unseren den „Willi von Krinki" und sie hatten einen Zorn und eine Hochachtung vor dem Mann, der in irgendeinen Baum, kaum 200 Meter von der Linie entfernt, kletterte und von dort schoß. Einmal glaubte man sein Nest erkannt zu haben und begann ein planmäßiges, lebhaftes Schießen. Ein Maschinengewehr mischte sich ein. Von dem Tage an hörte das Schießen des „Willi von Krinki" auf. Man schrie hinüber von der Feldwache: „Willi von Krinki ist tot!" Es herrschte Ruhe bis vor kurzem, da begann das genaue Schießen von neuem, und die Russen riefen nun herüber: „Der Willi ist vom Urlaub zurückgekehrt!" Er soll aber doch nicht mehr der alte sein, versicherte man; vielleicht hat der Aufenthalt in der russischen, schweren Heimatluft die unbekümmerte Lust zum Einsatz vermindert."



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Ankunft frischer deutscher Truppen in Baranowitschi



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Ein Dorf am Naroczsee

Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

Blick nach den russischen Schützengräben in der Gegend von Postawy



Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

In der Schlacht bei Postawy gefallene Russen vor den deutschen Schützengräben

Die russische Sommeroffensive 1916

I. Teil. Vom 28. Mai bis 29. Juli 1916

Chronologische Uebersicht nach den Meldungen der deutschen Obersten Heeresleitung und des österreichisch-ungarischen Generalstabs

Von den sehr ausführlichen, übertriebenen und episodenreichen Meldungen des russischen Großen Generalstabs konnten in Rücksicht auf die nötige Uebersichtlichkeit hier nur die wichtigsten aufgenommen werden.

29. Mai 1916.

Deutsche Meldung: Nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Stärkere russische Kräfte versuchten in den letzten Tagen, sich durch Laufgräben und Sappen an unsere bessarabische Front heranzuarbeiten. Unsere Geschütze und Minenwerfer vereitelten die Arbeiten des Feindes. Sonst nichts von Belang.

30. Mai.

Deutsche Meldung: Südlich von Lipsk stießen deutsche Abteilungen über die Schtschara vor und zerstörten eine russische Blockhausstellung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Lebhaftere Artilleriekämpfe an der bessarabischen Front und in Wolhynien. Sonst keine besonderen Ereignisse.

31. Mai.

Deutsche Meldung: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Erhöhte Gefechtstätigkeit an der bessarabischen Front und in Wolhynien dauert an.

1. Juni.

Deutsche Meldung: Die Lage ist unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Unsere Stellungen in Wolhynien standen gestern wieder mehrere Stunden unter dem Feuer der feindlichen Artillerie. Nachtsüber mehrfach heftiges Vorfeldgeplänkel. Auch an der bessarabischen Front hielt die Tätigkeit des Gegners an.

2. Juni.

Deutsche Meldung: Ein gelungener deutscher Erkundungsvorstoß aus der Front südlich von Smorgon brachte einige Dutzend Gefangene ein. Südöstlich des Dryswjaty-Sees wurde ein russisches Flugzeug durch Abwehrfeuer vernichtet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Geschützkämpfe an der bessarabischen und wolhynischen Front haben stellenweise den Charakter einer Artillerieschlacht angenommen. Auch an der Ikwa entwickelte der Feind gestern erhöhte Tätigkeit.

Aus der russischen Meldung: ... In der Nacht vom 1. Juni ergriff der Feind nach einem heftigen Bombardement gegen unsere Stellung südlich von Smorgon die Offensive gegen das Dorf Suckow, wurde jedoch durch unser Gewehrfeuer und unsere Handgranaten zurückgeworfen.

3. Juni.

Deutsche Meldung: Außer Patrouillengefechten keine Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: An der bessarabischen Front und in Wolhynien dauern die Geschützkämpfe unvermindert heftig fort. An einzelnen Stellen wurden auch russische Infanterievorstöße abgeschlagen.

4. Juni.

Deutsche Meldung: Es hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Der Feind hat heute früh seine Artillerie gegenüber unserer ganzen Nordostfront in Tätigkeit gesetzt. Das russische Geschützfeuer wuchs am Dnjestr, an der unteren Strypa, nordwestlich von Tarnopol und in Wolhynien zu besonderer Heftigkeit an. Die Armee des Generaloberften Erzherzog Josef Ferdinand steht bei Olyka in einem Frontstück von 25 Kilometer Breite unter russischem Trommelfeuer. Ein russischer Gasangriff am Dnjestr verlief für uns ohne Schaden. Ueberall machen sich Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Infanterieangriffes bemerkbar.

5. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Der seit längerem erwartete Angriff der russischen Südwestheere hat begonnen. An der ganzen Front zwischen dem Pruth und dem Styr-Knie bei Kolki ist eine große Schlacht entbrannt. Bei Okna wird um den Besitz unserer vordersten Stellungen erbittert gekämpft. Nordwestlich von Tarnopol gelang es dem Feind, vorübergehend an einzelnen Punkten in unsere Gräben einzudringen. Ein Gegenangriff warf ihn wieder hinaus. Beiderseits von Kozlow (westlich von Tarnopol) scheiterten russische Angriffe vor unseren Hindernissen, bei Nowo-Aleksiniec und nordwestlich von Dubno schon in unserem Geschützfeuer. Auch bei Sapanow und bei Olyka sind heftige Kämpfe im Gange.

Südöstlich von Luck schossen wir einen feindlichen Flieger ab.

Aus der russischen Meldung. ... Gestern, den 4. Juni, begann seit dem Morgen ein Kampf an der Front des Pripjetflusses bis zur rumänischen Grenze. Unsere Truppen erzielten, unterstützt von der Artillerie, in manchen Abschnitten bedeutende Erfolge. Wir machten bis jetzt ungefähr 13000 Gefangene und erbeuteten Kanonen und Maschinengewehre. Der Kampf dehnt sich weiter aus. Unsere Artillerie arbeitet an der allmählichen Zerstörung der feindlichen Werke und Unterstände, während sich die Infanterie nach den Erfolgen der Artillerievorbereitung der feindlichen Stellungen bemächtigt.

6. Juni 1916.

Deutsche Meldung: An deutscher Front keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Schlachten im Nordosten dauern fast an der ganzen 350 Kilometer langen Front mit unverminderter Heftigkeit fort. Nördlich von Okna nahmen wir gestern nach schweren, wechselvollen Kämpfen unsere Truppen aus den zerschossenen ersten Stellungen in eine fünf Kilometer südlich vorbereitete Linie zurück. Bei Jazlowiec an der unteren Strypa ging der Feind heute früh nach starker Artillerievorbereitung zum Angriff über. Er wurde überall geworfen, stellenweise im Handgemenge. Westlich von Trembowla brach zur selben Zeit ein starker russischer Angriff unter dem Feuer unserer Geschütze zusammen. Westlich und nordwestlich von Tarnopol wurde gleichfalls erbittert gekämpft. Wo immer der Feind vorübergehend Vorteile errang, wurde er ungesäumt wieder geworfen. Vor einer Bataillonsfront liegen 350 russische Leichen. Auch bei Sapanow führten die zahlreichen Vorstöße des Feindes zu keinem wesentlichen Ergebnis. Zwischen Mlynow an der Ikwa und im Raume westlich von Olyka, wo sich die Russen fortwährend verstärken, ist nach wie vor ein erbittertes Ringen im Gange.

7. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Von stark überlegenen Kräften angegriffen, wurden unsere in Wolhynien und an der oberen Putilowka kämpfenden Streitkräfte in den Raum von Luck zurückgenommen. Die Bewegung vollzog sich ohne wesentliche Störung durch den Gegner. An allen anderen Stellen der Nordostfront wurden die Russen blutig abgewiesen, so nordwestlich von Rafalowka am unteren Styr, bei Berestiany am Korminbach, bei Sapanow, an der oberen Strypa, bei Jazlowiec, am Dnjestr und an der bessarabischen Grenze. Nordwestlich von Tarnopol schlug eine unserer Divisionen an einer Stelle zwei, an anderer sieben Angriffe zurück. Sehr schwere Verluste erlitt der Feind auch im Raume von Okna und Dobronoutz, wo seine Sturmkolonnen vielfach in erbittertem Handgemenge geworfen wurden.

Aus der russischen Meldung: ... Die Erfolge unserer Truppen in Wolhynien, in Galizien und in der Bukowina entwickeln sich weiter. Die Gesamtzahl der Gefangenen und der Trophäen, die im Verlaufe der Vertreibung des Feindes aus seinen mächtig befestigten Stellungen eingebracht wurden, nimmt weiter zu. Seit Beginn der letzten Kämpfe bis zum 6. Juni mittags machten die Armeen des Generals Brussilow 900 Offiziere und 40000 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 77 Kanonen, 124 Maschinengewehre und 49 Bombenwerfer. Außerdem erbeuteten sie Scheinwerfer, Telephongeräte, Feldküchen, viele Waffen und Kriegsmaterial, sowie beträchtliche Munitionsreserven. Einige Batterien wurden von unserer Infanterie ganz genommen mit allen Kanonen und Caissons. Die letzten Kämpfe haben den Feinden das Anwachsen unseres Kriegsmaterials durch Tatsachen bewiesen. Die Kämpfe tragen dazu bei, den Glauben zu bestärken, daß entsprechend der Entwicklung dieses Materials die befestigten Linien des Feindes mit größerer Wirkung zerstört werden können. Die Tapferkeit und der Schneid unserer Truppen bekunden sich in den nur während dreier Tage erlangten Ergebnissen.

Seine Majestät, der Oberbefehlshaber, richtete gestern um 10 Uhr abends aus dem Hauptquartier folgendes Begrüßungstelegramm an General Brussilow und seine Truppen, das dieselben zu den erlangten Erfolgen beglückwünscht: „Wollen Sie meinen vielgeliebten Truppen auf der Ihrer Leitung anvertrauten Front mitteilen, daß ich mit großer Genugtuung ihre kühnen Kämpfe verfolge, daß ich ihren Mut hoch einschätze und daß ich ihnen meinen herzlichsten Dank ausspreche. Möge Gott uns seinen Beistand geben, um den Feind aus unserem Lande zu vertreiben. Ich bin überzeugt, daß sie zusammen aushalten und kämpfen werden bis zu einem für die russische Armee glorreichen Ausgang. Gez.: Nikolaus."

Die Vorsicht erlaubt es nicht, die Namen unserer zuweilen mit Verlusten kämpfenden tapfern Regimenter und der Offiziere bekannt zu geben. Auch ist es nicht möglich, die Namen der gefallenen oder verwundeten tapferen Generale und Offiziere zu veröffentlichen, sowenig wie die Namen der Gegenden und Ortschaften, wo die Kämpfe sich abwickeln.

8. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Südlich von Smorgon drangen deutsche Erkundungsabteilungen über mehrere feindliche Linien hinweg bis in das Dorf Kunawa vor, zerstörten die dortigen Kampfanlagen und kehrten mit 40 Gefangenen und einem erbeuteten Maschinengewehr zurück. Auf der übrigen Front bei den deutschen Truppen kein besonderes Ereignis.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In Wolhynien haben unsere Truppen unter Nachhutkämpfen ihre neuen Stellungen am Styr erreicht.

An der Ikwa und nördlich von Wisniowczyk an der Strypa wurden mehrere russische Angriffe abgewiesen. An der unteren Strypa greift der Feind abermals mit starken Kräften an. Die Kämpfe sind dort noch nicht abgeschlossen.

Am Dnjestr und an der bessarabischen Front herrschte gestern verhältnismäßig Ruhe.

Aus der russischen Meldung: ... Am 6. Juni ergriffen unsere Truppen die Offensive in der Richtung Rowno—Kowel, folgten dem Feinde hart auf den Fersen, warfen ihn über den Haufen und eroberten nach heftigem Kampfe die Gegend und die Stadt Luck; sie besetzten darauf die Stadt selbst. An manchen Stellen bemächtigten sich unsere Truppen nicht nur der Ikwa- und der Strypalinie, sondern setzten auch den Vormarsch, diese Flüsse überschreitend, fort. In Galizien, an der unteren Strypa, eroberte unsere Infanterie, unterstützt durch das Feuer der Artillerie, in energischem Vorstoß die mächtigen Befestigungen an der Front Trybuchowce—Jazlowiec. Unsere Truppen gelangten ganz nahe an die Strypalinie. Außer den gestern gemeldeten 40 000 Gefangenen und Trophäen machten wir gestern neuerdings im Laufe dieser Kämpfe 58 Offiziere und ungefähr 11 000 Soldaten zu Gefangenen. Wir erbeuteten noch eine große Anzahl Geschütze und Maschinengewehre, die noch nicht genau feststeht, Waffendepots, Fahrküchen und Telephonmaterial. Die Ergebnisse der Kämpfe in der Periode vom 4. bis 7. Juni in Wolhynien erlauben schon jetzt, den erzielten Erfolg als einen bedeutenden Sieg unserer Armee zu betrachten, der durch einen tiefen Einbruch in die befestigte Front des Feindes gekrönt wurde.

9. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Bei den deutschen Truppen keine Veränderung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Kämpfe im Nordosten waren gestern weniger heftig. Bei Kolki, nördlich von Nowo-Aleksiniec, nordwestlich von Tarnopol und am Dnjestr wurden russische Angriffe unter schweren feindlichen Verlusten abgeschlagen. An der bessarabischen Grenze herrschte Ruhe.

Aus der russischen Meldung: Die Schlacht in Wolhynien und Galizien dauert fort. Die Deutschen versuchen, die Entwicklung unserer Offensive in der durchstoßenen Front aufzuhalten. Man bemerkte die Ankunft deutscher Truppenteile in der Gegend nördlich der Poljesje. Unter den gemachten Gefangenen meldet man viele Deutsche. Trotz dem stellenweise hartnäckigen Widerstande des Feindes dauert unsere Offensive auf der ganzen Front vom Pripjet bis an die rumänische Grenze fort. In vielen Abschnitten hatte unsere Kavallerie Gelegenheit, den Feind anzugreifen.... Die jüngern Teile unserer Truppen wetteifern an Tapferkeit mit unsern alten Regimentern; auch die Regimenter einer nur aus Landstürmern gebildeten Division haben in stürmischem Angriff den Feind am Styr zurückgeworfen, ihn verfolgt, den Brückenkopf beim Flecken Rozyszcze forciert, ungefähr 2500 deutsche und österreichische Gefangene gemacht und Maschinengewehre und reiche Beute gewonnen. Wir haben die Strypa überschritten und den Zloty-Potokfluß erreicht. . . .

10. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Bei den deutschen Truppen hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Im Gegensatz zum vorgestrigen Tage sind gestern wieder an der ganzen Nordostfront äußerst erbitterte Kämpfe entbrannt. Zwischen Okna und Dobronoutz wurden an einer Stelle acht, an einer andern fünf schwere Angriffe abgewiesen, wobei sich unser schlesisches Jägerbataillon Nr. 16 besonders hervortat. An der unteren Strypa haben starke russische Kräfte nach erbittertem Ringen unsere Truppen vom Ost- auf das Westufer zurückgedrängt. Nordwestlich von Tarnopol schlugen wir zahlreiche russische Vorstöße ab. Im Raum von Luck wird westlich des Styrs gekämpft. Bei Kolki und nordwestlich von Czartorysk wurden russische Uebergangsversuche vereitelt.

Aus der russischen Meldung: Die Truppen des Generals Brussilow setzen ihre Offensive und die Verfolgung des Feindes fort. Im Kampf mit den Nachhuten des Feindes haben unsere Truppen den Styrfluß unterhalb und oberhalb von Luck überschritten. Die Truppenteile, die ihn überschritten, verfolgen den Feind, der versucht, sich auf rückwärtigen Stellungen zu behaupten. In Galizien, nordwestlich von Tarnopol, bei Hladki und Cebrow, dauert ein heftiger Kampf an um den Besitz von Höhen, die wiederholt von Hand zu Hand gingen. Belgische Panzerautomobile leisten unsern Truppen eine mächtige Unterstützung. Die Eindrückung der feindlichen Front in der Gegend der Strypa führte dazu, daß wir die befestigte Stellung auf dem Ostufer der Strypa besetzt haben. Bei Tagesanbruch des 10. Juni sind unsere Truppen in Buczacz eingezogen und haben sich in Entwicklung ihrer Offensive längs des Dnjestr auch der Ortschaft Scianka bemächtigt. In der Ortschaft Potok Zloty haben wir einen großen Artilleriepark mit Granaten und Kartuschen erbeutet. Die Offensive wird fortgesetzt. . . .

11. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Südlich von Krewo stießen deutsche Erkundungsabteilungen in die russischen Stellungen vor; sie zerstörten die feindlichen Anlagen und brachten über 100 Russen als Gefangene sowie ein Maschinengewehr zurück.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Oestlich von Kolki hat der Feind vorgestern abend mit drei Regimentern das linke Styrufer gewonnen. Er wurde gestern durch den umfassenden Gegenangriff österreichisch-ungarischer Truppen wieder über den Fluß geworfen, wobei acht russische Offiziere, 1500 Mann und 12 Maschinengewehre in unsere Hand fielen. Nordwestlich von Tarnopol eroberten wir durch Gegenstoß eine vom Feind unter großen Verlusten erkämpfte Höhe zurück. Im Nordostteile der Bukowina wurde wieder überaus erbittert gekämpft. Der Druck überlegener gegnerischer Kräfte, die mit einem auch bei diesem Feind einzig dastehenden rücksichtslosen Verbrauch des Menschenmaterials angesetzt wurden, machte es notwendig, unsere Truppen dort vom Gegner loszulösen und zurückzunehmen.

Russische Meldung: Nach den eingegangenen Berichten dauerte die Offensive unserer Truppen in Wolhynien, Galizien und in der Bukowina gestern mit neuen Erfolgen fort. Die feindlichen Armeen erleiden fortgesetzt allein an Gefangenen ungeheure Verluste. Die wilden Stöße unserer Truppen werfen in unsere Hände Tausende und aber Tausende von Gefangenen und eine Kriegsbeute aller Art, deren genaue Schätzung gegenwärtig unmöglich ist. So haben wir in einem einzigen Abschnitt 21 Scheinwerfer, zwei Konvois, 29 Fahrküchen, 47 Züge Maschinengewehre, 12000 Pud Stacheldraht, 1000 kleine Betonbalken, sieben Millionen Kubikmeter Beton, 10000 Pud Kohle, ungeheure Munitionsdepots und eine große Menge Waffen und anderes Material, in einem anderen Abschnitt 30000 Gewehrpatronen, 300 Kisten Maschinengewehrpatronen, zwei optische Zielapparate, einen ganz neuen Northon-Brunnen, d. h. einen tragbaren Brunnen für die Erzeugung von Trinkwasser, erbeutet. Die Erbeutung eines so ungeheuren Kriegsmaterials, das vom Feind für verschiedene Unternehmungen bereit gelegt war, ist der beste Beweis für die Größe des dem Gegner zugefügten Schlages. Im Laufe der gestrigen Kämpfe haben wir von neuem einen General, 409 Offiziere und 35100 Soldaten zu Gefangenen gemacht. Wir haben 30 Geschütze, dreizehn Maschinengewehre und fünf Bombenwerfer erbeutet. Die Gesamtzahl der bis jetzt im Laufe der Operationen gemachten Trophäen beläuft sich auf einen General, 1649 Offiziere und über 106000 Soldaten sowie 124 Geschütze, 180 Maschinengewehre und 56 Bombenwerfer.

Der Kampf bei Rozyszcze am Styr unterhalb Luck war tapfer. Die Deutschen versuchten, den Oesterreichern Hilfe zu bringen, aber durch den Angriff unserer Infanterie, der durch die schwere

Artillerie gedeckt war, wurden sie aus dem Flecken vertrieben und verloren über 2000 Gefangene, zwei Geschütze und Maschinengewehre. Unsere Truppen verfolgen die auf dem Rückzug befindlichen Deutschen. Die in der Gegend der Stadt Dubno operierenden Truppen nahmen, indem sie dem Feind auf den Fersen folgten, die Stadt und das Fort Dubno. Einige Truppenteile überschritten die Ikwa, indem sie ihre Offensive weiter entwickelten. Ein Teil dieser Truppen besetzte die Gegend der Ortschaft Demidowka an der Chaussee von Mlynow nach Beresteczko, indem sie die Besatzung zur Uebergabe zwangen. Diese Ortschaft diente als Stützpunkt für Mlynow.

Bei der Vertreibung des Feindes aus seiner Hauptstellung nördlich von Buczacz haben wir zahlreiche Gefangene gemacht, darunter einen österreichischen Bataillonsstab, und eine große Menge Waffen erbeutet. Der Feind wurde in die Strypa geworfen. Bei Osowce, nördlich von Buczacz, nahm eines unserer Regimenter eine ganze Batterie von vier 10-Zentimeter-Haubitzen trotz des erbitterten Widerstandes des Feindes, einem heftigen Flankenfeuer, dem Sperrfeuer und der Explosion von Minenherden. Truppen des Generals Leschitzki nahmen die gegnerische Stellung südöstlich von Dobronoutz, 20 Werst nordöstlich von Czernowitz. In dieser Gegend allein haben wir 18000 Soldaten, einen General und 347 Offiziere gefangen genommen und zehn Geschütze erbeutet. Im Augenblick der Absendung dieses Berichtes dauerte der Zustrom der Gefangenen an zahlreichen Punkten noch immer fort. Südöstlich Zaleszczyki haben wir durch einen energischen Stoß den Feind geworfen, der sich zurückzieht. Der Gegner sprengte den Bahnhof von Jurkoutz in die Luft. Der Feind zieht sich in ungeordnetem Rückzug zurück; indem er sucht, die Lage wieder auszugleichen, führte er an manchen Stellen wütende Gegenangriffe aus, u. a. am 10. Juni bei Tagesanbruch in der Gegend Semki—Kolki.

Numerisch überlegene feindliche Kräfte griffen unsere vorgeschobenen Truppenteile an und warfen sie unter der Deckung von Konzentrationsfeuer auf das rechte Ufer des Styr zurück. Aber noch am gleichen Tage haben wir jede weitere Entwicklung dieser Offensive aufgehalten. Der Feind leistet mit Erbitterung Widerstand, besonders in der Gegend von Targowica, am Styr, oberhalb von Luck, wo ein blutiger Kampf wütet. Die Gesamtergebnisse der heftigen Schläge, die unsere Truppen dem Feind in der Zeit vom 4. bis 10. Juni zugefügt haben, lassen das Bild der Eindrückung der befestigten Linien des Gegners auf der Front aller unserer Armeen hervortreten, die auf eine weite Ausdehnung in den waldigen Gegenden Südwestrußlands bis zur rumänischen Grenze kämpfen.

12. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen der Armee des Generals von Bothmer warfen russische Abteilungen, die nordwestlich von Buczacz (an der Strypa) im Vorgehen waren, wieder zurück. Ueber 1300 Russen blieben als Gefangene in unsrer Hand. Im übrigen hat sich die Lage der deutschen Truppen nicht geändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Im Nordosten der Bukowina vollzog sich die Loslösung vom Gegner unter harten Nachhutkämpfen. Eine aus Buczacz gegen Nordwesten vorgehende feindliche Kraftgruppe wurde durch starke Gegenangriffe deutscher und österreichisch-ungarischer Regimenter geworfen, wobei 1300 Russen in unserer Hand blieben. Auf der Höhe östlich von Wisniowczyk brach heute ein starker russischer Angriff unter unserm Geschützfeuer zusammen. Oestlich von Kozlow hoben unsere Streifkommandos einen vorgeschobenen Posten der Russen aus.

Nordwestlich von Tarnopol wird fortgesetzt heftig gekämpft. Die mehrfach genannten Stellungen bei Worobijowka wechselten wiederholt den Besitzer. An der Ikwa und in Wolhynien herrschte gestern verhältnismäßig Ruhe.

Westlich von Kolki schlugen unsere Truppen einen russischen Uebergangsversuch ab. Hier, wie überall entsprechen dem rücksichtslosen Massenaufgebot des Feindes auch seine Verluste.

Aus der russischen Meldung: In vielen Frontabschnitten fahren wir fort, den geschlagenen Feind zu verfolgen. Stellenweise liefern wir dem Feinde, der in verzweifelten Gegenangriffen gegen uns vorgeht, heiße Kämpfe. Die Gesamtzahl der Gefangenen beläuft sich auf 1700 Offiziere und 113000 Soldaten. Ueber die Kämpfe werden folgende Einzelheiten bekannt: Bei dem gestern erwähnten Kampf bei Rozyszcze hat eine unserer kürzlich neuformierten Truppen den Deutschen 18 Offiziere und 1185 Soldaten, den Oesterreichern 26 Offiziere und 742 Soldaten als Gefangene abgenommen, gegenüber 2000 wie gestern gemeldet wurde. Südlich von Luck flieht der Feind auf der Ikwafront in überstürzter Eile. Unsere Truppen folgen ihm auf den Fersen. In Galizien hat der Feind in der Gegend der Dörfer Hladki und Worobijowka., nördlich von Tarnopol,

wiederholt wütende Angriffe gemacht, wurde aber von unsern Truppen am Morgen des 11. Juni zurückgeworfen. Bei diesen Kämpfen ist erwähnenswert die Tapferkeit unserer Artillerie, die trotz dem mörderischen Feuer des Feindes mit ihrem Trommelfeuer alle Angriffe des Gegners aufhielt. In der Gegend von Bobulince nördlich von Buczacz haben die Oesterreicher, unterstützt durch hierher transportierte deutsche Truppen, uns erbitterten Widerstand geleistet. Eine Reihe von Gegenangriffen des Gegners, die unsere Truppen erwiderten, zwang unsere Truppen, dort ein wenig zurückzuweichen. Der Kampf dauert mit stets wachsender Erbitterung weiter. In der Gegend südlich des Dnjestr befanden sich unsere Truppen gestern schon nahe beim Brückenkopf von Zaleszczyki. Sie lieferten einen Kampf um den Besitz einer Vorstadt von Czernowitz, wo starke Explosionen beobachtet wurden. Der Feind ließ die Brücken des Dorfes Mahala östlich von Czernowitz in die Luft fliegen. Die Zahl der von den Truppen des Generals Leschitzki gemachten Gefangenen beläuft sich auf 21000. Sie gehören alle ungarischer Kavallerie oder Infanterie an.

Zu den russischen Meldungen vom 11. und 12. Juni 1916 veröffentlichte das „K. u. K. Kriegspressequartier" am 14. VI. 16 folgende Richtigstellung:

„Diesen Angaben, die durch eine aufs einzelne gerichtete Schreibweise den Eindruck besonderer Wahrhaftigkeit erwecken sollen, ist vor allem entgegenzustellen, daß die Russen naturgemäß über Gefangene und Beute Zahlen von beliebiger Höhe veröffentlichen können, da Beweis und Gegenbeweis unter den augenblicklichen Verhältnissen schlechterdings nicht zu erbringen sind, und daß auch der Zweck ihrer ins Maßlose gehenden Uebertreibungen durchsichtig genug ist. Gewiß kann es bei rückgängigen Bewegungen nicht vermieden werden, daß viele verwundete und auch unverwundete Kämpfer in die Hände des Feindes fallen. Ist doch mitunter gerade das Schicksal besonders tapferer, zäh ausharrender Abteilungen, daß ein verhältnismäßig großer Teil der Verluste auf Gefangene entfällt. Aber es braucht nicht erst betont zu werden, daß unsere Gesamtverluste — die blutigen und die an Gefangenen — auch nicht entfernt an jene Zahlen heranreichen, die die Russen allein als Summe der Gefangenen anführen; und ebenso sicher ist es, daß die blutigen Verluste des Feindes, der sein Menschenmaterial diesmal noch rücksichtsloser opfert als je frühen und bei dem 40 Glieder tiefe Angriffe nicht zu den Seltenheiten gehören, unsere Gesamtverluste um das Doppelte und Dreifache überragen. Daß einer unserer Generale gefangen genommen worden sei, ist uns ganz neu.

Was die russischen Angaben über Beute anbelangt, so ist es klar, daß bei der Räumung unserer Stellung nicht alles Material geborgen werden konnte und namentlich ohne Bespannung eingeführte und eingebaute Geschütze älterer Konstruktion preisgegeben werden mußten. Doch sind auch in dieser Hinsicht die Angaben des Feindes über alles Maß hoch gegriffen. Wenn schließlich der Feind behauptet, daß er unsere ganze Nordostfront vom Prypec bis zum Pruth durchbrochen habe, so zeigen unsere amtlichen Berichte vom 12. und 13. Juni durch präzise Ortsangaben, wieviel von dieser Phrase zu halten ist. Es ist dabei gar nicht näher ausgeführt, daß wir Dubno ohne einen Gewehrschuß freigegeben und daß wir bei Kolki und Sokul dem Gegner schwere Schlappen zugefügt haben.

Allein die Nennung der Namen Buczacz, Wisniowczyk, Kozlow, Worobijowka, Nowo-Aleksiniec, Sapanow, von Sokul, Kolki, Czartorysk — von lauter Orten, die in den letzten neun Monaten verhältnismäßiger Ruhe immer wieder als Punkte unserer Frontlinie angeführt wurden — beweist deutlich genug, daß die durch das Zusammenziehen überlegener Massen an einzelnen Stellen erkämpften russischen Erfolge auf weite Teile unserer Nordostfront ohne Einfluß und Nachteil geblieben sind."

13. Juni 1916.

Deutsche Meldung: An der Düna, südöstlich von Dubena, zersprengte das Feuer unserer Batterien eine russische Kavalleriebrigade. Nordöstlich von Baranowitschi war das feindliche Artilleriefeuer lebhafter. Die Armee des Generals Grafen Bothmer wies westlich von Przewloka an der Strypa feindliche Angriffe restlos ab.

Bei Podhajce wurde ein russisches Flugzeug von einem deutschen Flieger im Luftkampf bezwungen. Führer und Beobachter — ein französischer Offizier — sind gefangen. Das Flugzeug ist geborgen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Am Pruth südlich von Bojan wurde ein russischer Angriff abgewiesen. In Sadagora, Sniatyn und Horodenka ist feindliche Kavallerie eingerückt. Bei Burkanow an der Strypa scheiterten mehrere russische Vorstöße. Nordwestlich von Tarnopol stehen unsere Truppen ohne Unterlaß im Kampfe.

Bei Sapanow wurde ein russischer Angriff durch unser Geschützfeuer vereitelt. Südwestlich von Dubno trieben wir einen feindlichen Kavalleriekörper zurück. In Wolhynien hat feindliche Reiterei das Gebiet von Torczyn erreicht; es herrschte zum größten Teil Ruhe. Bei Sokul am Styr trieb der Feind seine Truppen zum Angriff vor; er wurde geworfen. Auch bei Kolki sind alle Uebergangsversuche der Russen gescheitert. Die Zahl der hier eingebrachten Gefangenen stieg auf 2000.

Aus der russischen Meldung: ... Nordwestlich von Kozyszcze nähern sich unsere Truppen, nachdem sie die Deutschen vertrieben haben, dem Flusse Stochod. Westlich von Luck haben unsere Truppen Torczyn besetzt und fahren fort, den Feind zurückzudrängen. Auf der Strypafront, nördlich des Dorfes Bobulince, nimmt der hartnäckige Kampf seinen Fortgang. Das Fort Zarwanica wurde nach hartnäckiger Verteidigung durch unsere Truppen genommen. In mehreren Abschnitten entdeckte man eilig erstellte Werke, die der Feind errichtet hatte, um seine vorbereiteten Stellungen zu befestigen. In dem Abschnitt des Dnjestr und weiter südlich eroberten unsere Truppen, nachdem sie nach einem Kampfe den Fluß überschritten hatten, dortselbst außer zahlreichen befestigten Punkten auch den Brückenkopf von Zaleszczyki. Sie setzten ihr Vorrücken fort. Das Dorf Horodenka nordwestlich von Zaleszczyki ist in unsern Händen. Im Abschnitte des Pruth, zwischen Bojan und Nepolokoutz näherten sich unsere Truppen dem linken Ufer des Flusses. Bei dem Brückenkopf von Czernowitz nimmt ein heißer Kampf seinen Fortgang.

An den preisgegebenen Stellen hat der Feind eine enorme Kriegsbeute zurückgelassen. So ließ er auf der Bahnlinie von Dubno nach Kozin ein Netz Telephondrähte und eine große Menge Patronen, Minenwerfer, Automobile, eine Schmalspurbahn mit einer großen Menge Waggons und ein Vorratslager zurück. An derselben Stelle, beim Dorfe Mala Milcza wurde ein weithin sichtbares Standbild als Erinnerungszeichen an den österreichischen Sieg, eine hohe vom kaiserlichen Adler überragte Säule, unversehrt gelassen. Im Dorfe Labagur, nördlich von Czernowitz, erbeuteten wir ein großes Lager Geniematerial und Schwebebahnen. In einem auf einem toten Offizier aufgefundenen Tagesbefehl, der die Dislozierung der Truppen anzeigt, kam folgender Ausdruck vor: „Oesterreich geschlagen.“ Gefangene erwähnen in ihren Aussagen die Formierung neuer Abteilungen aus den Restbeständen der geschlagenen österreichischen Einheiten.

14. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Südlich des Narocz-Sees zerstörten Erkundigungsabteilungen vorgeschobene feindliche Befestigungsanlagen und brachten 60 gefangene Russen zurück. Auf der Front nördlich von Baranowitschi ist der Feind zum Angriff übergegangen. Nach heftiger Artillerievorbereitung stürmten dichte Massen siebenmal gegen unsere Linien vor. Die Russen wurden restlos zurückgetrieben. Sie hatten sehr schwere Verluste.

Deutsche Flieger führten in den letzten Tagen weitreichende Unternehmungen gegen die Bahnen hinter der russischen Front aus. Mehrfach sind Truppenzüge zum Stehen gebracht und Bahnanlagen zerstört worden.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südlich von Bojan und nördlich von Czernowitz wurden russische Angriffe abgeschlagen. Sonst südlich des Pripjet bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Nördlich von Baranowitschi standen gestern vormittag deutsche und österreichisch-ungarische Truppen unter schwerstem russischen Geschützfeuer. Abends griff der Feind die Stellungen an, wurde aber überall restlos geworfen. Zuletzt feuerte die gegnerische Artillerie in die zurückflutenden russischen Massen.

Aus der russischen Meldung: ... Im Lauf des gestrigen Tages nahmen wir von neuem 20 Offiziere und 6000 Mann gefangen und erbeuteten sechs Geschütze, zehn Maschinengewehre und viele Caissons. Die Gesamtzahl der Gefangenen und Trophäen seit Beginn der Operationen beläuft sich damit auf 1620 Offiziere und ungefähr 120000 Soldaten, 130 Geschütze und 260 Maschinengewehre. Mehrere feindliche Abteilungen sind völlig desorganisiert, was aus der Tatsache hervorgeht, daß in den Kämpfen vom 6. bis 11. Juni die Truppen des Generals Scherbatjew in einem verhältnismäßig unbedeutenden Abschnitt 414 Offiziere und 17000 Soldaten als Gefangene sowie 34 Maschinengewehre, 29 Geschütze, 56 Caissons und andere Kriegsbeute eingebracht haben. Aus den erhaltenen Berichten geht hervor, daß der Feind stellenweise so große Mengen von Kriegsmaterial zurückgelassen hat, daß es in einer kurzen Zeitperiode unmöglich ist, deren Bedeutung zu

bestimmen. So hat er an einem Punkt das Material für eine Feldeisenbahn von 30 Werst Länge zurückgelassen. An der Straße nach Wladimir-Wolynskij leistet der Feind erbitterten Widerstand. Die Kämpfe spielen sich westlich des Dorfes Zaturce, auf dem halben Weg zwischen Luck und Wladimir-Wolinskij ab. In der Gegend Zaturce griffen unsere Kosaken glänzend an und machten eine feindliche Schwadron nieder. Westlich von Dubno rückten unsere Truppen, die den Feind zurücktrieben, aus dem Dorf Demidowka hinaus und bemächtigten sich im Südwesten von Dubno des Dorfes Kozin. Nördlich von Buczacz, nördlich des rechten Strypa-Ufers, führte der Feind mächtige Gegenangriffe aus. Auch in den gestrigen Kämpfen gelang es unsern Truppen, den Feind abzuweisen. Sie halten die Höhen auf dem Westufer der Strypa in der Gegend Hajworonka—Bobulince besetzt. Südlich des Dnjestr besetzten wir das Dorf Sniatyn. Der Kampf um den Besitz des Brückenkopfes von Czernowitz dauert fort.

15. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Die Armee des Generals Graf Bothmer wies mehrere in dichten Wellen vorgetragene russische Angriffe bei und nördlich Przewloka glatt ab.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südlich von Bojan und nördlich von Czernowitz schlugen unsere Truppen russische Angriffe ab. Oberhalb von Czernowitz vereitelte unser Geschützfeuer einen Uebergangsversuch des Gegners über den Pruth. Zwischen Dnjestr und Pruth keine Ereignisse von Belang. Der Feind hat die Linie Horodenka—Sniatyn westwärts nur wenig überschritten. Bei Wisniowczyk wurde äußerst erbittert gekämpft. Hier, sowie nordwestlich von Ryboml und nordwestlich von Krzemieniec wurden alle russischen Angriffe abgewiesen. Im Gebiet südlich und westlich von Luck ist die Lage unverändert. Bei Lokaczy trat auf beiden Seiten abgesessene Reiterei in den Kampf. Zwischen der Bahn Rowno—Kowel und Kolki bemühte sich der Feind an zahlreichen Stellen, unter Einsatz neuer Divisionen, den Uebergang über den Stochod—Styr-Abschnitt zu erzwingen. Er wurde überall zurückgeschlagen und erlitt schwere Verluste.

16. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Gegen die Front der Armee des Generals Graf Bothmer nördlich von Przewloka setzten die Russen auch gestern ihre Anstrengungen fort. Bei der Abwehr des Feindes blieben über 400 Mann Gefangene in der Hand des Verteidigers.

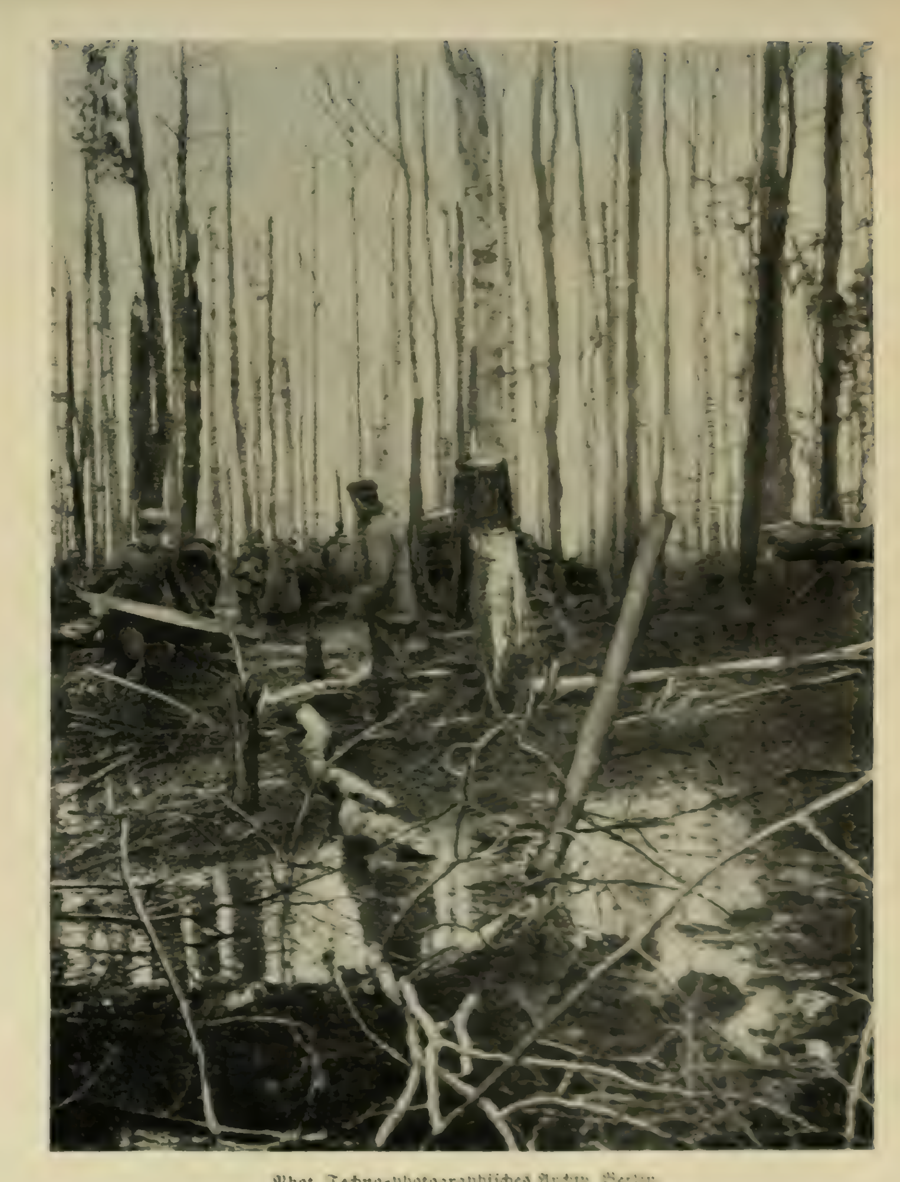
Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südlich des Dnjestr schlugen unsere Truppen feindliche Kavallerie zurück. Sonst in diesem Raume nur Geplänkel. Westlich von Wisniowczyk dauern die Anstürme russischer Kolonnen gegen unsere Stellungen fort. In der Hand der Verteidiger blieben zwei Offiziere und 400 Mann. Bei Tarnopol keine besonderen Ereignisse. In Wolhynien entwickeln sich an ganzer Front neue Kämpfe. Am Stochod—Styr-Abschnitt wurden abermals mehrere Uebergangsversuche abgeschlagen, wobei der Feind wie immer schwere Verluste erlitt.

Aus der russischen Meldung: ... Im Verlauf der mächtigen, aber fruchtlosen Gegenangriffe des Feindes am Styr in der Gegend von Sokul, nördlich von Rozyszcze nahmen wir 29 Offiziere und 1750 Soldaten gefangen. In der Gegend westlich und südwestlich von Luck lieferte unsere Kavallerie im Lauf der Verfolgung des Feindes mehrere Kämpfe, die von Erfolg gekrönt waren. Nordwestlich von Krzemieniec vertrieben kühne Abteilungen, die den Truppen des Generals Sacharow angehören, durch einen kräftigen Stoß und nach erbitterten Kämpfen den Feind aus seinen befestigten Stellungen bei dem Fluß Plaszowka zwischen Kozin und Tarnawka. Ein Regiment unserer Truppen unter Führung des Obersten Tatarow durchwatete den Fluß bis zum Kinn im Wasser. Eine Kompanie, die an eine tiefe und gefährliche Stelle geraten war, starb dort den Heldentod. Die Tapferkeit unserer Soldaten und Offiziere bewirkte jedoch die regellose Flucht des Feindes. Wir nahmen 70 Offiziere, 5000 Soldaten gefangen und erbeuteten zwei Trainwagen, viele Maschinengewehre, Tausende von Gewehren und enorme Drahtvorräte. Durch einen ungestümen Vorstoß bemächtigte sich unsere Infanterie, unterstützt durch den mächtigen Beistand der Artillerie, des Gehölzes von Rostoki, südlich von Poczajew. Wir machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre und Bombenwerfer. In heldenmütiger Anstrengung warfen die Truppen des Generals Scherbatjew gestern die Oesterreicher in der Gegend Hajworonka—Gnilowody. An der Westfront der Strypa, nordwestlich von Buczacz, dauert der Kampf mit den Oesterreichern und Deutschen, die jene unterstützen, ständig fort. Bis jetzt haben wir 3000 Gefangene gemacht und Kanonen und Maschinengewehre erbeutet...



Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

Vorderste deutsche Stellung in einem Walde bei Postawy



Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

Von einer deutschen Waldstellung bei Postawy



Phot. A. Grohs, Berlin

Russische Gefangene bringen leere von den Deutschen erbeutete Granatkörbe zur Bahn



Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

General v. Eichhorn bei der Besichtigung deutscher Truppen an der Front



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Österreichisch-ungarische Unterstände an der beßarabischen Front



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

In einem österreichisch-ungarischen Schützengraben an der galizischen Front



Phot. Kilophot, Wien

Russische Bauern weisen einer österreichisch-ungarischen Patrouille den Weg



Phot. A. Bogisch, Feuerbach bei Stuttgart

Ein Gefecht an der Ostfront, aufgenommen aus einem deutschen Flugzeug

17. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Bei der Heeresgruppe Linsingen haben sich in dem Stochod- und Styrabschnitt Kämpfe entwickelt. Teile der Armee des Generals Grafen von Bothmer stehen nördlich von Przewloka erneut im Gefecht.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Am Pruth keine besonderen Ereignisse. Nördlich von Niezwiska scheiterte ein russischer Uebergangsversuch über den Dnjestr. Die Angriffe des Feindes gegen die Stellungen westlich von Wisniowczyk wiederholen sich in unverminderter Heftigkeit. In Wolhynien wird an der Lipa, im Raume von Lokaczy und am Stochod—Styrabschnitt neuerlich erbittert gekämpft.

Aus der russischen Meldung: Der Kaiser erhielt als oberster Kommandant folgendes Telegramm des Kaisers von Japan: „Mit großem Vergnügen erhielt ich die angenehme Nachricht von dem glorreichen Siege, den Ihre tapfere Armee in Galizien errungen hat. Ich beeile mich, Ew. kaiserlichen Majestät anläßlich dieses bedeutenden militärischen Erfolges Ihrer Armee meine aufrichtigsten Glückwünsche auszudrücken. (Gez.) Yoshihito."

Um den Vormarsch unserer Armee auf Lemberg aufzuhalten, führt der Feind, der durch Truppenteile, die von andern Fronten herbeigeführt wurden, verstärkt worden ist, an manchen Orten wütende Gegenangriffe gegen die Truppen des Generals Brussilow aus. Westlich des Fleckens Kolki am Styr ergriff der Feind gestern abend unter heftigem Feuer unserer Artillerie in der Gegend des Dorfes Hodomicze die Offensive. Der Angriff wurde abgewiesen. Hierauf machten unsere Truppen die dem Feinde auf den Fersen folgten, einen Vorstoß in seine Stellung am Nordufer des Styr, wobei sie 15 Offiziere und mehr als 800 Soldaten zu Gefangenen machten. Nordwestlich von Rozyszcze am Stochod bemächtigten sich unsere Sibirier, die von Oberst Kislyi befehligt wurden, im Laufe eines heißen Kampfes mit den Deutschen durch einen glänzenden Angriff des Dorfes Swidniki und machten vier Offiziere und 450 deutsche Soldaten zu Gefangenen. Die berittenen Husaren von Weißrußland, die durch das Feuer der Artillerie unterstützt wurden, unternahmen einen kühnen Durchbruch durch drei stark befestigte Linien des Feindes und säbelten mehr als zwei österreichische Kompanien nieder. Gestern um Mittag besetzte unsere Kavallerie Radziwillow, nachdem sie den Feind daraus vertrieben hatte. Sie trieb ihn weiter auf Brody zurück. Der Feind wurde von Staro- und Nowo-Poczajew sowie aus dem alten Kloster Poczajew, das gestern von unsern Truppen besetzt wurde, vertrieben ... In der Gegend von Hajworonka—Kurdwanowka, an der Strypa, spielt sich ein heißer Kampf ab. Der Feind entfesselte wütende Angriffe an der Straße Sniatyn—Kolomea. Er wurde über den Czerniawafluß geworfen ...

18. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linsingen wurden am Styr beiderseits von Kolki russische Angriffe abgewiesen. Zwischen der Straße Kowel—Luck und dem Turya-Abschnitt nahmen unsere Truppen in erfolgreichen Kämpfen den Russen an Gefangenen elf Offiziere, 3446 Mann, an Beute ein Geschütz, zehn Maschinengewehre ab.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer brachen feindliche Angriffe nördlich von Przewloka bereits im Sperrfeuer blutig zusammen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern mußte die Besatzung der Brückenschanze von Czernowitz vor dem konzentrischen Geschützfeuer eines weit überlegenen Gegners zurückgenommen werden. In der Nacht erzwang sich der Gegner an mehreren Punkten den Uebergang über den Pruth und drang in Czernowitz ein. Unsere Truppen räumten die Stadt. In Ostgalizien ist die Lage unverändert. Westlich von Wisniowczyk an der Strypa wurden russische Angriffe durch Artilleriefeuer vereitelt.

In Wolhynien haben unsere Truppen nördlich der Lipa, nördlich von Gorochow und bei Lokaczy Raum gewonnen und russische Gegenangriffe abgewiesen. Es blieben vorgestern und gestern 905 Gefangene und drei Maschinengewehre in unserer Hand. Nördlich des Turya-Abschnitts brachten deutsche Streitkräfte in erfolgreichen Kämpfen elf russische Offiziere, 3446 Mann, ein Geschütz und zehn Maschinengewehre ein. Zwischen Sokul und Kolki wurden abermals starke russische Vorstöße zurückgeschlagen.

Aus der russischen Meldung ... Gegen 4 Uhr nachmittags nahmen die Truppen des Generals Letschitski im Sturm den Brückenkopf von Czernowitz auf dem linken Ufer des Pruth. Nach einem erbitterten Kampfe an den Pruthübergängen, deren Brücken der Feind in

die Luft gesprengt hatte, besetzten wir die Stadt Czernowitz. Unsere Truppen verfolgen den Feind, der den Rückzug gegen die Karpathenpässe angetreten hat. . . Von den Ereignissen, die sich auf dem Rest der Front abspielten, meldet man folgende Einzelheiten: Die Truppen des Generals Kaledin schlugen die hartnäckigen Angriffe des Feindes zurück, an denen sich auch Deutsche beteiligten, die von der französischen Front hergekommen sind. Beim Dorfe Hodomicze am Styr ist ein heftiger Kampf entbrannt. Deutsche und österreichisch-ungarische Gefangene treffen gruppenweise ein. Bis jetzt wurden 70 Offiziere, 2000 Soldaten und acht Maschinengewehre eingebracht. Die Deutschen warfen wütende Angriffe gegen das Dorf Swidniki, auf dem rechten Ufer des Stochod, das wir ihnen entrissen haben. Wir schlugen diese Angriffe trotz dem Feuer eines feindlichen Panzerzuges zurück. Einige hundert Mann eines Kosakenregiments griffen unter dem Befehl ihres Chefs Smyrnow den Feind, der die Offensive ergriffen hatte von der Seite an, und nahmen zwei Offiziere und zahlreiche Soldaten der Deutschen gefangen; außerdem erbeuteten sie fünf Maschinengewehre, säbelten viele Soldaten nieder und trieben die übrigen in die Flucht. Nach ergänzenden Angaben haben die Truppen des Generals Kaledin im Laufe der Kämpfe in dem Zeitabschnitt vom 5. bis 17. Juni 1309 Offiziere, zehn Regimentsärzte, 70000 Soldaten gefangen genommen; sie haben erbeutet 83 Kanonen, 296 Maschinengewehre und ein enormes Kriegsmaterial. In der Gegend auf dem rechten Ufer der Strypa, nördlich von Buczacz, ergriff der Feind die Offensive. Von unserm konzentrischen Feuer empfangen, mußte er jedoch in seine Schützengräben zurückfluten. . . .

19. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teile der Front keine besonderen Ereignisse. Auf die mit Militärtransporten belegten Eisenbahnlinien Ljachowitschi—Luniniec wurden zahlreiche Bomben abgeworfen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linsingen wurden am Styr westlich von Kolki und am Stochod in Gegend der Bahn Kowel—Rowno russische Angriffe, zum Teil durch erfolgreiche Gegenstöße, zurückgeworfen. Nordwestlich von Luck stehen unsere Truppen in für uns günstigem Kampfe. Die Gefangenenzahl und die Beute hat sich erhöht. Südwestlich von Luck greifen die Russen in Richtung auf Gorochow an.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer ist die Lage unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der nördlichen Bukowina und in Ostgalizien keine besonderen Ereignisse. Nordöstlich von Lopuszno griff der Feind mit großer Ueberlegenheit unsere Stellungen an. Das bewährte Infanterieregiment Nr. 44 schlug, unterstützt von vortrefflicher Artilleriewirkung, die neun Glieder tiefen Sturmkolonnen ohne Einsatz von Reserven zurück. Der Feind erlitt schwere Verluste. Auch ein in diesem Raume versuchter Nachtangriff scheiterte. Bei Gorochow und Lokaczy wiesen wir starke russische Gegenangriffe ab. Am oberen Stochod wurde Raum gewonnen.

Aus der russischen Meldung: . . . Auf der Front der Armeen des Generals Brussilow versuchte der Feind durch einen Gegenangriff, unser Vordrängen gegen Lemberg aufzuhalten. In der Gegend der Ortschaft Rogowicze, südöstlich der Ortschaft Lokaczy, sechs Werst südlich der großen Straße von Luck nach Wladimir-Wolynskij, griffen die Oesterreicher in dichten Formationen unsere Truppen an und eroberten, indem sie einen Abschnitt der Kampffront eindrückten, drei Geschütze einer Batterie, die tapfer bis zur letzten Kartusche Widerstand leistete. Herbeigeeilte Verstärkungen warfen den vorrückenden Feind, nahmen ihm ein Geschütz wieder ab, machten 300 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten zwei Maschinengewehre. In der Gegend von Korytnica, südöstlich von Swiniuchi, unternahm eines unserer tapferen Regimenter einen Gegenangriff und schlug die Angreifer in die Flucht. In diesem Augenblick rückte ein Zug einer unserer leichten Batterien an den Rand des Waldes vor und beschoß mit einem plötzlichen Feuer die Flüchtenden. Bei diesem Kampfe haben wir vier Maschinengewehre erbeutet und drei Offiziere sowie 100 Soldaten zu Gefangenen gemacht. Oestlich von Gorochow, südlich von Swiniuchi, haben wir uns nach erbittertem Widerstand eines Waldes bei der Ortschaft Bozow bemächtigt und 1000 Soldaten mit vier Maschinengewehren gefangen genommen. Bei den Angriffen, die sich in der Grenzgegend, südlich von Radziwillow ereigneten, empfing der Gegner unsere Truppen mit Strahlen brennender Flüssigkeit. In dieser Gegend haben wir gestern 1800 Gefangene gemacht. Unsere Truppen rücken, nachdem sie Czernowitz besetzt und an manchen Stellen den Pruth überschritten haben, energisch

gegen den Sereth vor. Es ist festgestellt, daß wir bei der Besetzung des Brückenkopfes von Czernowitz durch die Truppen des Generals Letschitzki 49 Offiziere und über 1500 Soldaten gefangen genommen haben. Außerdem haben wir bei der Stadt zehn Geschütze erbeutet. Bei der Verfolgung des Feindes haben wir bei der Ortschaft und dem Fort Kuczurmare 400 Soldaten gefangen genommen und zwei schwere Geschütze, zwei Lafetten, zahlreiche Munitionscaissons und 1000 Karren mit Lebensmitteln und Futter erbeutet. Bei der Ortschaft Storozynetz haben wir zwei Offiziere und 85 Soldaten gefangen genommen und Maschinengewehre erbeutet. Die Gesamtzahl der Gefangenen im Laufe des 18. Juni beläuft sich auf etwa 3000 Mann. . . .

20. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Vorstöße deutscher Abteilungen auf der Front südlich von Smorgon bis über Cary hinaus und bei Tanoczyn brachten an Gefangenen einen Offizier, 143 Mann, an Beute vier Maschinengewehre und vier Minenwerfer ein. Ein russischer Doppeldecker wurde westlich von Kolodon (südlich des Naroczsees) zur Landung gezwungen und durch Artilleriefeuer zerstört. Auf die Bahnanlagen von Wilejka wurden Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinzen Leopold von Bayern: Fliegerangriffe auf die Eisenbahnstrecke Ljachowitschi—Luniniec wurden wiederholt.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen. Starke russische Angriffe gegen die Kanalstellung südwestlich von Logischin brachen unter schweren Verlusten im Sperrfeuer zusammen. Die fortgesetzten Bemühungen des Feindes gegen die Styrlinie bei und westlich von Kolki blieben im allgemeinen ohne Erfolg. Bei Gruziatyn ist der Kampf besonders heftig. Zwischen der Straße Kowel—Luck und der Turya brachen unsere Truppen an mehreren Stellen den zähen, bei Kisielin besonders hartnäckigen, russischen Widerstand und drangen kämpfend weiter vor. Südlich der Turya wurden feindliche Angriffe abgeschlagen. Die Russen haben ihr Vorgehen in Richtung auf Gorochow nicht fortgesetzt.

Die Lage bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer ist unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina hat der Feind unter Kämpfen mit unseren Nachhuten den Sereth überschritten. Zwischen Pruth und Dnjestr, an der Strypa und im Gebiet von Radziwillow verlief der Tag verhältnismäßig ruhig. In den erfolgreichen Abwehrkämpfen südöstlich und nördöstlich von Lokaczy in Wolhynien brachten unsere Truppen bis jetzt 1300 Gefangene, ein russisches Geschütz und drei Maschinengewehre ein. Im Raume von Kisielin schreiten die Angriffe der Verbündeten in zähem Ringen vorwärts. Zwischen Sokul und Kolki haben wir neuerlich starke feindliche Angriffe abgeschlagen. Bei Gruziatyn, wo es der Feind unter Aufgebot starker Kräfte zum viertenmal versucht, in die Linie der tapferen Verteidiger einzudringen, wird erbittert gekämpft.

Aus der russischen Meldung: . . . S. M. König Georg V. von England war der erste, der auf die Nachricht von den Siegen unserer Armeen in Wolhynien und Galizien dazu seine freundlichen Glückwünsche in außerordentlich warmen und herzlichen Ausdrücken aussprach.

In einigen Abschnitten der Front der Armeen des Generals Brussilow setzt der Feind seine wütenden Gegenangriffe fort. Nach ergänzenden Nachrichten über die Kämpfe in der Gegend nördlich des Dorfes Hodomicze am Styr, westlich des Dorfes Kolki, fielen unsern Truppen am 17. Juni 96 Offiziere, 3137 Soldaten und siebzehn Maschinengewehre in die Hand. Wir wiesen durch unser Feuer die Offensive des Feindes, die durch herbeigeführte deutsche Truppen unterstützt wurde, beim Dorfe Woronczyn, nordöstlich von Kisielin, sieben Werst nördlich der großen Straße Luck—Wladimir-Wolynskij zurück. Nach den letzten Meldungen führten unsere Truppen bei dem Dorfe Rogowicze, südöstlich des Dorfes Lokaczy, einen Gegenangriff aus, wiesen den Feind ab und nahmen 16 Offiziere sowie 1200 Soldaten mit acht Maschinengewehren gefangen. . . .

21. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Die Vorstöße unserer Truppen nordwestlich und südlich von Dünaburg, in Gegend von Dubatowka (nordöstlich von Smorgon) und beiderseits von Krewo hatten gute Erfolge. In der Gegend von Dubatowka wurden mehrere russische Stellungen überrannt. Es sind über 200 Gefangene gemacht, sowie Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet. Die blutigen Verluste des Feindes waren schwer. Die Bahnhöfe Zalesie und Molodeczno wurden von deutschen Fliegergeschwadern angegriffen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Bei Gruziatyn (westlich von Kolki) wurden über den Styr vorgegangene russische Kräfte durch Gegenstoß zurückgeworfen. Feindliche Angriffe wurden abgewiesen. Nordwestlich von Luck setzte der Gegner unserem Vordringen starken Widerstand entgegen. Die Angriffe blieben im Fluß. Hier und bei Gruziatyn büßten die Russen etwa 1000 Gefangene ein. Auch südlich der Turya geht es vorwärts.

Bei den Truppen des Generals Grafen v. Bothmer keine Veränderung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina, in Ostgalizien und im Raume von Radziwillow keine besonderen Ereignisse.

In Wolhynien haben die unter dem Befehl des Generals v. Linsingen stehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte trotz heftigster feindlicher Gegenwehr abermals Raum gewonnen. Bei Gruziatyn wiesen unsere Truppen in zäher Standhaftigkeit auch den vierten Massenstoß der Russen völlig ab, wobei 600 Gefangene verschiedener feindlicher Divisionen eingebracht wurden. Insgesamt sind gestern in Wolhynien über 1000 Russen gefangen worden.

Aus der russischen Meldung: . . . Die erbitterten Kämpfe in der Gegend von Hodomicze am Styr dauern an. Die Ortschaft Gruziatyn war wiederholt von einer Hand in die andere übergegangen. Gestern nachmittag drangen unsere Truppen in die Ortschaft ein, nahmen elf Offiziere und 400 Soldaten gefangen und erbeuteten sechs Maschinengewehre. Das deutsche Trommelfeuer zwang uns aber, die Ortschaft neuerdings zu räumen. Mit wütender Hartnäckigkeit griffen die in der Gegend der Ortschaft Woronczyn, nordöstlich von Kisielin, operierenden Deutschen wiederholt an, gedeckt durch das Trommelfeuer ihrer schweren und leichten Artillerie. Am 20. Juni aber warfen unsere jungen Regimenter mit stürmischen Angriffen die Deutschen in die Flucht. Sie nahmen ihnen neun Maschinengewehre ab und erbeuteten Gefangene, die verschiedenen Regimentern angehören. Am 21. Juni, morgens 3 Uhr, griff uns der Feind in der Gegend der Ortschaft Rajmiasto am Stochodufer, nordöstlich von Woronczyn, in geschlossener Formation an. Der Kampf wurde zum Handgemenge, in dem die Deutschen, da sie unsern Druck nicht aushalten konnten, die Flucht ergriffen, wobei sie Verwundete und Gefangene, deren Zahl bisher noch nicht festgestellt werden konnte, in unsern Händen ließen. Erbitterte Kämpfe wüten in der Gegend von Kisielin und weiter südlich. Auf unserm äußersten linken Flügel haben unsere Truppen in Verfolgung des Feindes den Serethfluß überschritten.

Die Gesamtbeute der Armeen des Generals Brussilow in der Zeit vom 4. bis 17. Juni beläuft sich auf 3350 Offiziere, 169134 Soldaten, 198 Geschütze, 550 Maschinengewehre, 189 Bomben- und Minenwerfer, 119 Artilleriecaissons, 35 Scheinwerfer und viel Kriegsmaterial jeder Art. . . .

22. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teil der Front hat sich, abgesehen von erfolgreichen deutschen Patrouillenunternehmungen, nichts ereignet. Auf die Eisenbahnbrücke über den Pripjet, südlich von Luniniec wurden Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Russische Vorstöße gegen die Kanalstellung südwestlich Logischin scheiterten ebenso wie wiederholte Angriffe westlich von Kolki. Zwischen Sokul und Liniewka sind die russischen Stellungen von unseren Truppen genommen und gegen starke Angriffe behauptet. Fortgesetzte Anstrengungen des Feindes, uns die Erfolge nordwestlich von Luck streitig zu machen, blieben ergebnislos. Beiderseits der Turya und weiter südlich über die allgemeine Linie Swiniuchy—Gorochow wurden die Russen weiter zurückgedrängt.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer wurden vielfache starke Angriffe des Gegners auf der Linie Hajworonka—Bobulince (nördlich von Przewloka) unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Gestern wurden bei Gurahumora russische Angriffe abgewiesen. Sonst südlich des Dnjestr keine besonderen Ereignisse. Westlich von Wisniowczyk griff der Feind neuerlich mit starken Kräften an. Seine Sturmkolonnen brachen zum Teil im Artilleriesperrfeuer, zum Teil im Kampfe mit deutscher und k. u. k. Infanterie zusammen Er erlitt schwere Verluste. Bei Burkanow schlugen unsere Truppen russische Nachtangriffe ab.

Die in Wolhynien kämpfenden verbündeten Streitkräfte machten nördlich von Gorochow, östlich der Linie Lokaczy—Kisielin und bei Sokul weitere Fortschritte. Sowohl hier als bei Kolki scheiterten alle mit größter Hartnäckigkeit wiederholten Gegenangriffe der Russen.

Aus der russischen Meldung: ... Auf unserm äußersten linken Flügel setzten wir die Verfolgung des Feindes fort. Wir haben die Stadt Radautz besetzt. Im Laufe der Verfolgung haben wir 22 Offiziere und 1000 Soldaten gefangen und drei Maschinengewehre und 27 Ladungen Maschinengewehrmunition erbeutet.

23. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Bei einem kurzen Vorstoß bei Beresina (östlich von Bogdanow) fielen 45 Gefangene, zwei Maschinengewehre, zwei Revolverkanonen in unsere Hand.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Nordöstlich von Ofaritschi gegen die Kanalstellungen vorgehende schwächere feindliche Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Trotz mehrfacher feindlicher Gegenstöße blieb unser Angriff westlich und südwestlich von Luck im Fortschreiten. An der Front vorwärts der Linie Beresteczko—Brody wurden russische Vorstöße glatt abgeschlagen.

Von der Armee des Generals Grafen v. Bothmer nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Im Czeremosztal sind die Russen im Vorgehen auf Kuty. Sonst in der Bukowina und in Ostgalizien keine Aenderung der Lage. Gegen unsere Stellungen südöstlich und nördlich von Radziwillow führte der Feind gestern zahlreiche heftige Angriffe. Er wurde überall abgewiesen.

Die unter dem Befehle des Generals v. Linsingen kämpfenden Streitkräfte drängten nordöstlich von Gorochow und östlich von Lokaczy die Russen weiter zurück. Bei Lokaczy brachten unsere Truppen über 400 Gefangene und vier russische Maschinengewehre ein.

Am Stochod—Styrabschnitt scheiterten mehrere starke Gegenangriffe des Feindes.

Aus der russischen Meldung: ... Auf der ganzen Front des Generals Brussilow lokale Kämpfe in den Gegenden der früheren Kämpfe und in neuen Gegenden, insbesondere bei Radziwillow. Die feindlichen Truppen erhalten fortgesetzt Verstärkungen, die von der französischen und der italienischen Front herbeigeführt werden. Unsere Offensive in der Bukowina dauert fort. Wir besetzten drei Dörfer: Gurahumora, Straza, westlich von Radautz, und Wiznitz bei Kuty. Während der Verfolgung des Gegners machten wir ungefähr 800 Gefangene. Der Feind zieht sich auf die Karpathen zurück.

24. Juni.

Deutsche Meldung: Russische Teilvorstöße wurden südlich von Illuxt und nördlich Widsy abgewiesen. Ein deutsches Fliegergeschwader griff den Bahnhof von Poloczany (südwestlich von Molodeczno) an, auf dem Truppeneinladungen beobachtet wurden. Ebenso wurden auf die Bahnanlagen von Luniniec Bomben geworfen.

Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linsingen wurde der Angriff bis in und über die allgemeine Linie Zubilno—Watyn—Zwiniacze vorgetragen. Heftige feindliche Gegenangriffe scheiterten. Die Zahl der russischen Gefangenen ist ständig im Wachsen.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer fanden nur kleinere Gefechte zwischen vorgeschobenen Abteilungen statt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Kimpolung in der Bukowina wurde gestern heftig gekämpft. Im Czeremosztal drängte umfassendes Vorgehen österreichisch-ungarischer Truppen den Feind aus der Stadt Kuty zurück. Nordwestlich von Tarnopol brach ein nächtlicher russischer Angriff unter unserem Geschützfeuer zusammen. Bei Radziwillow wurden gestern vormittag abermals russische Anstürme abgeschlagen. Bei den vorgestrigen Kämpfen nördlich dieser Stadt hat die aus Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg ergänzte erste Landsturmbrigade wieder Proben ihrer Tüchtigkeit abgelegt.

Die in Wolhynien fechtenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte ringen dem Feind nördlich der Lipa, nordöstlich von Gorochow und westlich und nordwestlich von Torczyn Schritt für Schritt Boden ab. Alle Gegenangriffe durch zum Teil frische russische Kräfte blieben für den Feind ohne Erfolg.

25. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teil der Front kam es an mehreren Stellen zu Gefechten von Erkundungsabteilungen, wobei Gefangene und Beute in unsere Hand fielen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Unserem fortschreitenden Angriff gegenüber blieben auch gestern starke russische Gegenstöße, besonders beiderseits von Zaturce, völlig ergebnislos. Südlich des Plaszewka-Abschnittes (südöstlich von Beresteczko) wurden mit nennenswerten Kräften geführte, feindliche Angriffe restlos abgeschlagen.

Bei der Armee des Generals v. Bothmer keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina bezogen unsere Truppen zwischen Kimpolung und Jakobeny neue Stellungen. Die Höhen südlich von Berhometh und Wiznitz wurden von uns ohne feindliche Einwirkung geräumt. An der galizischen Front gewohnte Artillerietätigkeit, nordwestlich von Tarnopol auch Minenwerfer- und Handgranatenkämpfe. Südöstlich von Beresteczko wiesen wir mehrere feindliche Angriffe ab. Bei Holatyn-Grn. wurden die Höhen nördlich der Lipa erstürmt. Der Feind hatte hier schwere Verluste an Toten. Westlich von Torczyn drangen unsere Truppen in die feindliche Stellung ein und wiesen heftige Gegenangriffe ab. Am Styr abwärts Sokul ist die Lage unverändert.

Aus der russischen Meldung: . . . Schon am Abend des 23. Juni eroberten wir nach erbittertem Kampf die Stadt Kimpolung. Wir nahmen etwa 60 Offiziere und 2000 Mann gefangen, erbeuteten viele Maschinengewehre und fanden im Bahnhof Rollmaterial vor. Die Eroberung der Städte Kimpolung und Kuty (oder Wiznitz) bringt die ganze Bukowina in unsere Hand. Es ist festgestellt, daß der Feind anläßlich seines überstürzten Rückzuges in der Gegend von Itzkany nördlich von Suczawa 88 leere Wagen, sieben mit Mais und einen mit Hafer beladenen Wagen, ungefähr 50000 Pud Anthrazit, eine ungeheure Menge Bauholz, große Futtervorräte und anderes wichtiges Kriegsmaterial zurückließ.

26. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Abgesehen von teilweise reger Artillerietätigkeit und einigen Gefechten kleinerer Abteilungen ist vom nördlichen Teil der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Westlich von Sokul und bei Zaturce dauern heftige, für uns erfolgreiche Kämpfe an. Die Gefangenenzahl ist seit dem 16. Juni auf 61 Offiziere, 11097 Mann, die Beute auf zwei Geschütze, 54 Maschinengewehre gestiegen.

Die Lage bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer ist im allgemeinen unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina keine besonderen Ereignisse. Auf den Höhen nördlich von Kuty wurden russische Angriffe mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. An der übrigen Front in Galizien verlief der Tag ruhiger. In Wolhynien beschränkte sich die Gefechtstätigkeit meist nur auf Artilleriekämpfe. Westlich von Sokul erstürmten deutsche Truppen die erste feindliche Stellung in etwa drei Kilometer Breite und wiesen darin heftige Gegenangriffe ab. Weiter nördlich ist die Lage unverändert.

27. Juni.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Deutsche Abteilungen, die in die russischen Stellungen vorstießen, brachten südlich von Kekkau 26 Gefangene, ein Maschinengewehr, einen Minenwerfer und nördlich vom Miadziol-See einen Offizier, 188 Mann, sechs Maschinengewehre, vier Minenwerfer ein. Feindliche Patrouillen wurden abgewiesen. Der Güterbahnhof von Dünaburg wurde ausgiebig mit Bomben belegt.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Südwestlich von Sokul stürmten unsere Truppen russische Linien und machten mehrere Hundert Gefangene. Feindliche Gegenangriffe hatten nirgends Erfolg.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Jakobeny, nördlich von Kuty und westlich von Nowo-Poczajew wurden russische Angriffe abgeschlagen; der Feind erlitt überall große Verluste. Bei Sokul schreitet der Angriff der Deutschen fort. Sonst bei unveränderter Lage keine Ereignisse von Belang.

28. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linsingen wurden das Dorf Liniewka, westlich von Sokul, und die südlich des Dorfes liegenden russischen Stellungen mit stürmender Hand genommen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Kuty wiederholte der Feind seine Angriffe mit dem gleichen Mißerfolge wie an den Vortagen. Sonst in der Bukowina und in Ostgalizien

nichts Neues. Südwestlich von Nowo-Poczajew schlugen unsere Vorposten fünf Nachtangriffe der Russen ab. Westlich von Torczyn brach ein starker russischer Angriff in unserem Artillerie- und Infanteriefeuer zusammen. Westlich von Sokul erstürmten deutsche Truppen das Gehöft Liniewka und mehrere andere Stellungen.

Aus der russischen Meldung: . . . Nach den letzten Berichten der Armee des Generals Brussilow beläuft sich die Gesamtzahl der in der Zeit vom 4. bis 22. Juni 1916 gemachten Gefangenen und Beute auf 4031 Generäle, Offiziere und Regimentsärzte, 194041 Soldaten, 219 Geschütze, 644 Maschinengewehre, 144 Scheinwerfer.

Zu der russischen Meldung vom 28. Juni wurde aus dem „K. u. K. Kriegspressequartier" am 30. VI. 16. folgende Berichtigung veröffentlicht:

„Schon bei der Veröffentlichung der russischen Berichte vom 11. u. 12. Juni (vgl. S. 190) wurde der vom russischen Generalstab geübte Brauch, mit ungeheueren Gefangenen- und Beutezahlen zu prunken, in das richtige Licht gerückt. Wenn nunmehr der Petersburger Bericht vom 28. Juni schlechtweg mitzuteilen weiß, daß durch die Streiter Brussilows insgesamt 194041 Gefangene, 219 Geschütze und 644 Maschinengewehre eingebracht worden seien, so kann dies nach allen Erfahrungen, die in zweijähriger Kriegszeit mit der Berichterstattung aller unserer Feinde gemacht wurden, natürlich nicht mehr in Erstaunen setzen. War es nach der ersten Kampfwoche angesichts des Umfanges der Kämpfe erfahrungsgemäß schwer möglich, ein unbedingt zutreffendes Bild über unsere Verluste zu bekommen, so ließen sich seither alle wünschenswerten Einzelheiten feststellen. Und wenn daran erinnert wird, daß im modernen Kampf Gesamtverluste von mehr als 25 Prozent keineswegs zu den Ausnahmefällen gehören, so bietet die Mitteilung, daß unsere Kampftruppen in drei Wochen schweren Ringens an Toten, Verwundeten und Gefangenen eine Einbuße von zwölf bis höchstens zwanzig Prozent zu verzeichnen haben, bei aller Einschätzung jedes einzelnen Menschenlebens gewiß keinerlei Anlaß zur Beunruhigung. Von dieser Verhältniszahl entfällt aus den letzthin mitgeteilten Gründen ein wohl ziemlich großer Teil auf die Verluste an Gefangenen und Vermißten, aber es ist leicht zu berechnen, wie sehr sich die Gefangenenzahlen unter den Schreibfedern russischer Berichterstatter vervielfacht haben müssen. Wenn wir wirklich zweihunderttausend Mann an Gefangenen eingebüßt hätten, so könnte uns bei Zurechnung einer entsprechenden Quote an blutigen Verlusten weder in Wolhynien, noch am Dnjestr auch kein einziger Soldat übriggeblieben sein. An Geschützen moderner Konstruktion fielen sechsunddreißig Stück in die Hände des Feindes; sie waren gesprengt oder vernichtet. Nur um einiges größer ist die Zahl der eingebauten und den Russen preisgegebenen Geschütze älteren Musters. Ganz unverhältnismäßig hoch, auch für russische Gewohnheiten, ist die Ziffer gehalten, die der Petersburger Generalstab hinsichtlich der Beute an Maschinengewehren bringt. Die Ersätze, die unseren Feldformationen an dieser Waffe zugefügt werden mußten, betragen, das ziemlich beträchtlich abgenützte Material mitinbegriffen, nicht ein Sechstel der von den Russen angegebenen Beutezahl.

Den „Fehlerquellen" der feindlichen Berichterstattung nachzugehen, wäre ein müßiges Beginnen. So viel ist sicher, daß sich schon die russischen Unterführer in ihren Meldungen vielerlei dichterische Freiheiten gestatten. Es hat sich erwiesen, daß ein großer Teil der russischerseits mit liebevoller Breite mitgeteilten Kriegsepisoden nicht nur übertrieben, sondern glattweg erfunden ist. Oft genug haben in den letzten Wochen ungesäumte Erhebungen ergeben, daß verschiedene, überaus heftige und erbitterte Kämpfe, in denen die Russen angeblich mehrere Tausend Gefangene, dazu Geschütze und Maschinengewehre, einbrachten, überhaupt nicht stattgefunden haben. Diese Feststellung gilt ebenso für Wolhynien, wie für den Raum um Radziwillow und für das Dnjestrgebiet. Es fällt gewiß niemandem bei, abzuleugnen, daß sich der Feind in Wolhynien und der Bukowina manches Erfolges rühmen durfte. Die Oeffentlichkeit hat in zwei Kriegsjahren wahrlich gelernt, die unvermeidlichen Wechselfälle des Krieges richtig einzuschätzen und auch in kritischen Zeiten Ernst und Fassung zu bewahren. Es ist nicht nötig, ihr etwas zu verbergen. Wenn aber der Feind bei seinen Schilderungen in lächerliche, ganz unmögliche und leicht nachweisbare Uebertreibungen verfällt, so zeigt er damit am besten, daß die Wirklichkeit weit, weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, die er an den Verlauf der Dinge knüpfte."

29. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Russische Angriffe einiger Kompanien zwischen Dubatowka und Smorgon scheiterten im Sperrfeuer. Bei Gnessitschi (südöstlich von Ljubtscha) stürmte eine deutsche Abteilung einen feindlichen Stützpunkt östlich des Njemen, nahm zwei Offiziere, 56 Mann gefangen und erbeutete zwei Maschinengewehre, zwei Minenwerfer.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Izwor in der Bukowina zersprengten unsere Abteilungen ein russisches Kavallerieregiment. Im Raume östlich von Kolomea erneuerte der Feind gestern in einer Frontbreite von 40 Kilometern seine Massenangriffe. Es kam zu erbitterten wechselvollen Kämpfen. An zahlreichen Punkten gelang es dem aufopfernden Eingreifen herbeieilender Reserven, den überlegenen Gegner im Handgemenge zu werfen, doch mußte schließlich in den Abendstunden ein Teil unserer Front gegen Kolomea und südlich davon zurückgenommen werden. In der Dnjestrschlinge nördlich von Obertyn wiesen österreichisch-ungarische Truppen zwei überlegene russische Angriffe ab. In gleicher Weise scheiterten alle Versuche des Gegners, die westlich von Nowo-Poczajew verschanzten Abteilungen des Eperjeser Infanterieregiments Nr. 67 zu werfen. In Wolhynien verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Aus der russischen Meldung: Am 28. Juni fügten nach einer Artillerievorbereitung die Truppen des Generals Letschitzki trotz des verzweifelten Widerstandes des Gegners diesem heftige Schläge in der Gegend zwischen Dnjestr und Pruth zu, nachdem sie ihm drei Linien von Schützengräben genommen hatten. Erbitterte Kämpfe sind auf der Front des Czortowiecflusses, eines Nebenflusses des Dnjestr und am Czerniawaflusse, einem Nebenflusse des Pruth, sowie in der Gegend der Stadt Kuty ausgebrochen, wo unsere Truppen durch verwegene, gemeinsame Kampfhandlungen aller Waffen dem Feinde von neuem schwere Verluste zufügten. Bis gestern abend sieben Uhr wurden im Laufe des Tages als gefangen genommen bezeichnet: 221 Offiziere und 10 285 Soldaten; man verzeichnete auch eine große Menge erbeuteter Maschinengewehre. Eines der tapferen Regimenter, das an diesem Kampfe teilnahm, nahm eine vollständige schwere feindliche Batterie mit vier Geschützen samt Bespannung.

30. Juni 1916.

Deutsche Meldung: Abgesehen von einem für uns günstigen Gefecht nördlich des Ilsensees (südwestlich Dünaburg) ist vom nördlichen Teil der Front nichts Wesentliches zu berichten.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Südöstlich von Liniewka blieben Gegenangriffe der von unseren Truppen erneut aus ihren Stellungen geworfenen Russen ergebnislos. Es wurden über 100 Gefangene gemacht, sieben Maschinengewehre erbeutet.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordöstlich von Kirlibaba schlugen unsere Abteilungen russische Angriffe ab. Bei Pistyn nordwestlich von Kuty kam es gestern neuerlich zu erbitterten Kämpfen. Infolge des Druckes der hier angesetzten überlegenen feindlichen Kräfte wurden unsere Truppen in den Raum westlich und südwestlich von Kolomea zurückgenommen. Nördlich von Obertyn brachen mehrere russische Reiterangriffe unter schweren Verlusten in unserem Feuer zusammen. Westlich von Sokul am Styr versuchte der Feind vergebens, die tags zuvor von den deutschen Truppen eroberten Stellungen zurückzugewinnen.

Aus der russischen Mittagsmeldung: . . . Südlich des Dnjestr verfolgen unsere Truppen den Feind. Die Oesterreicher lassen, indem sie sich in Panik zurückziehen, Trainwagen und Kriegsmaterial zurück. Der Zufluß der Gefangenen dauert fort. Nach einem eingelangten Berichte wurden der Flecken Obertyn und die benachbarten Ortschaften im Norden und Süden nach Kampf genommen. Ein Kampf findet bei der Ortschaft Pistyn statt, nordwestlich der Stadt Kuty. Im Laufe eines der jüngsten Kämpfe wurde der tapfere General Keller verwundet. . . .

Aus der russischen Abendmeldung: Die Truppen des linken russischen Flügels nahmen heute die Stadt Kolomea, einen sehr bedeutenden Eisenbahnknotenpunkt. Der Gegner fährt fort, sich gegen Westen zurückzuziehen, indem er sich an vorher vorbereitete Stellungen anklammert. Nordwestlich von Kimpolung versuchte der Feind, die Offensive mit beträchtlichen Kräften wieder aufzunehmen. Das ist außerordentlich schwierig, weil wolkenbruchartige Regengüsse die Straßen, die bereits für gewöhnlich schlecht sind, verdorben haben. . . .

1. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Westlich von Kolki, südwestlich von Sokul und bei Wieczyny wurden russische Stellungen genommen. Westlich und südwestlich von Luck sind für uns erfolgreiche Kämpfe im Gange. An Gefangenen haben die Russen hier gestern 15 Offiziere und 1365 Mann, seit dem 26. Juni 26 Offiziere und 3165 Mann eingebüßt.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer hat der Feind vergebliche, südöstlich von Tlumacz geführte Kavallerieattacken mit schweren Verlusten bezahlen müssen.

Phot. E. Benninghoven, Berlin

Russen sammeln die Leichen gefallener Kameraden auf einem Schlachtfelde in Galizien



Phot. Kilophot, Wien

Eine österreichisch-ungar. schwere Haubitz-Batterie in gedeckter Stellung an der beßarabischen Front



Phot. Frankl, Berlin

Das ostgalizische Dorf Swobodna Lesna



Phot. Frankl, Berlin

Der Markt von Kolomea

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Bei Tlumacz wurden österreichisch-ungarische Truppen der Armee des Generals Grafen Bothmer von einer drei Kilometer breiten und sechs Glieder tiefen Reitermasse attackiert. Der Feind wurde zersprengt und erlitt schwere Verluste Sonst in Ostgalizien und in der Bukowina nichts von Bedeutung.

In Wolhynien schreiten die Angriffe der verbündeten Armeen vorwärts. Sie drängten den Feind südlich von Ugrynow, westlich von Torczyn und bei Sokul zurück.

Seit Anfang Juni sind südlich des Pripjet 158 russische Offiziere, 23075 Mann, mehrere Geschütze und 90 Maschinengewehre eingebracht worden.

Aus der russischen Meldung: Auf unserem linken Flügel drängen wir den Feind auf der Front südlich des Dnjestr weiter zurück. Wir haben zahlreiche Punkte nördlich von Kolomea besetzt. Südwestlich dieser Stadt haben unsere Truppen im Verlaufe äußerst lebhafter Kämpfe den Gegner gegen die Höhen der Ortschaft Breczwo zurückgeschlagen. Wir haben bereits einen Teil dieser Höhen im Sturm genommen. Nordwestlich von Kimpolung wurde der Feind, der die Offensive zu ergreifen versuchte, gegen Westen zurückgeworfen. In dieser Gegend bedrängen unsere Truppen den Feind auch aus nächster Nähe. Sie haben ihm nach Kampf einige mächtig befestigten Höhenstellungen abgenommen. Die Gesamtzahl der von General Letschitzki im Laufe des 28. und 29. Juni gemachten Gefangenen beläuft sich auf 305 Offiziere und 14574 Mann mit vier Geschützen und dreißig Maschinengewehren. Die Gesamtzahl der vom 4. bis 29. Juni einschließlich gemachten Gefangenen wird auf rund 217000 geschätzt, einschließlich der Offiziere.

2. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Der Angriff schreitet vorwärts. Die Gefangenenzahl ist um sieben Offiziere, 1410 Mann gestiegen. An verschiedenen Stellen wurden feindliche Gegenangriffe glatt zurückgewiesen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben die kürzlich von den Russen besetzte Höhe von Worobijowka nordwestlich von Tarnopol gestürmt und dem Gegner an Gefangenen sieben Offiziere 892 Mann, an Beute sieben Maschinengewehre, zwei Minenwerfer abgenommen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse. Westlich von Kolomea und südlich des Dnjestr entwickelten sich neue heftige Kämpfe.

Nordwestlich von Tarnopol eroberten österreichisch-ungarische und deutsche Bataillone die vielumstrittene Höhe von Worobijowka zurück. Sieben russische Offiziere und 892 Mann gefangen, sieben Maschinengewehre und zwei Minenwerfer erbeutet. Der Angriff der unter dem Befehl des Generals v. Linsingen stehenden verbündeten Streitkräfte wurde auch gestern an zahlreichen Stellen beträchtlich nach vorwärts getragen. Zahl der Gefangenen und Beute erhöhen sich. Russische Gegenangriffe scheiterten.

3. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Russische Torpedoboote und das Linienschiff „Slawa" beschossen ohne Erfolg die kurländische Küste östlich von Raggasem. Sie wurden von unseren Küstenbatterien wirkungsvoll gefaßt und von Fliegergeschwadern angegriffen. Die „Slawa" ist getroffen.

An vielen Stellen der Armeen des G.F.M. v. Hindenburg steigerte der Feind sein Feuer und unternahm mehrfach Vorstöße, die nur bei Minki (nördlich von Smorgon) zum Kampf in unseren Linien führten, aus denen der Gegner unter Einbuße von 243 Gefangenen und starken blutigen Verlusten wieder vertrieben wurde.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Russen haben nordöstlich und östlich von Gorodischtsche, sowie beiderseits der Bahn Baranowitschi—Snow nach vielstündiger Feuervorbereitung angegriffen. Gegen nordöstlich von Goroditschtsche eingedrungene Abteilungen ist der Gegenstoß im Fortschreiten; sonst ist der Feind unter Zurücklassen vieler Toten und Verwundeten zum Kehrtmachen gezwungen worden.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Starke russische Gegenangriffe nördlich und südwestlich von Luck konnten unser Vorschreiten nicht aufhalten; große Kavallerieattacken brachen kläglich zusammen. Die Gefangenenzahl ist um etwa 1800 Mann gestiegen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Südöstlich von Tlumacz stehen unsere Truppen in günstigem Kampfe.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina nichts von Belang. Die Kämpfe bei Kolomea haben an Umfang zugenommen. Ein starker feindlicher Vorstoß westlich der Stadt ist durch Gegenangriff zum Stehen gebracht worden. Südöstlich von Tlumacz, wo deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Gefechte stehen, brach eine in anderthalb Kilometer Frontbreite angesetzte russische Reiterattacke im Artillerie- und Infanteriefeuer zusammen. Im Raume südlich von Luck gewann der Angriff der Verbündeten abermals Raum. Westlich und nordwestlich von Luck wurden heftige russische Vorstöße abgeschlagen, ebenso scheiterte eine feindliche Reiterattacke in der Gegend von Zloczewka. Nordöstlich von Baranowitschi wiesen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen starke, durch heftiges Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe ab. Die Kämpfe sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Aus der russischen Meldung: ... In der Gegend nordöstlich von Baranowitschi hat sich nach einem starken Bombardement ein heftiger Kampf entwickelt. Wir haben 50 Offiziere und 1400 Mann gefangen genommen und vier Geschütze erbeutet. Der Kampf dauert fort....

4. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Armeen des G.F.M. v. Hindenburg: Im Anschluß an die vielfach gesteigerte Feuertätigkeit haben die Russen abends und nachts auf der Front Narocz-See—Smorgon — östlich von Wischnew an mehreren Stellen angegriffen, mit erheblichen Kräften beiderseits Smorgon, bei Bogusze (nordöstlich von Krewo) und bei Slaikowschtna (südöstlich von Wischnew). Sie haben keine Vorteile errungen, wohl aber schwere Verluste erlitten.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die kräftigen Gegenstöße unserer Truppen haben an den Stellen, wo es den Russen gelungen war, anfänglich Fortschritte zu machen, durchweg zum Erfolge geführt. An Gefangenen wurden hierbei dreizehn Offiziere und 1883 Mann eingebracht.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Auch gestern warfen sich die Russen mit starken, zum Teil neu herangeeilten Truppen unserem Vordringen in Massen entgegen. Sie wurden geschlagen. Unser Angriff gewann weiter Boden.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Südöstlich von Tlumacz haben unsere Truppen in schnellem Fortschreiten die Russen in über 20 Kilometer Frontbreite und bis über zehn Kilometer Tiefe zurückgedrängt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina wiesen unsere Truppen vereinzelte russische Vorstöße ab. Bei Kolomea wird in unverminderter Heftigkeit weitergekämpft. Die von den Russen im Westen der Stadt geführten Angriffe drangen nicht durch.

Im Norden — südöstlich von Tlumacz — schritten deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erfolgreich vorwärts. In Wolhynien versuchte der Feind, unser Vordringen durch Massenangriffe aufzuhalten. Er wurde überall unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Aus den russischen Meldungen: In den Kämpfen, die südlich von Tatin, nordöstlich von Baranowitschi andauern, haben wir zwei Linien der gegnerischen Verteidigungseinrichtung durchbrochen. Die Gesamtzahl der in dieser Gegend im Laufe des gestrigen Tages gemachten Gefangenen und Beute beläuft sich auf 72 Offiziere, 2700 Soldaten, elf Geschütze und eine Menge Maschinengewehre und Bombenwerfer. ... In dem Kampfe, der nordöstlich von Baranowitschi seinen Fortgang nimmt, leistet der Gegner hartnäckigen Widerstand und bemüht sich, dem Vordringen unserer Truppen die Stirne zu bieten. Das Dorf Jekimowitschi östlich des Bahnhofes von Baranowitschi ging mehrmals von einer Hand in die andere über, schließlich blieb es in unserem Besitz. In zahlreichen Abschnitten nimmt das Infanteriefeuer an Heftigkeit zu. ... Nordwestlich des Bahnhofes von Czartorysk, in der Gegend des Dorfes Wolka Holuzia nahmen wir im Sturme ein mächtig befestigtes Teilstück der feindlichen Stellung und machten Gefangene. Westlich von Kolki bemächtigten sich unsere Truppen der ersten Schützengrabenlinie in der Gegend des Dorfes Tuman.

5. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Die kurländische Küste wurde ergebnislos von der See her beschossen.

Die gegen die Front der Armeen des G.F.M. v. Hindenburg gerichteten Unternehmungen des Gegners wurden, besonders beiderseits von Smorgon fortgesetzt. Deutsche Fliegergeschwader warfen ausgiebig Bomben auf die Bahnanlagen und Truppenansammlungen bei Minsk.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Russen haben ihre Angriffstätigkeit auf der Front von Zirin bis südöstlich von Baranowitschi wieder aufgenommen. In zum Teil sehr hartnäckigen Nahkämpfen wurden sie abgewiesen oder auf Einbruchstellen zurückgeworfen. Sie erlitten schwere Verluste.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Beiderseits von Kosciuchnowka (nordwestlich von Czartorysk) und nordwestlich von Kolki sind Kämpfe im Gange. Ueber den Styr westlich von Kolki vorgedrungene russische Abteilungen wurden angegriffen. An vielen Stellen nördlich, westlich und südwestlich von Luck bis in die Gegend von Werben (nordöstlich von Beresteczko) scheiterten alle, mit starken Kräften unternommenen Versuche des Feindes, uns die gewonnenen Vorteile wieder zu entreißen. Die Russen haben, abgesehen von schweren blutigen Verlusten, an Gefangenen elf Offiziere, 1139 Mann eingebüßt. Bahnanlagen und Truppenansammlungen in Luck wurden von Fliegern angegriffen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Südlich von Barysz hatte der Feind vorübergehend auf schmaler Front in der ersten Linie Fuß gefaßt. Unser Erfolg südöstlich von Tlumacz wurde erweitert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Auf den Höhen nordöstlich von Kirlibaba in der Bukowina Geplänkel mit feindlicher Reiterei. Westlich von Kolomea wurde zu Mittag eine zum Angriff vorgehende russische Brigade durch unsere Artillerie zu fluchtartigem Zurückgehen gezwungen. Gegen Abend griff der Feind südlich von Sadzawka mit starken Kräften an. Er wurde überall zurückgeworfen, stellenweise nach erbittertem Handgemenge. Bei Barysz westlich von Buczacz drangen die Russen vorübergehend in unsere Stellungen ein. Ein Gegenangriff führte zur Wiedergewinnung der ursprünglichen Linien. Bei Werben am oberen Styr brachte ein Vorstoß österreichisch-ungarischer Truppen elf russische Offiziere, 827 Mann und fünf Maschinengewehre ein. Seit Tagen hat sich auf diesem Gefechtsfeld das altbewährte Theresienstädter Infanterieregiment Nr. 42 hervorgetan. Südwestlich und westlich von Luck scheiterten abermals zahlreiche Vorstöße des Gegners unter schweren Verlusten für denselben. Im Styrgebiet, abwärts von Sokul bis über Rafalowka hinaus nahmen die Russen ihre Angriffe wieder auf. Westlich von Kolki versucht der Feind unter erheblichem Kräfteaufgebot auf dem Nordufer festen Fuß zu fassen. An zahlreichen anderen Stellen wurden russische Angriffe abgeschlagen.

Aus der russischen Meldung: . . . In der Gegend nördlich und südlich von Baranowitschi dauert der Kampf an. Wir bemächtigten uns an manchen Stellen Teilen der ersten Linie der gegnerischen Verteidigungsanlagen. In einem der erbitterten Kämpfe am Styr westlich Kolki haben wir den Feind über den Haufen geworfen, über 5000 Gefangene, darunter 170 Offiziere, gemacht und drei Kanonen, zwei Scheinwerfer und mehrere tausend Gewehre erbeutet. . . .

6. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Armeen des G.F.M. v. Hindenburg: Südöstlich Riga, sowie an vielen Frontstellen zwischen Postawy und Wischnew sind weitere russische Teilangriffe erfolgt und abgewiesen; südöstlich von Riga wurden im Gegenstoß 50 Mann gefangen genommen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Der Kampf, der besonders in der Gegend östlich von Gorodischtsche und südlich von Darowo sehr heftig war, ist überall zu unseren Gunsten entschieden. Die Verluste der Russen sind wieder sehr erheblich.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Die Gefechte bei Kosciuchnowka und in Gegend von Kolki sind noch nicht zum Stillstand gekommen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Im Frontabschnitt von Barysz ist die Verteidigung nach Abwehr mehrfacher feindlicher Angriffe teilweise an den Koropiec-Abschnitt verlegt worden. Oftmals brach sich der russische Ansturm an den deutschen Linien beiderseits von Chocimirz (südöstlich von Tlumacz).

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina nichts von Belang. Die Kämpfe südlich des Dnjestr dauern fort. Bei Sadzawka gelang es dem Feind mit überlegener Streitmacht in unsere Stellung einzubringen. Wir besetzten auf sechs Kilometer Ausdehnung eine 3000 Schritt westwärts eingerichtete Linie und wiesen hier alle weiteren Angriffe zurück. Südwestlich und nordwestlich Kolomea behaupteten wir unsere Stellungen gegen alle Anstrengungen des Feindes. Südwestlich Buczacz nahmen wir unsere Front nach heftigen Kämpfen an den Koropiec-Bach zurück. Am Styrknie nördlich Kolki wurde auch gestern erbittert und wechselvoll gekämpft.

Aus der russischen Mittagsmeldung: Auf der Front südlich der Sümpfe von Pinsk haben unsere Truppen gestern neue bedeutende Fortschritte erzielt. In der Gegend von Kosciuchnowka haben wir eine feindliche Batterie genommen, 22 Offiziere und 350 Soldaten zu Gefangenen gemacht. Nordwestlich von Raznicze am Styr nördlich von Kolki, haben wir gestern zwei Geschütze, drei Maschinengewehre und über 2300 Mann gefangen. Nordöstlich von Gruziatyn haben wir uns feindlicher Gräben bemächtigt, über 300 Gefangene gemacht und ein Maschinengewehr erbeutet. In Galizien haben unsere Truppen nach einer heftigen Artillerievorbereitung energisch die Offensive ergriffen, westlich der obern Strypa und auf dem rechten Ufer des Dnjestr. Der Feind wurde geworfen; er zieht sich zurück. Unsere Truppen nähern sich den Flüssen Koropiec und Suhobolek, Nebenflüssen des Dnjestr. Wir haben im Laufe des gestrigen Tages fast 5000 Gefangene gemacht und elf Maschinengewehre erbeutet.

7. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Gegen die Front der Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg setzten die Russen ihre Unternehmungen fort. Mit starken Kräften griffen sie südlich des Naroczsees an; sie wurden hier nach heftigem Kampfe, ebenso nordöstlich von Smorgon und an anderen Stellen mühelos abgewiesen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold v. Bayern: Abgesehen von einem schwächlichen feindlichen Vorstoß herrschte an der in den letzten Tagen angegriffenen Front im allgemeinen Ruhe.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Der nach Czartorysk vorspringende Winkel wurde infolge des überlegenen Druckes auf seine Schenkel bei Kosciuchnowka und westlich von Kolki aufgegeben und eine kürzere Verteidigungslinie gewählt. Beiderseits von Sokul brachen die russischen Angriffe unter großen Verlusten zusammen. Westlich und südwestlich von Luck ist die Lage unverändert.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Keine besonderen Ereignisse; auch nichts bei den deutschen Truppen, südlich des Dnjestr.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina haben unsere Truppen in erfolgreichen Gefechten 500 Gefangene und vier Maschinengewehre eingebracht. In Südostgalizien zwischen Delatyn und Sadzawka haben alpenländische Landwehrregimenter in heldenhaftem Widerstand zahlreiche russische Anstürme zum Scheitern gebracht. Weiter nördlich davon bis in die Gegend von Kolki bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Die im Styr-Knie nördlich von Kolki kämpfenden k. u. k. Truppen, die durch vier Wochen gegen eine auf drei- bis fünffache Ueberlegenheit angewachsene feindliche Streitmacht standhielten, bekamen gestern den Befehl, ihre vordersten, einer doppelten Umfassung ausgesetzten Linien zurückzunehmen. Begünstigt durch das Eingreifen deutscher Truppen westlich von Kolki und die aufopfernde Haltung der Polenlegion bei Kolodia ging die Bewegung ohne Störung durch den Gegner von statten. Bei den nordöstlich von Baranowitschi stehenden österreichisch-ungarischen Streitkräften verlief der gestrige Tag ruhig. Der Feind hat bei seinen letzten Angriffen gegen die dortigen Stellungen der Verbündeten außerordentlich schwere Verluste erlitten.

Im Quellgebiet der Ikwa beschoß der Feind eines unserer Feldspitäler trotz deutlicher Kennzeichnung mit Artillerie. Wenn sich diese völkerrechtswidrige Handlung wiederholen sollte, werden wir unsere Geschütze gegen das in diesem Raum liegende, von uns während fast einjähriger Besetzung sorgfältig und pietätvoll geschonte Kloster Nowo Poczajew richten.

Aus der russischen Meldung: Die Kämpfe westlich des mittleren Styr dauern für unsere Truppen erfolgreich fort. In der Gegend von Holuzia—Optowa—Wolczeck bemächtigten wir uns eingebauter österreichisch-deutscher Stellungen. Der Feind litt unter dem Feuer unserer Artillerie. Wir nahmen ihm zahlreiche Gefangene ab, darunter einen Regimentskommandanten mit seinem Adjutanten. Unsere Kavallerie, die den Feind verfolgt, griff ihn in der Gegend von Wolczeck an und nahm ihm eine aus sechs Geschützen bestehende Kruppbatterie, die nur einige Schüsse abfeuerte. Später nahmen wir die Dörfer Komarow und Grady nach heftigem Kampfe ein. Soeben wurde die Besetzung des Bahnhofs von Manievicze durch unsere tapfere Kavallerie gemeldet, ferner die bei Verfolgung des Gegners erfolgte Erbeutung einer weitern aus vier Geschützen bestehenden Batterie sowie dreier schwerer Geschütze. ... Nordwestlich von Kimpolung ergriff der Feind erneut die Offensive. Wir schlugen ihn jedesmal zurück. ... Südwestlich des Naroczsees nahmen wir nach erbittertem Bajonettkampfe einen Teil der deutschen Schützengräben. Der Feind setzt

hier seine hartnäckigen Gegenangriffe fort. In den Frontabschnitten östlich von Baranowitschi unternahm der Feind einige fruchtlose Angriffe. . .

Aus der russischen Abendmeldung: Südöstlich vom Naroczsee führten die Deutschen einen heftigen Angriff aus und eroberten einen Teil der Gräben zurück, die sie gestern verloren haben. Der Kampf dauert fort. Oestlich von Baranowitschi in der Gegend des Dorfes Podchowtschine haben uns die Deutschen nach einem heftigen Gegenangriffe leicht zurückgetrieben. Unser Konzentrationsfeuer zwang die Deutschen, sich wieder zurückzuziehen.

8. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Bei Abwehr erneuter Angriffe südlich des Naroczsees nahmen wir zwei Offiziere, 210 Mann gefangen und schlugen an anderen Stellen schwächere Vorstöße ab.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Mit vollem Mißerfolg endigten die seit gestern wiederholten Anstrengungen starker russischer Kräfte gegen die Front von Zirin bis südöstlich von Gorodischtsche, sowie beiderseits Darowo. Die vor unseren Stellungen liegenden Toten zählen nach Tausenden; außerdem verlor der Gegner eine nennenswerte Zahl Gefangener. Neue Kämpfe sind im Gange.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Südwestlich von Luck haben wir einige Vorteile errungen.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer: Nordwestlich von Buczacz sind russische Angriffsunternehmungen erfolglos geblieben.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina haben unsere Truppen den Feind in das Tal der oberen Moldawa geworfen. Am oberen Pruth und südlich des Dnjestr war gestern die Kampftätigkeit gering. Westlich und nordwestlich von Buczacz scheiterten mit großer Heftigkeit geführte russische Angriffe. Südwestlich von Luck wurden die feindlichen Linien abermals zurückgedrängt. Die aus dem Styrbogen nördlich von Kolki zurückgenommenen Streitkräfte haben die ihnen zugewiesenen Räume erreicht. Der Gegner drängte nur an einzelnen Stellen nach. Gegen die k. u. k. und deutschen Truppen nordöstlich von Baranowitschi stürmte der Feind gestern abermals unter Aufgebot großer Massen an; alle Angriffe zerschellten. Unsere siebenbürgischen Regimenter kämpften in völlig zerschossenen Stellungen und schlugen die Russen mehrfach in erbittertem Nahkampfe zurück. Tausende von toten Russen bedeckten das Vorfeld.

Aus der russischen Abendmeldung: Die Truppen des Generals Brussilow nähern sich dem Stochod, indem sie überall den Feind werfen, der mit Erbitterung Widerstand leistet. Wir haben den Gegner an zahlreichen Punkten südlich von Nobel am Pripjet vertrieben. Er zieht sich gegen den unteren Stochod zurück. Vergangene Nacht stöberte unsere Kavallerie die feindliche Infanterie und die ungarischen Husaren in der Gegend der Ortschaft Nowa-Ruda, südwestlich von Lisżniowka sieben Werst vor dem Stochod, auf. Südlich von Trojanowka säbelten die Transbaikalkosaken in einem glänzenden Angriff zahlreiche ungarische Husaren nieder und zerstreuten den Rest in die Wälder. Am Morgen bemächtigten sich unsere tapferen Truppen der ganzen stark befestigten Stellung östlich der Ortschaften Ugly und Nawoz, zwischen dem Styr und dem Stochod, nördlich von Sokul. Sie machten zahlreiche Gefangene und erbeuteten drei Haubitzen. Darauf überschritten einige unserer Truppenteile, indem sie dem Feind auf der Ferse folgten, den Stochod in der Gegend der Ortschaft Ugly. Nach einer annähernden Schätzung haben wir im Laufe der Kämpfe vom 4. bis 7. Juli zwischen Styr und Stochod wenigstens 300 Offiziere, darunter zwei Regimentskommandanten, und etwa 12000 kampffähige Soldaten, mit nicht weniger als 45 Geschützen großen und kleinen Kalibers, etwa 45 Maschinengewehren und einer großen Menge Artilleriegeschosse, Patronen, Waffen, Lebensmittel- und Futterdepots genommen. Auf der Front des Generals Evert fanden an manchen Stellen von neuem erbitterte Kämpfe statt. Auf einer breiten Front östlich von Baranowitschi spielten sich diese Kämpfe mit besonderer Heftigkeit ab. Der Gegner unternahm wütende Gegenangriffe. Die Gesamtlage bleibt unverändert.

9. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Mehrmals wiederholten die Russen noch gegen die gestern genannten Fronten ihre starken Angriffe, die wieder unter größten Verlusten zusammenbrachen. In den Kämpfen der letzten beiden Tage haben wir hier zwei Offiziere, 631 Mann gefangen genommen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linsingen blieben an mehreren Stellen feindliche Vorstöße erfolglos.

Bei Molodeczno zum Abtransport bereit gestellte russische Truppen wurden ausgiebig mit Bomben belegt. Am 7. Juli wurde ein russisches Flugzeug östlich von Borowno (am Stochod) im Luftkampf abgeschossen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina erkämpften unsere Truppen, ihnen voran das westgalizische Infanterieregiment Nr. 13, bei Breaza den Uebergang über die Moldawa. Südwestlich von Kolomea fühlen russische Abteilungen über Mikuliczyn vor. Sonst in Ostgalizien bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse. In Wolhynien und bei Stobychwa am Stochod wurden russische Vorstöße abgeschlagen. Nordwestlich von Baranowitschi brachen vor der Front der verbündeten Truppen abermals starke russische Angriffskolonnen zusammen. Unsere Flieger warfen nordwestlich von Dubno auf eine erwiesenermaßen nur von einem russischen Korpsstab belegte Gehöftgruppe Bomben ab. Der Feind hißte auf den bedrohten Häusern ungesäumt die Genfer Flagge.

Aus der russischen Meldung: Die Offensive der tapfern Truppen des Generals Lebcha in der Richtung des untern Stochod dauert fort. Der Feind hat sich in großer Unordnung zurückgezogen. Südlich der Bahn Sarny—Kowel haben wir nach Kampf die Ortschaften Hulewicze und Kaszowka genommen. . . Gestern haben nach erbitterten Kämpfen die Truppen des Generals Leschitzki in Südgalizien einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt gegen Delatyn besetzt. In den Punkten, die der Gegner aufgab, haben wir Munitionsdepots, Kriegsmaterial, besonders Stahlschilde Handgranaten, Patronen und Draht erbeutet. . . .

10. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teile der Front hat sich, abgesehen von einem vergeblichen russischen Angriff in der Gegend von Skrobowa (östlich von Gorodischtsche) nichts Wesentliches ereignet.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Der gegen die Stochodlinie vorfühlende Feind wurde überall abgewiesen; ebenso scheiterten seine Vorstöße westlich und südwestlich von Luck. Deutsche Flugzeuggeschwader griffen feindliche Unterkünfte östlich des Stochod erfolgreich an.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer: Patrouillentätigkeit und erfolgreiche Gefechte im Vorgelände.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Der gestrige Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Vereinzelte Vorstöße des Feindes wurden abgeschlagen.

Aus der russischen Meldung: . . . Nach der vorgenommenen Zählung machte die Armee des Generals Leschitzki im Zeitraume vom 23. Juni bis zum 7. Juli 174 Offiziere und 30875 Soldaten zu Gefangenen und erbeutete 18 Kanonen, hundert Maschinengewehre und vierzehn Munitionscaissons. . .

11. Juli 1916.

Deutsche Meldung: An der Front von der Küste bis Pinsk keine besonderen Ereignisse. Bei Pinsk Ruhe. Die russische Veröffentlichung über die Räumung der Stadt ist frei erfunden.

Gegen die Stochodlinie lief der Gegner an vielen Stellen vergeblich an, mit stärkeren Kräften bei Czerwiszcze, Hulewicze, Korsynie, Janowka und beiderseits der Bahn Kowel—Rowno. Bei Hulewicze wurde er durch kräftigen Gegenstoß über seine Stellung hinaus zurückgeworfen. Er büßte in diesen Kämpfen über 700 Gefangene und drei Maschinengewehre ein.

Unsere Fliegergeschwader haben Truppenausladungen bei Horodziejа (Strecke Baranowitschi—Minsk) ausgiebig mit Bomben belegt und ihre Angriffe auf russische Unterkunftsorte östlich des Stochod wiederholt. Im Luftkampf wurden je ein feindliches Flugzeug bei Worontscha (westlich von Zirin) und westlich Okonsk abgeschossen.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothme[r] hatte ein Jagdkommando ein günstiges Gefecht südlich des Waldes von Burkanow und hat einige Dutzend Gefangene eingebracht.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina keine besonderen Ereignisse. Bei Zabie am Czeremosz wiesen unsere Truppen russische Vorstöße zurück. Weiter nördlich bis an den oberen Stochod dauert — von erfolgreichen Unternehmungen unserer Jagdkommandos bei Burkanow abgesehen — die Kampfpause an. Bei Sokul brachen überlegene russische Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Vergeblich bemühte sich der Feind, seine zurückflutenden Massen

durch das Feuer seiner Geschütze und Maschinengewehre zum Stehen zu bringen. Bei Hulewicze am Stochod wurde der Gegner durch deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte nach erbitterten und wechselvollen Kämpfen geworfen. Auch verschiedene andere Vorstöße, die der Feind im Stochodgebiet unternahm, scheiterten völlig.

Aus der russischen Mittagsmeldung: . . . Die annähernde Zählung der im Laufe der Operationen des Generals Brussilow gegen die österreichisch-deutsche Armee im Zeitraume vom 4. Juni bis zum 10. Juli 1916 erbeuteten Gefangenen und Trophäen weist folgende Zahlen auf: 5620 Offiziere, 260000 Soldaten, 312 Kanonen und 866 Maschinengewehre.

12. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Ein Uebergangsversuch schwächerer russischer Kräfte über die Düna westlich von Friedrichstadt und Angriffe südlich des Naroczsees wurden vereitelt. An der Stochodfront ist die Lage im allgemeinen unverändert. Russische Abteilungen, die sich bei Janowka auf dem linken Ufer festzusetzen versuchten, wurden angegriffen; kein Mann von ihnen ist auf das Südufer entkommen. Hier und an der Bahn Kowel—Rowno wurden gestern noch über 800 Mann gefangen genommen; die Ausbeute der beiden letzten Tage am Stochod beträgt außer einer Anzahl Offiziere 1932 Mann und 12 Maschinengewehre.

Unsere Fliegergeschwader haben ihre Angriffstätigkeit östlich des Stochod fortgesetzt; ein feindlicher Fesselballon wurde abgeschossen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Lage erfuhr auch gestern keine Aenderung. Auf der Höhe Hordie, südöstlich von Mikuliczyn, schlugen unsere Truppen sieben russische Vorstöße zurück. Auch am unteren Stochod scheiterten abermals mehrere Angriffe des Feindes. Die am Stochod kämpfenden verbündeten Streitkräfte haben in den letzten zwei Tagen 2000 Mann und zwölf Maschinengewehre eingebracht. Bei Obertyn in Ostgalizien schoß ein österreichisch-ungarischer Flieger ein russisches Farman-Flugzeug ab.

13. Juli.

Deutsche Meldung: Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer wurden durch umfassenden Gegenstoß deutscher Truppen bei und nördlich von Olesza (nordwestlich von Buczacz) eingedrungene Russen zurückgeworfen und dabei über 400 Gefangene gemacht.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina und südlich des Dnjestr bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse. Westlich und nordwestlich von Buczacz trieb der Feind erneut starke Kräfte zum Angriff gegen die vom General Grafen Bothmer befehligten verbündeten Truppen vor. Während ein Teil seiner Sturmkolonnen bereits vor unseren Hindernissen zusammenbrach, gelang es einem anderen, in ein schmales Stück unserer Stellungen einzudringen. Doch warf auch hier ein ungesäumt einsetzender Gegenstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Reserven die Russen wieder hinaus, so daß alle Angriffe des Gegners völlig gescheitert sind. Zahlreiche russische Gefangene. Am Stochod schlugen unsere Truppen beiderseits der von Sarny nach Kowel führenden Bahn einen Angriff ab. Sonst nichts von Belang.

Der russische Generalstabsbericht vom 11. Juli versteigt sich zu der Behauptung, daß die Streitmacht des Generals Brussilow seit dem Beginn der russischen Offensive 266000 Gefangene eingebracht habe. Obgleich die Unzuverlässigkeit der russischen Berichterstattung längst zur Genüge bekannt ist, sei doch nochmals darauf verwiesen, daß die von den Russen angegebene Gefangenenzahl nahe an die Gesamtstärke jener Truppen unserer Nordostfront heranreicht, die in den vergangenen fünf Wochen im ernsten Kampfe gestanden waren.

14. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des Generals von Linsingen: An der Stochodlinie warf ein Gegenstoß bei Zarzecze (nördlich der Bahn Kowel—Sarny) über den Abschnitt vorgehende Russen zurück; 160 Mann wurden gefangen genommen, zwei Maschinengewehre erbeutet. Unsere Flugzeuggeschwader wiederholten mit Erfolg ihre Angriffe östlich des Stochod.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer drang der Feind gestern abermals in die vorderste Verteidigungslinie ein und wurde wiederum durch Gegenangriff mit erheblichen Verlusten geworfen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina stehen die Truppen nach Erfüllung der ihnen erteilten Aufgabe wieder in den alten Stellungen auf den Höhen westlich der oberen Moldawa. Westlich und nordwestlich von Buczacz haben die Russen gestern ihre An-

griffe fortgesetzt. Nachmittags wurden zwei breit angelegte Angriffe zurückgeschlagen, gegen Abend gelang es einem dritten Ansturm des Feindes, nordwestlich von Buczacz einzubrechen. In erbitterten Nachtkämpfen wurde der Gegner durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen wieder vollends hinausgeworfen. Nördlich der von Sarny nach Kowel führenden Bahn nisteten sich russische Abteilungen auf dem linken Stochodufer ein. Sie wurden spät abends von unseren Truppen überfallen und vertrieben, wobei 160 Gefangene und zwei Maschinengewehre in unserer Hand blieben. Sonst bei völlig unveränderter Lage nichts Neues.

15. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Armeen des G.F.M. v. Hindenburg: Russische Abteilungen, die bei Lennewaden nordwestlich von Friedrichstadt die Düna zu überschreiten versuchten, wurden abgewiesen. Auf die mit starkem Verkehr belegten Bahnhöfe an der Strecke Smorgon—Molodeczno wurden zahlreiche Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: In Gegend von Skrobowa wurden Teile der vom Gegner seit seinem ersten Anlauf am Morgen des 3. Juli noch gehaltenen Stellen der ersten Verteidigungslinie im Angriff zurückgewonnen und hierbei 11 Offiziere, über 1500 Mann gefangen genommen.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Die Lage ist unverändert. Gegen Truppentransportverkehr auf dem Bahnhof Kiwercy, (nordöstlich von Luck) erzielten unsere Flugzeuggeschwader gute Treffergebnisse.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Keine wesentlichen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südwestlich von Moldawa wurden russische Abteilungen, die sich gegen unsere Stellungen vorwagten, versprengt. Bei Jablonica südöstlich von Zabie brachten wir in erfolgreichen Streifungen 200 Gefangene ein. Bei Delatyn erhöhte Gefechtstätigkeit. Feindliche Vortruppen, die in die Stadt eingedrungen waren, wurden an den Südrand zurückgeworfen. Ein von den Russen südwestlich von Delatyn versuchter Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Sonst im Nordosten nichts Neues.

16. Juli.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Keine besonderen Ereignisse. Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Russische Gegenangriffe gegen die von uns wiedergewonnenen Linien in Gegend von Skrobowa blieben ergebnislos. Sechs Offiziere, 114 Mann fielen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Südwestlich von Luck sind deutsche Truppen im Gegenstoß gegen angreifende russische Kräfte.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer ist die Lage unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina griff der Feind gestern unsere Stellungen auf der Höhe Capul und beim Gestüt Luczina neuerdings an. Er wurde im Handgemenge geworfen. Die Zahl der bei Jablonica eingebrachten Gefangenen hat sich auf drei Offiziere, 316 Mann erhöht. Im Raume von Nowo-Poczajew scheiterte ein nächtlicher Vorstoß der Russen gegen unsere Vorposten. Südwestlich von Luck sind wieder stärkere Kämpfe im Gange. Westlich von Torczyn schlugen unsere Truppen einen nach heftiger Artillerievorbereitung geführten russischen Angriff zurück.

Aus der russischen Abendmeldung: In Wolhynien ergriffen dichte feindliche Formationen südöstlich des Fleckens Swiniuchy an zahlreichen Orten die Offensive. Durch einen energischen Gegenangriff trieben unsere Truppen den Feind zurück und entwickeln ihre Erfolge fortgesetzt weiter.

17. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Verstärktes Feuer leitete westlich und südlich von Riga, sowie an der Dünafront russische Unternehmungen ein. Bei Katharinenhof (südlich von Riga) griffen stärkere feindliche Kräfte an; hier hat sich ein lebhaftes Gefecht entwickelt.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Keine wesentlichen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Südwestlich von Luck wurde durch den deutschen Gegenstoß der feindliche Angriff angehalten. Die Truppen wurden daraufhin zur Verkürzung der Verteidigungslinie ohne Belästigung durch den Gegner hinter die Lipa zurückgeführt. An anderen Stellen sind die Russen glatt abgewiesen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Die Lage ist unverändert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina blieben erneute Vorstöße der Russen gegen unsere Stellungen südlich und südwestlich von Moldawa wie an den Vortagen ergebnislos. Der Feind erlitt große Verluste. Im Waldgebiet nördlich des Prislopsattels sind auf beiden Seiten Nachrichtenabteilungen und Streifkommandos ins Gefecht getreten. Bei Zabie und Tatarow wurden russische Vorstöße zurückgewiesen. Nordwestlich von Burkanow vereitelten unsere Vorposten den Versuch des Feindes, seine Gräben gegen unsere Stellungen vorzutreiben. Südwestlich von Luck griffen die Russen mit überlegenen Kräften an. Der Frontteil bei Szklin wich in den Raum östlich von Gorochow aus. Durch einen Gegenstoß deutscher Bataillone in der Westflanke gedeckt, wurden daraufhin die südlich von Luck kämpfenden verbündeten Truppen, ohne durch den Gegner gestört zu werden, hinter die untere Lipa zurückgenommen. Westlich von Torczyn wurde ein Nachtangriff der Russen abgeschlagen.

Aus der russischen Meldung: In Wolhynien, in der Gegend östlich und südöstlich von Swiniuchy, haben die tapfern Truppen des Generals Sacharow den Widerstand des Feindes gebrochen. In den Kämpfen bei der Ortschaft Pustomyty haben wir über 1000 Deutsche und Oesterreicher gefangen und drei leichte und zwei schwere Geschütze, Maschinengewehre und andere bedeutende Beute gemacht. An der untern Lipa rückten wir mit Erfolg weiter vor. Der Feind leistet hier erbitterten Widerstand.

Die Gesamtzahl der in den Kämpfen in Wolhynien gemachten Gefangenen und Trophäen betrug am 16. Juli etwa 310 Offiziere und 12637 Soldaten, 30 Geschütze, darunter 17 schwere (zehn Zentimeter, sechs und neun Zoll), eine große Zahl Maschinengewehre und reichliche Beute. In der Richtung von Kirlibaba, an der Grenze von Siebenbürgen, haben unsere Truppen eine Reihe weiterer Höhen besetzt.

18. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Die Russen setzten südlich und südöstlich Riga ihre starken Angriffe fort, die vor unseren Stellungen blutig zusammenbrechen oder da, wo sie bis in unsere Gräben gelangen, durch Gegenstöße zurückgeworfen werden.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Keine besonderen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Russische Angriffe sind westlich und südwestlich von Luck glatt abgewiesen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Abgesehen von kleineren Vorfeldkämpfen keine Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina und im Raume nördlich des Prislopsattels verlief der gestrige Tag ohne nennenswerte Begebenheit. Bei Zabie und Tatarow drückten die Russen unsere vorgeschobenen Posten zurück. Angriffe auf unsere Hauptstellung scheiterten unter großen Feindverlusten. Auch nördlich von Radziwillow und südwestlich von Luck wurden feindliche Vorstöße abgeschlagen.

Aus der russischen Meldung: Als Ergebnis des letzten geschickten Manövers von General Sacharow auf dem Kriegsschauplatz in Wolhynien trugen wir am 17. Juli den Sieg davon, der uns erlaubte, den Feind vom ganzen linken Ufer der untern Lipa zu verdrängen, indem er über die Dörfer Zwiniacze und Krasow hinaus sowie über den Fluß zurückgetrieben wurde. Nach der großen Menge Kriegsmaterial zu schließen, das vom Feind zurückgelassen wurde, zog er sich in großer Unordnung zurück. Es wird mitgeteilt, daß von den 17 dem Gegner abgenommenen Geschützen schweren Kalibers bereits gestern einige die feindlichen Stellungen auf dem Südufer der Lipa beschossen. Die deutschen Gefangenen, die wir machten, sind in Uniformen aller Art gekleidet, was die Vermischung ihrer neu aufgestellten Formationen beweist. . .

19. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Südlich und südöstlich von Riga haben unsere tapferen Regimenter die wiederholten mit verstärkten Kräften geführten russischen Angriffe unter ungewöhnlich hohen Verlusten für den Feind zusammenbrechen lassen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Lage an der Front ist unverändert. Auf die Bahnhöfe Horodzieja und Pogorjelzy der mit Truppentransporten belegten Strecke Minsk—Richtung Baranowitschi wurden von unseren Fliegergeschwadern erfolgreich zahlreiche Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Teilweise lebhafte Feuertätigkeit des Gegners, besonders am Stochod, sowie westlich und südwestlich von Luck.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Keine besonderen Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Keine Aenderung. Südwestlich von Moldawa wurden wieder einige russische Vorstöße abgeschlagen. Im Berg- und Waldgebiet von Jablonica und Zabie löste sich der Kampf in zahlreiche Einzelgefechte auf. Südwestlich von Delatyn trieben unsere Truppen russische Abteilungen, die auf das Westufer des Pruth vorgedrungen waren, über den Fluß zurück, wobei dreihundert Gefangene und zwei Maschinengewehre erbeutet wurden. Weiter nördlich nichts von Belang.

20. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Auch gestern hatte der Feind mit seinen am Nachmittag wieder aufgenommenen Angriffen beiderseits der Straße Ekau—Kekkau (südöstlich von Riga) keinerlei Erfolg; er hat nur seine großen Verluste noch erhöht. Russische Patrouillen und stärkere Aufklärungsabteilungen sind überall abgewiesen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Im Anschluß an lebhafte Handgranatenkämpfe in der Gegend von Skrobowa griffen die Russen an und wurden glatt abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Am Stochodknie nördlich von Sokul unternahmen österreichisch-ungarische Truppen einen kurzen Vorstoß, warfen die Russen aus der vordersten Linie und kehrten planmäßig in ihre Stellung zurück. Südwestlich von Luck haben deutsche Truppen die Stellung in die allgemeine Linie Tereszkowiec—Jelizarow wieder vorgeschoben. Der Feind steigerte an der unteren Lipa und in Gegend von Werben sein Feuer.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: In der Bukowina und nordöstlich des Prislopasses keine Ereignisse von Belang. Bei Zabie und Tatarow hielt auch gestern die Kampftätigkeit in wechselnder Stärke an. An der galizischen Front nördlich des Dnjestr stellenweise Vorpostengefechte. In Wolhynien drängten deutsche Truppen den Feind westlich der von Zwiniacze nordwärts ziehenden Niederung zurück.

Im Stochodknie südöstlich von Kaszowka überfielen österreichisch-ungarische Abteilungen eine vorgeschobene Schanze der Russen.

21. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.F.M. v. Hindenburg: Südöstlich von Riga raffte sich der Feind nur noch zu einem schwächlichen Angriffsversuch auf, der im Keime erstickt wurde. Russische Versuche beiderseits von Friedrichstadt über die Düna zu setzen, wurden verhindert; nördlich von Dweten hat eine kleine Abteilung das Westufer erreicht. Nordöstlich von Smorgon sind vorgeschobene Feldwachen überlegenem feindlichem Angriff ausgewichen.

Heeresgruppe des G.F.M. Prinz Leopold von Bayern: Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen: Nachdem zwischen Werben und Korsow russische Angriffe zum Stehen gebracht worden waren, wurde der nach Werben vorspringende Bogen vor erwarteten umfassenden Angriffen zurückgenommen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Abgesehen von kleinen Vorfeldkämpfen keine Ereignisse.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Auf der Höhe von Capul in der Bukowina wurden neuerliche russische Vorstöße abgeschlagen. Die Höhen nördlich des Prislopasses sind gesäubert. Die Kämpfe bei Tatarow dauern fort. Bei Jamna südwestlich von Delatyn brachen mehrere russische Angriffe zusammen. Im Mündungswinkel der Lipa griff der Feind nach mehrtägiger Artillerievorbereitung an. Sein Vorstoß über Werben wurde aufgefangen, doch nahmen wir unsere vorspringende Stellung vor neuerlicher drohender Umfassung in die Gegend von Beresteczko zurück. Weiter nördlich keine Aenderung der Lage.

Aus der russischen Mittagsmeldung: ... In der Styrgegend, oberhalb seines Zusammenflusses mit der Lipa, führten unsere Truppen einen neuen Schlag gegen den Feind aus, der aus dem Dorfe Werben und aus den südlich des Dorfes errichteten Werken vertrieben worden ist. Unsere Abteilungen, die dem flüchtenden Feind auf den Fersen folgten, bemächtigten sich der

Styrübergänge. Der Gegner zog sich gegen die Höhen bei dem Flecken Beresteczko zurück. Wir zählten bis jetzt als Gefangene ungefähr fünfzig Offiziere und mehr als 1600 Soldaten. . . .

Aus der russischen Abendmeldung: Die tapferen Truppen des Generals Sacharow haben, nachdem sie alle Schwierigkeiten der Ueberschreitung des sumpfigen Tales der Lipa unter dem konzentrierten Feuer des Feindes am 21. Juli überwunden hatten, den Gegner geworfen, von dem ein Teil bereits in Unordnung flieht. Unsere Artillerie belegte die feindlichen Kolonnen, die sich zurückzogen, mit Trommelfeuer. Die Truppen, die die Lipa überschritten haben, machten gestern 1000 Gefangene mit zehn Maschinengewehren und vier Gebirgsgeschützen, darunter drei mit Bespannung. Der Zustrom der Gefangenen dauert fort.

Nach ergänzenden Angaben übersteigt die Zahl der in den Kämpfen vom 20. Juli beim Uebergang über den Styr oberhalb der Lipamündung und auf dem linken Styrufer gemachten Gefangenen beträchtlich die im Vormittags-Bericht angegebene Zahl. Bis jetzt wurden 2817 Soldaten und 75 Offiziere gezählt. Außerdem haben wir eine große Zahl von Maschinengewehren und drei Geschütze genommen. Am 20. Juli haben wir bei Valeputna südwestlich von Kimpolung den Gegner von einem Hügel vertrieben und dabei drei Offiziere und 155 Soldaten mit vier Maschinengewehren gefangen genommen. Bei den Kämpfen vom 16. Juli auf dem Nordufer der Lipa haben wir außer den in den früheren Berichten bereits erwähnten Gefangenen und Trophäen 49 Maschinengewehre, 86 Bomben- und Minenwerfer, 80 Kisten mit Minen und Bomben, 60 Caissons mit Geschossen, 58 Kisten mit Ladestreifen für Maschinengewehre, drei Artillerie-Munitionsdepots, von denen eines allein 35 570 Geschosse verschiedenen Kalibers enthielt, 5230 Handgranaten, eine ungeheure Menge Patronen sowie drei Scheinwerfer, die Instrumente einer Musikkapelle, eine Feldbäckerei, eine Feldküche, eine große Menge Draht, Telephon- und anderes Material genommen.

22. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Beiderseits der Straße Ekau—Kekkau trotzen brandenburgische Regimenter weiter den starken russischen Massenangriffen, die am Nachmittag wieder aufgenommen und bis spät in die Nacht fortgeführt wurden; sie sind sämtlich unter den schwersten Verlusten für den Feind zusammengebrochen. Von der übrigen Front sind Ereignisse von besonderer Bedeutung nicht zu berichten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Von gestern auf heute keine Aenderung. In der Bukowina blieben die Anstrengungen des Feindes, sich des Berges Capul zu bemächtigen, abermals erfolglos. Die vom Gegner vorübergehend besetzte Höhe Magura bei Tatarow wurde durch unsere Truppen zurückgewonnen. Im Raume von Obertyn entwickeln feindliche Erkundungsabteilungen erhöhte Tätigkeit. Bei Barysz vertrieb ein Honvedjagdkommando einen mit Maschinengewehren ausgerüsteten russischen Hauptposten. Die neuen Stellungen südwestlich von Beresteczko sind bezogen. Der stellenweise nachdrängende Gegner wurde abgewiesen. Westlich von Luck und am Stochod nichts von Belang.

Aus der russischen Mittagsmeldung: Am 21. Juli haben die Truppen des Generals Sacharow über 300 Offiziere (darunter einen General und einen Oberst) und über 12000 Mann gefangen genommen, wodurch sich die Zahl der österreichischen und deutschen Gefangenen im Laufe dieser Operation seit dem 16. Juli auf 26000 Mann mit Einschluß der Offiziere erhöht. Gegenwärtig werden die erbeuteten Maschinengewehre und Geschütze gezählt. In der Gegend von Werben und von Plaszewo auf dem rechten Styrufer, südlich seines Zusammenflusses mit der Lipa, haben wir das 13. österreichische Landwehrregiment umzingelt, das sich ergeben mußte (vgl. S. 225).

23. Juli.

Deutsche Meldung: Südöstlich von Riga wurde spät abends ein feindlicher Angriff mit Sperrfeuer zum Scheitern gebracht. Uebergangsversuche der Russen über den Styr bei Zabatka (südwestlich von Beresteczko) wurden durch deutsche Batterien verhindert.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südöstlich von Tatarow durch den starken russischen Vorstoß bedroht, nahmen wir die auf der Magura kämpfenden Truppen gegen den Karpathenhauptkamm zurück. Sonst bei unveränderter Lage nichts Neues.

24. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Auf dem nördlichen Teile der Front und bei der Armee des Grafen von Bothmer außer Patrouillenkämpfen keine Ereignisse. Nordwestlich von Beresteczko wurden starke russische Angriffe glatt abgeschlagen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Die Lage ist unverändert. Auf den Höhen nördlich des Prislopsattels und bei Lobaczewka in Wolhynien wurden russische Angriffe abgeschlagen. In Ostgalizien südlich des Dnjestr wurde das Annähern feindlicher Abteilungen durch Artilleriefeuer vereitelt; nördlich des Dnjestr vollführten unsere Vortruppen mit Erfolg nächtliche Ueberfälle.

25. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Vorstöße schwächerer russischer Abteilungen südöstlich von Riga und Patrouillen an der Düna wurden abgewiesen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linsingen sind feindliche Angriffe an der Stonowkafront südlich von Beresteczko in geringer Breite bis in die vorderste Verteidigungslinie gelangt. Westlich von Burkanow wurde ein russisches Flugzeug im Luftkampf abgeschossen.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Südlich des Dnjestr, westlich von Obertyn, brach gestern ein Angriff in unserem Feuer zusammen. Russische Erkundungsvorstöße südwestlich von Lobaczewka wurden abgewiesen. Sonst verlief der Tag ruhig. Seit heute morgen entwickeln sich Kämpfe südlich von Beresteczko.

26. Juli.

Deutsche Meldung: Heeresgruppe des G.-F.-M. v. Hindenburg. Westlich von Riga drangen Erkundigungsabteilungen in russische Vorstellungen und zerstörten sie. Feindliche Patrouillen zeigten vielfach größere Tätigkeit. Unsere Flieger brachten durch Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer feindliche Truppentransportzüge auf der Linie Dünaburg—Polock und östlich von Minsk zum Halten.

Heeresgruppe des G.-F.-M. Prinz Leopold von Bayern: Abends und nachts richteten die Russen Angriffe, in denen drei Divisionen festgestellt wurden, gegen die Front östlich und südöstlich Gorodischtsche. Sie sind, wie alle früheren, unter schwersten Verlusten für den Gegner gescheitert. An einer Stelle wurde der Feind im Gegenstoß geworfen; er ließ hier einen Offizier, 80 Mann und ein Maschinengewehr in unserer Hand. Deutsche Flugzeuggeschwader warfen ausgiebig und erfolgreich Bomben auf die mit Transporten belegten Bahnhöfe Pogorjelzy und Horodzieja, sowie auf die in ihrer Nähe lagernde Truppen.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen: Nordwestlich von Luck hatten Unternehmungen feindlicher Erkundungsabteilungen keinen Erfolg. Nordwestlich von Beresteczko wurden stärkere russische Angriffe abgewiesen, teils durch Feuer, teils durch Gegenstoß, wobei 100 Gefangene und zwei Maschinengewehre eingebracht wurden.

Armee des Generals Grafen von Bothmer: Oestlich des Koropiec-Abschnittes fanden kleinere Gefechte vorgeschobener Abteilungen statt.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Nordwestlich von Rozyszcze versuchte Erkundungsvorstöße sowie südlich von Lobaczewka geführte russische Angriffe mißlangen völlig. Hundert Mann und zwei Maschinengewehre blieben in unseren Händen.

Südlich von Lesznioẃ nahmen wir unsere Truppen vor überlegenem feindlichem Druck hinter den Boldurka-Abschnitt zurück. Sehr heftige, von starkem Artilleriefeuer vorbereitete russische Angriffe beiderseits der Bahn nächst Radziwillow brachten dem Feinde nach wechselvollem, für ihn äußerst verlustreichem Kampfe nur unwesentliche Vorteile. An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Aus der russischen Meldung: . . . Beim Dorfe Konky, südöstlich von Baranowitschi, überschritt in der Nacht des 25. Juli nach einem heftigen Bombardement eine feindliche Kompanie die Schtschara und näherte sich unseren Drahtverhauen. Sie wurde jedoch von unserem Infanterie- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen. In der Gegend des Flusses zwingen wir den Feind weiterhin zum Rückzug. Der Feind erlitt große Verluste. Wir nahmen 63 Offiziere und 4000 Soldaten gefangen und erbeuteten fünf Kanonen, sechs Maschinengewehre, zwölf Munitionscaissons und anderes Kriegsmaterial. Die Gefangenen strömen fortgesetzt zu.

27. Juli 1916.

Deutsche Meldung: Gestern abend stürmten die Russen vergebens gegen unsere Stellungen an der Schtschara nordwestlich von Ljachowitschi an. Auch westlich von Beresteczko wurden sie blutig zurückgewiesen. Sonst sind, abgesehen von einem für die Gegner verlustreichen Vorpostengefecht an der Koma ika südlich von Widsy keine Ereignisse zu berichten.

Oesterreichisch-ungarische Meldung: Westlich von Beresteczko wurde ein russischer Nachtangriff abgeschlagen. Wiederholte heftige Angriffe, die der Feind gestern nachmittag zwischen Radziwillow und dem Styr führte, brachen unter schweren Verlusten zusammen. Beiderseits der Straße von Leszniow setzten die Russen ihre Anstrengungen auch in der Nacht fort; sie wurden nach erbittertem Kampfe zurückgeworfen und ließen 1000 Gefangene in unseren Händen. Nördlich des Prislopsattels haben unsere Truppen die Vorrückung aufgenommen, den Czarny Czeremosz überschritten und mit Teilen die jenseitigen Höhen gewonnen, auf denen Gegenangriffe abgewiesen wurden.

28. Juli 1916.

Aus der deutschen Meldung: Heeresgruppe des G.-F.-M. Prinz Leopold von Bayern: Die Russen haben ihre Angriffe mit starken Kräften erneuert. Sechsmal sind sie seit gestern nachmittag gegen die Front Skrobowa—Wygoda (östlich von Gorodischtsche) mit zwei Armeekorps vergeblich angelaufen. Weitere Angriffe sind im Gange. Mehrmals fluteten die Angriffswellen zweier Divisionen vor unseren Schtschara-Stellungen nordwestlich von Ljachowitschi zurück. Die Verluste des Gegners sind sehr schwer.

Aus der österreichisch-ungarischen Meldung: ... Um Mitte Juli 1916 hat der Feind nach einer Pause von vier Wochen in Wolhynien seine Offensive wieder aufgenommen. Das Gesamtergebnis derselben läßt sich bis heute dahin zusammenfassen, daß auf unsrer Seite ein 80 Kilometer breites Frontstück in einer Tiefe von nicht mehr als 15 Kilometern zurückgedrückt wurde. Diesen geringen Raumgewinn hat der Feind durch eine ununterbrochene Reihe schwerer Angriffe und mit ungeheuren Opfern erkauft.

Aus der russischen Meldung: ... In der Gegend nördlich und südöstlich von Baranowitschi Artillerietätigkeit und Scharmützel der Vorposten, die uns den Vormarsch unserer Truppen an einigen Stellen ermöglichten.

29. Juli.

Aus der deutschen Meldung: ... Heeresgruppe des G.-F.-M. Prinz Leopold von Bayern: Auch die gestern früh noch nicht abgeschlossenen Kämpfe an der Front Skrobowa—Wygoda sind völlig zu unseren Gunsten entschieden.

30. Juli 1916.

Aus der deutschen Meldung: ... Heeresgruppe des G.-F.-M. Prinz Leopold von Bayern: Die Bahnhöfe Pogorjelzy und Horodzieja wurden erfolgreich mit Bomben belegt. Am Abend brach ein russischer Angriff südlich von Skrobowa in unserem Feuer restlos zusammen.

Die dritte Besetzung von Czernowitz durch die Russen

Am 18. Juni 1916

Die Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Front zwischen Dnjestr und Pruth hatte zur Folge, daß auch die Stellungen nordwestlich von Czernowitz geräumt werden mußten. Das geschah am Samstag den 10. Juni 1916. Die Kämpfe um den Besitz der Stadt Czernowitz begannen, nach den Berichten von Julius Weber in den „Münchner Neuesten Nachrichten" (17. VII. 16), im „Neuen Wiener Tagblatt" (4. VII. 16) und in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" (24. VII. 16), am Pfingstsonntag abend, eingeleitet durch eine amtliche Mitteilung der Czernowitzer Polizeibehörde, daß die Stadt Czernowitz am 11. Juni 1916 unter feindlichem Artilleriefeuer stehen dürfte. „Die Bevölkerung verstand diesen Wink; gleich nach der Veröffentlichung begann die Flucht aus der Stadt. Bald eröffneten die Russen eine Kanonade. Unaufhörlich fielen Geschosse in den unteren Stadtteil und in das Bahnhofsviertel. Das Feuer war nicht sehr stark, verursachte aber eine furchtbare Panik. Vier Kinder wurden getötet, und sechs Personen schwer verletzt. Am Pfingstmontag wiederholte sich das gleiche Bild: Die Russen beschossen österreichisch-ungarische Stellungen, wobei sie nicht gerade besondere Wichtigkeit auf das Ziel legten, so daß die Stadt wieder unter Artilleriefeuer stand. Das ganze Pruthtal und die Stadt wurden zum Schlachtfeld. Brandgranaten schlugen in kleine Gehöfte ein und ließen mächtige Rauchwolken emporschlagen. Einige Fabriken brannten nieder.

Wieder kam eine aufregende Nacht. Die Behörden waren alarmiert, im Rathaus war das Stadtkollegium versammelt und machte ununterbrochen Dienst. In der Nacht vom Montag auf Dienstag schickten sich die Russen an, die Stadt zu überrumpeln und sie an einem nordöstlichen Punkte knapp an der Grenze im Sturm anzugreifen. Um Mitternacht begann das Feuer. Die Verteidigung eröffnete indessen ein vernichtendes Artilleriefeuer gegen die Stürmer, die äußerst schwere Verluste erlitten. Der Kampf dauerte bis drei Uhr morgens. Die Russen hatten sich bereits dem Pruth genähert, kamen aber nicht weiter. Hunderte von ihnen fanden den Tod in den Wellen des Flusses. Der Sturm war abgeschlagen. Am Dienstag den 13. Juni vormittag wurde ein neuer Angriffsversuch schon im Keim erstickt. Nachdem dann das Geschützfeuer im Lauf des Nachmittags ein wenig abgeflaut war, begann am Mittwoch drei Uhr früh ein neuer Feuerüberfall gegen den Brückenkopf. Aber auch dieser Sturm brachte den Russen keinen Erfolg. Die Verteidiger gingen zum Gegenangriff über und warfen die Russen gegen Sadagora zurück" ...

„Am Donnerstag den 15. Juni dauerte der Geschützkampf den ganzen Tag über an wenn auch stellenweise nicht so heftig, wie an den vorangegangenen Tagen. Indessen wurde die Stadt immer leerer. Eisenbahnleitung und Eisenbahnkommando wurden in die Station Volksgarten verlegt. Von dort wickelte sich die Evakuierung der Bevölkerung ab. Der Freitag verlief wieder äußerst kritisch. Die Russen schossen neuerlich mit schweren Geschützen, eine Granate fiel in die Landhausgasse, platzte in der Mitte der Straße und richtete ziemlichen Materialschaden an.

Am Samstag den 17. Juni um zwei Uhr nachmittags begannen die Russen mit einem systematischen, äußerst schweren Angriff gegen alle Stellungen, vom Zuczkaer Brückenkopf angefangen bis zum Pruth, knapp an der rumänischen Grenze. Das Trommelfeuer war unheimlich; die Stadt bebte ununterbrochen unter dem Höllenlärm. Gegen fünf Uhr nachmittags war das ganze Pruthtal ein Flammenmeer. Die österreichisch-ungarischen Geschütze arbeiteten ebenfalls unabläßig und richteten ihr Feuer gegen die angesammelten Russen in Zuczka und Sadagora. Gegen halb sechs Uhr nachmittags aber verbreitete sich in der Stadt die Kunde, daß die Russen den Zuczkaer Brückenkopf erobert hätten.

Die Kämpfe, die sich dann noch abspielten, hatten nur den Zweck, den Rückzug der österreichisch-ungarischen Truppen über den Pruth zu decken und die Vorhuten des Feindes möglichst lange aufzuhalten. Niemand wußte, was im nächsten Moment geschehen werde. Plötzlich trat tiefe Stille ein, die etwa bis halb zwölf Uhr anhielt; doch war es die Stille vor dem letzten Sturm. Um halb zwölf Uhr nachts, von Samstag auf Sonntag, eröffneten die Russen neuerlich ein entsetzliches Feuer gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen, dem die kleine Schar der Verteidiger keinen Widerstand zu leisten vermochte. Wohl blieben sie noch immer in ihren Schützengräben und kämpften mit wahrem Todesmut, doch mußten sie der zehnfach überlegenen Zahl der Feinde weichen."

„Um zwei Uhr nachts hörte plötzlich der feindliche Kanonenbonner auf. Das Gewehrgeknatter am Pruthufer bei Ludi-Horecza ist ebenfalls nicht mehr hörbar. Nur in weiter Ferne gegen die rumänische Grenze zu und links bei der Brücke knallt es noch heftig weiter. Im Dunkel der Morgendämmerung sieht man auf der Horeczaer Wiese Gestalten eilig hin und her jagen. Sind es die Unsrigen oder der Feind? Auf der Anhöhe sammeln sie sich zu großen Haufen und reiten herunter.

In der Neuenweltgasse, in der Herrengasse, auf dem Ringplatze und in der Kuczurmarenstraße kam es zu Straßengeplänkeln zwischen den russischen Soldaten und den österreichischen Nachhutpatrouillen. Auf dem Ringplatze stießen die russischen Infanteristen einige Tore ein. Sie eilten auf die Stockwerke, öffneten die Fenster und begannen von dort auf das österreichisch-ungarische Militär zu schießen. Die Oesterreicher erwiderten. In

das Militärspital, in dem sich einige in der Nacht hergebrachte Verwundete befanden, bringt eine russische Offizierspatrouille und will alle gefangennehmen. Zwei Russen bleiben zur Wache draußen; die übrigen stürzen in die Keller und suchen Wein. Während die Weinfreunde weiter suchen, kommt eine österreichische Nachhutpatrouille und befreit ihre Kameraden. Acht Russen werden getötet. Von allen Seiten hört man in der Straßen Schüsse." ... „Aber erst gegen acht Uhr früh hielten die Russen ihren Einzug. Zuerst kam eine starke Abteilung Kosaken, die jedoch nicht in der Stadt blieb, sondern ihren Weg gegen Kuczurmare nahm. Um zwölf Uhr marschierte eine Infanterieabteilung mit einem russischen Major ein, dem Pfarrer Schandru die Stadt übergab. Die russischen Truppen erhielten den Befehl, sich jeder Ausschreitung zu enthalten, was sie zum Teil auch befolgten. Aber in den untern Stadtteilen sowie in einigen abseits gelegenen Straßen im Stadtzentrum wurden gleichwohl einige Häuser ausgeplündert" ...

„Die letzten österreichisch-ungarischen Soldaten waren abgezogen. Die wenigen zurückgebliebenen Behörden hatten sich zum Bahnhof begeben. Hier standen die letzten Züge zur Abfahrt bereit. Die Postbeamten, die bis zur letzten Minute ihren Dienst versahen, und die wenigen Polizeibeamten besteigen die Wagen, ebenso die Reste der Zivilbevölkerung. Der diensthabende Beamte gibt das Abfahrtzeichen, steigt selbst in den letzten Zug, und alle drei Züge verlassen die Station, in der sich kein Waggon mehr befindet und alle Lager ausgeräumt sind. Kosakenpatrouillen senden den Zügen einige Schüsse nach. Sie aber fahren weiter nach dem Süden. Auf den Straßen eilen einige Trainwagen rasch dahin, ein Auto durchrast die Straße. Es sind die letzten, die Czernowitz verlassen. Die Landeshauptstadt der Bukowina ist zum drittenmal in russischen Besitz gelangt."

Die Kämpfe bei Tlumacz
Am 1. und 2. Juli 1916

Von den Kämpfen bei Tlumacz gibt ein in der „Vossischen Zeitung" (29. VII. 16) veröffentlichter Feldpostbrief ein stimmungsvolles Bild. Der deutsche Kampfteilnehmer schreibt: „Wir liegen in einem kleinen galizischen Städtchen und schauen bewegt den Zügen der „Evakuierten" zu; da treiben die armen Bauern auf ihren unsterblich gewordenen Panjewagen das bißchen Hab und Gut aus den bedrohten Heimatdörfern. Oesterreichische und ungarische Bataillone ziehen in tadelloser Marschordnung durch die Stadt, Artillerie, Honvedschwadronen und unaufhörliche Züge von Bagagen.

Die Sonne brütet mit unerträglichem Dunst auf dem Land, kein Windhauch in den Feldern, auf denen eine unerhörte Ernte dem Schnitt entgegenreift. Ein schmerzliches Gefühl will uns überfallen im Gedanken an Brussilows Millionen! Es kommen alarmierende Nachrichten: die Russen haben Kolomea genommen und sind im Vormarsch auf Ottynia—Stanislau. Ein Panzerzug mit bayerischen Pionieren hat die Eisenbahnbrücken gesprengt. Aber die Leute in unserem Städtchen sind zuversichtlich.

Es wird Abend und Nacht. Da kommt der Abmarschbefehl. Die Division sammelt sich im Raume von Tlumacz, nördlich Ottynia. Am frühen Morgen des 1. Juli 1916 nach einigen Stunden anstrengenden Marsches treffen wir auf dem befohlenen Platze ein.

Dazu eine glühende Julisonne und todmüde Glieder! Aber gegen Mittag ist die befohlene Linie unter leichtem Geplänkel erreicht; die Fühlung mit dem Feinde ist verloren. Kavalleriepatrouillen reiten an zur Aufklärung des Vorgeländes. Ihre Meldungen geben die taktische Grundlage für die Fortsetzung des Kampfes am nächsten Tag. Die Russen scheinen überrascht von diesem plötzlichen Gegenstoß und weichen. Sie mögen gut erschrocken sein, als die Pickelhauben aus den Kornfeldern tauchten. . ."

Wie bei Obertyn, so trieben die Russen auch bei Tlumacz große Kavalleriemassen gegen die österreichisch-ungarische Verteidigungslinie vor. Die Reiterattacke erfolgte in

drei Kilometer Breite, sechs Glieder tief, und brach unter dem Schnellfeuer der k. u. k. Infanterie, Artillerie und Maschinengewehre zusammen, die Roß und Mann zu Hunderten und aber Hunderten niedermähten. Ein Kadettaspirant, der die Attacke der Tscherkessenbrigade bei Tlumacz mitgemacht hatte und verwundet zurückgekehrt war, erzählte Roda Roda nach der Wiener „Neuen Freien Presse“ (8. VII. 16) darüber folgendes:

„Unser Bataillon hatte vier Tage und Nächte hindurch die erbittertsten Gefechte in den Dnjestrschlingen, zuletzt auf der Höhe Mohilka, südöstlich von Niznioro, bestanden und war von dort, als uns Kreuzfeuer aus beiden Flanken drohte, in den Morgenstunden des 1. Juli 1916 auf Tlumacz zurückgegangen. Der Marsch erfolgte bis auf einige Schrapnelle ohne jede feindliche Einwirkung. Nachdem wir bereits unterwegs Feldwachen ausgeschieden und auf einer flachen Kuppe zurückgelassen hatten, bezogen wir eine neue Stellung, die wir von anderen Truppen schon halbwegs vorbereitet fanden. Unser Kompaniekommandant gab uns drei Stunden Rast.

Nachmittags richteten wir uns in den Gräben ein und legten in dem hohen Getreide vor uns einfache Hindernisse an. Unsere Stellung zog sich am Westhang eines Wellentals mit breiter, ebener Sohle hin. Uns gegenüber auf dem östlichen, ziemlich steil abfallenden Hang waren mehrere kleine Waldparzellen. Da das Getreide vor uns den Ausschuß behinderte, ließ ich drei gerade Gassen darin niedertreten, eben in der Richtung auf die Waldparzellen.

Gegen 5 Uhr gerieten unsere Feldwachen vorn im Wäldchen in ein Geplänkel mit russischen Patrouillen, doch konnten wir nicht eingreifen, da der Feind von uns aus nicht sichtbar war. Nach einer kleinen Pause meldete das Telephon das Auftauchen russischer Reiter im mittleren vorspringenden Teile des Wäldchens. Unsere Artillerie gab über uns weg einige Granaten dahin ab.

Eine Halbkompanie unter meinem Kommando hatte bis dahin auf einer Straße gearbeitet, die sich von rechts vorn an unsere Stellung heranzog, indem wir den Straßendamm mit einigen Teilen zerbrochener Fuhrwerke und Bäumen verlegten und von der Straße weg Hindernisse ins Anland nach beiden Seiten zogen. Auf alles waren wir eher gefaßt, als auf einen Angriff, wie er nun plötzlich erfolgte.

Es erschien nämlich vor der Parzelle halblinks vor uns eine feindliche Abteilung mit Maschinengewehren — abgesessene Kavallerie, wie sich später gezeigt hat. Fast gleichzeitig bekamen wir sehr reichliches, jedoch durchweg zu weites und hochtempiertes Schrapnellfeuer. Ohne einen Befehl abzuwarten, ließ ich die Straßenbarrikade sein und eilte mit meiner Halbkompanie in den Schützengraben zurück. Ehe wir dort noch angelangt waren, zeigte sich eine dichte, immer mehr anwachsende Staubwolke zwischen den Waldparzellen. Ich konnte mir das nicht erklären und meinte anfangs, es mit einem zurückgehenden eigenen Train oder einer eigenen Munitionskolonne zu tun zu haben und wollte schon wieder zur Arbeit auf den Straßenkörper zurückkehren, als ich vor der Staubwolke drei oder vier unzweifelhaft russische Reiter mit Säbeln und Lanzen einhersprengen sah.

Schon hatte unsere Maschinengewehrabteilung rechts das Schnellfeuer eröffnet. Meine Leute schienen einen Augenblick zu stutzen. Nur ein Zug hatte die Gewehre bei sich, der andere Zug hatte, als es an die Arbeit ging, die Gewehre im Kompanieabschnitt zurückgelassen. Ich befahl den Arbeitern: „Laufschritt in den Graben und schießen!“ blieb aber mit dem bewaffneten Zug an Ort und Stelle im fremden Abschnitt, um in das Gefecht von da aus einzugreifen. Das Feuern sollte erst auf meinen Zuruf beginnen. Ich gab genau den Zielstreifen an, die Grenze zwischen einem gelben und einem grünen Feld.

Während sich die Staubwolke vom Wäldchen dahin heranwälzte, sah man zahllose Granataufschläge in der feindlichen Masse aufspritzen. Die große Staubwolke löste sich in hohe Staubhosen auf. Nun gab ich Feuer. Sehr rasch, unter immerwährendem



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Österreichisch-ungarischer Beobachtungsposten an der beßarabischen Front



Phot. Paul Wagner, Berlin

Stark ausgebaute österreichisch-ungarische Stellung in Beßarabien



Phot. Photothek, Berlin

Österreichisch-ungarische Stellung im Sumpfgebiet in Wolhynien



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Bosnische Truppen in einem Schützengraben Wolhyniens während der Abwehr eines russischen Angriffs

Knattern unserer Gewehre und Maschinen tobten unzählige lose Rudel von Reitern aus dem Wäldchen den steilen Hang uns gegenüber in die Talsohle hinab, eine wahre Flut. Unten am Fuße des Hanges stockte die Attacke eine Sekunde an einer etwa mannshohen Geländestufe. Diese Stufe füllte sich im Nu mit Fleisch.

Ich pfiff und ließ das Feuer mit dem kleinsten Aufsatz auf die Stufe verlegen, wo man die Reiter springen, fallen, kollern und purzeln sah. Ueber die wogenden Leiber von Pferden und Menschen setzten immer neue Reiter und reiterlose Pferde. Viele Pferde und Reiter suchten zurückzugaloppieren und wurden von nachkommenden Kameraden umgerissen.

Bis eine Riesengruppe von Reitern und Tieren in einem Ruck lärmend an unsere Hindernisse prellte. Die Hindernisträger wurden wie Zündhölzchen umgeknickt. Drei oder vier Pferde rasten einige Schritte seitwärts von mir über unsere Gräben hinweg.

Ob meine Leute noch schossen, weiß ich nicht. Jedenfalls brach die Gruppe dicht vor mir, von allen Seiten mit Geschossen empfangen und in den Drähten stolpernd, stückweise zusammen. Ein Russe auf einem Schimmel stob bis an den Graben; der Gaul roulierte, der Russe sprang wie ein Hirsch auf, brüllte und fiel vor mir aufs Gesicht hin. Der Schimmel erhob sich mit einem Satz und trabte wiehernd und buckelnd längs unserer Front davon.

Binnen einer Viertelstunde war aus den Roggenfeldern vor der Front eine wüste Wirrnis von Tod und ringendem Leben geworden. Aus bewegten Hügeln von Leichen lösten sich immer wieder tolle Pferde los, schreiende, humpelnde, verwundete Menschen zu Fuß und einzelne Reiter, die, von Schüssen verfolgt, in den Wald zurückstrebten.

Meine Mannschaft war völlig verwandelt: vorher müde und schlapp, sangen und sprangen die Infanteristen jetzt siegestrunken.

Da brach aus dem Walde von rechts verspätet eine neue Wolke hervor. Wir kamen nicht mehr dazu, sie zu bekämpfen. Die Reiter kehrten auf das Granatfeuer unserer Artillerie hin um."

Ein gefangener Sergeant sagte aus, daß alle zwölf russischen Schwadronen von einem einzigen Offizier angeführt worden seien. Die anderen hätten weiter rückwärts das Ergebnis abgewartet. „Solche Zustände machen es verständlicher," heißt es in dem Feldpostbrief der „Vossischen Zeitung", „weshalb der russische Heeresbericht täglich „heldenmütige Obersten" erwähnt, die „unerschrocken ihre Bataillone und Schwadronen zum Siege führten"!"

Der Schreiber des Feldpostbriefes fährt dann fort: „Am nächsten Morgen setzten erbitterte Kämpfe ein. Die Russen hatten in der Nacht starke Massen herangezogen und unserem Angriff entgegengeworfen. Die starke Artillerie der Verbündeten beginnt zu sprechen. Das Bellen der Feldbatterien, das Heulen der Geschosse, ihre krachenden Explosionen mischen sich mit dem Prasseln des Kleingewehrs. Und wieder das alte Bild. Hinter den Höhen die Artilleriebeobachtung am Scherenfernrohr, dort, an der zerschossenen Häusergruppe ein Regimentsstab; weiter rückwärts an einem Wäldchen weht ein Divisionswimpel. An der Straßenecke stehen Autos und Pferde, unter einem Bildstock bedient ein Telephonist seinen Klappenschrank, Meldereiter kommen und gehen, mitten im Grünen vor dem Scherenfernrohr steht ein preußischer General mit seinem Generalstabsoffizier, unaufhörlich klingeln und summen die Telephone, und dort, am Wegekreuz hat ein k. u. k. Stab seinen Wimpel gehißt. Ein Auto mit deutschen Generalstabsoffizieren saust vorbei. Munitionskolonnen, deutsche und ungarische, ziehen im unaufhörlichen Zuge vorüber und drüben kommt ein Musketier mit einem Dutzend Gefangenen.

Immer noch glüht die unbarmherzige Sonne, aber es geht vorwärts. Von Höhe zu Höhe schiebt sich der deutsche Angriff, da stößt ein Bataillon in gewaltigem Sturmlauf vor. Russische Regimenter laufen dagegen. Nach siebenmaliger Abwehr müssen wir

zurück, aber dann geht es doch wieder vor; feindliche Massenstürme werden abgewehrt. Am späten Abend ist die befohlene Linie erreicht. Es wird Nacht.

Mit dem frühen Morgen des 2. Juli setzt die feindliche Artillerie im ständigen Zunehmen ein, gegen Mittag ist es Trommelfeuer; aber es bleibt fast wirkungslos gegen die in tiefen Schützenlöchern eingegrabenen Deutschen. Alle rückwärtigen Anmarschwege liegen unter Feuer. Meisterhafte Beobachtung auf seiten der Russen erkennt die kleinste Bewegung in den eingesehenen Strichen und belegt sie mit präzisiertem Feuer. Das sind Franzosen! Nun, mögen sie auch hier die Deutschen kennen lernen!

Darauf setzen die russischen Massen zum Angriff an. Neunmal werden sie zurückgeschlagen. Das Feuer wird schwächer und schweigt dann ganz. Das lang ersehnte Gewitter überzieht das Schlachtfeld mit Regendunst. Tausende von Toten und Sterbenden liegen vor unsern Schützenlöchern.

Die heiß erkämpften Höhen sind gehalten; ein unscheinbarer Erfolg gemessen an den Dimensionen des Krieges, aber vielleicht noch ein unerhörter Sieg zu Zeiten unserer Väter."

Die Kämpfe in den östlichen Waldkarpathen

Von Czernowitz ergossen sich die russischen Schwärme in zwei Richtungen. Das Gros zog südwärts, kleinere Abteilungen nach Nordwesten, in der Richtung auf Kolomea, parallel zur Linie Horodenka—Sniatyn. Unter beständigen Nachhutgefechten rückten die Russen vor. „Doch in die Waldkarpathen, zu deren Ausläufern sie nach Ueberwindung des Bukowiner Pruthgeländes gelangt waren, wagten sie sich nur zögernd", heißt es in einem Berichte der „Frankfurter Zeitung" (8. VIII. 16); „sie stießen hier auf Widerstand, der ihr weiteres Fortschreiten mit schweren Opfern verband. Am Czeremosz fanden bei Wiznitz und Kuty schwere Kämpfe statt, die lange den Aufmarsch der Russen aufhielten. Wohl konnte sich der Feind, nachdem er sich im hügeligen Osten der Bukowina breitgemacht hatte, auf den nach dem Gebirge gegen Westen führenden Straßen verhältnismäßig rascher entwickeln. Eine weiter nördlich kämpfende Truppe kann nämlich durch die Bukowiner Vertikalstraße leicht in der Flanke bedroht werden. Infolgedessen zogen sich die österreichisch-ungarischen Truppen, die den Feind am oberen Czeremosz aufgehalten hatten, am 25. Juni 1916 auf die Höhen südlich Wiznitz und Berhometh zurück, wo sich Nachhutkämpfe entwickelten, die den Rückzug bis in die gesicherte Stellung bei Kirlibaba ermöglichen sollten. Die Russen drängten sowohl von Norden her als auch auf den Vertikalstraßen kräftig nach, um den Rückmarsch zu stören. Das Manöver mißlang. Das Gelände ist für eine Verteidigung äußerst geeignet und der Entwicklung großer Menschenmassen nicht allzu günstig. Es nützte dem Feinde nichts, daß er alle Wege mit einer Unzahl von Angriffstruppen vollstopfte. In den Pässen und Talengen konnten ihm geringe Mannschaften ziemlich starken Widerstand leisten. Zu solchen Defensivkämpfen, die überall ihren Zweck erreichten, kam es im Suczawatal, südlich von Seletin, in der Nähe von Iswor und dann weiter an den Höhen nördlich und nordwestlich von Kirlibaba. Dieser Vormarsch hat die Russen viel Menschen gekostet. Ihre Kavalleriemassen nützten wenig, da die Pferde auf den Gebirgswegen nicht rasch weiterkamen. Der Nachschub und der Train konnten überhaupt nicht folgen.

Während am 24. Juni die Hauptmacht der den Bukowiner Osten verteidigenden Truppen die Stellung am Mestikanestiepaß bezogen hatte, gelangten die im Westen kämpfenden Verteidiger in ihre gesicherten Stellungen vor Kirlibaba am 1. Juli. Das Kampfgelände sind hauptsächlich Bergrücken bis zu 1800 Meter Höhe, die durch wilde Schluchten voneinander getrennt sind. An den Hängen liegen dichte, fast undurchdringliche Waldungen. Der Kampf in einem solchen Gelände ist für den Angreifer und den Verteidiger mit unzähligen Schwierigkeiten verbunden. Hier hat natürlich der Einheimische den Vorteil

der genauen Geländekenntnis, der ihm die Verteidigung in gewisser Hinsicht erleichtert, während der Angreifer, der der Gegend unkundig ist, oft schwere Verluste erleidet, bis er geringe Erfolge erzielt. Im Januar 1915, als tiefer Schnee die Hänge bedeckte, war der Kampf lange nicht so gefährlich, weil große Schneemassen das Dickicht und Gestrüpp bedeckten. Nun, da sich hohe Schlinggewächse bis zur Mitte der riesengroßen Fichten erhoben, fand der Mann überall günstige Verstecke, von wo er dem Feinde jederzeit auflauern konnte; und selbst dort, wo kein Urwald die Gegend bedeckte, bot das hohe Gras der Wiesen und Alpen gute Deckungen.

Wenn die Russen ihre Offensivtätigkeit in dieser Gegend zunächst bald aufgaben, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß sie ihr Ziel erreicht hätten. Im Gegenteil, sie wollten auch diesmal wie Ende 1914 und 1915 die Waldkarpathen durchbrechen und ins ungarische Tiefland hinabsteigen. Die furchtbaren Verluste aber zwangen sie zum Stillstand. Ursprünglich dachten die Russen wohl, die österreichisch-ungarischen Stellungen nehmen zu können. Zuerst versuchten sie sich langsam an die Straßensperre in der Nähe des Mestikanestiepasses nordöstlich von Jakobeny heraufzuschieben. Als sie Widerstand fanden, wollten sie die Verteidiger ausräuchern und zündeten die Waldschläge am Passe an. Der Rauch zog bis in die k. u. k. Schützengräben, die oben auf dem Berge lagen. Die Mannschaft hielt aber Stand. Die Russen versuchten nun beim Eingang des Passes vor der Ortschaft Valeputna einige Geschütze aufzustellen und unsere Höhenstellungen zu beschießen. Einige wohlgezielte Treffer zerstörten ihnen mehrere Batterien. Sie gaben nun jeden weiteren Versuch, die Stellung zu nehmen auf und versuchten Umzingelungsmanöver, einmal von der rumänischen Grenze aus, wozu sie die ihnen im Wege stehenden Bergspitzen des Rareu (1653 Meter) und Giumaleu (1857 Meter) überwinden mußten. Am Rareu entwickelten sich anfangs Juli stärkere Kämpfe mit den k. u. k. Sicherungspatrouillen, die schließlich beim Heranrücken größerer russischer Truppenmassen das Feld räumten. Dann kam es zu großen Patrouillengefechten am Giumaleu. Der dritte Weg, den die Russen südöstlich einschlugen, ging knapp vor dem Mestikanestiepasse gegen Neu-Itzkany. Von diesen drei Straßen strömten die Russen über die Bergkämme zum Bistritztal hinunter, um von hier nach Dornawatra zu kommen und den bei Jakobeny kämpfenden Truppen in den Rücken zu fallen. Das Manöver mißlang. Die russischen Truppen, die auf der Straße Valeputna—Neu-Itzkany die österreichisch-ungarischen Batterien zu überwältigen suchten, wurden förmlich niedergemetzelt. Mehrere russische Gebirgsbatterien wurden auch hier vernichtet. Die anderen Abteilungen, die vom Rareu und Giumaleu herunter wollten, stießen auf stärkere Abteilungen der Bukowiner Gendarmerie und kamen nicht weiter. Die Umgehungsversuche mußten wieder aufgegeben werden. Bei diesen Kämpfen wurde General Keller, der Führer des russischen Korps an der Bukowiner Front, bei Valeputna verwundet.

Nach dem Mißlingen dieses Manövers versuchten die Russen ihr Glück bei Kirlibaba. Auch hier planten sie eine Umgehung, die den Weg nach Ungarn freilegen sollte. Reiterangriffe im oberen Moldawatale bei der Ortschaft Moldawa-Sulitza wurden sämtlich abgewiesen. Infolgedessen suchte der Feind einen Seitenstoß zu machen, indem er starke Kräfte auf den Bergwegen vorschickte, die westlich über die Magura ins Cibotal und damit nach Ungarn führen. Die Absicht wurde aber rechtzeitig bemerkt und mit blutigen Köpfen mußten die Kosaken sich wieder zurückziehen. Mittlerweile hatten stärkere russische Kräfte versucht, sich näher an die k. u. k. Stellung heranzuschieben. Von den gegenüberliegenden Hängen waren sie ins Tal heruntergekommen und hatten begonnen, die Höhen der Verteidiger zu besteigen, um von hier aus wirkungsvoller kämpfen zu können."

Besonders heftig wurde um den Besitz des Berges Capul gerungen. Davon erzählt Julius Weber im „Neuen Wiener Tagblatt" (24. IX. 16) höchst anschaulich: „Am 6. Juli

begannen die Russen mit einer ganzen Serie von Stürmen gegen den Bergriesen. Ihre Stellungen befanden sich damals nördlich und nordwestlich des Capul, der sie überragte. Zwischen dem Capul und der von den Russen beherrschten Höhe liegen tiefe, schmale Schluchten. Sie mußten unsere Stellungen auf dem Capul zunächst durch Artillerie gründlich erschüttern, um dann in rascher Folge unsere Höhe zu erstürmen. Das versuchten sie auch. Dabei verfuhren sie in der Weise, daß sie in der Nacht ihre Geschütze in Stellung brachten und die Infanterie im Tale sammelten. Bei Morgengrauen setzten sie mit der Artillerie ein, und wenn die dichten Wolken sich ein wenig lichteten, sah man die Russen aus den Schluchten in dichten, geschlossenen Scharen die eine Seite der Anhöhe stürmen. Jetzt traten unsere Maschinengewehre in Tätigkeit. Es war ein furchtbares Mähen. So ging es einige Tage nacheinander. An einem Morgen waren alle Bergkuppen und Grate von dichten Nebelschleiern verhüllt. Jetzt glaubten die Russen, unsere Leute überraschen zu können. An diesem Morgen schwieg die russische Artillerie. Kein Schuß fiel. Aber dafür benutzten die Russen den Schutz der dichten Nebel, schlichen, langsam kriechend, auf eine vorgelagerte Höhe und stürmten unter betäubendem Lärm gegen die Unsrigen. Auf dem halben Wege trafen sie sich. Niemand wußte, wie stark der Gegner sei. Und beide waren in diesem Moment von dem einen Gedanken beseelt: vielleicht sind ihrer nur wenige und wir überrennen sie. Man verstellte sich nun gegenseitig den Weg. Und Mann gegen Mann führte den Stahl und es wütete ein Kampf mit tiefster Erbitterung. Jedes Stückchen Scholle wurde ein Stück vom eigenen Ich. „Er darf nicht herüber!" schrie der Unsere, „Ich muß hinüber!" der Russe. Es war eine kritische Situation. Während so die ersten Reihen miteinander rangen, nahm unsere Artillerie die heranrückenden feindlichen Reserven unter Sperrfeuer. Das Schlachtfeld widerhallte vom Kampfgetöse, das Stunden anhielt. Allmählich wurde es ruhiger und ruhiger. Der Feind war überwältigt. Die weiteren feindlichen Sturmkolonnen fluteten zurück. Die Russen kamen nicht auf den Capul."

„Diese Annäherungsversuche, die eine stete Gefahr bedeuteten, mußten abgewiesen werden," fährt der Bericht der „Frankfurter Zeitung" fort. „Infolgedessen unternahmen die österreichisch-ungarischen Truppen am 7. Juli 1916 einen nächtlichen Vorstoß gegen die feindlichen Stellungen auf der ganzen Front von der rumänischen bis zur ungarischen Grenze. Die Russen, die schwere Verluste erlitten, mußten sich ins Moldawatal bis auf die Hänge der linken Talseite zurückziehen. Von Kirlibaba wurden die Russen so bis zur Ortschaft Moldawa-Sulitza und weiter bis gegen Iswor zurückgetrieben. Auch die Berge der Ortschaft Breaza und Fundul-Moldowi mußte der Feind räumen. Das ganze obere Moldawatal war so in einem einzigen Vorstoß vom Feinde gesäubert worden. Die Verluste der Russen waren schwer, da diesmal auch stärkere Truppenverbände auf beiden Seiten beteiligt waren. Wohl zogen die Russen neue Verstärkungen heran, erreichten damit aber nur, daß sie mit Mühe ihre Stellungen am Eingang des oberen Moldawatales behaupten konnten."

Von der Gegenoffensive des Generals v. Linsingen in Wolhynien

„Die erbitterte Schlacht im Einbruchsraume von Luck bot", wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (29. VI. 16) vom militärischen Npr-Mitarbeiter geschrieben wurde, „nach dem Einsetzen der erfolgreichen Gegenoffensive des Generals v. Linsingen das lehrreiche Bild eines nicht zum völligen Ende gelangten Durchbruchsversuchs der Russen und einer dadurch gleichzeitig bedingten Einschnürung der feindlichen Einbruchsarmeen von drei Fronten aus. Bildete der Raum von Luck und Dubno für die Dauer des Fortschreitens des russischen Angriffs einen starken, ständig weiter vorgetriebenen Keil, so verwandelte sich dies Bild nach dem Gegenstoße der deutschen Truppen alsbald zu

dem einer ausgesprochenen Sackstellung. Das ganze Einbruchsgebiet wurde von Süden, Westen und Norden her von v. Linsingen bedroht und die russische Heeresleitung demzufolge gezwungen, ständig große Reserven an die bedrohten Stellen zu werfen, um einerseits wenigstens Teile des gewonnenen Geländes noch zu halten, andererseits die Gefahr einer Abquetschung ihrer dort kämpfenden Truppen abzuwenden.

Die Front verlief im Kampfraum des Styr, im Norden von Czartorysk längs des Flusses über Kolki bis in die Gegend von Sokul, ging dann nach Westen bis etwa zu den Ortschaften Kisielin und Zaturze, dann nach Süden bis ungefähr Gorochow, um dann in südöstlicher Richtung bis in die Gegend von Radziwillow und Krzemieniec zurückzubiegen und hier die alte Front zu treffen. Der Verlauf dieser Linie zeigt deutlich die mißlungenen Pläne des Generals Brussilow. Seine Operationsbasis bildete zunächst der wichtige Verkehrsknotenpunkt Rowno; von hier aus setzte er seine Armeen in drei Gruppen längs der Eisenbahnlinien an: im Nordwesten auf Kolki, im Westen auf Luck, im Südwesten auf Dubno. In gleicher Richtung lagen dann seine weiteren Ziele: der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kowel, die Stadt Wladimir-Wolynskij und das wichtige Brody. Er erreichte keinen dieser drei Punkte und mußte vielmehr bald einsehen, daß General v. Linsingen mit steigendem Erfolg seinen Gegenstoß auf diese wichtigen Etappenpunkte wirksam stützen und infolgedessen alle Vorteile einer besseren Nachschublinie für sich in Anspruch nehmen konnte.“ (Vgl. die Uebersichtskarte in Band II, vor S. 1.)

Die Entwicklung, die zu den schweren Kämpfen an diesem Frontteil führte, vollzog sich nach zusammenfassenden Berichten des Kriegsberichterstatters Rolf Brandt in der „Täglichen Rundschau“ und anderen Blättern mit großer Schnelligkeit. „Nach dem Zurückdrücken der österreichisch-ungarischen Truppen galt es zunächst, den russischen Truppen, die mit zunehmendem Sieg auch an Selbstbewußtsein zunahmen, einen Riegel vorzuschieben. Die deutschen Kräfte wurden deshalb in dünnen Linien vorwärtsgeworfen und die fechtend zurückgehenden österreichisch-ungarischen Nachhuten von den deutschen Truppen aufgenommen. Die Operation des Durchschiebens und die anschließenden Marschoperationen wurden von den österreichisch-ungarischen Verbänden in großer Ordnung und Schnelligkeit durchgeführt. Die Linie Makowicze—Lezachow wurde so in kurzer Zeit mit den ersten Gefechtsstaffeln erreicht. Das auf den Abschnitt folgende Waldgelände konnte ohne wesentliche Kämpfe schnell durchstoßen werden, da die Russen nur Kavalleriemassen in westlicher Richtung vorgeworfen hatten. Ihre Hauptkräfte waren nach Nordnordwest angesetzt, um den Styrabschnitt, den sie frontal bei Kolki vergeblich einzudrücken suchten, von Süden zu umfassen. So kam es, daß die deutschen Vorhuten zunächst nur auf Kosakenpatrouillen und dann auf Kavallerieabteilungen stießen. Die Russen waren überrascht genug, als sie plötzlich auf Pickelhauben trafen. Diese in einer gewissen Unentschlossenheit sich äußernde Ueberraschung mußte ausgenutzt werden. In Gewaltmärschen wurde die deutsche Infanterie herangezogen und mit größter Entschiedenheit nach vorwärts gedrückt. Die erste russische Infanterie, mit der man zusammentraf, war eine Radfahrabteilung, die aufgerieben wurde. Die Vorhuten erbeuteten dabei hundert Fahrräder, die die Russen auf den von dem plötzlich einsetzenden Regen ungangbar gemachten Wegen nicht zurückbringen konnten. Zwölf Mann wurden gefangen genommen. Sie waren ausgezeichnet mit neuen Sachen eingekleidet; bezeichnend ist, daß die amerikanischen Lieferanten scheinbar den russischen Mützenschnitt nicht recht getroffen hatten und eine merkwürdige, gar nicht „echt russische“ Kopfbedeckung geliefert hatten.“

Bald kam man auf die russischen Vorstellungen, die in heftigen Gefechten genommen wurden. Russische Gegenstöße wurden täglich abgewiesen. Auch Höhe 232 hatten die Russen zu verteidigen gesucht, ihre Hauptanstrengung aber auf die starke Höhenstellung zwischen Twerdyn und Kisielin gewandt. Um den Schlüsselpunkt ihrer Frontstellung

Woronczyn—Cholopicze zu gewinnen, „mußte", so berichtete Hans Kyser der „Vossischen Zeitung" (24.VI.16), „zunächst in einem frontalen Durchstoß das Vorwerk Leonowka auf Höhe 216 und die dahinterliegende Höhe 229 genommen werden. Nachdem bereits am 18. Juni die stark verschanzten russischen Stellungen zweimal unter kräftigem Artilleriefeuer gehalten waren, wurde am 19. Juni der Sturm auf das Vorwerk angesetzt. Das Gelände setzte dem Angreifer die größten Schwierigkeiten entgegen, da sich zwischen den deutschen und feindlichen Stellungen ein Sumpf hinzog, der nur ein zickzackartiges Vorgehen gestattete. Die deutschen Schützenlinien hatten sich schon am Tage vorher bis auf etwa 400 Meter an die feindlichen Verschanzungen herangearbeitet. Um 6 Uhr morgens begann das Wirkungsschießen der Artillerie, das sich von Stunde zu Stunde steigerte, ohne daß die Russen selbst einen ernsthaften Versuch machten, die deutschen Batterien zum Schweigen zu bringen. Sie schienen sich mehr auf ihre in großer Anzahl eingebauten Maschinengewehre zu verlassen, die das vorzüglich geleitete deutsche Artilleriefeuer langsam niederkämpfte, während die deutschen Schützenlinien, weit auseinanderschwärmend, das Vorwerk von beiden Seiten zu umfassen versuchten. Aber nur der linke Flügel des eingesetzten Regiments kam zunächst zu einer für die Russen bedrohlichen Entfaltung. Punkt 9 Uhr legte die deutsche Artillerie Sperrfeuer hinter die russischen Gräben. Von einem Beobachtungsstand eines Fußartillerie-Regiments war ich Zeuge des nun ansetzenden, unaufhaltsamen Sturmes. Durch ein breites, leuchtend rotes Mohnfeld brach nun auch der rechte Flügel vor, und um 10.45 Uhr war mit doppelter Flankierung das Vorwerk genommen, das die Russen alsbald in Brand schossen. Mit bewundernswürdiger Tapferkeit trug das dort kämpfende Regiment den Angriff sofort weiter vor und arbeitete sich die Höhe 229 hinauf. Fast schien dieser beherrschende Punkt genommen zu sein, da setzte unvermutet aus dem südlich vorgelagerten Walde ein russischer Gegenangriff ein, der, von kräftigem Schrapnellfeuer unterstützt, die Unsrigen zwang, sich auf die bisher gewonnene Stellung zu beschränken, bis die aus dem Dorfe Twerdyn heranrückenden Reserven in erneutem Ansturm die Russen von der Höhe hinunterwarfen. Sofort stieß der rechte deutsche Fliegel weiter bis nach Kisielin durch, das sich nur als eine ungeheuere Brandwolke am südöstlichen Horizonte zeigte."

Gleichzeitig mit dem Sturm auf Höhe 229, die das Städtchen Kisielin deckte, gingen weiter nördlich Kräfte vor und erzwangen die Enge Woronczyn. Wie Rolf Brandt in seinen Schilderungen weiter erzählte, „deckten Maschinengewehre das Defilee, das schließlich von Norden umfaßt und so geöffnet wurde. Die Kämpfe waren schwer. Auch im Süden arbeiteten sich die Truppen in anstrengenden, nicht leichten Waldgefechten vorwärts. Am 19. Juni wurde schließlich der Wald von Zapust durchstoßen und die langgestreckte Dorfstraße der Kolonie Zurawiec, genau südlich Kieselin, erreicht. Ein sehr heftiger russischer Gegenstoß wurde hier eingesetzt, um der Umklammerung der Hauptstellung von hier aus Luft zu machen. Einzelne Gruppen kamen durch. Deutsche Reserven griffen ein, und von den russischen Angreifern kamen kaum mehr viele zu dem schützenden Waldrand zurück.

Von Höhe 229 stießen die heldenmütigen Regimenter weiter durch das brennende Kisielin durch und gruben sich hinter Kisielin bei sinkender Nacht ein. Um 4 Uhr nachts brachten die Russen frische Truppen heran, aber deutsche Maschinengewehre brachen den Angriff, der in dichten Schwärmen, vier Glieder tief, vorgetragen wurde. Ein neuer Angriff um 5 Uhr morgens hatte das gleiche Schicksal.

Am 20. Juni nachmittags wurde Cholopicze im Bajonettkampf genommen, im Zentrum wurde die Brücke bei Zabora erreicht, nördlicher wurde am Abend der Südteil von Studynie gestürmt und in dem anschließenden Nachtgefecht auch der Nordteil den Russen entrissen. Gegenstöße aus der Richtung Janow, die mit schweren Verlusten für die Russen zurückgewiesen wurden, zermürbten die „eiserne" russische Schützendivision und

die anschließenden Truppen schließlich so, daß eine neue russische Division in den Kampfraum geworfen werden mußte. Während bisher die russischen Stellungen ohne Hindernis feldmäßig ausgebaut waren, wurden vor der nächsten russischen Stellung bei den Höhen von Zubilno, sofort Drahthindernisse angelegt. Der Uebergang in die Verteidigung, der sich in diesem Kampfraum schon längst vollzogen hatte, war damit auch äußerlich von den Russen festgelegt worden."

Während so hier die deutschen Divisionen bis zur Linie Zubilno—Lipinow vorrückten, wurde gleichzeitig zu beiden Seiten, vor allem aber nördlich der Bahn Kowel—Sarny gekämpft. Hier ging es um den Stochod-Brückenkopf Swidniki, den die Russen vorübergehend eingenommen hatten und der in das Gefüge der deutschen Stochod-Linie gehörte. Darüber und über die Entwicklung der Kämpfe im Juli berichtete Rolf Brandt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (1. VIII. 16) folgendes:

„Nach der Einnahme von Luck gingen die Russen nicht nur nach Westen, sondern gleichzeitig auch nach Nordwesten langsam vor. Am 8. Juni mußte der Brückenkopf von Rozyszcze bei drohender Umfassung aufgegeben werden; damit hatten die russischen Vorhuten den Styr überschritten, die blutigen Kämpfe zwischen Stochod und Styr setzten ein. Die Linie Pozarki—Kozin zeigte sich zur Aufnahme kräftigen Widerstandes schnell als nicht geeignet. Russische Panzerautomobile gingen auf der Straße Luck—Kowel vor.

Rechts und links der Straße dehnt sich Sumpfgelände, in dem niedrige Erlen- und Weidengebüsche stehen. Man beschließt, auf der Sandinsel Swidniki energischen Widerstand zu leisten; daß die Brücken über den östlicheren Stochodarm dabei schwer zu halten wären, tritt klar zutage. Nur zögernd folgen die Russen, erst am Nachmittag des 14. Juni zieht russische Kavallerie in Perespa ein, gegen Abend erfolgen dann die ersten schweren Angriffe gegen die neue Stellung, die sich am 15. Juni mit großer Wucht gegen Swidniki fortsetzen; die Eisenbahnbrücke und der Brückenkopf Swidniki müssen aufgegeben werden. Weiter südlich schritt der deutsche Angriff aber vorwärts, am 16. Juni wird Babie erreicht. Nördlich der Bahn beginnt der Angriff der Westfalen gegen Liniewka, das wie eine Insel aus dem Stochodsumpf hervorragt. Einzelne Leute arbeiten sich kühn durch den Sumpf vor, aber sie kommen unter dem russischen Maschinengewehrfeuer nicht weiter; dreißig Mann dringen schließlich durch und setzen sich am Dorfrande fest unter dem Hagel des starken russischen Feuers.

Am gleichen Tage setzt der russische Gegenstoß gegen Bohuszowka (noch südöstlich Swidniki) und gegen Swidniki selbst mit außerordentlicher Stärke ein. Das blutige Ringen geht durch den ganzen Tag. Die trockenen Stundenangaben sprechen: um vier Uhr ist der Nordrand, im wahnwitzigen Feuer liegend, noch in der Hand von ein paar Kompanien, um fünf Uhr sind die russischen Kolonnen, die ungeheure Verluste erleiden, mit Einsatz immer neuer Reserven, bis zum Südrand vorgedrungen. Das Geschützfeuer wächst noch immer. Um 5.15 Uhr wird der Südrand von Swidniki geräumt, eine halbe Stunde später ist auch der letzte Teil des Dorfes nicht mehr zu halten. Kein Haus steht mehr, die Brände überschlagen die Dorfstraße wie ein dunkelrotes Dach.

Gegen Abend setzt ein heftiges Gewitter ein, die Flammen verlöschen im starken Regen, wie die russische Angriffslust nach der Einnahme gelöscht ist. Sie kommen auf der Straße, an die sich der Sumpf hinter Swidniki dicht anschließt, nicht einen Schritt weiter nach diesem Tage. Aber auch der deutsche Gegenangriff gegen Swidniki geht nur langsam und schwer vorwärts. Am 18. Juni wird der Südrand des Dorfes wieder erreicht, südwestlich der Bahn gehen Westfalen über Nowy-Mosor gegen die Bahnbrücken und die Chaussee vor, nordöstlich gewinnen süddeutsche Truppen in harten Sumpfkämpfen Raum, nehmen Mylsk und drücken gegen Helenowka vor, sind also schon beinahe östlich von Liniewka, das, eine Festung im Sumpf, sich noch immer hartnäckig verteidigt.

Die russischen Verluste in diesen Tagen übersteigen bald jedes Maß, ganze Kompanien werden durch den Sumpf vorgetrieben, kommen bis zu dem Hals in das Sumpfwasser und verkommen elend, weit vor dem Angriffsziel. Man hört das entsetzliche Schreien ganze Nächte lang, aber niemand kann helfen. Nachdem man sich gegen Liniewka tagelang herangearbeitet hat, wird am 27. Juni um fünf Uhr nachmittags der Hauptsturm angesetzt. Diesmal gelingt es den Westfalen, nachdem die Artillerie eine Stunde gewirkt hat, in schnellem Sturmlauf den Dorfrand zu erreichen. Die Russen warfen daraufhin Verstärkungen nach Liniewka hinein, aber um sieben Uhr nehmen Sachsen und Westfalen die Flankenstellung Kap (südwestlich Liniewka), und vor dem letzten Sturmangriff fliehen die Russen, die die Bajonette spüren. Um 8.20 Uhr ist ganz Liniewka fest in deutscher Hand. Die Sibirier, die sich tapfer geschlagen haben, sind völlig aufgerieben, die Reste zweier Regimenter müssen die Russen hinter der Front zu einer schwachen neuen Formation zusammenlegen.

Von Liniewka aus wird nun gegen die Straße nach Luck vorgedrückt. Am 2. Juli wird von Süden her näher herangegangen, und am 3. Juli erreichen die Westfalen, von ihrem Obersten Höfer persönlich ins Gefecht geführt, die Straße von Liniewka, über Emilin durchstoßend. Es ist ein Ehrentag des Regiments. Oberst Höfer erhält dafür den Orden „Pour le mérite". Die russische Infanterie flutet nachmittags in dichten Kolonnen aus dem Brückenkopf Swidniki zurück, als der Flankenstoß von Nordosten ihre Rückzugslinie bedroht; in die flüchtenden Massen schlagen die deutschen Granaten. Am 4. Juli ist die russische Hauptstellung bei Swidniki in deutschem Besitz. Sie wird ausgebaut und hat in den nächsten Tagen außer russischen Feuerüberfällen keine Angriffe mehr auszuhalten.

Inzwischen sind österreichisch-ungarische Truppen bei Kolki dem russischen Druck gewichen. Es wird deshalb befohlen, in der Nacht vom 8. zum 9. Juli in die vorbereitete Stochod-Linie zurückzugehen. Alles, was nördlich und südlich der Bahn außerhalb dieser Linie steht, schwenkt deshalb in dieser Nacht unbemerkt und ungestört vom Feinde in die Stochod-Linie zurück. Starke zurückbleibende Patrouillen reiben die erst am Mittag des 9. Juli vorfühlenden Kavalleriepatrouillen der Russen völlig auf und gehen dann planmäßig vor stärkeren Massen auf die Hauptlinie zurück. Nicht ein Mann, keine Patrone fällt den Russen in die Hände. Der Brückenkopf Swidniki, der ja zur Stochod-Linie gehört, wird natürlich gehalten, so daß hier die Stellung, die sich sonst an die Sandinseln westlich des Stochod anlehnt, mit scharfer Nase vorspringt.

Gegen die Brückenkopfstellung beginnen die Russen nun, im Zusammenhang ihres Anrennens — und plötzlichen Erkennens — der starken Stochod-Linie am 10. Juli heftige Angriffe, die am 11. Juli mit starker Artilleriewirkung wiederholt werden. Im Morgengrauen und dann bis Sonnenaufgang gehen die russischen Sturmkolonnen längs der Straße und durch den Sumpf vor. Wieder versinken ganze Schwarmlinien in den inzwischen völlig unpassierbar gewordenen Sümpfen, wieder hört man das Jammern und Stöhnen der langsam Verlöschenden. Die gerade, blanke Straße nach Luck ist übersät von russischen Leichen. Eine sächsische Unteroffizierpatrouille von drei Mann, die sich im Sumpf vorarbeitet, nimmt an diesem Tage fünfzig Russen gefangen. Die Ueberläufer, die im Sumpf abgeschnitten sind und sich ergeben, mehren sich. Man schickt täglich Patrouillen aus, um die armen Teufel im Sumpf zu retten, aber der hungrige Sumpf wird nun den eigenen Leuten gefährlich, so daß man bald jede Hilfe aufgeben muß.

Seit dem 11. Juli 1916 herrscht dann Ruhe an der Front. Zuweilen zertrümmerten die russischen Granaten die Ziegelreste des ehemaligen Dorfes in noch kleinere Stücke, zuweilen fraßen sich die Eisenstücke in die reifen Mohnbeete und in die Kartoffeläcker; aber es hatte doch schon den Schein des Stellungskrieges, dieses unregelmäßige Hämmern da bei Swidniki. Und hinter der festen Front reifte überall die wolhynische Ernte."



Oberst Hoefer



Phot. R. Sennecke, Berlin

Artillerie-Beobachtungsunterstand an der Front der Verbündeten in Wolhynien



Phot. R. Sennecke, Berlin

Das brennende Swidniki an der wolhynischen Front



Phot. R. Sennecke, Berlin

Gefangene Russen auf einer Straße in Wolhynien



Phot. Berliner-Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Russische Truppen ergeben sich



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Sanitäts-Unterstand einer deutschen Sanitätskompanie in Girbinenta bei Lida



Phot. E. Benninghoven, Berlin

Deutsche Truppen an einer Goulasch-Kanone in dem zerschossenen Ort Kulikow



Phot. Ed. Frankl, Berlin

In Galizien gefangen genommene Russen müssen ihre eigenen Geschütze abtransportieren

Das K. K. Landwehrinfanterieregiment Nr. 13 bei Werben am 20. Juli 1916

Aus dem „K. u. K. Kriegspressequartier“ wurde am 27. Juli 1916 berichtet: „Es ist hinlänglich bekannt, daß die offiziellen russischen Tagesberichte seit geraumer Zeit derart von Uebertreibungen und Unwahrheiten strotzen, daß ihre regelmäßige Widerlegung in der Ueberzeugung aufgegeben werden mußte, daß nichts die Russen hindern würde, ihre Erfolge auch weiterhin mit Tinte und Feder nach Belieben zu vervielfältigen. Wenn dennoch im folgenden auf den russischen Generalstabsbericht vom 22. Juli 1916 (vgl. S. 211) zurückgekommen wird, so geschieht das nur, um den Ruf eines braven Regiments zu verteidigen, der durch eine unwiderlegte Darstellung vor aller Welt leiden müßte.

Der erwähnte russische Generalstabsbericht behauptet, daß sich das k. k. Landwehrinfanterieregiment Nr. 13 nach Umzingelung in seiner Gänze ergeben hätte. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß sich das bewährte Regiment auch im Kampfe bei Werben wie immer aufs tapferste geschlagen hat. Es befand sich dort am 20. Juli 1916 auf einer vom Styr fast kreisförmig umschlossenen Landzunge in Stellung, als es von Werben her in Front angegriffen wurde. Obwohl der Feind hier zwanzig Glieder tief zum Stoß angesetzt hatte, wurden seine Massen unter riesigen Verlusten abgewiesen. Hingegen gelang es russischen Abteilungen, durch hohes Getreide begünstigt, an den Flügeln des Regiments überraschend durchzubrechen und gegen den Rücken der vor Werben schwer kämpfenden Front einzuschwenken, wo es zu erbitterten Nahkämpfen mit Bajonett und Handgranaten kam, in die alle verfügbaren Kräfte des Regiments eingriffen. Inzwischen war etwa eine feindliche Halbkompanie mit einem Maschinengewehr auch gegen das Regimentskommando vorgedrungen und wurde von der Pionierabteilung, den Telephonisten und Meldemännern unter Führung der Offiziere des Regimentsstabes angegriffen und gefangen, das Maschinengewehr erbeutet. Neue russische Massen, die sich durch die im harten Ringen entstandenen Lücken der Regimentsfront ergossen und gegen die der Angriff geführt wurde, zwangen schließlich das Regiment zum Rückzuge. Es hatte das Menschenmöglichste geleistet. Sein tapferer Kommandant Oberstleutnant Dokoupil fand an der Spitze seines Stabes im Handgemenge den Heldentod. Wenn auch das Landwehrinfanterieregiment Nr. 13 schwere Verluste erlitten hat und Teile nach tapferster Gegenwehr in Gefangenschaft gerieten, seine Waffenehre, besiegelt durch den Tod seines Kommandanten, ist unbefleckt. Es mag dies dem Regiment und seiner Heimat Trost bieten für das Mißgeschick, von dem sie betroffen wurden.“

Aus den Kämpfen um Baranowitschi

Bericht aus dem deutschen Großen Hauptquartier vom 13. und 14. September 1916

Anfang Juni 1916 hatte die russische Heeresleitung das Gewicht ihrer Heeresmassen in Bewegung gesetzt zu der einheitlich geplanten, groß angelegten Offensive mit den strategischen Zielen Baranowitschi—Kowel—Lemberg. Während der Gang der Ereignisse den operativen Schwerpunkt über die Gegend von Luck zunächst auf den Durchbruchspunkt Kowel verlegte, ohne das politisch wichtige Ziel Lemberg aus dem Auge zu lassen, entwickelten sich auch an der Schtschara- und Serwetsch-Front erbitterte Kämpfe, deren nächstes Ziel der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Baranowitschi war.

Die zunächst fortschreitende russische Offensive über Luck schlug nach dem Einsetzen stärkerer deutscher Kräfte ein langsameres Tempo an und kam dann zum Stillstand. Um diesen Zeitpunkt mag vielleicht für die russische Heeresleitung das ursprüngliche Ziel Baranowitschi einem weiter gelegenen Ziel gewichen sein: — etwa dem Gedanken eines strategischen Durchbruchs über Baranowitschi in Richtung Brest-Litowsk gegen den Rücken

der Heeresgruppe von Linsingen. Unter dieser oder einer ähnlichen Annahme wäre die maßlose Erbitterung der russischen Angriffe am Schtschara- und Serwetsch-Ufer, wäre der Einsatz so ungeheurer Opfer gegen Baranowitschi leichter erklärlich.

Brandenburger, Posener und schlesische Truppen, sowie österreichisch-ungarische Verbände halten unter Generaloberst von Woyrsch die Wacht am Schtschara und Serwetsch. Die Stellungen folgen im allgemeinen dem Laufe des Oginskikanals, erreichen beim Wygonowskoje-See die Schtschara, durchqueren das Gelände östlich Baranowitschi—Gorodischtsche und ziehen sich dann auf dem linken Serwetsch-Ufer nach Norden hin (vgl. die Karten XIV, XV u. XVI in Band XII, S. 273, 275 u. 277). Etwa Mitte Juni setzte hier die russische Führung den ersten großen Angriff im strategischen Zusammenhang mit den Operationen im Gelände Luck—Kowel an.

Die Vorboten jeder großen Offensive trafen ein: „Baranowitschi soll genommen werden" — sagten Ueberläufer. Gefangene des Grenadierkorps erzählten auch von einem Armeebefehl des Zaren, der den Kampf Rußlands bis zum letzten Mann und die Eroberung Warschaus ankündigte. Am 13. Juni bricht das Unwetter los. Starkes Artilleriefeuer setzt ein gegen unsere Stellungen im Gelände von Stolowitschi und dehnt sich bald in nördlicher Richtung auf die österreichisch-ungarischen Gräben aus. Bald liegt der ganze Abschnitt Sagorje (östlich Stolowitschi)—Skrobowa (östlich Gorodischtsche) unter heftigem Artilleriefeuer, dem Sturmboten des Infanterieangriffs.

Ueberläufer behaupten, der Feind wolle noch an demselben Tage angreifen, zwei Korps seien dicht hinter die Front herangezogen. Rasendes Artilleriefeuer scheint ihre Aussagen zu bestätigen. Auf unsere Gräben westlich Wlassy allein wirft der Gegner 12000 Schuß. Nach etwa zwölfstündiger Artillerievorbereitung bricht der Angreifer gegen Abend in mehreren Wellen über die Linie Kraschin—Woikowitschi vor. Siebenmal treibt er seine Sturmwellen gegen die teilweise erheblich beschädigten Gräben vergeblich an. Weder das zwölfstündige Trommelfeuer, noch siebenmaliger Angriff, noch seine Begleitung durch belgische Panzerautomobile erschüttern das Selbstvertrauen des Verteidigers. Aus den zerschossenen Gräben werden die sieben Sturmangriffe restlos abgeschlagen. Der deutschen Artillerie und den westlich des Koldytschewo-Sees stehenden österreichisch-ungarischen Batterien gebührt die Anerkennung entscheidender Mitwirkung bei der Abwehr der Angriffe. In die unter schwersten Verlusten zurückflutenden Grenadiere der russischen 1. und 2. Grenadierdivision feuert die russische Artillerie ihr Strafgericht. Die Einnahme von Baranowitschi ist mißglückt.

Im Morgengrauen versucht der Russe sein Glück noch einmal. Sein Vorgehen beiderseits der Bahn Kraschin—Baranowitschi sowie bei Wygoda und Zirin gegen die Stellungen unserer Verbündeten bleibt erfolglos. Die russische Artillerie mag am 13. und 14. Juni gegen den ganzen Angriffsabschnitt etwa 30000 Schuß verfeuert haben. Sie beschädigte unsere Gräben, sie zerstörte die mühsame Arbeit vieler Monate — sie beugte aber nicht den Geist der Truppe —, das beweisen etwa 6000 Tote und Verwundete, die der zurückweichende Angreifer nach sieben vergeblichen Sturmversuchen liegen lassen mußte. Ueberläufer gaben einige Tage später die Verluste des Grenadierkorps auf 8000 bis 10000 Mann an. Den Grenadieren war der Angriffsbefehl erst am Morgen des 13. Juni bekanntgegeben worden. In gedrückter Stimmung hatte ihn die Truppe aufgenommen. Sie wußte, was ihr bevorstand. Sie hatte Erfahrung gesammelt in russischer Angriffsmethode und deutschem Verteidigungsfeuer.

Der völlige Zusammenbruch des Grenadierkorps hatte seine eindrucksvolle Wirkung auf die russische Führung wohl nicht verfehlt. Jedenfalls wurde ein für den 14. Juni geplanter nochmaliger Massenangriff durch Gegenbefehl zunächst aufgehoben. Einige Tage verhältnismäßiger Ruhe traten ein.

Der Russe traf Vorbereitungen zum zweiten großen Angriff und gruppierte seine Kräfte um. Bald wurden seine Absichten erkennbar: zwei starke Stoßtruppen sollen über Skrobowa unsere Verbündeten und über Linie Darowo—Labusy die schlesische Landwehr durchbrechen mit dem allgemeinen Angriffsziel Baranowitschi. General Lesch, der Oberkommandierende der 3. Armee, erwartet bestimmt, daß besonders die ausgeruhten Truppen des IX. und des XXV. Armeekorps die blutige Scharte des Grenadierkorps auswetzen und die Oesterreicher über den Haufen rennen werden. Außer dem aufgefüllten Grenadierkorps verfügt die russische Führung noch über das XXXV., X., III. kaukasische, III. sibirische Korps, die 81. Infanteriedivision und die 11. sibirische Schützendivision. Mit heftigem Feuer gegen die Gräben nördlich des Koldytschewo-Sees und gegen den Abschnitt des Landwehrkorps wird am 2. Juli um 4 Uhr vormittags der zweite große Angriff auf Baranowitschi eingeleitet.

Um 8 Uhr vormittags liegen diese Stellungen unter Trommelfeuer. Gegen die Front Saoßje—Kartschewa hageln sogar Geschosse von 28 cm-Kaliber. Zahlreiche Brückenstege hat der Feind während der Nacht über Schtschara und Serwetsch geschlagen; auch gegen die an den rechten Flügel des Landwehrkorps anschließenden Stellungen ist ein überfallartiger Angriff über den dortigen Flußabschnitt vorbereitet.

In der Morgendämmerung des 3. Juli beginnt der Hauptangriff gegen die Front des Landwehrkorps und die österreichischen Stellungen nördlich des Koldytschewo-Sees. Die Tage vom 3. bis 9. Juli bilden eine Kampfwoche von unerhörter Heftigkeit in heißem und blutigem Ringen der zweiten Schlacht von Baranowitschi.

Angriffe des Grenadierkorps und der 81. Division brechen im ruhigen Feuer der auf ihren zerschossenen Gräben stehenden schlesischen Landwehr blutig zusammen. Schnelle und rücksichtslos geführte Gegenangriffe werfen den hier und dort durch die zerstörten Hindernisse eingedrungenen Gegner hinaus. In einem solchen Gegenstoß bei Darowo nehmen die schlesischen Landwehrleute neun Offiziere und 700 Mann gefangen. Am folgenden Tage wurden drei in starker Tiefengliederung angesetzte Angriffe bereits im Sperrfeuer abgewiesen (vgl. die Karte XIV in Band XII, S. 273).

Weiter nördlich war es dem Angreifer gelungen, bei Skrobowa und Kartschewa in die durch das Trommelfeuer schwerster Kaliber eingeebneten Stellungen unserer Verbündeten zu stoßen. Deutsche Reserven entrissen in kühnem Gegenstoß dem Angreifer die Stellungen bei Kartschewa und machten hierbei 1600 Gefangene. Ein Gegenangriff auf dem linken Flügel bei Skrobowa blieb ohne Erfolg.

Der 5. Juli brachte erneute starke und dichte Massenangriffe auf der Front zwischen Labusy und Zirin. Wieder schlägt die Landwehr, schlagen tapfere Posener und Brandenburger alle Sturmangriffe ab. Nur bei Darowo bricht der Gegner erneut ein und wird nochmals hinausgeworfen. Deutsche Reserven haben inzwischen die österreichischen Verbände verstärkt und weisen im gemeinsamen Kampf die gegen Mittag mit erneuter Wut einsetzenden Angriffe zurück.

Die folgenden Tage zeigen ein dauerndes An- und Abschwellen erbitterter Kampfhandlungen. Vorübergehende örtliche Erfolge werden dem Gegner durch frischen Gegenstoß und blutigen Handgranatenkampf sogleich entrissen. Nur in den zerschossenen Gräben bei Skrobowa vermag sich der Russe zu halten.

Einen Höhepunkt der Kämpfe zeigt der 8. Juli. Um 3 Uhr vormittags greift eine sibirische Schützendivision bei Darowo überfallartig an. Die dreimaligen, ohne besondere Artillerievorbereitung vorgetriebenen Angriffe brechen zusammen. Das während der Angriffe auf unsere Stellungen abgegebene Feuer mit etwa 7400 Schuß, darunter 2000 schwerer Kaliber, erzielt 3 Verwundete. Gleichzeitig stürmt die 2. Grenadierdivision in dichten Angriffswellen wiederholt nördlich Darowo. Von 2 Uhr vormittags ab zer-

splittern zahlreiche tiefgegliederte Angriffe zwischen Wygoda und Zirin gegen unsere seit zwei Tagen unter heftigstem Artilleriefeuer in zerschossenen Gräben, hinter zerstörten Hindernissen stehenden Truppen. In die zurückflutenden Massen des Angreifers feuert unsere Artillerie. Grauenhaft räumt das Feuer einer 21-cm-Mörser-Batterie auf unter den fliehenden Angriffswellen. Die 11. sibirische Schützendivision läßt etwa 70 Prozent ihres Bestandes im Angriffsfelde liegen.

Am 9. Juli flauen die Kämpfe ab. Die zweite Schlacht von Baranowitschi neigt sich dem Ende zu. Geringen Geländegewinn bei Skrobowa als einzigen Erfolg bezahlte der mit mehr als doppelter Uebermacht angreifende Feind mit unermeßlichen Verlusten. Die schlesische Landwehr, Posener und Brandenburger halten mit den Verbündeten die Schtschara- und Serwetschstellungen und Baranowitschi.

Am 14. Juli wird ein Gegenangriff auf die von den Russen gehaltenen Gräben bei Skrobowa angesetzt. Von 5 Uhr nachmittags ab arbeiten sich brandenburgische Reserveregimenter in schwerem Kampf heran. Dem linken Flügel gelingt es, in die früher österreichischen Stellungen einzubrechen und sich dort festzusetzen. Dabei werden 11 Offiziere, 1500 Russen gefangen und 13 Maschinengewehre erbeutet.

Die schweren Verluste in der zweiten Schlacht bei Baranowitschi zwangen den Angreifer in den kommenden Tagen zur Ruhe, zur Auffüllung seiner zusammengeschossenen Divisionen und zur Neugruppierung seiner Kräfte. Die Armeeabteilung Woyrsch benutzte die Ruhepause zum Ausbau der Stellungen und zur Anlage starker Riegelstellungen in Erwartung des erneuten Angriffs.

Am 25. Juli entbrennt der Kampf aufs neue. Wieder versucht der Russe den Durchbruch an jener schmalen Stelle, die ihm den bescheidenen Erfolg am 3. Juli gebracht hatte. Ein Artilleriefeuer von unerhörter Heftigkeit hämmert gegen die in den früheren Kämpfen stark mitgenommenen Stellungen. Das russische XXXV. Korps mit 55. und 67. Division, sowie die 52. Division des III. kaukasischen Korps stoßen auf einer Front von nur 3 km Breite vor. Anscheinend sicher ihres Erfolges, stürmen sie in dichten, tiefgegliederten Wellen heran. Alle Verschwendung aber an Eisen- und Menschenmassen bleibt wirkungslos gegenüber der Zähigkeit der Brandenburger: — sie halten — und sei es in dem Erdloch, das die feindliche Granate riß. Artillerie, Handgranate und Bajonett verrichten fürchterliche Arbeit, und in den späteren Abendstunden bedeckten Tausende von russischen Leichen das Angriffsfeld, von dem der Feind auch nicht einen Fußbreit gewann.

Der schweren Anstrengung folgte beim Feinde am 26. Juli die Ruhe der Erschlaffung. Nur südlich Baranowitschi griff er in den Abendstunden nach kurzer heftiger Artillerievorbereitung eine Landwehrdivision an. Das Feuer von 17 russischen Batterien ergoß sich über diesen schmalen Abschnitt. Die hier zum Stoß angesetzten sibirischen Truppen wurden nach kurzem, aber hartem Kampf unter schwersten Verlusten abgewiesen.

Der amtliche russische Bericht am 26. Juli (vgl. S. 212) behauptet zwar: „In Gegend des Flusses Schtschara wurde der Feind unter sehr großen Verlusten zurückgedrängt. Wir machten 63 Offiziere und 4000 Mann zu Gefangenen und erbeuteten fünf Geschütze, sechs Maschinengewehre, zwölf Kasten Munition und anderes Kriegsmaterial." Dieser amtliche Bericht ist Wort für Wort unwahr!

Mit einer auch beim Feinde anzuerkennenden Tapferkeit und Hartnäckigkeit wurde am 27. Juli am Skrobowabach nochmals ein gut vorbereiteter und kraftvoll angesetzter Stoß geführt. Das sich um die Mittagszeit zum Trommelfeuer steigernde Artilleriefeuer sollte der 8 Uhr 30 Minuten abends zum erstenmal vorbrechenden russischen Infanterie den Weg durch die Mauer der Brandenburger bahnen. Der Feind fand sie in unveränderter Festigkeit und Ruhe. Auch die starken, bis 6 Uhr 30 Minuten vormit-

tags dreimal wiederholten Angriffe wurden restlos abgeschlagen. Die Morgensonne des 28. Juli sah die brandenburgischen Truppen als Sieger in ihren zerschossenen Stellungen, vor denen die fürchterlichen Opfer vergeblicher Sturmversuche lagen.

Am 29. Juli erlosch mit abnehmender Angriffskraft die dritte Schlacht von Baranowitschi. In treuer Waffenbrüderschaft kämpften Brandenburger und Schlesier mit den verbündeten Truppen in drei außerordentlich blutigen Schlachten.

Kein Schritt vorwärts gegen den Durchbruchspunkt Baranowitschi. Einige hundert Meter Schützengraben bei Skrobowa: — diesen strategischen und taktischen Mißerfolg erkaufte und bezahlte der Feind mit etwa 40 000 Toten, 60 000 Verwundeten, mit fast 5500 Gefangenen und mit dem Verlust von 28 Maschinengewehren. So endete für die russische Führung die dreimalige Durchbruchsschlacht von Baranowitschi.

Russische Angriffe gegen die Armee Eichhorn

Vom 2. bis 5. Juli 1916

Erfahrungen und Feststellungen aus den früheren Kämpfen im Raume um Smorgon ließen es voraussehen, daß die Russen sich fortgesetzt weiter bemühen würden, ihre auch hier nicht günstigen Stellungen zu verbessern. Die B-Höhe bei Borowy-Mlyn, die, wenn auch keine große Erhebung, in dem weiten Flachlande ein beherrschender und militärisch bedeutsamer Punkt ist, war schon häufiger ihr Kampfziel. „Die deutsche vordere Linie legte sich", wie Wilhelm Conrad Gomoll in einem seiner Berichte an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (27. VII. 16) auf Grund eigener Anschauung meldete, „gut um die Höhe und bildete einen Vorsprung, der stark ausgebaut und befestigt wie ein Bollwerk in der deutschen Smorgonfront lag. Seit langem war beobachtet worden, daß die Russen vor ihren Gräben eine eifrige Tätigkeit entfalteten und sich bemühten, ein System von Sturmgräben und Sappen bis über ihre Drahthindernisse vorzutreiben. Dazu kamen Meldungen, daß sie hinter ihrer Front massierten und immer weitere Reserven heranführten. Alles das konnte nur Angriffsabsicht sein, und so wurden besonders tüchtige Erkundungsabteilungen gegen den Feind geschickt und durch gelegentliche Feuerüberfälle die neuen russischen Stellungen vor dem Hauptgraben durch Artillerie eingetrommelt. Ueber der Erde gebunden und ständig in Schach gehalten, griff der Feind nun zum Minieren, in der Hoffnung, so sein Ziel erreichen zu können. Dabei wurde er von seinen westlichen Verbündeten tatkräftig unterstützt. Französische Stahlhelme gehörten hier in den vorderen russischen Gräben zu dem, was häufiger zu beobachten war. Ganz fest scheint er aber dem Erfolg nicht vertraut zu haben, und vielleicht hängt damit auch die Verschiebung des angesetzten Angriffs zusammen, der nach russischen Gefangenenaussagen statt am 17. Juni deutschen Datums erst am Abend des 2. Juli 1916 zur Ausführung kam.

Aus diesen Aussagen ging weiter hervor, daß genaueste Einteilungen gegeben waren für die angreifenden Truppen, für die zum Nachstoßen und Ausweiten der Einbruchsstelle bereitgestellten Reserven, für die in den Kampf zu führenden Maschinengewehre, Minenwerfer sowie für die Aufklärungs- und Pioniertrupps. In meisterlicher Arbeit war alles durchdacht, so daß wohl mit Sicherheit als richtig angenommen werden darf, daß der mit langer Pionier- und Minierarbeit vorbereitete Angriff mehr erreichen sollte als nur die Verbesserung der russischen Stellung vor Smorgon—Borowy-Mlyn. Der Vorstoß gegen die B-Höhe sollte vielleicht der Anfang für einen Durchbruch werden, der seit langem auch hier wie am Naroczsee und in der Seenenge des Raumes von Wisznievo erstrebt wurde, um auf Wilna vorstoßen zu können und mit der Aufrollung der deutschen Front dann zur Zurückeroberung von Kowno und ganz Litauen zu schreiten. Trotz der bereitgestellten Truppenmassen — die mit dem Eingreifen der Deutschen an der Kampf-

front in Wolhynien zum Teil dorthin abgegeben werden mußten — und aller schon erteilten Anordnungen für das Festhalten der etwa eroberten Linien und für den Fall einer weiteren Vorwärtsbewegung, scheiterte der russische Angriff am energischen Widerstand der Sachsen.

Der Kampf selbst war heftig, doch nicht von langer Dauer; denn im deutschen Gegenangriff wurde der russische Vorstoß buchstäblich zerschmettert. Die Deutschen hatten schon tagelang durch ihr Artilleriefeuer die Sappenarbeiten der Russen gestört, hatten ihnen durch diese Feuerüberfälle und andere Angriffsunternehmungen empfindliche Verluste zugefügt, als diese plötzlich in stärkerem Maße aktiv zu werden begannen. Ihre Artillerie setzte am 2. Juli mit einem planmäßigen Schießen gegen die deutschen Stellungen vor Borowy-Mlyn ein, deckte den Abschnitt der B-Höhe mit einem Hagel von Granaten mittleren und schweren Kalibers zu und steigerte schließlich den Geschützangriff bis zum regelrechten Trommelfeuer, das durch viele Stunden anhielt. Aber nicht nur die Gräben wurden mit dem Eisensegen bedacht, sondern auch die rückwärtigen Verbindungen und die deutschen Batterien, wie die Annäherungsstraßen. In guten Deckungen sah man dem Angriff entgegen, wartete in erhöhter Gefechtsbereitschaft und richtete sich auf den nun kommenden Stoß ein; da kam mit dem Abend eine Ueberraschung: die Russen sprengten um 9.45 Uhr ihre gegen die deutsche Hauptgrabenstellung in monatelanger Arbeit vorgetriebenen Minenstollen. Drei gewaltige Detonationen gab es; dann stiegen vor unseren Gräben Erdberge in die Luft, Sandfontänen, die sich schwarzbraun gegen den Himmel stellten, über hundert Meter emporjagten und dann mit einem Erdstücken- und Steinhagel auseinanderstoben. Das wild weiter hämmernde Artilleriefeuer war für Augenblicke durch ein unheimliches Krachen totgemacht worden und die Erde zitterte im Umkreise von vielen Kilometern so stark, daß in den Stellungen die betonierten Unterstände, in den rückwärtigen Lagern die Gebäude wie bei einem gewaltigen Erdbeben geschüttelt wurden. Es war kein Wunder, daß im Schützengraben für kurze Augenblicke die Ueberraschung, das Fremdartige der Erscheinung der in so ungeheurer Kraft ausgebrochenen Minenexplosion, Verwirrung anrichtete. Unter dem Sand- und Steinhagel waren sofort alle drei Linien der Drahthindernisse begraben; Rauchwolken, Erdmassen hoben sich, klappten einfach nach den Seiten um, stellten sich als hohe zackige Berge wie Kraterwände um die drei Sprengtrichter, die mit ihren Nordwestfronten die durch das Artilleriefeuer ohnehin schon in Mitleidenschaf gezogene deutsche Hauptstellung zu erdrücken drohten. Aber für die Grabenbesatzung n, die aufgescheucht aus ihren tiefen Unterschlupfen hervorstürzten, gab es kein langes Besinnen; denn schon in den ersten Sekunden nach der Sprengung der Minen waren die russischen Sturmwellen aus ihren Schützenstellungen hervorgebrochen, um schnell und in dichten Massen, die Verwirrung benutzend, über das Vorgelände zu stürmen, die Trichter zu besetzen, und über diese hinaus die deutschen Gräben zu nehmen. Sie bemächtigten sich der B-Höhe und suchten, nachdem der Nord- und Nordostrand besetzt war, den schnell errungenen Erfolg durch weiteres Vorstoßen auszunutzen. Während nachflutende Russenschwärme sich gleich an den Grabenbau machten, um schnell in den Besitz von Verteidigungsstellen zu kommen, begann der Gegenangriff der deutschen Mannschaften.

Es war einer jener hellen, lichtweißen russischen Sommerabende, und das schnell und heftig in Gang kommende Gefecht war nach den im Feuer stehenden Kräften mehr als ungleich. Erbittert war das forttobende Artilleriefeuer, das die Russen auf die deutschen Gräben und Sappen nebst den rückwärtigen Verbindungen unterhielten. Die deutsche Artillerie, die sofort in den Kampf mit eingriff, legte ein starkes, wirksames Sperrfeuer vor die russischen Gräben, durch das dem Feinde das Nachziehen von Reserven unmöglich gemacht und seine Rückverbindung gestört wurde. Nicht minder kräftig nahmen die

Batterien der Deutschen die von den Russen besetzten Trichter und die B-Höhe unter Feuer, während sich ihre Infanterie, etwas über zwei Kompanien, gegen ebenso viele russische Bataillone aus den rückwärtigen Gräben entwickelte. Nach Westen und Osten wurde verhütet, daß sich die Einbruchsstelle ausweitete. Es entspann sich im ersten Graben ein schauerlicher Handgranatenkampf, in dem sich die Sachsen von einer zur anderen Schulterwehr wieder langsam in zähem Streiten vorarbeiteten. Die Dunkelheit brach an, und trotzdem brandete der Kampflärm fort. Im Graben krachten die platzenden, alles mit fortreißenden Handgranaten. Bajonett, Gewehrkolben und Schanzspaten hatten im blutigsten Nahkampf das Wort; Rücksicht wurde nicht genommen, der Feind mußte zurückgeworfen werden — man gedachte der durch die Sprengung im argzerschossenen Graben und auf den vorgeschobenen Posten verlorenen Kameraden und ließ die Russen spüren, wie verfehlt ihr Hoffen war, die Stellung durchbrechen zu können.

Um die B-Höhe stand nun das Gefecht. Auch in der einbrechenden Dunkelheit flutete mit unruhevollem Artillerie- und Infanteriefeuer der Nachtkampf fort. Die Sachsen hatten sich in den Verbindungsgräben und Riegelstellungen derart zu einer Sicherungsaufstellung entwickelt, daß der Feind, nachdem er aus dem Graben geworfen, das heißt, dort entweder gefangengenommen oder niedergemacht worden war, nun auf der Höhe zwischen den deutschen Linien abgeklemmt festgehalten wurde. Von diesen Stunden an war der Kampf wieder ganz in der Hand der Deutschen. Die Unruhe, die auf die ersten Meldungen, daß die B-Höhe von den Russen gesprengt sei, ausgebrochen war, hatte sich vollkommen gelegt, und unter der Umsicht der Führer und Unterführer, die sich durch ihr ruhiges und selbständiges Handeln bestens bewährten, lag man nun wartend da, bereit, den Feind zu zermalmen. Als der neue Tag mit blassem Grau zu dämmern anfing, gingen die ersten Infanteriegruppen gegen die auf der B-Höhe eifrig sich einschanzenden Russen im Sturmangriff vor. Bald drang man von allen Seiten gegen die vollständig Abgeriegelten vor. Lautes Hurra übertönte das Gewehrfeuer der so Angegriffenen, und in der fünften Stunde war auch dort dann der Russe schon so gut wie erledigt. 310 Mann mit drei Offizieren wurden gefangengenommen; das Kampffeld war mit toten Feinden bedeckt, da viele im verheerenden Feuer der deutschen Maschinengewehre fielen oder im Nahkampf ihre Gegner gefunden hatten. Im Kampf um die Zurückeroberung der B-Höhe betrugen die deutschen Verluste ungefähr fünfzig Mann. Um 7 Uhr 20 Minuten ist das Gefechtsfeld abgesucht und der Gegner vollständig geworfen. Es kommt nur noch darauf an, die vielen russischen Verwundeten zu bergen; denn die russischen Verluste sind höher als die Stärke eines 600köpfigen Bataillons.

Einen Tag gab es darauf einigermaßen Ruhe. Der Feind saß noch in den Trichterstellungen vor unserer Linie und unterhielt ein gleichmäßiges Schützenfeuer. Dann aber versuchte er es am 5. Juli erneut mit einem nochmaligen Vorbrechen gegen die B-Höhe. Trommelfeuer, darunter Stahlgranaten der schwersten Kaliber, hagelte wieder Eisen auf denselben Frontabschnitt nieder. Der deutsche Hauptgraben litt weiter, aber als die russische Infanterie wieder zum Sturm vorging und durch wirksames Sperrfeuer der Zuzug von Reserven vereitelt wurde, brach der Angriff blutig vor der deutschen Stellung zusammen. Das Vorgelände lag mit Leichen dicht voll; aber wunderbar war die Ruhe der deutschen Infanterie in dem Abwehrkampf, der den Durchbruch abermals unmöglich machte. „Finger lang! Ruhig zielen!“, hieß es im deutschen Graben, dessen Brust- und Schulterwehren vom feindlichen Feuer arg mitgenommen waren, so daß sich die Schützen teilweise in die Trümmer und Erdklumpen ihrer vordem schönen Stellung eingraben mußten. Am 4. Juli ging deutsche Infanterie mit Pionieren gegen zwei Kompanien des neueingesetzten russischen Regiments Jelissawetgrad, das wie jenes zusammengeschossene Regiment (Ackermann) in Odessa aufgestellt worden war und dieses ablösen

mußte. Die Trichter wurden gesäubert, die russischen Besatzungen zum großen Teil niedergemacht und 31 Mann gefangengenommen. Im Angriff des 5. Juli erreichten die Russen die deutschen Stellungen gar nicht. Was von ihnen nicht zurückflutete, blieb auf dem Gefechtsfelde. Ungezählte Tote lagen dort. In den Granatlöchern hockten sie wie wartend, das Gewehr noch im Anschlag, so wie sie die tötende Kugel traf.

Seit diesem Tage ist die Angriffskraft der Russen vor Smorgon erlahmt. Die Trichter vor unserer Stellung aber standen von uns besetzt als gute Hindernisse gegen den Feind. Es waren drei gewaltige Sprengkrater, deren ovale Trichter ein Ausmaß von zwischen 50 und 70 Metern oberer Breite bei einer Tiefe von 12 bis 15 Metern hatten."

Während man vor Smorgon junge russische Truppen, die noch nie im Feuer gestanden hatten, feststellte, standen den Deutschen, nach einem Sonderbericht der „Vossischen Zeitung (8. VII. 16), zwischen Naroczsee und Wisznieswsee ausgezeichnete sibirische Divisionen gegenüber. „Hier setzten die russischen Angriffe in der Nacht vom 3. zum 4. Juli 1916 mit einer schweren Beschießung ein. Auf die deutschen, am 28. April neu gewonnenen Linien im Abschnitt Zanarocze—Stachowce—Zelesniki (vgl. S. 169) wurden zunächst 5000 leichte und über 1000 schwere Schüsse abgegeben. Es gelang den Russen, im ersten Ansturm bis an die deutschen Hindernisse und in die vordersten Gräben hineinzukommen. Ein Gegenangriff warf sie sofort hinaus, wobei sie 150 Gefangene in deutschen Händen ließen. Am 7. Juli früh wiederholten sie den Angriff nach mehrstündiger trommelartiger Artillerievorbereitung. In drei Kilometer Breite gingen sie in mehreren Wellen vor, die zum Teil bis in die vordersten deutschen Stellungen gelangten. Auch diese Angriffe wurden überall unter schwersten Verlusten der Russen zum Teil im Handgemenge abgeschlagen. Vier der besten sibirischen Schützenregimenter waren an dem Sturm beteiligt. Gleichzeitig wurde ein schwächerer Infanterievorstoß in der Gegend von Spiagla (vier Kilometer nordöstlich Wiszniew) glatt abgeschlagen. Im Abschnitt einer anderen deutschen Division setzten die Russen ihre Angriffe an zwei Stellen an; bei dem nahe am Miadziolsee gelegenen Dörfchen Cumki und an der Woronezenge, die sich nördlich zwischen Gladowa- und Teufelsee brückenkopfartig vorbaut. Hier verfeuerten sie in kurzer Zeit 15 000 Schuß, wurden aber glatt abgeschlagen. Es gelang ihnen nur einmal, bis an das deutsche Hindernis heranzukommen, obwohl die Stellungen sich hier bis auf 80 Meter gegenüberlagen. Auch hier wurden neu eingesetzte Truppen festgestellt."

„Die Russen haben im langen Verlauf des Feldzuges reichlich zugelernt," schreibt Dr. R. Dammert im „Stuttgarter Neuen Tagblatt" (19. VII. 16). „Sie verfügten allerdings nicht mehr über ihre alten, durchgeschulten Stammtruppen. Das Soldatenmaterial war — an sich geistig schwerfällig und von geringer Initiative — zwar flüchtig ausgebildet, aber körperlich im Durchschnitt von guter Qualität. Die Alliierten sorgten für den Nachschub der neuesten Kampfmittel und technischen Geräte. Die moderne Sturmtaktik wurde den Truppen besonders gründlich eingedrillt. Man konnte im südlichen wie im nördlichen Kampfgelände feststellen, daß die russischen Offiziere ihre Mannschaften besser in der Hand hatten als in der ersten Zeit des Krieges, und sich selbst weniger vorsichtig einsetzten. Die befohlenen Angriffe zeigten unverkennbar in der Regel eine zähe Stoßkraft. Es wäre aber wohl verkehrt, sie aus einer gehobenen Kriegsfreudigkeit herzuleiten. Sie war vielmehr den strengen Maßnahmen gegen das fatale Ueberläufertum zuzuschreiben. In einer eisernen Verschnürung wurde der russische Soldat in den Kampf getrieben. Sein Wille wurde ihm diktiert von den Kanonen der eigenen Artillerie in seinem Rücken. Es blieb seiner Tapferkeit keine Wahl als Sieg oder Tod, im günstigsten Falle Gefangenschaft. In der Ueberwindung der eigenen Truppe hatte die russische Führung viel gelernt. Im Endergebnis vervollständigte sie aber in ihrem brutalen Vernichtungsdrang nur die heldenmütige Arbeit der deutschen Musketiere."



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Deutsche Schanzarbeiter werden an der Ostfront aus der Feuerlinie abgelöst



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Deutsche Truppen beim Überschreiten eines sumpfigen Geländes an der Ostfront



Phot. Photothek, Berlin

Eine verlassene russische Feldstellung vor Dünaburg



Phot. Hohlwein & Gircke, Berlin

Verlassene russische Erd-Unterstände

Der russische Durchbruchsversuch südlich Riga
Vom 16. bis 22. Juli 1916

Nachdem die Kämpfe in der Bukowina, im Stochod—Styr-Abschnitt, bei Baranowitschi eine kaum noch zu steigernde Heftigkeit erreicht hatten, hielt auch General Kuropatkin den Augenblick für gekommen, gegen die Armee Below vorzugehen. „Die Russen glaubten," wie Wilhelm Hegeler in seinen zusammenfassenden Berichten an das „Berliner Tageblatt" (25. VII. und 7 VIII. 16) ausführte, „leichtes Spiel zu haben, da sie der Meinung waren, die deutsche Front sei hier von Truppen nahezu entblößt und die Grenzwacht würde hauptsächlich von Maschinengewehren gehalten. Von den Angriffen, die auf der ganzen Front von der Küste bis südlich von Jakobstadt einsetzten, hatten mehrere allerdings nur demonstrativen Charakter, so die bei den Brückenköpfen Uexküll und Jakobstadt. Bedeutungsvoller waren die Versuche, welche die Russen bei dem von den Deutschen besetzten Friedrichstadt machten. Hier bemühten sie sich, in einem Dutzend Pontons einige hundert Mann über die Düna zu befördern. Sie mochten gehofft haben, sich einen dritten Brückenkopf zu schaffen. Eine Hoffnung, die rasch vereitelt wurde, da die Pontons, von deutscher Artillerie durchlöchert, in der reißenden Düna versanken. Endlich wurden ganz im Norden die Versuche der Landtruppen durch die Flotte unterstützt, indem Schiffsgeschütze die deutschen Stellungen beschossen. Nebenbei gesagt, lagen hier die beiden Linien infolge des sumpfigen Geländes etwa drei Kilometer weit auseinander. Wenn die Russen in ihren Berichten also behaupteten, sie seien bei Kemmern vorgerückt, so war das ein von den Deutschen durchaus nicht gestörtes Vergnügen.

Die Hauptkämpfe aber spielten sich bei dem sieben Kilometer östlich Plakanen gelegenen Vorwerk Katharinenhof und beiderseits der Straße Ekau—Kekkau ab . . ." „Was diesen Kämpfen, die während einer Woche fast ohne Unterbrechung Tag und Nacht tobten, ihre Bedeutung gibt, ist nicht so sehr die Menge des Truppenaufgebots. Schon die geringe Breite der Front, die sich auf etwa sechs Kilometer beschränkt, bedingte es, daß allzu große Massen nicht zur Verwendung gelangen konnten. Auf russischer Seite standen vier sibirische Divisionen sowie eine Anzahl lettischer Bataillone etwa einer deutschen Division gegenüber. Das Verhältnis war also etwa eins gegen fünf, ein Verhältnis, das den Deutschen, gewohnt, einer Uebermacht standzuhalten, nicht einmal besonders ungünstig erschien. Aber, und das war das Neue an der Ostfront, diese Ueberzahl wurde noch durch eine Riesenansammlung von Artillerie verstärkt. Feldkanonen, Haubitzen mittleren und schweren Kalibers, mächtige Schiffsgeschütze, Minenwerfer waren aufgefahren worden, um unter ihrem Eisenhagel die dünnen deutschen Linien zu verschütten. Und diese Artillerie war vorzüglich geleitet. Artilleriebeobachter in Stahlhelmen und dunklen Uniformen schlichen sich bis an die deutschen Drahtverhaue heran; waren das nun vielleicht auch Russen, die außerordentlich verbesserte Kunst des Schießens ließ jedenfalls auf französische Schule schließen . . ."

„Schon die Demonstrationen, welche die Russen im März 1916 gleichzeitig mit ihren Kämpfen am Naroczsee bei Jakobstadt unternahmen, wobei sie vier Korps einsetzten und rund 8000 Tote hatten, mochten sie überzeugt haben, daß gerade hier ein besonders günstiges Angriffsgelände vorhanden sei. Es besteht nach Norden zu aus einer Reihe von Hügeln, die sich bis an die Düna hinziehen, und gestattete den Russen die volle Entfaltung ihrer Artillerie, während es der Wirkung der deutschen Geschütze nicht gerade günstig war."

„Während der Ruhezeit im Juni stellten wir fest, daß die Russen in der vordersten Stellung ihre sibirischen Regimenter durch minder leistungsfähige Druschinen- d. h. Landsturmregimenter ersetzt hatten. Soldaten, die ich in der Stellung am Vorwerk Katharinenhof sprach, erzählten mir, daß gerade hier das Leben im russischen Schützengraben

äußerst gemütlich gewesen sei. Allabendlich spielte die Regimentskapelle, und mit Vergnügen lauschten unsere Leute den ihnen nicht unbekannten Klängen von „Puppchen" und „Das war in Schöneberg". Von einer mäßigen Artillerietätigkeit und einigen kühnen Patrouillenunternehmungen der Deutschen abgesehen, beschränkte sich der Krieg hier auf homerische Wortgefechte. Von Zeit zu Zeit erschallte hinter der russischen Brustwehr die Aufforderung: „Komm rüber, Germanski. Gute Essen!", worauf ein nicht gerade freundliches „Halt's Maul, du Schwein!" als Antwort erklang."

„Auch im Juni war die Artillerietätigkeit verhältnismäßig gering; selten wurden auf der ganzen Front täglich mehr als 400 Schuß abgegeben. Die Nacht vom 4. zum 5. Juli brachte dann einen überraschenden Angriff gegen die noch im Ausbau begriffenen Horchpostenstellungen bei Katharinenhof. Hier, wo die Fronten nur 250 Meter auseinanderlagen, gelang es den Russen, in die vordersten Gräben einzudringen. Die Freude war nur kurz. Nach zwei Stunden waren sie schon wieder draußen. Wieder Stille . . ."

„Mit einem Male aber begannen die Russen Tag und Nacht in ihren Stellungen zu schanzen. Am 15. Juli vernahmen unsere Soldaten, daß in den Gräben Ansprachen gehalten und feierliche Chorgesänge angestimmt wurden. In der Frühe des 16. Juli beginnt dann von der Meeresküste bis hinunter zum Brückenkopf bei Uexküll das Artillerieungewitter zu toben, das sich schließlich auf den schmalen Raum südlich von Katharinenhof und beiderseits der Straße Ekau—Kekkau konzentriert. Dem Trommelfeuer des ersten Tages folgt ein Wirkungsschießen. Dann beginnen die Angriffe in immer neuen Wellen. Tollkühn stürmen die Angreifer vor. Viele müssen bis an die Knie, bis an die Brust durch den Sumpf waten, triefend von Nässe und vom Schlamm tauchen sie wieder auf. Einige von ihnen tragen kurze stählerne Brustschilde, hinter denen sie sich niederducken können. Aber hier lichtet flankierendes Maschinengewehrfeuer ihre Reihen, dort schlägt eine schwere Mine in die dichten Massen. Ein grausiges Schauspiel jedesmal, wie mir die Soldaten erzählten. Die Menschen stieben auseinander wie ein Haufen dürrer Blätter. Viele werden haushoch geschleudert. Andere drehen sich wie irrsinnig im Kreise, um dann tot hinzufallen. Immerhin gelingt es einigen Trupps, bis an die deutschen Gräben vorzubringen. Aber schon stehen die Verteidiger auf der Brustwehr, schleudern Handgranaten nach ihnen oder machen sie mit dem Seitengewehr nieder . . ." „Gefangene, die man macht, entstammen den sibirischen Regimentern. Diese sind also jetzt wieder eingesetzt. Man hat ihnen gesagt, bis zum 1. August, dem Jahrestag der Einnahme Mitaus, müsse dieses den Deutschen wieder entrissen sein.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juli unternimmt der Feind einen Sturm gegen tapfere Brandenburger, die den Raum rechts und links der Straße Ekau—Kekkau halten. Nun, wo der Wald, der das Schußfeld vor unserer Stellung behindert, größtenteils niedergelegt ist, hält die Artillerie furchtbare Ernte. Reihenweise sinken die Stürmenden um. Trotzdem gelingt es einem Teil der Uebermacht, bis in die Gräben vorzudringen, doch nur, um im Handgemenge zu erliegen. Von einzelnen Bataillonen kehren kaum 50, von einem nicht mehr als 20 zurück. Ein trauriges Schauspiel für den Oberbefehlshaber Kuropatkin, der zusammen mit dem bulgarischen Apostaten Radko Dimitriew diesen Ausgang wohl nicht erwartete. In der Nacht vom 18. zum 19. Juli versuchen die Russen darauf einen überraschenden Angriff ohne Artillerievorbereitung, den die Wachsamkeit der deutschen Horch- und Grabenposten sowie das sofort einsetzende Sperrfeuer zum Scheitern bringen, ehe er sich noch entfalten kann. Am 19. Juli wieder das wilde Schießen, zum erstenmal werden 28-Zentimeter-Kaliber festgestellt. Da das Wetter klar ist, herrscht auf beiden Seiten rege Fliegertätigkeit. Die russischen Piloten rissen bei der Verfolgung durch die deutschen Flieger sofort aus und gingen über ihren Linien so tief hinunter, daß die unsrigen einen Kampf nicht erzwingen konnten.

In der Hoffnung, daß durch die schweren Geschosse unsere Gräben eingeebnet seien, erneuerten die Russen abends den Sturm mit einem Menschenaufwand, der nahezu die vorhergegangene Munitionsverschwendung erreichte, ohne den geringsten Erfolg. Am 20. Juli, ebenso am Vormittag des 21. herrschte eine dem kampfgewohnten Verteidiger fast unheimliche Ruhe. Dann hebt um 11 Uhr ein Gewitter schwerer und schwerster Geschosse an, daß in dem 12 Kilometer entfernten Mitau die Scheiben erzittern. Ihm folgt um 3 Uhr ein neuer Massenangriff, aber um 5 Uhr nehmen die Russen plötzlich ihre Truppen zurück und lassen ihre Kanonen wieder spielen, bis sich um 7 Uhr 45 Minuten noch einmal die Sturmflut heranwälzt. Dieser Angriff ist der stärkste des jetzt sechstägigen Ringens. Nach dreistündigem Kampf ist auch er zurückgeschlagen. Aber schon die aufgehende Sonne des 22. Juli sieht das Blut in erneuten Strömen fließen. Ein in sechs Gliedern durchgeführter Angriff bricht im deutschen Sperrfeuer zusammen. Der Rest des Tages gehört der Artillerie. Erst in der Nacht zerschellt, kaum kann man zählen die wievielte Sturmwelle, an der granitnen Festigkeit der Verteidiger.

Es hieße die Leistungen der deutschen Soldaten, denen eine fünffache Uebermacht auch nicht das kleinste Grabenstück hat entreißen können, verkleinern, wollte man den Russen Feigheit oder mangelnde Disziplin vorwerfen. Wohl gingen einige wenige dem Aufblitzen der deutschen Seitengewehre mit erhobenen Händen entgegen, die Mehrzahl aber fiel kämpfend. Daher steht auch die Zahl der Gefangenen in keinem Verhältnis zu der der Toten und Verwundeten. . . ."

„Gefangene suchten diese russische Niederlage dadurch zu erklären, daß die angeblich raffinierte Anlage der deutschen Gräben und Unterstände dem Trommelfeuer der schweren Kaliber getrotzt hätte. Ein Besuch in den Stellungen hat mich jedoch davon überzeugt, daß die angerichtete Verwüstung durchaus den aufgewandten Mitteln entspricht. Fast überall waren die aufgesetzten Brustwehren niedergelegt wie Kartenblätter, Trichter reihte sich an Trichter. Kein Unterschlupf blieb den Verteidigern. Und dennoch haben sie den Eisenhagel ausgehalten und den Anprall der Uebermacht abgewehrt.

Das dünkt einen wie ein Wunder und hat doch seine natürlichen Ursachen. Als erste sei die Artillerie genannt. Nie habe ich von Infanteristen so begeistert und uneingeschränkt das Lob der Artillerie singen hören, wie nach diesen Kämpfen. Die Zusammenarbeit der leichten und schweren Geschütze, die Schnelligkeit, mit der im Augenblick eines Angriffs Sperrfeuer gelegt wurde, die Wirksamkeit der Minenwerfer, die selbst die ganze Wut der russischen Artillerie auszuhalten hatten, das alles muß einfach vollkommen gewesen sein. Trotzdem gebührt das Hauptverdienst an dem glücklichen Ausgang der Infanterie. Der Offizier, der ohne Deckung durch die platzenden Granaten hindurchschreitet und die Verbindung der Kompanien aufrecht hält, der einfache Musketier, der, verwundet, sich verbinden läßt und freiwillig in die Hölle zurückkehrt, der, betäubt vom tagelangen Dröhnen, beim Ruf: „die Russen kommen!" Mann für Mann im ärgsten Trommelfeuer auf die Brustwehr springt — er hat in diesen Tagen wirklich ein Wunder vollbracht und gezeigt, daß Mannesmut härter als Stahl ist."

Ueberläufer und Gefangene

Der Kriegsberichterstatter Rolf Brandt, der im Mai 1916 südlich Smorgon an der deutschen Front weilte, hat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (4. VI. 16) einen interessanten Bericht über seine Beobachtungen an russischen Ueberläufern und Gefangenen eingeschickt, dem wir nachstehend folgendes entnehmen. „Ich begegne einer kleinen Gruppe aus der Richtung der Front. Zwei Grenadiere. In der Mitte zwischen ihnen grinst das Gesicht eines russischen Gefangenen. „Ein Ueberläufer", sagen die Leute. Er ist eben noch, kurz bevor es ganz hell wurde, zu den Stellungen geschlichen. Sein gutmütiges

Bauerngesicht ist ganz voll Stolz über die gelungene Tat. Für ihn ist der Krieg zu Ende. „Sie üben das gottverfluchte Sturmlaufen", sagte der Mann. Er meint damit die Ausbildung des Rekrutendepots im Rücken der russischen Front. „Aber man kann nicht wissen, ob sie Ernst machen." Vor dem Ernst des Augenblickes, da die Uebungen zur gräßlichen Wirklichkeit werden, ist er eben davongelaufen. „Wer klug ist, bedenkt den Weg", sagt das russische Sprichwort. Es muß gar nicht leicht gewesen sein, dieses Ueberlaufen, für den Rekruten. Zufrieden trollt er mit seinen Begleitern ab.

Er ist einer von den vielen, die täglich über die Linien finden. Jeden Tag fast wird so ein Ueberläufer zum Divisionsstab gebracht. Es ist ja natürlich nicht gerade die Elite des russischen Heeres, die da für ihre Person den Krieg Krieg sein läßt, aber sehr dumm sehen diese Ueberläufer meist auch gerade nicht aus. Ganz ruhig faßte einer die Frage zusammen: „Sage mir, wofür ich kämpfen soll, und ich will kämpfen. Der Unteroffizier ist ein dummer Teufel, der sagte, weil man kämpfen muß. Warum? Für Rußland? Ich sage, für Rußland ist dieser Krieg ein Unglück. Nichts als ein Unglück." Er zuckte die Achseln, wie sie nur ein Russe verziehen kann. Gleichgültigkeit, Hoffnungslosigkeit, Aufgeben jeden Willens, lagen in diesem einen langsamen Achselzucken: „Nitschewo!"

Anders sind die Gefangenen. Wenigstens viele. Die oft lebhafte Patrouillentätigkeit bringt ja jeden Tag fast auch Gefangene in unsere Hand. Bei Dorf Suckow wurde, während der Rest der übrigen Russen niedergemacht wurde oder floh, ein Mongole nach heftigem Bajonettkampf gefangen. Er war stumpf und krank, wußte von nichts, verstand kaum Russisch, aber er hielt sich gut, und nur dann fiel seine ganze Haltung zusammen, als die Deutschen den Kranken natürlich gut und zweckentsprechend behandelten. Vielleicht hat man auch ihm jenes Märchen erzählt, das man den Truppen in Wilna, als es noch russisch war, erzählte, die Deutschen seien Teufel und trügen Hörner. Ein Märchen, das übrigens auch viele brave und unwissende Wilnaer geglaubt haben, ein Film bewies ja die Wahrheit. Es war ein Film, der die alten Germanen mit den Stierhörnern auf den Helmen darstellte! Vielleicht hat man es ihm erzählt, vielleicht dazu gesagt, daß die Deutschen die armen Russen fräßen, denn es ist keine Dummheit groß genug, um sie nicht den russischen Soldaten aufzubinden. Mit Staunen sieht man immer wieder den aussagenden Leuten an, daß sie daran geglaubt haben, genau wie sie ihrem Popen geglaubt haben, daß nach dem großen Sturmangriff die Toten nach drei Tagen wieder leibhaft und lebendig auferstehen würden, um als russischer Muschik weiterzuleben. Genug, dem armen Kerl zerbrach sein Halt, als er sah, daß die Deutschen auch Menschen und gute Menschen scheinbar sein müßten. Dieser Irrglaube über deutsches Wesen ist ja in weniger kindlicher Form schließlich nicht nur der letzte Halt dieser stumpfen, unwissenden russischen Bauernsoldaten, sondern für alle, die gegen die Mittelmächte anrennen. . . .

In der russischen Armee hat dieser Kampf immer seine besondere Form gehabt, da die Kanäle des Wissens leichter zu verstopfen waren. Es wurde einfach vor der Front erklärt, die Deutschen töteten jeden Gefangenen, die Verbindung von der Heimat wurde stark kontrolliert, und für die nach der Heimat eine beinahe lustige allgemeine Formel aufgestellt. Es waren Vordrucke für Postkarten aus dem Felde in der russischen Armee verbreitet, die anfingen: „Wir haben eine große Schlacht gewonnen, es geht uns allen gut . . ." Trotzdem scheint die Ansicht, daß es einem in der russischen Armee gut gehe, doch eben nur auf den amtlichen Vordrucken vorhanden gewesen zu sein, denn die Zahl der Ueberläufer, die immer monatlich mehrere Hundert betrug, erreichte etwa im Ostermonat 1916, von dem mir die Zahl bekannt ist, allein an der Front der Hindenburgschen Armeen die bemerkenswerte Höhe von über 800 Mann."

Interessant ist auch der Bericht, den die Wiener „Neue Freie Presse" (19. VII. 16) von ihrem Vertreter Julius Weber in Kirlibaba erhielt, der Gelegenheit hatte, mit ge-

fangenen Franzosen, Japanern und Serben, die an der russischen Front gefochten hatten, zu sprechen. Ein Artillerieleutnant aus Südfrankreich, der fließend deutsch sprach, erzählte, er stehe schon seit zehn Monaten an der russischen Front und sei hauptsächlich mit der Ausbildung der Artillerie betraut worden, was viel Mühe und Zeit gekostet habe. Jetzt aber sei die russische Artillerie ausgezeichnet. Das Verhältnis zwischen den französischen und russischen Offizieren sei anfangs nicht gut gewesen. Die Russen beschuldigten die Franzosen, den Krieg heraufbeschworen zu haben, und verspotteten sie mit der Bemerkung, daß die Franzosen die Deutschen nicht aus ihrem Lande vertreiben könnten. Die Folge des getrübten Einvernehmens sei gewesen, daß die Russen mit den französischen Offizieren nicht mehr verkehrten. Die Spannung ging so weit, daß es in Lipkany zu einer Rauferei kam, nach der ein Franzose von einem Russen zum Zweikampf gefordert wurde. Zu seiner Austragung kam es jedoch nicht, da General Letschitzki von der Angelegenheit rechtzeitig erfuhr. Der russische Offizier wurde bestraft und mußte den Franzosen um Entschuldigung bitten. „Die Russen", schloß der Franzose, „sind kriegsmüde, ihre Offensive jetzt ist ihre allerletzte Anstrengung in diesem Krieg."

Noch interessanter war das Gespräch mit einem japanischen Offizier, der ebenfalls deutsch sprach, Studien in Deutschland gemacht hatte und in seiner Heimat Lehrer an einer staatlichen Mittelschule ist. Nach seinen Angaben sind insgesamt etwa 20000 Japaner in der russischen Armee, vornehmlich Artilleristen. Daß sie russischen Offizieren unterstellt worden seien, habe bei den Japanern großes Mißbehagen hervorgerufen. Der Japaner betonte ganz offen, daß seine Landsleute sehr ungern nach Europa kämen und nur gezwungen an der Seite Rußlands kämpften. Er glaubte, daß sie den Russen nicht mehr viel helfen würden, denn wenn auch die japanische Regierung mit Rußland verbündet sei, das japanische Volk sei mit seinem Herzen nicht auf der Seite der Russen; der Haß gegen die Russen lebe in ihm fort. Die Kriegserklärung an Deutschland sei vom japanischen Volk mit Erbitterung aufgenommen worden, und seine Sympathien für die Deutschen seien offen zum Ausdruck gekommen. Der Heldenmut der Deutschen in Tsingtau habe auf das japanische Volk tiefen Eindruck gemacht. Unter den politischen Parteien gebe es eine offene Opposition gegen die Regierung, die ihren Widerwillen gegen das Bündnis mit Rußland stets betone. Diese Opposition habe auch einen lebhaften Feldzug gegen die Munitionslieferungen Japans an die Entente eingeleitet. Der Kaiser von Japan sei ausgesprochener Deutschenfreund, die Kaiserin jedoch Anhängerin der Entente, und ihrem Einfluß werde es zugeschrieben, daß die Opposition gegen das Kabinett keinen größern Erfolg erzielen konnte. Soviel habe aber die Opposition bewirkt, daß weitere Truppentransporte nach Europa nicht stattfinden werden, trotzdem Rußland der japanischen Regierung umfangreiche militärische und wirtschaftliche Vorteile im fernen Osten geboten habe. Das Bündnis zwischen Japan und Rußland werde nach dem Kriege von sehr kurzer Dauer sein, denn die Interessen Japans seien grundverschieden von denen Rußlands. Japan habe in Europa keinerlei Wünsche. Wenn von Japan irgendwelche Ansprüche gemacht würden, so erstreckten sie sich auf Amerika. Deshalb fordere die japanische Opposition, daß das ausgezeichnete japanische Heer nicht für Rußland geschwächt werde und nicht für Rußland blute.

Die serbischen Gefangenen waren sehr schweigsam und niedergedrückt. Nur so viel konnte der Berichterstatter erfahren, daß sie angeblich aus Korfu und Saloniki nach Rußland gebracht worden seien und daß sich in der ganzen russischen Armee insgesamt 10000 Serben befänden. Einer von ihnen sagte, er hätte den Tod auf dem Schlachtfelde der Gefangenschaft vorgezogen. Diese russische Offensive sei die letzte Hoffnung Serbiens, wenn sie fehlschlage, dann befürchteten die Serben, daß ihr Land die Unabhängigkeit für immer verliere.

Episoden

Bukowina-Kämpfer

In der „Kölnischen Zeitung“ (5. VII. 16) und im „Berliner Tageblatt“ (23. VI. 16) erzählen Karl Fr. Nowak und Arnold Höllriegel: „Nirgend verriet der Weltkrieg von Anbeginn romantischere Formen als in den Bukowinabergen. Nirgend war er merkwürdiger, unübersichtlicher, verwegener. Oft ganz auf die Einfälle einzelner gestellt. Nirgend waren die einzelnen, von denen dann starke Wirkungen zu berichten waren, häufiger Originale von Mann zu Mann als in der Bukowina. Sie standen alle auf äußerstem Posten. Niemals war Paradenglanz um sie, niemals soldatischer Pomp, der aus Aeußerlichkeiten spricht.

Da war einer, der Oberst Fischer (vgl. II, S. 241), der sich im Anfang Streifscharen aus Gendarmen zusammenholte und mit der Gendarmenarmee den Russen solange Schlachten lieferte, bis sie aus den Schwarzen Bergen davonliefen.“ Da war dessen Nachfolger Oberstleutnant Daniel Papp (vgl. VI, S. 136), „da war der Leutnant Ruß, der romantische Condottiere dieser seltsamen Schar; der Mann, der bei der ersten Nachricht vom Kriegsausbruch aus dem Dunkel der Verborgenheit wieder aufgetaucht, aus Amerika nach Europa geeilt und ohne Charge ins Heer eingetreten war, der sich wortkarg, verschlossen, heroisch alle Tapferkeitsmedaillen erfochten hatte, sowie die drei Feldwebelsterne und schließlich die Erlaubnis, ein Jagdkommando von einigen Dutzend Soldaten zu befehligen. Damals hatte er die ersehnte Offizierscharge wieder, jetzt ist er längst schon Stabsoffizier und trägt hohe Orden. Die Russen hatten einen Preis auf seinen Kopf gesetzt und als Erkennungszeichen angegeben: „Trägt im heftigsten Gefecht keinerlei Waffe.“ Nein, er mochte damals keinen Säbel führen. Ich sehe ihn noch vor mir, den starken Rumänen mit dem kohlen Sokrateskopf, dem langen buschigen Schnurrbart, den behaarten Händen. Er trug eine Mannschaftsuniform und hatte den Kragen sorgfältig verdeckt. Um ihn war sein Stab, lauter merkwürdige Menschen mit scharf geprägten Köpfen, Männer, die über einen tiefen Riß in ihrem vergangenen Leben hinwegzukommen hatten oder sonst aus ernsten Gründen den Tod nicht scheuten, und ein blutjunger Leutnant, der noch auf der Ludovika-Akademie vor der Ausmusterung himmelhoch gebeten hatte, man möchte ihn nur zu Ruß in die Bukowina schicken, und der seither in der wilden Freude an abenteuerlichem Heldentum täglich sein neunzehnjähriges Leben lachend einsetzte.“ „Alle die Distinktion verdeckt. Alle einmal Offizier gewesen, alle in bürgerlichen Berufen, wie der Kommandant selbst, ehe der Krieg kam, alle wiederum Soldaten, als der Krieg da war, alle seither neuerlich Offizier geworden: alle mit der Goldenen Tapferkeitsmedaille, die nur der Mann, höchstens noch der Fähnrich verdienen kann.“

„Es gab nicht nur das Streifkommando Ruß unter den Phantastischen der Bukowina. Ruß nannte seine Leute „Jagdkommando zu Fuß“. Aber da war noch ein Graf B. Der hatte österreichische Dragoner und ungarische Husaren unter sich. Alle seine Offiziere waren Hocharistokraten. Grafen in freiwilligem Kommiß, Fürsten, von Schmutz überdeckt: alle miteinander „Reitendes Jagdkommando Graf B.“, dessen Leute häufig die Leute vom Kommando Ruß trafen, — nämlich hinter dem Feind. Auch der ehemalige ungarische Staatssekretär, Abgeordneter Desy war da (vgl. VI, S. 138 u. 143). Der hatte eine eigene Kompanie. Nicht viel anders als B.s Reiter und die Rußschen Fußsoldaten. Er war schon ein alter Herr. Hätte ruhig zu Hause bleiben können. Aber auch er war lieber hinter den Russen.“

Zu den Offizieren des Streifkommandos Ruß gehörte auch der Fähnrich Gyula Esterhazy. Wie Leutnant Ruß Arnold Höllriegel erzählte, „ein ernster, einsamer, Mensch. Sein Vater hatte eines der großen historischen Aemter der ungarischen Krone inne, der Sohn hätte eine glänzende Rolle spielen können. Er lebte aber sehr still

auf seinen großen Besitzungen. Die Bauern liebten ihn. Da kommt der Krieg. Die Bauern müssen einrücken, der Gutsherr ist 47 Jahre alt und hat nie gedient, aber er meldet sich sofort als Freiwilliger. Das Bewußtsein, daß die Bauern sterben sollten und er nicht, war ihm unerträglich geworden. Einer von den Menschen, die unter der bloßen Tatsache des Krieges blutig leiden. In seiner Seelenangst ging dieser Magnat und Millionär dorthin, wo die Gefahr am größten war, der Krieg am wildesten, und wo der Mann stets zwischen Tod und Leben doch immer deutlich empfinden mußte, daß man tätig und nützlich war und entlastet von der ungeheuren Verantwortung, die nur gemeine Seelen nicht erdrückt."

„Bei Okna fiel Graf Gyula Esterhazy im Juni 1916. Er hatte sich als Artilleriebeobachter freiwillig gemeldet. Aber er wollte nicht im verhältnismäßigen Schutz der Deckung bleiben, sondern ging, um besser beobachten zu können, vor die Deckung. Er blieb im Trommelfeuer draußen. Auf freiem Feld. Und telephonierte . . . Zwei Stunden im Trommelfeuer . . . Ein Schrapnell, Brustschuß, Kopfschuß. Es gelang noch, ihn hereinzuholen. Auf einem Bauernwagen brachte man ihn nach Czernowitz. Nachts starb er. Ruß war bei ihm.

Das Jagdkommando zu Fuß begrub ihn am andern Tage."

Wie der Russe gefangen wird

Aus dem Felde ging der „Kölnischen Zeitung" (29. VI. 16) folgender Bericht zu, den ein gefangener russischer Unteroffizier schlecht und recht über seine Gefangennahme erstattet hat: „Wir waren vier Tage in Dünaburg gewesen, worauf wir wieder in den Schützengraben kamen. Tags zuvor hatten wir noch Verstärkung bekommen. Noch einmal gab es an der Feldküche den immer und immer wiederkehrenden Kappes (ein Gemisch von Suppe, Kartoffeln und Gemüse, das der Russe allen andern Speisen vorzieht). Auf dem Marsche gab es in meiner Kolonne (einer Abteilung von 100 Mann, die einem Unteroffizier unterstellt ist) schon großes Murren, weil man jetzt schon wieder ohne Wodki in den Schützengraben mußte. Ich wäre ja am liebsten auch nicht hingegangen, aber man muß nun einmal. Als wir die dritte Nacht im Graben waren, unternahmen wir einen Sturmangriff gegen die Deutschen, die nicht allzu weit von uns lagen. Bis auf 200 Meter kam ich mit meinen Leuten sprungweise heran. Als wir zum eigentlichen Angriff übergehen wollten, da fing ein deutsches Maschinengewehr heftig an zu schießen. Ich legte mich sofort auf den Boden, meine Leute folgten meinem Beispiel. Schnell gruben wir uns ein, damit uns das Feuer nicht totschießen konnte. So lagen wir da und warteten auf die Befehle der Offiziere. Aber es kamen keine, denn die Offiziere waren fort. Es war inzwischen 2 Uhr des Nachts geworden. Alle froren, denn wir hatten keine Decken. Wenn wir Wodki gehabt hätten, hätten wir uns aufwärmen können. Den Tornister hatten wir schon lange weggeworfen. Aus diesem Grunde hatten wir kein Brot, und meine Leute klagten über schrecklichen Hunger. Sie wollten immer zurücklaufen. Ich machte sie auf die Gefahr des Maschinengewehrs aufmerksam, das zeitweise noch schoß. Und sie blieben da. Aber das Murren und Schimpfen wurde immer größer. Ich wußte mir keinen Ausweg mehr, die Leute zu halten. Endlich kam mir ein rettender Gedanke. Ich sprach zu ihnen: „Liebe Kameraden, ich will euch etwas sagen. Hier können wir nicht liegen bleiben, und Hunger haben wir auch. Zurück dürfen wir nicht. Also, ich schlage euch vor, in deutsche Gefangenschaft zu gehen. Was wollen wir anders machen? Wollen wir hier liegen bleiben oder uns gefangennehmen lassen?" Ich brauchte nicht lange auf Antwort zu warten. Alle wollten mitgehen. Darauf warfen wir unsere Patronen weg und zerschlugen unsere Gewehre auf Steinen. Das Maschinengewehr hatte inzwischen aufgehört zu schießen. Mit meinen 100 Mann ging ich aus

dem angelegten Graben heraus und schlich nach den Deutschen zu. Wir waren ganz nahe bei den Deutschen und standen auf, um hinüberzulaufen. Da fing das Maschinengewehr wieder an zu schießen. Ich rief laut: „Nicht bummbumm! Germanski gut Kamerad!“ Darauf hörte das Feuer auf. Meine 100 Mann und ich gingen in den deutschen Schützengraben, wobei wir die Hände hoch hoben. Wir wurden freundlich empfangen. Alle deutschen Soldaten freuten sich, als wir ihnen zu verstehen gaben, daß wir Gefangene sein wollten. Alle sagten, wir hätten das ganz gut gemacht, denn in Deutschland wäre es schöner und besser als in Rußland. Wir kämen nach Berlin und dürften dort spazieren gehen. Deshalb freuten wir uns auch, daß wir herübergekommen waren. Ein deutscher Offizier fragte uns nach allem. Wir mußten die Wahrheit sagen und taten es auch, denn wir waren des Krieges überdrüssig. Er fragte uns, wo wir unsere Gewehre hätten. Als wir ihm sagten, wir hätten sie auf Steinen zerschlagen, fing er laut an zu lachen. Darauf führten uns mehrere deutsche Soldaten in einen leeren Schützengraben, der weit zurücklag. Hier bekamen wir Brot und blieben bis zum nächsten Morgen. Als es hell wurde, wurden wir von andern Soldaten abgeholt und nach Deutschland gebracht. Auf diese Weise kam ich mit meiner Kolonne in die deutsche Gefangenschaft, leider nicht nach Berlin. Aber es ist uns einerlei. Wir werden nicht mehr totgeschossen und bekommen zu essen. Und das ist die Hauptsache.“

Die Legende vom russischen General Keller

Um General Graf Keller, den vielleicht volkstümlichsten russischen General, hatte sich mit der Zeit ein ganzer Legendenkreis gebildet, wie denn überhaupt nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts“ (6. VII. 16) aus dem „K. u. K. Kriegspressequartier“, „die naive russische Volksphantasie an bestimmte Heerführer bestimmte Vorstellungen knüpft: Hindenburg stellt sich das russische Volk als sechs Fuß hohen Riesen vor, der hundert Jahre alt ist und sein einsames Haus verließ, um sein Volk aus schweren Nöten zu retten. Boroevic denkt es sich immer zu Pferd in den Karpathen, den Pallasch in der Faust, um Ungarn zu verteidigen. Zum deutschen Kaiser gehört in der Vorstellung aller kriegsgefangenen Muschiks, die ich danach fragte, unbedingt ein silberner Panzer.

General Keller aber ist derjenige, den jede, für alle andern tödliche Wunde nur um so stärker, wilder und verwegener macht. Während der San-Offensive kam ich hart hinter den abziehenden Russen nach Sanok und hörte dort viel über ihn. Er hatte dort einige Juden hängen und die angesehensten Bürger als Geiseln fortschleppen lassen. Dann deckte er persönlich den russischen Rückzug über den San. Er harrte bei seinen Kavalleristen aus, ließ die Brücke sprengen, gab seinem Roß die Sporen und schwamm mit ihm an das andere Ufer, wo er sich mit seinen Reitern in einem Wäldchen festsetzte. Dabei wurde er, nach Gefangenenaussagen, schwer verwundet und man wollte damals wissen, daß er den Wunden erlag. Aber in der Schlacht von Limanowa-Lapanow tauchte der Totgesagte wieder auf. Seine Brigade wurde dort umzingelt. Ein Teil ergab sich, den Rest eiferte Graf Keller zu verzweifeltem Widerstand an. Er selbst stand ungedeckt auf einem Hügel, unbekümmert um die ringsum einschlagenden Granaten. Seine Leute waren schon alle gefallen, die unsrigen stürmten den Hügel, da — hier wird die historische Wahrheit wieder durch die Legende verdrängt — nahm Keller seinen Revolver und beging Selbstmord, um sich nicht ergeben zu müssen. Obwohl sich nun Leute fanden, die den Selbstmord mit angesehen haben und selbst bei dem Begräbnis gewesen sein wollen, ergab sich doch alsbald aus anderen Gefangenenaussagen und aufgefundenen Befehlen, daß General Keller noch lebte und zum Divisionär befördert worden war. Man wußte auch, daß seine Division bei Gorlice stand. Dann kam die Durchbruchsschlacht. Als die Verbündeten nach großartiger Artillerievorbereitung zum Sturm

übergingen und die Russen in Unordnung zurückfluteten, stellte sich ihnen Graf Keller entgegen. Unsere Artillerie eröffnete ein Trommelfeuer gegen Gorlice, eine Granate explodierte neben dem russischen General und riß ihm, der Legende zufolge, den linken Fuß weg. Er aber stützte sich auf seinen Säbel und harrte klaglos aus, bis er tot zusammenbrach! Daraufhin flüchteten die Russen. Während der Neujahrschlacht 1916 in der Bukowina stellte sich aber heraus, daß General Keller immer noch lebte und zum Korpskommandanten ernannt war. Prompt traf ihn im Toporoutzer Abschnitt, nach übereinstimmenden Gefangenenaussagen und Kundschaftermeldungen, eine Granate. Schwer verwundet sei er auf einem Bauernwagen aus dem Gefecht geschafft worden. Allein auch diesmal muß die Legende getrogen haben, denn Graf Keller, den zuletzt am 14. März 1916 bei Nowosielica eine österreichisch-ungarische Granate getroffen haben sollte, hat bei der russischen Sommeroffensive 1916 abermals mitgetan und jetzt erst ist amtlich (vgl. S. 200) bekanntgegeben worden, daß er bei Pistyn nordwestlich Kuty wirklich verwundet wurde."

Ein englischer Journalist als Spion

Der für die Northcliffeblätter „Daily Mail" und „Times" arbeitende Journalist Basil Clarke, teilte in der dritten Julinummer des Jahrgangs 1916 der Londoner Wochenschrift „The War Illustrated" mit, daß er von dem rumänischen Grenzplatze Mamornitza aus dem russischen General Laurentiew hervorragende Späherdienste leistete. Clarke mietete, seinen Angaben gemäß, ein Landhaus, in dessen Garten sich ein Hügel befand, von wo aus mit bewaffnetem Auge die Feuerstellungen der Oesterreicher gesehen werden konnten. Seine Beobachtungen führten ihn zu dem Schlusse, daß die Russen unter der Beschießung des Feindes stark litten, aber erfolglos das Feuer erwiderten, da sie die gut versteckten gegnerischen Batterien nicht zu entdecken vermochten. Der englische Journalist auf neutralem Boden hielt es für seine „Pflicht und Schuldigkeit", Spionendienste zu leisten. Nachdem er genügendes Beobachtungsmaterial gesammelt hatte, schlüpfte er auf russisches Gebiet hinüber. Seine Ausweispapiere verschafften ihm sogleich Eingang ins Quartier des Generals Laurentiew; nach einigen Gläsern Tee kam ein vertrauliches Gespräch in Fluß. Clarke setzte den russischen Anführer in Kenntnis von den Feuerstellungen der Oesterreicher und kehrte sodann unbehelligt nach seinem Unterschlupf auf rumänischem Boden zurück. Schon am nächsten Tage hatte er die Genugtuung, zu sehen, wie treffsicher die russischen Geschütze nun arbeiteten. Der Journalist freute sich über die „aus dem Häuschen geratenen österreichisch-ungarischen Offiziere, die sich plötzlich entdeckt sahen". Nach zwei Tagen war die feindliche Stellung für die Russen erledigt.

Clarke hat die Unverfrorenheit, englischen Kriegsberichterstattern solche „Abstecher aufs Gebiet des militärischen Nachrichtendienstes" wärmstens zu empfehlen.

Wie ein russischer Generalstabsbericht entsteht

Die Art, wie ein russischer Generalstabsbericht entstand, wurde der „Kreuzzeitung" (26. VI. 16) von gut unterrichteter Seite folgendermaßen geschildert:

„Im russischen Hauptquartier arbeiteten an der Fertigstellung des Generalstabsberichts neben mehreren höhern Offizieren auch Beamte des Auswärtigen Amts, an ihrer Spitze der Geheime Staatsrat Palen. Nachdem alltäglich die Meldungen von sämtlichen russischen Kriegsschauplätzen eingelaufen waren, wurden sie im Hauptquartier zusammengefaßt, von Palen, der mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet war, redigiert und dann dem Großen Generalstab in Petersburg weitergegeben. Hier erfuhr der Bericht nochmals eine genaue Durchsicht, dann ging er an das Auswärtige Amt und an das Ministerium des Innern. Beide Behörden prüften den Bericht abermals auf seine Wirkung auf das russische Volk,

die verbündeten und neutralen Länder, und dann erst, wenn von keiner Seite mehr Bedenken geäußert wurden, konnte der Bericht veröffentlicht werden. In der Hauptsache besorgte aber Staatsrat Palen das Geschäft des Frisierens des russischen Generalstabsberichts. Wenn die russische Regierung aus Gründen innerer und äußerer Politik Siege brauchte, wurden diese schon im Hauptquartier angefertigt, oft ohne daß die kommandierenden Generale etwas davon wußten. Auch die Zahl der Gefangenen wurde hier bestimmt und in Petersburg dann noch etwas erhöht, wenn die Volksstimmung Aufmunterung nötig hatte. Generale von einiger Wahrheitsliebe, wie General Rußki und Kuropatkin, legten verschiedentlich gegen diese Art der Berichterstattung Verwahrung ein. Unter anderm wurde z. B. im Februar 1916 der Armee des Generals Rußki ein Sieg angedichtet an einem Orte, wo gar kein Kampf stattgefunden hatte. Es wurde da behauptet, General Rußki hätte 5000 Gefangene gemacht, 14 Geschütze und sonstiges Kriegsmaterial erbeutet. General Rußki war selbst nicht wenig erstaunt, als er diesen Bericht las, denn bei seiner Armee herrschte seit Wochen vollkommene Ruhe. Er fühlte sich bei den fremden Militärattachés, die seiner Armee zugeteilt waren, kompromittiert und verlangte Aufklärung. Er erhielt die Antwort, daß die Berichte des Generalstabs nicht widerrufen würden. Sollte in den Veröffentlichungen ein Irrtum vorliegen, so wären eben Gründe vorhanden, die die Ausgabe dieser Mitteilungen erforderlich machten.

Charakteristisch ist es, daß die russische Regierung Generalstabsberichte in verschiedener Fassung herausgab. So behauptete ein Generalstabsbericht vom 16. Juni 1915 — also während des russischen Rückzuges in Galizien —, daß bei Lemberg für die russischen Armeen erfolgreiche Kämpfe stattgefunden hätten und 18000 Gefangene eingebracht worden seien. Dieser Bericht befand sich in einer Reihe von Zeitungen im Innern Rußlands. Vom Falle Warschaus und Iwangorods, ja von der Räumung ganz Polens wußte man in manchen Gegenden des weiten russischen Reiches noch Mitte 1916 nichts. Die dortigen Zensoren hatten Weisung, alles Ungünstige aus den Berichten herauszustreichen. Auch die besonders eingehenden Detailschilderungen der russischen Generalstabsberichte waren eine Spezialität des Staatsrats Palen, der dadurch besondere Glaubwürdigkeit erwecken wollte. In der Zählung der Gefangenen verfuhr der Verfasser der russischen Generalstabsberichte recht summarisch. Er zählte nach gefangenen Kompanien und Regimentern, auch wenn von diesen Kompanien und Regimentern kaum der achte Teil gefangen genommen worden war. Eine Einzelzählung wurde gar nicht oder doch nur selten vorgenommen. So meldete er einmal die Gefangennahme von vier feindlichen Kompanien, von denen aber tatsächlich etwa zusammen nur 70 Mann eingebracht worden waren, hatte also um mehr als das Zwanzigfache übertrieben."

Von den Fürsten und Heerführern der Verbündeten

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

Kundgebungen, Auszeichnungen und Personalien

7. Februar 1916.

Prinz Oskar von Preußen wurde an der Ostfront durch Granatsplitter am Kopf und an einem Oberschenkel leicht verwundet und reiste zur Heilung nach Berlin.

9. Februar 1916.

König Ludwig von Bayern erließ folgenden Tagesbefehl: „Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, Kgl. Hoheit (Bildnis vgl. Bd. IX, vor Titel; Personalien IX,

S. 187), vollendet heute das 70. Lebensjahr. Ich kann diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne der hohen Verdienste dankbar zu gedenken, die sich Seine Kgl. Hoheit während einer über ein halbes Jahrhundert dauernden, von selbstloser Pflichttreue getragenen Friedenstätigkeit und durch die ruhmvolle Teilnahme an den Feldzügen 1866 und 1870/71 um die Armee, den Thron und das Vaterland erworben hat. Mit Stolz blicken Heer und Volk auf den königlichen Prinzen, der auch in diesem Kriege seine bewährten Kräfte in den Dienst unserer großen Sache gestellt hat, dem es vergönnt war, als Oberbefehlshaber einer deutschen Armee neue Ruhmesblätter in sein tatenreiches Leben einzufügen. Möge Gottes Segen auch fernerhin über Sr. Kgl. Hoheit walten."

14. Februar 1916.

Der Kommandant der polnischen Legionen F.M.L. Carl Durski v. Trzasko ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Auf Befehl des Armee-Oberkommandos wurde zum Kommandanten der Legionen Generalmajor Stanislaus Ritter v. Puchalski ernannt.

21. Februar.

Nach dem Armeeverordnungsblatt verlieh Kaiser Franz Josef dem General der Kav. Karl Freiherr v. Pflanzer-Baltin in Anerkennung siegreicher Führung seiner Armee das Militärverdienstkreuz erster Klasse mit der Kriegsdekoration.

22. Februar.

Der Kommandantstellvertreter der k. u. k. Luftfahrerersatztruppen Major Wilhelm Hoffory, der auf einer Informationsreise an der Nordfront am 20. Februar im Luftkampf mit einem russischen Flieger verwundet worden war, ist in einem Feldspital an der Nordfront seinen schweren Verletzungen erlegen.

Major Hoffory, der sich um die Entwickelung und den Ausbau der k. u. k. Luftfahrtruppe die größten Verdienste erworben hatte, war Ausschußmitglied des k. u. k. Oesterreichischen Aeroklubs und dürfte mit mehr als 150 Aufstiegen die größte Zahl von Ballonfahrten in Oesterreich mitgemacht haben.

28. Februar.

Kaiser Franz Josef hat den General d. Inf. Erzherzog Josef Ferdinand zum Generaloberst ernannt.

7. April 1916.

Aus dem Großen Hauptquartier hat Kaiser Wilhelm Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm gesandt:

„Mein lieber Feldmarschall! Vor dem Feinde feiern Sie heute den Tag, an dem Sie vor fünfzig Jahren aus dem Kadettenkorps dem 3. Garderegiment zu Fuß überwiesen wurden. Mit Befriedigung und Stolz dürfen Sie auf Ihre Dienstzeit zurückblicken. Die in der Jugend gesammelten Kriegserfahrungen haben Sie in langer, treuer Friedensarbeit zu vertiefen und mit hervorstechendem Erfolg der Schulung von Führern und Truppen nutzbar zu machen gewußt. Insbesondere erinnere Ich Mich hierbei Ihrer langjährigen Tätigkeit an der Spitze des IV. Armeekorps. Der Geist, dessen Pflege Sie sich zur Aufgabe gesetzt hatten, hat sich auch im gegenwärtigen Kriege herrlich bewährt. Ihnen selbst aber war es beschieden, den schwersten und höchsten Aufgaben, die einem Heerführer im Felde gestellt werden können, mit beispiellosem Erfolge gerecht zu werden. Sie haben einen an Zahl weit überlegenen Feind mit wuchtigen Schlägen aus den Grenzmarken vertrieben, durch geschickte Operationen weiteren Einfällen vorgebeugt, in siegreichem Vordringen Ihre Stellungen weit in Feindesland vorgeschoben und gegen stärksten Ansturm gehalten. Diese Taten gehören der Geschichte an. Ich aber weiß mich eins mit der Armee und dem gesamten Vaterland, wenn Ich Ihnen am heutigen Tage mit wärmsten Glückwünschen versichere, daß Dank und Anerkennung für alles, was Sie geleistet, niemals verlöschen werden. Als äußeres Erinnerungszeichen verleihe ich Ihnen Mein Bildnis in Oel, das Ihnen heute zugehen wird."

Am Abend des 7. April fand im Hauptquartier Ost ein Festmahl statt, an dem als Vertreter des deutschen Kaisers Prinz Heinrich von Preußen und als Vertreter der dem Feldmarschall unterstellten Armeen Generaloberst von Eichhorn teilnahmen und Glückwunsch-Ansprachen hielten, die von Generalfeldmarschall von Hindenburg dankend erwidert wurden.

Am 8. April 1916 hat der Generalfeldmarschall darauf als Oberbefehlshaber Ost folgenden Armee-Tagesbefehl erlassen: „Der Erinnerungstag an meinen vor 50 Jahren erfolgten Diensteintritt soll nicht vorübergehen, ohne daß ich in Gedanken bei den mir anvertrauten Truppen einkehre. Ich weiß sehr wohl, daß ich meine Erfolge sehr wesentlich auf ihre Treue, Ausdauer und Tapferkeit zurück-

zuführen habe. Darum danke ich auch heute so recht von Herzen für alles das, was Ihr vor dem Feinde geleistet habt. Dessen Kraft ist im Erlahmen begriffen. Daher weiter vorwärts mit Gott für Kaiser und Reich. Der endgültige Sieg ist uns gewiß!"

Außerdem ließ G.F.M. von Hindenburg folgende allgemeine Danksagung veröffentlichen: „Der fünfzigste Jahrestag meines Eintritts in das Heer hat mir eine überwältigende Fülle von freundlichen Grüßen und treuen Wünschen gebracht. Sie haben mich aufs tiefste gerührt und erfüllen meine Seele mit Dank gegen Gott der meine Arbeit sichtlich gesegnet hat, und gegen meinen Kaiserlichen und Königlichen Herrn, dessen Gnade und Vertrauen mich einst auf meinen jetzigen Posten berief. Mit allen denen, die meiner gedacht, weiß ich mich eins in dem Gefühle, daß heute alle unsere Kräfte Kaiser und Reich gehören der heiligen Sache des Vaterlandes und seinem endgültigen Siege. So darf ich auf Verständnis und Nachsicht rechnen, wenn ich bitte, mit diesem kurzen, schlichten Worte, das für alle bestimmt ist und jedem einzelnen danken möchte, gütig vorlieb zu nehmen."

4. Mai 1916.

Feldmarschall Erzherzog Friedrich erließ folgenden Armeeoberkommandobefehl: „Ich richtete am ersten Jahrestage der Durchbruchsschlacht von Gorlice—Tarnow an den Deutschen Kaiser folgende Depesche: „Heute vor einem Jahr durchbrachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in siegreicher Schlacht die russischen Stellungen in Galizien. In Treue und in Verehrung gedenken ich und meine braven Kriegsleute an diesem Ruhmestage Euerer Majestät und des glorreichen deutschen Heeres. Jene innige, durch Not und Tod gestählte Waffenbrüderschaft, die vor Jahresfrist einen der größten und folgenreichsten Siege der Weltgeschichte errang, wird mit Gottes Hilfe auch weiterhin die sicherste Gewähr für unsern Erfolg bilden. Mag auch noch harte Arbeit bevorstehen: der Sieg bleibt unser. Erzherzog Friedrich, Feldmarschall."

Der Deutsche Kaiser, der treue Freund und Bundesgenosse unseres Allergnädigsten Obersten Kriegsherrn, antwortete hierauf huldvollst: „Ich danke Dir herzlichst für Dein freundliches Telegramm. Auch ich erinnere mich in diesen Tagen, in denen sich der Beginn der großen galizischen Offensive jährt, dankbaren Herzens aufs neue der Tapferkeit und Einmütigkeit, mit der die Soldaten unserer verbündeten Heere begeistert zum Sturm schritten. Ich bitte Dich, dies den unter Deinem Kommando stehenden Truppen mitzuteilen. Der Rückblick auf die Ruhmestaten des Vorjahres berechtigt uns zu der vertrauensvollen Hoffnung, daß der gemeinsame Wille den endgültigen Sieg erringen wird. Gott helfe dazu! Wilhelm."

Diese beiden Kundgebungen sind an alle Truppen zu verlautbaren."

Kaiser Franz Josef befahl, daß dem General d. Kav. von Boehm-Ermolli für hervorragende erfolgreiche Führung seiner Armee vor dem Feinde eine Allerhöchste belobende Anerkennung bekannt gegeben werde.

8. Mai.

Kaiser Franz Josef hat die Generale d. Kav. Eduard von Boehm-Ermolli und Karl Freiherrn von Pflanzer-Baltin sowie den Feldzeugmeister Paul Puhallo v. Brlog zu Generalobersten ernannt.

15. Juli 1916.

Dem Generalobersten von Woyrsch ist aus dem Kaiserlichen Hauptquartier folgendes Telegramm des Chefs des Generalstabs des Feldheeres zugegangen:

„An den Generalobersten von Woyrsch. Der Kaiser hat beim heutigen Vortrage Seiner hohen Anerkennung für die glänzende Haltung und seinem Danke für die hervorragenden Leistungen der unter Euer Exzellenz Befehl kämpfenden deutschen Truppen warmen Ausdruck verliehen und zu befehlen geruht, daß dies durch Euer Exzellenz zur Kenntnis der Truppen gebracht wird."

Besuche an der Front und in den besetzten Gebieten

1. bis 8. Februar 1916.

Der Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef besuchte im Auftrage des Kaisers die am nordöstlichen Kriegsschauplatz kämpfende Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand. Am 1. Februar wurde eine Besichtigung der Kampfräume der Herbstschlachten ausgeführt, worauf der Erzherzog-Thronfolger begleitet von dem Armeekommandanten in den folgenden Tagen sämtliche Divisionen der Armee besuchte und Offiziere und Mannschaften mit belobigenden Ansprachen auszeichnete und dekorierte. Am 8. Februar traf der Thronfolger wieder in Wien ein, um dem Kaiser Bericht zu erstatten.

11. Februar 1916.

König Ferdinand von Bulgarien traf, begleitet vom Ministerpräsidenten Radoslawow und dem Generalissimus Jekow im Standort des k. und k. Armeeoberkommandos ein und wurde auf dem Bahnhof von dem Armeeoberkommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich, dem Chef des Generalstabes Frhr. Conrad von Hötzendorf empfangen. Bei der Abendtafel antwortete König Ferdinand auf einen Begrüßungs-Trinkspruch des Armeeoberkommandanten mit folgender Ansprache:

„Euere Kaiserliche und Königliche Hoheit haben in rührenden Worten unserer denkwürdigen Zusammenkunft auf der Donau in Semendria (vgl. XIII, S. 231) gedacht. Heute, da es mir möglich ist, diesen Besuch im Standort des Kaiserlichen und Königlichen Oberkommandos erwidern zu können, ist dieser Schritt bundestreuer Freundschaft mir umso bedeutungsvoller, als ich ihn in meiner Eigenschaft als Kaiserlicher und Königlicher Feldmarschall des ruhmreichen, von traditionellen militärischen Tugenden getragenen österreichisch-ungarischen Heeres tue, eine Würde, die ich vor allem der väterlichen Gnade Seiner Apostolischen Majestät und vielleicht auch der zähen Tapferkeit meiner Truppen verdanke und die bis jetzt in meinem Hause nur meinem Großonkel Prinz Friedrich Josias von Sachsen-Koburg durch weiland Kaiser Josef den Zweiten am 22. September 1789 zu teil wurde. Ich bin stolz, die Taten meiner Armee in einer so ungewöhnlichen Ehrung gewürdigt zu sehen, die gemeinsam mit den glorreichen Kaiserlichen und Königlichen Heeresteilen und denen unseres mächtigen deutschen Verbündeten uns den Weg zu einer segensvollen Zukunft ebnen wird. Die Brücke, die mit Blut und Eisen und durch gemeinsame Erfolge geschlagen wurde und nunmehr den Orient mit dem Okzident unmittelbar verbindet, wird nach Beendigung dieses blutigen Ringens nicht von Kriegs- und Waffenlärm widerhallen, sondern wird den Werken des Friedens und der freien Entwicklung unserer verbündeten Länder dienen. Möge der Allmächtige, der das Glück unserer Waffen bisher so sichtlich gesegnet hat, uns auch weiterhin gnädig beistehen bis zur glücklichen Vollendung des uns von heimtückischen Feinden aufgezwungenen Kampfes! Im Namen meiner Armee und in meinem Namen erhebe ich mein Glas und trinke dankbaren Herzens auf die Gesundheit Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät, meines erlauchten Verbündeten und obersten Kriegsherrn der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, sowie auf das Wohl Euerer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit und den Ruhm des österreichisch-ungarischen Heeres. Seine Majestät Kaiser Franz Josef I. Hurra! Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit Feldmarschall Erzherzog Friedrich Hurra!"

König Ferdinand verlieh Feldmarschall Erzherzog Friedrich und dem Chef des Generalstabs Konrad von Hötzendorff den Orden für Tapferkeit erster Klasse.

2. bis 17. Februar.

König Friedrich August von Sachsen reiste am 1. Februar von Dresden nach dem östlichen Kriegsschauplatz ab, traf am 2. Februar in Warschau ein, weilte am 4. Februar in Modlin und besichtigte am 5. Februar nach einer Begrüßung sächsischer Beamter und Heeresangehöriger auf dem Bahnhofe Skierniewice, die Rawka- und Bzura-Stellungen. Am 8. Februar begrüßte der König eine Eskadron eines sächsischen Kavallerieregiments in Zambrowo und fuhr darauf im Kraftwagen in das frühere Kampfgelände einer größtenteils sächsischen Infanterie-Division zwischen Czerwony-Bor und Bialystok. Am 17. Februar kehrte der König nach Dresden zurück.

24. bis 29. Februar.

Auf Befehl des Kaisers Franz Josef hat Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef die im Njemen- und Schtschara-Gebiet kämpfenden österreichisch-ungarischen Truppen besichtigt und zahlreiche Truppenkörper durch Ansprachen und Dekorationen ausgezeichnet. Der Thronfolger kehrte am 29. Februar nach Wien zurück, um dem Kaiser Bericht zu erstatten.

2. April.

Generalfeldmarschall von Hindenburg besuchte unter großem Jubel der Truppen das Saarbrücker Korps, das an dem Zusammenbruch der russischen Märzoffensive so hervorragenden Anteil genommen hatte, vor allem ein lothringisches Regiment, das den ersten Stoß aufgefangen hatte.

30. Mai bis 2. Juni 1916.

Kaiser Wilhelm traf im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost ein (vgl. S. 106). Bei dem Begrüßungsmahle ergriff Generalfeldmarschall von Hindenburg das Wort zu folgender Ansprache:

„Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich, zugleich im Namen der mir anvertrauten Truppen, ehrerbietigsten Dank dafür alleruntertänigst zu Füßen, daß Allerhöchstdieselbe uns die Ehre und Freude bereitet, einige Tage in unserer Mitte im Osten zu weilen.

Euere Majestät! Wir sind schlichte Soldaten, denen es nicht gegeben ist, ihre Gefühle in viele und beredte Worte zu kleiden. Aber das kann ich Euerer Majestät versichern, daß der alte Wahlspruch unserer Väter: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich!" fest in unsere Soldatenherzen eingeprägt ist. Er war bisher die Richtschnur für unser ganzes Denken und Handeln und soll es bleiben bis zu unserem letzten Atemzuge. Das geloben wir in dieser Stunde und bitten zugleich, alle unsere unbegrenzte Liebe, Treue, Dankbarkeit und Ehrfurcht, die wir für unseren Allergnädigsten Kriegsherrn empfinden, kurz in dem Rufe zusammenfassen zu dürfen: „Unser Preußenkönig, des Deutschen Reiches Kaiserliche Majestät, Hurra!"

Kaiser Wilhelm erwiderte darauf: „Mein lieber Feldmarschall: Ich danke Ihnen für die soldatischen Worte, mit denen Sie Mich begrüßt haben. Ich bin hierher nach der Ostfront gekommen, um Ihnen und den Armeen des Ostens Meinen Dank für die großen Taten des vorigen Jahres, für das stille und brave Ausharren im letzten Winter und während der heißen Kämpfe der diesjährigen Märzoffensive des Gegners auszusprechen.

Wir kämpfen gegen eine Uebermacht. Das ist uns nichts Neues. Schon der große König ist uns hierin mit glänzendem Beispiel vorangegangen. Die Vorsehung hat es jetzt wieder so gewollt, und das war gut. Denn dadurch wurden wir gezwungen, uns zu ganz besonderen Taten und Leistungen aufzuraffen. Meine Armeen werden auch jetzt siegreich durchhalten und uns mit Gottes Hilfe einen ehrenvollen Frieden erringen, so wie wir ihn wünschen.

Ihnen aber, mein lieber Feldmarschall, hat die Vorsehung in diesen Kämpfen das Große beschieden, die Provinz Ostpreußen vom Feinde zu befreien und unsere Waffen weit in Feindesland hineinzutragen. Das ist Ihr Verdienst, und dessen wird sich das deutsche Vaterland stets bewußt sein. Ich aber, als Ihr Kriegsherr und Ihr König, danke Ihnen von Herzen für diese Taten, die Ihnen für immer unvergessen bleiben sollen. Ueberall in deutschen Landen, in Ost und West, in Nord und Süd, sieht man die Verehrung für Sie. Sie sind zu einem Nationalheros des deutschen Volkes geworden. Der Name Hindenburg hat schon heute einen sagenhaften Klang. Wo er genannt wird, da blitzen die Augen, und da leuchten die Gesichter von Jung und Alt. Und darum fordere ich alle Anwesenden auf, sich mit Mir in einem dreifachen Hurra auf den Generalfeldmarschall zu vereinigen."

Nach dem Besuch im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost, begab sich Kaiser Wilhelm nach **Mitau** und begrüßte im Gelände jenseits der Aa Abordnungen der an der Dünafront stehenden Truppen mit einer kurzen Ansprache. Darauf reiste der Kaiser weiter zu andern deutschen Heeresgruppen der Ostfront, traf am 31. Mai im Gebiete der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern ein und weilte am 2. Juni auf der Rückreise nach Potsdam in Marienburg.

Anfang Juni.

Der Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Oberhofprediger D. Dryander, besuchte auf Befehl des Kaisers im Auftrage des Evangelischen Oberkirchenrats der preußischen Landeskirche die Ostfront und hielt während seiner vierzehntägigen Reise zehn Gottesdienste ab. In Begleitung des Militäroberpfarrers von Warschau, des Geheimen Konsistorialrats Strauß, begann Dryander seine Tätigkeit in Kowno mit einem Gottesdienst in der dortigen russischen Kathedrale und dem Besuch der Verwundeten und Kranken in den Lazaretten, sowie der Gäste in den Soldatenheimen. Von dort ging die Fahrt nordwärts nach Mitau, wo in der dortigen Trinitatiskirche vor der Militär- und der sich hinzudrängenden kurländischen evangelischen Gemeinde ein Gottesdienst abgehalten wurde. In der Nähe dieser Stadt konnte außerdem ein schöner Waldgottesdienst vor einer gewaltigen Menge von Feldgrauen abgehalten werden. Von Mitau aus wurden dann die südöstlich stehenden Truppen aufgesucht. „Ueberall", so heißt es in dem Bericht des „Evangelischen Preßverbandes für Deutschland", „blieb die Fürsorge der Truppenführer, die über alle Schilderung hinausgehende gespannte Aufmerksamkeit der Truppen, die freudigen und herzlichen Abschiedsgrüße wie die Teilnahme der Leichtkranken in großen Lazarettgottesdiensten die gleiche. Von den hohen Kuppeln russischer Kathedralen schallte in mächtigem Echo das Lied von der festen Burg auf die Sänger herab."

Mitte Juli.

Der badischen Presse zufolge besuchte Großherzog Friedrich von Baden Mitte Juli badische Truppenteile im Osten und nahm in Warschau die Parade der dortigen Landstürmer ab.

24. Juli 1916.

Wie amtlich mitgeteilt wurde, begab sich Kaiser Wilhelm in Begleitung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom westlichen auf den östlichen Kriegsschauplatz.

Vom Zaren und den russischen Heerführern

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

Vom Zaren

Besuche an der Front

10. bis 14. Februar 1916.

Der Zar, der am 10. Februar zur Front abgereist war, weilte am 11., 12. und 13. Februar an der Nordwestfront, wo er die Truppen besichtigte und an die Offiziere eines jeden Regiments Ansprachen hielt. Von der Front kehrte der Zar nach Zarskoje Selo zurück.

21. Februar bis 2. März.

Der Zar weilte wiederum bei der aktiven Armee.

16. März bis 2. April.

Der Zar begab sich abermals zu längerem Aufenthalt zur Front.

11. bis 13. April.

Am 11., 12. und 13. April besuchte der Zar die Südwestfront, traf am 11. April in Kamieniec-Podolski ein, wo er vom neuen Oberkommandanten dieser Front, General Brussilow (vgl. S. 248 f.) begrüßt wurde, und reiste am folgenden Tage im Automobil zur Inspektion der Truppen, die ihn, auf einem weiten Felde bei Zwaniec am Dnjester gegenüber Chotin in ungeheuerem Viereck aufgestellt, mit Begeisterung begrüßten, als er auf weißem Pferde langsam ihre Fronten abritt. Darnach richtete der Zar an verschiedene Regimenter Ansprachen, begab sich dann nach Chotin, besuchte dort die Spitäler und verteilte Auszeichnungen. Am 13. April nahm der Zar den Vorbeimarsch der Infanteriedivisionen entgegen, die in dieser Gegend in Quartieren lagen.

Während der Parade am 12. April war es einem österreichisch-ungarischen Flugzeug, das aus der Gegend von Bojan östlich Czernowitz aufgestiegen, gelungen, bis nach Zwaniec zu kommen, wo es fünf Bomben abwarf und einen Wachposten verwundete, der dann vom Zaren ausgezeichnet worden ist (vgl. S. 166 f.). Das österreichisch-ungarische Flugzeug entkam. Der Zar setzte, während er den Luftkampf beobachtete, die Besichtigung ruhig fort. Dieser Meldung fügte die „Petersburger Telegraphen-Agentur" (18. IV. 16) die Bemerkung bei: „In militärischer Hinsicht ist der Vorfall vielleicht bedeutungslos. Dagegen gibt er einen deutlichen Begriff von den Gefahren, unter denen der Zar seine Truppen zu besichtigen pflegt, mit denen er in ständiger Fühlung bleibt."

24. April.

Aus der Meldung des russischen Großen Generalstabs: „Der erhabene Oberstkommandierende verbrachte die Tage der heiligen Woche mit Wachen in Erwartung des großen christlichen Festes im Verein mit allen Mitgliedern seines Stabes."

Zweite Hälfte Juni.

Die Glückwunschtelegramme, die der Kaiser von Japan und der König von England anläßlich der russischen Sommeroffensive an den Zaren richteten, sind bereits in den Meldungen des russischen Großen Generalstabs erwähnt worden (vgl. S. 193 und S. 195). König Viktor Emanuel von Italien telegraphierte: „Ich bin mit dem ganzen italienischen Volke im Geiste bei der mächtigen Offensive Deiner Heere und sende Dir die herzlichsten und freundschaftlichsten Glückwünsche. In der Ueberzeugung, daß die gemeinsamen Anstrengungen zu einem endgültigen Erfolge führen werden, bitte ich Dich, versichert zu sein, daß meine Freundschaft unerschütterlich ist." Auch König Peter und Kronprinz Alexander von Serbien sandten Telegramme. Der König telegraphierte: „Ich beeile mich, Ew. Majestät von ganzem Herzen meine aufrichtigen Glückwünsche darzubringen für die schlagenden Erfolge Ihrer glänzenden Soldaten. Meine wärmsten Wünsche begleiten allezeit Ew. Majestät, die ihre Armeen selber führt."

12. Juli 1916.

Der Zar begab sich mit dem Thronfolger zur Nordwestfront; die Zarin trat eine Besuchsreise durch die russischen Roten-Kreuz-Lazarette an.

Der Zar als Feldherr

In „Frasers Magazine" schilderte der amerikanische Journalist Woodrow Withney, der bei einem Besuch des russischen Hauptquartiers auch dem Zaren vorgestellt worden war, die Eindrücke, die er dabei gewonnen hatte, nach dem „Neuen Wiener Tagblatt"

(20.VII.16.), folgendermaßen: „Der Zar empfing mich, umgeben von einem Stab hoher Offiziere. Damals (Mitte 1916) war er wirklich der Oberstkommandierende der russischen Armeen und übte auch tatsächlich die höchste Kommandogewalt aus. Er war nicht etwa nur der Beratene, der seine Genehmigung zu den Plänen seiner Generale gibt, sondern traf selbst sehr einschneidende Verordnungen — die nur allerdings, wenn sie seinem Generalstab bedenklich erschienen, nicht ganz so ausgeführt wurden, wie sie befohlen waren. Ich habe mich mit mehreren höheren russischen Offizieren über die militärischen Qualitäten des Zaren unterhalten, und es wurde mir freimütig erklärt, daß der Zar wenig ursprüngliche militärische Begabung besitze. Seine militärische Erziehung sei aber eine ganz vorzügliche gewesen; er zeige großes Verständnis für die militärische Ausbildung der russischen Soldaten und habe auch die Gabe, sich bei ihnen persönlich sehr beliebt zu machen.

Den Soldaten einer Kompanie sibirischer Schützen, die sich bei den Kämpfen in Polen besonders ausgezeichnet hatten, hat er persönlich Grüße auf die Feldpostkarten geschrieben, die sie an ihre Angehörigen heimsandten. Bei Truppenbesichtigungen bleibt der Zar oft vor Soldaten, deren Physiognomien ihn interessieren, stehen und befragt sie nach Herkommen, Beruf und ihren Angehörigen. Hat der Befragte schon mehrere Kämpfe mitgemacht, dann nimmt der Zar persönlich seine Beförderung vor. Auch Beförderungen von Soldaten des Mannschaftsstandes selbst zu höheren Offiziersstellen sind wiederholt vorgekommen. Bei einem Rückzugsgefecht in Polen waren von einem Regiment nur vierzehn Mann übrig geblieben, die ein Unteroffizier befehligte. Sie hielten eine Zeitlang mit Erfolg stand und retteten die Fahne. Der Unteroffizier wurde vom Zaren zum Obersten und die Mannschaft zu Leutnants befördert.

Der Zar ist sehr abergläubisch. Sehr oft schiebt er wichtige Pläne um einen Tag auf, weil er Nachts einen schlechten Traum hatte. Jedes Geschehnis hat für ihn eine gute oder schlechte Vorbedeutung; er glaubt auch an Gespenster und klagt viel darüber, daß er — selbst am hellen Tage — von schrecklichen Erscheinungen heimgesucht werde. An solchen Tagen ist der Zar ganz apathisch. Sein Gesicht scheint dann ganz blutleer, er spricht fast unzusammenhängend und zerstreut und gibt keine Antworten. An solchen Tagen hört er keine Vorträge und erteilt auch keine Befehle; er betet vor dem heiligen Gnadenbild, das ihn stets begleitet. In den Zeiten solcher Zustände macht er den Eindruck eines Menschen, der schwere Leiden zu erdulden hat und von seelischen Qualen gemartert wird. Als der Zar eines Tages ein Lazarett besuchte, wurde er zufällig Zeuge des Todeskampfes eines Soldaten. Der Sterbende riß sich mit der letzten Kraft hoch und warf sich auf den Zaren, der entsetzt zurücktaumelte. Der Soldat hatte sich aber an der Uniform des Zaren so festgekrallt, daß man ihn mit Gewalt auf das Lager zurückbringen mußte. Obwohl die Aerzte erklärten, der Vorfall sei im Todeskampf des Unglücklichen geschehen, der nicht mehr gewußt habe, daß der Zar vor ihm stehe, glaubte der Zar doch an eine böse Vorbedeutung und besuchte von nun an keine Lazarette mehr.“

Von den russischen Heerführern

26. Februar 1916.

General Kuropatkin wurde an Stelle des am 21. Dezember 1915 verabschiedeten Generals Rußki (vgl. XII, S. 320) zum Oberbefehlshaber der Armeen an der Nordwestfront ernannt.

2. April 1916.

General Brussilow, der Kommandeur der achten russischen Armee, wurde an Stelle von General Iwanow zum Oberbefehlshaber der Heere an der südwestlichen Front ernannt.

„Rußki Invalid“ veröffentlichte ein Handschreiben des Zaren an General Iwanow, in dem der Zar die ruhmreichen Kriegstaten des Generals hervorhebt, besonders die große Schlacht von Galizien, die er gewann, die Einnahme von Lemberg und Przemysl, schließlich den glänzenden Widerstand gegen die Oesterreicher und Deutschen an der Weichsel. Der Zar fährt fort,



Phot. H. Thill, Thorn

Sonntagnachmittagsruhe in den deutschen Schützengräben vor Dünaburg



Phot. H. Thill, Thorn

Ein Mittagsschläfchen in den Schützengräben vor Dünaburg



Phot. A. Grohs, Berlin

An der Ostfront erbeutete russische Maschinengewehre



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Der Großherzog Adolf Friedrich VI. von Mecklenburg-Strelitz bei einem Besuche der Ostfront

er erinnere sich mit den Gefühlen tiefer Dankbarkeit der militärischen Arbeit des Generals Iwanow während dieser 20 Monate der Arbeit und Anstrengungen zum Ruhme des Vaterlandes, seiner weisen Leitung der Armeen und seiner Liebe für seine Soldaten und schließt: „Diese langen Monate der Arbeit haben Ihre Gesundheit gefährdet. So willige ich mit Betrübnis ein, Sie Ihrer Funktionen zu entheben und ernenne Sie zum Mitglied des Reichsrates. Da ich stets Ihre Erfahrungen und Ihr Wissen mir zu Nutzen machen möchte, attachiere ich Sie meiner Person."

Ueber die Gründe der Verabschiedung des Generals Iwanow machte M. Th. Behrmann in der „Vossischen Zeitung" (6. IV. 16) folgende Mitteilungen: „Iwanows Stellung als Chef der russischen Südwestfront wurde etwa Anfangs März 1916 erschüttert, als unter dem Vorsitz des Zaren im Hauptquartier ein Kriegsrat unter Teilnahme der Generale Alexejew, Kuropatkin, Evert, Iwanow und Brussilow stattfand. Jener Kriegsrat hatte sich mit dem von den französischen Generälen Joffre und Pau sowie dem in Paris weilenden russischen General Schilinsky ausgearbeiteten russischen Offensivplan zu beschäftigen, der bei der allgemeinen doppelseitigen Offensive der Vierverbandsmächte einen neuen kräftigen russischen Vorstoß gegen Galizien vorsah. Feldstabschef Alexejew unterstützte beim Kriegsrat diese französische Forderung, ebenso Evert und Brussilow, während Kuropatkin und Iwanow eifrig dagegensprachen. Iwanow soll dabei erklärt haben, ein großer Teil seiner Streitkräfte sei ihm vor kurzem nach der nördlicheren Front entzogen worden und mit den ihm verbliebenen Kräften sei eine Operation gegen Galizien aussichtslos.

Gleichzeitig soll Iwanow im allgemeinen gegen eine größere russische Offensive vor Einberufung und Ausbildung der letzten Landstürmer ersten und zweiten Aufgebots gewarnt und schließliches Ermatten dieser vorzeitigen Offensive vorausgesagt haben. Der Kriegsrat wurde sodann für zwei Tage unterbrochen, währenddem sich der Zar mit dem französischen und dem britischen Hauptquartier in Verbindung setzte, die telegraphisch erwiderten, der deutsche Vorstoß auf Verdun könne nur durch eine russische Offensive abgeschwächt werden, man müsse somit nachdrücklichst auf dieser bestehen. Der Plan eines Vorgehens gegen Galizien wurde aber schließlich fallen gelassen unter Voraussetzung einer um so stärkeren Offensive Kuropatkins und Everts.

Während des Aufenthalts im Hauptquartier hatte Brussilow sich mit Kuropatkin ausgesöhnt nach einer seit dem japanischen Krieg zwischen beiden bestandenen Fehde; zu ihnen gesellte sich als Dritter im Bunde Alexejew, der Anreger der Rehabilitierung und Berufung Kuropatkins. Diese drei Generale bilden von nun an die autokrative Instanz des russischen Feldheeres, nachdem man die „Kiewer Periode" (bis zum Kriegsausbruch war Iwanow Oberbefehlshaber des Kiewer Militärbezirks, und Rußki dessen Gehilfe) glücklich überwunden hatte. Das Triumvirat arbeitet darauf hin, Kuropatkin zum Generalissimus der gesamten russischen Streitkräfte ernennen zu lassen, worauf dann mit Ausschluß Everts der Generalissimus die Führung der Front Riga—Poljesje, Brussilow aber die Führung der Front Poljesje—Bukowina übernehmen sollte.

Der bald darauf erfolgte Zusammenbruch der russischen Frühjahrsoffensive (vgl. S. 171 f.) ließ diese schon als beschlossene Tatsachen auftretenden Gerüchte, wenn auch keineswegs verstummen, so doch etwas leiser werden. Das Erlahmen dieser Offensive, das Iwanow so ungeschminkt vorausgesagt hatte, wurde aber gerade ihm in die Schuhe geschoben: Wäre, hieß es, Iwanow gleichzeitig gegen Galizien vorgegangen, so hätten die Deutschen und Oesterreicher einen großen Teil ihrer nördlichen Kräfte nach dem Süden verschieben müssen, und Kuropatkins Durchbruch wäre gelungen. Und so mußte Iwanow, dieser nach Rußki zweifellos beste russische Heerführer, gehen."

„General Brussilow wurde am 19. April 1853 geboren. Er ging durch das Pagenkorps, wurde 1872 Kavallerieoffizier und nahm noch als Leutnant am Kriege gegen die Türken teil, fand jedoch wenig Gelegenheit, sich auszuzeichnen. Vor dem japanischen Kriege war Brussilow seit 1902 Kommandeur der neu eingerichteten Offiziers-Reitschule in Petersburg und ließ in der Nähe von Postawy eine Reitbahn für großes Hindernisrennen anlegen, auf der alljährlich Hunderte russischer Offiziere ausgebildet wurden. 1906 übernahm Brussilow das Kommando der 2. Gardekavalleriedivision; er zeichnete sich dabei so aus, daß er drei Jahre später zum Kommandeur des 14. Armeekorps ernannt wurde. Man schätzte auch seine tüchtigen Eigenschaften als Verwalter und gab ihn einige Zeit dem Heereskommandanten des Warschauer Militärbezirks, General Skalon, als Gehilfen bei. Trotz alledem war sein Ruf kaum über die militärischen Kreise hinausgedrungen.

Bei Kriegsausbruch führte Brussilow das 12. Armeekorps, um bald darauf die VIII. Armee zu übernehmen. Der erste Feldzug in Galizien machte Brussilows Name in ganz Rußland schnell

populär. Er besetzte am 3. September 1914 die Stadt Halicz, die von den österreichisch-ungarischen Truppen heldenmütig verteidigt worden war. Im Oktober führte er einen Teil seiner Truppen über die Karpathen ins Tal der Theiß, wo Marmaros-Sziget eine Zeitlang von den Russen besetzt war. Auch der zweite Einfall nach Oberungarn stand unter der Leitung Brussilows. Auf Brussilows Konto kommt dann aber auch die Niederlage der Russen bei Przemysl und die endgültige Räumung der Festung. Er verschwand damals, wie so mancher andere russische General, um seinen geschädigten militärischen Ruhm in Petersburg zu reparieren. Dort klagte er Radko Dimitriew an, der vollkommen in Ungnade fiel; und als das noch nicht genügte, um sich einen hohen Posten zu beschaffen, lief er mit Erfolg Sturm gegen seinen einstigen Freund und Gönner Suchomlinow (vgl. IX, S. 204). Seitdem stieg Brussilow wieder und da man ihn für den Retter hielt, gab man ihm unumschränkte Vollmachten." (E. v. Sz. in „Vossische Zeitung", 4. VII. 16.)

Von Brussilows Unterführern ist vor allem General d. Inf. Leschitzki zu nennen, der früher besonders bei Reformen innerhalb der Infanterie stets zu Rate gezogen wurde. Leschitzki ist in der Hauptsache Kommandant sibirischer Truppen gewesen, zuletzt Kommandierender des Priamurschen Militärbezirks; auch als Kommandeur der ersten Gardeinfanteriedivision ist Leschitzki in weiteren Kreisen bekannt geworden. Scherbatjew ist ebenfalls ein General, der mit Auszeichnung aus diesem Kriege hervorgegangen ist. Infolge seiner Verdienste bei der Karpathenoffensive wurde er zum Generaladjutanten des Zaren ernannt und erhielt den Andreasorden. Ueber General Sacharow, gehen die Meinungen stark auseinander. In der Oeffentlichkeit spricht man ihm besondere militärische Fähigkeiten ab, da er es nicht vermocht habe, das feindliche Zentrum gegen Lemberg zu drücken und an der Strypa aufgehalten wurde. In militärischen Kreisen dagegen ist man überzeugt, daß Sacharow ein bedeutender Taktiker ist.

18. April 1916.

Der frühere russische Kriegsminister Poliwanow ist nach Meldungen russischer Blätter an die Spitze der russischen Truppen im Strypaabschnitt gestellt worden.

30. April 1916.

Der Generalstabschef General d. Inf. Alexejew wird zum Generaladjutanten des Zaren ernannt unter Beibehaltung seines bisherigen Postens.

Aus russischen Armeebefehlen

Aus dem „k. u. k. Kriegspressequartier" wurde am 3. XII. 15 geschrieben: Die Presse der Ententemächte gibt sich viel Mühe, gegen die Soldaten der Verbündeten Verleumdungen zu erdenken, um die lächerliche Behauptung, daß sie im Dienste der Kultur gegen die Barbarei Krieg führen, begründen zu können. Die russische Heeresleitung enthebt uns der Mühe, selbst Belege für den Gegenbeweis sammeln zu müssen. Die russischen Armeekommandanten stellen uns in ihren Befehlen, zu denen sie durch die ungezügelte Brutalität ihrer Truppen gezwungen werden, selbst das Zeugnis aus, daß wir und unsere Verbündeten gegen die Barbarei Krieg führen. Als Beispiel sei hier im ursprünglichen Wortlaut ein Brief eines russischen Armeekommandanten, wohl vom Oktober 1915, mitgeteilt, der bei einem gefangen genommenen Stabsoffizier des russischen 8. Schützenregiments in Abschrift gefunden wurde, offenbar an die unterstellten Korpskommandanten gerichtet war und einen tiefen Einblick in die moralische Verkommenheit eines Teiles der russischen Armee gibt:

„In letzter Zeit erschienen Anordnungen zur Hintanhaltung von Plünderungen seitens der Kosaken. Letztere schänden den russischen Namen nicht nur in Galizien, sondern in der ganzen Welt und jetzt wiederholen sich die Plünderungen und Vergewaltigungen bei friedlichen Einwohnern und bei russischen Untertanen. Ein ähnliches Vorgehen wie jenes bei den Kosaken findet man auch bei anderen Truppen, besonders bei den Mannschaften der Parks und verschiedenen Trains. Es ist furchtbar, umsomehr, als die Betroffenen nirgends Schutz finden. Selbst die Vorgesetzten verheimlichen oder begünstigen sogar Fälle von Raub und Plünderung. Wollte man bei den Familien der im Felde stehenden Offiziere nachforschen, so fände man sehr viel Gestohlenes und zwar Geschirr, Kristall, Bilder, Tep-

piche, Stoffe und andere Wertsachen. Alles dies wurde weggeführt und zwar durch Offiziere und nicht durch die Mannschaft. Und jene Offiziere, die ihre Hände nicht beschmutzen, schweigen bei solchem Vorgehen ihrer Kameraden. Jetzt werden Russen und Flüchtlinge beraubt. Hauptsächlich sind es Kosaken, denen überhaupt nichts heilig ist. Freilich gibt es auch Kosakenabteilungen, in denen die Offiziere diese Schandtaten nicht dulden.

Diese schändlichen Vorkommnisse kann man nur durch Bestrafung der Vorgesetzten beseitigen und indem man fernerhin die Kosaken von jedem Polizeidienst ausschließt. Was läßt sich dagegen tun, daß die Vorgesetzten ihnen unterstellte Leute abkommandieren, ohne ihnen entsprechende Subsistenzmittel mitzugeben. Die Leute werden um Fourage usw. geschickt, aber man gibt ihnen kein Geld mit. In jedem bewohnten Orte muß bis zum letzten Augenblick Poli ei bleiben, und es muß ihr das Recht zustehen, plündernde Militärpersonen zu verhaften. Nur dann findet die Bevölkerung Schutz. Es ist unerläßlich, in jedem neubesetzten Ort unverzüglich Polizisten aufzustellen. Ihrer gibts genug. Sie könnten der Armee unmittelbar folgen.

Während des ganzen Feldzugs wurden Gegenmaßregeln erst dann ergriffen, als niemand mehr zu beschützen war. Was wurde das ganze Jahr hindurch gemacht und was geschieht auch jetzt? Die Bevölkerung wurde mit Gewalt aus ihren Heimstätten vertrieben, ihre Häuser werden verbrannt und das darin Befindliche gestohlen und zwar auch bei den Zurückgebliebenen! Die Haupttäter sind Kosaken und Marodeure. Den Flüchtlingen werden Wertsachen abgenommen und von den höheren Chargen für einen lächerlich geringen Preis gekauft, z. B. zwei bis drei Rubel für eine Kuh. Sogar unter den Augen höherer Vorgesetzten vollziehen sich diese schändlichen Diebstähle. Alles dies ist unendlich schmerzlich, und der gute Ruf der russischen Armee leidet umsomehr, als die Armee das russische Volk bedeutet. Es ist unbedingt nötig, strenge und energische Maßregeln zu ergreifen.

Für die Richtigkeit: Oberst Sasonow."

Auch Auszüge aus gefundenen russischen Befehlen, die „Streffleurs Militärblatt" (XI.15) veröffentlicht hat, geben interessante Aufschlüsse über die Zustände im russischen Heere. Wir entnehmen der Zusammenstellung folgendes:

Der Generalstabschef des Oberbefehlshabers der Nordwestfront an den Chef der IV. Armee (Nr. 3666):

„In letzter Zeit macht sich in Briefen der Offiziere und Mannschaften eine sehr gedrückte Stimmung bemerkbar, die darauf zurückzuführen ist, daß unsere Streitkräfte aus Galizien zurückgezogen wurden . . . und daß die Dauer des Krieges eine derartig lange ist. In einigen dieser Briefe wird auf die Zwecklosigkeit des gegenwärtigen Krieges hingewiesen, ferner wird in ihnen häufig behauptet, daß Deutschland unbesiegbar sei und ein rascher Friedensschluß nicht von der Hand zu weisen wäre. Briefe solchen Inhalts können nur Leute schreiben, die keinen Willen haben und mutlos geworden sind. Auch verkennen diese Leute die jetzige schwierige Lage, in der sich ganz Rußland befindet, und können nicht begreifen, welche Ziele der gegenwärtige Krieg verfolgt. Ich halte derartige Vorkommnisse für unzulässig, ja sogar für strafbar . . . Gleichzeitig befiehlt der Armeeoberbefehlshaber, alle Zensurorgane zu unterrichten, daß sie verpflichtet sind, eine möglichst große Anzahl von Briefen durchzulesen und derartig unzulässige Briefe zu konfiszieren, damit deren Verfasser zur strengsten Verantwortlichkeit gezogen werden können. (gez.) Siwers, GM."

Das 11. Armeekommando an das 18. Korps (Nr. 12519):

„In den letzten drei, vier Monaten wird eine in der russischen Armee ganz ungewöhnlich große Zahl von Soldaten während der Märsche und Gefechte vermißt; sie müssen zum überwiegenden Teil fahnenflüchtig geworden sein oder sich dem Feind ergeben haben. Ich befehle, die Ursachen dieser für den russischen Soldaten überaus schimpflichen Erscheinung in allen Fällen — keine Schwierigkeiten scheuend — in der sorgfältigsten Weise aufzuklären und die Maßregeln bekannt zu geben, die seitens der Kommandeure zur Vermeidung derartiger schimpflicher Erscheinungen sowohl während des Kampfes oder Marsches als auch nach Beendigung derselben ergriffen wurden . . . Generaladjutant Iwanow."

Aus dem Tagesbefehl an das 83. Infanterieregiment (Nr. 134 vom 14./27. Juni 1915):

„Auf Befehl des Oberkommandos ist gegen alle freiwillig zum Feinde übergehenden Soldaten rücksichtslos und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten. Als Maßnahmen kommen in Betracht: Anwendung der Schußwaffen, Maschinengewehre und Artilleriefeuer. Ich befehle allen Führern, gegebenenfalls obige Maßnahmen mit aller Strenge anzuwenden und, falls irgendwo unter der Mannschaft die Absicht des Ueberlaufens erkannt wird, die Schuldigen an Ort und Stelle zu erschießen."

Der Oberbefehlshaber der Südwestfront an den Kommandeur der 9. Armee (Nr. 6337):

„Ungeachtet dessen, daß der Verkauf von alkoholischen Getränken verboten ist, werden Spirituosen von Offizieren und Beamten der hinter der Front gelegenen Kommandos, ebenso der Stäbe und Armeekommandos getrunken, entgegen dem Befehl der Obersten Heeresleitung und trotz meiner wiederholten Hinweise und Ermahnungen. Gleichzeitig macht sich hinter der Front noch eine andere nicht minder bedauerliche Erscheinung bemerkbar: bei den Stäben und Behörden, deren Quartiere mit Lazaretten in demselben Ort gelegen sind, erlaubt sich das Offizierkorps einen ungebührlichen Flirt mit den barmherzigen Schwestern . . . Augenscheinlich genügen die vielen Warnungen zur Bekämpfung der Ausschweifungen hinter der Front nicht. Deshalb müssen strenge Maßnahmen nicht nur gegen diejenigen getroffen werden, die das Gesetz und die Vorschriften übertreten, sondern auch gegen jene Vorgesetzten, die trotz ihrer Machtbefugnis untätig zusehen und damit den moralischen Ausschweifungen Vorschub leisten."

Befehl an den Oberbefehlshaber der Nordwestfront vom 18. Juli 1915 (Nr. 3813/923):

„Nach Gefangenenaussagen ist erstaunlich, wie große Munitionsmengen von unseren Truppen beim Verlassen der Stellungen zurückgelassen werden. Wenn man bedenkt, daß es Augenblicke gibt, in denen bei mir für die ganze Front nicht mehr als 100 000 Gewehr- und Maschinengewehrpatronen vorhanden sind, wobei ich nicht hoffen kann, daß ich einen größeren Vorrat bekommen werde, dann erweist sich eine solche Vergeudung der Munition, die unsern Feinden gelassen wird, als ein Verbrechen, denn wir bringen uns mit eigenen Händen um die Mittel zum Kampfe. Anscheinend liegt die Ursache im Nichtverstehen der Organisation des Munitionsnachschubes. Anstatt nach und nach Munition von rückwärts nach vorne zu bringen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die ganze Munition in den Deckungen angesammelt und dann beim Rückzuge natürlich zurückgelassen . . . Auf jede Art ist dieser traurigen Erscheinung entgegenzutreten und an die schwere Lage zu denken, wenn auf Munitionsanforderungen der Armee geantwortet wird, daß keine Munition da sei; gleichzeitig aber werfen unsere Truppen Massen von Munition weg oder lassen sie liegen . . . Wenn schon der Soldat kein Verständnis dafür hat, so kann man doch von den Kommandanten verlangen, daß ihnen die Schwierigkeiten der Munitionsbeschaffung bekannt sind. (gez.) Alexejew."

Schließlich sei noch ein Erlaß des russischen Kriegsministers Schuwajew erwähnt, den er nach einer Stockholmer Meldung der „Neuen Freien Presse" (26. IV. 16) den Armeekommandos gegen die Lockerung der Disziplin im russischen Heere zustellte. Es heißt darin:

„In der letzten Zeit haben sich die Fälle der Gehorsamsverweigerung in der russischen Armee erschreckend gehäuft. Den Unteroffizieren fehlt jegliche Autorität; ihre öffentliche Verhöhnung durch Soldaten ist keine Seltenheit. Im letzten Monat wurden 7300 tätliche Angriffe gegen Vorgesetzte vor Gericht verhandelt. Ein im Generalsrang stehender Offizier hat einen rangtieferen Offizier erstochen. Ich ermächtige darum das Feldgericht, bei Erkennung des Strafmaßes die Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches um die doppelte und dreifache Verschärfung zu überschreiten, in besonders schweren Fällen ist sogar die Todesstrafe zur Abschreckung zu empfehlen, dann ist jedoch die Genehmigung des Kriegsministers notwendig."

Ein anderer merkwürdiger Befehl war am 20. März 1916 vom Stabschef General d. Inf. Alexejew gegen die Klatschsucht in der russischen Armee ausgegeben worden. Es wird darin ausgeführt, daß die russischen Offiziere und Soldaten ganz naiv alles ausplauderten und in Feldpostbriefen nach Hause schrieben. Dadurch erfahre die russische Oeffentlichkeit alles, was in der Armee geschieht, sogar die wichtigsten Geheimnisse würden verraten, und der Feind ziehe Nutzen aus dieser „Klatschepidemie". Deshalb verfügte der Zar als oberster Kriegsherr, daß alle Soldaten, die über militärische Handlungen sprechen oder schreiben, bestraft werden.

Es ist erklärlich, daß bei solchen Zuständen außerordentliche Maßnahmen und Anstrengungen der russischen Führung nötig waren, um die Infanterie an den Feind heranzubringen. Ein bezeichnender Beweis dafür ist ein Befehl, der vor der russischen Märzoffensive 1916 erlassen worden ist und bei einem gefangenen russischen Offizier im Original gefunden wurde. Der Befehl lautet nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (16. IV. 16) in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen:

Telegramm. An den Kommandeur des 27. Armeekorps. Aufgenommen den 3./16. März 1916. Dringend. Geheim. Ich übergebe wörtlich ein Telegramm des Kommandeurs 2 zur strikten Ausführung: „Budslaw, 2.40 Uhr, Morgens. Operativ. Ich befehle für die bevorstehende Operation folgendes zur Richtschnur zu nehmen:

1. Die artilleristische Vorbereitung fängt bei Tagesanbruch an der ganzen Front an und erreicht das verlangte Resultat so, daß die Infanterie lange vor Einbruch der Dunkelheit die erste Linie des Gegners nehmen kann.

2. Bei Beginn des Sturmes ist das Artilleriefeuer hinter die erste Linie der Schützengräben des Feindes zu verlegen. Es darf keine Pause im Artilleriefeuer eintreten.

3. Zwecks Zerstörung und Beseitigung der Hindernisse sind alle möglichen Mittel anzuwenden: Minenwerfer, Bombenwerfer, Maschinengewehre, Handgranaten, Segeltuchmatten und gestreckte Pyroxylin-Sprengladungen.

4. Möglichst nahe der vorderen Stellung sind Lager für Patronen, Draht, spanische Reiter, Säcke, Telephondrähte usw. zu errichten.

5. Nach Einnahme der Gräben des Gegners dürfen sich die Angreifenden nicht aufhalten lassen. Der Durchbruch verträgt keine Unterbrechung.

6. Die Artillerie hat alle Maßregeln zu treffen, damit das Schießen auf eigene Truppen vermieden wird. Hierin liegt die ganze Stärke des Zusammenwirkens der Infanterie mit der Artillerie.

7. Den Truppen ist einzuprägen, daß die Reserven und Artillerie auf sie das Feuer eröffnen werden, falls die Angreifenden versuchen sollten, sich gefangen zu geben.

8. Alle an den Fingern Verwundeten und Selbstverstümmelten sind in die Schlacht zurückzuführen.

9. Die Polizei hat sorgfältig auf alle rückwärtigen Wege zu achten, damit kein gesunder Mann durch ihre Posten durchkommt.

10. Nach Empfang dieses ist alles zwecklose Schießen sowohl mit Gewehren als auch durch Artillerie zu vermeiden. Man beschränke sich nur aufs Einschießen mit der Artillerie auf besonders wichtige und günstige Ziele.

11. Jeder Kommandeur bis zum Abteilungsführer einschließlich hat 2 bis 3 Stellvertreter zu bestimmen.

12. Jeder bis zum Soldaten muß seine Handlungsweise kennen.

13. Befehlsänderungen sind zu vermeiden.

14. Alle Uhren müssen verglichen und genau gestellt werden.

15. Die Verbindung nach rückwärts und in der Linie muß ständig überwacht werden, besonders mit den anderen Truppen. Einer muß dem andern helfen. Ohne dies können wir nicht siegen.

16. Ueberall muß man die Augen haben, es treten dann weniger Ueberraschungen ein.

17. Jeder muß Reserven haben, aber mitwirkende und nicht nur dastehende.

18. Immer vor Augen haben — wer mit seinen Patronen und Geschossen nicht haushält, der macht bankerott.

19. Versehen nicht fürchten. Ein Fehler ist nur dann kränkend, wenn er unnütz gemacht wurde.

20. Wenn Blut fließt, muß man die Tintenfässer schließen. — Außer Meldungen und Befehlen, keine andere Schreiberei.

1309. Ragusa. Für die Richtigkeit: Stabskapitän Martschenko.

Zu Brussilows großer Sommer-Offensive erhielten die russischen Truppen ganz neue Instruktionen und Befehle. In einem dieser Befehle ist ausgeführt, daß die russische Infanterie bisher eine schlechte und unpraktische Taktik verfolgt habe. Es sei ihr während des Krieges häufig gelungen, nicht nur in die gegnerischen Stellungen einzudringen, sondern sie auch zu durchbrechen. Nach solcherlei anfänglichen Erfolgen habe aber die russische Infanterie die errungenen Vorteile nicht auszunutzen verstanden. Sie habe den Feind nicht verfolgt und sei ihm nicht gleich nachgedrungen. Dadurch habe sie ermöglicht, daß der Feind eine neue Widerstandslinie errichtete und organisierte. Diese Fehler seien hauptsächlich in den Karpathenkämpfen begangen worden. Die Oesterreicher und Ungarn sowie die Deutschen bezeichneten die Russen deshalb als „pigra masa", weiche Massen, und rechneten damit, daß sie zu kühnen Kampfhandlungen unfähig seien. Die russischen Offiziere und Soldaten schienen eine heillose und unbegründete Angst vor Flankenangriffen zu haben und blieben in ihren eroberten Stellungen stehen, um sich

nicht Ueberraschungen und Ueberrumpelungen auszusetzen. Das sei aber eine schlechte Methode, und darum ergehe der Befehl, daß die russische Infanterie ohne Rücksicht auf Verluste und Opfer immer und sofort dem Feinde nachdrängen müsse, selbst wenn ihre Flanken bedroht und Ueberraschungen nicht ausgeschlossen seien.

Auch die russische Artillerie hatte neue Weisungen bekommen. Als mustergültig werden ihr die österreichisch-ungarische und deutsche Artillerie vorgehalten. „Eure österreichisch-ungarischen Kameraden", so schrieb der Kommandant der 65. russischen Division, „stellen ihre Geschütze in Infanteriestellungen selbst oder in deren unmittelbarer Nähe auf. Sie leisten Großartiges in der Abwehr unserer Angriffe und unterstützen die Angriffe ihrer Infanterie selbstlos und aufopferungsvoll. Diesem Beispiel soll die russische Artillerie folgen." Hieran schließen sich eingehende Weisungen, wie man Geschütze aufstellen, das Feuer leiten, die feindlichen Hindernisse und Stellungen zerstören und Sperrfeuer vor die heraneilenden Reserven legen solle. Verblümt wird auch angedeutet, daß man die eigene Infanterie im höchsten Notfall nicht schonen solle.

Alle diese Maßnahmen hinderten nicht, daß die Truppen militärisch wie moralisch nach wie vor versagten. Als Beweis dafür sei zunächst ein älterer russischer Reservatbefehl angeführt, den „Rußki Wjestnik" (Russischer Bote) veröffentlicht hat. Er lautet nach dem „Neuen Wiener Tagblatt" (3. VIII. 16) folgendermaßen:

„Kopie, Reservatbefehl, 9. Armee, 5. Juni 1915 Nr. 493. Am 2. Juni habe ich zur Verfügung des Kommandierenden des Chefs des 12. Armeekorps, des Generals Alfran, außer den Regimentern, die bereits unter seinem Kommando standen, noch die gesamte 35. Infanteriedivision und eine Brigade der 20. Division gestellt, und zwar zu dem Behufe, nicht nur den deutschen Vorstoß aufzuhalten, sondern auch unsere Front Lubaczow—Krakowiec zu verbessern. Aus den erhaltenen Meldungen stellte ich fest: 1. Der Angriff war organisiert mehr pro forma, aber nicht zum festen Entschluß, einen Sieg zu erzielen. Aus diesem Grunde konnte auch kein Erfolg erzielt werden. 2. Technisch war der Angriff so organisiert, wie man ihn nur mit sehr ausgebildeten Kaders hätte ausführen können, das heißt, man führte den Angriff mit solchen Schwarmreihen aus, wo jeder Kämpfer selbständig arbeiten muß, aber man vergaß dabei, daß die Mannschaft mangelhaft ausgebildet war und daß wir sehr wenig Offiziere hatten. Jetzt muß man, um einen Erfolg zu erzielen, in dichten Schwarmreihen angreifen und zur Unterstützung der Angreifer dichte Kolonnen haben. So machen es die Deutschen und sie haben weniger Verluste als wir, da bei ihnen eine strenge Disziplin und genau Ordnung herrschen. Außerdem muß man hinter die Stürmenden vertrauenswürdige Soldaten und Maschinengewehre stellen, um, wenn es nötig sein sollte, die Zaudernden zu zwingen, vorwärtszugehen. Ohne viel nachzudenken, müssen ganze Abteilungen niedergeschossen werden, wenn sie die Flucht ergreifen wollen oder wenn sie sich dem Feind ergeben. Jeder, der sieht, daß eine Kompagnie oder mehr sich dem Feinde ergibt, muß sofort das Feuer auf die sich ergebenden Soldaten eröffnen und trachten, sie alle zu vernichten. 3. Viele von den Kommandanten wollen nur ihre Truppenteile dirigieren, sogar dann, wenn sie das Oberkommando übernehmen sollten. So waren am 3. Juni von den sieben Divisionskommandanten des 12. Korps bloß drei im Dorfe Lipin, während die andern sich im Stabe des Korps befanden, selbst dann noch, wenn ihre Truppen zu wanken begannen. Ich weiß auch nicht, wo zu dieser Zeit die Regimentskommandanten weilten, ich bemerkte bloß zwei oder drei. Die Generale und Kommandanten müssen sich rückwärts befinden, doch wenn das Regiment wankt, so müssen sie vorn sein und nicht sich einen Platz auf der Telephonstation suchen. Dort kann man auch den Adjutanten lassen. Für die Richtigkeit: (Unterschrift unleserlich.) Der ältere Adjutant der 88. Infanteriedivision: Morosow m. p."

Für die moralischen Zustände im russischen Heere sind weiterhin Aufzeichnungen aus dem Tagebuch eines Fähnrichs eines russischen Garderegiments charakteristisch, das östlich Szelwow im Verbande der dritten Gardedivision des zweiten Gardekorps kämpfte. Mit Erlaubnis des Kommandos der k. u. k. vierten Armee hat Georg Bittner in der Wiener „Neuen Freien Presse" (6. IX. 16) aus dem auf dem Gefechtsfelde gefundenen Buche folgende Einzelheiten veröffentlicht:

„30. April a. St. 1916: Heute wird der Infanterist Mieschkasch, dem ich am 12. d. das Trommelfell zerschlug, ins Spital gebracht. Ich bin beunruhigt, da er sich beklagen wird. Der Regimentsarzt versprach mir, sich für mich zu verwenden.

16. Mai: Ab heute wurde laut Divisionskommandobefehl die Fleischportion auf ein halbes Pfund herabgesetzt.

22. Mai: Traurige Nachricht. Die Fähnrichsgage wurde um dreißig Rubel gekürzt. Dies mindert die Kampfeslust.

30. Mai: Ankunft in Luck. Viele herrenlose Hunde und Katzen treiben sich herum, so daß die Zeitungsnotiz, in der berichtet wurde, die Oesterreicher hätten alle Hunde und Katzen aufgegessen, nicht zutrifft. Wie die Stadtbewohner erzählen, soll an der Zeitungsnotiz des Redakteurs des „Rußkoje Slowo" kein wahres Wort sein, da während der Besetzung der Stadt durch die Oesterreicher die peinlichste Ordnung und Reinlichkeit herrschte.

21. Juli: Verwundete Soldaten des Leibgarderegiments Litowski und Wolhynski erzählen, daß befohlen wurde, alle Gefangenen und Leichtverwundeten, die eingebracht werden, niederzumachen. Die Deutschen kämpfen nach meiner Ansicht viel ehrlicher als wir Russen.

31. Juli. Leichtverwundete österreichische und deutsche Gefangene wurden auf Befehl des Obersten Kurlow von unseren Soldaten, hauptsächlich Offiziersdienern, geschlagen. Ein deutscher Soldat, der einen Kopfschuß hatte und noch lebte, wurde mit einem Stock auf den Kopf geschlagen. Der Infanterist Koroliew kann dies bestätigen. Die angeblichen Greueltaten, von denen unsere Zeitungen so viel schreiben, begehen hauptsächlich unsere Soldaten und Offiziere.

Gefangene Offiziere werden bei uns mißachtet. Auf dem Wege zum Stabe werden sie unter Bedrohung ihres Lebens gänzlich ausgeraubt. Alle Leichen der gefallenen Feinde werden beraubt, ja sogar eigene Tote werden nicht verschont."

Derartige russische Untaten sind verschiedentlich vom „K. u. K. Kriegspressequartier" gemeldet worden. Zur Ergänzung sei hier noch die folgende Meldung des „Wolffschen Telegraphen-Büros" (26. VI. 16) beigefügt: „Russische Soldaten der Regimenter 209 und 210 von der 53. russischen Division, die am 22. Juni 1916 in den Kämpfen bei der Heeresgruppe Linsingen gefangen genommen wurden, sagten übereinstimmend aus, sie hätten den ausdrücklichen Befehl gehabt, keine Deutschen gefangen zu nehmen, sondern sie ausnahmslos niederzumachen. Diese Feststellung erklärt es, daß die russische Heeresleitung in ihrem amtlichen Berichte vom 22. Juni 1916 behauptet, die russischen Truppen gäben keinen Pardon, da die Deutschen Explosivgeschosse verwendeten. Es bedarf keiner Versicherung, daß diese Behauptung, wenn sie der russischen Heeresleitung zuging, eine nichtswürdige Lüge ist. Die amtliche russische Erklärung entschuldigt somit lediglich die Befehle russischer Kommandostellen, die das Licht der Oeffentlichkeit scheuen."

Aus den besetzten Gebieten

Die deutsche Verwaltung im Bereich der Hindenburgschen Armeen

Beim Vormarsch der verbündeten Heere im Frühjahr und Sommer 1915 wurde auch im Bereich der Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost, die allmählich 120000 Quadratkilometer umfaßte, eine Verwaltung eingerichtet, die man, wie Rolf Brandt in einem längeren Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (8. II. 1916) ausführte, ihrem System nach als Etappenverwaltung bezeichnen könnte. Es handelte sich hier um die russischen Gouvernements Suwalki und Kowno, einen Teil des Gouvernements Wilna, um den Bezirk Bialystok und um Kurland. Schon aus der Aufzählung ist ersichtlich, daß ein großer Teil dieser Gebiete unmittelbar hinter der deutschen Front lag, was dazu zwang, das militärische Interesse allen anderen Grundsätzen voranzustellen.

Die vollständige Einrichtung der Zentralverwaltung am Orte des Sitzes des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist erst im Laufe des Monats November 1915 vor sich gegangen. Den, wie bei jedem höheren Militärkommando, vorhandenen Abteilungen

wurden fünf neue Verwaltungsabteilungen angegliedert. Die ausübende Gewalt ruhte in den Händen des Generalfeldmarschalls, der mit Exzellenz Ludendorff und dem Generalquartiermeister von Eisenhart-Rothe die obersten Entscheidungen der Zentralverwaltung traf. Die einzelnen Abteilungen der neuen Zentralverwaltung gliederten sich in: Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, Kultus, Justiz. Den Verwaltungschefs der einzelnen Gebiete waren die Kreischefs unterstellt mit Kreisämtern, denen je ein Kreishauptmann vorstand. Diese Kreisämter waren die wesentlichen Stützen der deutschen Verwaltung im Lande. Ihnen war ein Friedensrichter angegliedert, ihnen stand eine Anzahl von Gendarmen zur Verfügung. Der beabsichtigte weitere Ausbau nach uuten, die Einsetzung von Amts- und Ortsvorstehern wurde langsam teilweise durchgeführt, stieß aber wegen des Mangels an geeigneten Persönlichkeiten im Lande auf große Schwierigkeiten. Nur Kurland war in diesem Punkte wie in allen Personalfragen besser gestellt durch die Möglichkeit der Mitarbeit seiner hochstehenden Bevölkerungsteile.

Bei der Abgrenzung der einzelnen Verwaltungsgebiete nahm man möglichst auf die vorhandenen russischen Einteilungen Rücksicht. So entstanden die schon erwähnten fünf Gebiete:

Kurland umfaßt bis auf den ganz kleinen Zipfel bei Dünaburg das ehemals russische Gouvernement Kurland, also ein Gebiet von rund 27 000 Quadratkilometern. In der Kreiseinteilung hielt man sich hier im großen und ganzen an die vorhandene russische Einteilung. Nach einem Berichte von Dr. Baron von Stempel in der „Warschauer Zeitung" (9. VIII. 16) lagen die vornehmsten Aufgaben hier zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet. „Den Kreishauptleuten waren ein Wirtschaftsleiter (Wirtschaftsbeirat) sowie mehrere Wirtschaftsoffiziere zugeteilt. Die Tatsache, daß drei Fünftel der Einwohner des an sich schon dünn bevölkerten Landes von den Russen verschleppt oder vor dem deutschen Einmasch geflüchtet waren, bot, da es sowohl an menschlichen Arbeitskräften wie an Pferdekräften mangelte, ein kaum zu überwindendes Hindernis. Dazu kam, daß die Kieswege im Herbst und Winter so gut wie unbefahrbar sind. So konnte im Herbst 1915 die Ernte nur zu einem Teil eingebracht und die Herbstbestellung nur in geringem Umfange durchgeführt werden. Im Frühjahr 1916 gelang es, unter Zuhilfenahme von Gefangenen und Armierungstruppen sowie Bereitstellung von Pferden, Dampfpflügen usw., unter Anspannung aller Kräfte wenigstens den größten Teil der Ackerfläche zu bestellen.

Auch die Aufgaben, die der inneren Verwaltung zufielen, konnten nur unter erheblichen Schwierigkeiten bewältigt werden. Zunächst wurde im Laufe der Zeit durch Anstellung von Kreisärzten unter Heranziehung einheimischer Mediziner, sowie durch Kommandierung von Veterinäroffizieren, Ueberwachung der Apotheken, Ausbildung von Sanitätspersonal usw. eine hinreichende Sanitäts-, Medizinal- und Veterinärpolizei geschaffen. Während für die polizeilichen Gebiete eine große Zahl, wenn auch vereinfachter Bestimmungen im Verordnungswege neu erlassen werden mußten, ist in der Rechtspflege, soweit materielles Recht in Frage kam, auf geltendes einheimisches Zivil- und Strafrecht zurückgegriffen worden. Als formelles Recht (Zivil- und Strafprozeß) dagegen wurde mit einigen Aenderungen deutsches Reichsrecht eingeführt. Freiwillige Gerichtsbarkeit, Grundbuchwesen und Gefängniswesen wurden ergänzt oder neu geregelt. Von den übrigen Verwaltungszweigen sei noch des landwirtschaftlichen Kreditwesens gedacht. Hier fand sich in einem bestehenden heimischen Institut, dem „Kurländischen Kreditverein", eine vorzügliche Organisation vor.

Auch in der kirchlichen Verwaltung konnte an bestehende, altbewährte Einrichtungen angeknüpft werden. In der Schulverwaltung begegnete die allmähliche Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache keinen wesentlichen Schwierigkeiten.

Seit Anfang 1916 wurde der Zivilbevölkerung die Benutzung der deutschen Reichspost gestattet. Zwei deutsche und eine lettische Zeitung bildeten die einheimische Presse."



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Kaiser Wilhelm II. bei der Besichtigung von Truppen der Armee des Generals v. Fabeck an der Ostfront



Phot. Ed. Frankl, Berlin

König Ferdinand von Bulgarien bei seinem Besuch im Hauptquartier des österreichisch-ungarischen Oberkommandanten Feldmarschalls Erzherzog Friedrich im Gespräch mit dem früheren k. u. k. Botschafter in Petersburg Grafen Thurn-Valsassina



Phot. Franz Otto Koch, Berlin

Der Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef bei einer Truppenparade bei Toustobaby



Phot. R. Sennecke, Berlin

Der Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef im Hauptquartier des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern. Links vom Prinzen Leopold Generaloberst v. Woyrsch, Führer einer Armeegruppe, links von diesem k. u. k. Oberstleutnant Graf Ledochowski



Phot. Kühlewindt, Königsberg

Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit seinem engeren Stabe
Rechts von dem Generalfeldmarschall Generalleutnant Ludendorff, links Oberstleutnant Hoffmann



Phot. R. Sennecke, Berlin

König Friedrich August von Sachsen begrüßt beim Besuch der Armeeabteilung v. Woyrsch an der Ostfront die Offiziere des Stabs



Phot. Gebruder Haeckel, Berlin

Großherzog Friedrich von Baden beim Besuch der Armee v. Fabeck an der Ostfront mit den Offizieren des Stabes

„In Litauen hatten sich," nach dem bereits erwähnten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (8. II. 16), „die Verhältnisse insofern schwieriger und langsamer entwickelt, als eben auf eine größere Mitarbeit der von Rußland künstlich auf möglichst tiefer Kulturstufe gehaltenen Bevölkerung nicht zu rechnen war. Es handelte sich um ein Gebiet von rund 34 000 Quadratkilometern (also mehr als Württemberg und Baden zusammen), das ebenso wie Kurland durch den Krieg schwer gelitten hatte und von beinahe einem Drittel seiner Bevölkerung verlassen war. Der Sitz des Verwaltungschefs für Litauen, Fürsten Ysenburg, war zunächst Tilsit, da Wilna nicht zum Verwaltungsbereich gehörte und sonstige geeignete Städte nicht vorhanden waren. Vom 1. Mai 1916 ab wurde die Stadt Kowno mit dem Landbezirk von der Verwaltung Suwalki abgetrennt und der Verwaltung Litauen mit dem Sitz in Kowno unterstellt.

In Litauen war es nicht möglich, an die alten, historisch gewordenen Einteilungen anzuknüpfen. Man mußte neue Kreise schaffen. Wie in Kurland galt die erste Arbeit dem Einbringen der Ernte, die auch in Litauen über den Durchschnitt gut war. Die weitere Sorge galt der Volksernährung, der Krankenpflege und dem Schulwesen, das in Litauen, dem Lande, das 60 Prozent Analphabeten hatte, besonders im argen lag. Die Mehrzahl der Lehrer, orthodoxe Russen, waren geflohen, genügende deutsche Kräfte, die litauisch beherrschten, waren schwer zu erhalten. Zumal sich die Schwierigkeit geltend machte, daß die preußischen Litauer evangelisch sind, während in Russisch-Litauen durchweg die römisch-katholische Kirche herrscht. So hat man den Feldlehrer geschaffen, indem man geeignete, nicht kriegsverwendungsfähige feldgraue Kräfte beizog.

Ueberall in Litauen mußte so schöpferisch vorgegangen werden, denn die vorhandenen Einrichtungen des Stiefkindes Rußlands konnten auf die neuen Verhältnisse kaum angewendet werden, zumal der primitive russische Verwaltungsapparat durch den Krieg völlig zerstört war. Da Rußland bis zuletzt die litauische Sprache planmäßig unterdrückte, befand sich keine einzige Druckerei im Lande. Die Festlegung der Druckspracher war kaum richtig durchgeführt, sie war an das tschechische Alphabet angelehnt; Schulbücher mußten aus Deutschland eingeführt werden. Steuererhebungen schlossen sich im wesentlichen an das große russische Steuersystem an. Bei der Bodensteuer z. B. konnte die Wertigkeit des Bodens nicht in Betracht gezogen werden. Die Grundlage für die Rechtsprechung bildete das russische „Swod Sakonow" und das russische Strafgesetz von 1903.

Im Bezirk Wilna, der 18000 Quadratkilometer umfaßt, galten die Hauptsorgen der Ernährung der großen Stadt Wilna, die schätzungsweise 200000 Menschen beherbergte und der zu normaler Zeit ein riesiger Verpflegungsradius zur Verfügung gestanden hatte. Das war in den neuen Verhältnissen recht schwer, zumal in den Kämpfen um Wilna große russische Armeen ihre Verpflegungsmöglichkeiten zum Teil aus Wilna genommen hatten. Das nicht leichte Problem wurde unter Mitarbeit der militärischen Stellen und dem tatkräftigen Zufassen der städtischen Zivilverwaltung schließlich im großen und ganzen gelöst, ohne die Mittel der Heimat besonders in Anspruch zu nehmen. Erschwerend kam bei der Arbeit in Wilna der Gegensatz zwischen Litauern, Polen und Juden hinzu, die gegenseitig Sonderrechte für ihre Bevölkerungsteile durchzusetzen versuchten. Die deutsche Verwaltung stand natürlich allen solchen Bestrebungen streng gerecht gegenüber; so mußte auch den wenigen städtischen und ländlichen Konsumvereinen und Genossenschaften sowohl in Wilna als auch in Litauen aufgegeben werden, sich nicht, wie es bisher üblich war, hauptsächlich mit Politik zu beschäftigen, sondern sich ausschließlich materiellen Aufgaben zuzuwenden.

Selbst in der Großstadt Wilna machte die Beschulung außerordentliche Schwierigkeiten. Für ungefähr 18000 Volksschulkinder standen etwa 150 Lehrkräfte zur Verfügung, bei den 8000 Gymnasiasten lagen die Verhältnisse ebenso ungünstig. Die

jüdische Bevölkerung besaß Religionsschulen auf talmudischer Grundlage, die zum Teil weiter unterrichteten, die Polen hatten Privatschulen, die bei hohem Schulgeld (216 Mark) erstaunlich wenig geleistet haben müssen, so daß es erklärlich wird, daß man eine Vorliebe hatte, selbst aus Wilna und Litauen Schüler nach dem deutschen Landesgymnasium in Goldingen zu senden! Die 1500 Seelen zählende evangelisch-lutherische Gemeinde unterhielt eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache. Im übrigen wurde der Unterricht in allen besetzten Gebieten in der Landessprache erteilt.

Die Verwaltung von Suwalki umfaßte 10000 Quadratkilometer, den größten Teil des russischen Gouvernements Suwalki. Große Bezirke dieses Gebietes waren schon nach der vorübergehenden Besetzung nach der Masurenschlacht und wiederum nach der großen Winterschlacht in deutsche Hände gekommen, was sich besonders deutlich im Aussehen der Stadt Suwalki aussprach, die geradezu erstaunliche Wandlungen an Sauberkeit und Ordnung durchgemacht hatte. Am 1. Mai 1916 wurden die Verwaltungen Wilnas und Suwalkis zu einem großen Verwaltungsbezirk vereinigt, dessen Leitung Herrenhausmitglied Graf Yorck von Wartenburg übernahm, der vorher Leiter des Wirtschaftsausschusses beim Oberbefehlshaber Ost war. Der Chef der Verwaltung Wilnas v. Beckerath schied von seinem Posten. (Ueber Kowno vgl. S. 257.)

Schließlich ist noch der Bezirk Grodno, dem in der Hauptsache Stadt und Festung Grodno unterstanden, eingerichtet worden. Da hier erhebliche Vorräte vorhanden waren, bereitete die Ernährung der 12000 Seelen, die zum Gouvernement gehören, keine Schwierigkeiten. Auch das Schulwesen der an und für sich auffallend sauberen und gepflegten Stadt lag besonders günstig. Die bedeutenden Zigarettenfabriken setzten ihre Arbeit fort.

Die Verwaltung des großen Industriebezirks und der Stadt Bialystok mit im ganzen etwa 300000 Seelen hat mit Erfolg gegen die gleichen Schwierigkeiten, wie sie in Wilna bestanden, gekämpft.

Daß die großen Waldungen des ganzen Landes sachgemäß verwaltet werden, dafür sorgte die über das ganze Land gezogene deutsche Forstverwaltung.

Schon diese kurze Aufzählung der verschiedenen Verwaltungen zeigt, eine wie mannigfaltige und schwierige Aufgabe die Zentralverwaltung im Bereiche der Hindenburgschen Armeen zu leisten hatte. Sie ließ dem einzelnen Verwaltungschef weitgehenden Spielraum, nur die allgemeinen Richtlinien waren festgelegt. So war Grundsatz, daß die Verwaltung möglichst einfach zu arbeiten hat. Die Kosten wurden durch Steuern, die der Kraft des Landes angepaßt waren, und Monopole sowie Zölle aufgebracht. Besonders viel versprach man sich in dieser Hinsicht von einem Zigarettenmonopol, das die freie Konkurrenz der Fabrikanten nicht ausschloß und trotzdem bedeutende Einnahmen sicherte.

Um die Bevölkerung im Zusammenhang mit den großen Geschehnissen zu erhalten und mit den deutschen Ansichten und deutschem Wesen vertraut zu machen, sind Zeitungen in größerem Maßstabe, so in Kowno und in Wilna, gegründet worden. Zeitungen in der Landessprache sollten, soweit sie nicht schon bestehen, folgen."

Von der Verwaltung in Polen

Maßnahmen und Personalien der deutschen Verwaltung

Mitte Februar 1916.

Der Unterrichtsausschuß des Bürgerkomitees von Warschau (vgl. IX, S. 180 u. XII, S. 323) wurde aufgelöst und durch einen von der deutschen Verwaltung einzusetzenden Schulrat mit beratender Stimme ersetzt.

1. Mai 1916.

In Warschau wurde im dortigen Polytechnikum der „deutsche Kongreß für innere Medizin" von Generalgouverneur von Beseler mit einer Begrüßungs-Ansprache eröffnet.

3. Mai 1916.

Mit Genehmigung des Generalgouverneurs v. Beseler fanden am 3. Mai 1916 im deutschen Okkupationsgebiet Polens öffentliche Feiern statt zur Erinnerung an die vor 125 Jahren an diesem Tage durch den polnischen Reichstag beschlossene und vom König Stanislaus August genehmigte Verfassung für das polnische Reich. Besonders feierlich gestaltete sich diese Kundgebung in Warschau selbst. Aehnliche Feiern fanden in allen größeren Städten des deutschen Okkupationsgebiets statt, zum ersten Male wieder seit 1815.

9. Mai.

Da das Warschauer Bürgerkomitee, das mit der Ausarbeitung einer Wahlordnung zur Reorganisation der städtischen Verwaltung betraut worden war, sich zu keinen endgültigen Vorschlägen entschließen konnte, erließ die deutsche Verwaltung eine Stadtordnung für Warschau nebst einer Wahlordnung für die Stadtverordnetenversammlung (Stadtrat) im „Verordnungsblatt“ Nr. 32 (9. V. 16), da sie glaubte, „nicht länger untätig einer Entwicklung zusehen zu dürfen, die infolge ihres schleppenden Ganges und ihrer unklaren und unbefriedigenden Ergebnisse die städtischen Interessen Warschaus und seiner Bevölkerung ernstlich zu gefährden geeignet ist.“

13. Mai.

Der deutsche Generalgouverneur ernannte den Fürsten Lubomirski zum Präsidenten von Warschau.

10. Juni.

Der beim Verwaltungschef des Generalgouvernements in Warschau eingerichteten Hochbauabteilung, als deren Leiter der Geheime Baurat Hermann berufen worden war, mußten nach einem Erlaß des Generalgouverneurs zur Prüfung und Genehmigung eingereicht werden: Alle Entwürfe zu Bebauungsplänen von Städten und Ortschaften; alle Entwürfe zu landwirtschaftlichen Gebäuden in staatlichen Betrieben, sofern sie eine Kostenanschlagsumme von 3000 M. überschritten; alle Vorschläge zur Sicherung und Wiederherstellung von architektonisch wertvollen Gebäuden und Baudenkmälern, alle Umbauarbeiten und Neubauten von Dienstgebäuden, einschließlich Universitäts- und Hochschulbauten und endlich alle Angelegenheiten der Bauberatung.

22. Juli.

Die nach der neuen Wahlordnung gewählte Stadtverordnetenversammlung von Warschau trat am 22. Juli zusammen. Von den 90 Stadtverordneten waren 19 Juden; in der dritten Kurie der Gelehrtenberufe wurden 15 Stadtverordnete gewählt, in der sechsten, der allgemeinen Kurie, erschienen von 50 499 Wählern 36 781 bei der Urne.

25. Juli.

An Stelle des zum Landeshauptmann von Schlesien gewählten Landrats v. Thaer, des Leiters der Kirchenabteilung beim Verwaltungschef für das Generalgouvernement Warschau, wurde der Landrat Graf v. Posadowsky-Wehner, bisher Kreischef in Lowicz (Russisch-Polen), in die Zentralverwaltung nach Warschau berufen.

1. August 1916.

Das „Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau“ gab die Einzelbestimmungen der vom Generalgouvernement angeordneten Erbschafts- und Schenkungssteuer bekannt. Die Steuer beträgt für Ehegatten $1^1/_2$, für Verwandte in gerader aufsteigender Linie 4 Prozent, für Stiefkinder und Geschwisterkinder 6 Prozent, für andere Verwandte dritten Grades und für Verwandte vierten Grades 9 Prozent, in allen anderen Fällen kommen 12 Prozent zur Erhebung. Der Erbschaftssteuer unterliegt ferner das Vermögen, das Kirchen und Klöstern, Lehr- und Erziehungsanstalten usw. zugewendet wird, und zwar mit 5 Prozent. Die Steuersätze erfahren eine Steigerung um das $1^1/_{10}$- bis $2^5/_{10}$fache, je nachdem der Wert des Erwerbes den Betrag von 20 000 bis 1 000 000 Mark übersteigt. Befreit bleiben ein Erwerb von nicht mehr als 1000 Mark, bäuerliche Grundstücke, wenn sie auf Personen desselben Standes übergehen, und beweglicher Hausrat.

* * *

Anläßlich des Aufenthalts des Stellvertreters des deutschen Reichskanzlers, des Staatssekretärs des Innern Dr. Helfferich, in den besetzten Gebieten Polens Ende Juni und Anfang Juli 1916 veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (22. VII. 16) einen kurzen Ueberblick über die unter der Fürsorge der deutschen Verwaltung erreichten wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte. Es heißt darin:

„Die landwirtschaftliche Bevölkerung Polens hatte unter den planmäßigen Verwüstungen der zurückflutenden russischen Truppen unbeschreiblich gelitten. Russische Brandkommandos haben ganze Dörfer und Städte in Asche gelegt, die Getreideschober angesteckt, auf beiden Flächen rechts und links der Verkehrswege das Korn auf dem Halm vernichtet. Gleichwohl reifte Mitte 1916 auf dem größten Teil der verwüsteten Flächen eine reiche Ernte der Sense des Schnitters entgegen. Die aus ihren Verstecken zurückkehrende Bevölkerung wurde durch Tausende deutscher Soldaten unterstützt, die man zur Bestellung der Felder abkommandierte. Zuchtvieh ist aus Deutschland eingeführt worden. Die Militärverwaltung tat alles, um die landwirtschaftliche Kultur zu fördern. So mußten gelegentlich auf Befehl des Generals Ludendorff zwei Kavallerieregimenter ihre gesamten Pferde zum Ackern zur Verfügung stellen. Auch Kriegsgefangene und erwerbslose städtische Arbeiter fanden in größter Anzahl dabei Verwendung.

Für die Hebung der Industrie hat die deutsche Verwaltung das unter den gegebenen Umständen Mögliche geleistet. Bei der Montanindustrie ereichte die Förderung bis Mitte 1916 den Umfang der Friedensproduktion. In anderen Zweigen, namentlich in der Textilindustrie, waren die Erfolge geringer; einmal wegen des Mangels an Rohstoffen und wegen der Kreditschwierigkeiten, und dann infolge der Zerstörungsarbeit, die die Russen auch auf diesem Gebiete geleistet hatten. Die große Leinenfabrik Czirardorff bei Warschau, die über 8000 Arbeiter beschäftigt hatte und ein ähnliches, mustergültig eingerichtetes Riesenunternehmen in Choroscz bei Bialystok, das Eigentum eines Deutschrussen war, wurden z. B. von den Truppen des Zaren völlig vernichtet. Den Kreditschwierigkeiten hat man durch Errichtung von Geldinstituten abzuhelfen versucht. Der Rohstoffmangel war lediglich schuld der Wirtschaftskriegführung der Entente, eine Tatsache, für die die polnischen Industriellen volles Verständnis zeigten. Zur Sicherung des Erwerbes der Arbeiter schufen die deutschen Verwaltungsbehörden Arbeitsämter, die sowohl in Polen selbst wie nach Deutschland Stellen vermittelten. Den Familien der in Deutschland beschäftigten Arbeiter wurde ein Teil des Lohnes durch die deutschen Behörden ausgezahlt.

Außerordentlich umfangreich war die Tätigkeit der deutschen Verwaltung für die Förderung des Verkehrswesens. Die alten Wege sind überall vorzüglich instandgesetzt, viele Kilometer neuer Straßen geschaffen, anstelle der zerstörten Brücken — auch derer, die über die großen Ströme führten — sind durchweg neue errichtet worden.

Größer noch als die wirtschaftlichen sind die kulturellen Leistungen und Erfolge der deutschen Verwaltung. Schulen entstanden, wo es in der Zeit der Russenherrschaft keine gab. Die Selbstverwaltung wurde ausgebaut und auch den bisher von der russischen Regierung unterdrückten Nationalitäten und Konfessionen — vor allem den Juden — ein gerechter Anteil an ihr gegeben. Geradezu Vorbildliches hat die deutsche Medizinalverwaltung geleistet. In Lodz fand man Häuserblocks mit 5000 Bewohnern, in denen es keine Klosettanlagen gab. In den Lodzer Schulen, die als Lazarette eingerichtet waren, hatte man, als die Deutschen einzogen, seit Monaten die Senkgruben nicht mehr geleert. Lodz, das Industriezentrum, eine Stadt von mehr als einer halben Million Einwohnern, besaß weder Wasserleitung noch Kanalisation. Die deutsche Verwaltung brachte soviel Aerzte in das besetzte Gebiet, als irgend freigemacht werden konnten, verbesserte zahllose Brunnen, führte Reinigungs- und Desinfekonsmaßnahmen in größtem Stile durch, verbreitete Aufklärung durch Flugblätter und Geistlichkeit, nahm Zwangsimpfungen vor, errichtete mehr als 300 Absonderungshäuser für Infektionskranke und Ansteckungsverdächtige. Mehr als 100 Entlausungsanstalten wurden eingerichtet. Mancher deutsche Arzt ist im Kampfe gegen das Fleckfieber gestorben; aber die Seuche wurde zurückgedrängt. Die Cholera ist ganz ausgerottet, die Geschlechtskrankheiten sind durch Ueberwachung der Prostitution eingedämmt worden."

Maßnahmen und Personalien der österreichisch-ungarischen Verwaltung

9. Mai 1916.

Der an Stelle des Generalmajors v. Diller (vgl. XII, S. 324) ernannte k. u. k. militärische Generalgouverneur der von Oesterreich-Ungarn besetzten Teile des Königreichs Polen Feldzeugmeister Karl Kuk erließ nach seinem Eintreffen in Lublin nachstehenden Aufruf an die Bevölkerung:

„Dem Befehle Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät, meines allergnädigsten Herrn, folgend, trete ich das Amt eines Kriegsgeneralgouverneurs in dem österreichisch-ungarischen Teil des Okkupationsgebietes Polens an. Auf diesem Posten begrüße ich aufs herzlichste die Einwohnerschaft des meiner Obhut anvertrauten Landes. Die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Wohlwollens, die meinem Vorgänger während seiner Amtstätigkeit in diesem Lande als Leitstern dienten, werden auch mir voranleuchten. Von Euch dagegen erwarte ich, daß mir durch Euer tadelloses Verhalten eine wohlwollende und freundliche Handhabung meiner Amtsgewalt erleichtert werde.

Getreu den Absichten meines hohen Monarchen, dem Euer Wohl am Herzen liegt, werde ich alle meine Bestrebungen dahin richten, um nach den besten Kräften die schweren Wunden, welche der Krieg dem Lande geschlagen hat, zu heilen und das Wiederaufblühen dieses Landes zu fördern. Ich wende mich an Euch alle, mich in dieser Arbeit zu unterstützen, schenkt mir Euer volles Vertrauen."

5. Juni.

Durch Verordnung des Armeeoberkommandanten wurde das Militärgouvernement Lublin auf die Kreise Cholm, Hrubieszow und Tomaszow ausgedehnt und hiermit das Gebiet des ehemaligen Gouvernements Cholm mit dem übrigen, von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Teile Kongreßpolens zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet vereinigt. Durch diese Verfügung fand ein Herzenswunsch des polnischen Volkes, das die durch Rußland erfolgte Abtrennung des Cholmer Gouvernements von Polen schmerzlich empfunden hatte, seine Erfüllung.

16. Juni.

Das Armeeoberkommando genehmigte gemäß dem Antrage des Militärgeneralgouvernements Lublin die Schaffung eines Gouvernements-Schulrates für das okkupierte Gebiet. In diese Körperschaft, der die Beratung des Militärgouvernements auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens sowie die Schulaufsicht zur Aufgabe gestellt ist, sollen außer den amtlichen Funktionären u. a. Vertreter der katholischen, protestantischen und jüdischen Religion und Delegierte der zu schaffenden Stadtgemeindevertretungen sowie des Vereins „Polska Macierz Szkolna" berufen werden.

13. Juli 1916.

Zum Zivillandeskommissar des Militärgouvernements Lublin wurde an Stelle des Grafen Wodzicki der Sektionschef Dr. Georg v. Madeyski ernannt. Die Leitung des neugegründeten Pressebureaus für das unter k. u. k. Verwaltung stehende polnische Okkupationsgebiet wurde dem bisherigen Sektionsrat im Ministerratspräsidium Dr. Alfred v. Wysocki übertragen.

Die Ernennung eines Zivillandeskommissärs brachte, wie aus dem „k. u. k. Kriegspressequartier" (16. VIII. 16) gemeldet wurde, „keine wesentliche Aenderung in der Verwaltung des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes. Dagegen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die k. u. k. Militärverwaltung Polens durch die Zuziehung lokaler Faktoren zur Verwaltung mehr und mehr ausgestaltet wurde. So wurde, abgesehen von der bereits erwähnten Einrichtung des Gouvernementsschulrates, die Beiziehung von ortsansässigen Elementen zur Rechtsprechung bei den Friedensgerichtshöfen und beim Berufungsgerichte (Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 9. Mai 1916 Nr. 58 v. b.) verfügt und der Bevölkerung an den Wohltätigkeitskomitees und -Kommissionen ein immer größerer Einfluß auf die Verfügungen der Militärverwaltung eingeräumt. Es wurden die Mitwirkung der Steuerpflichtigen an der Veranlagung bestimmter direkter Steuern im Wege von Steuerkommissionen eingeleitet, und insbesondere die Wiedereinführung der Landesgemeindeordnungen und die Erlassung einiger Städtestatuten für die ehemaligen Gouvernementshauptstädte und für weitere 34 Städte des Verwaltungsgebietes vorbereitet."

* * *

Der Apostolische Feldvikar der k. u. k. Armee und Kriegsmarine Bischof Emmerich Bjelik bereiste die von der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung verwalteten Gebiete Russisch-Polens und erstattete darüber am 25. Juni 1916 einen Bericht, aus dem das „Neue Wiener Tagblatt" (12. VII. 16) folgende Einzelheiten hervorhob:

Bei der k. u. k. Verwaltung Polens wurden soweit wie möglich, der Haager Konvention gemäß, die einheimischen Gesetze angewendet. Den Gemeinden, die unter der russischen Herrschaft ein gewisses Selbstverwaltungsrecht besaßen, ist bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten tunlichst freie Hand gelassen worden. Sie beschlossen in Gemeindeversammlungen über ihre Bedürfnisse, über deren Kosten und über die Aufbringung derselben. In den meisten Städten, in denen die von den Russen eingesetzten Gemeindevorsteher geflüchtet waren, nahmen Bürgerkomitees, bzw. die aus diesen hervorgegangenen Stadtvertretungen die Verwaltung in die Hand. Nur wo es die Umstände unbedingt erheischten, wurden Offiziere und Beamte als Regierungskommissäre mit der Stadtverwaltung betraut.

Auf dem Gebiete des Notstandswesens standen das Militärgouvernement in Lublin und die einzelnen Kriegskommanden führend und leitend an der Spitze. Viele Vereine auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wurden reaktiviert und ebenso sind viele Korporationen und Komitees aus der Mitte der Bürger entstanden. Die bedeutendste derartige Vereinigung war das Zentralhilfskomitee in Lublin, an dessen Spitze als Präsident Graf Josef Tarnowski stand, mit seinen über das ganze Land sich erstreckenden Kreis- und Lokalhilfskomitees für Notstands-, Kinderschutz-, Sanitäts- und Wirtschaftswesen (vgl. XII, S. 324). Große Summen wurden unter die arme Bevölkerung verteilt, nicht nur an die Bevölkerung selbst, sondern auch an zurückgebliebene und hiedurch jeglicher Existenzmittel entbehrende russische Staatsangestellte, sowie auch an deren Familien, Witwen und Waisen. Auch die hilfsbedürftigen Angehörigen eingerückter polnischer Legionäre bekamen von der Militärverwaltung Unterhaltungsbeiträge. Die Notstandsaktionen der Militärverwaltung beschränkten sich jedoch nicht allein auf Geldunterstützungen, sondern waren vieler Art. So wurde den Abbrändlern das zum Wiederaufbau ihrer abgebrannten Baulichkeiten erforderliche Bauholz aus den staatlichen Forsten teils kostenlos, teils zu minimalen Preisen abgegeben. Es wurde unter die notleidende Bevölkerung Getreide, Mehl, Kohle, Petroleum usw. verteilt. In vielen Orten wurden für die Armen Volksküchen und Teehäuser errichtet. Auch Kleider, Wäsche und dergleichen wurden teils gesammelt, teils angekauft und an die Bedürftigen verteilt.

Auf dem Gebiete des Sanitätswesens waren bis Mitte 1916 bereits 23 Spitäler mit einer Gesamtbettenanzahl für 2600 Kranke neu errichtet worden. Von diesen wurden 18 aus den Mitteln der Militärverwaltung und des Roten Kreuzes erstellt und dienten in erster Linie für die Unterbringung von Infektionskranken. Auch das galizische Rote Kreuz hatte an der Ausgestaltung hervorragenden Anteil. Das fürstbischöfliche Komitee in Krakau hat fünf Epidemiespitäler zu je 50 Betten ausgerüstet und mit Personal reichlich dotiert und versorgte auch ein von der Militärverwaltung errichtetes Epidemiespital. Zur Bekämpfung des Fleckfiebers, das stellenweise stark grassierte, sind in allen Kreisen Bade- und Entlausungsanstalten errichtet worden; überdies wurde jedem Kreiskommando ein eigener Dampfdesinfektionsapparat zugewiesen. Um die ausgebreitete Blatternepidemie zu hemmen und zu bekämpfen, wurde die zwangsweise Schutzpockenimpfung eingeführt und bis Mitte 1916 bereits eine halbe Million Impfstoffportionen verbraucht.

Mit der Einführung der k. u. k. Militärverwaltung wurden sämtliche Volksschulen, die unter russischer Regierung nur in russischer Sprache unterrichten durften, in solche mit polnischer Unterrichtssprache umgewandelt und, während unter dem russischen Regime eine Gemeinde, bestehend aus 20 bis 30 Dörfern, nur eine einzige Volksschule hatte, waren bereits Mitte 1916 in jeder Gemeinde mehrere solche eingerichtet, so daß die Zahl der öffentlichen Volksschulen schon damals ungefähr 1400, die der Lehrer 1800 betrug; auch die Zahl der Schulkinder hat im Verhältnis des Schulbesuches unter der russischen Herrschaft ganz bedeutend zugenommen. Die vom Militärgeneralgouvernement errichteten Fortbildungskurse sollten vorhandene Lücken an Volksschullehrern wenigstens teilweise

ausfüllen. Zur pädagogischen Besserung des Lehrernachwuchses ist eine Lehrerbildungsanstalt in Jedrzejow errichtet worden. Auch die Eröffnung der ersten Klasse des öffentlichen Gymnasiums in Kielce wurde freudig begrüßt.

Ein Schmerzenskind der Militärverwaltung war die Landwirtschaft. Durch Vernichtung des lebenden und toten Inventars vielerorts ganz lahmgelegt und fast überall schwer geschädigt, mußte sie erst wieder in Gang gesetzt werden. Besonders schwierig gestaltete sich dies in dem Gebiet zwischen Weichsel und Bug, wo beim Rückzug der russischen Armee die Gutshöfe und Dörfer systematisch niedergebrannt, ein großer Teil der Bevölkerung und des Viehstandes weggeschleppt worden waren. Um dem empfindlichen Mangel an Zugtieren wenigstens bezüglich der Ackerung abzuhelfen, wurden Motorpflüge angekauft und den Gutsbesitzern leihweise zur Verfügung gestellt, auch Lohnackerungsunternehmungen gewonnen, die mit Dampfpflügen einen großen Teil der Frühjahrsackerung besorgten. Durch diese Maßnahmen gelang es, über 90 Prozent der verfügbaren Ackerfläche zu bestellen und eine gute Ernte zu sichern.

Auch die Industrie ist durch die Militärverwaltung unterstützt und gehoben worden. Wenn auch ungeheure Schwierigkeiten zu bewältigen waren und wegen der mangelnden Rohstoffe, wegen des geringen Absatzes und der Zerstörungen durch den Krieg usw. nur wenig Fabriken den Betrieb aufrechterhalten oder wieder aufnehmen konnten, so gelang es doch, die im k. u. k. Okkupationsgebiet vorwiegend in Betracht kommenden, im engen Verband mit der Landwirtschaft stehenden Betriebe: Zuckerfabriken, Spiritusbrennereien, Brauereien, Stärkefabriken usw. fortzuführen und sogar neue Betriebszweige, wie Kartoffeltrockenanlagen und Kraftfutterfabriken zu eröffnen.

Auf dem Gebiete des Handels und der Approvisionierung wurden durch die Schaffung der Warenverkehrszentrale in Krakau und die sogenannten Auskunftsstellen die Ausfuhr aus der Monarchie in geregelte Bahnen gelenkt und eine Reihe von kommerziell wichtigen Maßnahmen getroffen, wie: Hebung des Handelsverkehrs mit der Monarchie, Firmenevidenz, Einhebung von Ausständen, Einflußnahme auf Vergrößerung der Ausfuhrkontingente aus der Monarchie, Erleichterungen im Bahnverkehr usw.

Durch Einführung des Getreide- und Zuckermonopols gelang es auch, die Approvisionierungsfrage förderns zu beeinflussen und den Mehl-, Brot- und Zuckerpreis in mäßigen Grenzen zu halten. Durch Organisation der Arbeitsvermittlungsämter ist einerseits für die Verdienstmöglichkeit der überzähligen Arbeiter gesorgt, anderseits die Monarchie mit den mehr denn je benötigten Arbeitskräften versorgt worden.

Alle Religionen und Konfessionen bis auf die russisch-orthodoxe sind in Polen unter der russischen Herrschaft unterdrückt und verfolgt worden. Seit Einsetzung der k. u. k. Militärverwaltung erhielten die katholischen Geistlichen von ihr Subsidien, zunächst in Höhe der von der russischen Regierung ausbezahlten Gehälter. Für die Restaurierung der von den Russen zerstörten Kirchen hatte die k. u. k. Militärverwaltung bis Mitte 1916 bereits mehr als 200000 Kronen aufgewendet.

Das amerikanische Hilfswerk für Polen

In einer Dumarede des Abgeordneten Swenoizki vom 17. August 1915 wurde der ungeheure Umfang der russischen Requisitionen in Polen ausdrücklich festgestellt; auch die Berichterstatter neutraler Länder haben das russische Vernichtungswerk in Polen bestätigt. So war der Nahrungsmittelvorrat Ende 1915 sehr knapp. An Mehl konnten nach einer amtlichen deutschen Angabe Anfang 1916 zunächst 178 Gramm auf den Kopf verteilt werden, doch mußte diese Ration am 15. Februar 1916 auf 150 Gramm herabgesetzt werden. Das von England und seinen Verbündeten mit der Aushungerung bedrohte Deutschland war nicht imstande, aus seinen Vorräten das an Nahrungsmitteln für Polen zu ersetzen, was die

Russen dort zerstört oder weggeschleppt hatten; bei allem Mitempfinden für die schwergeprüfte polnische Bevölkerung mußte es zunächst für sich selbst sorgen. In gerechter Würdigung dieser Verhältnisse, sowohl der polnischen Not wie ihrer Ursachen regten die polnischen Vereinigungen in Amerika für ihr Land ein ähnliches Hilfswerk an, wie es in Belgien mit Unterstützung der deutschen Behörden durchgeführt wurde. Je ein Vertreter des belgischen Hilfskomitees und der Rockefeller-Stiftung, die Herren Witney und Walcott, durften ungehindert die Zustände prüfen und frei in Polen verkehren. Sie machten ihre Vorschläge, nach denen eine monatliche Ausgabe von etwa einer Million Dollar erforderlich gewesen wäre und die deutsche Regierung stimmte ihnen ebenso zu, wie sie bei Belgien im Interesse der Bevölkerung das Hilfswerk ermöglicht hatte. Sie gab die Zusicherung, daß etwa in das besetzte Gebiet eingeführte Nahrungsmittel allein der notleidenden Bevölkerung zugute kommen sollten; die amerikanischen Vertreter würden dauernd Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die eingeführten Nahrungsmittel nur ihrem eigentlichen Zwecke entsprechend verwendet würden.

Zur Ueberführung der Lebensmittel aus Amerika nach Polen mußte jedoch das Meer gekreuzt werden, dessen Freiheit durch die sogenannte Blockade von England aufgehoben war. England, und für die Ostsee auch Rußland, mußten demnach zuvor den polnischen Lebensmittelschiffen die freie Fahrt gewährleisten, ehe die Versorgung praktisch werden konnte. Nachdem Polen zu Rußland gehört hatte, nachdem Rußland sich immer noch mit seiner Rückeroberung schmeichelte und nachdem das russische Heer die Not Polens verschuldet hatte, hätte man meinen können, daß die Entente freudig die Gelegenheit benützen würde, die Leiden der Polen zu erleichtern. Diese Meinung aber erwies sich als falsch. Englands Ziel war ja, Deutschland durch den Hunger niederzuzwingen. „Es verfuhr demnach," wie die „Frankfurter Zeitung" (4. VIII. 16) ausführte, „von seinem Standpunkt aus nur folgerichtig, wenn es das polnische Hilfswerk mit allen Mitteln zu vereiteln suchte. Entweder trat dann Deutschland doch für Polen ein — und das mußte die Aussichten des Hungerkriegs erheblich verbessern, oder Deutschland ließ die polnische Bevölkerung im Stich — dann hatte man wieder einmal eine brillante Gelegenheit, in der ganzen Welt gegen die Hunnen und Barbaren Stimmung zu machen. Allerdings hat England die Versorgung der belgischen Bevölkerung nicht ebenso vereitelt. Aber bei Belgien konnte man die Ablehnung überhaupt nicht wagen, sowohl mit Rücksicht auf Belgien selbst, als auf die Stimmung in den Vereinigten Staaten. Der Skandal wäre zu groß und England zu gefährlich geworden. Bei Polen lagen die Dinge anders, es stand nicht so im Mittelpunkt des Weltinteresses. Und außerdem hütete sich England natürlich auch hier, die amerikanische Hilfe etwa rundweg abzulehnen — so ungeschickt ist die englische Diplomatie nicht. Es gibt ja Mittel übergenug, eine Entscheidung hinzuziehen oder sie von für den anderen unannehmbaren Bedingungen abhängig zu machen, wobei es sich dann hinterher so darstellen läßt, als ob der andere Teil die Schuld trage und vor der Welt im Unrecht sei. Nach diesem Rezept ist England Polen gegenüber verfahren."

Das Hilfswerk erwies sich als dringend von Jahresbeginn bis zur neuen Ernte; es war also lediglich erforderlich, es über den Sommer zu verschleppen, um es zu vereiteln. Am 9. Januar 1916 sandten die polnischen Vereinigungen an Asquith ein Telegramm; anfangs Februar erkannte dieser die Not formell an und erklärte, er sei bereit, die Erlaubnis zur Einfuhr zu erteilen unter gewissen Bedingungen, unter anderem unter der Bedingung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn Polen in natura diejenigen Lebensmittel zurückerstatteten, die sie dort requiriert hätten.

Auch Grey erhob in einem Briefe an den Präsidenten der amerikanischen Verpflegungskommission für Belgien Einwendungen und verlangte als unerläßliche Vorbedingung



Phot. Kilophot, Wien

Feldzeugmeister Puhallo v. Brlog und sein Generalstabschef G.M. Sallagar in Wolhynien



Phot Frankl, Berlin

General Graf v. Bothmer und sein Generalstabschef Oberstleutnant Hemmer in Galizien



Phot. R. Sennecke, Berlin

Generalfeldmarschall Prinz Leopold v. Bayern mit den türkischen Prinzen Osman Fuad (rechts von ihm) und Abdul Rahim (links von ihm) sowie den Herren seines Stabes; rechts hinter dem Generalfeldmarschall General v. König, Kommandeur einer Infanterie-Division



Phot. R. Sennecke, Berlin

Der schwedische Generalmajor Munk, der Führer einer schwedischen Militärkommission an der Ostfront, nimmt zur Seite des Obersten Spalding, des Etappenkommandeurs von Slonim, eine Parade über deutsche Landsturmbataillone bei Baranowitschi ab

einer englischen Einfuhr-Erlaubnis ein Export-Verbot der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung für alle Vorräte in Russisch-Polen und die Gewähr, daß die inländischen Lebensmittelvorräte nicht für die Okkupationsarmeen verwendet würden. Darauf erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (8. II. 16) u. a., daß eine wirkliche Ausfuhr von Lebensmitteln aus Polen von Deutschland oder Oesterreich-Ungarn überhaupt nicht vorgenommen worden sei. Dagegen gestand Deutschland die gleichen Garantien zu wie für die Versorgung Nordfrankreichs, d. h. es verpflichtete sich in der Hauptsache, die eigene Nahrungsmittelproduktion Polens völlig dem Verbrauche der polnischen Zivilbevölkerung zu überlassen; nur für die Verpflegung der Besatzungstruppen sollten die heimischen Vorräte des Landes gegen bare Bezahlung angemessener Preise in Anspruch genommen werden können. Diese Ausnahme war aus rein technischen Gründen unerläßlich. Die Besatzungstruppen waren in zum Teil ganz kleinen Abteilungen in den verschiedensten Ortschaften zerstreut und ihre regelmäßige Versorgung mit aus Deutschland herangeschafften Nahrungsmitteln war bei den gegebenen Verkehrsverhältnissen oft unmöglich. Nach Deutschland zum Verbrauch ausgeführt sollte aus Polen lediglich der Ueberschuß an Kartoffeln werden, der sich nach voller Bedarfsdeckung der polnischen Bevölkerung (für die eine Mindestration von 400 Gramm für den Kopf und Tag gewährleistet wurde) ergab. Deutschland willigte endlich ein, die eingeführten amerikanischen Lebensmittel von Danzig bis zur ehemaligen russischen Grenze zu halben Frachtsätzen, von da bis zu den Bestimmungsorten frachtfrei zu befördern.

Diese Vorschläge wurden dem Auswärtigen Amt in London durch den amerikanischen Botschafter am 21. Februar 1916 mitgeteilt. Obgleich nun die Regelung nur bis 1. Oktober 1916 gelten sollte und in Anbetracht des humanitären Zweckes besondere Eile geboten war, verschleppte England zunächst die Antwort bis 10. Mai. Dann waren seine Vorschläge derart, daß sie die Absicht klar erkennen ließen, eine Verständigung unmöglich zu machen. Schon der Vorschlag, die polnischen Nahrungsmittel auf deutschen Schiffen mit neutraler Besatzung zu befördern, mußte in Deutschland angesichts der englischen Haltung zum Völkerrecht mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden, da dadurch ein Teil der deutschen Handelsflotte unbeschützt allen Wechselfällen ausgesetzt worden wäre. Daß England — nicht etwa Amerika — eine Golddeckung für die Käufe beanspruchte, sei nur nebenbei erwähnt. Die Vorschläge zur Kontrolle waren derart ausgedacht, daß dadurch der deutschen Verwaltung jede Mitwirkung genommen worden wäre. Außerdem stellte England die Bedingung, daß keinerlei Ueberfluß aus Polen ausgeführt werden dürfe, obgleich doch gerade zur Erleichterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des besetzten Landes ein solcher Austausch erwünscht war. Schon diese Auflagen gingen über das, was für Belgien vereinbart wurde, hinaus. Daneben aber verlangte man in London noch, daß Deutschland nicht nur für sich selbst, sondern auch für Oesterreich Ungarn und Bulgarien bestimmte Verpflichtungen eingehe; außerdem sollte sich Deutschland verpflichten, die Lebensmittelversorgung von Serbien, Albanien und Montenegro zu übernehmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (4. VI. 16) bemerkte dazu:

„Die deutsche Regierung war natürlich gezwungen, diese englischen „Bedingungen" abzulehnen. Wenn damit das Hilfswerk scheitern sollte, so trifft die Schuld hieran ausschließlich England, dem die Frage der Ernährung des polnischen Volkes für heuchlerische Stimmungsmache gerade gut genug ist. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Gerard, hat seiner Regierung neue Vorschläge übermittelt, in denen die für Deutschland unannehmbaren englischen „Garantieforderungen" fehlen. Bei den Verhandlungen, die diesen erneuten Versuchen vorangingen, hat die deutsche Regierung im Interesse der Sache bis an die zulässigen Grenzen weiteres Entgegenkommen bewiesen. England wird vermutlich trotzdem verhindern, daß der Abschluß der Vereinbarung rechtzeitig erfolgt. Im In- und Auslande aber wird man wissen, wer die Humanität im Munde führt, und wer für sie Opfer zu bringen bereit ist."

Auf diese neuen Vorschläge Deutschlands und auf einen Aufruf des amerikanischen Präsidenten an alle kriegführenden Regierungen erwiderte Viscount Grey am 28. Juli 1916:

„Großbritannien wünscht ein für allemal die ganze Frage der Lebensmitteleinfuhr nach dem vom Feinde besetzten Gebiet zu regeln und macht deshalb folgenden endgültigen Vorschlag:

Wenn die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung der Zivilbevölkerung der von ihren Armeen besetzten Gebiete die gesamten Bodenerzeugnisse, das lebende Inventar, sämtliche Lebensmittel, alle Vorräte an Futter- oder Düngemitteln in diesen Gebieten gänzlich vorbehalten wollen, wenn sie in diese Gebiete Neutrale zulassen wollen, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgewählt sind und die umfassende Vollmacht erhalten, die Verteilung der Lebensmittel an die ganze Bevölkerung zu überwachen und, wenn es notwendig und möglich ist, den in einem Gebiet vorhandenen Ueberschuß an Vorräten in ein anderes Gebiet überzuführen, wo es daran mangelt, und wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Auswahl dieser neutralen Beamten übernehmen will, so wird die britische Regierung ihrerseits ihnen jeden in ihrer Macht stehenden Beistand gewähren und zulassen, daß in jene Gebiete alle Lebensmittel und Hilfsmittel eingeführt werden, die notwendig sind, die im Lande befindlichen Vorräte zu ergänzen und der Bevölkerung eine angemessene Ernährung zu gewähren, solange ihr dadurch Genüge geleistet wird, daß ihre Feinde ihrerseits das Abkommen gewissenhaft beobachten. Wenn dieses Angebot abgeschlagen wird, oder wenn die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung nicht vor Beginn der Ernte in dem besetzten Gebiete antworten, sondern es andauernd unterlassen, ihre genaue Haltung hinsichtlich dieser, das Hilfswerk betreffenden Fragen amtlich festzulegen, so wird die britische Regierung sie für verantwortlich halten und von ihnen für jedes infolge ungenügender Ernährung in jedem der von den Armeen der Mittelmächte besetzten Gebiete verloren gegangene Leben von Zivilisten eine solche Vergeltung fordern, wie sie durch die Waffen der Alliierten gesichert oder durch die öffentliche Meinung der neutralen Welt erzwungen werden kann. Es ist einleuchtend, daß, wenn dieser Vorschlag erfolgreich ausgeführt werden soll, keine Zeit zu verlieren ist. Die neue Ernte wird in kurzem eingebracht werden, und wenn der Plan für die Bevölkerung der besetzten Gebiete von irgendwelchem Vorteil sein soll, muß der Ertrag der Ernte unter neutrale Ueberwachung gestellt werden, bevor er für den Gebrauch der Untertanen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns verwendet wird."

Darauf erklärte die deutsche Regierung am 29. Juli 1916 amtlich:

„Auf den Aufruf des amerikanischen Präsidenten an alle kriegführenden Regierungen, über das Hilfswerk für Polen zu einer Verständigung zu gelangen, hat soeben Viscount Grey geantwortet. Diese Erklärung ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn besetzten Gebiete in das von der britischen Regierung gegen jedes Völkerrecht proklamierte System der Aushungerung Deutschlands einzugliedern. Wenn Viscount Grey die Verantwortung für die Folgen, die ein so ungeheuerlicher Plan für die Bewohner der besetzten Gebiete hat, der deutschen Regierung zuschieben will, so ist das eine britische Heuchelei, die sich durch besondere Durchsichtigkeit auszeichnet."

Nach der ablehnenden Antwort Deutschlands hat Viscount Grey nach „Reuter" (11.VIII.16) in einer Note an die amerikanische Regierung folgendes ausgeführt:

„Ich will nicht eingehen auf die Unbestimmtheit und die Ungenauigkeiten dieser Antwort, wie die grundlose Behauptung, daß es unmöglich sei, jetzt noch vor dem 1. Oktober irgend welche Nahrungsmittel nach Polen einzuführen. Ein solcher Streit würde meines Erachtens nutzlos sein. Seiner Majestät Regierung liegen jetzt die Denkschrift der deutschen Regierung über das nördliche Polen und die Denkschrift der österreichisch-ungarischen Regierung über Serbien vor. Beide Denkschriften stehen in geradem Widerspruch zu den Behauptungen der Persönlichkeiten, die andauernd Bittgesuche an die Regierungen der Alliierten im Interesse dieser besetzten Gebiete richten. Seiner Majestät Regierung bemerkt, daß auch nach der Meinung der deutschen Regierung weitere Verhandlungen zwecklos sind. Unter diesen Umständen fühlt Seiner Majestät Regierung, daß sie nichts mehr tun kann und es der Regierung der Vereinigten Staaten überlassen muß, weitere Schritte zu tun, die sie für recht und nützlich hält."

So hatte England sein Ziel, das Hilfswerk unmöglich zu machen und Deutschland die Schuld dafür zuzuschieben, erreicht. Ein Glück aber war es, daß die neue Ernte Polen von der Menschenfreundlichkeit Englands und Rußlands unabhängig machte.

Rußland während des vierten Kriegshalbjahres

Von Februar bis August 1916

Fortsetzung von Band XIII, Seiten 233 bis 264

Die drei Lager Rußlands

In der „Kölnischen Zeitung“ sind 1916 eine Reihe von gut unterrichteten und überaus klarsichtigen Aufsätzen über die damalige Lage und die mutmaßliche zukünftige Gestaltung der Verhältnisse in Rußland erschienen, die von „der russischen Sphinx“ (in Nr. 133 und 137) von dem „Zickzackkurs der russischen Politik“ (in Nr. 127) und von „den drei Lagern Rußlands“ (in Nr. 681 vom 7. VII. 16 und 721 vom 18. VII. 16) handeln. Dem letzteren, der eine den deutschen Verhältnissen in manchem nicht unähnliche Entwicklung schildert, entnehmen wir die nachstehenden Auszüge:

„Die Dreizahl spielt in Rußland eine große Rolle. „Gott liebt die Dreizahl“, sagt der Russe. Der dreieinigen Formel des russischen Regimes „Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft und Volkstümlichkeit“ stellte die russische Revolution die dreieinige Losung „Volksrecht, Selbstbestimmung und Selbstbewertung“ gegenüber. Der große Krieg warf, indem er das mächtige Reich von der Bahn seiner historischen Entwicklung abdrängte, zeitweise alle Karten durcheinander. In der russischen Politik, in der Volkswirtschaft und in der Ethik gingen Umwälzungen vor sich, deren Wirkungen auf die Zukunft des Landes nicht abzusehen waren. Die Notwendigkeit, gleichzeitig die sich gegenseitig ausschließenden Prinzipien (das bureaukratische Regime und die Tätigkeit der „Gesellschaft“) zu versöhnen, die Notwendigkeit, das anzugreifen, vor dem man sich gestern noch in Achtung neigte (die deutsche Kultur), veranlaßte sowohl das russische Staatswesen als auch die russische Gesellschaft, in auf den ersten Blick unerklärlichen Sprüngen vorzugehen. . . .“ „Für den Nichteingeweihten ging denn auch alles im Lande toll genug zu. So kehrte z. B. der bekannte Revolutionär Burzeff freiwillig in die Heimat zurück. Alle Welt erwartete, daß er nach biblischer Ueberlieferung als der verlorene Sohn mit offenen Armen empfangen würde, statt dessen wurde er nach Sibirien geschickt. Bald aber ließ man ihn von dort zurückkehren und zerbrach sich den Kopf, ob er ins Ausland abgeschoben oder ins Gefängnis gesperrt werden soll. Und die Epopöe Chwostow-Rasputin (vgl. S. 290) erinnerte nun schon gar an das Irrenhaus. . . .“

„Impulsive Entschließungen traten in Rußland an Stelle der überlegten und durchdachten. Alle Grundlinien staatlicher Tradition und gesellschaftlicher Direktiven waren verwischt. Ueber dem allgemeinen Chaos aber schwebte im Lichte einer gewissen Ordnung abermals die Dreizahl. Ueber dem einheitlichen Rußland erhoben sich drei große Lager und es wurde immer unzweifelhafter, daß zwischen dem russischen Chaos und diesen drei Lagern ein inniger Zusammenhang bestand. Und zwar erfolgte die Dreispaltung Rußlands, wie zu erwarten war, an den lange schon als schwach erkannten Stellen, an den unvollkommenen Schweißflächen des volkswirtschaftlichen Lebens. . . .“

„Es gab zu Beginn des Krieges einen Moment, in dem die russischen Machthaber an die Kraft des russischen Patriotismus glaubten. Dieser Patriotismus wurde aber bald nur eine Begleiterscheinung offizieller Versammlungen und Reden. Die Segel des russischen Staatsschiffes wurden nicht mehr vom Patriotismus, sondern — von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschwellt. Die drei Lager Rußlands stellen sich denn auch als drei scharf umrissene wirtschaftliche Organismen dar, in denen der Krieg voneinander wesentlich verschiedene

Spuren hinterlassen hat. Die Dauer des Krieges und das fernere Schicksal Rußlands waren in hohem Maße von den Wechselbeziehungen dieser Organismen abhängig. Hauptsächlich aber hing von diesen Wechselbeziehungen das Schicksal des Regimes selbst ab. Nennen wir diese drei Organismen das untere, mittlere und obere Rußland."

„Unten sehen wir die landwirtschaftliche Schicht. Sie umfaßt etwa 100 Millionen Seelen der bäuerlichen Bevölkerung einschließlich der ländlichen Intelligenz. In politischer Beziehung war diese Schicht am wenigsten entwickelt. Fast alle politischen Vorgänge hatten sie bisher nur oberflächlich berührt. Die Politik drang in die bäuerliche Menge fast gar nicht ein, zum Teil wegen der allgemeinen Unbildung des russischen Bauernstandes, hauptsächlich aber wegen der Sonderheit ihrer materiellen Interessen. . . ."

Der große Krieg hat auf diese untere Schicht, die durch Branntwein wie Rechtlosigkeit verkommen und durch die auf die Schaffung einer bäuerlichen Bourgeoisie hinzielenden Reformen eines Stolypin nur langsam genas, „eine vollständig unerwartete Wirkung gehabt; er hat sie beruhigt und bereichert. Das Branntweinverbot, die staatlichen Unterstützungen an die Familien der Einberufenen, hauptsächlich aber die ganz außerordentlich gestiegenen Arbeitslöhne und die Preistreiberei in den Erzeugnissen der Landwirtschaft schufen für das bäuerliche Rußland die Lebensbedingungen, von denen Graf Witte und seine besten Vorgänger träumten. . . . Die Bauern fingen an, Wiener Möbel und Schokolade zu kaufen, die Bauernweiber Sonnenschirme und Hüte. Im Dorfe machte sich ein für Rußland unerhörter Wohlstand breit. Das geht aus dem Wachsen der Einlagen in die Sparkassen der Reichsbank hervor, die zu Anfang 1916 die Höhe von drei Milliarden erreichten (gegenüber einer halben Milliarde Anfang 1914). Ein weiteres Zeugnis für diesen Wohlstand ist der lebhafte Bedarf im Dorf an Fabrikerzeugnissen aller Art, trotz der außergewöhnlichen Teuerung. Eine Arschin Kattun z. B., die vor dem Kriege zwölf Kopeken kostete, wurde nun für 70 Kopeken verkauft, und dessenungeachtet konnten die Webereien kaum den Bedarf befriedigen. Alle Truhen und Vorratskammern im Dorfe, die nach der Bauernemanzipation leer geworden waren (es war alles vertrunken worden), begannen sich wieder zu füllen. Gegenstände des bäuerlichen Bedarfs wurden jetzt schon nicht mehr nur bei der äußersten Notwendigkeit gekauft, wie es vor dem Kriege der Fall war, sondern auf Vorrat. Um sich über die Bedeutung dieser Erscheinungen klar zu werden, muß man sich vorstellen, daß wenn hundert Millionen der russischen Bauernschaft nur eine Arschin Kattun und ein Pud Eisen mehr als unbedingt notwendig ist, kaufen und die Erzeugung in den Webereien und in den Eisenwerken in Rußland nur um dieses Quantum erhöht werden sollte, dies einer Produktionssteigerung von 20 vom Hundert in diesen beiden Artikeln entsprechen würde. Die Aufnahmefähigkeit des russischen Dorfes unter dem Zeichen nüchterner Arbeit ist aber unbegrenzt. . ." Mit dieser Tatsache, der ungeahnten Entwickelung des bäuerlichen Wohlstands, rechnete das russische Regime; die Hartnäckigkeit ihres Widerstands sowohl in der Frage der Fortführung des Krieges als auch in den Fragen der inneren Politik hatte hier ihre Wurzeln. Der Zarismus versuchte im russischen Dorfe eine möglichst feste Stütze zu finden. . . In der Führung des russischen Kolosses war der Schwerpunkt von dem obern und mittlern Rußland auf das niedere verlegt worden. . .

„Niemand konnte selbstverständlich die ungeahnt große Einwirkung des Krieges auf das Wirtschaftsleben voraussehen. War Rußland militärisch auf den Krieg ungenügend vorbereitet, so war es auf wirtschaftlichem Gebiete überhaupt nicht vorbereitet. Die von der russischen Presse aus diesem Gebiete allmählich bekannt gewordenen Tatsachen werden später einmal den Eindruck von Märchen machen. In hundert Jahren wird es Rußland nicht gelingen, den Knoten von Unverstand, Böswilligkeit und Nachlässigkeit zu lösen, der sowohl von der Regierung, als auch von der Gesellschaft in der Frage der Mo-

bilisierung des Wirtschaftslebens geduldet worden war. In diesem Knoten sind zusammengeschürzt so unerhörte Verbrechen mit einem derart unglaublichen Kretinismus, daß die Nemesis selbst es schwer haben wird, die einen von dem andern zu trennen. Man hatte in Rußland den Zusammenbruch an den Karpathen nicht erwartet, noch weniger aber die wirtschaftliche Katastrophe. Diese beiden Schläge ereilten das unglückliche Land wie der Blitz aus heiterem Himmel. Noch den ersten Anzeichen der Teuerung maß niemand in Rußland ernstliche Bedeutung bei. Als die Preise um etwa 10 vom Hundert gestiegen waren, wurden Stimmen eher der Verwunderung als des Unmuts laut. Man war von einer böswilligen Verständigung der Händler überzeugt. Die russische Bevölkerung hatte von dem Kriege nicht eine Teurung, sondern im Gegenteil eine Verbilligung der Lebenshaltung erwartet. Auf diese Erwartung gründete sich der russische Optimismus ebenso stark wie auf den Glauben an die Aushungerung Deutschlands. Die Teurung als beständige und katastrophale Erscheinung ist in Rußland erst im Frühjahr 1916 erkannt worden. . ."

„Der Kampf dagegen brachte den nächstwichtigen Faktor dieses Krieges — die außergewöhnliche Bereicherung der russischen Bourgeoisie an den Tag. Die russischen Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers und Regierungslieferanten schwammen in Geld. Jeder, der mit irgend etwas handelte, hatte Geld verdient, und zwar ebenso unerwartet, wie früher Leute ruiniert wurden. Das heranströmende Glück hatte einen ebenso katastrophalen Charakter, wie es das Unglück gehabt hat. Es war die Negation jeder Logik und wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit. Das ganze Land hallte wider von dem Ruf: „Es steigere die Preise, wer kann! Fünffach, zehnfach! Man drücke, man würge!" Unter diesem Kriegsgeschrei schlugen die Kaufleute ihre ältesten Ladenhüter zu zehnfach erhöhten Preisen los. Die Fabrikanten häuften Gewinne auf Gewinne. Abgerissene Abenteurer erhielten Aufträge auf Millionenwerte, die Banken kauften durch Strohmänner Nahrungsmittel und wichtige Bedarfsartikel auf und schraubten die Preise in die Höhe. Dadurch war das wirtschaftliche und finanzielle Wesen des Landes bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden, gleichzeitig aber auch eine neue große Macht, mit der nicht nur Rußland, sondern auch Deutschland zu rechnen hat, entstanden, und zwar die Macht der Plutokratie. Auf diese Macht stützt sich mit dem zweiten Fuß das Regime . . ."

„Die Regierung verstand sehr wohl, daß die Abrechnung mit den Spekulanten unfehlbar zur Abrechnung mit der Regierung führen müsse. Hieraus erklärt sich der Zwiespalt der Maßnahmen und Bestrebungen, die mit der einen Hand straften, mit der andern Hand begünstigten. Dieser Zwiespalt ist auch in der Gesellschaft selbst zu beobachten, die mit der Plutokratie eng verbunden war. Fast alle russischen politischen Parteien wurzelten in Banken und Verwaltungen von großen industriellen Unternehmungen. Die Herren Miljukow und Markow, die in der Reichsduma sich gegenseitig ohrfeigten, drückten sich die Hand in den Verwaltungssitzungen der Banken und Industriegesellschaften. Es war z. B. für niemand ein Geheimnis, daß die halb revolutionäre Kadettenpartei (Konstitutionelle Demokraten) von der Asow-Don-Bank gestützt wurde, und daß der Leiter dieser Bank, der Jude Kamenka, ein ebenso vollberechtigter Führer der Partei war wie Miljukow, Nabokow und Petrunkewitsch. Die Oktobristen stützten sich auf die Diskonto-Bank. (Der Oktobristenführer Gutschkow ist einer von den Direktoren dieser Bank.) Die Nationalisten mit ihren Organen „Nowoje Wremja" und „Golos Rossiji" standen der Russisch-Asiatischen Bank nahe. Das russische Parlament allerdings war in diesem Sinne noch nicht bis zur Stufe des französischen Parlaments gelangt, aber der Prozeß seiner Plutokratisierung hatte auch schon begonnen. Aus diesen Zuständen erklärt sich z. B. folgende Erscheinung: Einer der Kadettenführer, Schingarew, hatte, um das Gesicht seiner Partei zu wahren, in der Reichsduma eine Philippika gegen die Ausbeutung der Banken gehalten und eine

Ueberwachung der Banken durch den Reichskontrolleur verlangt. Dieser Vorschlag wurde von allen Bänken der Reichsduma aus demonstrativ gutgeheißen, bei der Abstimmung aber verworfen. Die Regierung, die damals zum Schutz der Banken auftrat, hat dann später die in der Reichsduma vorgeschlagene und von ihr selbst verworfene Maßnahme auf Grundlage des Notparagraphen (Art. 87, vgl. S. 282) zum Gesetz gemacht. Auf diese Weise gewann das oberste Lager Rußlands, die Plutokratie, auch eine entscheidende Rolle in dem historischen Geschick des Landes. Die Frage über Krieg und Frieden, soweit sie durch die russische Regierung und die russische Volksvertretung gelöst werden sollte, stand im engen Zusammenhange mit der Stellung, welche die russische Plutokratie ihr gegenüber einnahm. Das Geheimnis der langen Kriegsdauer ist nicht nur in den Truhen der Bauern, sondern auch in den Safes der Bankiers, Kaufleute und Industriellen zu suchen ..."

„Indem sich das Regime auf diese zwei Lager Rußlands stützte, konnte es mit einer gewissen Sorglosigkeit auf den zwischen diesen Lagern sich auftuenden Abgrund sehen, den Abgrund des mittleren, geplünderten und vernachlässigten Rußlands. Dies ist das Rußland der Städte und Flecken, das Rußland des Beamtentums, der mittleren Rentner, der freien Professionen, alles dessen, was von seiner Arbeit lebt, was aber gleichzeitig das Gehirn und das Herz des Landes bedeutet und bisher seine Geschichte bis zu einem gewissen Grade gemacht hatte. Der Zahl nach kamen etwa 20 bis 30 Millionen in Frage, nicht eingerechnet der Kleinbürgerstand und die Fabrikarbeiter, zwei Klassen, die aus dem Kriege ebenfalls Nutzen zogen. Diese durch den Krieg schwer getroffenen Leute trugen ebenso wie die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten auf ihren Schultern die ganzen Schrecken der Katastrophe. Die Tragödie Rußlands und die Gefahr für das Regime, für das soziale Wesen des Landes lag zunächst nur hier. Das mittlere Rußland lebte von der Hand in den Mund. Es lebte schon nicht mehr von seiner Arbeit, von den Zinsen seines Kapitals, sondern auf Kosten seines Fleisches und Blutes, es zehrte von seinem Kapital. Dieser Mittelstand hatte, so lange man die Folgen des eingetretenen Unheils noch einigermaßen ermessen konnte, das heißt ganz zu Beginn der allgemeinen Teuerung, noch versucht, sich einzurichten. Er ist aber wild geworden, als das Unheil klar zutage trat. Die Leute des Zwanzigsten (allen Beamten in Rußland wird ihr Gehalt am 20. ausbezahlt), die Leute der Honorare, der Kupons und sonstiger bescheidener Einkommen verloren den Glauben an die Zukunft vollständig. Sie waren außer sich, als Butter einen Rubel, Fleisch 30 Kopeken, Holz 12 Rubel, Schuhe 25 Rubel, Kattun 40 Kopeken kosteten. Später zahlten sie apathisch mit einem zerstreuten Lächeln und mit einem irren Blick für Butter 1,50 Rubel, für Fleisch 50 Kopeken, für Holz 20 Rubel, für Schuhe 40 Rubel. Jedes Maß für diese Dinge war in Rußland verloren gegangen. Die wirtschaftliche Schraube drehte sich, frei von jeder Hemmung, unaufhörlich weiter. Als Chwostow die Leitung des Ministeriums des Innern übernahm (vgl. XIII, S. 247), erklärte er, daß für das Rußland von heute nur zwei innere Fragen beständen: die Teuerung und das deutsche Joch. Da er sich aber bald mit der Rasputinsache (vgl. S. 290) befaßte, vergaß er diese beiden Fragen. Ihren Mißerfolg in der Organisation des russischen Wirtschaftslebens suchte die Regierung dann durch den Erfolg in der Sache der „Emanzipation" von den Deutschen wettzumachen. Alles Deutsche in Rußland ward ausgerottet. Dafür blühten auf der andern Seite Raubsucht und Desorganisation. Klarsehende Leute in Rußland sagten: „Dies sind nur die Blüten, die Früchte kommen noch." Die Liquidation des Krieges werde für Rußland viel schmerzlicher sein als seine Führung. . ."

„Für die Entwicklung der Zukunft war also maßgebend, daß die russischen Machthaber kein Interesse daran hatten, die Lösung des drohenden Rätsels dieser Liquidation des Krieges zu beschleunigen. Seine Rettung sah das Regime darin, daß der Krieg sich

resorbierte. Dafür aber waren Zeit und Geld nötig. Das Volksgefühl mußte irgendwelche Genugtuung erhalten. Die Politik diktierte dem Regime, sich auf das obere und untere Lager Rußlands zu stützen. Der Deutschenhaß wurde dem Volke künstlich eingeimpft, aber er war vorhanden. Ein „schimpflicher Friede" hätte für die russischen Machthaber einen Bruch mit dem Volke bedeutet, ein wirtschaftlich unvorteilhafter Friede das Regime mit der Plutokratie entzweit. Nur in der Schlucht des mittleren Rußlands gewann die Friedensidee und das Abfinden mit der Niederlage fortwährend an Boden. Es gab nicht wenig Leute in Rußland, die den Deutschen Erfolg wünschten. Alle standen sie aber unter der Angst für die eigene Haut, alle Ideen wurden erstickt durch die Sorge um das tägliche Brot. Das ausgesogene, verängstigte, entzweite mittlere Lager Rußlands hatte noch keinen Einfluß auf die Ereignisse. Aber aus seiner Mitte erwartete man die Revolution. Man suchte es daher im Rücken und von der Seite durch die Mächte des Volkes und der Plutokratie zu umfassen. Es gelang dem Regime, dem Aufstande zu entgehen. Es hoffte auch, der Revolution zu entgehen."

Die vierte Kriegstagung der Duma

Vom 22. Februar bis 17. April und 29. Mai bis 3. Juli 1916

Die finanziellen und die wirtschaftlichen Maßnahmen sind auf den Seiten 298 bis 304 zusammengefaßt

Die Eröffnung, die Reden der Minister und ihre Besprechung

Nachdem durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Goremykin am 2. Februar 1916 das Haupthindernis gegen die Wiedereinberufung der seit 16. September 1915 vertagten Duma beseitigt war (vgl. XIII, S. 246, 247), sind Duma und Reichsrat durch einen kaiserlichen Erlaß vom 8. Februar auf den 22. Februar 1916 einberufen worden. Die Eröffnung erfolgte mit ungewöhnlichem Gepränge. Der Zar selbst erschien in Begleitung des Großfürsten Michael Alexandrowitsch und der Hofminister im Taurischen Palais und hielt nach einem Gottesdienst folgende Ansprache an die Abgeordneten:

„Ich habe die Freude gehabt, gleichzeitig mit Ihnen Dankgebete an Gott zu richten für den ruhmreichen Sieg, den er unserem lieben Rußland, unserer tapferen Kaukasusarmee hat zuteil werden lassen. Ich bin glücklich, mich unter Ihnen zu befinden, unter meinem treuen Volke, dessen Vertreter Sie sind. Ich rufe den Segen Gottes auf Ihre kommenden Arbeiten, besonders in dieser so schweren Zeit herab. Ich glaube fest, daß Sie alle und jeder einzelne unter Ihnen in der Arbeit, deren Verantwortung Sie vor dem Vaterland und vor mir tragen, seine ganze Erfahrung, seine volle Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und seine ganze warme Liebe für das Vaterland einsetzen wird, und daß Sie sich bei diesen Arbeiten ausschließlich durch diese Liebe werden führen lassen, die Ihnen stets helfen und Ihnen als Leitstern in der Erfüllung Ihrer Pflicht dem Vaterlande und mir gegenüber immer dienen wird. Ich wünsche der Reichsduma von ganzem Herzen fruchtbare Arbeit und vollen Erfolg."

Der Dumapräsident Rodzianko antwortete darauf:

„Majestät! Tief und freudig berührt, haben wir die bedeutungsvollen Worte des Monarchen gehört, von Freude erfüllt, unseren Zaren in unserer Mitte zu sehen. In dieser schwierigen Zeit haben Sie heute das Band mit Ihrem treuen Volke befestigt, das uns den Weg zum Siege zeigt."

Von der Duma begab sich der Zar in Begleitung des Großfürsten Michael Alexandrowitsch in den Reichsrat und hielt dort gleichfalls eine Ansprache, auf die der Präsident Kulomsin dankend erwiderte.

Nachdem der Zar die Dumasitzung verlassen hatte, betonte Präsident Rodzianko in seiner Eröffnungsrede u. a. die historische Bedeutung dieses Zarenbesuches in der Duma und die Einigkeit zwischen dem Zaren und seinem Volke, die für Rußland von großem und

notwendigem Vorteil sei. Unter großem Beifall schlug Rodzianko vor, dem Zaren Glückwünsche zu senden. Der Redner erinnerte sodann an den tiefen Schmerz, mit dem Rußland das Schicksal des brüderlichen Serbiens erfahren habe. Es sei die Pflicht Rußlands, tröstende Worte zu finden und Serbien Mut sowie Hoffnung auf Auferstehung einzuflößen. Rodzianko schloß, indem er die feste Hoffnung auf den endgültigen Sieg zum Ausdruck brachte, die Duma aufforderte, zur Entwicklung der produktiven Kräfte des Landes unermüdlich beizutragen, und eine enge und aufrichtige Einigkeit zwischen der Regierung und der Nation als Pfand des Sieges verlangte, ohne den es keinen Frieden geben werde, sondern nur Kampf ohne Gnade bis ans Ende.

Nach seiner Ansprache erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten Stürmer das Wort. Dieser betonte die Schwierigkeit der Lage und stellte den unerschütterlichen Entschluß der Regierung fest, den Kampf in inniger Solidarität mit den Verbündeten bis zum entscheidenden Sieg fortzusetzen. Die Regierung sei dessen sicher, darin mit der Duma übereinzustimmen. Der Krieg habe Rußland überrascht in dem Augenblicke, in dem seine innere Reorganisation kaum begonnen hatte.

„Die Reorganisationsarbeit kam gezwungenermaßen zum Stehen und die Aufmerksamkeit der Regierung und der Gesellschaft mußte sich darauf richten, für die Notwendigkeiten unserer außerordentlich ausgedehnten Front zu sorgen. Die Regierung fährt fort, auf den Patriotismus der Bevölkerung zu rechnen.“ Stürmer forderte dann das Haus auf, sich durch Schwächen und Fehler nicht beeinflussen zu lassen, sondern alle Bemühungen zu vereinigen und nur an die Zukunft zu denken, die zweifellos eine glänzende sein werde. Der Ministerpräsident wies weiter auf die Veränderung des wirtschaftlichen und politischen Lebens Rußlands hin: „Die Bande der Sitte und Gewohnheit werden ersetzt durch die Bande wirtschaftlicher Interessen. Diese Veränderungen erheischen ein umsichtiges Vorgehen. „Arbeit, Mäßigkeit und Sieg“ müsse nunmehr der nationale Grundgedanke heißen. In erster Linie müsse die Pfarr-Reform durchgeführt werden, entsprechend den religiösen und sozialen Bedürfnissen des Volkes. Dann komme die Reform der Landgemeinden (Wolost), gemäß den Bedingungen des modernen Lebens, schließlich die Verwaltungsreform. Hier müsse man zunächst an die Unterdrückung des deutschen Einflusses denken, ferner an die Arbeitergesetzgebung und besonders an die rechtliche Stellung des Arbeiters. . . . „Die Regierung weiß wohl, daß in der Duma Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ohne in eine eingehende Kritik dieser Meinungen sich einzulassen, verpflichtet sich die Regierung, von jetzt an sämtliche Meinungen bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen in Betracht zu ziehen.“

Dann wiederholte Stürmer die Erklärungen der Regierung über die Einigkeit des Volkes, die nationale Auferstehung und das brüderliche Polenvolk, das sein edles Blut in dem Kampfe gegen den ewigen Feind der Slawen vergieße, betonte, der Etat sowie die dringenden Verteidigungsmaßnahmen müßten ohne Aufschub erörtert werden und führte weiter aus, er lege besonders große Wichtigkeit der den beiden Kammern zustehenden Gesetzinitiative bei. Er befürwortete eindringlich, daß die Duma sich durch Vaterlandsliebe leiten lasse, in den Fällen, wo die Parteileidenschaften sie verleiten würden, den Gefühlen nachzugeben, zum Schaden der Staatsinteressen. Stürmer kündigte dann noch an, daß die Regierung den Minister des Innern beauftragt habe, drei der Initiative der Duma entspringende Gesetzanträge zu bearbeiten, und zwar betreffend die kleinen landwirtschaftlichen Gemeinden, die allgemeinen Reformen des städtischen Statuts und die Einführung der Semstwos in Sibirien. Der Ministerpräsident schloß mit einer Aufforderung an die Duma, dem Beispiele der Söhne und Brüder des Landes zu folgen, die die Bewunderung der Welt durch ihren ruhigen Mut hervorriefen, dieser Helden, die das Feuer des Feindes aushalten, ohne sich durch irgend eine innere Streitigkeit irreführen zu lassen. Er erinnerte an den Kaiserlichen Erlaß an die Land- und Seestreitkräfte, der verkündet, daß ohne einen entscheidenden Sieg das geliebte Rußland weder seine Unabhängigkeit, noch sein Recht, seine Arbeit und seinen Reichtum zur Geltung zu bringen, sicher sein könnte.

Darauf gab der **Minister des Aeußern, Ssasonow**, folgenden Ueberblick über die auswärtige Lage:

„Mit Zustimmung des Kaisers bin ich zum vierten Male seit Beginn des Krieges im Begriffe, Ihnen ein Gesamtbild der politischen Lage zu entrollen. Der Kampf geht weiter; ein Kampf, wie es noch nie einen gab, ein Weltkampf. Weniger als je ist es möglich, sein Ende abzusehen. Aber ich kann erklären, daß die Regierung, wie bisher, unerschütterlich bleibt in dem Entschlusse, den Kampf bis zur Besiegung des Feindes fortzusetzen. Das war und ist der Entschluß des russischen Volkes und seiner treuen Alliierten. Dieser Krieg ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit. Diejenigen, die ihn verschulden, tragen eine schwere Verantwortung; in der gegenwärtigen Stunde sind sie zur Genüge entlarvt. Wir wissen, wer die unzähligen Leiden entfesselte, unter denen Europa jetzt seufzt. Es wäre völlig überflüssig, hierauf zurückzukommen, wenn nicht Deutschlands Staatsmänner und Presse sich darauf versteiften, die Verantwortung auf uns und die Alliierten zurückzuschieben. Aber schließlich erklärt sich diese Hartnäckigkeit vor allem durch die Notwendigkeit für die deutsche Regierung, zu versuchen, sich vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes zu rechtfertigen. Denn man fängt dort an einzusehen, daß das deutsche Volk getäuscht worden ist durch die, die falsch unterrichtet von einer unfähigen Diplomatie, die Stunde der Verwirklichung der lange gehegten Raubpläne gekommen glaubten. In dem Maße, wie die Augen sich öffnen, wächst die Unzufriedenheit, die bereits zum Ausdruck zu kommen beginnt.

Wir und die Alliierten dagegen sind in diesen Krieg zur Verteidigung der heiligsten Rechte hineingezerrt worden und haben ihn als unabwendbares Verhängnis vor uns gesehen. Daher behalten wir Ruhe trotz der Opfer und Verluste. Die Gewähr des Erfolges liegt in dem engen Bündnis mit den Alliierten und in der völligen Uebereinstimmung aller ihrer Anstrengungen. Diese Uebereinstimmung ist schwer durchführbar infolge der Entfernung zwischen Rußland und den westlichen Alliierten. Es sind jedoch alle Maßregeln getroffen, zu diesem Ziele zu gelangen. Unsere Vertreter, die mit den nötigen Vollmachten versehen sind, nehmen lebhaften Anteil an den Beratungen aller Fragen, die von den Alliierten in den Konferenzen in Frankreich und England behandelt werden. Außer zum Zwecke dieser politischen und militärischen Beratungen wünschten die Alliierten, Vertreter zur Besprechung von Maßregeln zusammentreten zu lassen, die zur Vorbereitung eines künftigen wirtschaftlichen Bündnisses ergriffen werden müssen. Die Wichtigkeit dieser Frage liegt auf der Hand. In der Tat, wenn ein Bündnis unerläßlich ist zur Erreichung eines Erfolges in der Zeit des Krieges, so ist ein Bündnis nicht weniger notwendig, um die Zukunft aller zu sichern in einer Zeit, wenn wieder Friede ist. Wenn man mit einem Feinde wie Deutschland zu tun hat, das seit langen Jahren unter dem Deckmantel traditioneller Freundschaft die Aufmerksamkeit der Nachbarn einzuschläfern sich bemühte, während es zu gleicher Zeit sein Schwert schärfte, ist es gut, beizeiten an nützliche Mittel zu denken, um einer Wiederholung von Ereignissen zuvorzukommen, wie sie mit solcher Schnelligkeit sich vor eineinhalb Jahren entrollt haben. Die deutsche Regierung gleicht dem Volke gegenüber ihren Generälen, die die Soldaten bei ihren Angriffen berauschen, um sie ungestümer zu machen. Die deutsche Regierung bemüht sich den kriegerischen Eifer der Massen aufzustacheln und diese glauben zu machen, daß die Gegner eine vollständige Vernichtung des deutschen Volkes wollen. Ist es nötig zu sagen, daß eine solche Behauptung sinnlos ist? Wer könnte darauf rechnen, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen? Die Alliierten hatten niemals einen solchen Gedanken; sie fordern für sich das Recht, sich in Freiheit in ihren Ländern zu entwickeln, und rühren nicht an dem legitimen Rechte anderer Nationen; ihr Erhaltungstrieb fordert nur, daß sie dem unerbittlichen Egoismus und dem raubgierigen Appetit, den kennzeichnenden Zügen des Preußentums, das nicht immer die Sympathien Deutschlands gehabt hat, ein Ende machen.

Dieses Preußentum muß ein für alle Male zur Machtlosigkeit gezwungen werden. Wenn es anders käme, wären alle Opfer der Alliierten vergebens. Wir sehen ebenso wie die Alliierten klar das Ziel, das wir erreichen müssen. Wie sie folgen wir ohne Schwanken dem Wege, den wir uns vorgezeichnet haben. Dieses Bündnis gestalteten wir zu einem vollständigen, ohne daß einer der Alliierten einen Teil seiner Unabhängigkeit und Persönlichkeit zu opfern brauchte. Es ist nicht wie bei unseren Feinden; dort werden die Alliierten zu Vasallen. Es ist tatsächlich schwer, noch von Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien als unabhängige Staaten zu sprechen, da die Hände der Deutschen dort in der Armee und allen Zweigen der Verwaltung die Macht fest an sich gerissen haben.

Die Gewohnheit enger Zusammenarbeit mit dem verbündeten Frankreich erlaubte beiden Ländern, alle Hilfsmittel leicht und schnell zu organisieren und zu vereinheitlichen seit dem Tage, an dem das Bündnis die Feuertaufe erhielt. Ich bin glücklich, meine aufrichtige Bewunderung auszusprechen vor der Energie und dem Talent, die das französische Volk zur Vorbereitung des Sieges entfaltet hat. Die von Frankreich auf diesem Gebiet geleisteten Dienste, die oft einem oberflächlichen Beobachter entgehen können, sind nicht weniger groß als die glänzenden Erfolge seines tapferen Heeres. Das für die gemeinsame Sache vergossene Blut macht die Bande, die die beiden Länder vereinen, unzerreißbar.

Ich bin glücklich, noch einmal zu bemerken, daß die früheren Mißverständnisse, die lange über unseren Beziehungen zu England geschwebt haben, endgültig beseitigt sind, und verschwanden, sobald sie klaren Blickes aus der Nähe betrachtet wurden, so wie nächtliche Visionen beim ersten Licht des Tages verschwinden. Meine Herren Abgeordneten! Diejenigen, die bald die Verbündeten besuchen werden, werden mit eigenen Augen alles sehen, was sie und ihre ruhmvollen Soldaten zu Wasser und zu Lande vollbracht haben. Uebermitteln Sie ihnen die herzlichen Grüße des russischen Volkes.

Die italienischen Truppen, die die Schwierigkeiten des Gebirgskriegs zu überwinden haben, treiben die Oesterreicher Schritt für Schritt aus Gegenden zurück, deren Bevölkerung seit langem von der Rückkehr zum italienischen Vaterlande träumt. Am balkanischen und adriatischen Ufer bekämpfen die Italiener gemeinsam mit ihren Verbündeten den gemeinsamen Feind. Wir begrüßen die zwischen uns und Italien hergestellte Brüderlichkeit der Waffen.

Sie wissen, daß Rußland, Frankreich und England, um den von den Feinden verbreiteten lügnerischen Gerüchten über einen von einem Alliierten zu unterzeichnenden Sonderfrieden ein Ende zu machen, schon zu Anfang des Krieges erklärt haben, daß sie untrennbar verbunden sind, und das denkwürdige Abkommen vom 5. September 1914 (vgl. I, S. 321) unterzeichneten. Letzthin haben auch Japan und Italien den Vertrag, der den festen Entschluß der fünf Mächte enthält, nur gemeinsam Frieden zu schließen, am 30. November 1915 in London unterzeichnen lassen (vgl. XI, S. 174). Damit sind die törichten Gerüchte von einem Sonderfrieden, die beständig wieder auftauchen, ein für allemal Lügen gestraft. Denn die Mächte, die den Vertrag unterzeichnet haben, betrachten eine internationale Verpflichtung nicht als einen Fetzen Papier, der sie zu nichts verpflichtet.

Traurige Nachrichten gelangen zu uns aus den zeitweilig vom Feinde besetzten Gebieten. Sie sehen, was in Polen, dieser unserer Schwesternation, vor sich geht, im heroischen Belgien, in dem so heimgesuchten Serbien. Dort herrscht überall unversöhnlicher Schrecken mit Elend vereint. Es genügt, an das ungeheuerliche Beispiel der Tötung von Miß Cavell zu erinnern, um das Leben unter deutscher Herrschaft in den Gebieten zu würdigen, auf denen Deutschland seine eiserne Faust ruhen läßt. Den unglücklichen Opfern, die unter harten Prüfungen schmachten, können wir inzwischen nur zurufen: Mut, die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Wie eine grausame Ironie schallt das Lob, das die Deutschen sich selbst erteilen für die Wohltaten, mit denen sie die Bevölkerung der besetzten Gebiete angeblich überhäuft haben. Die Deutschen sind besonders stolz auf die Gründung der polnischen Universität in Warschau. Das ist eine Falle, mit der sie das Vertrauen des durch die Deutschen zerstörten Polens zu gewinnen rechnen. Aber das Unternehmen ist im voraus zum Mißerfolg verurteilt. Seit Beginn des Krieges hat Rußland die Vereinigung der Teile des zerstückelten Polens auf seine Fahnen geschrieben. Dieses Ziel, vom Herrscher gewiesen, vom Oberbefehlshaber der Heere kundgetan, liegt der russischen Gesellschaft am Herzen. Es hat die Billigung unserer Verbündeten erhalten; es ist unveränderlich das unsere, jetzt wie früher.

Wie sieht nun Deutschland diese heiligen Bestrebungen des ganzen polnischen Volkes an? Sobald es Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelang, in Polen einzudringen, beeilte man sich, diesen Teil des bisher ungeteilten polnischen Gebietes unter sich zu teilen. Um den Eindruck abzuschwächen, den dieses neue Attentat gegen die Verwirklichung des polnischen Strebens hervorgerufen hat, glaubt man, einigen untergeordneten Wünschen der polnischen Bevölkerung entgegenkommen zu müssen. Deshalb ist die polnische Universität gegründet worden. Aber man muß nicht vergessen, daß die Autonomie Polens, die hier auf dieser selben Tribüne auf Befehl des Kaisers vom Chef der kaiserlichen Regierung proklamiert worden ist, Polen nationale Schulen aller Grade, den Universitätsunterricht eingeschlossen, mit sich bringt. Man kann also nicht erwarten, daß gegen das von den Deutschen angebotene Linsengericht das polnische Volk auf seine geheiligten Bestrebungen

verzichtet, von der von Deutschland vorbereiteten Unterjochung die Augen verschließt und seine Brüder in Posen vergißt, wo, um den deutschen Kolonisten zu gefallen, alle polnischen Elemente hartnäckig vernichtet werden. Man spricht von Absichten, die Deutschland haben soll, im Austausch gegen neue Versprechungen und imaginäre Zugeständnisse, in den okkupierten Gebieten einige hunderttausend Polen auszuheben, damit sie sich als Kanonenfutter für den Triumpf des Germanismus töten lassen. Ich will nicht glauben, daß das von hohen nationalen Gefühlen beseelte polnische Volk, das sich bei Beginn des Krieges beeilte, sich zur Verwirklichung des jedem Polen nationalen Ideals den Russen anzuschließen, sich dazu verleiten lassen könnte, einzuwilligen, sein Blut für die Tyrannen Polens zu vergießen.

Ich komme zu unseren gegenwärtigen Beziehungen zu den Neutralen, zuerst zu den skandinavischen Nachbarn. Oft habe ich erklärt, sei es im Schoße der Duma, sei es in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten und Vertretern der Presse, daß wir gegenüber Schweden keine anderen Gefühle hegen, als die aufrichtiger Freundschaft, und nur wünschen, die engen Beziehungen guter Nachbarschaft aufrecht zu erhalten. Unglücklicherweise gibt es auf der anderen Seite des Bottnischen Meerbusens noch Leute, die durch die Macht eingewurzelter Vorurteile und unter einem gewissen Einfluß von Verleumdungen unserer Feinde Vorurteile und Mißtrauen gegen uns hegen. Es ist indessen ganz klar, daß Rußland und Schweden von der Natur selbst dazu bestimmt sind, im Frieden miteinander zu leben und ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen Früchte tragen zu lassen. Der Vorwand von Kollisionen kann nur ein künstlicher sein. Weder sucht Schweden nach den Worten seiner leitenden Männer eine territoriale Vergrößerung auf Kosten Finnlands, noch streben wir nach dem Gebiete unseres Nachbarn im Norden. Was sollte in der Tat uns die skandinavische Halbinsel bieten! Einen eisfreien Hafen am Eismeer? Wir haben einen auf eigenem Gebiet, und die ausdauernde Arbeit der russischen Ingenieure wird ihn bald auch durch einen Schienenstrang mit dem Herzen Rußlands verbunden haben. Nicht nach den skandinavischen Gestaden fühlt sich Rußland durch seine Geschichte hingezogen. Nach einer ganz anderen Richtung muß es einen Ausgang zum freien Meere gewinnen.

Rumänien hat während dieser Periode die von ihm gewählte Neutralität weiter aufrecht erhalten. Die Ententemächte finden sich mit dieser Lage ab, überzeugt, daß Rumänien seine Interessen nicht verraten wird, wenn die Stunde schlägt, die nationale Einheit auf Kosten seines Blutes zu verwirklichen. Es kann sicher sein, daß es bei denen, denen die natürlichen Sympathien des rumänischen Volkes gehören, wirkliche Unterstützung finden wird, wenn es sich gegen Attentate des gemeinsamen Feindes gegen die Unabhängigkeit seiner Entschlüsse wehrt.

In meiner letzten Rede (vgl. XIII, S. 238) habe ich der militärischen Unternehmung unserer Alliierten auf der Halbinsel Gallipoli Erwähnung getan. Ohne sich durch kostspielige Opfer abhalten zu lassen, haben sie hartnäckig gekämpft, um eine direkte Seeverbindung mit uns herzustellen. Aenderungen in der strategischen Lage haben die Abreise dieser Truppen erforderlich gemacht. Ein Teil wurde nach Saloniki geschickt. Was die Landung von Abteilungen der Alliierten in dieser Stadt und die Deutung dieses Ereignisses in Berlin betrifft, glaube ich hervorheben zu müssen, daß der deutsche Reichskanzler in einer Rede vom 9. Dezember 1915 (vgl. XII, S. 34) die Beziehungen der Ententemächte zu Griechenland berührte und ihr Vorgehen mit dem Vorgehen der Deutschen in Belgien verglich. Nun sind der Einmarsch und die Verwüstung Belgiens wahrhaftig Verletzungen heiliger Verpflichtungen, die Preußen im Jahre 1839 übernommen hat. Aber in der ganz friedlichen Landung der Truppen der Alliierten in Saloniki gibt es nicht das geringste Attentat gegen das Recht. Der Artikel des zweiten Londoner Vertrages vom 3. Februar 1830 gibt jeder der drei Schutzmächte das Recht, Truppen auf griechisches Gebiet, das sie befreit haben, zu führen, unter der Bedingung, daß die beiden anderen Mächte einwilligen. Es ist unnütz, hinzuzufügen, daß die Zustimmung Rußlands von Anfang an unseren Verbündeten zugesichert war, und es sind alle Erfordernisse des erwähnten Artikels erfüllt. Außerdem wurden die Truppen auf Verlangen des Chefs des griechischen Kabinetts nach Saloniki geschickt, der in der ihm geleisteten Hilfe ausschließlich ein Mittel für Griechenland sah, seine Verpflichtungen gegenüber Serbien zu erfüllen.

Die Ungewißheit, ob Griechenland die Verpflichtungen seines Vertrages ausführen würde, zwang Serbien, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, um sich der Mitwirkung Griechenlands nicht zu berauben. Das serbische Oberkommando hatte die Möglichkeit, die bulgarische Mobilisation durch eine rasche Offensive zu verhindern. Da nicht der geringste Zweifel bestand, daß sich eine solche

Mobilisation gegen die Serben und ihre Verbündeten richten würde, wäre ein Angriff gegen Bulgarien in dem Augenblick, in dem es Truppen zusammenzog, nichts weiter als eine berechtigte Verteidigungsmaßnahme gewesen. Trotzdem wollte die serbische Regierung nicht die Verantwortung übernehmen, den brudermörderischen Krieg begonnen zu haben. Aber diese Seelengröße fand in Griechenland kein Echo. Die griechische Regierung legte die gegen Serbien übernommenen Verpflichtungen auf ihre Art aus. Die serbische Armee verrichtete Wunder von Ausdauer und Tapferkeit. Den Serben gelang es schließlich, sich den Weg bis zum Meere zu bahnen. Jetzt ist, dank der Bemühungen unserer Alliierten, besonders Frankreichs, das serbische Heer nach Korfu gebracht worden. Natürlich ist diese militärische Streitmacht, auf die sich im Oktober 1915 Deutsche, Oesterreicher und Bulgaren warfen, nicht mehr so zahlreich, aber sie ist ein sicheres Unterpfand für die Wiederherstellung Serbiens. Das tragische Schicksal, das einstweilen Serbien niedergeworfen hat, hat auch Montenegro nicht verschont. König Nikolaus hat mit seiner Familie und einem Teil der Regierung das Königreich verlassen, um nicht einen schmachvollen Frieden unterzeichnen zu müssen. Von Frankreich aus schrieb er dem Prinzen Mirko vor, die montenegrinischen Truppen zu retten und sie mit den Serben zu vereinigen. Er hat dem Prinzen und den zurückgebliebenen Ministern verboten, in irgendwelche Besprechungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten.

Es ist an der Diplomatie der Verbündeten Kritik geübt worden, weil es ihr nicht gelang, Bulgarien an ihre Seite zu bringen. In einer amtlichen Mitteilung vom 24. September 1915 wurde bemerkt, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, alle Dokumente zu veröffentlichen, die über die diplomatische Tätigkeit Licht verbreiten könnten. Ich bin bereit, zuzugeben, daß die Diplomatie nicht den kürzesten Weg gewählt hat. Hätte sie sich dazu verstanden, so hätte die Besetzung des Hafens von Dedeagatsch und der Häfen am Schwarzen Meere auf die Seele des bulgarischen Volkes Eindruck machen können und es vielleicht veranlaßt, den Koburger, der ihm doch ein Fremder ist, von der Verwirklichung seiner brudermörderischen Phantasien zurückzuhalten. Selbst in diesem Falle jedoch hätten die Verbündeten Serbien die Oktoberkatastrophe nicht ersparen können, da die gemeinsame Aktion der Verbündeten auf dem Balkan selbst mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden war.

In dem Bestreben, den durch ihren Verrat bewirkten peinlichen Eindruck abzuschwächen, nahmen die Anhänger des Prinzen von Koburg Zuflucht zu einem für das Land beschämenden Vorgehen. Sie wollen nicht mehr der slawischen Rasse zugehören, sie schwören ihre Rasse ab. Sie suchen bei den Türken und den Magyaren ihre Verwandten. Rußland, das mit seinem Blute die bulgarischen Völker vom türkischen Joche befreite, wird mit Entrüstung inne, was die bulgarische Freundschaft zu tun fähig war. Es hofft, das bulgarische Volk werde zur Einsicht gelangen, daß man es unter dem Vorwande der Verwirklichung seiner nationalen Ideale dazu zwingen möchte, den fremden germanischen Interessen dienstbar zu werden. Ich will mich nicht bei dem Vorwurfe aufhalten, daß wir uns nicht genügend auf die russenfreundliche Partei gestützt hätten. Ich gestatte mir nur, Sie daran zu erinnern, daß das schwere Verbrechen, mit dem sich der Prinz von Koburg besudelt hat, nicht unter dem stambulowistischen Ministerium, sondern unter dem russophilen Ministerium Danew begangen worden ist.

Am 3. Februar 1916 ist Erzerum in die Hände unserer tapfern Truppen gefallen, die unter Ueberwindung großer Hindernisse vorwärtsrücken. Seit unserm Rückzug hatten die Türken ihre Grausamkeiten gegen die Armenier noch vervielfacht. Ich hatte bereits (vgl. XIII, S. 239) Gelegenheit, zu Ihnen von den namenlosen Martern zu reden, die dieses unglückliche Volk zu erleiden hatte. Unter den Augen Deutschlands hat die Verwirklichung des alten Traumes von der Vernichtung der armenischen Bevölkerung, die sich mit den muselmanischen Massen nicht verschmelzen will und die daher für die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands ein Hindernis bedeutet, weitere Fortschritte gemacht. Man will mit echtdeutscher Konsequenz ein germanisch-muselmanisches Weltreich schaffen, das sich von der Scheldemündung bis zum Persischen Golf erstrecken soll. Rußland sind diese Pläne bekannt. Dieses Reich erscheint in den pangermanischen Träumen als ein neues Kalifat, das man, aus Gründen der historischen Analogie, „Kalifat von Berlin" nennen müßte. Dieses Reich würde dann Rußland und Großbritannien den Todesstoß versetzen. Der Traum ist furchtbar; aber Gott ist barmherzig. Die Deutschen haben nur an eine Sache nicht gedacht, die uns und unsern Freunden einigen Trost gewährt, daß nämlich dieses Reich, wenn sein Zustandekommen tatsächlich gelingen sollte, nicht einen Tag lang bestehen könnte, nicht allein wegen innerer Schwäche, sondern besonders deshalb, weil ihm die zur Wahrung seiner Existenz unerläßlichste Bedingung fehlen würde:

Die Beherrschung des Meeres. Glücklicherweise liegt diese Vorherrschaft in starken Händen, in denen unseres ruhmvollen Verbündeten Großbritannien. Solange sie bei ihm bleibt, wird das Kalifat von Berlin unsere Existenz noch nicht bedrohen."

Der Redner kommt dann auf die Umtriebe der Deutschen im Orient zu sprechen. Ihre Tätigkeit sei besonders in **Persien** in letzter Zeit sehr stark gewesen. Deutsche Agenten hätten Persien eingeschüchtert und ihm einen übertriebenen Respekt vor der Stärke der Zentralmächte eingeflößt; sie hätten nicht allein die sogenannten Nationalistenkreise, die Rußland und seine Verbündeten schon seit langem feindlich gesinnt seien, für sich gewonnen, sondern ihren Einfluß auf die persische Regierung, die sich auf jene Partei stützte, auszudehnen verstanden. Durch weitgehende Verteilung von allen möglichen Hilfsmitteln, von Waffen und Munition hätten Rußlands Gegner Banden gebildet und sogar einen großen Teil der von schwedischen Instruktoren befehligten persischen Gendarmerie in ihr Lager gebracht. Infolgedessen, und da es ferner nicht möglich gewesen sei, von dem gänzlich von den Zentralmächten beherrschten Schah die geringste Maßnahme zur Wiederherstellung der Ordnung zu erlangen, seien die Russen wie auch die Engländer gezwungen gewesen, einige entlegene Konsulate zu räumen. Zu gleicher Zeit seien deutsche und türkische Gruppen in **Afghanistan** eingedrungen, um gegen Rußland den heiligen Krieg zu predigen. Die englische Gesandtschaft in Teheran habe alles mögliche getan, um den deutschen Intrigen entgegenzuwirken. Aber man habe bald erkannt, daß gegen die grobe Verletzung der persischen Neutralität nur mit Gewalt anzukämpfen sei.

„Der Kriegsminister hatte schon seit langem auf die Notwendigkeit einer Vermehrung der russischen Kontingente in Persien hingewiesen. Diese Maßnahme mußte im Herbst getroffen werden, als wir über genügende Streitkräfte verfügten, und nach einigen entscheidenden Aktionen unserer Truppen besserte sich die Lage merklich. Der junge Schah dachte bereits daran, mit den Vertretern der feindlichen Mächte Teheran zu verlassen (vgl. XI, S. 341, 342). Nun ist er nicht allein in der Hauptstadt geblieben, sondern er hat seine völlige Ergebenheit dem Zaren gegenüber und seine feste Absicht bekundet, eine den Alliierten günstig gesinnte Politik zu befolgen. Darauf wurde ein neues Kabinett aus persischen Würdenträgern gebildet, die erkannten, daß für das Wohl Persiens eine vollständige Einigkeit mit Rußland und England, seinen mächtigen Nachbarn, unerläßlich sei. Unsere Beziehungen mit der Regierung des Schahs haben so einen normalen Charakter angenommen; nur ist es schwer, auf eine volle und ganze Wiederherstellung der Ordnung in einem von innern Unruhen zerrütteten Lande zu hoffen. Es wird wahrscheinlich noch weiterhin als Tummelplatz für feindselige Machenschaften unserer Gegner dienen.

Was unsern Nachbar im Osten, **Japan**, unsern Freund, anbetrifft, so ist zu sagen, daß er nach seinem Erfolge fortgesetzt an der gemeinsamen Aktion mitarbeitet, besonders gemeinsam mit uns. Diese unendlich wertvolle Mitarbeit zeigt sich in einem Maße und in Formen, die durch die Gesamtheit unserer gegenseitigen Beziehungen festgelegt sind. Die japanische Regierung hat durch einen Notenwechsel mit Rußland, Frankreich und England ihren Entschluß kundgetan, den Krieg bis zum Ende zu führen. Sie nimmt die Verpflichtung auf sich, keinen Frieden zu schließen mit dem Feinde, es sei denn in Verständigung mit den Verbündeten. Es ist mir besonders angenehm zu versichern, daß die Reise des Großfürsten Michailowitsch (vgl. XIII, S. 262), der von Seiner Majestät beauftragt war, den Kaiser von Japan anläßlich seiner Krönung zu begrüßen, den beiden Völkern von neuem Gelegenheit gegeben hat, ihren Gefühlen gegenseitiger Sympathie Ausdruck zu verleihen. Der hohe Gast und seine Begleiter waren Gegenstand des liebenswürdigsten Empfanges, sowohl durch den Kaiser von Japan und seine hohe Familie als durch die Regierung und das Publikum. Wir Russen messen diesem Empfange einen hohen Wert bei. Wir sind dankbar dafür und wir wünschen herzliches Wohlergehen und den Erfolg unserer Verbündeten im fernen Osten.

Zu den russisch-japanischen Beziehungen habe ich zu bemerken, daß der Sturm, der über die Welt gegangen, sie reger gestaltet hat. Er hat die letzten Spuren einstiger Vorurteile zerstreut und nunmehr breitet sich vor den beiden Ländern die schönste Perspektive aus. Sie werden ihre gegenseitigen Interessen zu vereinigen und sich vor gemeinsamen Gefahren auch gemeinsam zu schützen haben. In Japan versteht man sowohl wie bei uns, daß die gewalttätige Art der deutschen Wirtschaftspolitik in **China** eine ständige Bedrohung des Friedens im fernen Osten bildet. Ich werde keine Einzelheiten mitteilen über die letzten Ereignisse in China. Sie sind durch die Mitteilungen der Presse ja jedermann bekannt. Ich will nur sagen, daß die kaiserliche Regierung, die bei ihren Grundsätzen bleibt, bei inneren Angelegenheiten anderer Länder nicht interveniert.

Wenn sie im Einverständnis mit den vier Großmächten dem Leiter der Exekutivgewalt in China den freundschaftlichen Rat erteilte, mit der Einführung der Neuordnung der Verhältnisse noch zuzuwarten, so geschah dies nicht, um die souveränen Rechte Chinas zu verletzen, sondern um anzudeuten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen innere Veränderungen China selbst und den Mächten der Entente zum Nachteil gereichen könnten. Die Regierung Juanschikais hat die guten Absichten der kaiserlichen Regierung anerkannt und unsere Beziehungen tragen fortgesetzt ihren gewohnten Charakter. Ich kann hier mit Befriedigung feststellen, daß die Anstrengungen Deutschlands, sich in China eine Aktionsbasis gegen die Verbündeten zu schaffen, von der chinesischen Regierung nicht unterstützt werden, und diese alle möglichen Maßnahmen getroffen hat, damit die Neutralität Chinas nicht verletzt werde. Immerhin gestaltet die besondere Lage, die zufolge der chinesischen Gesetzgebung für die Ausländer besteht, den Kampf gegen die deutschen Machenschaften sehr schwierig. Indessen haben sich die Regierungen der Entente mit der Untersuchung der Mittel beschäftigt, um die von den Deutschen verletzten Rechte und Interessen zu verteidigen, denn die Deutschen rechnen nicht mit den souveränen Rechten Chinas.

Zum Schlusse habe ich das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß die ungeschickten und aufdringlichen Machenschaften der deutschen Agenten in Nordamerika nicht allein ihr Ziel verfehlt, sondern auch eine gewisse Erregung verursacht und die vorhandenen Sympathien für Deutschland merklich abgekühlt haben. Andererseits läßt das Interesse, das die amerikanische Industrie für unseren Markt an den Tag legt, erhoffen, daß zu den zwischen Amerika und Rußland nun bestehenden freundschaftlichen und politischen Beziehungen auch eine wirtschaftliche Annäherung tritt, zum Segen für beide Länder. Jedenfalls wird die russische Regierung mit allen Kräften dauernd darauf hinarbeiten. Ich erachte es als meine Pflicht, Sie auf die freundschaftlichen Beziehungen hinzuweisen, die uns die Regierungen Ihrer Majestäten, des Königs von Spanien und der Königin von Holland, gewähren, zum Schutze unserer Staatsangehörigen, die sich in den mit uns im Kriege befindlichen Staaten aufhalten. Wir bringen ihnen den aufrichtigen Ausdruck unserer Dankbarkeit entgegen.

Ssasonow schloß mit den Worten: „Meine Herren Abgeordneten, die letzten Worte, die ich hier aussprechen möchte, sollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß jene Kraft der Begeisterung, von der Sie zu Beginn des Krieges Beweis gegeben haben, und die im Ausland unseren Freunden wie unseren Feinden gezeigt hat, daß Sie im Kampfe für das Vaterland alle mit der Regierung einig waren, unversehrt bleiben möge, damit niemand, weder Freund noch Feind sage, sie habe nachgelassen, denn in dieser Kraft liegt das Pfand unseres Sieges."

Auf die Ausführungen Ssasonows über die Schuld am Krieg wurde von amtlicher deutscher Seite in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (26. II. 16) mit der Veröffentlichung von Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès erwidert, so über eine Unterredung mit Herrn Ssasonow am 26. Juli 1914, und mit einer Wiederholung der Vorgänge vom 26. bis 31. Juli 1914. Daraus geht abermals hervor, daß Deutschland verschiedentlich darauf aufmerksam machte, daß ein weiteres Fortschreiten der russischen Mobilmachung auch Deutschland zur Mobilmachung zwingen werde, daß jedoch die russische Mobilmachung gleichwohl nicht zurückgezogen wurde, aber auch nicht nach Frankreich gemeldet worden ist, so daß dort die deutschen Gegenmaßnahmen vor den russischen bekannt wurden.

Nach der Rede Ssasonows ergriff Kriegsminister Poliwanow das Wort, gab einen Ueberblick über die Ereignisse und die Leistungen der russischen Armee seit dem Monat Juli 1915 und schloß:

„Gegenwärtig zeigen unsere im Westen stehenden Truppen ihre wiedererstandene Kraft in kleineren Kampfhandlungen an der Düna, Strypa und bei Czernowitz. Sie bereiten sich dabei unermüdlich auf die Erfüllung größerer Aufgaben vor. Die Kaukasusarmee krönte ihr Werk durch die Eroberung von Erzerum, des türkischen Bollwerks in Asien. Alle unsere Armeen an der ganzen Front sind reichlich aufgefüllt worden und von Siegeszuversicht und Vertrauen erfüllt. Der ununterbrochene Zustrom von Munition wird immer mehr steigen. Die gleiche Tätigkeit und Entwicklung unserer Alliierten vergrößert ihre Kräfte in unerhörtem Umfange. Trotz des Ueberflusses der materiellen Hilfsquellen in Deutschland bestehen für uns günstige Anzeichen, daß das Menschenmaterial Deutschlands bald ausgehen wird, während wir noch immer über unerschöpfliche Bestände verfügen."

Im weiteren Verlauf der Sitzung bestieg der Marineminister Grigorowitsch die Tribüne. Er wies darauf hin, daß der besondere Charakter des Seekrieges die strengste Bewahrung des Geheimnisses erfordere. Er müsse sich daher auf die Mitteilung beschränken, daß die baltische Flotte um einige Torpedoboote sowie große Unterseeboote und die Schwarze-Meer-Flotte außer um neue Unterseeboote auch noch um ein zweites Linienschiff vermehrt werden würden. Dieses sei ebenso wie das erste vor dem festgesetzten Termin fertig geworden.

Auch im Reichsrat gaben Ministerpräsident Stürmer und die Minister Ssasonow, Poliwanow und Grigorowitsch im Verlauf der ersten Sitzung Erklärungen ab, die mit ihren Ausführungen in der Duma übereinstimmen.

Nach den Reden der Minister in der Duma verlas der Abgeordnete Chidlowski (Progressist) eine Erklärung des fortschrittlichen Blocks, der sich aus den Parteien der fortschrittlichen Nationalisten, des Zentrums, der Oktobristen, Progressisten und Kadetten (konstitutionellen Demokraten) zusammensetzt. Darin wurde zunächst erklärt, daß die Volksvertretung der heroischen Verteidiger des Vaterlandes gedenke und das Gedächtnis der gefallenen Helden verehre; sie sei von der festen Gewißheit durchdrungen, daß ihre Opfer Früchte tragen würden. Dann heißt es weiter:

„Der gegenwärtige Kampf wird die Frage lösen, ob die friedlichen Beziehungen der Völker auf den Grundsätzen der Unverletzlichkeit der Verträge und der Freiheit der Nationalitäten wiederhergestellt, oder ob die deutschen Ansprüche allgemeine Geltung gewinnen werden. Jeder Gedanke an einen vorzeitigen Frieden, der auf Grund eines provisorischen und unsicheren Kompromisses geschlossen würde, muß mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Rußland, das zu seinen Verbündeten Vertrauen hat, ist bereit zu einem langen Kampfe, dessen Dauer das Gewissen des Landes nur festigt, da die Notwendigkeit, alle Kräfte besser zu organisieren und auszunutzen, den Krieg wirklich volkstümlich gemacht hat. Vor einem halben Jahre schuf das Bewußtsein dieser dringenden Notwendigkeit eine vom ganzen Lande unterstützte Majorität in der Duma. Indessen wurde die Gründung des Bundes der nationalen Verteidigung, an dem die ganze Nation teilnehmen sollte, durch eine unerwartete Vertagung der Duma unterbrochen. In Unkenntnis der gebieterischen Bedürfnisse einer Sammlung der Anstrengungen der Nation, widersetzte sich die Regierung dem einigenden Gedanken des ganzen Landes. Der allgemeine Wille des Volkes, Vertrauen in seine Regierung setzen zu können, wurde in boshafter Weise als ein Kampf um Macht ausgelegt. Die Einberufung der Kammer wurde zweimal aufgeschoben. Die nationalen Kräfte wurden in unfruchtbarer Weise genutzt. Der demoralisierende Einfluß von Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit lähmte den großen nationalen Schwung. Die Unfähigkeit der Behörden zerstört das Wirtschaftsleben des Landes und hindert die Ausbeutung seiner Reichtümer. Der Mangel an Voraussicht in den willkürlichen Maßnahmen der ordentlichen und außerordentlichen Behörden, die Unordnung in der Ankunft der Lebensmittel, die maßlose Preissteigerung der notwendigsten Waren, Mißbrauch der Gewalt und Unterschleife, alles das schuf das Bild einer durch den wahren Stand der Dinge keineswegs gerechtfertigten Not. Die Unmöglichkeit, die Aufgabe auszuführen, die die Regierung auf sich genommen hatte, hat dieser Tage eine indirekte Bestätigung durch den Rücktritt Goremykins erfahren, der für die verhängnisvollen Folgen der Taktik der Zwietracht verantwortlich ist. Die Majorität ist weiterhin der Ansicht, daß die Bildung einer fähigen und durch das Vertrauen des Landes starken Regierung, die bereit ist, radikal das gegenwärtige Verfahren der Verwaltung zu ändern und in Uebereinstimmung mit der nationalen Vertretung zu arbeiten, als notwendige Vorbedingung einer wirksamen Organisation des Landes zu betrachten ist."

Die Reden der Vertreter der einzelnen Duma-Abteilungen die in den folgenden Tagen nacheinander zum Wort kamen, gaben das überraschende Bild, daß sich mit Ausnahme der äußersten Rechten sämtliche Parteien in scharfem Gegensatz zur Regierung befanden. Sogar die beiden Ultra-Konservativen Markow II und Purischkewitsch ließen es nicht an Angriffen gegen die Regierung fehlen. So wies Purischkewitsch unter anderem darauf hin, wie tief das russische Nationalgefühl durch England erniedrigt werde, das

nur unter der Bedingung Geld leihe, wenn in russischen Gewehr- und Munitionsfabriken die deutsch geschulten Leiter entlassen würden. Dabei erwähnte er auch die ungewöhnlichen Zustände in den Putilowwerken, in denen die Arbeiter von der Regierung provoziert worden seien. Auf die Frage, wer die Schuld trage, daß die russischen Generäle noch nicht im Triumphmarsch in Berlin eingezogen seien, antworte man immer nur: die Juden. Er hasse die Juden wie zuvor, möchte aber gleichwohl diese Schuld nicht auf die Juden wälzen. Schuld daran seien nur das armselige Eisenbahnnetz und die Staatsmänner, die vor Kriegsausbruch über das Budget zur Sicherung des Landesschutzes ohne genügende Voraussicht entschieden hätten.

Die Reden als Einheit genommen, hinterließen den sehr starken Eindruck der allgemeinen Unzufriedenheit. Fast von jedem Redner wurde nicht nur ein Wechsel des Kabinetts, sondern der Regierungsweise verlangt. Die Führer und derzeitigen Machthaber sind für jeden Mißerfolg verantwortlich gemacht worden; die Rede Stürmers vor allem hatte ganz allgemein enttäuscht. Besonders die Vertreter der Fremdstämmigen hatten zu klagen. Der Pole Haruszewitz erklärte: Polen werde sich unwiderruflich auf die Seite derjenigen stellen, die für die Unabhängigkeit der Nationen kämpften, bedauerte aber, daß Stürmer in seiner Erklärung nicht auch die Frage der Beseitigung aller nationalen und beruflichen Einschränkungen der Polen im ganzen Reichsgebiet berührt habe. Der Vertreter der Muselmanen Tewkelew klagte, daß die Politik der Regierung gegenüber den russischen Mohammedanern während des Krieges dieselbe geblieben sei, wie vorher, mit dem einzigen Unterschied, daß die niederdrückende Wirkung dieser Politik noch mehr empfunden werde. Sogar in den Monaten der ersten patriotischen Kriegsbegeisterung sei in einem Gouvernement mit vorwiegend mohammedanischer Bevölkerung ein lärmender Kongreß zur Bekämpfung des Islam veranstaltet worden. Auf Grund von Denunziationen seien namentlich im Kaukasus zahllose unbegründete Verhaftungen und Ausweisungen vorgenommen, aber gegen die Opfer bisher keinerlei Untersuchungen eingeleitet worden. Alles das aber verblasse gegenüber den fürchterlichen Vorgängen in Batum und Kars. Erpressungen, Räubereien, Schändungen von Frauen, Mißhandlungen von Kindern und Greisen sowie zahllose Morde seien offen ungestraft vollführt worden. Dutzende blühender mohammedanischer Dörfer seien in Aschenhaufen verwandelt und zehntausende von Menschen obdachlos ihrem Schicksal überlassen worden. Auch der jüdische Abgeordnete Friedmann klagte in beredten Worten über die Verleumdungen und Verfolgungen, mit denen die Juden von der russischen Regierung heimgesucht würden.

Am energischsten aber sprach der sozialistische Abgeordnete Tscheidse, dessen Rede zuerst zur Veröffentlichung nicht zugelassen und erst später, von der Zensur stark überarbeitet, in Petersburger Blättern erscheinen konnte. Folgende Stellen erscheinen immerhin bemerkenswert:

„Wir stehen heute wiederum den gleichen Fragen gegenüber wie im Juli 1915. Was ist in 18 Monaten des Blutvergießens, der Anstrengung aller geistigen und materiellen Kräfte von den bei Kriegsbeginn aufgestellten Losungen erreicht worden? Nur der Krieg selbst ist Sieger. Durch Niederwerfung Belgiens waren die herrschenden Klassen Deutschlands die ersten, die das Völkerrecht verletzten, aber die übrigen Völker haben sich seitdem noch viel mehr der Verletzung des Völkerrechts befleißigt. In allen kriegführenden Ländern ist die Militärisation der Arbeit durchgeführt. Ueberall ist die Politik der Annexionen und des Imperialismus die herrschende. Wir in Rußland müssen verhindern, daß uns die Bureaukratie in die Zustände des 17. Jahrhunderts zurückführt. Wir leben im reichsten Lande der Welt und haben Mangel an Getreide, Fleisch, Kohle und Holz, wir stehen vor der furchtbaren Tatsache der Verringerung der Saatfläche, des Zusammenbruchs der russischen Viehzucht und der Zerrüttung des gesamten Verkehrswesens. Wir besitzen dafür eine Administration von klassischer Talentlosigkeit und Käuflichkeit. Die Regierung verkündete die Mobilisation der Industrie, aber angesichts des Luxus und der Verschwendung der Kriegsgeschäftsleute kann man nur



Phot. Berliner Illustrations-Gesellschaft, Berlin

Feldzeugmeister Karl Kuk



Phot. A. Grohs, Berlin

Russisch-polnische Flüchtlinge auf der Rückkehr in ihre verlassenen Heimstätten



Phot. Gebrüder Haeckel, Berlin

Vor einer jüdischen Volksküche in Lida



Phot. Leipziger Presse-Büro, Leipzig

Polnische Juden werden von den deutschen Behörden zur Durchführung des Paßzwanges für die gesamte Bevölkerung photographiert

von einer Mobilisation der Ausplünderung des Volkes sprechen. Das neue Haupt der Regierung sagt, man schreite jetzt zur Regelung der Arbeiterfrage. Alle frischgebackenen Minister machten schon diese Versprechung, besonders Chwostow. Wir werden aber die Erschießung von Fabrikarbeitern in Iwanowo-Wosnessensk nicht vergessen, ebensowenig wie die Vorgänge von Tula und die jüngsten Ereignisse in Petersburg. Verhaftungen und Verschickungen sind an der Tagesordnung. Durch die Verfügungen des Senats sind faktisch alle Gewerkschaften aufgelöst. Das ganze ist gleichsam eine Verschwörung der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Unsere Kameraden, die Arbeitervertreter, befinden sich noch jetzt in Sibirien in der Verbannung. Vorläufig weiß die Regierung weitere Pogrome wie die von Moskau und Astrachan zu verhindern, sie wartet offenbar einen günstigeren Augenblick ab. Soweit ist es mit ihrem Wohlwollen gegenüber allen sogenannten „treuen Söhnen Rußlands" gekommen. Den Polen hat man eine „Autonomie" verliehen, nachdem Polen in fremden Händen war; aus Achtung vor dem polnischen Volke will ich diese Handlungsweise der Regierung nicht näher kennzeichnen. Den Muselmanen, die die Aufhebung der gegen sie bestehenden Einschränkungen fordern, wird ein Trinkgeld nach dem Krieg in Aussicht gestellt."

Tscheidse führte sodann das schon von dem jüdischen Abgeordneten Friedmann genannte Geheimzirkular vom 9. Januar 1916 an, das vom Ministerium des Innern und zwar vom Polizeidepartement an alle örtlichen Behörden versandt worden war und in dem behauptet wurde, daß die Juden außer ihrer allgemeinen revolutionären Propaganda, sowie einer verbrecherischen Agitation unter den Truppen und der Arbeiterschaft auch an der Verteuerung der Lebensmittel und dem Verschwinden der Scheidemünze schuld seien und fuhr darauf fort:

„Das behaupten dieselben Leute, welche die Atmosphäre mit Antisemitismus und Chauvinismus vergifteten, auf Schritt und Tritt Streiks und Pogrome inszenierten und die Eisenbahn als Hauptmittel des Raubes, der Unterschleife und Bestechungen benutzten. Diese Leute, die heimliche Anhänger Deutschlands sind, hofften, nachdem die militärischen Mißerfolge auf die Massen keinen Eindruck gemacht haben, durch Hunger und Teuerung allgemeine Unzufriedenheit und Proteste gegen den Krieg hervorzurufen."

Dann zitierte Tscheidse eine andere Stelle des Zirkulars, worin es heißt, die Juden beabsichtigten, durch Zurückziehung ihrer Guthaben aus den Sparkassen das Vertrauen zu erschüttern und Gerüchte vom Bankrott des russischen Staates zu verbreiten und schloß:

„Wir haben bei Kriegsbeginn das Schicksal des Landes den Bureaukraten anvertraut. Erst am Rande des Abgrunds begannen wir in das Wesen der Ereignisse einzudringen. Im Moment der Ernüchterung wurde die „Mobilisation der Arbeit und Industrie" der öffentlichen Meinung als Losung ausgegeben. Auf diesen Gebieten ist aber eine wahre Mobilisation unmöglich, denn die faktische Macht blieb in den Händen der Regierung. Solange der „progressive Block" mit dem Rücken zum Volke und mit dem Gesicht zur Ministerbank gewandt steht, wird er kraftlos bleiben. Nur die volle Entsklavung des Volkes und die Demokratisierung des Landes — einen anderen Weg zur Rettung gibt es nicht."

Am Ende seiner Ausführungen verlas Tscheidse eine Erklärung der sozialistischen Fraktion, die mit den Worten schloß:

„Die Arbeiterklasse wird ihre eigenen politischen Wege gehen und den Block überall bekämpfen, wo seine Tätigkeit den Volksinteressen zuwiderläuft, jedoch alle wirklich progressiven Schritte unterstützen. Die Würfel müssen fallen: entweder mit dem Volk gegen die Regierung oder mit der Regierung gegen das Volk."

Aus den Beratungen der Duma

Das Dardanellenabkommen mit England

In der Reichsduma gab der Minister des Aeußeren, Ssasonow, am 14./27. März 1916 als Antwort auf Ausführungen des Reaktionärs Markow II, nach denen ein englisch-russischer Dardanellenvertrag, wie ihn der englische Publizist Dillon veröffentlicht habe, dem russischen Interesse nicht entspreche, da Rußland einen „vollen und zweifellos freien Zugang zum Mittelmeer" brauche, folgende Erklärung ab:

„Ich möchte einige Aufklärungen über eine Stelle in der Rede des Abgeordneten Markow geben. Da diese Stelle eine Frage betrifft, der gegenüber sich die öffentliche Meinung Rußlands — ich muß sagen, mit vollem Recht, — mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit verhält, halte ich es für meine Pflicht, alles zu beseitigen, was bei uns eine falsche Vorstellung hervorrufen könnte. Der Abgeordnete Markow nahm auf einen westeuropäischen Publizisten Bezug, als er erklärte, es liege ein Grund vor zu glauben, wenigstens weise der Publizist darauf hin, daß zwischen unseren Verbündeten und uns eine Vereinbarung über die Meerengenfrage zustandegekommen sei und zwar eine Vereinbarung, die diese Frage in einem für uns ungünstigen Sinn entscheidet. Ich halte es für meine Pflicht, auf das nachdrücklichste zu erklären, daß eine solche (der Bericht vermerkt ausdrücklich, daß der Minister dieses Wort betonte) Vereinbarung nicht besteht."

Die russische Presse deutete Ssasonows Erklärung übereinstimmend dahin, daß nur das Bestehen eines für Rußland ungünstigen Vertrages bestritten wird; zweifellos hätte Herr Ssasonow eine deutlichere Form wählen können, wenn gar kein Abkommen mit England geschlossen worden wäre. Die englandfreundliche Presse verhehlte aber nicht ihren Aerger über diese lakonische Art Ssasonows, dem die „Rjetsch" sogar vorwarf, er habe seine Erklärung „höchst ungeschickt stilisiert".

Duma und Regierung

In ihrem Urteil darüber, welches „Programm" die Regierung nach innen und außen während der allzu langen Kammerferien bis zur Wiedereinberufung der Duma am 22. Februar 1916 befolgt hatte, war die Duma nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" (9. VI. 16) beinahe einmütig: die Politik des Kabinetts vermochte auch die Gemäßigtsten leicht zu Oppositionsmännern zu machen und die Mehrheit gegen das Ministerium zusammenzuschweißen. Aus den Reden in beiden Kammern ergab sich, daß im Interregnum, während die Duma vertagt blieb, das „ungestörte" Ministerium nicht weniger als 374 Maßregeln getroffen hatte, die der Sanktion der gesetzgeberischen Kammern bedurften; in Verletzung des Art. 122 der Grundgesetze erließ die Regierung einige Gesetze und Verordnungen, die gegen das Staatsrecht des russischen Reiches verstießen; so wurden für einige Frachtkategorien Ersatzgebühren geschaffen, wobei die Regierung auch die Berufung auf den Notparagraphen (Art. 87) als überflüssig ansah und die Abänderung des gesetzlich fixierten Eisenbahntarifs lediglich kraft einer Verfügung des Ministerrats beschloß. Der Dumaabgeordnete Godniew war in der Lage, den die Verfassung durchkreuzenden Eifer der Regierung in diesem Falle zu erklären: Die Bergindustriellen Südrußlands zeichneten nämlich für Kriegszwecke 1,2 Millionen Rubel und die Regierung wollte ihrerseits die Vaterlands- und Nächstenliebe der Erz- und Kohlenkönige gebührend verdanken, indem sie ihnen die Möglichkeit gab, die Kosten ihrer philantropischen Geste auf den Konsumenten abzuwälzen. Aber auch in den Fällen, in denen die Regierung den formalen Ex lex-Weg betrat, sah sie sich nicht veranlaßt, binnen der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist ihre Verfügungen der Sanktion der Kammer zuzuführen und einzelne Minister ließen sich sogar dazu verleiten, auch während der Session unter Umgehung der Kammern Gesetze zu erlassen.

Dieser unglücklichen Gesetzgebung reihte sich eine Verwaltung an, die ein ganz besonderes Maß von Zerfahrenheit erreichte. Der Abgeordnete Miljukow konnte mit Recht den auf den ersten Blick paradoxen Satz prägen, er vermisse die Regierung, und zwar nicht nur auf der Ministerbank in der Duma, sondern im Lande überhaupt. Wohl zeigten die Regenten des Reiches eine „starke Faust", eine dirigierende Hand aber fehlte; an ihrer Stelle zeitigte eine engherzige Ressortpolitik ihre giftigsten Blüten, die in Chwostow ihre höchsten Potenzen erreichte und auch unter Stürmer kein Ende fand.

Was das Land unter der Verwaltungsmethode seiner Gebieter erleben mußte, darüber wußten die Dumamitglieder haarsträubende Einzelheiten zu berichten. „Meine

Herren! Wer einmal unsere Grenzgegenden besucht hat, der wird für lange Zeit kein Freund des Ministeriums des Innern sein können", erklärte der sehr gemäßigte Zentrumsabgeordnete Sinadino, der ein schreckliches Bild der sogenannten „Evakuation", die in eine schonungslose Entvölkerung ganzer Rayons ausartete, zu entwerfen in der Lage war. Die Behörden ergriffen — so erzählte der bessarabische Delegierte — als die ersten die Flucht, sobald man nur Gerüchte vom Nahen des Feindes vernahm, die Einwohnerschaft blieb ohne Schutz, ohne Obdach, ohne Nahrung, und Divisionskommandanten waren gezwungen, die Funktionen kleiner Polizeibeamter zu übernehmen, Militärärzte mußten die friedliche Bevölkerung behandeln und Soldaten verpflegten kleine Kinder aus ihrem Kessel. Auffallend ist dabei, daß von den Herren Ministern niemand Zeit und Muße gefunden hat, diese vom Feind bedrohten und von den eigenen Behörden ihrem Schicksal überlassenen Gegenden zu besuchen, um die nötigen Vorkehrungen an Ort und Stelle zu treffen und das Landesinnere vor einer Ueberflutung zu behüten. Wohl sorgte die Regierung für einige Sicherheitsmaßnahmen, diese bewegten sich aber auf einem ganz andern Gebiet; so bemühte sie sich darum, der Provinz die scharfe Kritik der Duma, ihre geißelnden Reden vorzuenthalten, und in den ersten Tagen der Session — also schon unter Stürmer — schickten sich die Hüter über den Geist des russischen Bürgers an, die parlamentarischen Berichte der Zeitungen zu unterdrücken und sie durch entstellte Referate der offiziösen Telegraphenagentur zu ersetzen.

Leider gab die Duma den großen Kampf auf, zu dem die Durchberatung des Voranschlags den geeignetsten Anlaß geboten hätte. Eine umfassende Budgetdiskussion hat nicht stattgefunden, nichts erinnerte an den Willen der Volksvertretung, die Regierung vor die Alternative zu stellen, ihre innere Politik zu ändern, oder ohne Mittel zu bleiben, nichts verriet eine fortschrittliche Kammermehrheit, den „progressiven Block". Zwei Abweichungen von dieser unerfreulichen Taktik des Schweigens seien hier immerhin erwähnt. Bei der Beratung des Voranschlags des Reichskontrolleurs nahm die Kammer die Gelegenheit wahr, die Unabhängigkeit des Reichskontrollamts vom Ministerrat zu befürworten. Eine noch viel schärfere Kritik als das Reichskontrollamt zog sich das Verkehrsministerium zu, das die völlige Zerrüttung des Transports unter Ruchlow angefangen und unter seinem Nachfolger fortgesetzt hatte. Die Armee und die Daheimgebliebenen, die großen Städte im Landesinnern, die Residenzen — alles litt an Zufuhrmangel, die Not wurde immer größer, während reiche Vorräte ungebraucht blieben oder verfaulten, weil die „Festung der Nikolajew-Eisenbahn" — wie der nationalistische, außerhalb des „progressiven Blocks" stehende Deputierte Polowzow klagte — „schwerer einzunehmen ist als Lemberg oder Przemysl". Der Sozialdemokrat Chaustow konnte seinerseits die „sklavenähnliche Lage" der Transportarbeiter zur Sprache bringen, die ihrer Organisationen und Bildungsvereine beraubt und dem Schreckensregiment der „außerordentlichen Ueberwachung" ausgeliefert worden sind, und der Arbeiterparteiler Dsjubinski teilte mit, daß während die Eisenbahnangestellten die schwere Last der Teuerung ertragen müssen, ohne auf Lohnerhöhung hoffen zu dürfen, der Departementschef Stscheglowitow, der 15 000 Rubel (gleich 32 400 Mk.) jährlich bezieht, eine Zulage von 3000 Rubel im Jahr, und der Verkehrsminister gar eine von 50 Rubel täglich erhalten haben, um bei der Verteuerung der Lebensmittel leben zu können. Die Herren, die derart bemüht sind, die durch die Kriegskosten überlastete Staatskasse für ihre persönlichen Zwecke in Anspruch zu nehmen, beschränken ihre Sorge für das Landeswohl auf die Schaffung von so und so vielen Kommissionen. Kein Oppositionsmann, sondern der obengenannte Nationalist Polowzow stellte ihnen das Gericht des Volkes in Aussicht: „Das Volk wird weder die Untätigkeit des Verkehrsministers noch seine Hehlerei und seinen Verrat verzeihen."

Größte Entrüstung erregte auch der Vertreter des Finanzministers, Kusminski, als er, nach einer Stockholmer Meldung der „Münchner Neuesten Nachrichten" (8. III. 16), bei der Behandlung der Hinterbliebenenversorgung Kriegsgefallener in der Duma erklärte, die Regierung habe dafür keine Kopeke übrig. Schingarew bezeichnete den Regierungsstandpunkt als den Gipfel des Zynismus. Der Widerwille gegen den Eintritt in das Heer sei schon groß genug. Er müsse durch die verbrecherische Regierungserklärung, sie werde den Dumabeschluß auf Gewährung von Versorgung nicht gutheißen, noch wachsen. Aber Kusminski unterbrach den Redner mit den Worten:

„Die Regierung kann sich unmöglich der Hinterbliebenen annehmen. Das kostet zu viel Geld. Das Interesse des Staates an dem Wohl der Kriegerfamilien ist gering. Die Kinder Gefallener haben kein Recht, Unterstützungen zu verlangen; das ist Sache privater Wohltätigkeit."

In gleicher Weise entrüstet hat sich Tschenkeli, einer der Führer der russischen Sozialistengruppe, anläßlich der Beratung über ein Gesetz zur Aufhebung der administrativen Garantien für Beamte in Bestechungsfällen in der Dumasitzung vom 29. Mai 1916 geäußert. Er führte aus:

„In ganz Rußland werden Sie nicht einen Mann auffinden können, der behaupten wird, es wäre ihm möglich, ohne Bestechungen zu existieren. Ja, der gegenwärtige Krieg verwandelte die gewöhnlichen Bestechungsformen in frechen Raub bei hellem Tage. Es ist keine einzige kleine Schraube im ganzen Staatsmechanismus übriggeblieben, die nicht einer gründlichen „Schmierung", wie man bei uns die Bestechung nennt, bedürfte. Ein wahres Faschingsessen ist es, während rund herum die Pest tobt. Milliarden auf Milliarden werden aufgenommen, und 25 Prozent von diesen Unsummen gehen für Bestechungen der „Tschinowniks" auf. Ich spreche überhaupt nicht von den Bankiers und Kapitalisten. Es geht so weit, daß ohne Bestechungen heute kein Bürger Brot, Kartoffeln oder Zucker erhalten kann. Inzwischen beginnt die Regierung die finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes an die sogenannten „Bankiers der Alliierten" zu verschachern. Jetzt versucht man sogar alle unter- und oberirdischen Schätze im Ural, Kaukasus, in Sibirien, Südrußland an Amerikaner, Engländer, Franzosen zu verkaufen. Wenn die Regierungsvertreter diese verkaufen, so heißt das uns verraten. Und Sie meinen, mit dem vorgeschlagenen Gesetze das geschilderte Regime zu heilen? Ja! Mehrere von Ihnen waren ja selbst „Tschinowniks", und noch mehr von Ihnen „Kammerherren, Kammerjunker, Hofmeister, Stallmeister." — Sie entschuldigen, daß ich in Ermangelung russischer Termine mich deutscher Wörter bediene! — Sie wissen es wohl am besten, wie der Bestechungsprozeß vor sich geht — ich hoffe nicht aus persönlichen Erfahrungen —; ohne Zeugen, ohne Worte geht es vor sich, wie eine Pantomime, daher läßt sich behaupten, daß sich nur der kleinste Teil der Beamtenbestechungen nachweisen lassen werde. Der größte Fehler liegt darin, daß man den Schuldigen bloß unter den kleinsten Beamten wird entdecken können, während es sehr schwer sein wird, die Schuldigen in den höheren Sphären zu entlarven. Nehmen wir zum Beispiel Suchomlinow. Seit langem schon sprach das ganze Land über seine Schuld, schon lange verlangte es seine Verhaftung. Aber solange er auf seinem Posten stand, wagte es niemand, ihn anzuklagen. Ja, er hatte schon seinen hohen Posten verlassen, als man ihm zu Ehren noch Kosakendörfer benannte."

Auch der Abgeordnete Kerenski von der Arbeiterpartei erhob anläßlich der Duma-Debatte über die Verfolgung der Konsumvereine durch die Regierung scharfe Anklagen. Er sagte u. a.:

„Kaum hat sich unsere Lage an der Front nur ein wenig gebessert, beginnt schon wieder das alte Regime, das sich wie früher wie zu Hause fühlt. Es beginnt, systematisch gegen die Konsumvereine, die gewerblichen Vereinigungen und die Idee der bürgerlichen Freiheit loszugehen. Hierin liegt die größte Gefahr, auf die wir aufmerksam machen. Man soll nur nicht glauben, daß die im Kriege uns drohende Katastrophe nun eine für uns erledigte Sache wäre. Wenn man diese minimale Zeitspanne momentaner relativer Kriegserfolge nicht zur Stärkung der gesellschaftlichen Volkskräfte, sondern zu deren Zerstörung ausnützt, — wohin werden wir dann schließlich kommen?"

Das sind nur einige wenige charakteristische Aeußerungen, die aber doch zeigen, daß sich die Duma mit seltener Einmütigkeit gegen die Regierung erhob, die auch in diesen schweren Zeiten nichts vergessen und nichts gelernt zu haben schien.

Es entsprach daher der allgemeinen Stimmung, daß bei der Schlußdebatte der allgemeinen Budgetkritik bei Stimmenthaltung der Rechten, der Arbeitergruppen und der Sozialisten eine Resolution der Fortschrittlichen einstimmig angenommen wurde, in der es hieß: Der Krieg müßte bis zur Unterwerfung des Feindes geführt werden. Ein Erfolg im Kriege sei überhaupt nur dann möglich, wenn das Land neu organisiert würde. Zu dem Zweck sei aber ein ganz anderes Regime erforderlich, ein Regime der Disziplin und der Ordnung, das sich nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten betätigte. Die Politik der Gewalt, der Willkür, der Unverantwortlichkeit, der Vergeudung, Nachlässigkeit und Ueberhebung müßte aufhören. Die neue Politik der Organisation zur Hebung aller finanziellen und wirtschaftlichen Landeskräfte, unterstützt von den fortschrittlichen Elementen, müßte an seine Stelle treten. Jetzt gingen Regierung und Volksvertretung diametral auseinander, da die Regierung gegen die Volksinteressen arbeite, was eine große Gefahr für das Land bedeute.

Die zweite, von der Arbeitergruppe vorgelesene Resolution, für die nur noch Sozialisten stimmten, war noch viel schärfer und besagte ungefähr folgendes: Da sich die Regierung als unfähig erweise, ein nutzloses Blutvergießen in der Armee und den finanziellen Ruin des Landes zu verhindern, da sie sich weigerte, die Demokratie zur Macht zu berufen, um eine Regierung, die das Vertrauen des Landes genieße, zu schaffen, da die Budgetvorlage der Regierung keinen Einblick in die Ausgaben der Volksgelder gestatte, ganz zu schweigen von den nutzlos vergeudeten und veruntreuten Milliarden, so stimme sie gegen jede weitere Spezialdebatte über jeden einzelnen Etat.

Gegen die Kriegszensur

Wie maßlos die Zensur die russische Presse verfolgte, das beleuchtete die Duma bei der Kriegszensurdebatte in ihrer Sitzung vom 22. Februar (6. März) 1916. In ihr wurden einige Gesetzentwürfe zur Abänderung der Zensur angenommen, deren Bedeutung Miljukow folgendermaßen zusammenfaßte: Erstens: Dem Minister des Innern wurde damit die Machtbefugnis entrissen, die auf Grund einer früheren Indexliste angeführten Zensurfälle noch heute aufrechtzuhalten. Zweitens: Durch ein neues Gesetz hat nunmehr jeder Redakteur selbst zu entscheiden, was im Interesse der Landesverteidigung zulässig und was schädlich ist. Auch weiß er, wann er den willkürlichen Zirkularnoten einzelner Zensurinstanzen nicht zu gehorchen braucht. Drittens: Die bisherige Macht des Höchstkommandierenden ist insofern beschränkt, als es noch kein Grund für ein Zensurverbot ist, wenn eine Zeitung in der Sprache einer anderen Nationalität erscheint. Strenge Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis und Ehrverlust oder 10 000 Rubel Geldstrafe stehen auf Uebertretung der Zensurvorschriften. Auch der sozialistische Dringlichkeitsantrag bezüglich der Aufhebung des Zensurverbots der Dumareden für die Provinzzeitungen wurde bis auf weiteres angenommen. Der Sozialist Skobelew fragte, ob die Duma eigentlich bloß Petersburg oder ganz Rußland vertrete. Während es in den Petersburger Zeitungen nicht verboten wäre, die Dumareden ausführlich zu veröffentlichen, sei der Verkauf Petersburger Zeitungen in der Provinz untersagt, damit das Volk über die Lage in der Duma nichts erfahre. Der neue Chef der Petersburger Telegraphenagentur, Gurland, Stürmers rechte Hand, beherrsche die gesamte Provinzpresse. Godniew wies auf die Zensurversprechungen des Zaren-Manifestes von 1905 hin, die man bisher mit Füßen getreten habe. Als er beantragte, daß alle Minister, die das Manifest nicht befolgt hätten, die Demission erhalten sollten, wurde der Redner Gegenstand stürmischer Ovationen. Der Kadett Adschemow erwähnte unter allgemeinem Gelächter das Zirkular, durch das die Regierung verbot, Teile aus den Dumareden durch fetten Druck besonders zu bezeichnen, und beantragte die Auf-

hebung dieser Bestimmung. Er befürwortete die Kriegszensur, die jedoch nicht zu einer innerpolitischen Zensur ausarten dürfte. Der Kadett Bomasch erinnerte an die antisemitische Zensur, die sechs Millionen Juden der Möglichkeit beraubt hätte, sich in einer eigenen Presse oder überhaupt öffentlich auszusprechen. Die Herrschaft dieser Zensur ginge sogar soweit, daß selbst jüdische Soldaten ihren Eltern kein Lebewohl schreiben oder jüdische Schwerverwundete in Petersburg ihre Anverwandten nicht über ihren Aufenthaltsort in ihrer Sprache unterrichten dürften. Auch die Ausführungen Suchanows (Arbeiterpartei) erweckten leidenschaftliches Interesse. Was er über den früheren Minister Maklakow erzählte, rief sogar allgemeines Gelächter hervor. Er sagte, er erinnere ihn an Till Eulenspiegels Possen. Schon als Gouverneur hätte sich Maklakow als vorzüglicher Tierimitator produziert. Als Minister endlich hätte er seine Kunst zur Meisterschaft vervollkommnet. Die Sitzungen des Ministerrats oder der allerhöchsten Kreise wurden gewöhnlich beschleunigt oder hastig abgebrochen, damit Maklakow mit seinen ergötzlichen Vorstellungen beginnen konnte! Seine Produktionen seien jeweils durch einen Sprung auf den Tisch gekrönt worden. Eine russische Zeitung, die diese Vorgänge unter dem Titel „Sprung des brünstigen Panthers“ erzählte, sei zu 3000 Rubel Strafe verurteilt worden.

Schließlich wurden folgende Aenderungen des Gesetzes über die Kriegszensur, Anträge der Semstwo-Oktobristen, angenommen: Der Kriegszensur steht kein Recht zu, Veröffentlichungen über Bestechungen, Unterschlagungen und Kriegslieferungen für Heer und Marine zu verbieten. Die Kriegszensur darf bezüglich der Ministerratsbeschlüsse nur Mitteilungen, die im Zusammenhange mit den durch den vom Kriege veranlaßten Ausgaben stehen, unterdrücken. Dagegen wurde ein Antrag Suchanows — der sich auf die Veröffentlichung von Volksunruhen und Pogromen bezog — von der Duma abgelehnt.

Der Kampf gegen das Deutschtum und die Duma

Als die „deutsche Gewaltherrschaft“ zum ersten Male zur Verhandlung kam, im September 1915, in den Tagen des Kampfes zwischen Regierung und progressistischem Block, waren nach einem Stockholmer Bericht der „Frankfurter Zeitung“ (11. VII. 16), die Stunden der Duma gezählt. „Die Verhandlung über das Enteignungsgesetz wurde mit einer Rede Chwostows, des späteren Ministers des Innern, eingeleitet und unter lärmendem Protest aller übrigen Parteien hörte man den damaligen Führer der Rechten sein „Raubprogramm“ gegenüber den Fremdstämmigen entwickeln. Die Verhandlung wurde jedoch unterbrochen, weil der progressistische Block die theoretische Entwicklung seines liberalen Programms für wichtiger hielt, und damit überhaupt einstweilen abgebrochen, denn der mit solchen Ideen durchaus nicht sympathisierende Goremykin schickte die Duma bald darauf nach Hause. Der dann zum Minister des Innern aufrückende Chwostow führte das von ihm entwickelte rücksichtslose Enteignungsprogramm auch ohne die Duma nach dem Notparagraphen 87 durch und als die Duma wiederum zusammentrat, war die Enteignungsfrage praktisch bereits erledigt (vgl. auch S. 311 f.).

Die Verhandlungen über die deutsche Gewaltherrschaft waren also nunmehr nur noch rein theoretisch nötig, aber gerade darum schien die Mehrheit der Duma sie zu scheuen. Als sich die Duma im Winter 1916 wiederum versammelte, sollte sie auch dieser Maßnahme der Regierung gegen die Deutschen, wie allen anderen nach dem Paragraphen 87 getroffenen Verfügungen die verfassungsmäßige Sanktion erteilen. Da jedoch die Regierung noch 374 andere Gesetze nach dem gleichen Paragraphen durchgeführt hatte, fiel es nicht besonders schwer, die peinliche Verhandlung über die Entrechtung der Deutschen zurückzustellen. Ostern brachte eine umfangreiche Unterbrechung der Session. Als dann die schwach besetzte Duma wiederum zusammentrat, fehlten die in Westeuropa

reisenden Parteiführer und man glaubte ihre Ankunft abwarten zu sollen. Als auch sie sechs Wochen später wieder in Petersburg waren, kam man endlich auf die Frage der Enteignung des deutschen Besitzes zurück und wollte nun darüber unterhandeln. Da stellte sich jedoch heraus, daß der progressistische Block die Behandlung dieses Themas nicht wünschte. In einer Versammlung im Büro des Blockes berieten die Parteiführer über ihre Stellungnahme zu dem Vorgehen der Regierung sehr eingehend; und obwohl ein amtlicher Bericht über diese Sitzung nicht veröffentlicht wurde, ließ sich doch der Presse so viel entnehmen, daß die Parteien des Blockes, mit Ausnahme des etwas abseits stehenden rechten Flügels, Gegner der Enteignungspolitik waren, teils aus theoretischen Gründen, weil man den Schutz der Fremdstämmigen in das Blockprogramm aufgenommen hatte, teils aber auch weil man doch nicht die Augen vor der verheerenden Wirkung zu schließen vermochte, die beispielsweise die Vertreibung der deutschen Kolonisten aus Südrußland ergeben hatte. Nun hätte sich ja eine solche Kritik an den Maßnahmen der Regierung, verbunden mit der Aufdeckung zahlreicher Unterschlagungsgeschichten, an sich sehr zum Thema kadettischer Reden geeignet, aber man fürchtete die ungünstige Wirkung auf die Stimmung der Wähler. Denn dieser Kampf gegen die deutsche Gewaltherrschaft war in weiten Kreisen des russischen Volkes sehr populär. Der mühelose Raub des Besitzes Wehrloser hatte offenbar Instinkte der Masse angeregt, ganz abgesehen davon, daß eine starke Abneigung gegen diese sich durch Fleiß zu Wohlstand emporarbeitenden Deutschen auch schon früher beobachtet werden konnte. Der Abgeordnete Kerenski charakterisierte diese Stimmung sehr richtig. Die Regierung hetze hier unter einem patriotischen Deckmantel eine Armut auf die andere. Aus reiner Raublust würden auch diejenigen Kreise, die immer die Heiligkeit des Privateigentums betont hätten, zugleich die Begriffe des Eigentums und die von Recht und Gerechtigkeit mit Füßen treten. Die Raubinstinkte, die durch den Krieg nicht befriedigt wurden, sollten hier eine Ablenkung finden. Immerhin fürchtete der progressistische Block offenbar diese Instinkte, denn das Büro beschloß den Antrag auf Vertagung der Verhandlung einzubringen.

Dieser Antrag erlebte in der Reichsduma eine wechselvolle Geschichte. Es wurde zunächst mit den Stimmen der Rechten und Nationalisten sowie der Arbeiterpartei und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen des Blockes abgelehnt bei einer Stimmenthaltung der Semstwo-Oktobristen und bedeutete somit die erste Niederlage des Blockes. Als jedoch die Rechten, die ein Interesse daran hatten, die Verhandlung über diesen Gegenstand mit ein paar tönenden Phrasen abzutun, ihrerseits versuchten, die Beschränkung der Verhandlung auf eine einzige Abendsitzung zum voraus festzusetzen, verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse. Die Sozialdemokraten wünschten eine ausgedehnte Debatte, weil sie die zahllosen Grausamkeiten und Gewalttätigkeiten der russischen Beamten zur Sprache bringen wollten, und der Antrag auf Festsetzung einer Abendsitzung wurde daher mit einer Mehrheit des Blockes und der äußersten Linken abgelehnt. Die Verhandlung des unliebsamen Gegenstandes wurde nun auf Dienstag den 4. Juli 1916 festgesetzt. Diese Verhältnisse benützte die Regierung, um ihren aus anderen Gründen beabsichtigten Vertagungs-Beschluß am 3. Juli 1916 zu verwirklichen. Sie konnte dabei mit dem Beifall der Rechten rechnen, die jede Dumavertagung willkommen hieß, und diesmal auch mit dem Beifall des Blockes, der damit der Verhandlung des peinlichen Gegenstandes enthoben war. Nur die Sozialisten widersprachen.

Der Aufschub der Verhandlung über die Enteignung des deutschen Besitzes kam bei der Unsicherheit der zukünftigen Verhältnisse einem endgültigen Verzicht darauf gleich. Es blieb damit der „Kampf gegen die deutsche Gewaltherrschaft" auch verfassungsrechtlich eine ungesetzliche Maßnahme der russischen Regierung.

Die Vertagung der Duma.

Durch kaiserlichen Erlaß vom 3. Juli 1916 ist die Reichsduma unerwartet bis zum 14. November 1916 vertagt worden. Wie die „Rußkija Wjedomosti“ mitteilten, soll die jähe Vertagung der Duma von der Regierung gegen den Willen des die Dumamehrheit umfassenden fortschrittlichen Blocks beschlossen worden sein. Den Anlaß dazu habe nach der Ansicht höherer Beamtenkreise der Umstand gegeben, daß die letzte Debatte über die Gleichstellung der Bauern einen zu aufreizenden Charakter angenommen hätte. In Dumakreisen dagegen wurde den „Rußkija Wjedomosti“ zufolge darauf hingewiesen, daß Ministerpräsident Stürmer, der noch vor kurzem versichert habe, die Regierung würde es der Reichsduma selbst überlassen, den Zeitpunkt der Vertagung zu bestimmen, der Volksvertretung gegenüber ganz dieselbe Haltung einnehmen wolle, wie die erzreaktionäre Regierung Goremykins. Wieder andere Kreise erklärten, wie M. Th. Behrmann aus Stockholm der „Vossischen Zeitung“ (6. VII. 16) schrieb, diese plötzliche und strafähnliche Vertagung damit, die ins verbündete Ausland gereisten Volksboten hätten sich dort so ostentativ als die eigentlichen Beherrscher Rußlands benommen, daß man sie bei ihrer Rückkehr von seiten der offiziellen Regierung mit einem kalten Wasserstrahl begrüßen zu müssen glaubte.

Die merkwürdigste Version über den plötzlichen Dumaschluß kursierte aber in jenen sommerlichen politischen Salons der Kameny- und Jelagin-Insel, wo man über die Ansichten und Absichten der russischen höchsten und allerhöchsten Kreise am besten informiert zu sein pflegte. Dort meinte man, es läge nicht im Interesse der Regierung, daß die zurückgekehrten Parlamentarier, „Gelegenheit haben, ihre Kollegen im Plenum und somit auch das russische Volk mit alledem bekannt zu machen, was sie auf ihrer Fahrt namentlich in England und Frankreich gehört und gesehen haben.“

Jedenfalls hat die plötzliche Vertagung der Reichsduma, wie die meisten Blätier hervorhoben, dieselbe verhindert, eine Reihe der wichtigsten Reformprojekte durchzuführen, darunter die schon zur Beratung gestellten Vorlagen über die Einführung der Semstwo-Selbstverwaltung für kleinere Landeskreise, die Reformierung der veralteten Städteordnung, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und gegen die Lebensmittelkrise. Auch die von der Duma bereits durchgeführten Reformprojekte, wie über die Bekämpfung der Beamtenbestechlichkeit und die Abschaffung eines Teiles der besonders odiösen Rechtsbeschränkungen der Bauern, sollen nun durch den bürokratischen Staatsrat erledigt werden, der auch sofort die von der Duma angeordnete Gesetzesvorlage über die Verantwortlichkeit der Beamten in dem Sinne änderte, daß dieselben nicht vor Geschworenengerichte gestellt werden durften.

Die „Rjetsch“ schrieb über das Verhalten der Regierung der Duma gegenüber: „Die Regierung ließ durch Graf Bobrinsky in der Duma erklären, es sei nicht zeitgemäß, sich mit Reformen zu befassen: Zuerst der Sieg und dann die Reformen. Früher, vor dem Kriege, lautete es ebenso: Zuerst Beruhigung, d. h. Unterdrückung der Opposition, und dann Reformen. Nur die Formulierungen sind verschieden, in der Sache selbst bleibt als praktischer Schluß, daß man zurzeit keine Reformen brauche. Indessen sollte doch der Verlauf des Krieges selbst die Regierung überzeugen, daß Kriegserfolge eben Reformen im Innern zur unentbehrlichen Voraussetzung haben.“

Wenig später, am 11. Juli 1916, empfing der Zar im Hauptquartier den Präsidenten der Reichsduma Rodzianko, der gegen die lange Vertagung der Duma protestierte und dabei darauf aufmerksam machte, daß die Stimmung im Lande eine Kontrolle durch die Duma erfordere. Der Zar soll versprochen haben, sich mit dem Ministerpräsidenten Stürmer über die Angelegenheit zu beraten.



Phot. R. Sennecke, Berlin

Eine Zivilgerichts-Sitzung in einer kleinen Stadt in den besetzten Gebieten hinter der Ostfront

Am Tisch in der Mitte der Kriegsgerichtsrat, links von ihm der Oberrabiner und ein mohammedanischer Geistlicher, rechts von ihm der katholische Pfarrer mit Bürgern der Stadt. Vorn rechts sitzend der militärische Bürgermeister, der Fragen an die Parteien und den Dolmetscher stellt.



Phot. R. Sennecke, Berlin

Eine Feldgerichts-Sitzung in einer kleinen Stadt in den besetzten Gebieten hinter der Ostfront

Links der schriftführende Sekretär, am Tisch fünf dem Gericht als Mitglieder beigeordnete Offiziere als Richter, daneben stehend der untersuchungsführende Kriegsgerichtsrat, davor sitzend ein Offizier als Verteidiger des angeklagten Zivilisten



Phot. R. Sennecke, Berlin

Ein Straßenbild aus Slonim



Phot. Ed. Frankl, Berlin

Eine Beobachtungsstation für die Bewohner choleraverdächtiger Häuser in den besetzten Gebieten an der Ostfront

Maßnahmen des Zaren und der Regierung

Die innere Politik und Personalien

8. Februar 1916.

Der Präsident der russischen Staatsschuldenverwaltung, der Reichskontrolleur Charitonow, wurde auf seinen Wunsch verabschiedet und als Nachfolger das des Reichsratsmitglied Pokrowsky ernannt.

23. Februar.

Großfürst Sergius Michailowitsch wurde zum Generalinspektor der russischen Feldartillerie ernannt.

26. Februar.

Der Zar ernannte den Ministerpräsidenten Stürmer zum Vorsitzenden des „Allerhöchsten Rates."

19. März.

Durch Kaiserliche Erlasse wird der Minister des Innern A. N. Chwostow (vgl. XIII, S. 247 248) auf seinen eigenen Wunsch des Amtes enthoben, sowie bestimmt, daß Ministerpräsident Stürmer das Ministerium des Innern übernimmt und zugleich den Vorsitz im Ministerrat beibehält.

Der Minister des Innern Alexei Nikolajewitsch Chwostow hatte seine Laufbahn als Bureaukrat begonnen und brachte es bis zum Gouverneur von Wologda und Nischnij-Nowgorod. In dieser Stellung zog er, nach Angaben der „Frankfurter Zeitung" (20. III. 16), zum erstenmal die Aufmerksamkeit auf sich, als er durch seine judenfeindlichen Maßregeln die Abhaltung der großen Sommermesse in Nischnij-Nowgorod gefährdete. Bei den Wahlen zur Reichsduma erreichte die Tätigkeit des Nowgoroder Gouverneurs ihren Höhepunkt; er ließ alle politisch verdächtigen Leute einsperren und unterdrückte fast die ganze Presse in seinem Gouvernement. Natürlich zog er sich dadurch auch viele Feinde zu, mußte zurücktreten und erhielt nicht einmal die sonst üblichen Gnadenbeweise des Zaren.

Ein Mandat in der Reichsduma war ihm aber verblieben und hier wußte er sofort die Führung der Rechten, der es an irgendwie bedeutenderen Männern fehlte, an sich zu reißen. Mit sicherem demagogischen Instinkt erkannte Chwostow die Aussichten, die der durch den Krieg entflammte Deutschenhaß ihm bot; er schlug in dem „Kampf gegen die deutsche Gewaltherrschaft" die schärfsten Töne an und fand bald eine Wendung, um den neuentfachten Antisemitismus mit dem Hasse gegen die Deutschen zu vereinigen. So schuf er sich rasch eine gewisse Popularität, so daß er nach der Auflösung der Reichsduma im Herbst 1915 dem Ministerpräsidenten Goremykin als der geeignete Mann erscheinen konnte, um den unentschlossenen Fürsten Schtscherbatow im Ministerium des Innern zu ersetzen. Der Duma gegenüber konnte man es sogar als eine Art von Zugeständnis hinstellen, daß man einen ihrer Fraktionsführer ins Ministerium berief. Herr Chwostow nahm sofort die Zügel der Regierung in seine Hände und da ein entschlossener Mann dem russischen Volke stets imponiert, hatte er anfangs Erfolg, als er mit einigen Willkürlichkeiten, die tief in die Rechte der übrigen Minister einschnitten, Ordnung in den zerrütteten Bahnverkehr zu bringen versuchte. Die Gunst der öffentlichen Meinung schwand aber bald, als Chwostow weit über Goremykins reaktionären Kurs hinausging und seine Nowgoroder Gouverneursmethoden auf die Herrschaft über das ganze russische Reich übertrug.

Sein Rücktritt war eine Folge des entschiedenen Auftretens der Duma in der Budget-Debatte vom 13. März 1916 (vgl. auch S. 283), in der Chidlowski erkärt hatte, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten sei man mit der Regierung unzufrieden und der Nationalist Sawenko ausführte, ein Waffenstillstand mit der Regierung sei nur denkbar auf Grund der Erfüllung der Forderungen des fortschrittlichen Blocks, die lauteten: „Erstens ist in Anbetracht der ernsten Lage, in der sich das Vaterland befindet, eine Einigung des Volkes mit der Regierung durchaus erforderlich. Eine gute Organisation ist jedoch nur bei einer Regierung möglich, die das Vertrauen des Landes genießt. Chwostows Politik der Untätigkeit und Ungesetzlichkeit sät aber Zwietracht, sucht die Aufmerksamkeit der russischen Gesellschaft von der drohenden Gefahr auf innere Zwistigkeiten hin abzulenken und ruft so durch die Erregung nationaler oder religiöser Gehässigkeiten finstere Instinkte wach. Zweitens: Chwostows Bekämpfung der Teuerung hat sich als ergebnislos erwiesen. Ohne Einfälle und ohne Erfahrungen zeigte er sich unfähig, Reformen durchzuführen, und wandte bei seiner Bekämpfung des Deutschtums obendrein ungesetzliche Mittel an, so daß die höchst gefährliche Verminderung der Ackerbaufläche und der Ruin einiger Gouvernements die Folge war. Drittens: Chwostow, der den gesellschaftlichen Organisationen mit Mißtrauen begegnet, ist unfähig, mit der Duma zusammenzuarbeiten, weshalb die Duma auf die Durchführung des Programms des fortschrittlichen Blocks dringt."

Kurz darauf, am 15. März 1916, schrieb „Rjetsch“ („Berliner Tageblatt“ 22. III. 16) in einem Leitartikel: „Nicht gerade lang stand Chwostow auf seinem Posten, aber während dieser kurzen Dauer hauste er über jedes Erwarten schlimm. Seine zwei Losungsworte waren „Bekämpfung der Teuerung“ und „Aufreizung verschiedener Volksschichten gegeneinander“. Einen Erfolg kann er dabei freilich verzeichnen, nämlich die Gründung des Konsumvereins bei den Putilow-Werken mit Madame Desobry an der Spitze. Da die Bekämpfung des Deutschtums erfolglos blieb und nur Schaden brachte, intrigierte er gegen das Eisenbahnministerium, um auf dem Wege des Nepotismus seinen Verwandten Tatischtschew zum Eisenbahnminister zu machen. Der kolossale verbrecherische Rshewski-Skandal beschloß endlich die Laufbahn dieses Boulevardromanhelden Chwostow.“

Zur Erklärung dieser Ausführungen mögen zunächst einige Einzelheiten aus der Rede des Kadetten Adschemow dienen, die er Anfang März 1916 in einer geschlossenen Dumasitzung hielt:

„Wir wissen,“ sagte Adschemow, „daß gerade, während wir hier sprechen, sich in unserer bedeutendsten Waffenfabrik Putilow ernste Ereignisse abspielen. Die ganze Fabrik streikt. Diese Streiks hat das Polizeidepartement provoziert. In den Putilow-Werken gründete die Regierung einen Lebensmittelverein für die Arbeiter, deren Leiter Propaganda für eine Gegenrevolution betreiben, indem sie sich hierzu gefälschter Dokumente über die schädliche Tätigkeit des Semstwoverbandes und der Kriegsindustrievereine bedienen. Eine schöne Frau, eine der Leiterinnen des genannten Lebensmittelvereins, empfängt sogar wiederholt den Minister Chwostow bei sich, damit ihr Ansehen bei den Arbeitern steige. Chwostow hielt sein Versprechen nicht, als er sich als Freund der Arbeiter ausgab.“

Bei dem Rshewski-Skandal handelte es sich nach den Enthüllungen der „Aftenposten“ (29. III. 16) in Kristiania um folgendes: Der ehemalige russische Mönch Iliodor, der einst als Günstling des Zaren galt und sich unmittelbar nach Ausbruch des Kriegs am 2. August 1914 nach Kristiania geflüchtet hatte, war ein Todfeind des am Zarenhof allmächtigen Mönches Rasputin, der für einen Sonderfrieden mit Deutschland eintrat und sich auch gegen Chwostows Absicht, die Verfolgung der Deutschen in Rußland noch zu verschärfen, ausgesprochen hatte. Er war, da er Rasputins Einfluß am Zarenhof mit jedem Mittel zu bekämpfen versuchte, wegen Vergehens gegen die Religion und die Zarenfamilie unter Anklage gestellt worden und konnte deshalb nicht nach Rußland zurückkehren. Am 25. Januar 1916 tauchte nun in Kristiania ein gewisser Artemiew auf, der Iliodor aufsuchte und ihm gestand, sein wirklicher Name sei Rshewski. Er sei Privatsekretär Chwostows, der ihn gesandt habe, um Iliodor zu überreden, Rasputin zu ermorden. Iliodor, der Chwostow nicht persönlich kannte, fühlte sich von diesem Ansinnen angewidert, täuschte aber zunächst ein Eingehen auf diese Pläne vor, um der Sache auf den Grund zu kommen. Rshewski erklärte ihm dann, er würde aus Petersburg Helfershelfer erhalten, mit denen er in Kristiania alle Vorbereitungen treffen könnte. Iliodor forderte für diese Leute 60000 Rubel, die ihm Rshewski nach der Tat auszubezahlen versprach und am 12. Februar 1916, wie er aus Petersburg telegraphierte, bei einer dortigen Bank eingezahlt haben will. Der Mordplan war, wie Iliodor angab, genau verabredet. Eine Hofdame der Zarin-Mutter war dazu ausersehen, Rasputin in eine Falle zu locken, indem sie ihn telephonisch auffordern sollte, sofort in einem ihm zur Verfügung zu stellenden Automobil zum Zaren zu fahren. Rshewski sollte als Chauffeur den Wagen lenken und nach einer abgelegenen Stelle vor Petersburg bringen, wo dann Iliodors Helfershelfer das übrige besorgt hätten. Als Lohn für die Tat versprach Rshewski dem früheren Mönch Iliodor die Amnestie, die ihm Chwostow erwirken sollte. Als Iliodor am 12. Februar 1916 das Telegramm Rshewskis aus Petersburg erhielt, entschloß er sich, den Zaren und die Reichsduma von dem Mordplan zu unterrichten. Am 14. März reiste zu diesem Zweck Iliodors Frau mit einer schriftlichen Darlegung der Angelegenheit, die sie glücklich über die Grenze schmuggelte, nach Rußland ab. Bald darauf will Iliodor ein Telegramm der Zarin-Mutter erhalten haben, in dem sie ihm mitteilte, daß sie sein Schriftstück gelesen habe und von allem unterrichtet sei.

29. März 1916.

Kriegsminister General Poliwanow ist auf sein Ansuchen seiner Funktionen enthoben und zu seinem Nachfolger der Chef der Intendantur, General d. Inf. Schuwajew, ernannt worden.

Der Rücktritt des Kriegsministers Alexei Andrejewitsch Poliwanow, schreibt das „Berliner Tageblatt“ (30. III. 16), kam überraschender als jener seines Vorgängers Suchomlinow, dem er Ende Juni 1915 gefolgt war. Denn während die Vorwürfe gegen Suchomlinow in der Oeffentlichkeit kein

Ende nehmen wollten, waren gegen Poliwanow weder in der Duma noch in der Presse Zeichen der Unzufriedenheit laut geworden. Ende Februar 1916 hielt Poliwanow jene sehr zuversichtliche Rede in der Reichsduma (vgl. S. 278). Aber der große Mißerfolg der russischen Märzoffensive hat den Minister als einen schlechten Propheten enthüllt. Man dürfte an seiner Fähigkeit zur Nutzbarmachung der Menschenreserven nach neunmonatiger Tätigkeit irre geworden sein.

General d. Inf. Dmitrij Saweljewitsch Schuwajew, war nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" (15. IV. 16) seit Anfang 1916 als Generalintendant für das russische Feldheer tätig (vgl. XIII, S. 249), eine Stelle, die er auch weiterhin behalten. Schuwajew, ein Kosak, der am 25. (12.) Dezember 1854 in Orenburg geboren wurde, ist lange Zeit auf dem Gebiete der Militärpädagogik tätig gewesen. Erst im Jahre 1905 wurde er zum Kommandanten der fünften Infanteriedivision im Militärbezirk von Kiew, 1908 zum Führer des zweiten kaukasischen Armeekorps ernannt. Im Jahre 1909 wurde Schuwajew auf die Empfehlung Suchomlinows an Stelle des Generals Rostowsky zum Leiter der Hauptintendantur ernannt und begann seine schwere Aufgabe mit gründlichen Maßnahmen gegen die wachsende Korruption im russischen Heere. Dem „Sowremennoe Slowo" zufolge ließ er als erster bei Armeelieferungen die Semstwo- und landwirtschaftlichen Verbände zu, reorganisierte die ganze Intendanturakademie und gründete ein Institut für Divisionsintendanten. General Schuwajew beteiligte sich an den Feldzügen nach Chiwa und Kokand (1873 bis 1875) und besaß einige Kampfesauszeichnungen. Seit 1909 war er General à la suite und genoß beim Zaren großes Ansehen.

1. April 1916.

Nach Meldungen schweizerischer Blätter trat mit dem Kriegsminister Poliwanow auch der Unterstaatssekretär, General Bjeljajew, (vgl. IX, S. 206; Bildnis ebenda nach S. 204) zurück.

2. April.

Ueber die Ernennung des Generals Iwanow zum Mitglied des Reichsrates und persönlichen Adjutanten des Zaren (vgl. S. 249).

16. April.

Das Reichsratsmitglied Graf A. A. Bobrinskij ist zum Ministergehilfen (Unterstaatssekretär) im Ministerium des Innern ernannt worden, um wie „Rußkoje Slowo" schrieb, den Minister des Innern Stürmer, der ja gleichzeitig Ministerpräsident war, zu entlasten. Um dem angesehenen Mann eine Entschädigung zu bieten für den Verzicht, der in der Annahme dieses Amtes lag, ist Bobrinskij zum „ältesten Ministergehilfen" ernannt worden, so daß er im Range den vor ihm ernannten Kollegen vorausging. Außerdem soll er an den Sitzungen des Ministerrates teilnehmen und das Recht des Vortrags beim Zaren erhalten, so daß er tatsächlich zum Minister des Innern wurde.

18. April.

Der Chef des Verproviantierungswesens der Armeen der Nordfront, General Frolow, und der Senator und Geh.-Rat Garin wurden zu Gehilfen des Kriegsministers, zu Unterstaatssekretären des Kriegsministeriums ernannt. Besonders die Ernennung Garins zum sogenannten Munitionsminister erregte in ganz Rußland große Aufmerksamkeit. Denn Garin pflegte bisher überall dort aufzutauchen, wo der russische Augiasstall einer besondern Reinigung bedurfte. Die „Rjetsch" bringt Garins Ernennung denn auch mit dem allgemein kranken Zustand der Dinge auf kriegsministeriellem Gebiet, besonders der staatlichen Lieferungen und Intendantur, in Verbindung. Die Ernennung Garins ist somit nur eine maskierte Revision, um in den Augen der Außenwelt und der Bevölkerung die ohnehin stark diskreditierte Regierung nicht noch mehr bloßzustellen.

14. Mai.

Der Zar ernannte den Senator General Borodkin, der unter dem Generalgouverneur von Finnland, Bobrikow, die Russifizierungspolitik in Finnland durchgeführt hatte, zum Reichsratsmitglied.

17. Mai.

Das Justizministerium lenkte die Aufmerksamkeit des Ministerrats darauf, daß der gewesene Generalgouverneur von Galizien Bobrinskij und der gewesene Generalgouverneur von Warschau Engalytschew noch immer offiziell diesen Rang bekleideten und große Gehälter bezögen, obwohl ihre Tätigkeit erledigt war. In Regierungskreisen beschloß man, beide als ihrer Posten enthoben zu erklären und zu Reichsratsmitgliedern ohne Sitz und Stimme vorzuschlagen.

7. Juni 1916.

Der Gehilfe des Kriegsministers General Frolow wurde zum Chef des russischen Flugwesens ernannt.

11. Juli 1916.

Bei einem Kronrat im Hauptquartier des Zaren, bei dem alle Minister, mit Ausnahme des damals in London weilenden Finanzministers Bark, anwesend waren und in dem, wie behauptet wurde, durch ein Telegramm Barks aus London veranlaßt, die militärische und finanzielle Lage Rußlands sowie die Frage der Lebensmittelversorgung zur Erörterung standen, setzte der Ministerpräsident Stürmer durch, daß die Frage der Lebensmittelversorgung, in der sich bisher der Landwirtschaftsminister Naumow und ein Ernährungsrat der bürgerlichen Ausschüsse mit Erfolg betätigt hatten, weiter in den Händen der Regierung verbleibe. Nach deutschem Vorbilde wurde ein Kriegsernährungsamt geschaffen, dessen Leitung dem bisherigen Chef der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Stabe des Höchstkommandierenden, dem früheren Charkower Gouverneur Fürsten Obolenski, übertragen wurde. Da dies neue Amt dem Ministerium des Innern unterstellt wurde, reichte Landwirtschaftsminister Naumow seine Entlassung ein, die vom Zaren angenommen wurde.

In diesem Kronrat kam es wohl infolge der fast als Ultimatum gestellten englischen Forderungen, nach denen Rußland in der Leitung seiner Kriegsfinanzen noch mehr beengt und beaufsichtigt, im fernen Osten nur nach Londoner Weisungen handeln und russische Bergwerks-, Wasserstraßen- und Eisenbahnkonzessionen nur mit Londoner Genehmigung erteilen sollte, zu unerhört heftigen Debatten. Weitere innerpolitische Fragen, so vor allem die von London aus neuerdings dringend verlangte Lösung der jüdischen Frage, wurden abgesetzt, da es „die derzeitige Lage der Verhältnisse angezeigt erscheinen lasse, einige ministerielle Ressorts neu zu besetzen, bevor die einschlägigen Fragen erörtert würden."

21. Juli.

Der russische Minister des Auswärtigen, Ssasonow, erlitt, wie dem „Berliner Lokalanzeiger" aus Stockholm gemeldet wurde, einen nervösen Zusammenbruch. Bei den Beratungen im Hauptquartier noch völlig frisch, sei er jetzt gänzlich arbeitsunfähig und habe auf Anordnung der Aerzte sofort im Extrazuge in ein finnländisches Sanatorium gebracht werden müssen. Er leide an schweren Seh- und Sprachstörungen, und sein geistiger Zustand werde als nicht völlig klar bezeichnet.

Das Reichsratsmitglied Trepow, der früher Generalgouverneur in Kiew war, ist zum Generalgouverneur der eroberten Gebiete in Galizien und in der Bukowina ernannt worden. An seine Stelle als Vorsitzender des Ausschusses zum Kampfe gegen die deutsche Vorherrschaft trat das Reichsratsmitglied Stichinskij.

23. Juli 1916.

Der Ministerpräsident und Minister des Innern Stürmer ist zum Minister des Auswärtigen ernannt worden und behält den Vorsitz im Ministerrat. Justizminister Chwostow wurde zum Minister des Innern, der ehemalige Minister des Innern Makarow zum Justizminister ernannt. Dem Minister des Auswärtigen Ssasonow wurde der Rücktritt in Genehmigung seines Gesuches bewilligt.

„Ssasonow (Bildnis vgl. II, vor S. 77) schied", wie das „Berliner Tageblatt" (24. VII. 16) schrieb, „unverhältnismäßig jung an Jahren aus dem Amte. Er war am 18. Februar 1859 im Gouvernement Rjäsan geboren, also etwa 57 Jahre alt, und hatte eine schnelle und glänzende Karriere zurückgelegt. Nach Beendigung seiner Studien trat er 1883 in die Kanzlei des Auswärtigen Amtes ein und ward 1887 erster Sekretär; damals beschäftigte er sich vorwiegend mit zentralasiatischen Fragen. Im Jahre 1890 wurde er Botschaftssekretär in London und schloß sich durchaus den politischen Anschauungen des damaligen russischen Botschafters in London v. Staal an, der damals schon eifrig, wenn auch vergeblich, für eine Annäherung Englands an Rußland tätig war. Nach seinem ersten vierjährigen Aufenthalt in London kam Ssasonow als Sekretär zur russischen Vertretung beim Vatikan, wo er volle zehn Jahre blieb. 1904 kam er als Botschaftsrat wieder nach London zurück und arbeitete hervorragend an der Schaffung der britisch-russischen Verständigung über Persien und Afghanistan. Doch schon 1906 wurde er zum Ministerresidenten am Vatikan ernannt unter Beförderung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister. Als dann nach der Einverleibung Bosniens durch Oesterreich-Ungarn der damalige erste Gehilfe Iswolskis, Tscharykow, zum Botschafter in Konstantinopel ernannt wurde, erfolgte die Rückberufung Ssasonows ins Auswärtige Amt an die Seite Iswolskis, an dessen Stelle er dann auf die Fürsprache seines Schwagers, des Ministerpräsidenten Stolypin, im Jahre 1910 zum Minister des Aeußeren ernannt wurde."

Wie der Stockholmer Korrespondent des „Lokalanzeigers“ (24. VII. 16) depeschierte, „war besonders interessant, was die von Ministerpräsident Stürmer oft persönlich informierte reaktionäre Presse, „Semschtschina“ und „Rußkoje Snamja“, aber auch die „Nowoje Wremja“, über die Gründe des Rücktrittes Ssasonows zu berichten wußte. Darnach wurde ihm vorgeworfen, er habe sich mehr und mehr, statt auf die Grundfesten der russischen Macht, auf liberalisierende „Organisatoren des Sieges“ gestützt, auf Kriegskomitees und kooperative Verbände, die Rußland in eine immer drückendere Abhängigkeit von einzelnen fremden Mächten (lies England) gebracht hätten. Stürmers Hauptaufgabe werde darum sein, eine reinrussische Politik zu führen. Die verderbliche Schwäche der russischen Politik habe im Juni 1915 begonnen, als Ssasonow durchsetzte, daß eine Denkschrift an den Zaren von 150 rechtsstehenden Politikern, darunter Maklakow, Schtscheglowitow und Makarow, abgelehnt wurde. Gemeint ist damit jene Kundgebung, die bei der Budget-Debatte Mitte März 1916 von dem Abgeordneten von Kiew, Sawenko, in der Duma verlesen wurde und nach bulgarischen Blättern folgendermaßen schloß: „Wir haben lange die Zweckmäßigkeit des Krieges erwogen und können nicht mit gutem Gewissen sagen, daß das Volk die Fortsetzung des Krieges wünscht. Wir sind nicht ermüdet, aber die frühere Begeisterung ist nicht mehr vorhanden. Wir sind weit entfernt, die deutschen Wünsche ergebenst zu erfüllen, aber wir weisen nicht die Möglichkeit einer freundschaftlichen Verständigung zurück, sobald sie sich als notwendig erweist. Wenn nicht die feste Zuversicht auf einen völligen Sieg vorhanden ist, ist es die Pflicht der Staatsmänner, die Geduld des Volkes nicht weiter auf eine harte Probe zu stellen.“ Seitdem habe Ssasonow Mißerfolg auf Mißerfolg geerntet; aber er habe seine Stellung stets durch bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung zu stärken gewußt und die Duma durch Vorspiegelung liberaler Gesinnung für sich gewonnen. Die Entlassung Ssasonows wurde ein Schlag ins Gesicht des englischen Botschafters Buchanan genannt, der nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß England die Zusammenarbeit mit Ssasonow besonders erwünscht sei, dessen Politik gegenüber Rußland in den rechtsstehenden Kreisen aber mit Erbitterung empfunden wurde.“ Nebenbei wurde darauf hingewiesen, auch der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages (vgl. S. 309) habe wohl den Anlaß zu der Entlassung Ssasonows geboten. Andere Blätter vermuteten, „daß der Rücktritt des Mannes, der, wie man auch über die Selbständigkeit seiner politischen Initiative denken mag, doch einen großen Teil der Schuld für diesen Weltkrieg trägt, die Möglichkeit eines Friedensschlusses bei gegebener Gelegenheit erleichtern könne.“ Ob Ssasonows Rücktritt erfolgte, weil er durch eine allzu englandfreundliche Politik das Mißfallen der russischen Patrioten erregt hatte, oder aber weil er in seinem Bemühen, die englischen Fesseln los zu werden, England selbst verdächtig geworden war, läßt sich aus den vorhandenen Nachrichten nicht klar erkennen.

Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß Ssasonows Rücktritt am Schluß der stürmischen Kronratssitzung vom 11. Juli 1916 noch nicht vorgesehen war, sondern erst später durch plötzlich eingetretene Umstände erfolgte. Das gehe schon daraus hervor, daß der Kronrat Ssasonow ermächtigte, eine von ihm ausgearbeitete Erklärung über die polnische Frage im In- und Auslande zu veröffentlichen (vgl. S. 311).

Russischen Blättern zufolge kam die Ernennung des bisherigen Justizministers Chwostow zum Minister des Innern nicht unerwartet. Als seinerzeit der Plan bestanden habe, Goremykin den Titel Reichskanzler zu verleihen und die Leitung des Ministeriums des Aeußern in seine Hand zu legen, sollte Chwostow Stellvertreter des Ministerpräsidenten werden. Der Plan wurde anscheinend dann fallen gelassen; aber Chwostow wurde doch bald nachher zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten bestimmt und behielt diesen Rang auch unter Stürmer. Während seiner fast einjährigen Leitung des Justizministeriums habe Chwostow, wie die Blätter betonen, weder der Reichsduma noch der Presse Anlaß zu scharfen Angriffen gegeben.

Dagegen erregte die Ernennung des Reichsratsmitglieds Makarow zum Justizminister bei der Mehrheit der Reichsduma und der liberalen Presse starkes Mißfallen. Makarow war vor Maklakow Minister des Innern und sprach als unversöhnlichster Gegner der Reichsduma sowie des Volksvertretungsprinzips überhaupt in der Reichsduma die historisch gewordenen Worte: „Trotz aller Bemühungen der Reichsduma, ein liberales Regime einzuführen, wird in Rußland alles beim alten bleiben.“ Seither gehörte Makarow zu den bestgehaßten Bureaukraten. Nach seinem Sturze zum Reichsratsmitglied ernannt, schloß er sich der äußersten rechten Gruppe des Reichsrates an und nahm zugleich mit Maklakow und Schtscheglowitow (dem vorletzten Justizminister) am Monarchistenkongreß in Petersburg teil, was die liberale Presse als Bestreben der gewesenen Minister deutete, sich durch demonstrativen Anschluß an die Bande des Schwarzen Hunderts den Weg zur Regierungsmacht wieder zu bahnen.

Andere Nachrichten Moskauer Zeitungen ließen vermuten, daß die mit ausgesprochener Schwenkung nach der äußersten Rechten vorgenommenen Verschiebungen und Neuernennungen im russischen Ministerrate auf die Denkschrift über die innere Politik zurückzuführen sind, die Vertreter der Parteien der äußersten Rechten dem Zaren überreicht hatten. In der Denkschrift wurde ausgeführt: „Dank der Einheitlichkeit in den Handlungen der Alliierten hat der Krieg eine für Rußland günstige Wendung genommen und wird wohl bald beendigt sein. Daher muß die Regierung sich schon jetzt auf die Zeit nach dem nahe bevorstehenden Abschluß des Krieges vorbereiten. Die Regierung widmet aber ihre ganze Aufmerksamkeit den Bedürfnissen der Kriegszeit und schenkt dem innerpolitischen Leben in Rußland wenig Beachtung. Dagegen lassen die revolutionären Organisationen die Zeit nicht ungenützt verstreichen und arbeiten an der Vorbereitung einer Revolution nach dem Kriege."

Die Denkschrift bezeichnet als revolutionäre Organisationen die allrussischen Städte- und Semstwoverbände, die Kriegsindustriellen-Ausschüsse, die periodischen Kongresse der liberalen Organisationen, und behauptet, alle diese Organisationen handelten nach den Anweisungen von revolutionären Ausschüssen im Auslande. „Die Tätigkeit dieser revolutionären Organisationen," heißt es in der Denkschrift weiter, „stieß bisher auf keinen entsprechenden Widerstand der Regierung und schlug daher tief Wurzel. Was aber unternimmt die Regierung, um die drohende Revolution schon jetzt im Keime zu ersticken? Die Antwort darauf ist, daß die Regierung eine unverzeihliche Schwäche zeigt. Nachdem im Frühjahr und im Sommer 1915 unter dem Druck der revolutionären Reichsduma die festesten Träger des konservativen und monarchistischen Gedankens Maklakow, Schtscheglowitow, Ssabler und Ruchlow zurücktreten mußten, wurde die Regierungsgewalt Stürmer übertragen. Die auf Stürmer gesetzten großen Hoffnungen wurden jedoch getäuscht. Stürmer verlieh der Innenpolitik eine feldgraue Schutzfarbe. Zwar liebäugelte Stürmer nicht mit den linksstehenden Parteien, unternahm aber auch nichts, um mit der revolutionären Tätigkeit dieser Schichten rasch aufzuräumen. Das ganze Bestreben Stürmers war darauf gerichtet, sich in Geheimnis und Stille einzuhüllen." Die Denkschrift zählt dann die von Stürmer begangenen Sünden auf, so zu Anfang seiner Tätigkeit die Erlaubnis zur Abhaltung der liberalen Kongresse, seine ausweichende, allzu milde Haltung der Reichsduma gegenüber, seine ausgleichende Taktik gegenüber den liberalen Gesellschaftsorganisationen, die Nichtbeachtung des Kampfes der Presse der Rechten gegen die liberalen Aufklärungsminister, endlich die milde Behandlung der Juden und das Bestreben, die Judenfrage nicht in den Vordergrund treten zu lassen. „Dies alles geschah zu einer Zeit, in der eine starke Regierungsgewalt ohne Ausflüchte und Ausweichungen nötig war. Stürmer ist dieser Rolle nicht gewachsen. Seine Kabinettskollegen sind ebenfalls unbedeutende Personen ohne ausgeprägte Ansichten und ohne Energie."

Die Denkschrift schließt: „Die linksstehenden Parteien haben das Bestreben, den Krieg zu verlängern, um sich inzwischen zu organisieren und die künftige Revolution vorzubereiten. Man soll zwar bis zum endgültigen Siege kämpfen, muß aber verstehen, rechtzeitig den Krieg zu beendigen, sonst würden alle Früchte des Sieges durch die Revolution zunichte gemacht."

Nach Andeutungen Moskauer Zeitungen wurde diese Denkschrift dem Zaren in den Tagen zwischen dem Kronrat vom 11. Juli 1916 und einer zweiten späteren Reise Stürmers nach dem Hauptquartier von einflußreichen Personen überreicht. Stürmer erhielt anscheinend Kenntnis von den in der Schrift gegen ihn erhobenen Vorwürfen, denn bald darauf lud er einen Mitarbeiter der „Birschewyja Wjedomosti" zu einer Besprechung ein und betonte ihm gegenüber den festen Entschluß der Regierung, gegen die revolutionäre Tätigkeit der allrussischen Städte- und Semstwoverbände einzuschreiten. Auch scheint die Denkschrift Stürmer veranlaßt zu haben, bei der Neubesetzung der Ministerposten seine Gegner auf der äußersten Rechten durch Berufung Makarows zu versöhnen.

Wie den „Leipziger Neuesten Nachrichten" (24. VII. 16) von ihrem Stockholmer Mitarbeiter gemeldet wurde, „zeugten sämtliche Ernennungen vom Siege der Hofpartei, die sich um die junge Zarin gruppierte, an deren Spitze Fürst Andronnikow stand und der auch der Wundermönch Grigory Rasputin angehörte. Die Beschlüsse wurden erst nach dem unerwarteten Eintreffen der Zarin im Hauptquartier in Mohilew gefaßt. Alle vorliegenden Pläne wurden durch ihr Eingreifen über den Haufen geworfen und die Ernennungen der von ihr planmäßig gewonnenen Personen durchgesetzt. Vielleicht könnte das neue Kabinett die Welt dem Frieden einen Schritt näher bringen."

4. August 1916.

Das Mitglied des Reichsrates, der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Graf A. A. Bobrinskij ist zum Ackerbauminister ernannt worden.

Militärische Maßnahmen

5. Februar 1916.

Der Minister des Innern erläßt Vorschriften über die ärztliche Nachuntersuchung sämtlicher Kriegs-untauglichen der Jahresklassen 1888 bis 1895.

21. Februar.

Der Ministerrat beschließt auf Grund des Notparagraphen 87 eine Nachmusterung der für den Kriegsdienst früher als untauglich befundenen Kosaken, die Einberufung der gegenwärtig in gerichtlicher Untersuchung oder im Gefängnis befindlichen Russen und die Einstellung der Koreaner der Küstenprovinz des Amurgebiets in die Reichswehr.

5. März.

Ein Erlaß des Zaren beruft in allen Gebieten Rußlands, ausgenommen der Kaukasus und das Amurgebiet, die Jahrgänge 1916 bis 1908 der Reichswehr zweiten Aufgebots ein.

8. März.

Der „Rußkija Wjedomosti" zufolge wurden auf Mitte März 1916 die Studenten der russischen Universitäten unter die Waffen gerufen. Vorerst soll nur der Jahrgang 1915 betroffen werden. Die weiteren Einberufungen erfolgen im April.

22. März.

Nach dem „Corriere della Sera" reisten 200 serbische Offiziere über Paris und London nach Rußland ab, um dort mehrere Tausend österreichisch-ungarische Gefangene serbischer Rasse zum gemeinsamen Kampf mit den russischen Truppen gegen die Mittelmächte auszubilden.

28. März.

Der Zar erklärte wegen großer Unruhen über das Amu-Darja-Gebiet (Provinz Turkestan) und an der Grenze von Chiwa den Kriegszustand.

4. April.

Nach Bukarester Meldungen wurde in den südlichen Gebieten Bessarabiens eine nochmalige Ueberprüfung aller verwundeten Soldaten auf ihre weitere Kriegsverwendungsfähigkeit angeordnet.

8. April.

Durch Erlaß des Zaren wurde erstens dem Kriegsminister die allgemeine Direktive und Aufsicht über die Tätigkeit aller artilleristischen, militär-technischen und Intendantur-Verwaltungen übertragen, sowohl im Kriegsgebiet, als auch außerhalb desselben. Zweitens erhielt der Kriegsminister das Recht, persönlich oder durch Bevollmächtigte alle Truppen, Verwaltungen, Behörden und Betriebe des Feldheeres zu inspizieren im Hinblick auf ihre Versorgung mit den vorgeschriebenen Mengen an Kriegsmaterial und mit allen andern Gütern.

28. April.

Zum Zweck der Verteidigung der Murmanischen Küste ist dort der Kriegszustand verhängt worden.

2. Mai.

Ein Ukas verordnet, daß sich die Angehörigen des Jahrgangs 1918, die im Jahre 1897 geborenen jungen Männer (vgl. XIII, S. 252), zum 25. April (8. Mai) in ganz Rußland außer Kaukasus und Transkaukasien zu melden und am 16. Juni dienstlich zu stellen haben.

20. Juli 1916.

Ein Ukas verordnete die Einberufung: 1. der Jahrgänge 1893 bis 1916 der Reichswehr ersten Aufgebotes. Hierzu gehören Wehrleute, die ein oder mehrere Male je sechs Wochen geübt, und solche, die wegen zu hoher Losnummern u. dgl. wohl wehrpflichtig sind, aber nicht gedient haben,

2. der Jahrgänge 1901 bis 1916 der Reichswehr zweiten Aufgebotes. Zu dieser sehr zahlreichen Gruppe gehören alle, die gesetzlich von der Dienstpflicht im Frieden befreit sind, wie z. B. die einzigen Söhne,

3. der Mennoniten. Sie sollen die waffenfähigen Mannschaften im Sanitätsdienst ersetzen,

4. der bis jetzt von der Dienstpflicht befreiten, sogenannten „Fremdstämmigen". Hierzu zählen die vielen kleinen nomadisierenden, von Jagd und Fischfang lebenden Völkerschaften in Ostrußland, dem Kaukasus, Sibirien und Transkaspien. Der Einberufung unterliegen nach Ermessen des Kriegsministers zu „Arbeiten im Interesse der Landesverteidigung" die Altersklassen von 19 bis 43 Jahren. Die „vagabundierenden" Völkerschaften, d. h. diejenigen, die weder feste Wohnsitze haben, noch innerhalb eines bestimmten Gebietes nomadisieren, wie z. B. die Eingeborenen Nordostsibiriens werden von diesen Maßnahmen nicht getroffen, wohl aber die nomadisierenden Stämme des Kaukasus.

Ein zweiter Ukas ordnete die sofortige ausnahmslose Einberufung aller im Jahre 1916 zu praktischen Aerzten ernannten Mediziner der russischen Universitäten an.

Dazu schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (12. VIII. 16): „Von der Reichswehr 1. Aufgebots sind mehrere Gruppen bereits früher eingezogen worden, so daß gediente Mannschaften wohl kaum mehr in Frage kommen. Die Semstwos des Moskauer Gouvernements hatten sich an das Landwirtschaftsministerium mit dem Ersuchen gewandt, die Einberufungen erst nach der Ernte stattfinden zu lassen. Gleichzeitig wurde auf die großen wirtschaftlichen Gefahren einer soweit gehenden Heranziehung der Bevölkerung zum Kriegsdienst aufmerksam gemacht. Der „Djen" schrieb hierzu: „Der Stellungsbefehl für die Reichswehrleute 1. und 2. Aufgebots kam völlig unerwartet. Handel und Industrie verlieren plötzlich zahllose ihrer Angestellten. Einige Unternehmer haben um Zurückstellung ihrer Beamten und Arbeiter nachgesucht. In den weitaus häufigsten Fällen ist dem keine Folge gegeben worden." Immerhin scheint der energischen Sprache der Presse, Semstwos und Städte Gehör geschenkt worden zu sein, denn durch geheimen Befehl ist die Einberufung beider Reichswehraufgebote um einen Monat, d. h. bis zum 28. August 1916 verschoben worden."

21. Juli 1916.

Ein Ukas beruft alle russischen Studenten der Jahresklasse 1897, die bisher besondere Erlaubnis zum Weiterstudium hatten, zu den Waffen.

Der Fall Suchomlinow

16. März 1916.

Die vom Zaren eingesetzte Oberkommission zur Prüfung der Ursache des Munitionsmangels hat, gestützt auf die Indizien über ungesetzliche Akte des früheren Kriegsministers Suchomlinow (vgl. IX, S. 203 f. und XIII, S. 248; Bildnis Bd. IX nach S. 196) beschlossen, das Ergebnis ihrer Untersuchung der Justizabteilung des Reichsrates zu unterbreiten, um, falls der Zar dies genehmigt, Suchomlinow vor Gericht zu stellen. Der Zar hat den Beschluß der Kommission gebilligt.

23. März.

Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow ist durch einen kaiserlichen Erlaß seiner Funktion als Mitglied des Reichsrats enthoben worden.

29. März.

Die erste Abteilung des Reichsrats hat nach Prüfung der Umstände, die die ungenügende und niemals rechtzeitige Vervollständigung der Kriegsmunition betreffen, den Beschluß gefaßt, eine Voruntersuchung über die auf dem ehemaligen Kriegsminister Suchomlinow und dem ehemaligen Artillerieverwaltungschef General Kusmin Karawajew lastenden Anklagen anzuordnen. Senator Kusmin wurde vom Zaren mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut.

5. Mai.

An Stelle des Senators Kusmin, der sich zur Fortführung der Untersuchung unfähig zeigte, wurde Senator Bogorodsky mit der Angelegenheit betraut. Er verhörte den ehemaligen Kriegsminister, der des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt, verbrecherischer Fahrlässigkeit, der Verschleierung der Wahrheit in seinen Berichten und des Hochverrats beschuldigt wurde, erstmals am 3. Mai in seiner Wohnung und erklärte es nach der Vernehmung für notwendig, Vorbeugungsmaßregeln gegen ihn zu ergreifen, namentlich ihn zu verhaften. Suchomlinow wurde am selben Tage in der Peter-Paulsfestung interniert.

18. Mai 1916.

Der Prozeß des gleichzeitig mit Suchomlinow angeklagten Generals Kusmin Karawajew, des Hauptkommandierenden der gesamten Artillerieverwaltung, wurde eingestellt. Das negative Ergebnis der Untersuchung — angeblich wegen Mangel an Belastungsgründen — wurde dem Zaren unterbreitet.

* * *

Nach einem Berichte der „Neuen Zürcher Zeitung" (22. VI. 16) reichte „die Vorgeschichte der Verbrechen Suchomlinows in jene Zeit zurück, da er den Posten des Generalgouverneurs und zugleich den des Chefs des Militärbezirkes von Kiew bekleidete. Hier konnte der General das Herz einer Schönheit gewinnen, um deren Hand er sich denn auch bewarb. Es bestand jedoch ein Hindernis, ihre Ehe mit einem sehr begüterten Herrn, der seine einflußreichen Verbindungen und große Geldmittel ins Rollen brachte, um die zweite Heirat seiner Frau zu verhindern. Aber der mächtige Suchomlinow war



Nach einer französischen Zeitschrift

Ein Kriegsrat im Hauptquartier des Zaren in Mohilew

An der vorderen Tischseite von links nach rechts: Admiral Russin, Generalstabschef der Marine; der Kriegsminister General Schuwajew; Großfürst Sergius Michailowitsch; General Alexejew, Chef des großen Generalstabs; General Ewert, Kommandant der Armeen des Zentrums; General Kornetinski. An der Spitze des Tisches: General Pustowoitenko, Generalquartiermeister. An der rückwärtigen Tischseite von links nach rechts: General Sievers, Chef des Generalstabs der Nordarmeen; General Kuropatkin, Kommandeur der Nordarmeen; der Zar; General Brussilow, Kommandeur der Südarmeen; General Klembowski; General Iwanow



Nach einer englischen Zeitschrift

General Leschitzky



Phot. Deutscher Illustrations-Verlag, Berlin

General Brussilow

Nach einer englischen Zeitschrift

General Sacharow

in der Lage, seinen Rivalen, dessen Brust keine Orden schmückten, zu besiegen, wobei er freilich alle Mittel anwandte. So tauchten falsche Zeugen auf, so wurden die zahllosen Gesuche und Anklagen des unglücklichen Mannes abgewiesen oder überhaupt nicht geprüft und nicht beantwortet, und endlich verschwand das ganze Aktenmaterial spurlos aus der Kanzlei des Heiligen Synods. Der General bedurfte zu diesem Erfolg der Mithilfe einer ganzen Anzahl von Mittelspersonen, denen er nun zu Dank verpflichtet war.

Der erste Platz unter diesen Dunkelmännern um den Minister gebührt wohl dem berüchtigten Obersten Mjassojedow, der als Verräter den Tod durch den Strang gefunden hat (vgl. IX, S. 208 u. XIII, S. 252). Auffälligerweise hatte Suchomlinow diesen Mann in Schutz genommen, als ihn bereits der Präsident der Landesverteidigungskommission der dritten Duma, der bekannte Oktobristenführer Gutschkow, der Spionage zugunsten einer fremden Macht bezichtigte. Mjassojedow konnte damals eine Waffengattung gegen die andere vertauschen, in den Generalstab gelangen, Suchomlinows Adjutant werden und seine Versetzung als Dolmetsch zur fünften, gegen Deutschland kämpfenden Armee erwirken, in welcher Stellung er dann festgenommen wurde.

Noch auffallender als das Verhältnis Suchomlinows zu Mjassojedow war die weitgehende Begünstigung, die von Suchomlinow einem gewissen Altschiller zuteil wurde, der anscheinend allen Grund hatte, mit der Uebersiedlung des Generals nach Petersburg ebenfalls seinen Sitz in der Residenz aufzuschlagen. Manches sprach dafür, daß Altschiller sehr intim mit dem Kriegsminister war und daß er es ausgezeichnet verstanden hat, aus dieser Freundschaft die größten Vorteile zu ziehen. So pflegten in Altschillers Wohnung, die Suchomlinows Bildnisse zierten, alle Kriegslieferungsverträge abgeschlossen zu werden. Der Mann, der, wie Mjassojedow, Suchomlinow in seinem Liebesstreit große Dienste geleistet haben soll, verfolgte dabei allerdings ein „höheres Ziel". Altschiller soll nämlich, wie auch ein gewisser Heine u. a. m., zu den deutsch-österreichischen „Auskundschaftern" in Rußland gehört haben und das eigentliche Haupt der Wiener Militärspionage in Petersburg gewesen sein, was Suchomlinow nicht gehindert hat, zu Beginn dieses Krieges für diesen zum mindesten verdächtigen Angehörigen eines feindlichen Staates die Aufenthaltsbewilligung in Petersburg zu erwirken."

Suchomlinows rechte Hand war schließlich der Provokateur Rshewski, der den Minister des Innern Chwostow stürzte (vgl. S. 290). Auch ihn hatte er in Kiew kennen gelernt und mit ihm kurz vor dem Krieg jenen Aufsehen erregenden Artikel verfaßt, der dann unter dem Titel „Wir sind schlagfertig" in der „Birschewyja Wjedomosti" erschien.

Suchomlinows Kiewer Freunde, die ihm nach seiner Ernennung zum Kriegsminister nach Petersburg gefolgt waren, wußten, wie über Stockholm aus Petersburg berichtet wurde, Frau Suchomlinow, die alle Geschehnisse des Kriegsministeriums erfuhr, mit Geldgeschenken oder teuerem Schmucke für ihre Zwecke zu gewinnen. So erhielten sie alle Kriegsbestellungen, die sie aber selbst nicht ausführten, sondern an andere Personen gegen guten Profit weitergaben. Auch Oberst Mjassojedow stand in hoher Gunst bei Frau Suchomlinow. Nach Mjassojedows Verhaftung wurden bei ihm derart kompromittierende Papiere gefunden, daß eine Hausfuchung bei Frau Suchomlinow erfolgte. Ganz Rußland forderte damals auch ihre Hinrichtung.

Belastendes Material lieferte auch Suchomlinows Briefwechsel mit dem Ministerpräsidenten Goremykin, in dem Suchomlinow wiederholt falsche Versicherungen über die gute Verpflegung der Armee abgegeben hatte. Wie leichtsinnig Suchomlinow die Munitionslieferungen überwachte, zeigt z. B. der Umstand, daß er bei einer Petersburger Munitionsfabrik große Bestellungen auf ein bestimmtes Geschützkaliber machte, an denen vier Monate gearbeitet wurde, und die dann, alle nach einem zu kleinen Kalibermodelle hergestellt, in die Rohre nicht hineinpaßten.

Einige Verwaltungsmaßnahmen

28. Mai 1916.

Der „Rußkoje Slowo" meldete eine Reihe reaktionärer Maßnahmen des Ministeriums Stürmer. Als weitestgehende Maßnahme darf ein Beschluß Stürmers gelten, das Vereins- und Verbandsgesetz durch die Verfügungsgewalt der einzelnen Chefs der Militärbezirke für die Kriegsdauer außer Kraft setzen zu lassen, was ein Verbot von Kongressen, Verbänden, Tagungen und ordentlichen Vereinssitzungen bedeutet. Ferner verfügte Stürmer die Aufhebung der von dem Ministerium des Innern ausgearbeiteten Maßnahmen zur Erleichterung der Rechtslage der Juden in den ihnen durch das Rundschreiben Schtscherbatows zugänglich gemachten Gouvernements mit der Begründung, es gebe jetzt in Rußland Wichtigeres zu tun, als sich mit jüdischen Angelegenheiten zu befassen. Außerdem ordnete Stürmer die Aufhebung der von der Hauptverwaltung für Presseangelegenheiten im Einklang mit den Wünschen der Reichsduma ausgearbeiteten Pressereform an. Er begründete dies damit, daß jetzt für solche Reformen nicht die passende Zeit sei. Eine Bemerkung Stürmers, das ausgearbeitete Gesetz sei allzu liberal und müsse abgeändert werden, veranlaßte den Chef der Hauptverwaltung für Presseangelegenheiten, Sudejin, um seine Entlassung zu bitten.

15. Juli 1916.

Die russische Regierung stellte ein genau durchgearbeitetes Programm für Eisenbahnbauten auf, das für den Zeitraum von 1917 bis 1922 eine Gesamtausgabe von drei Milliarden Rubel, das heißt 600 Millionen jährlich vorsieht. Während dieses Zeitraumes sollten außer strategischen Eisenbahnen Linien für den öffentlichen Gebrauch von einer Gesamtlänge von 31 024 Werst gebaut werden. Für 1922 bis 1927 war der Bau von 25 Linien in einer Gesamtlänge von 10 490 Werst geplant.

Finanzielle Maßnahmen

Das Staatsbudget für 1916 ist am 8. April 1916 von der Duma angenommen worden. Seine ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben beliefen sich auf 3 646 584 577 Rubel, seine ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen auf 3 191 149 318 Rubel. In seiner Begründung des Budget-Voranschlags erklärte der Finanzminister Bark, der Fehlbetrag in dem Ordinarium sei durch die Abschaffung des Branntwein-Monopols, durch die Kriegslage und durch das Wachsen der Zahlungen für die Staatskredite hervorgerufen worden. Zusammen mit dem Fehlbetrag und den außerordentlichen Ausgaben betrage das Gesamtdefizit ungefähr 455 Millionen Rubel, das durch Kreditoperationen in Höhe von 471 Millionen Rubel gedeckt werden solle.

Der Finanzminister erachtete es weiterhin als notwendig, neue Einnahmequellen in erster Linie auf dem Gebiete der direkten Steuern zu schaffen. Obenan stehe die Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer, die zudem das beste Mittel für eine gerechte Verteilung der Steuerlast darstelle. Eine natürliche Ergänzung bilde eine Reorganisation der Erbschaftssteuer und Grundsteuer, sowie die Einführung einer bedeutenden Grundsteuer in Turkestan, wo bisher Grund und Boden weit unter ihrem Wert besteuert worden seien; dann eine Besteuerung der Darlehen und Immobilien und endlich eine zeitweilige Kriegssteuer für die von der Wehrpflicht befreiten Personen und andere. Als Objekte einer indirekten Besteuerung waren vorgesehen: Elektrizität, Gewebe, Kartoffelsyrup und Pulver. Auch war eine Erhöhung der Akzise der guten Tabaksorten sowie von Frucht- und Weintraubenspiritus geplant, wobei Maßnahmen zur Regulierung der Preise des Tabaks und von Gewebe vorbereitet wurden. Ein Tee- und Zündholzmonopol bereite Schwierigkeiten. Die Eisenbahnfrachtsteuer sollte durch revidierte Bahntarife ersetzt werden mit einstweiliger Beibehaltung der erhöhten Besteuerung der Fahrkarten und des Passagiergepäcks.

Die Opposition übte in der Duma und in der Presse reichlich Kritik an Barks Ausführungen, die „Rjetsch" eine „statistische Buchhalterrede" nannte. Aber wenn sie einen umfassenden Wirtschaftsplan gegen die finanzielle Not forderte, ersetzte sie nur eine Phrase gegen eine andere. Denn wie sollte ein umfassender Wirtschaftsplan im Kriege

rasch Geld erbringen. Eine Maßnahme traf man, um wenigstens der Entwertung des Rubelkurses entgegenzuarbeiten. Man versuchte das wie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch eine Monopolisierung des Devisenhandels, wofür übrigens seitens der Kreditkanzlei schon seit längerem einige Maßnahmen getroffen worden waren. Damit ist ein gewisser Erfolg erzielt worden: der Rubel wurde, vor allem dem Pfund und dem Dollar gegenüber, einigermaßen gefestigt, da durch diese Maßnahme die Spekulation in der Hauptsache beseitigt worden ist.

Die im Budget aufgeführten Ausgaben bildeten, so führte der Berichterstatter Firsoff der Budgetkommission in der Dumasitzung vom 29. Februar 1916 aus, nur einen Teil der gesamten Ausgaben, da die auf Weisung der obersten Staatsverwaltung angewiesenen Kriegsausgaben zwei- bis dreimal die ordentlichen Ausgaben übersteigen könnten. Für das Jahr 1915 betrügen die außerordentlichen Kriegsaufwendungen acht Milliarden Rubel und, wenn der Krieg noch das ganze Jahr dauere, 11 Milliarden Rubel im Jahre 1916. Minister Bark betonte die Notwendigkeit, auch Mittel zur Fortführung des Krieges ausfindig zu machen. Die täglichen Kriegsausgaben hätten zu Anfang des Krieges zehn Millionen betragen und seien nun auf 31 Millionen gestiegen. Um sie zu decken, sei es notwendig, den allgemeinen Kredit in Anspruch zu nehmen. Bisher hätten die Kreditoperationen auf dem inneren Markt $4^1/_2$ Milliarden ergeben. Dennoch wachse das nationale Sparvermögen immer noch. Der Beweis dafür sei, daß die Einlagen in den Sparkassen seit Kriegsbeginn auf $3^1/_2$ Milliarden gestiegen seien, und zwar aus allen Schichten der Nation. Nach anderen Angaben allerdings, so nach den Zusammenstellungen des amtlichen Organs der russischen Sparkassen erfolgte die Steigerung der Spartätigkeit in Rußland sehr ungleichmäßig. Zwei Drittel der Einlagen während des Krieges stammten aus den Gebieten unmittelbar hinter der Front und zwar sind 87 % der Einlagen des Jahres 1914 größer als 500 Rubel. Dabei hatten die Offiziere, die im Jahre 1913 aus ihren Kassen 0,7 Millionen Rubel mehr abgehoben, als eingelegt hatten, im Jahre 1914, also während der ersten fünf Kriegsmonate, über 17 Millionen Rubel ersparen können. Die Zivilbeamten konnten ihre Ersparnisse im ersten Kriegsjahre verzwölffachen, die Angehörigen des Kaufmannstandes sparten nahezu viermal so viel wie früher, die Gemeindebeamten steigerten ihre Ersparnisse von 13,2 auf 23,5 Millionen Rubel. Die Bauern haben im ersten Kriegsjahr fast genau ebensoviel gespart, wie 1913; es ist möglich, daß dieses Verhältnis sich im Jahre 1915 geändert hat. Die Fabrikarbeiter haben wenig mehr als die Hälfte, die Dienstboten nicht einmal ein Siebentel ihrer früheren Ersparnisse erzielt, während die Soldaten, die 1913 1,3 Millionen Rubel erspart hatten, 1914 einige hunderttausend Rubel von ihren Ersparnissen verbrauchten, und die Handwerker, die im letzten Friedensjahre mit 8,2 Millionen Rubel eine für russische Verhältnisse stattliche Sparsumme erzielten, im Jahre 1914 6 Millionen von ihren Ersparnissen zurückziehen mußten.

So entschloß sich denn die Regierung, nachdem die Zeichnungslisten der vierten inneren Anleihe kaum geschlossen waren, zu einer neuen (fünften) inneren russischen Anleihe. Sie wurde am 15. März 1916 für zwei Milliarden Rubel zu $5^1/_2$ Prozent und 95 mit zehnjähriger Laufzeit aufgelegt, wovon die Banken, wie bei der letzten Anleihe, 60 Prozent, also dieses Mal 1200 Millionen (zum Kurs von 93), übernahmen. Die Zeichner der früheren Anleihen erhielten eine Sondervergütung von $^1/_2$ Prozent. Für diese Anleihe hatte man eine ungeheure, zum Teil von der eigenen Presse als ungeschickt bezeichnete Reklame gemacht. Gleichwohl mußte der Schluß der Zeichnungen, der ursprünglich auf 15. April festgesetzt worden war, immer wieder hinausgeschoben werden, so bis zum 26. Mai, dann bis zum 14. Juni. Und doch waren die bekannt gewordenen Zwischenergebnisse niederschmetternd; zum Beispiel hatten die Zeich-

nungen bei der Reichsbank und ihren Filialen, den Sparkassen und den Stellen, die außerhalb jenes Bankübernahmekonsortiums standen, nur 730 Millionen Rubel ergeben. Geklagt wurde auch darüber, daß die Großindustrie fast gar nicht gezeichnet habe, und ebenso ist die heikle Frage, ob nicht die Riesenkapitalien der russischen Kirche zum Teil in Kriegsanleihe angelegt werden könnten, nicht einen Schritt weitergeführt worden.

Jedenfalls hatte das Ergebnis dieser fünften Anleihe gezeigt, daß auf diesem Wege Wesentliches nicht mehr zu beschaffen war. Daher blieb nichts anderes übrig als eine erneute Erhöhung der Papiergeldausgabe. Zum vierten Male beantragte der Finanzminister nach der „Nowoje Wremja" (15. II. 16) die Erweiterung des Rechts der Reichsbank zur Ausgabe des Papiergeldes seit Kriegsbeginn, nachdem bisher durch drei Erhöhungen nicht weniger als 3,2 Milliarden Rubel ausgegeben und restlos durch Diskont von Schatzwechseln verausgabt waren. Dazu erklärte Finanzminister Bark am 15. März 1916 im Reichsrat, daß dieser russische Notenumlauf, der im Juli 1914 bei einem Goldbestand von 1600 Millionen Rubel im Inland und 144 Millionen im Ausland 1630 Millionen betragen hatte, nur noch mit 27 Prozent gedeckt sei. In der Tat betrug nach dem Reichsbankausweis vom 29. Februar 1916 der Goldbestand im Lande 1620 Millionen Rubel, während sich der „Goldbestand im Ausland" angeblich auf 756 Millionen Rubel erhöht, also verfünffacht hatte, aber nicht mehr in Rechnung gestellt werden konnte. Denn wenn Bark einen in London für amerikanische Lieferungen eingeräumten Kredit zugleich als Goldguthaben im Ausland buchte, war das nicht ernst zu nehmen.

Der neue Vorschlag enthielt aber, wie Dr. Otto Hoetzsch in der Wiener „Neuen Freien Presse" (12. IV. 16) hervorhob, außerdem auch noch „einen verzweifelten Versuch, mit dem der russische Finanzminister bereits bewußt den ersten Schritt dazu tat, die Goldwährung aufzugeben. Denn die neue Ausgabe von Papiergeld, deren Summe nach oben nicht begrenzt war, sollte nicht nur gedeckt werden durch das Gold im Inland" und Ausland, sondern auch durch diejenigen kurzfristigen Schatzwechsel die die Reichsrentei der Reichsbank übergab und von der letzteren diskontiert waren. Rußland wollte also Papiergeld bis zur Höhe dieser Summe von Schatzwechseln ausgeben und durch diese Schatzwechsel selbst decken. Das war nun, wie man es auch drehen und wenden möge, der erste Schritt zum Bankerott. Jedenfalls wurde mindestens das Papiergeld durch diese Maßnahme stark verwässert und die ohnehin nur mühsam behauptete Goldwährung unter allen Umständen ebenso stark erschüttert."

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse war in der Budgetdebatte der Duma mehrfach hervorgehoben worden, daß Schritte zu einer neuen Auslandsanleihe unternommen werden müßten und daß der Finanzminister diesmal energischer günstigere Bedingungen durchsetzen sollte. „Wir sind reicher an Menschen," erklärte Schingarew, „mit denen wir den Feind zurückhalten. Sie sind jedoch reicher an Geld. Das müssen sie begreifen und uns finanziell mehr unterstützen." Auch Markow verlangte von den Alliierten Geld nicht in Form einer Anleihe, sondern eines Subsidiums. „Wir haben bedeutend mehr Blut als sie vergossen, folglich müssen die Alliierten uns diese Ungerechtigkeit mit Geld bezahlen."

Aber die 50 Millionen Yen, die Rußland in Japan aufnehmen konnte, dienten zur direkten Bezahlung japanischer Lieferungen an Rußland (vgl. S. 309). Und auch die Verhandlungen über den Kredit, der nach einer Meldung vom 13. Juni 1916 von einer nordamerikanischen Bankengruppe, zu der die National City Bank und das Bankhaus J. P. Morgan gehörten, in Höhe von 50 Millionen Dollars zu $6^1/_2$ Prozent Rußland gewährt werden sollte, mußten abgebrochen werden. Nach einem am 13. Juli 1916 bekannt gegebenen Telegramm Barks, der sich abermals zu einer Bittfahrt nach dem Westen begeben hatte (vgl. XIV, S. 21 f.), vermochten die Amerikaner trotz der russischen Erfolge ihre Auf-

fassung von der Kriegslage nicht derart zu ändern, daß sie eine Anleihe für Rußland zu annehmbaren Bedingungen zu finanzieren bereit waren. Bark wandte sich darauf an Frankreich und England, um wenigstens eine kurzfristige Valutaanleihe durchzusetzen. Auch diese Versuche scheiterten. England erklärte, seine eigenen Kriegskosten hätten eine derartige Höhe erreicht, daß eine Hilfe für die Verbündeten ausgeschlossen sei.

In dieser verzweifelten Lage soll Bark nach Amsterdamer Meldungen (31. VII. 16) auf der Londoner Finanzministerkonferenz der Verbündeten vom 12. bis 17. Juli 1916 (vgl. XIV, S. 21) das Ultimatum gestellt haben: Entweder 10 Milliarden Rubel Kriegskredit oder ein Sonderfriede Rußlands mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, also der Zusammenbruch der Entente. Sein Auftreten war derart, daß eine Abweisung wie bei früheren ähnlichen Versuchen Rußlands nicht möglich war. MacKenna und Ribot mußten die Forderung ihres russischen Kollegen annehmen, verlegten sich aber aufs Abhandeln und gewährten schließlich grundsätzlich sechs Milliarden Rubel, wovon England vier und Frankreich zwei Milliarden übernehmen sollten. Der Betrag der unter den härtesten, den russischen Kronrat vom 11. Juli 1916 und die darauffolgenden Veränderungen in der russischen Regierung (vgl. 292) stark beeinflussenden Bedingungen, u. a. auch gegen das Versprechen einer sofortigen Regelung der Judenfrage, bewilligt worden war, sollte dazu dienen, „die Rechnungen der auswärtigen Lieferanten zu regeln und andere Aufgaben zu decken." Es handelte sich also in der Tat nicht um eine Anleihe sondern nur darum, daß die riesigen Summen, die Rußland seinen Verbündeten schuldig war, in eine andere festere Form gebracht wurden, so daß der russische Finanzminister nicht mehr von den regelmäßigen Fälligkeiten bedrückt war. Das scheint auch eine Meldung Moskauer Zeitungen vom 18. Juli 1916 zu bestätigen, nach der die Verhandlungen Barks mit Ribot das Ergebnis hatten, daß Rußlands Kredite für seine Munitionsbestellungen in Frankreich bis zum Kriegsende verlängert und auch die Zinszahlungen für alle früheren Kreditoperationen Rußlands in Frankreich geregelt wurden.

Es wurde also, wie Dr. Otto Hötzsch in den Schlußworten seiner Ausführungen in der Wiener „Neuen Freien Presse" (12. IV. 16) hervorhob, „auch dadurch wieder bestätigt, daß die Frage der russischen Kriegsfinanzen, die absolut genommen längst erledigt war, durchaus davon abhing, inwieweit England bereit war, durch Finanzmaßnahmen den einen Bundesgenossen, Rußland, weiterzuschleppen, um so den anderen, Frankreich, vor dem Zusammenbruch schon im Kriege zu bewahren."

Die ökonomische Krisis

Der „Rußkoje Slowo" vom 5. März 1916 brachte Auszüge aus einer russischen Denkschrift, die eine genaue Uebersicht über den Stand der russischen Volkswirtschaft und die Folgerungen der Finanzmänner des Oberhauses für die weitere Führung der russischen finanzwirtschaftlichen Politik enthielt. Es heißt darin:

Die Landwirtschaft: Die sehr günstigen Voraussagen für die Ernte 1915 sind nicht in Erfüllung gegangen infolge des Regenwetters gegen Ende des Sommers und wegen des Arbeitsmangels. Die infolge der letzteren Ursache an vielen Stellen merkliche Verminderung der Anbaufläche kann, wenn ungünstige Bedingungen eintreten, einen drohenden Charakter annehmen. Die Verwertung der Ernte auf dem inneren Markte ist trotz der hohen Preise wegen der schlechten Transportverhältnisse schwierig, eine Aenderung des Außenhandels mit Getreide könnte aber einzig und allein durch die Eroberung der Dardanellen durch die Verbündeten erfolgen.

Industrie: Die russische Industrie spürt den Einfluß des Krieges sehr stark. Abgesehen von der mit Aufträgen überlasteten Kriegsindustrie leiden die industriellen Unternehmungen unter Arbeitermangel, unter den Schwierigkeiten in der Kohlenbeschaffung, der Störung des geregelten Warenverkehrs, der Verschlechterung der Absatzbedingungen und der Erschwerung des Bezuges von Rohmaterial und Maschinen aus dem Auslande. Anderseits belebt die gesteigerte Kaufkraft der Bauern die für den innern Bedarf arbeitenden Industrien.

Die Teuerung ist nach dem Bericht nicht nur durch Spekulation veranlaßt, sondern auch dadurch, daß grundsätzliche Abweichungen von dem Währungssystem zugelassen worden sind; hierdurch sei die Kaufkraft des Rubels herabgemindert worden. Wenn man den Krieg siegreich zu Ende führen wolle, seien neue ungeheure Opfer nötig, aber auch nach Friedensschluß würden viele Jahre angestrengter Arbeit bis zur völligen wirtschaftlichen Wiederherstellung des Staates nötig sein. Die Durchführung der hierauf abzielenden Maßnahmen müsse einer späteren Zeit überlassen werden, die nächstliegende Aufgabe sei die möglichst schnelle Beseitigung der geldwirtschaftlichen Desorganisation durch Steigerung der staatlichen Einnahmequellen. Diese Steigerung sei nur durch Steuern möglich. . . .

Die russische Volkswirtschaft braucht unbedingt ausländisches Kapital. Die russische Bevölkerung ist sechsmal ärmer als die Deutschlands. „Leider ist das russische Kapital sehr unbeweglich. Die russische Industrie rechnet zu sehr auf staatliche Unterstützungen, sie entwickelt sich deshalb nicht in genügendem Umfang und mit der genügenden Energie, im genauen Gegensatz zur deutschen Industrie.“ Diese traurigen Tatsachen zwingen dazu, das ausländische Kapital heranzuziehen. Die Kapitalanhäufungen in Amerika lenken die Blicke auf dieses Land. Um aber eine neue Gewaltherrschaft zu vermeiden, müssen dem zuströmenden Kapital Bedingungen auferlegt werden, die auch die Früchte der Arbeit des Kapitals Rußland zuführen, d. h. Rußland zu einem Ausfuhrland nicht von Rohstoffen, sondern von Fertigfabrikaten machen und hierdurch die bloße Ausbeutung Rußlands durch das Kapital verhindern . . .

Zur Ergänzung dieser kurzen Auszüge sei darauf hingewiesen, daß Menschikow in einem Artikel in der „Nowoje Wremja“ (21. II. 16) bereits feststellte, daß seit dem Dezember 1913 die Preise für Weizen um 62 v. H., für Roggenmehl um 81 v. H., für Buchweizen, der die Hauptnahrung Rußlands bilde, um 123 v. H., Fleisch um 37 v. H., für Butter um 95 v. H., für Salz um 143 v. H. und für Zucker um 56 v. H. gestiegen waren. Dazu kam eine empfindliche Fleischnot, da nach dem Bericht des Abgeordneten Anosow in der Dumasitzung vom 5. Juni der jährliche Zuwachs an Rindvieh von 330 000 Stück nur einen Monat für die Ernährung der Armee ausreichte. Ferner eine Holz- und Kohlenkrisis. Aber auch die verschiedensten anderen Artikel, so z. B. Schuhwerk und Arzneimittel, waren ganz ungeheuer im Preise gestiegen.

Ueber die Entwicklung des Handels im Jahre 1915 machte die russische Zollverwaltung Angaben, nach denen nach der „Kölnischen Zeitung“ (29. III. 16) der Umsatz des über die Küste des Schwarzen Meeres und den Kaukasus gehenden Handels mit dem Auslande 988 Millionen betragen habe. Davon entfielen 314 auf die Ausfuhr, 675 auf die Einfuhr. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre hat sich danach die Ausfuhr um 78 v. H., die Einfuhr um 33 v. H. verringert. Die Zolleinnahmen sind um 35 v. H. gefallen. Im Handelsverkehr, der über Finnland geht, hat sich dagegen die Ausfuhr, verglichen mit 1914, um 138 Prozent, die Einfuhr um 291 Prozent vergrößert. Nach den Berichten der Wladiwostoker Zollamts hatte die Einfuhr aus Japan einen Wert von 98 073 000 Rubel, aus Amerika betrug sie 94 234 000, aus Großbritannien 47 466 000 und aus China 14 935 000 Rubel.

In welchem Maße sich schließlich die russische Industrie an England auslieferte, erhellt aus folgenden, von M. Th. Behrmann in der Vossischen Zeitung (19. V. 16) bekannt gegebenen Tatsachen: „Im Laufe des gegenwärtigen Krieges sind nicht weniger als 355 russische Gold-, Platina-, Eisen-, Kupfer- und Asbestlager in englische Hände übergegangen. Zweiundvierzig Fundlager von Osmium und Iridium gehören gegenwärtig ebenfalls den Engländern. Am mittleren Ural wird von den Engländern und Amerikanern eine gewaltige Anlage für Elektrolyse erbaut. Wie rücksichtslos die Engländer die russische Volkswirtschaft für sich beanspruchen, beweist die Tatsache, daß ein Erzlager in Mittelsibirien, für dessen Ueberlassung eine deutsche Gruppe rund vier Millionen Rubel unmittelbar vor dem Kriegsanfang geboten hatte, nunmehr von Engländern für sage und schreibe 340 000 Rubel erworben worden ist. Mein trefflich unterrichteter Gewährsmann teilt mit, daß in Petersburg allein im Laufe des April 1916 und nur

bei den dortigen Notaren Iwaschkewitsch, Staritzki und Fedorowski Kaufverträge auf russische Montanwerke in Höhe von insgesamt acht Millionen Rubel durch Engländer und Franzosen betätigt worden sind, für die kurz vor Kriegsbeginn deutsche Bankgruppen nicht weniger als rund dreißig Millionen Rubel geboten hatten."

Trotz alledem konnte sich die Regierung auch jetzt noch nicht zu durchgreifenden Maßnahmen aufraffen. Ja die Art und Weise wie der Minister des Inneren Chwostow die Teuerung zu bekämpfen versuchte, erschien direkt grotesk. Er ließ die Juden in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa verhaften, suchte die Erbitterung des Volkes auf nebensächliche Dinge abzulenken, ließ zugunsten des Güterverkehrs den regen Personenverkehr zwischen Petersburg und Moskau wiederholt auf Wochen einstellen und forderte durch ministerielle Rundschreiben die Gouverneure auf, persönlich die Marktpreise zu beaufsichtigen. Ein klassisches Beispiel von der Wirkung derartiger Erlasse, das der Kadett Nechludow unter Gelächter auch in der Duma zum Besten gab, erzählten die „Birschewyja Wjedomosti": „Um acht Uhr früh erscheint der beleibte joviale Gouverneur von Charkow Kaschura-Masalski, ein Typus des Gogolschen legendären Gouverneurs, in seinem Zobelpelze auf dem Marktplatze. Eine Reihe Huligane (= apaches) folgt ihm im Gänsemarsch. Ohne zuvor Höchstpreise festgesetzt zu haben, fragte er die erste beste Bäuerin nach dem Preise einer Gans. „Drei Rubel das Stück!" Der Gouverneur nimmt die Gans selbst in die Hand, prüft das Gewicht und verurteilt die Bäuerin zu 100 Rubel Strafe. Die Huligane lachen, schreien, nehmen die Gans aus den Händen des Gouverneurs und zerreißen sie in kleine Stücke. Der Gouverneur lacht, die Bäuerin aber ist die Gans und ihr Geld los."

Ueber eine andere echt russische Art der Bekämpfung der Milchspekulation berichtet „Djen". „Auf dem Marktplatze zu Belgoro (Kursker Gouvernement) stehen lange Reihen großer tönerner Töpfe mit Milch. Der Pristaw, dort die höchste Instanz als Vertreter des Ministers Chwostow, fragt nach dem Preise. Diese erscheinen ihm zu hoch, und deshalb zerschlägt er mit seinem Stock, sobald er eine unbefriedigende Antwort erhält, einen Milchtopf. Erst nachdem er vierzehn große, mit Milch gefüllte Eimer zerschlagen hat, verkaufen die Bauern die Milch billiger . . . aber am nächsten Tage war auf dem Marktplatz keine Milch aufzutreiben."

Aber alle diese Beispiele, die aus den russischen Zeitungen noch ins Unendliche ergänzt werden könnten, scheinen noch harmlos im Vergleich mit folgendem Ereignis, das sich nach „Rjetsch" (7. III. 16), in Tschesnokowka abspielte:

„Am 3. Februar, abends, traf der Polizeikommissar Janigin im Tschesnokowkaer Kirchspiel zur Prüfung der Lebensmittelpreise ein. Sein erster Besuch galt natürlich dem Popen und einem reichen Kaufmann des Kirchspiels. Nachdem der Pristaw sich dort, trotz des strengen Alkoholverbots, betrunken hatte, ging er von Haus zu Haus, weckte die Leute auf und belästigte die Frauen und Mädchen, bis er endlich in einem Hause ein Opfer fand. In seiner Trunkenheit zerstörte er die Einrichtung des Hauses, und als sich infolge des Lärms viele Menschen um das Haus versammelten, zog er den Revolver und erschoß einen Bauern, Vater von acht Kindern. Der Wirt des Hauses, der dem Pristaw den Revolver entwinden wollte, wurde dabei verwundet. Als sich die Nachricht vom Morde in der Umgebung verbreitete, verprügelten die Bauern den Pristaw. Die Folge davon war aber, daß eine große Anzahl von Bauern vors Kriegsgericht gestellt wurde, während der Pristaw bis heute frei herumgeht."

Nach der „Nowoje Wremja" (27. IV. 16) entschloß sich die Regierung schließlich, folgende neue wirtschaftliche Maßnahmen anzuordnen:

1. Einen „Finanz- und Wirtschaftsausschuß" zur vorbereitenden Besprechung der innern und äußern finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen; Vorsitzender der Reichs-

kontrolleur Pokrowski, Mitglieder: Reichsduma- und Reichsratsabgeordnete, Vertreter der Ministerien, Interessenverbände (Erlaß des Zaren vom 4. April 1916).

2. Eine „Zentralverwaltung für Lebensmittelankauf“ im Anschluß an die Sonderkonferenz für Verpflegungsfragen zur Zentralisierung aller Ankäufe von Lebensmitteln für die Bevölkerung, die bisher durch die voneinander unabhängigen Rayon-Bevollmächtigten des Vorsitzenden genannter Sonderkonferenz für Verpflegungsfragen ausgeführt wurden.

3. Eine „Erste allrussische landwirtschaftliche Zählung,“ die sich auf ländliche Arbeitskräfte, Vieh, Anbaufläche und Vorräte in den hauptsächlichsten Lebens- und Futtermitteln in ganz Rußland, mit Ausnahme von Finnland, erstreckte und sofort nach Beendigung der Frühjahrsbestellung beginnen sollte.

Weiterhin war Ende März 1916 unter dem Vorsitz des Ackerbauministers Naumow und unter Teilnahme der Sonderausschüsse für Versorgung des Landes mit Lebensmitteln, der Verkauf und Genuß von Fleisch am Mittwoch und Freitag jeder Woche verboten worden. Als der immer drohender werdende Rückgang des Viehstandes dadurch nicht aufgehalten wurde, legte die Regierung der Duma eine neue Vorlage über die Einführung von drei fleischlosen Tagen in der Woche vor. Die Duma verwies den Entwurf jedoch nach eingehender Beratung am 6. Juni 1916 zunächst an die Kommission zurück, die die Zahl der fleischlosen Tage auf vier erhöhte, was wiederum als für die Volksgesundheit schädlich kritisiert wurde, während die progressive Presse für das von der Regierung wie der Kommission abgelehnte Kartensystem eintrat.

Schließlich wurde in jenem Kronrat vom 11. Juli 1916 ein neues Amt zur Bekämpfung der Teuerung geschaffen und Fürst Obolenski gewissermaßen als Lebensmitteldiktator zu dessen Chef ernannt (vgl. S. 292).

Kundgebungen

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

29. Mai 1916.

Der „Times“ wurde nach einer Reuter-Meldung aus Petersburg die nachfolgende Erklärung Ssasonows über die russischen Kriegsziele übermittelt:

„Mit tiefer Dankbarkeit und mit tiefer Genugtuung habe ich die freundlichen Worte gelesen, die König Georg an die Dumamitglieder gerichtet hat, und die Worte von historischer Bedeutung, mit denen Asquith die russischen Gäste in England begrüßt hat“ (vgl. XIV, S. 10 f.). Wenn Asquith im Namen der Regierung mitteilt, daß eine völlige Uebereinstimmung zwischen der russischen und britischen Regierung über den Osten erzielt worden sei, so gibt er die Erklärung ab, die nach der Auffassung all derer, die die Geschichte kennen, den Anbruch eines neuen Tages in der Weltpolitik und der Diplomatie bedeutet. Eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen diesen beiden großen Reichen bedeutet, daß dieses Bündnis, das in Kriegszeiten gegen einen gemeinschaftlichen Feind beschlossen worden ist, zu einem Bündnis für alle Zeiten geworden ist, das nicht nur den Bedürfnissen des Augenblicks entspringt, sondern auf dem viel stärkeren Boden der gemeinschaftlichen Interessen und des gegenseitigen Verständnisses aufgebaut ist. In dieser wachsenden Freundschaft sehe ich die Verwirklichung des teuersten Traumes meiner Karriere, denn durch eine treue Freundschaft zwischen England und Rußland ist der Weltfriede für unsere Kinder und Kindeskinder gesichert. Die Festigung des Gedankens, daß Frankreich, England und Rußland nicht gegenseitig entfremdet werden können, beweist auf das klarste, daß die beiden mitteleuropäischen Staaten den Kampf verloren haben, mit welcher Kraft und unter welchen Opfern es ihnen auch gelingen möge, den unvermeidlichen Tag hinauszuschieben, an dem sie ihre Fehler eingestehen müssen.“

Ssasonow erklärte weiter, daß Rußland keinerlei aggressive Politik im Schilde führe und fuhr dann fort: „Mit einem Ausweg nach dem Süden, der unwiderruflich für die Zukunft garantiert ist, mit der Sicherung der berechtigten Entwicklung unseres ökonomischen und industriellen Lebens, mit einer

geeigneten Regelung unserer Grenzen und einer künftigen Organisation unserer slawischen Brüder sind die Ziele Rußlands im Westen erreicht. Dann aber können wir uns den wahren Plänen der russischen Regierung und des russischen Volkes hingeben, nämlich der Entwicklung unseres eigenen großen Reiches. Die Verwirklichung dieser feierlichen Wahrheit über unsere Politik muß alle Täuschungen und alle Erfindungen, die unsere Feinde über die sogenannte slawische Gefahr in ganz Europa verbreitet haben, vernichten und jedermann zu der klaren Ueberzeugung bringen, daß Rußland nicht die Absicht hat, Pläne gegen Norwegen und Schweden zu schmieden. Vor allen Dingen wird sich nun die Falschheit der verbrecherischen Ausstreuungen unserer Feinde erweisen, daß Rußland nationale Aspirationen hege, die sich auch nur im geringsten gegen die Nationalität und das nationale Leben dieser beiden Völker richten könnten. Ich hoffe und vertraue, daß die Erregung aus Anlaß der Alandsfrage, die, wie ich mit Genugtuung sagen kann, verschwunden ist, wie der Minister Wallenberg selbst in Stockholm erklärte, der letzte Irrtum und die letzte Verdächtigung Schwedens gegen Rußland in diesem Jahrhundert sein wird."

Ssasonow kam dann auf Polen zu sprechen, wobei er erklärte: „Die Polen können in diesem Kampfe, den Rußland auf Leben und Tod führt, nicht erwarten, daß wir nun ein volles Programm über die Zukunft Polens aufstellen. Aber die Polen werden eine im höchsten Maße gerechte und billige Autonomie erhalten, die ihrem zukünftigen Leben und ihrer ökonomischen und industriellen Entwicklung entspricht."

28. Juni 1916.

Der politische Redakteur der Moskauer Zeitung „Rußkoje Slowo" hatte mit Ssasonow eine Unterredung über die Frage: In wie weit sind die Versuche des deutschen Reichskanzlers begründet, auf andere Personen die Verantwortlichkeit für den jetzigen Krieg abzuwälzen? Ssasonow sagte:

„Die Erklärungen Bethmann Hollwegs werden in ihren leitenden Gedanken verständlich, wenn man bedenkt, daß er seinen Ruf als Staatsmann nicht vor irgend einem unparteiischen Zuhörerkreis, sondern gegen die Vorwürfe und Anschuldigungen seiner eigenen Landsleute zu verteidigen hatte. Uns geht es übrigens wenig an, wie weit seine Landsleute mit ihrer Anklage Recht haben, aber es ist in jedem Falle zu beachten, daß zahlreiche Deutsche sich allmählich klar werden über die wahre Natur einiger besonderer Züge der deutschen Politik, die letzten Endes zum Weltbrand führte. Die öffentliche Meinung Rußlands hatte den natürlichen Wunsch, einen Vergleich zu ziehen zwischen den neuen Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und den bereits früher amtlich veröffentlichten Darstellungen über den Ursprung des Krieges. Dieser Vergleich war um so nützlicher, als unsere so vollständigen, ins Einzelne gehenden und in den diplomatischen Aktenstücken gut gestützten Angaben in den bezüglichen deutschen Veröffentlichungen farblos und gallig erscheinen. Da diese Mangelhaftigkeit der deutschen Aktenstücke den lebhaften Wunsch der deutschen Regierung bezeugte, über ihre Rolle und ihre Haltung gegenüber der schrecklichen Tragödie, die damals Europa erlebte, einen Schleier zu breiten, schien es klar, daß die neuen Darlegungen des Kanzlers zu seiner eigenen Verteidigung von hohem Interesse für die ganze Welt sein mußten. Indem er sich jedoch vor den Augen seiner Landsleute zu rechtfertigen suchte, ging Bethmann Hollweg in seinem Uebereifer über alles hinaus, was er bisher gesagt hatte. Der Reichskanzler erklärte u. a., England, Frankreich und Rußland hätten sich durch ein Bündnis gegen Deutschland eng zusammengeschlossen. Er mußte seiner Zuhörerschaft gar zu sicher sein, um eine solche Behauptung aufzustellen.

Nur die Deutschen mit ihrer soldatischen Erziehung und dem blinden Gehorsam gegenüber ihren Führern konnten diese sinnlose Behauptung glauben. In der Tat weiß der Reichskanzler ebensogut wie ich und jeder einigermaßen unterrichtete Europäer, daß vor dem Kriege kein Vertrag Rußland und Frankreich mit England verband. Was mich aber betrifft, so war ich dessen immer sicher, daß, wenn Deutschland einen Krieg anfinge, um seine Vorherrschaft in Europa zu bekräftigen, es unvermeidlich England gegen sich haben würde. Der Kanzler behauptet, Frankreich und Rußland würden niemals gewagt haben, der deutschen Herausforderung entgegenzutreten, wenn sie nicht der Hilfe Großbritanniens sicher gewesen wären. Indessen war die tatsächliche politische Lage, obgleich sie der Kanzler nicht anerkennen will, derart, daß Frankreich und Rußland trotz ihrer von Grund aus friedlichen Gesinnung und ihres aufrichtigen Wunsches, ein Blutvergießen zu vermeiden, sich entschlossen, die Anmaßung Deutschlands niederzuschlagen und ihm ein für allemal abzugewöhnen, seinen Nachbarn auf die Füße zu treten. Die grobe Politik Deutschlands hatte zur Folge, daß die Triple-

Entente, die lange keine genaue materielle Gestalt besessen hatte, ein mächtiges politisches Bündnis wurde mit dem Ziele, die Rechte und Interessen seiner Glieder und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu schützen. Der Reichskanzler begnügt sich nicht damit, Rußlands guten Glauben zu verdächtigen, er klagt es an, sein Gewissen mit dem Verbrechen eines blutigen europäischen Krieges durch eine überstürzte Mobilmachung belastet zu haben. Indessen vermeidet der Kanzler sorgsam, zu erwähnen, daß die russische Mobilmachung nach derjenigen der österreichisch-ungarischen Armee und eines beträchtlichen Teiles der deutschen Armee vor sich ging. Jeder kennt übrigens die vorzeitige Bekanntgabe dieser Mobilmachung an das deutsche Volk durch den „Lokalanzeiger“, eine nicht zu leugnende und wirkliche Tatsache. Trotz seiner Art der Verteidigung bin ich bereit, zuzugeben, daß der Reichskanzler, da er bei jeder günstigen Gelegenheit erklärt, den Krieg nicht gewollt zu haben, nicht sein direkter Anstifter gewesen ist. Je mehr man es zugibt, um so mehr wird es klar, daß zahlreiche Persönlichkeiten aus der Umgebung des Kanzlers diesen Krieg glühend wünschten. Es besteht die feste Sicherheit, die jetzt ganz Europa hat, daß das Ultimatum an Serbien unter dem unmittelbaren Einfluß eines hervorragenden deutschen Diplomaten ausgearbeitet und mit Uebergehung des Leiters der deutschen Politik dem Kaiser Wilhelm zur Billigung unterbreitet wurde. Dies ist der Beweis dafür, daß Bethmann Hollweg nicht Herr in seinem eigenen Hause war. Aber andererseits ist es schwierig, zuzugeben, daß der Kanzler nicht auf dem laufenden über die Intrigen der Feinde des europäischen Friedens war, und daß er nichts davon wußte. Der Kanzler spricht häufig mit einer wenig aufrichtigen Befriedigung von den Erfolgen Deutschlands, aber er vermeidet es klugerweise, die Pläne zu erwähnen, die Deutschland aufgestellt hatte, die aber unerfüllbare Träume bleiben und deren Liste weit länger ist als diejenige der zur Erfüllung gebrachten Entwürfe. Bethmann Hollweg kann seine Zuflucht zu allen möglichen Kunstgriffen nehmen, aber er wird nicht beweisen können, daß der Krieg durch Rußland oder England hervorgerufen worden ist. Der jetzige Krieg ist ausschließlich durch die pangermanistische Krebskrankheit verschuldet, die Deutschland seit zwanzig Jahren zerfrißt und die jetzt seine Lebensorgane erreicht hat.“

„Mir scheint es oft,“ so schloß Ssasonow, „daß der Reichskanzler ebenso wie der Staatssekretär von Jagow sich der Gefahr dieses schrecklichen Unheils bewußt waren, aber daß sie nicht den Mut hatten, sie zu bekämpfen. Bevor nicht jeder Nachbar Deutschlands sicher ist, daß der Pangermanismus, dessen hauptsächlichste Waffe der preußische Militarismus ist, aufgehört hat, eine Gefahr für die Welt zu bilden, ist jeder Friede zwischen den Verbündeten und Deutschland unmöglich.“

Bezüglich des Aufstandes in Arabien sagte Ssasonow: „Der Druck, den die grobe deutsche Faust auf die Türkei ausübt, ebenso wie der Umstand, daß der Sultan seine Würde als Herr der ganzen muselmanischen Welt verloren hat, wird das Osmanische Reich auf den Stand eines Staates zweiten Ranges herabdrücken.“ Ueber die Erklärung des englischen Premierministers Asquith bezüglich der Zukunft der Meerengen befragt, erklärte Ssasonow: „die bei Beginn des Krieges von den drei Mächten gefaßten, Rußland besonders angehenden Entschließungen sichern Rußland vollständig die Erfüllung seiner Jahrhunderte alten nationalen Wünsche.“

Darauf erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (3. VII. 16) folgende **amtliche deutsche Entgegnung:**

„In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Rußkoje Slowo“ ist der russische Minister des Aeußern von neuem auf die Entstehungsgeschichte des Krieges zu sprechen gekommen. Die Schuld Rußlands an der Entfesselung des Weltbrandes ist durch die vom Reichskanzler bei verschiedenen Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen sowie durch die amtlichen deutschen Veröffentlichungen so klar und unwiderleglich nachgewiesen, daß es überflüssig erscheint, auf diese Unterredung näher einzugehen. Nur einige Punkte der Aeußerungen des Herrn Ssasonow, die mit den Tatsachen in direktem Widerspruch stehen, seien hier richtiggestellt.

Herr Ssasonow weist darauf hin, der Reichskanzler habe behauptet, daß England, Frankreich und Rußland sich durch ein Bündnis gegen Deutschland eng zusammengeschlossen hätten. Der Reichskanzler hat von einem solchen Bündnis niemals gesprochen; wie aus den Veröffentlichungen der Kaiserlichen Regierung hervorgeht, sind ihr die Beziehungen, die die Ententemächte vor dem Kriege verknüpften, genau bekannt gewesen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Kenntnis nur wiederholt die Tatsache festgestellt, daß diese Beziehungen die Einkreisung Deutschlands zum Ziele hatten. Diese Feststellung wird durch die Ausführungen des Herrn Ssasonow nicht nur nicht widerlegt, sondern direkt bestätigt. Der Minister erklärt selbst, „daß Frankreich und Rußland trotz ihrer von Grund

aus friedlichen Gesinnung und ihres aufrichtigen Wunsches, ein Blutvergießen zu vermeiden, sich entschlossen hätten, diese Anmaßung Deutschlands niederzuschlagen". Er bestätigt ferner, daß er bei diesem Plan bestimmt auf die Unterstützung Englands gerechnet hat, und liefert durch dieses Eingeständnis einen schlagenden Beweis für die von deutscher Seite stets betonte Mitschuld Englands am Ausbruch des Krieges.

Herr Ssasonow wirft dem Reichskanzler vor, er habe sorgsam vermieden, zu erwähnen, daß die russische Mobilmachung nach derjenigen der österreichisch-ungarischen Armee und eines beträchtlichen Teiles der deutschen Armee erfolgt sei. Demgegenüber sei daran erinnert, daß, als am 31. Juli 1914 die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee bekannt gegeben wurde, Oesterreich-Ungarn nur acht nicht an der russischen Grenze garnisonierte Korps gegen Serbien mobil gemacht hatte. Daß Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits einen beträchtlichen Teil seiner Armee mobil gemacht habe, ist eine gänzlich aus der Luft gegriffene Behauptung. Eine Teilmobilmachung hat in Deutschland überhaupt nicht stattgefunden. Der Mobilmachungsbefehl für die ganze deutsche Armee erging bekanntlich erst am 1. August, nachmittags fünf Uhr, als Antwort auf die allgemeine russische Mobilmachung. Mobilmachungsmaßnahmen irgendwelcher Art sind vorher nicht getroffen worden.

Herr Ssasonow behauptet, „diese Mobilmachung" sei durch den „Lokalanzeiger" vorzeitig dem deutschen Volke bekannt gegeben worden. Herrn Ssasonow muß aus der Berichterstattung der russischen Botschaft in Berlin bekannt sein, daß die am 30. Juli von dem genannten Blatte infolge eines Irrtums durch ein Extrablatt verbreitete falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung sofort von amtlicher Seite widerrufen wurde und daß überdies die Botschaft bereits eine Viertelstunde nach Ausgabe des Extrablattes von einem Mitglied der Redaktion des „Lokalanzeigers" telephonisch über den Sachverhalt aufgeklärt worden ist.

Der russische Minister scheut sich nicht, dem Redakteur des „Rußkoje Slowo" das Märchen aufzubinden, „es bestehe die feste Sicherheit, die jetzt ganz Europa habe, daß das Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien unter dem unmittelbaren Einfluß eines hervorragenden deutschen Diplomaten ausgearbeitet und mit Uebergehung des Leiters der deutschen Politik dem Kaiser Wilhelm zur Billigung unterbreitet wurde". Wir stellen hiermit fest, daß diese Behauptung in allen Einzelheiten frei erfunden ist und jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt."

26. Juli 1916.

Nach seiner Rückkehr aus dem Kaiserlichen Hauptquartier erließ der Minister des Aeußern und Vorsitzende des Ministerrates **Stürmer** aus Anlaß seiner neuen Ernennung folgende Erklärung:

„Berufen durch den Willen des Kaisers, übernehme ich die Leitung des Ministeriums des Aeußern während des furchtbaren Krieges, da alle Anstrengungen und Gedanken des russischen Volkes auf die Besiegung des zähen Feindes gerichtet sind. Ich glaube fest, daß der Sieg Rußland und seinen Verbündeten gehören wird, deren Heere in so glänzender Weise hohe Tapferkeit beweisen, während die russische Armee Erfolge erringt und die russischen Soldaten Heldentaten verrichten. Deutschland hat den Krieg hervorgerufen, bei dessen Führung es sich mit dem Ruhm der völligen Mißachtung der Zivilisation bedeckt. Mögen daher die harten Folgen, die daraus entspringen, über dieses Land hereinbrechen. Alle unsere Gefühle dürfen nur von dem einzigen machtvollen Ruf geleitet werden „Krieg bis zum Endsiege". Ich zweifle nicht, daß das mir anvertraute Amt alles, was von ihm abhängt, tun wird, um diesen Weg mit Festigkeit und Klarheit entsprechend der Würde des großen Rußlands zu verfolgen. Ich werde für den Augenblick keine Einzelfragen berühren, selbst nicht die slawische Frage trotz aller ihrer Bedeutung, und trotzdem ich mir klar darüber Rechenschaft gebe, wie gerechtfertigt das Interesse ist, das die Frage in der Gesellschaft hervorgerufen hat. Es ist nicht der Zeitpunkt zu sprechen, sondern zu handeln. In der diplomatischen Welt bin ich ja Neuling. Aber die Fragen der auswärtigen Politik waren mir immer nahe, und schon als Student widmete ich meine Aufmerksamkeit alledem, was das Herz eines jeden Russen lebhafter schlagen läßt. Unter den Dokumenten des 17. Jahrhunderts ist ein Brief von Athanasius Ordinnattschokui aufbewahrt worden, der in dieser alten Zeit die Kanzlerschaft der diplomatischen Angelegenheiten, die Possolsky Prikaz, innehatte. Die Kanzlerschaft, so sagte er, ist das wachende Auge des ganzen großen Rußlands, das überall, ohne nachzulassen, mit der Hilfe des Allmächtigen die Größe und das Heil des Staates behütet. Dieser Grundsatz bewahrt in unseren Tagen all seine Kraft. Zum Schluß will ich einen erhaltenen Beschluß des Zaren Alexis an-

führen, und zwar auf einen Bericht eines seiner Botschafter hin, der die Interessen des Monarchen und des Vaterlandes nicht zu wahren gewußt hatte. „Er hat weder uns noch Rußland einen Dienst erwiesen, und folglich werden Ruhm und Ehre, die von Gott kommen, ihm fehlen. Er wird an Stelle von Ruhm Vorwürfe ernten." Diese weisen Worte decken sich seit langem mit meinen Auffassungen der auswärtigen Probleme."

31. Juli 1916.

Ministerpräsident Stürmer gab am zweiten Jahrestage der Kriegserklärung durch Deutschland folgende Erklärung bekannt:

„In dem Augenblick, da die Alliierten in das dritte Kriegsjahr eintreten, ist die kaiserliche Regierung ebenso wie ihre treuen Alliierten mehr als je fest entschlossen, den vom Feinde heraufbeschworenen Krieg bis zum endgültigen Triumph der Alliierten durchzuführen. Zwei Kriegsjahre haben die Mächte der Entente durch die Waffenbrüderschaft der alliierten Truppen, durch ihren Heldenmut und das vergossene Blut noch enger zusammengeschweißt in ihrem Entschluß, das bedrohte Europa von dem Joche der deutschen Vorherrschaft zu befreien. An allen Fronten erteilen die Truppen der Alliierten dem Gegner Schlag auf Schlag und ich habe die Ueberzeugung, daß es den Alliierten mit dem Beistand des Allmächtigen gelingen wird, den Feind zu besiegen und ihre edle Sache zum Triumph zu führen."

Von den Beziehungen zu den alliierten und neutralen Staaten

Nach amtlichen Meldungen und ergänzenden Mitteilungen

Personalien und Besuche

25. Februar 1916.

Francis Rowland, ein bekannter Finanzmann und früherer Gouverneur des Staates Missouri, ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Petersburg ernannt worden.

10. März.

Der rumänische Politiker Filipescu ist am 1. März vom Chef des russischen Generalstabs Alexejew, vom Minister des Aeußern Ssasonow und vom Großfürsten Cyrill empfangen worden. Am 6. März reiste Filipescu über Moskau an die Front.

30. April bis Mitte Mai.

Der Zar hat den serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch, der am 30. April in St. Petersburg eingetroffen war, am 5. Mai in Audienz empfangen. Darauf gab der Minister des Aeußeren Ssasonow Pasitsch ein Frühstück, an dem auch der Ministerpräsident Stürmer und die Präsidenten der Duma und des Reichsrates teilnahmen. Während seines Aufenthalts in Moskau wurden Pasitsch vom Moskauer Slawischen Komitee 40000, von der Moskauer Landesselbstverwaltung 10000 und von der Moskauer Stadtverwaltung 100000 Rubel für notleidende Serben übergeben.

Erste Hälfte des Mai.

Ueber den Besuch der französischen Minister Viviani und Thomas vgl. XIV, S. 6.

Mai bis Juli.

Ueber den Besuch der russischen Abgeordneten in England, Frankreich und Italien vgl. XIV, S. 10 f.

10. Juli 1916.

Der französische General Pau (vgl. XIII, S. 259) mußte infolge einer Erkrankung seine Mission in Rußland unterbrechen und sich nach dem kaukasischen Badeort Essentuki zurückziehen.

Von den russisch-englischen Beziehungen

Ueber die Bemühungen Englands, sich in Rußland wirtschaftlich festzusetzen, ist bereits in den Kapiteln über die Dumaberatungen und die ökonomische Krisis berichtet worden (vgl. S. 279, 284 u. 302). Hier nur noch einige ergänzende Mitteilungen:

19. April 1916.

Die „Birschewyja Wjedomosti" meldet nach der „Kölnischen Zeitung" aus Odessa: Hier wurde eine Zweigstelle der russisch-englischen Handelskammer zwecks Stärkung der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland gegründet. Es wurde beschlossen, ein Museum in Lon-



Nach einer französischen Zeitschrift

Boris Wladimirowitsch Stürmer
Der russische Ministerpräsident



Nach einer englischen Zeitschrift

General Kuropatkin



Nach einer englischen Zeitschrift

General Alexejew



Nach einer französischen Zeitschrift

Der Zar erteilt den Osterkuß an Abordnungen der russischen Truppen im Hauptquartier



Phot. Techno-photographisches Archiv, Berlin

Leibkosaken des Zaren

von für russische Waren zu errichten und in Odessa ein Museum für englische Waren. Beschlossen wurden auch Vorarbeiten für die Durchsicht des russisch-englischen Handelsvertrags.

„Rußkoje Slowo" meldet: In Petersburg trafen Vertreter großer englischer Finanzfirmen ein, um den Plan einer Eisenbahn von Sibirien nach dem nördlichen Ozean zu prüfen und die mitgebrachten Geldmittel nach Bestätigung des Plans zur Verfügung zu stellen. Ein anderer Vertreter beabsichtigt, im Innern Rußlands und Sibiriens eine Papierfabrik mit Kapital zu unterstützen, damit der herrschende Ueberfluß an Rohmaterial für die Papierfabrikation besser ausgenützt werden kann.

15. Juni 1916.

„Rußkoje Slowo" berichtet: Da die russische Gesellschaft immer mehr fordert, über England und seine Beteiligung am Weltkriege unterrichtet zu werden, ist in Petersburg mit Hilfe der englischen Botschaft ein russisch-englisches Bureau geschaffen worden, das Politikern und der Presse Material über die Tätigkeit der englischen Flotte und Armee und die wichtigsten Ereignisse des öffentlichen Lebens Englands liefern soll.

Die Beziehungen zu Japan

14. Februar 1916.

Laut „Nowoje Wremja" unterzeichneten der russische Gesandte und der Vertreter des japanischen Bankensyndikats die Bedingungen der zur Deckung der japanischen Kriegslieferungen bestimmten einjährigen Anleihe von 50 Millionen Yen, zu 5 % nebst 1 % Kommission (vgl. S. 300). Da nur Obligationen zu 5000 Yen ausgegeben wurden, zeichneten nur Banken und Versicherungsgesellschaften.

31. März.

Havas meldet aus London: Japan hat an Rußland die beiden Panzerschiffe „Sagami" (früher „Peresvjet") und „Tango" (früher „Poltawa") und den geschützten Kreuzer „Soya" (früher „Wariag"), die die Japaner im ostasiatischen Kriege erbeutet hatten, wieder abgetreten.

3. Juli 1916.

In Petersburg wird von dem Minister des Auswärtigen Ssasonow und dem japanischen Botschafter Baron Motono ein Bündnisvertrag unterzeichnet, der in deutscher Uebersetzung lautet:

„Die kaiserlich japanische Regierung und die kaiserlich russische Regierung, entschlossen, ihre Bemühungen zur Aufrechterhaltung eines ständigen Friedens im äußersten Osten zu vereinigen, kommen über folgendes überein:

Artikel 1. Japan wird an keiner politischen Unternehmung oder Mächteverbindung teilnehmen, die sich gegen Rußland richtet. Rußland wird an keiner politischen Unternehmung oder Mächteverbindung teilnehmen, die sich gegen Japan richtet.

Artikel 2. Sollten die territorialen Rechte oder besonderen Interessen im äußersten Osten, die einer der beiden vertragschließenden Parteien zustehen und von der anderen anerkannt sind, bedroht werden, so werden Japan und Rußland sich verständigen über die Maßregeln, die zu ergreifen sind, um sich gegenseitig die nötige Unterstützung oder Mitwirkung bei der Wahrung und Verteidigung dieser Rechte und Interessen zu gewähren."

Dem politischen Redakteur der „St. Petersburger Börsenzeitung" gab Ssasonow folgenden Kommentar zu dem Abkommen: „In den letzten elf Jahren suchten die russische und die japanische Diplomatie alle Ursachen, die den Krieg von 1904 bewirkt hatten, die aber nicht mehr erheblich genug waren, um eine ernstliche Nebenbuhlerschaft zwischen Rußland und Japan entstehen zu lassen, zu beseitigen. Nachdem dies geglückt war, gelang es uns, mit Japan Beziehungen herzustellen, die uns erlaubten, unsere Kräfte auf die Sicherung friedlicher Arbeit im äußersten Osten zu vereinigen und dort unser Gebiet und unsere besonderen Interessen gegen jeden Eingriff sicherzustellen. Der gegenwärtige Krieg läßt für Rußland eine Reihe von Aufgaben entstehen, deren Lösung für lange Jahre unsere Aufmerksamkeit an den Okzident fesselt. Indem wir uns auf eine Solidarität mit Japan in den Fragen des fernen Ostens stützen, können wir alle unsere Kräfte an die Lösung jener Fragen setzen und gewiß sein, daß keine Macht China für ihre ehrgeizigen Pläne mißbrauchen wird, wie es mit anderen orientalischen Ländern, die an Rußland grenzen, geschehen ist."

Die japanische Regierung ließ erklären, das neue Abkommen beweise die feste Entschlossenheit beider Mächte, Beziehungen voll gegenseitigen Vertrauens und voller Uebereinstimmung aufrechtzuerhalten und ihre Bemühungen in der Verteidigung der ihnen zustehenden Rechte und Interessen

im fernen Osten zu vereinigen. Es greife dabei keineswegs irgendeiner anderen Macht, deren Politik sich in gleicher friedlicher Richtung bewege, vor. Das Abkommen stehe in vollem Einklang mit dem englisch-japanischen Bündnis, dessen logische Folge es sei.

Daß ein Teil des Vertrages nicht veröffentlicht wurde und daß dieser Vertragsteil die bekanntgegebenen Vereinbarungen an Bedeutung beträchtlich überrage, erfuhr man aus Aeußerungen der in Kiew erscheinenden „Kiewskaja Müisl", des größten, gut unterrichteten südrussischen Blattes, das betonte, in dem nicht veröffentlichten Teil des Vertrages seien die Aspirationen auf China sowie die Bündnisverpflichtungen für den Fall eines Konflikts mit einer dritten Macht bestimmt worden. Besonders im letzteren Punkt seien schwerwiegende Bestimmungen einseitig zugunsten Japans in den Vertrag aufgenommen worden. In dieser Hinsicht sei schon die Bestimmung über die Dauer des Bündnisses — zehn Jahre — bezeichnend. Sollte die Frist zu einem Zeitpunkt ablaufen, in dem sich eine der vertragschließenden Mächte im Kriegszustand befände, so solle der Vertrag bis zum Friedensschluß in Kraft bleiben. Da nun Rußland auf irgendwelche Konflikte mit einer dritten Macht im fernen Osten in den nächsten zehn Jahren unmöglich gefaßt sein könne, sei jene Bestimmung des Vertrags von der weitblickenden japanischen Diplomatie diktiert worden, die gerade im nächsten Jahrzehnt einen Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten wegen der Rivalität in China erwarte.

4. August 1916.

Schließlich ist, wohl auf die energische Forderung der russischen Presse nach der Veröffentlichung der geheim gehaltenen Vertragsbestimmungen, noch bekanntgegeben worden, daß außer dem am 3. Juli 1916 abgeschlossenen russisch-japanischen Bündnis noch ein besonderes russisch-japanisches Abkommen zustande gekommen ist, das folgendermaßen lautet:

1. Rußland tritt an Japan die Eisenbahnstrecke zwischen Kwangtschöngsu und der zweiten Station am Sungari ab.
2. Den Japanern werden die Rechte der freien Ansiedelung und des freien Handels in Sibirien zugestanden.
3. Schiffahrts- und Fischereirechte auf dem Sungari werden von den Japanern in gleichem Umfange wie von den Russen ausgeübt werden.
4. Durch diesen Vertrag wird der japanischen Regierung keine Verpflichtung auferlegt, Land- oder Seestreitkräfte nach Europa zu senden.
5. Japan verpflichtet sich, Rußland mit Kriegsmaterial zu versorgen.

Das Schicksal der fremdstämmigen Völker in Rußland

Maßnahmen für Finnland

Amtliche Meldungen und ergänzende Mitteilungen

8. Februar 1916.

Ein kaiserlicher Erlaß befiehlt dem Senat eine eingreifende Revision des finnischen Steuersystems durchzuführen, die nicht nur die örtlichen, vom Landtag festzusetzenden Abgaben, sondern auch besondere Umlagen umfassen soll, die Finnland von der Zentralregierung auferlegt sind.

10. April.

Die Regierung erläßt ein Dekret, nach dem vom 15. April 1916 ab ehemalige deutsche Untertanen, die seit 1880 finnische Bürger geworden sind, bei Aktiengesellschaften oder Genossenschaften, die Grundstücke auf dem Lande zu besitzen oder zu erwerben berechtigt sind, weder eine Anstellung bekommen noch Teilhaber sein dürfen.

16. Juli 1916.

Die Mitte Juli abgeschlossenen finnischen Landtagswahlen ergaben einen großen Sieg der sozialdemokratischen Partei, die früher 90 Mandate von insgesamt 200 hatte und jetzt 103 Sitze erhielt. Die übrigen Sitze verteilten sich wie folgt: Alt-Finnen: 33, Jung-Finnen: 22, Schweden: 21, Agrarpartei: 19, Arbeiterpartei: 1.

Die Petersburger Zeitungen veröffentlichten darauf folgende Mitteilung des Pressebureaus des Ministeriums des Innern: „Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten im Landtage die absolute Mehrheit erhielten, lenkte selbstverständlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Sache, um

so mehr, als dieses Ergebnis für die Regierung gänzlich überraschend kam. Berichte finnischer Verwaltungsbeamten an die Regierung besagten im Gegenteil, daß die Opposition des finnischen Volkes gegen die Regierung abnimmt, nachdem der Zar die Rechte der finnischen Landpächter auf fünf Jahre verlängert hatte. In Regierungskreisen herrscht die Auffassung, daß die finnischen Sozialdemokraten keine ausgesprochenen revolutionären Ziele verfolgen und dem internationalen Sozialismus fernstehen. Dennoch sind die Leiter der russischen Verwaltung in Finnland mit genügenden Vollmachten versehen für den Fall, daß die Wahlergebnisse die Bevölkerung zu regierungsfeindlichen Unternehmungen ermuntern sollten. Gegenüber dem neuen Landtag wird die Regierung eine abwartende Stellung einnehmen. Solange sich der Landtag im Rahmen der Staatstreue hält, wird auch die russische Regierung keine Gegenmaßregeln treffen."

Die polnische Frage

Im Kronrat im Hauptquartier des Zaren in Mohilew am 11. Juli 1916 wurden, nach Meldungen des Stockholmer Korrespondenten des „Berliner Tageblatts" (21. VII. 16), drei Vorlagen über Polens Autonomie behandelt. Erstens das sogenannte Moskauer Projekt, das die vollständige Abtrennung Polens von Rußland verlangt. Es wurde glattweg abgewiesen. Stürmer legte darauf ein zweites Projekt vor: Polens „Autonomie" sollte zu einer Provinzial-Autonomie sinken, es sollte keine eigene Volksvertretung haben und seine ganze Verfassung stets von Petersburg diktiert werden; anstatt staatlicher Autonomie sollte Polen bloß Semstwo-Autonomie erhalten. Dazu verwarf Stürmer auch alle konstitutionellen Versicherungen, die seinerzeit Zar Alexander Polen gab. Als Dritter trug Ssasonow seinen Vorschlag einer Autonomie vor, die sich ausschließlich auf autonome innere Landesverwaltung beschränkte. Natürlich ohne Selbständigkeit in der auswärtigen Politik.

Der Kronrat beschloß, wie sich die „Vossische Zeitung" (23. VII. 16) aus Stockholm melden ließ, den Minister des Aeußern Ssasonow zu bevollmächtigen, zunächst eine von ihm ausgearbeitete Erklärung zu veröffentlichen des Inhalts, daß die russische Regierung die polnische Frage als eine streng innerrussische Frage betrachte, wohl aber geneigt sei, „nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges den Polen des Zartums gewisse autonome Rechte zu verleihen und diese noch weiter von der russischen Regierung auszuarbeitenden Rechte nach und nach in Polen je nach der Befreiung der gegenwärtig vom Feinde okkupierten polnischen Gebiete, zur Einführung zu bringen."

Maßnahmen gegen die Angehörigen feindlicher Staaten

Von der gesetzgeberischen Tätigkeit gegen die Angehörigen feindlicher Staaten sei in Ergänzung früherer Mitteilungen nach einem Artikel des „Berliner Tageblatts" (7. II. 16) folgende Zusammenstellung gegeben: „An erster Stelle sind die Regeln (Verfügungen des Ministerrats, die sich auf den Artikel 87 der Grundgesetzgebung stützten und von der Mitarbeit und Beschlußfassung der gesetzgebenden Kammern unabhängig waren) zu nennen, die den Landbesitz und die Landnutzung: 1. deutscher, österreichisch-ungarischer und türkischer Staatsangehöriger, 2. einiger Gruppen russischer Staatsangehöriger deutscher, österreichischer und ungarischer Herkunft (Wychodzy) allgemein und 3. in bestimmten Landesgebieten betrafen. Entsprechend dieser durch allerhöchsten Ukas vom 2. Februar 1915 zum Gesetz erhobenen Regeln wurde den Staatsangehörigen der genannten Mächte verboten, in Zukunft innerhalb des Hoheitsgebietes des russischen Reiches „auf irgendwelche Weise" und „auf irgendwelcher Grundlage" Eigentums- und Erbrechte an Liegenschaften zu erwerben; gleichfalls untersagt wurde diesen Personen, unabhängig vom Eigentumsrecht, der Besitz und die Nutzung von Immobilien. Für die Gegenwart wurden folgende Bestimmungen getroffen: Durch Erbschaft feindesländischen Staatsangehörigen anfallende Liegenschaften unterlagen freihändigem Verkauf oder der Zwangs-

versteigerung. Gleichfalls dem Verkauf unterstellt wurden alle im Eigentum feindesländischer Staatsangehöriger befindliche Liegenschaften, sofern sie in gewissen Gebietsteilen, das heißt in bestimmten Gouvernements oder außerhalb des Weichbildes von Städten gelegen waren. In diesen beiden Fällen war den feindesländischen Staatsangehörigen sogar die Miete von Häusern und Wohnungen verboten und alle hierhin gehörigen Mietsverträge verloren am 2. Februar 1916 ihre Gültigkeit. Die Regeln vom 2. Februar trafen auch die Abkömmlinge feindesländischer Staatsangehöriger, die Russen geworden waren (Kolonisten) und zwar nicht nur einzelne Personen, sondern auch Gemeinschaften. Der zukünftige Landerwerb wurde vollständig untersagt. Vom gegenwärtigen liegenden Eigentum waren innerhalb bestimmter Frist alle Immobilien zu enteignen, die sich außerhalb des Weichbildes von Städten und zwar innerhalb der 150-Werst-Zone, die sich an die deutsche oder österreichische Grenze anlehnt, und innerhalb der 100-Werst-Zone, die sich an das Baltische Meer von der Mündung der Düna bis zum Flusse Tornea, an die beßarabische Grenze, an das Schwarze und Asowsche Meer und endlich an die kaukasische Grenze vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer anschließt. Eine Ausnahme wurde nur hinsichtlich derjenigen Kolonisten und sonstiger Abkömmlinge feindesländischer Staatsangehöriger gemacht, die vor dem 1. Januar 1914 der orthodoxen Kirche beigetreten waren, slawischer Nationalität angehörten oder nachweisen konnten, daß sie selbst oder ihre Deszendenten am Kriege gegen Deutschland oder Oesterreich teilnahmen. Der städtische Immobiliarbesitz feindesländischer Staatsangehöriger und der „Wychodzy" war hiernach nicht verboten, wohl aber zukünftiger Erwerb."

Wie „Torgowo-Promüischlennaja Gazeta" vom 1. August 1916 berichtete, betrug die Gesamtfläche des zu enteignenden Grundbesitzes nach Angaben des russischen Ministeriums des Inneren in 15 Gouvernements des europäischen Rußlands 2 995 533 Deßjatinen, im Kaukasus 180 760 Deßjatinen; außerdem sind in den von deutschen und österreichischen Truppen besetzten Gebieten vorläufig 78 847 Deßjatinen registriert worden. Im ganzen waren es also 3 256 033 Deßjatinen, von denen 2 950 852 feindlichen „Abkömmlingen", 156 458 Deßjatinen deutschen, 77 318 österreichischen Untertanen und 71 405 deutschen und österreichischen Untertanen zusammen gehören.

„Das zweite gegen das Deutschtum gerichtete Gesetz erging gleichfalls auf der Grundlage des Diktaturartikels und erhielt die kaiserliche Legitimierung am 21. Februar 1915. Es betraf die Beschränkung der Rechte feindesländischer Staatsangehöriger hinsichtlich der Erteilung von Privilegien auf Erfindungen. Das Gesetz bestimmte, daß diesen Personen in Zukunft Patente auf Erfindungen und Verbesserungen von Erfindungen auf industriellem Gebiete nicht ausgereicht wurden. Erfindungen, die für die Landesverteidigung von Bedeutung waren, gingen ohne Entschädigung in das Eigentum der Krone über. Die Gültigkeit der übrigen Patente wurde aufgehoben. In Erläuterung des Gesetzes erging eine ministerielle Verfügung, die jede Ausnützung eines Patentes von besonderer behördlicher Genehmigung abhängig machte; dadurch sollte natürlich nur das Recht des Patenterwerbes russischer Untertanen, vor allem aber die fiskalische Patentausnützung geschützt werden.

Ein Gesetz vom 26. Mai 1915 löste die Petersburger Verwaltung ausländischer Handwerkerinnungen auf; ihre ausländischen Mitglieder hatten russischen Innungen beizutreten.

Ein Gesetz, das die Liquidation feindesländischer Unternehmen verfügte, bestand nicht. Die Gesetze vom 11. Januar, 28. März und 10. Mai 1915 gaben lediglich dem Ministerrat Vollmacht, die Liquidation handelsindustrieller Unternehmen in Fällen, wo das notwendig erscheint, von sich aus anzuordnen. Es handelte sich hier also um ein Gesetz grundsätzlicher Natur, das dem „patriotischen" Empfinden seiner Vollstrecker breitesten Spielraum gewährte."

Die Judenfrage

Die Lage der Juden in Rußland hatte sich auch im vierten Kriegshalbjahr nur wenig gebessert. Sie wurden nach wie vor von den amtlichen Stellen des Verrats, des Wuchers und der Lebensmittelspekulation beschuldigt (vgl. S. 281), von allen Stellen im Heere wie in den städtischen Verwaltungen ausgeschlossen und schließlich sogar für die sich im russischen Heere mehrenden Desertionen verantwortlich gemacht. Auch der Erlaß vom 3. September 1915 (vgl. XIII, S. 253), der als Zugeständnis aufgefaßt werden konnte, bedeutete mit seinem Wohnungsverbot in den Hauptstädten eine schwere Heimsuchung vieler Juden und gab Veranlassung zu allen möglichen Spezialerlassen der Gouverneure und Polizeiminister. Das gleiche war mit einem Rundschreiben der Fall, in dem der Finanzminister Bark den Juden an ihren Aufenthaltsorten Handelsfreiheit zusicherte und zu dem er durch die Erklärung Morgans veranlaßt worden war, die amerikanischen Juden würden ihre finanzielle Zurückhaltung Rußland gegenüber aufgeben, wenn das Versprechen, das Bark Baron Rothschild in Paris gegeben habe, verwirklicht und die Ghettopolitik des russischen Ministers des Innern aufgegeben würde.

Doch die Glaubensgenossen der verfolgten Juden in den Ententestaaten ließen nicht ab, ihre Regierungen immer wieder auf die ungelöste russische Judenfrage aufmerksam zu machen. Und so hatten die Abgesandten der russischen Reichsduma und des Reichsrates in England, Frankreich und Italien, wie die „Jüdische Rundschau" (VII. 16) feststellte, ohne Unterschied der Parteien fast alle den Eindruck gewonnen, daß die politischen und insbesondere die finanziellen Interessen Rußlands geeignete Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der Juden in Rußland unbedingt erforderten.

Das Flüchtlingselend

Nach der in der „Nowoje Wremja" (2. VII. 16) veröffentlichen Zählung des „Tatjana-Hilfskomitees" wird die Zahl der russischen Flüchtlinge, die im Sommer 1915 Haus und Hof verlassen mußten (vgl. IX, S. 183 f; XII, S. 132 u. 208; XIII, S. 262 f. u. 244) und in den innern Gouvernements untergebracht wurden, auf 3 074 896 angegeben. Jedoch bemerkt das Blatt dazu, daß diese Zählung bei weitem nicht alle Flüchtlinge umfaßt. In den dichtestbevölkerten Gouvernements war die Zahl der Flüchtlinge am größten, z. B. im Gouvernement Jekaterinoslaw 271 000, Petersburg 116 000, Moskau 172 000, Charkow 116 000, während sich in den schwachbevölkerten Gouvernements, z. B. Wologda nur 5000, Wjatka nur 2800 aufhielten.

Elend und Not der Vertriebenen waren ungeheuer. Von den in Turkestan „angesiedelten" Flüchtlingen soll ein Drittel an Seuchen und Hunger zugrunde gegangen sein. Die übrigen sind darauf in aller Hast nach irgend einer andern Gegend des Reichs verschleppt worden. Aber selbst in Moskau, der „goldenen", die man das „Mütterchen mit dem weiten Herzen" nennt, herrschten Zustände, die hinter den turkestanischen nicht weit zurückblieben. „Rußkoje Slowo" stellte fest, daß in Moskau von den Säuglingen der Flüchtlingsfamilien die meisten gestorben sind. „Für 85 Prozent konnte man garantieren!" Und den größeren Kindern und den Erwachsenen ging es nicht viel besser.

Wie gewissenhaft die staatlichen Unterstützungen verteilt wurden, zeigten die verschiedenen Skandale im kleinen, z. B. die Einstellung der staatlichen Unterstützung des Grodnoer Einwohnerausschusses, der im ganzen für Flüchtlingsfürsorge 320 000 Rubel vom Staate bezog, davon aber 240 000 Rubel für den Unterhalt des Ausschusses verwendete, 77 000 Rubel an Gutsbesitzer und bemittelte Personen verteilte, und nur etwa 3000 Rubel wirklich Bedürftigen zukommen ließ. Viel größere Unterschlagungen deckte der Skandal im Tatjana-Komitee in St. Petersburg auf. Dabei wurde der Oberbevollmächtigte, ein Herr Bilbassow, verhaftet, weil er, wie die „Stimmen aus dem Osten" (VII. 16) erfuhren,

etwa anderthalb bis zwei Millionen Rubel dadurch unterschlug, daß er auf seinem Gut im Innern Rußlands einen Laden eröffnete, wo er zu mäßigen Preisen für sich eine reiche Auswahl der aus ganz Rußland geschenkten Gegenstände verkaufen ließ.

Der Notschrei der russischen Fremdvölker

Die „Liga der Fremdvölker Rußlands" in Stockholm hat am 9. Mai 1916 folgendes Telegramm an den Präsidenten Wilson gesandt:

„In dringender Not wenden wir uns an Sie, Herr Präsident, als an einen Vorkämpfer für Humanität und Gerechtigkeit, und durch Sie an alle Menschenfreunde, um Sie wissen zu lassen, welch schweres Schicksal unsere Volks- und Glaubensgenossen durch Rußlands Verschulden ertragen müssen. Wir wenden uns durch Sie, Herr Präsident, auch an Rußlands Verbündete, denn wir wissen, daß auch sie in ihrer Freiheitsliebe und ihrem Rechtsgefühl unsere Leiden unerträglich finden werden. Wir Angehörige der fremdstämmigen Nationen und Religionsgemeinschaften Rußlands klagen die russische Regierung vor der gesamten zivilisierten Welt an und rufen um Hilfe, um Schutz vor Vernichtung!

Wir Finnländer klagen die russische Regierung an, unsere feierlich bestätigte Verfassung mit Füßen getreten zu haben. Finnlands Recht ist durch russische Gesetze, die in Finnland keine Gültigkeit haben, verletzt worden. Unsere staatliche Autonomie wird vernichtet, unsere Rechtsordnung zerstört. Der Landtag soll aus dem öffentlichen Leben vollständig ausgeschaltet werden; die einheimischen Sprachen werden verdrängt, die Verwaltung desorganisiert. Verfassungstreue Richter und Beamte werden in russische Gefängnisse gesperrt oder nach Sibirien verschickt.

Wir Balten waren jahrhundertelang des russischen Reiches zuverlässigste Untertanen. Als Dan wurden uns unsere Verfassung, unsere verbrieften Rechte geraubt. Die Bewohner des Landes wurden systematisch gegeneinandergehetzt. Während des Krieges hat das russische Heer unsere Wohnsitze verwüstet, geplündert und niedergebrannt. Viele von uns sind grundlos verdächtigt, wie Feinde ohne Rechtsspruch eingekerkert und ins Elend verschleppt worden.

Wir Letten haben von jeher dem russischen Staate viele bewährte Beamte gestellt. Wir sahen, wie unser Schulwesen vernichtet wurde. Die russische Regierung hat einen Geist des Hasses und der Feindschaft gegen Andersstämmige geschürt und dadurch Sittenlosigkeit gezüchtet. Obgleich wir freiwillig Legionen zur Verteidigung Rußlands stellten, ist ein großer Teil der lettischen Bevölkerung jetzt von Haus und Hof vertrieben, um im Innern des Reiches im Elend zu verkommen.

Wir Litauer haben durch den Bruch der im „Litauischen Statut" gegebenen feierlichen Versprechungen unsere nationale Selbständigkeit verloren. Unser Glaube wurde verfolgt. Katholische Kirchen wurden gewaltsam in orthodoxe umgewandelt. Der kirchliche Landbesitz wurde geraubt. — Bildung und Aufklärung wurden gewaltsam verhindert und die litauische Muttersprache sollte ausgerottet werden; wer ein litauisches Gebetbuch besaß, wurde mit Kerker oder sibirischer Verbannung bestraft. — Ein großer Teil des Landes wurde eingezogen und an russische Günstlinge verteilt oder zu Kronländern gemacht. Jetzt hat die russische Armee große Teile unserer Bevölkerung gewaltsam ins Elend verschleppt und das früher wohlhabende Land verwüstet.

Wir Polen haben, seitdem wir unter russischer Herrschaft stehen, jahrhundertelang physische und moralische Qualen erlitten. Verfassungsbrüche und Zerstörung unseres staatlichen und nationalen Lebens kennzeichnen das Verhalten der „Schwesternation" Rußland! Um das von dem russischen Oberbefehlshaber in diesem Kriege gegebene Autonomieversprechen einzulösen, sind auch nicht die geringsten Schritte unternommen worden. Russische Truppen haben in sinnloser Weise unsere Gebiete verwüstet und gebrandschatzt, die russische Regierung hat einen großen Teil unseres Volkes in die Fremde verjagt, und im Innern des Reiches leiden anderthalb Millionen Polen entsetzliche Not.

Wir Juden Rußlands sind geknechtet wie kein anderes Volk der Erde. Wir werden geistig und körperlich dem Siechtum überlassen. Wir werden am Besuch der Schulen und Universitäten gehindert. Zusammengepfercht in Ansiedlungsrayons, gab man uns steigender Verarmung und Verelendung preis. In barbarischen Pogromen ließ man den Pöbel seine bestialischen Instinkte blutig an uns austoben. Durch den Krieg sind Hunderttausende von uns in die Fremde getrieben worden, und viele Tausende sind dabei elend umgekommen. Unsere Wohnstätten sind ausgeplündert, und täglich verkommen unsere Volksgenossen im entsetzlichen Elend.

Wir Ukrainer sind unserer feierlich zugesprochenen Autonomie beraubt worden. Die Selbständigkeit unserer Kirche wurde vernichtet, unsere Sprache, die Sprache eines 30 Millionen zählenden Volkes, aus dem öffentlichen Leben und aus den Volksschulen verbannt. Kulturelle Vereine wurden mit Kriegsausbruch aufgehoben, die Presse verboten. In Galizien und der Bukowina kamen die Ausrottungsabsichten Rußlands unserem Volke gegenüber offen zum Ausbruch. Alles Ukrainische wurde verfolgt, Massenverhaftungen vorgenommen und die gewaltsame Russifizierung eingeleitet. Dabei hatte die russische Regierung die Stirn, sich als Befreierin Galiziens aufzuspielen.

Wir Muselmanen Rußlands, 25 Millionen, führen Klage über die an uns verübte Knechtung. Die Ausübung unserer Religion wird in ungesetzlicher Weise behindert. Politisch werden wir verfolgt. Unser Landbesitz ist uns geraubt worden, um russischen Günstlingen und Gewalthabern geschenkt zu werden. Die Entwicklung unserer Kultur wird behindert, überall unterliegen wir ungerechten Beschränkungen. Während des Krieges hat jede Gerechtigkeit aufgehört. Wir werden verfolgt und mißhandelt.

Wir Georgier, das größte Volk Kaukasiens, schlossen einst freie Verträge mit Rußland, die alle gebrochen worden sind. Unsere Dynastie, die Selbständigkeit unserer Kirche, unsere nationalen Einrichtungen wurden vernichtet, unsere freien Bauern enteignet, um russischen Bauern Platz zu machen. 1905/06 wurde unser Land verwüstet; russische Soldaten entehrten Frauen und Nonnen. Mit Kriegsausbruch wurden unsere Besten verschickt, unsere Provinz Abschara vollständig verheert. Hungernd, nackt und elend wurden über 50000 Menschen vertrieben und dem Untergang geweiht.

So frevelt Rußland an uns, seinen eigenen Untertanen. Es hat jegliches nationale Leben unterdrückt, es hat unsere lebendigen Kulturen vergiftet. Sittenlosigkeit und Bestechlichkeit hat Rußland an die Stelle von Zucht und Ehrlichkeit gesetzt, andersgläubige Religionen verfolgt, Aufschwung und Bildungsdrang unterdrückt und die Verdummung seiner eigenen Untertanen angestrebt.

Jetzt aber, während unsere Brüder für Rußland bluten und sterben (die Finnländer sind davon befreit), jetzt hat die russische Regierung ihrer Beamtenschaft völlige Freiheit gegeben, um ihre Zerstörungswut an unseren Wohnstätten auszulassen. Wir beklagen uns nicht über die durch die Kriegsoperationen hervorgerufenen Schäden. Aber wir beklagen uns über die sinnlosen Zerstörungen, die aus reiner Lust am Raub und Mord und auf direkten Befehl verübt worden sind. Wir beklagen uns über die gemeinen Verdächtigungen eigener Untertanen, über das Einkerkern, Verschleppen, Verstoßen in Hunger, Elend und Not. Wir beklagen uns über das Hinsiechen und Sterben Tausender von Unschuldigen, von Greisen, Frauen und Kindern. Wir haben nicht vergessen, daß Millionen unserer Stammesgenossen sich noch in russischen Händen befinden, daß ihnen der Mund verschlossen ist und sie die fürchterlichsten Qualen still dulden müssen. Wir kennen auch die Gewohnheit der russischen Regierung, an wehrlosen Verwandten und Stammesangehörigen Rache zu nehmen, wenn sie ihren Haß an denen nicht kühlen kann, die die Wahrheit sagen.

Wir können heute nichts für die unseren tun, Gott schütze sie!

Aber wir wissen auch, daß niemand von den Unseren mehr den Versprechungen der russischen Regierung Glauben schenkt. Nie werden unsere Nachkommen das Martyrium vergessen, das Rußland über uns gebracht hat. Rußland hat Völker, die ihm zur Pflege anvertraut waren, geknechtet und verwahrlost und seine Macht dazu mißbraucht, um seine eigenen Untertanen zu martern und unseren Wohlstand auf Generationen hinaus zu vernichten. So hat Rußland selbst uns von sich gestoßen!

Und es wird auch später die Verfolgung unserer Stammesgenossen fortsetzen und nicht ruhen, bis das Ziel: Ausrottung der Fremdvölker als Nationen erreicht ist. Darum rufen wir: helft uns! Schützt uns vor Vernichtung!"

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften:

Konni Zilliacus; Samuli Sario; Baron Friedrich von der Ropp; Sylvio Bröbrich; Lettische Gruppe in der Schweiz; Litauisches Komitee in Bern; Dr. J. Saulys; A. Zmuidzinavicius; S. Kairys; Michel Lempicki, Mitglied der Duma; Waclaw Sieroszewski; L. Dawidsohn; Dr. S. Zabludowski: Dmytro Donzow; Ukrainische Gruppe in der Schweiz; Kasy Abdul Rachid Ibrahim; Michel de Tseretheli.

Bald darauf schlossen sich, wie die weißrussische Zeitung „Homan" meldete, auch die Weißrussen dem Aufruf der unterdrückten Völker Rußlands an Präsident Wilson an, ebenso wie die Repräsentanten der in Rußland lebenden mohammedanischen Nationalen, der Tataren, Kirgisen und Turkmenen.

Im Seniorenkonvent der Reichsduma stellte darauf die Fraktion der „Rechten Nationalisten“ den Antrag, der sich seit längerer Zeit im Ausland aufhaltende polnische Dumaabgeordnete Lempicki möge wegen der Unterzeichnung des Aufrufes der „Liga der Fremdvölker Rußlands“ seines Dumamandates für verlustig erklärt werden. Der Antrag wurde schließlich aus formellen Gründen abgelehnt. In der interessanten Debatte gab der Vertreter der „Trudowiki“ (radikale Bauerngruppe) Kerensky der Meinung Ausdruck, die Tatsache, daß sich die Liga an Wilson mit der Bitte um Intervention zugunsten der unterdrückten Fremdvölker Rußlands wandte, sei symptomatisch. Sie zeuge nämlich von der anormalen Lage dieser Fremdvölker. Die Duma müsse die nationale Frage auf die Tagesordnung stellen und die nationale Gleichberechtigung durchführen. Aehnlich äußerte sich der Sozialdemokrat Tschenkeli.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Vertreter des litauischen Volkes, die im besetzten Litauen ansässig sind, am 30. April 1916 als Ergänzung zu der Kundgebung an Präsident Wilson eine ausführliche Erklärung über die dem litauischen Volke von der russischen Regierung zugefügten Unterdrückungen und Mißhandlungen abgaben, daß aber andererseits das lettische Komitee in der Schweiz (Vorsitzender J. Rainis) in der Presse, so in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (14. VI. 16), mit Bestimmtheit erklärte, „daß weder das Komitee, noch eine andere lettische Organisation oder politische Gruppe in der Schweiz in irgend welcher Weise an der Stockholmer Kundgebung beteiligt sei.

Mitte Juni 1916 veröffentlichte dann die schwedische Presse einen weiteren Aufruf der „Liga der Fremdvölker Rußlands“, in dem unter Berufung auf das Telegramm an Präsident Wilson alle Stammesgenossen in der ganzen Welt zum Beitritt und zur Unterstützung der Liga aufgefordert wurden.

Unruhen und Pogrome

Bei den in dem einleitenden Artikel „Die drei Lager Rußlands“ geschilderten Verhältnissen waren die Unruhen, die an einzelnen Stellen des weiten russischen Reiches im vierten Kriegshalbjahr ausbrachen, nur von symptomatischer Bedeutung. Teuerungsunruhen in Taschkent, der Hauptstadt von Turkestan, am 13. und 14. März 1916 und im Kubangebiet konnten rasch unterdrückt werden. Größeres Aufsehen erregten die Unruhen in Baku vom 13. (26.) bis 16. (29.) Februar, wohl auch infolge der Besprechung der Vorkommnisse in der Dumasitzung vom 9. März (25. Februar) 1916. Nach einem Bericht des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch waren aber auch diese Aufstände, die zur Plünderung einiger Geschäfte führten, auf die Teuerung zurückzuführen. Später allerdings soll sich herausgestellt haben, daß wie bei den Moskauer Pogromen (vgl. IX, S. 221 f.) die Polizei selbst den Aufruhr inszeniert und das Volk auf die Magazine hingewiesen habe, die geplündert werden sollten.

Von der Gärung, die in der russischen Arbeiterschaft trotz ihrer verhältnismäßig günstigen Lage infolge des Triumphes der Reaktion, des Willkürsystems wie der sich mehrenden Schwierigkeiten des Lebensunterhaltes ersichtlich zunahm, zeugen die Vorgänge in den am 28. Februar 1916 sequestrierten und während der Dauer des Krieges einer Verwaltung von höheren Militärpersonen unterstellten Putilow-Werken, bei denen acht Spitzel der Regierung schwer verletzt und die Mitte März 1916 in einer geheimen Dumasitzung eingehend besprochen wurden (vgl. auch S. 290). Dann die Unruhen in Moskau Ende April 1916, bei denen revolutionäre Arbeiter die ärarischen Petroleumlager zerstörten, und schließlich die antimilitaristische Demonstration der Arbeiterschaft im Wiborger Viertel zu St. Petersburg Anfang Juni 1916, bei der zahlreiche Personen verwundet und getötet wurden.